



**Externe Demokratieförderung der parteinahen Stiftungen
Deutschlands am Beispiel Indiens**

Inauguraldissertation

zur Erlangung des Grades einer Doktorin der Philosophie

dem Fachbereich Gesellschaftswissenschaften und Philosophie

der Philipps-Universität Marburg

vorgelegt von

Veronika Elisabeth Schreck

aus Aschaffenburg

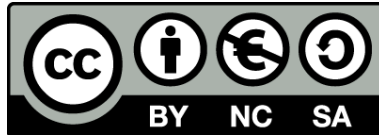
2019

Vom Fachbereich Gesellschaftswissenschaften und Philosophie
an der Philipps-Universität Marburg (Hochschulkenziffer 1180)
als Dissertation angenommen am 22. Juli 2020

Tag der Disputation: 22. Juli 2020

1. Gutachterin: Prof. Dr. Ursula Birsl
2. Gutachter: Prof. Dr. Thomas Noetzel

Originaldokument gespeichert auf dem Publikationsserver der
Philipps-Universität Marburg
<http://archiv.ub.uni-marburg.de>



Dieses Werk bzw. Inhalt steht unter einer
Creative Commons
Namensnennung
Keine kommerzielle Nutzung
Weitergabe unter gleichen Bedingungen
3.0 Deutschland Lizenz.

Die vollständige Lizenz finden Sie unter:
<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/3.0/de/>

Danksagung:

Die vergangenen sechs Jahre, in denen ich an der vorliegenden Dissertation gearbeitet habe, waren eine arbeitsintensive, bereichernde und fordernde Zeit. Zahlreiche berufliche und persönliche Entwicklungen haben die Untersuchung geprägt. Während der Arbeit an der Promotion haben mich verschiedene Personen unterstützt, denen ich von ganzem Herzen danke. Zunächst ist hier meine Betreuerin, Prof. Dr. Ursula Birsl, zu nennen, die mich fachlich und menschlich in allen Phasen der Arbeit unterstützt und gefördert hat. Ihre Workshops waren viel mehr als nur eine Möglichkeit zu fachlichen Rückmeldungen. An dieser Stelle möchte ich mich auch bei den anderen Doktorandinnen und Doktoranden meiner Doktormutter bedanken, deren Hinweise überaus wertvoll waren. Auch meinem Zweitgutachter, Prof. Dr. Thomas Noetzel, danke ich.

Dank schulde ich auch der Hanns-Seidel-Stiftung, die mir durch ihre finanzielle Unterstützung die Bearbeitung der Dissertation teilweise in Vollzeit ermöglicht hat. Durch Seminare und meine Stipendiatenkolleginnen und -kollegen erhielt ich außerdem wichtige inhaltliche Impulse. Den parteinahen Stiftungen, v. a. den Büroleitern in Neu-Delhi, sowie den beteiligten Politikwissenschaftlern danke ich für ihre Bereitschaft zur Teilnahme an meiner Studie. Nur durch sie erhielt ich das nötige Wissen.

Mein besonderer Dank gilt Timm Widlitzki für die methodische und Stephan Fries für die technische Beratung sowie Renate Ries für die Durchsicht der Arbeit nach orthographischen Gesichtspunkten. Magdalene Strzedulla und Dirk Ceelen gebührt mein Dank für die inhaltliche Durchsicht der Promotion und ihre wertvollen Hinweise. Verbleibende Mängel und Fehler liegen selbstverständlich in meiner alleinigen Verantwortung.

Von Herzen danke ich meiner Familie – Dietmar, Judith und Melina Schreck – für die ermutigende, moralische und geduldige Unterstützung und ihren Rückhalt in den vergangenen sechs Jahren.

Heimbuchenthal, im November 2020

Veronika Schreck

Diese Dissertation wurde durch ein Begabtenstipendium der Hanns-Seidel-Stiftung aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert. Die Stiftung hat zu keinem Zeitpunkt Einfluss auf den Inhalt meiner Untersuchung genommen.

Inhaltsverzeichnis:

Abkürzungsverzeichnis	I
Abbildungsverzeichnis	IV
Tabellenverzeichnis	VII

Einleitung **1**

I Externe Demokratieförderung: Stand der Forschung, Relevanz der Untersuchung und Analyserahmen **7**

- | | |
|--------------------|----|
| 1. Forschungsstand | 7 |
| 2. Analyserahmen | 18 |

II Externe Demokratieförderung **23**

- | | |
|--|----|
| 3. Das Spektrum der externen Demokratieförderung | 23 |
| 3.1 Strukturen der externen Demokratieförderung | 23 |
| 3.1.1 Was wird gefördert? | 25 |
| 3.1.2 Wer fördert wen? | 29 |
| 3.1.3 Wann und wie lange wird gefördert? | 32 |
| 3.2 Strategien der externen Demokratieförderung –
Warum wird gefördert? | 33 |
| 3.3 Instrumente der externen Demokratieförderung –
Wie und mit welcher Wirkung wird gefördert? | 44 |
| 3.4 Problemfelder der externen Demokratieförderung | 55 |
| 3.5 Problemfelder der Demokratisierungsforschung | 66 |
| 3.6 Normative Grundlagen der externen Demokratieförderung –
Ist externe Demokratieförderung demokratisch? | 72 |
| 4. Bedingungen und Akteure der externen Demokratieförderung aus
Deutschland | 76 |
| 4.1 Demokratieförderung im internationalen Spannungsfeld | 76 |
| 4.2 Die externe Demokratieförderung als Bestandteil deutscher
Außenpolitik | 80 |
| 4.3 Bundespolitische Akteure in der Demokratieförderung | 87 |
| 4.4 Parteinahе Stiftungen als Akteure deutscher Außenpolitik | 90 |

4.4.1 Die parteinahen Stiftungen – Wer?	90
4.4.2 Was fördern sie?	100
4.4.3 Wen fördern sie?	102
4.4.4 Wann, wie lange und wie fördern sie?	104
4.4.5 Warum mit welcher Wirkung fördern sie?	108
4.4.6 Akteure oder Instrumente der deutschen Außenpolitik?	110
III Das Fallbeispiel Indien	121
5. Kontextbedingungen externer Demokratieförderung in Indien	123
5.1 Historischer Abriss – Indien vor und nach Gandhi	126
5.2 Indiens Position im internationalen Umfeld	135
5.3 Indische Innenpolitik	139
5.3.1 Staatliche Strukturen in Indien	142
5.3.2 Das Kastensystem in Indien	154
6. Demokratieförderung in Indien – erste Erklärungsversuche	162
IV Indien: Externe Demokratieförderung in der Praxis	169
7. Analyse: Demokratieförderung der Stiftungen in Indien	169
7.1 Qualitative Inhaltsanalyse: Die Werte des Namensgebers als Quelle des Selbstverständnisses der Stiftungen	170
7.2 Schriftliche Befragung: Stiftungen können nicht allein die Welt verändern	198
7.3 Experteninterviews: Selbstreflektion? Fehlanzeige.	209
7.4 Ergebnisse: Förderung ohne klares eigenes Demokratieverständnis	229
V Conclusio: Demokratieförderung – Ein falscher Begriff?	237
Anhang	260
Empirisches Material	302
Bibliografie	304

Abkürzungsverzeichnis:

AA	Auswärtiges Amt
AfD	Alternative für Deutschland
BJP	Bharatiya Janata Party
BJYM	Bharatiya Janata Yuva Morcha
BMAS	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BMEL	Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft
BMF	Bundesministerium der Finanzen
BMFSFJ	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
BMI	Bundesministerium des Inneren
BMUB	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
BMVg	Bundesministerium für Verteidigung
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BRICS	Vereinigung aufstrebender Volkswirtschaften (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika)
BSP	Bruttosozialprodukt
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
CETA	Umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen EU-Kanada
CSU	Christlich Soziale Union in Bayern
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands

CUTS	Consumer Unity and Trust Society
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DF	Demokratieförderung
DM	Deutsche Mark
EDF	Externe Demokratieförderung
EU	Europäische Union
EZ	Entwicklungszusammenarbeit
FCRA	Fair Credit Reporting Act
FDP	Freie Demokratische Partei
FES	Friedrich-Ebert-Stiftung
FNF	Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
FZ	Finanzielle Zusammenarbeit
G20	Gruppe der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer
GIZ	Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit
Grüne	Bündnis 90/Die Grünen
HBS	Heinrich-Böll-Stiftung
HSS	Hanns-Seidel-Stiftung
ICRIER	Indian Council for Research on International Economic Relations
IWF	Internationaler Währungsfonds
JB	Jahresbericht
KAS	Konrad-Adenauer-Stiftung
NATO	Nordatlantikpakt-Organisation
NGO / NRO	Nichtregierungsorganisation

NE India	Nordost-Indien
NTUI	New Trade Union Initiative
NVV	Nichtweiterverbreitungsvertrag
OBC	Other Backward Classes
ODA	Official Development Assistance
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PS	Parteinahе Stiftungen
RLS	Rosa-Luxemburg-Stiftung
SAARC	Südasiatische Vereinigung für regionale Kooperation
SCRIA	Social Centre for Rural Initiative & Advancement
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
TISA	Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen
TTIP	Transatlantisches Freihandelsabkommen
TZ	Technische Zusammenarbeit
UN	Vereinte Nationen
USA	Vereinigte Staaten von Amerika
USAID	United States Agency for International Development
VHP	Vishwa Hindu Parishad, Welthindurat
VIP	Very Important Person
WTO	Welthandelsorganisation

Abbildungsverzeichnis:

<i>Abbildung 1):</i> Sandschneiders Sechseck der Demokratieförderung	19
<i>Abbildung 2):</i> Erweitertes Kontinuum zu Merkels Instrumentarium zur externen Demokratieförderung	48
<i>Abbildung 3):</i> Deutsche Akteure zur Demokratieförderung	88f
<i>Abbildung 4):</i> Internationale Akteure zur Demokratieförderung	92f
<i>Abbildung 5):</i> Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stiftungen	99
<i>Abbildung 6):</i> Etats der Stiftungen (jeweils in Millionen Euro)	99
<i>Abbildung 7):</i> Human Development Index – Entwicklung seit 1990	125
<i>Abbildung 8):</i> Human Development Index – Vergleich Indien und die Welt	125
<i>Abbildung 9):</i> Kategoriensystem	172
<i>Abbildung 10):</i> FES-JB-2011	191
<i>Abbildung 11):</i> FES-JB-2012	191
<i>Abbildung 12):</i> FES-JB-2013	191
<i>Abbildung 13):</i> FES-JB-2014	191
<i>Abbildung 14):</i> FES-JB-2015	191
<i>Abbildung 15):</i> KAS-JB-2011	191
<i>Abbildung 16):</i> KAS-JB-2012	191
<i>Abbildung 17):</i> KAS-JB-2013	191
<i>Abbildung 18):</i> KAS-JB-2014	191
<i>Abbildung 19):</i> KAS-JB-2015	191
<i>Abbildung 20):</i> FNF-JB-2011	191
<i>Abbildung 21):</i> FNF-JB-2012	191

<i>Abbildung 22):</i> FNF-JB-2013	191
<i>Abbildung 23):</i> FNF-JB-2014	191
<i>Abbildung 24):</i> FNF-JB-2015	191
<i>Abbildung 25):</i> HSS-JB-2011	191
<i>Abbildung 26):</i> HSS-JB-2012	191
<i>Abbildung 27):</i> HSS-JB-2013	191
<i>Abbildung 28):</i> HSS-JB-2014	191
<i>Abbildung 29):</i> HSS-JB-2015	191
<i>Abbildung 30):</i> HBS-JB-2011	191
<i>Abbildung 31):</i> HBS-JB-2012	191
<i>Abbildung 32):</i> HBS-JB-2013	191
<i>Abbildung 33):</i> HBS-JB-2014	191
<i>Abbildung 34):</i> HBS-JB-2015	191
<i>Abbildung 35):</i> RLS-JB-2011	191
<i>Abbildung 36):</i> RLS-JB-2012	191
<i>Abbildung 37):</i> RLS-JB-2013	191
<i>Abbildung 38):</i> RLS-JB-2014	191
<i>Abbildung 39):</i> RLS-JB-2015	187
<i>Abbildung 40):</i> Dokumenten-Kategorien-Matrix für alle Dokumente	194
<i>Abbildung 41):</i> Dokumenten-Kategorien-Matrix für Dokumentengruppen	194
<i>Abbildung 42):</i> Dokumenten-Beziehungs-Matrix	195
<i>Abbildung 43):</i> Modell zur Demokratieförderung	232
<i>Abbildung 44):</i> Ideeller Raum zum Demokratieverständnis	234f

<i>Abbildung 45):</i> Transformation mit und ohne Elitenübereinkünften	251f
<i>Abbildung 46):</i> Transformation mit und ohne Übereinkünfte von Eliten und der breiten Bevölkerung	254f

Tabellenverzeichnis:

<i>Tabelle 1):</i> Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stiftungen	99
<i>Tabelle 2):</i> Etats der Stiftungen (jeweils in Millionen Euro)	99
<i>Tabelle 3):</i> Human Development Index – Zahlen zu Indien	125
<i>Tabelle 4):</i> Verteilung der Codings auf die Dokumentengruppen in absoluten Zahlen	192
<i>Tabelle 5):</i> Verteilung der Codings auf die Dokumentengruppen mit Zeilenprozenten	193
<i>Tabelle 6):</i> Verteilung der Codings auf die Dokumentengruppen mit Spaltenprozenten	194
<i>Tabelle 7):</i> Dokumenten-Kategorien-Matrix für Dokumentengruppen	194
<i>Tabelle 8):</i> Kreuztabelle aller Kategorien mit den zwei Variablen „politisch eher linke Stiftungen“ und „politisch eher rechte Stiftungen“	195
<i>Tabelle 9):</i> Dokumenten-Beziehungs-Matrix	195
<i>Tabelle 10):</i> Maßnahmen-Matrix der Stiftungen in Indien	206

Einleitung

Indien gilt als die – nach der Bevölkerungszahl – größte Demokratie weltweit (vgl. Rösel 2009: 145). Es ist eines der wenigen ehemaligen Kolonialländer, das nach seiner Unabhängigkeit in der zweiten Demokratisierungswelle eine demokratische Transformation durchlaufen hat (vgl. Berg-Schlosser 1999: 11). Dennoch konnte sich nur eine Demokratiequalität auf dem Niveau einer sog. elektoralen Demokratie entwickeln. Neuere empirische Befunde, etwa aus dem Neuen Demokratiebarometer, zeigen zudem, dass die Demokratiequalität v. a. in den vergangenen Jahren stark abgenommen hat (vgl. Demokratiebarometer 2017). Indien gehört zu den wirtschaftlich aufstrebenden Schwellenländern, die sich als BRICS zusammengeschlossen haben. Das Land vollzieht einen Rollenwechsel weg von seinem internationalen Bild als Empfänger ausländischer Unterstützung hin zu einem Partner auf Augenhöhe (vgl. Schmid 2015: 26f; Zschäpitz / Eckert 2014). Aber – und das kann die Autorin aus eigener Erfahrung in Indien bestätigen: „Distances, geographical and social, are great in India“ (Chaturvedi / Kumar 2014: 3). Insb. die soziale Kommunikation ist schwierig. Es gibt Spaltungen zwischen Nord und Süd, ethnischen und linguistischen Gruppen, zwischen Alphabeten und Analphabeten, Dorf- und Stadtbewohnern sowie zwischen kommunalistischen und Kastengruppen (vgl. ebd.: 13). Indien ist für Forscherinnen und Forscher *food for thought*, denn das Land passt nicht in gängige Kategorisierungen zu Demokratisierungsprozessen und ist die sprichwörtliche Ausnahme, die Regeln bestätigt (vgl. McMillan 2008: 733; Reilly 2013: 157). Dennoch spielt Indien in der politikwissenschaftlichen Debatte eine verhältnismäßig kleine Rolle – und das, obwohl das Land ein Sechstel der Weltbevölkerung beheimatet und dadurch als größte Demokratie der Welt gilt (vgl. Plattner / Diamond 2007: 29).

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts konnten die Demokratien an zwei Händen abgezählt werden. Ein Jahrhundert später sind es – je nach Definition – gut 100 elektorale Demokratien (vgl. Repucci 2020; Massing / Breit / Buchstein 2012b: 10; Thiery 2015: 405)¹. Demokratie gilt als ein ideales Regierungssystem und ist ein beinahe universell anziehendes Konstrukt für Menschen aller Völker, Religionen und Regionen der Erde (vgl. McFaul 2004: 148). Das ist der Autorin auch bei ihrem Aufenthalt in Indien aufgefallen. Demokratie als Begriff und als Ideal ist dort hoch angesehen. Doch die Realität vieler De-

¹ S. dazu auch Buchstein 2012: 199; Müller / Pickel 2007: 511; Lauth / Pickel / Welzel 2000: 7; Pickel / Pickel 2006a: 7; van der Pijl 2014: 213.

mokratien entspricht nicht dem Ideal bzw. einigen (autoritären) Führern dient das Etikett ‚Demokratie‘ zur Stabilisierung oder Legitimierung ihrer eigenen Herrschaft (vgl. McFaul 2004: 148ff; Puddington 2015: 122)². Ein Grundproblem jeder DF ist, dass ihr Zweck – Demokratie – und sie selbst so normativ aufgeladen sind wie sonst nur wenige politische Ziele oder Forschungsgegenstände (vgl. Freise 2004: 21). Dies zeigt sich auch unter Politikwissenschaftlerinnen und Politikwissenschaftlern: „Die Demokratie ist ohne Zweifel eine der bedeutendsten Zivilisationsleistungen der Menschheit“ (Meyer 2009: 14). Auch das geflügelte Wort, dass Demokratie *the only game in town* sei (vgl. Przeworski in von Beyme 1997: 35), verdeutlicht die Anziehungskraft des Begriffs.

Dass der Demokratie-Begriff aber auch seine Tücken hat, zeigen die folgenden Beispiele. Die NATO intervenierte in Libyen – laut Staatsoberhaupt Gaddafi ein demokratisches Musterland (vgl. Salomon 2012: 7). Der Militärputsch des wirtschaftsliberalen chilenischen Diktators Augusto Pinochet gegenüber einer demokratisch gewählten, sozialistischen Regierung wurde „von *Demokraten* wie Henry Kissinger, Margaret Thatcher und Franz Josef Strauß als Bollwerk gegen den Sozialismus in Lateinamerika und hierdurch als eine Art Vorposten der *wehrhaften Demokratie*“ (ebd.: 8; Hervorhebungen im Original, V.S.) betrachtet. Da unter ‚Demokratie‘ viel subsumiert wird, bezeichnet Salomon den Begriff als Nebelkerze (vgl. ebd.). Die Definitionsschwierigkeiten beim Demokratiebegriff hängen möglicherweise aber auch damit zusammen, dass Demokratie über die zweieinhalb Jahrtausende ihrer Existenz bereits so viele und so differente Formen angenommen hat – sei es die Demokratie der antiken *Polis*, die Demokratie der Landbesitzer oder die Demokratie der Sklavenhalter (vgl. Whitehead 2010: 23; Schubert / Weiß 2016d: 3). Dies zeigt: Begriffe haben keine universelle Bedeutung, sondern werden in unterschiedlichen Kontexten anders aufgefasst (vgl. von Heusinger 2015: 1). Deshalb ist die Frage nach dem Demokratieverständnis der beteiligten Akteure der zentrale Aspekt jeder DF – oder sollte es sein. Wie sich in der vorliegenden Studie zeigen wird, ist sie das jedoch nicht. Viele Förderer gehen im Gegenteil offenbar einfach von ihrem eigenen, westlichen Verständnis aus – ohne zu hinterfragen, ob es variieren kann oder welche Rolle die Kultur des Ziellandes für die Umsetzung demokratischer Prinzipien spielt (vgl. Pickel / Pickel 2006c: 249, 280).

2 S. dazu auch Lauth / Pickel 2014: 37; Schaal 2012: 467; Grävingholt / Leininger / Schlumberger 2009b; Grävingholt / Leininger / Schlumberger 2009a: 1; Haerper et al 2009a: 384.

Welches politische System sich in welcher Gesellschaft durchsetzt und warum dies geschieht, sind seit Aristoteles die zentralen Fragen der Politikwissenschaft (vgl. Welzel 2009: 74). Unter den politischen Systemen verkörpert gerade die Demokratie für viele eine beinahe paradiesische Idee: Demokratien führen keine Kriege und sind reicher als Nicht-Demokratien. In diesem Denken ist das Bedürfnis, Demokratie auf der ganzen Welt zu verbreiten, nachvollziehbar und erklärt, warum DF einen so hohen Stellenwert in der politischen Rhetorik genießt (vgl. Müller 2008: 42). DF hat sich in den 1990er Jahren zu einem blühenden Politikfeld entwickelt, das sich allerdings heute immer mehr kritischen Fragen stellen muss (vgl. Grävingholt / Leininger / Schlumberger 2009a: 1; Dauderstädt / Lerch 2005: 159). Das Florieren nicht-demokratischer Staaten, die Tendenz in ‚frisch-demokratischen‘ Völkern die (häufig aus sicherheits- oder wirtschaftspolitischer, westlicher Sicht) ‚Falschen‘ zu wählen und die Tatsache, dass westliche Demokratien Handel mit Nicht-Demokratien treiben und Stabilität in rohstoffreichen Ländern den Vorzug vor Demokratisierung geben, stellen Demokratien vor ein Dilemma (vgl. Müller 2008: 42, 45; Welzel 2007: 78). Dass DF darauf abzielt, Einfluss auf die Zielländer zu nehmen, öffnet Kritik an diesem ‚neoliberalen Export der eigenen Werte‘ und an asymmetrischen Machtbeziehungen bis hin zu neokolonialen Vorwürfen Tür und Tor (vgl. Felske 2011: 13). Entgegen der Rhetorik wird DF in der Praxis als **ein** außenpolitisches Ziel neben anderen gesehen – und keineswegs als dominierendes (vgl. Müller 2008: 42; Karakas 2010: 1).

Häufig sehen Förderer Demokratie nicht als Handlung, sondern als Struktur. Viele von ihnen fokussieren Wahlen. Und erste Erfolge – etwa bei Transitionen zu elektoralen Demokratien – geben den Förderern anfänglich recht. Spätestens bei der Konsolidierung zeigen sich allerdings Probleme. Häufig liegt dies daran, dass neue Demokratien Schwierigkeiten mit der Etablierung von Rechtsstaatlichkeit haben (vgl. Mehta *et al.* 2010: 7; Merkel 1999: 361). Die Präferenz für Wahlen als Ziel der DF ist bis zu einem bestimmten Punkt nachvollziehbar. Wahlen sind in westlichen Demokratien untrennbar mit der demokratischen Staatsform verbunden. Doch in vielen Ländern legitimieren sich autoritäre Herrscher auch über Wahlen. Deshalb sagt deren Existenz *per se* noch gar nichts darüber aus, ob ein Land demokratisch ist oder nicht. Der Fokus auf Wahlen zeigt sich aber nicht nur in der Praxis. Zusammen mit Institutionen nehmen sie auch das *Gros* der politikwissenschaftlichen Literatur ein (vgl. Munck 2012: 37). Auch in der Strategie-Literatur drückt sich diese Schieflage aus: Es sind weit mehr Informationen zu *top-down*-Ansätzen erhältlich und wie mit Eliten in Partnerländern ein Wandel erreicht werden kann als zu

bottom-up-Strategien und der Förderung demokratischer Werte und demokratischen Verhaltens in der Breite der Bevölkerung (vgl. Freise 2004: 21).

Zumindest die Erkenntnis, dass Demokratisierung nicht nach einem Setzbaukasten funktioniert, scheint sich aber trotz alledem durchzusetzen (vgl. Grävingholt / Leininger / Schlumberger 2009a: 1). Demokratie ist „keine Einbahnstraße. Hat ein Land einen Demokratisierungspfad eingeschlagen, steht am Ende des Weges nicht automatisch die konsolidierte Demokratie“ (ebd.). Das liegt u. a. daran, dass alle Demokratien stets in Bewegung sind (vgl. Bühlmann 2011a: 23; Bühlmann 2011b: 32). Dies bedeutet wiederum, dass die Qualität von Demokratien erhöht werden kann (vgl. O'Donnell 2010: 208f) – quasi die „Demokratisierung der Demokratie“ (Birsl 2011: 21). DF versucht also, Demokratisierung zu unterstützen – aber gibt es keinerlei Einigkeit über das ‚Wie‘ (vgl. McFaul 2004: 157). Die wissenschaftliche Debatte um DF ist noch jung und allgemeine Theorien gibt es nicht (vgl. Merkel 2010: 437). „Erfahrungen, vergleichende Evaluationen von Strategien, Verläufen und Wirkungen externer Demokratieförderung gibt es nur wenige. Und wenn es sie gibt, sind sie theoretisch kaum generalisiert und empirisch unzureichend gesättigt“ (ebd.).

Die Demokratie in Indien zu fördern, ist das Ziel verschiedener Akteure. Zu diesen zählen die parteinahen Stiftungen. Die DF in Deutschland begann mit diesen Stiftungen (vgl. Hanisch 1996b: 60)³, die eine weltweit einzigartige Akteursgruppe in der DF sind und die – wegen ihrer formalen und organisatorischen Unabhängigkeit sowie gleichzeitig ihrer finanziellen Abhängigkeit und personellen Verbindungen zur deutschen Politik – von besonderem Interesse sind. Sie bewegen sich sowohl vor Ort als auch in ihrem Herkunftsland in einem Spannungsfeld von Akteuren, die aus einem gewissen Demokratieverständnis heraus agieren und die, wie jeder Akteur, selbstständige Interessen verfolgen und von eigenen Motivationen geleitet werden. Sie setzen, wie jeder Akteur, Schwerpunkte, die durch ihr jeweils eigenes Demokratieverständnis geprägt sein könnten. Die Stiftungen agieren, wie andere Förderer, obwohl die angerissenen Grundsatzfragen zur DF – wie die Frage nach dem ‚Wie‘ – nicht geklärt sind. Trotzdem ist bei den Stiftungen laut Betz ungefähr ein Drittel aller Projekte „direkt demokratierelevant“ (Betz 1996: 219).

3 Heute zählt Deutschland neben den USA zu den größten nationalstaatlichen Gebern (vgl. Karakas 2013: 23). Dabei fördert die Bundesrepublik und fördern die verschiedenen deutschen Akteure nicht ein bestimmtes Demokratiemodell, sondern stärken demokratische und rechtsstaatliche Prinzipien (vgl. Kolb 2007: 17f).

Der Anspruch dieser Studie ist, am Beispiel Indiens, die externe Demokratieförderung (EDF) der Stiftungen bzgl. der dahinterstehenden Interessen kritisch zu hinterfragen sowie die unterschiedlichen Ansätze der Stiftungen zur DF zu vergleichen. Hierbei werden u. a. *top-down*- und *bottom-up*-Konzepte in der Herangehensweise der Stiftungen betrachtet und mit dem jeweiligen Demokratieverständnis, das dahintersteht, in Verbindung gebracht. Es wird der zentralen erkenntnisleitenden Fragestellung gefolgt, ob eine solche EDF selbst als demokratisch bezeichnet werden kann. Methodisch gesehen wird anhand von drei Analyseebenen sowie auf der Grundlage von Eberhard Sandschneiders Sechseck der DF und Wolfgang Merckels Modell zur DF geforscht, um einen Beitrag zum theoriebildenden Forschungsstand zu leisten.

Vorgehen und Aufbau:

Um all diese Fäden zu bearbeiten und zu verknüpfen, ist die vorliegende Studie in fünf große Kapitel gegliedert: Nach dem Stand der Forschung und dem Analyserahmen (I) werden die EDF (II) und das Fallbeispiel Indien (III) beleuchtet, bevor die Praxis der EDF in Indien (IV) analysiert und in der Conclusio (V) die Ergebnisse diskutiert und zusammengeführt werden. Im ersten Abschnitt wird der Forschungsstand zur DF, den parteinahen Stiftungen und Indien aufgearbeitet und die Relevanz der Fragestellung herausgestellt (1.). Hier wird schnell deutlich, dass sowohl die parteinahen Stiftungen als auch Indien in der politikwissenschaftlichen Forschung bislang viel zu kurz gekommen sind und dass die Frage, wie das Demokratieverständnis die Art der DF eines Förderers beeinflusst, nur am Rand der Forschung thematisiert worden ist. Ansätze dazu haben Sandschneider und Merkel entwickelt. Auf den Konzepten der beiden Forscher basiert auch der nachfolgende Abschnitt, in dem der Analyserahmen und die Methodenauswahl vorgestellt werden (2.). Im nachfolgenden Kapitel wird zunächst das Spektrum der EDF betrachtet (3.). Dabei wird anhand der von Sandschneider und Merkel abgeleiteten und erweiterten Fragen ‚Was? Wer? Wen? Wann? Wie lange? Warum? Wie? Mit welcher Wirkung?‘ vorgegangen, bevor die Problemfelder der EDF und der Demokratisierungsforschung sowie die normativen Grundlagen der EDF skizziert werden. Danach wird dies auf die DF aus Deutschland angewandt (4.), wobei sich die Untersuchung vom internationalen Spannungsfeld über die EDF als Bestandteil der deutschen Außenpolitik bis hin zu den parteinahen Stiftungen als Akteuren der Außenpolitik vorarbeitet. Die W-Fragen der EDF werden abschließend für die parteinahen Stiftungen beantwortet. Die Kontext-

bedingungen der EDF in Indien (5.) beginnen mit einem historischen Abriss, der die Demokratie und die DF in Indien kontextualisieren soll. Die internationale Position Indiens und die Innenpolitik, inkl. der demokratischen Strukturen, des Kastensystems und der Herausforderungen durch den Hindu-Nationalismus und Kommunalismus, werden vorgestellt. Erste Erklärungsversuche zur DF in Indien werden anschließend diskutiert (6.).

Bei der Untersuchung des Forschungsgegenstandes (7.) wird eine dreistufige Analyse abgearbeitet. Mittels einer qualitativen Inhaltsanalyse werden die Jahresberichte der parteinahen Stiftungen aus den vergangenen fünf Jahren untersucht, um einen ersten Überblick über das Demokratieverständnis der Stiftungen und ihre Vorgehensweise in der DF zu gewinnen. Die schriftliche Befragung der Büroleiter der Stiftungen in Indien baut darauf auf, konkretisiert und überprüft das gewonnene Wissen. Die Experteninterviews mit den Büroleitern und mit indischen Politikwissenschaftlern kontrollieren die Ergebnisse und betten diese in einen breiteren Kontext ein. Im letzten Kapitel werden die aufgestellten Hypothesen überprüft und die Ergebnisse diskutiert. Dabei kommt die Frage auf, ob DF der falsche Begriff für die Arbeit der Stiftungen im Ausland ist. Anschließend wird ein Resümee gezogen und ein Ausblick gegeben in Bezug auf die EDF anhand des Fallbeispiels und auf die Demokratisierungsforschung.

I Externe Demokratieförderung: Stand der Forschung, Relevanz der Untersuchung und Analyserahmen

Einen gezielten Forschungsstand zum Thema der vorliegenden Untersuchung gibt es nicht. Deshalb muss mit Teil-Forschungsständen gearbeitet werden, die im Laufe der Studie zusammengeführt werden. Die wichtigsten Aspekte sind hierbei die EDF, die politische Kulturforschung, die parteinahen Stiftungen und Indien als Fallbeispiel. Diese und die wichtigsten Definitionen werden nachfolgend umrissen. Anschließend wird der Analyserahmen aufgespannt und die Methodenauswahl begründet.

1. Forschungsstand

Theorien zu Demokratien gibt es seit der Antike, aber Theorien zu Demokratisierung und Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft, Demokratisierungsprozesse zu unterstützen – also **Demokratieförderung** zu betreiben –, sind beide relativ neu (vgl. Burnell 2004: 100). Frühe Fälle der EDF sind laut Gawrich die Neuordnung Europas nach dem Ersten Weltkrieg, die Demokratisierung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg und die Entkolonialisierung, weshalb DF und Entwicklungspolitik auch eng miteinander verwoben waren und dies z. T. auch noch sind, obwohl sie sich Gawrich zufolge auseinanderentwickelt haben (vgl. Gawrich 2014: 1f, 20f; Carothers 2010a: 12)⁴.

Seit den späten 1980er Jahren und verstärkt seit Ende des Ost-West-Konfliktes ist ein rasanter Anstieg der EDF zu verzeichnen. Mit Ende des Kalten Krieges ging die Überzeugung einher, die Demokratie sei auf dem Siegeszug und das Ende der Geschichte (*Francis Fukuyama*) stehe bevor. Das beflügelte die DF (vgl. Burnell 2011: 123)⁵ – ebenso wie deren wissenschaftliche Behandlung (vgl. Reiber 2009: 30). Gemeint war zu dieser Zeit v. a. die ‚westliche Demokratie‘ wie es sie in Europa und Nordamerika gibt (vgl. Hartmann 2015: 55). Das traf schon auf Fukuyama als auch auf *Samuel S. Huntington* zu. Doch wo Fukuyama den demokratischen Siegeszug prognostizierte, beschwor Huntington eine neue Form des Konflikts, nämlich den ‚Kampf der Kulturen‘, die seither massiver Kritik und einer lebhaften Debatte ausgesetzt ist.

4 Zum Verhältnis von DF und EZ s. Carothers 2010a: 12ff.

5 S. dazu auch Gawrich 2014: 13, 21; Karakas 2013: 36; Leininger 2015a: 509; Schmitz 2014: 130; Reiber 2014: 213; Freise 2004: 24; Wolff 2009: 248; Carothers 2010a: 16. Völlig falsch war diese Sicht nicht, da seither keine andere politische Ideologie – vielleicht mit Ausnahme des politischen Islamismus – eine so starke Anziehungskraft ausgeübt hat (vgl. Linz 2007: 133).

Larry Diamond, ein weiterer früher Demokratieforscher, hinterfragt, ob öffentlich gemachte Unterstützung für Demokratie nichts weiter ist als die Anerkennung dessen, dass Demokratie sozial erwünscht ist. Dies macht er an Studien des Asien-Barometers deutlich, die untersuchen, inwiefern das Verwenden des Begriffs ‚Demokratie‘ Antworten bei Befragungen verzerrt (vgl. Diamond 2010: 103f). Daraus könnte geschlussfolgert werden, dass ein Fehlschluss vorherbestimmt ist, wenn Förderer mit dem Demokratiebegriff arbeiten. Dies wird später detaillierter aufgegriffen. Gemeinsam mit *Leonardo Morlino* diskutiert Diamond die Qualität von Demokratien anhand der Prozesse, der Inhalte und der Resultate (vgl. Diamond / Morlino 2004: 21ff). Passend dazu bemerkt *Michael McFaul* bereits 2004, dass die Demokratie als internationale Norm stärker ist denn je, dass aber die wachsende Kluft zwischen liberalen und Wahldemokratien besorgniserregend ist (vgl. McFaul 2004: 148, 151). Dass Demokratien stets verbessert werden können und auch existierende Demokratien tlw. schwerwiegende Probleme haben, hat *Guillermo O'Donnell* betont (vgl. O'Donnell 2010: 208f). Zentral für das Funktionieren einer qualitativ hochwertigen Demokratie ist für O'Donnell die *Rule of Law* (vgl. O'Donnell 2004: 32ff).

Seit dem Narrativ vom ‚Ende der Geschichte‘ ist EDF ein wichtiges Paradigma der Entwicklungs- und Außenpolitik westlicher Staaten. Sie soll die weltweite Armut verringern, Staaten retten, die vor einem Zerfall stehen, Konflikte verhüten und Terrorismus bekämpfen. Damit wurde die DF nach dem Zusammenbruch des Ostblocks zu einer boomenden ‚Industrie‘ (vgl. Grävingholt / Leininger / Schlumberger 2009b; Reiber 2014: 213). Denn neben der normativen Sichtweise, dass Demokratie um ihrer selbst willen gefördert werden sollte, haben sich für die Förderer in den Zielstaaten neue (wirtschaftliche) Spielräume eröffnet (vgl. Karakas 2013: 36). Dies wird v. a. beim finanziellen Volumen für DF deutlich. EDF umfasst heute zehn Milliarden Euro *per annum*. Dies entspricht zehn Prozent der weltweiten Entwicklungshilfe (vgl. Grävingholt / Leininger / Schlumberger 2009b; Merkel 2010: 437). Zwischen 1991 und 2000 verzehnfachten sich die Mittel für EDF laut dem *World Development Report 2004*, was insb. an den USA lag, die bereits viel unter Bill Clinton, aber noch mehr unter George W. Bush für EDF aufbrachten (vgl. Reiber 2009: 30; Reiber 2014: 213). Von 1990 bis 2003 wuchsen die Ausgaben für DF von USAID um 500 Prozent (vgl. Merkel 2010: 436). Deutschland und deutsche Akteure zählen im europäischen Vergleich zu den wichtigsten Demokratieförderern. Da sich aber zahlreiche Stellen – inkl. der parteinahen Stiftungen, die zu den ersten Organisationen der EDF zählen (vgl. ebd.) – engagieren, gibt es kein einheitliches Demokratiemodell, das gefördert wird. Vielmehr werden demokratische und rechtsstaatliche Prinzipien fo-

kussiert: „Dazu gehören der Respekt politischer, bürgerlicher, ökonomischer, sozialer und kultureller Rechte, Menschenrechte, Chancengleichheit für Frauen, politische Partizipation, Respekt vor Minderheiten, Transparenz und Verantwortung“ (Kolb 2007: 17f) sowie gute Regierungsführung (vgl. ebd.). DF kann viele Formen annehmen. In der vorliegenden Studie wird sie als alle nicht-militärischen Maßnahmen verstanden, „die der Etablierung, Stärkung oder Wiederherstellung demokratischer politischer Ordnung dienen“ (Grävingholt / Leininger / Schlumberger 2009a: 2). Wie bereits an diesen frühen DF-Beispiel deutlich wird, geht es bei Demokratisierungsprozessen stets darum, das bestehende System zu verändern. Da EDF dieses Bestreben unterstützt, greift sie automatisch in „den Kernbereich nationaler Souveränität“ (Gawrich 2014: 8) ein. Deshalb machen Förderer üblicherweise eine Gratwanderung: Sie müssen von der Regierung akzeptiert werden, aber tlw. zeitgleich deren Kritiker stärken.

Einen guten Überblick über die Transformationsforschung bieten *Raj Kollmorgen*, *Wolfgang Merkel* und *Hans-Jürgen Wagener* mit ihrem Handbuch (2015). Darin beleuchten die Autorinnen und Autoren verschiedene Elemente des Transformationsprozesses: Systeme, Institutionen und Akteure. Auch verschiedene Ansätze zur Erklärung von Transformationsprozessen, wie modernisierungstheoretische, kulturtheoretische oder Transitionsansätze, werden vorgestellt. Insb. der Beitrag von *Julia Leininger* zur DF ist hervorzuheben. Darin beleuchtet sie die normative, systematisierende und wirkungsorientierte Perspektive auf DF. Der Demokratisierung im Speziellen widmet sich ein Sammelband von *Christian Haerpfer et al.* (2009), in dem die Autorinnen und Autoren dafür plädieren, eine auf die breite Bevölkerung bezogene, responsive Demokratisierung zu favorisieren, da nur dieser Weg zu einer dauerhaft überlebensfähigen, lebendigen Demokratie führe. Um auf diese Art und Weise vorgehen zu können, müsse die politische Kultur in die Strategie der Förderer einbezogen werden. Denn was die Bevölkerung glaube, spiele eine zentrale Rolle. Um Demokratie zu vertiefen, seien emanzipative Werte und das Einbinden der Menschen unverzichtbar. *Christian Welzel* (2007) fragt sich, ob Demokratie ein universell übertragbares Konzept ist und verknüpft es mit der Zustimmung von Bevölkerung und Eliten. Er plädiert dafür, die aktiv praktizierte Demokratie zu verfolgen, damit sie nicht nur eine Hülle, sondern mit Leben gefüllt ist. *Peter Burnell* und *Richard Youngs* (2010) thematisieren in ihrem Sammelband, welchen neuen Herausforderungen sich Demokratisierung gegenübersteht. Ein Beispiel ist für die Autorinnen und Autoren das Spannungsfeld von staatlicher Souveränität und DF, ein anderes die Doppelmoral, die bei den Bevölkerungen in Zielländern zu einem *backlash* geführt hat. *Janette Uhlmann* (2009)

widmet sich in ihrer Untersuchung solchen Dilemmasituationen und diskutiert, inwiefern sicherheits- oder wirtschaftspolitischen Themen Vorzug vor DF gegeben wird, wenn diese aufeinandertreffen. Den externen Faktoren der Demokratisierung widmen sich *Gero Erdmann* und *Marianne Kneuer* (2014) in ihrem Sammelband. Diese internationale Dimension wurde den Autorinnen und Autoren zufolge in den ersten Jahren des Feldes, das sich mit der Dritten Demokratisierungswelle befasste, vernachlässigt. Für sie sind die Folgen des Einmarsches in Afghanistan 2001 und des Irak-Krieges 2003 ein Grund für das gestiegene wissenschaftliche Interesse an diesem Bereich. Die Fragen nach der ‚richtigen‘ Strategie und nach der jeweiligen Wirkung werden seither diskutiert. Sie greifen verschiedene Instrumente auf und diskutieren diese – u. a. und recht kritisch die politische Konditionalität. Auch fragen sie, ob das Vorbild der westlichen Demokratie gerechtfertigt war. Denn kultur- und länderspezifische Einstellungen seien prägend für das Demokratieverständnis.

Der Demokratisierungspolitik der EU widmen sich *Michèle Knodt* und *Sigita Urdze* (2008). Obwohl die EU kein Akteur wie die Stiftungen ist, können einige zentrale Lehren daraus gezogen und für andere Bereiche fruchtbar gemacht werden – wie die These, dass die EU ihre eigenen Werte als Modell in andere Staaten exportiere oder dass ein größeres Maß an *ownership* den getroffenen Maßnahmen mehr Akzeptanz verschafft. Grundlage der DF aus Deutschland ist die Außen- und Entwicklungspolitik der Bundesrepublik. Eine hervorragende Grundlage bildet die Reihe ‚Deutschlands neue Außenpolitik‘ (1994, 1996), die die Handlungsmaximen und Trends nach der Wiedervereinigung aufgreift, die diese Politik auch Jahrzehnte später noch zu großen Teilen prägen.

Die DF (nicht-)staatlicher Akteure kann laut *Tina Freyburg et al.* (2014) anhand vierer Parameter unterschieden werden: der Ebene, auf die die DF abzielt – z. B. das System, Wahlen oder Rechte –, der Akteure, der Demokratisierungsrichtung – *top-down* oder *bottom-up* – sowie der Kooperationsart, durch die es zur Demokratisierung kommt, d. h. intergouvernementale oder transnationale Beziehungen (vgl. Freyburg *et al.* 2014: 170f). Diese Kategorisierung korreliert mit den Kerngebieten der DF, über die laut Leininger in der Literatur Konsens besteht:

„Die Unterstützung (a) des Auf- und Ausbaus demokratischer Prozesse und Institutionen, inklusive Wahlen; (b) der Entwicklung einer Zivil- und Bürgergesellschaft; (c) des Aufbaus rechtsstaatlicher Strukturen, inklusive eines funktionsfähigen Justizsystems; (d) beim Schutz und der Gewährleistung von Menschenrechten“ (Leininger 2015a: 511).

Allerdings engagiere sich ein Förderer nicht gleichmäßig auf allen vier Gebieten, es gebe thematische Schwerpunkte – wie bei skandinavischen Staaten und Menschenrechten. Über alles Weitere besteht Leininger zufolge Dissens – z. B. bei der Frage, ob wirtschaftliche Förderung auf Demokratisierungsprozesse wirkt, was einige Forscherinnen und Forscher als indirekte DF bezeichnen (vgl. ebd.). Dies zeigt sich auch daran, dass es keine generelle Theorie der DF gibt (vgl. Sandschneider 2003: 45), was sich auch als schwierig gestaltet, da ein Akteur in unterschiedlichen Ländern bzw. zu unterschiedlichen Zeitpunkten verschiedene Strategien verfolgen und Instrumente einsetzen kann (vgl. Knodt / Urdze 2008: 25). In ihren Herkunftsländern spielt sich DF zwischen Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik ab (vgl. ebd.: 21). Hinzu kommt, dass DF in politikwissenschaftlicher Hinsicht sowohl in den Internationalen Beziehungen als auch in der Vergleichenden Regierungslehre zu verorten ist (vgl. Leininger 2015a: 510; Richter 2014: 148). Sandschneider sieht für die Analyse von DF deshalb nur die notgedrungene Orientierung am historischen Einzelfall (vgl. Sandschneider 2003: 45).

Für diesen Mangel an Einigungen und an allgemein akzeptierten Theorien wird die Demokratisierungsforschung hin und wieder kritisiert. Obwohl das Disparate als zentrales Merkmal der DF gesehen wird (vgl. Gawrich 2014: 21), befeuern Beispiele wie Belarus, die als gescheiterte Demokratisierungen gelten, diese Kritik (vgl. Babajew 2011: 1). Deshalb ist die (naive) Euphorie der Zeit nach dem Kalten Krieg weitgehend verfliegen (vgl. Reiber 2014: 213; Gawrich 2014: 29). Mit den Anschlägen vom 11. September 2001 und dem Bestreben unter George W. Bush, der Welt die Demokratie zu bringen (vgl. Jüemann / Knodt 2007a: 366; Kneuer 2014: 24), sieht sich die EDF mittlerweile „mit unangenehmen Fragen konfrontiert“ (Grävingsholt / Leininger / Schlumberger 2009b). Förderer waren zunächst davon ausgegangen, dass Demokratie mittels Baukastenprinzip exportierbar sei – obwohl Autorinnen und Autoren wie *Thomas Carothers* und *Peter Burnell* früh Differenzierungen vorgenommen haben (vgl. Gawrich 2014: 29). Eine breite Debatte über die Übertragbarkeit demokratischer Strukturen kam jedoch erst zeitlich versetzt dazu auf. Kritikerinnen und Kritiker erklärten, dass ein direkter Transfer nur bei *Policies* eine Möglichkeit sei, die aber nur bei gleichen Kontexten ideal funktioniere (vgl. Beer 2014: 301ff). Im Zuge der ‚Arabellion‘⁶ wird EDF erneut stark diskutiert – und damit die Frage, ob und wie Demokratie gefördert werden kann und sollte (vgl. Leininger 2015a: 509). Die Fälle der neueren Demokratisierungswelle(n) haben vergleichsweise seltener

6 Eine Reihe von Aufständen in den Staaten Nordafrikas seit 2010.

zu konsolidierten Systemen geführt. Da Demokratisierung nicht automatisch zu einer konsolidierten Demokratie führt (vgl. Grävingholt / Leininger / Schlumberger 2009b), gehen Praxis und Forschung mittlerweile davon aus, dass in der DF nicht mit einfachen und schnellen Erfolgen zu rechnen ist (vgl. Leininger 2015b: 4; Gawrich 2014: 22f). Außerdem gibt es mit autoritären Regimen, wie in China, im Iran oder arabischen Raum, Systemalternativen, die externem Druck vehement Stand halten, sich sogar stabilisieren oder in der ökonomischen Performanz mit dem Westen mithalten (vgl. Grävingholt / Leininger / Schlumberger 2009b). Damit einher geht, dass die Wirksamkeit der EDF bisher „kaum nachgewiesen werden konnte“ (ebd.). EDF kann zwar Demokratisierung befördern. Dauerhafte Erfolge liegen aber in den Händen der Akteure vor Ort (vgl. ebd.).

Für einen Demokratisierungserfolg werden in der Literatur verschiedene bedeutsame Faktoren angeführt: (1) Staatlichkeit und *nation building*, (2) sozioökonomische Determinanten, (3) kulturelle, politische und historische Faktoren, (4) politische und institutionelle Aspekte, (5) Akteurskonstellationen, (6) das internationale Umfeld (vgl. Knodt / Jünnemann 2007: 10), (7) das *Timing* der Akteure, (8) die Kongruenz von Instrumentarium und jeweiligem Zielland, (9) angemessene Adressaten, (10) gutes Zielland- und Kontextwissen, (11) Glaubwürdigkeit und (12) dass auf Wissensvermittlung und *common ownership* gesetzt wird (vgl. Gawrich 2014: 22f). Hillenbrand hebt hervor, dass die einzigartige Situation eines Staates die DF-Strategie bestimmen sollte (vgl. Hillenbrand 2003: 4). Auch der Zeitpunkt der EDF und die Wahl der Maßnahmen hängen eng zusammen, da nicht jedes Instrument in jeder Phase (sinnvoll) eingesetzt werden kann (vgl. Felske 2011: 20f). Außerdem spielen für die DF laut Sandschneider die geografische Nähe zwischen Förderer und Zielland, wirtschaftliche Beziehungen sowie sicherheitspolitische Interessen des Förderers eine Rolle. Die eigenen Vorstellungen der Förderer beeinflussen darüber hinaus ihr Förderverhalten. US-Amerikaner fokussieren sich z. B. auf Wahlen und Europäer eher auf soziale und ökonomische Partizipation (vgl. Sandschneider 2003: 37).

Wie deutlich wird, arbeiten die Akteure der DF – im vorliegenden Fall die parteinahen Stiftungen – ohne einheitlichen Begriff der EDF (vgl. Bade *et al.* 2013: 17). Dies wird insb. in der englischsprachigen Literatur deutlich, in der eine Vielzahl von Ausdrücken üblich sind⁷: „*democracy assistance, external democratization, democracy-related assistance, democracy promotion, political aid, political assistance, support for democratic develop-*

7 S. dazu auch Karakas 2010: 2; Bartsch 1998: 189; Felske 2011: 16; Merkel 2010: 438.

ment“ (Gawrich 2014: 15, Hervorhebung im Original, V.S.). In deutscher Sprache ist von DF, Demokratisierungshilfe und -politik die Rede. Unterscheidungskriterium für die Nutzung eines Begriffes sind laut Burnell die Akteure, z. B. staatliche oder zivilgesellschaftliche Förderer. Staaten können also *democracy promotion* betreiben und zivilgesellschaftliche Akteure *democracy assistance*, da sie ‚nur‘ unterstützend wirken (vgl. Burnell 2011: 124). Häufig werden bei *democracy promotion* auch Zwangsmaßnahmen in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht eingeschlossen, die *democracy assistance* nicht umfasst. Letztere bezieht sich auf positive und direkte DF-Maßnahmen (vgl. Faath 2005c: 14f). Im deutschen Sprachraum hingegen werden unter DF alle nicht-militärischen Maßnahmen subsumiert, „die der Etablierung, Stärkung oder Wiederherstellung demokratischer politischer Ordnung dienen“ (Grävingholt / Leininger / Schlumberger 2009a: 2)⁸.

DF betrifft durch das Abzielen auf das Regierungssystem und die Herrschaftsstrukturen eines Landes automatisch „den Kernbereich nationaler Souveränität“ (Gawrich 2014: 8). Dies zählt zur direkten DF. Es gibt auch eine indirekte DF, die versucht, die grundlegenden Bedingungen so zu verbessern, dass sie einen idealen Kontext für eine demokratische Transition und das anschließende Überleben der Demokratie bieten (vgl. Grimm / Leininger 2012: 396). Dadurch unterscheidet sich EDF auch von der EZ, die stattdessen „auf die allgemeine Verbesserung wirtschaftlicher, politischer und sozialer Verhältnisse“ (Freise 2003: 23) abzielt. Indirekte Einflüsse und Maßnahmen auf Demokratisierungsprozesse, wie Diffusionseffekte und Wirtschaftsförderung, zählen also nicht zur DF (vgl. Leininger 2015a: 509). DF läuft meist *top-down* oder *bottom-up* ab (vgl. Merkel 2010: 439). In diesem Sinne wird EDF in der vorliegenden Untersuchung verwendet. Der Begriff wird nicht auf eine Akteursgruppe begrenzt (vgl. ebd.), da sowohl die DF der parteinahen Stiftungen als auch – in deutlich geringerem Ausmaß – staatliche DF thematisiert werden. Der enge Demokratisierungsbegriff umfasst „die Öffnung eines autoritären Regimes und die Phase des Übergangs zu einer demokratischen Ordnung“ (Leininger 2015b: 5). In dieser Studie meint der weite Begriff den von selbst oder von außen angestoßenen Wandel von keiner oder wenig hin zu (mehr) Demokratie (vgl. Grimm / Leininger 2012: 396)⁹. Demnach ist Demokratisierung ein „prinzipiell unabgeschlossener Prozess, über dessen konkrete Begrenzung immer wieder neu verhandelt werden muss“ (Buchstein 2011: 52).

8 S. dazu auch Leininger 2015a: 509; Reiber 2009: 37; Reiber 2014: 214; Sandschneider 2003: 3f; Karakas 2013: 34.

9 S. dazu auch Reiber 2009: 36; Welzel 2009: 74f; Bernhagen 2009: 25.

Wie angerissen, engagieren sich die **parteinahen Stiftungen** neben anderen Akteuren für die Demokratie in Indien. Doch mit diesen beschäftigen sich nur wenige Forscherinnen und Forscher – und wenn überhaupt, dann eher mit generellen Strukturen der Stiftungen, wie ihrem Aufbau oder ihrer Finanzierung. *Swetlana Pogorelskaja* (2002, 2009) vertritt die Auffassung, dass die Stiftungen in ihrer internationalen Arbeit Aufgaben erfüllen, die der Staat so nicht erfüllen kann. Dies mache die Stiftungen zu (eigenständigen) Akteuren der Außenpolitik und rechtfertige die Finanzierung durch den Staat. Doch sie argumentiert nur anhand der unterschiedlichen Aufgaben der verschiedenen *Player*, ohne z. B. die DF als solche zu betrachten. Gleiches gilt für *Sebastian Bartsch* (1998, 2007). Er untersucht die Stellung der Stiftungen im außenpolitischen Institutionengefüge und sieht sie als Grenzgänger zwischen Gesellschaft und Staat, was ihnen im Ausland einmalige Zugänge ermögliche und besondere Authentizität verleihe. Pogorelskaja und Bartsch argumentieren zur allgemeinen Situation der Stiftungen, untersuchen jedoch nicht den Einzelfall und das alltägliche Arbeiten in der praktischen DF.

Ein Grund für die von Pogorelskaja und Bartsch gelobten Eigenschaften wie Diversität und Pluralität in der DF und bei Akteuren wie den Stiftungen liegt sicher darin, dass der **Demokratiebegriff** als Grundlage jeder DF so vielfältig – will meinen: unsauber – definiert wird. Um nicht idealisierten Demokratievorstellungen zu verfallen, soll mit einer realitätsnahen und angemessenen Definition gearbeitet werden. Sie soll begrenzt, aber nicht minimalistisch angelegt sein (vgl. Greven 2003: 72f; Reiber 2009: 35). Die Synthese aus den auf Wahlen und Institutionen begrenzten Minimaldefinitionen und Maximalvarianten, die Demokratie als allumfassende Lebensform ansehen, ist die Definition des Demokratiebarometers¹⁰. Das Instrument befasst sich als einziger sozialwissenschaftlicher Index mit der Qualität von Demokratien. Andere Indizes beschreiben die Unterschiede von Autokratien und Demokratien, bei der Differenzierung von Demokratien greifen sie jedoch häufig nicht (vgl. Merkel 1999: 364). Die Definition des Demokratiebarometers basiert auf Freiheit, Gleichheit und Kontrolle, die in einem Spannungsverhältnis stehen, das es auszubalancieren gilt. Da eine gleichzeitig vollkommene Erfüllung aller Merkmale

10 Bühlmann *et al.* 2008: 116f erläutern die Vorzüge der Definition des Demokratiebarometers sehr überzeugend. Zu Messungen des Demokratiebarometers s. Bühlmann *et al.* 2015: 1ff. Stoiber kritisiert am Demokratiebarometer, dass es kein definiertes Ideal gibt, mit dem die Demokratiequalität eines Landes verglichen werden kann. Er argumentiert, dass ohne eine Obergrenze nicht deutlich wird, wie groß das bestehende Demokratiedefizit ist (vgl. Stoiber 2011: 21). Verfechter der ‚Demokratisierung der Demokratie‘-Thesen sehen in Demokratisierung aber einen prinzipiell un abgeschlossenen Prozess, weshalb auch das Ideal immer weiter steigt (vgl. Buchstein 2011: 52).

illusorisch ist, müssen deren einzelne Komponenten optimal kombiniert werden, um eine höhere Qualität zu erreichen (vgl. Bühlmann *et al.* 2008: 117ff; Bühlmann *et al.* 2015: 5ff). Neben der Unklarheit des Demokratiebegriffs spielt auch die unterschiedliche Interpretation der ‚Demokratie jenseits des Westens‘ eine Rolle. Im gleichnamigen Sammelband konzentrieren sich *Sophia Schubert, Alexander Weiß et al.* (2016) genau auf diesen Aspekt: Wie wird Demokratie jenseits des Westens verstanden und konzipiert? Obwohl es Demokratien auf der ganzen Welt gibt, ist die Demokratieforschung v. a. westlich geprägt. In Anlehnung an Dallmayrs *Comparative Political Theory* plädieren Schubert und Weiß dafür, die Politische Theorie jenseits des Westens einzubeziehen. Dies würde die Wissensbestände erweitern, einen inklusiven Dialog statt des westlichen Monologs ermöglichen und das Innovationspotenzial jenseits des Westens nutzen. Sie bezeichnen dies als die Demokratisierung der Politischen Theorie.

Um das Demokratieverständnis in einem Land und jenseits des Westens zu untersuchen, ist die **politische Kulturforschung** zentral. Im Hinblick auf diese beleuchten *Ursula Birs* und *Samuel Salzborn* (2014) ungeschriebene Verfassungen, die als eine konzeptuelle Grundlage für Vergleichsstudien dienen. Sie greifen darin sowohl die institutionelle als auch die kulturelle Dimension ungeschriebener Regeln und politischer Herrschaft auf. *Shalini Randeria* (2004, 2006) argumentiert ähnlich, wenn sie den Rechtspluralismus und überlappende Souveränitäten in **Indien** analysiert. Darin wird deutlich, dass oktroyierte Konzepte nicht automatisch akzeptiert werden, eigene Rechtsräume wie Kastenräte hingegen Respekt und Legitimität genießen. Sie bezeichnet Indien auch als listigen Staat, der sich strategisch stark oder schwach gibt und damit internationale Förderer und die eigene Bevölkerung austrickst. Welche Rolle Indien in der deutschen Außenpolitik spielt und wie sich dieses Verhältnis über die Jahrzehnte seit Indiens Unabhängigkeit verändert hat, diskutiert *Christian Wagner* (2007). Er fokussiert v. a. wirtschaftliche Beziehungen. Der politischen Rolle Indiens im Raum Südasien und der indischen Außenpolitik widmet sich *Sandra Destradi* (2009, 2013). *Hans Fenske et al.* (2008) diskutieren in ihrer ‚Geschichte der politischen Ideen‘ auch Gandhi und Nehru und den Unabhängigkeitskampf in Indien. Sie reißen an, welche Widersprüche es zwischen den Lebensrealitäten der anglierten Eliten und der breiten Bevölkerung gibt. Kulturelle Einflüsse diskutieren diese Autorinnen und Autoren aber nur wenig. *Julia Leininger* unternimmt mit ihrem Sammelband ‚Religiöse Akteure in Demokratisierungsprozessen‘ den Versuch, dieses Forschungsdesiderat anzugehen. An fünf Fallstudien wird in einem Beitrag gemeinsam mit *Miriam Künkler* die Bedeutung religiöser Akteure untersucht. Allerdings beschränken sich

die Autorinnen auf Katholizismus, Protestantismus, christliche Orthodoxie und Islam. Der Hinduismus – ebenso wie Judentum, Buddhismus oder andere – spielt selbst in dieser Studie keine Rolle. Das Gegenteil gilt für *Sumit Ganguly* und *Neil DeVotta* (2003). In ihrem Sammelband wollen sie das kontemporäre Indien verstehen und greifen dazu ethnische, kastenbezogene und religiöse Konflikte auf. Sie zeichnen die historische Entwicklung des Landes ebenso nach wie das Regierungssystem, dessen Verhältnis zu den Bürgerinnen und Bürgern und *vice versa* sowie das Paradoxon Indiens, bei dem Gleichheit der Demokratie und das auf Ungleichheit ausgerichtete Kastensystem¹¹ aufeinandertreffen¹². Auch andere Texte von *Sumit Ganguly* (2002, 2007, 2012) geben einen guten Einblick in das Leben und die demokratische Praxis in Indien: Von der kastenbezogenen, religiösen Mobilisierung bei Wahlen, über die Rechtsstaatlichkeit, Rechenschaft gegenüber der Bevölkerung, Freiheit, Menschen- und Bürgerrechte bis hin zu Korruption. Ganguly bereitet zahlreiche Facetten der indischen Politik und der lebensweltlichen Realität auf und macht die Unzulänglichkeiten der indischen Demokratie deutlich, ohne die Möglichkeit für ein besseres Indien in der Zukunft zu verwerfen.

An diesen Unzulänglichkeiten sollte die DF der parteinahen Stiftungen ansetzen. Da sich jedoch nur wenige Forscherinnen und Forscher mit den Stiftungen befassen – und noch weniger mit deren internationalem Engagement – besteht in den Fragen, was die Stiftungen eigentlich tun, um in anderen Ländern, wie in Indien, die Demokratie zu fördern und wie sie vorgehen, ein Forschungsdesiderat. Außerdem gibt es keine Theorie mittlerer Reichweite zur EDF als solcher. Was dem am nächsten kommt, sind die Erklärungsmodelle von *Eberhard Sandschneider* (2003) und *Wolfgang Merkel* (2010). Sandschneider systematisiert die EDF in seinem Sechseck. Darin vereint er interdependente Einflussaspekte: internationale Rahmenbedingungen, die Akteure, Motive und Interessen der Förderer, die Adressaten, die Phase, in der sich ein transformierendes Land befindet, sowie die Strategien und Instrumente der Förderer. Er bringt diese Aspekte in eine Fragesequenz: Wer fördert wann wen, warum und wie? Wolfgang Merkel baut auf Sandschniders Sechseck auf und macht daraus die Sequenz: Wer fördert wen, wann, wie und mit welcher Wirkung? Er ersetzt ‚warum‘ also mit ‚welcher Wirkung‘. Einhergehend mit diesen Fragen gibt es Merkel zufolge einige Probleme, die Förderer reflektieren und lösen müssen: das Selektions-, *Timing*-, Strategie- und Wirkungsproblem. Wen wählt ein

11 Das Kastensystem weist Menschen ihren sozialen Status aufgrund ihrer relativen Reinheit oder Unreinheit zu. Tote Körper, Exkremente oder Tierfleisch wirken z. B. verunreinigend (vgl. Adeney / Wyatt 2010: 103).
12 S. dazu auch Gsänger 2016: 522.

Förderer mit seinen begrenzten Ressourcen unter vielen möglichen Partnern aus? Was ist der passende Zeitpunkt, um möglichst wirkungsvoll zu fördern? Welche Strategie soll gewählt werden (insb. *bottom-up* oder *top-down*)? Und erzielt die DF überhaupt eine Wirkung? Für einen Systemwechsel gibt es Merkel zufolge systeminterne und -externe Gründe. Dazu gehören u. a. politische Ereignisse, Kriegsniederlagen oder ökonomische (In-)Effizienz. Merkel zufolge verläuft ein Demokratisierungsprozess in drei Phasen: Liberalisierung, Demokratisierung und Konsolidierung. Auf dieser Differenzierung bauen beinahe alle nachfolgenden Forschungen zur Demokratisierung auf. Doch auch andere Werke von Merkel (1996, 1999, 2010, 2013) sind wichtige Bausteine des Forschungsfeldes. Gemeinsam mit *Hans-Jürgen Puhle* (1999) diskutiert er bspw. den Weg von der Diktatur zur Demokratie. Dabei gehen die Autoren auf die Kultur der jeweiligen Bevölkerung ein und machen deutlich, dass Institutionen so lange instabil bleiben, bis sie eine ausreichende Unterfütterung in der Gesellschaft haben. Die Akzeptanz der Institutionen ist ihnen zufolge zentral.

Dies zeigt bereits, wie fruchtbar die Modelle von Sandschneider und Merkel für die Politikwissenschaft waren und immer noch sind. Auch für die vorliegende Studie sind sie von größtem Wert. Mit ihrer Hilfe sollen die Forschungsdesiderate in Bezug auf die DF der parteinahen Stiftungen am Beispiel Indiens – wie die Frage nach der Rolle des Demokratieverständnisses bei Förderer und Zielgruppen und -personen sowie bei den Interessen und Motivationen – bearbeitet werden. Dies ist bei einer seit Jahrzehnten andauernden, von Steuermitteln finanzierten DF der Stiftungen, in einem Land, das sich als die größte Demokratie der Welt bezeichnet, das ein wichtiger *Player* auf der internationalen politischen Bühne ist und möglicherweise noch wichtiger werden wird und das nur eines von vielen Ländern ist, in denen die Demokratie gefördert wird bzw. werden soll, von größter Relevanz für die Politikwissenschaft und die Politik.

2. Analyserahmen

Die internationalen oder externen Faktoren von Demokratisierungsprozessen – und damit die EDF als solche – wurden lange vernachlässigt (vgl. Kneuer 2014: 9)¹³. Mit dem Ende des Kalten Krieges und später dem Einmarsch in Afghanistan und dem Irak-Krieg mit der Behauptung der USA, die Demokratie verbreiten zu wollen, hat diese Dimension in der Politikwissenschaft jedoch einen gewissen Aufschwung erfahren (vgl. Kneuer 2014: 10)¹⁴. Die Debatte bezieht nun auch internationale Aspekte ein, weshalb sich verschiedene Subdisziplinen – wie Vergleichende Regierungslehre und Internationale Beziehungen – verstärkt in kombinierter Weise mit dem Thema befassen (vgl. Sandschneider 2003: 7)¹⁵. Untersuchungen zur DF kommen dabei nicht um die Frage herum, was Demokratie eigentlich ist bzw. wie Demokratie im konkreten Fall verstanden wird. Insb. – und das klingt nicht in allen Untersuchungen zu dem Thema an – wenn unterschiedliche Demokratieverständnisse und -vorstellungen aufeinandertreffen. Merkel betont, dass Demokratisierungen v. a. als interne Prozesse zu sehen sind, aber dass externe Förderer diese „inspirieren, initiieren, unterstützen, fördern und bisweilen auch kurzfristig erzwingen“ (Merkel 2010: 436) können. Um dies tun zu können, muss sich der Förderer der Problematik der unterschiedlichen Demokratieverständnisse jedoch bewusst sein. Eberhard Sandschneider räumt wie Merkel der internationalen Dimension bei Demokratisierungsprozessen, in denen sich diese unterschiedlichen Verständnisse abspielen, und der Motivation der Förderer in seinem Sechseck entsprechenden Raum ein. Dies fasst er mit „Wer fördert wann wen, warum und wie?“ (Sandschneider 2003: 11) zusammen.

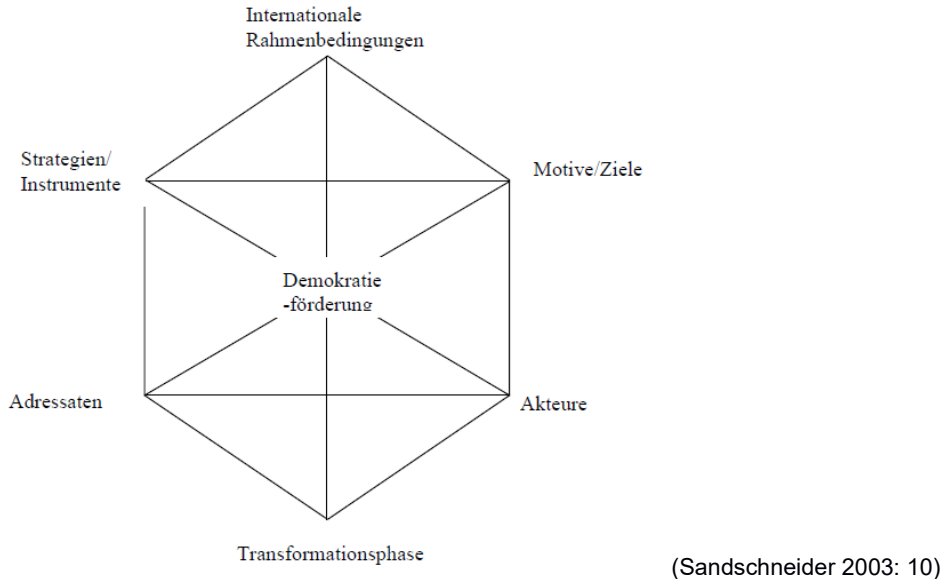
13 S. dazu auch Sandschneider 2003: 3; Weiffen 2009: 53; Burnell 2010: 5.

14 Einen guten Überblick über die Entwicklung des Forschungsfeldes der äußeren Einwirkungen auf Transformationsprozesse liefert Kneuer 2014.

15 S. dazu auch Erdmann / Kneuer 2014b: 319; Burnell 2010: 5; Richter 2014: 157; Kneuer 2014: 14.

Abbildung 1): Sandschneiders Sechseck der Demokratieförderung

Schaubild 3: Sechseck der Demokratieförderung



1. „Direkte[] und indirekte[] internationale[] Rahmenbedingungen
2. Motive[] und Interessen der Geberakteure, sowie ihre häufig konkurrierenden Vorstellungen zu den konkreten Demokratisierungszielen
3. Das Spektrum der externen Akteure, die sich auf unterschiedlichen Ebenen im Rahmen der Demokratisierungshilfe engagieren
4. Der Entwicklungsstand bzw. Fortschritte der Demokratisierung in unterschiedlichen Transformationsphasen
5. Die Adressaten für Unterstützungsmaßnahmen im jeweiligen Zielland
6. Strategien, Instrumente[] und Maßnahmen der Geberakteure“ (Sandschneider 2003: 10).

Merkel entwickelt auf der Basis von Sandschneiders Modell fünf Fragen, die jeweils mit einem Problem der DF einhergehen. Seine Fragen-Sequenz lautet: „Wer fördert wen, wann, wie und mit welcher Wirkung?“ (Merkel 2010: 439) Dazu gehören sowohl das Selektions-, *Timing*-, Strategie- als auch das Wirkungsproblem (vgl. ebd.: 439f). Das Selektionsproblem meint die Schwierigkeit zu entscheiden, wen ein Förderer mit seinen begrenzten Ressourcen unter der Vielzahl an möglichen Partnern zur Unterstützung auswählt. Den passenden Zeitpunkt im Transitionsprozess zu wählen, um die eigene Förderung so wirkungsvoll wie möglich zu gestalten, ist das *Timing*-Problem. Damit eng verbunden ist das Strategieproblem, da trotzdem Prioritäten gesetzt werden müssen. Dabei stellt sich z. B. die Frage, ob *bottom-up* oder *top-down* gefördert werden soll. Die (kontext-)angemessene Lösung dieser Probleme bestimmt, ob DF von außen intern Wirkun-

gen erzielt. Dies ist das Wirkungsproblem (vgl. ebd.). Es wird deutlich, dass Merkel das ‚warum‘ mit ‚welche Wirkung‘ ersetzt. Freise fügt Sandschneiders Sechseck hingegen weitere Dimensionen hinzu: „nämlich zum einen die politische Kultur im Empfängerland und zum anderen die Empfängererwartungen bzw. -interessen“ (Freise 2004: 31). Dies trägt den unterschiedlichen Demokratieauffassungen z. T. Rechnung. Doch obwohl das ‚Warum‘ bereits bei Sandschneider anklingt und andere Forscherinnen und Forscher die politische Kultur einbeziehen, besteht, wie erläutert, v. a. bei dem Demokratieverständnis und der Frage nach Interessen und Motivationen, die hinter EDF stecken, weitgehend ein Forschungsdesiderat. Dies ist Ausgangspunkt der vorliegenden Untersuchung, deren Anspruch ist, einen Beitrag zum theoriebildenden Forschungsstand zu leisten, indem Sandschneiders und Merkels Modelle erweitert werden sollen. Dazu werden die EDF von parteinahen Stiftungen bzgl. ihrer Interessen kritisch hinterfragt und die differenten Ansätze der Stiftungen zur DF verglichen. Als Beispiel dient das wirtschaftlich aufstrebende Indien, dessen Demokratiequalität sich nur auf dem niedrigen Niveau einer sog. elektoralen Demokratie entwickelt hat – die zudem seit 2007 bzw. verstärkt seit 2011/2012 sichtbar gesunken ist. Gerade die Stiftungen spielen eine zentrale Rolle in der DF aus Deutschland. Sie bewegen sich nicht nur als Externe inmitten von internen Akteuren im jeweiligen zu betrachtenden Land, sondern sie agieren ebenfalls in einem Geflecht von Interessen in ihrem eigenen Herkunftsland. Dieses Spannungsfeld, das durch die unterschiedlichsten Interessen und Motivationen und daraus resultierend auch durch divergierende Ansätze zur DF charakterisiert wird, gilt es, in der vorliegenden Studie zu untersuchen. Denn eine vergleichende Gegenüberstellung der Ansätze der EDF von parteinahen Stiftungen liegt bislang nicht vor (vgl. Felske 2011: 13). Hierbei werden u. a. *top-down*- und *bottom-up*-Konzepte in der Herangehensweise der Stiftungen betrachtet und mit dem jeweiligen Demokratieverständnis, das dahintersteht, in Verbindung gebracht. Der Schwerpunkt wurde auf parteinahe Stiftungen gelegt, da diese als Institutionen zur demokratischen Bildung der DF *per definitionem* eine gewisse Wichtigkeit beimessen und sich darüber hinaus, im Vergleich zu anderen Akteuren, mit einem weiteren *Player*, nämlich der ihr nahestehenden Partei, auseinandersetzen. Das Spannungsfeld der Akteure ist demnach komplexer als bei anderen Demokratieförderern. Gegenstand der Untersuchung sollen somit die Interessen der parteinahen Stiftungen in der EDF sein. Dabei wird der zentralen erkenntnisleitenden Fragestellung gefolgt, ob EDF selbst als demokratisch bezeichnet werden kann. Wo könnte DF ansetzen, wenn Demokratie normativ gedacht wird? Welche Vorstellungen von Transformation, politischer Herrschaft und Demokratie

gibt es bei den Förderern und im Zielland? Und welche Rolle spielen diese Vorstellungen im demokratiefördernden Alltag? Ist Demokratie überhaupt immer das direkte Ziel? Diese Fragen und die beschriebenen theoretischen Vorüberlegungen können in den folgenden Untersuchungshypothesen zusammengefasst werden, die die Grundlage für die nachfolgende Analyse bilden und die vor Beginn der Studie gesammelt wurden:

- 1) Bei den parteinahen Stiftungen herrscht ein Demokratieverständnis vor, das nicht automatisch und ohne Weiteres in jedem Land auf die gleiche Weise nutz- und anwendbar ist.
- 2) Die EDF von parteinahen Stiftungen läuft nach einem Muster ab, das zu wenig auf kulturelle und soziale Besonderheiten – wie das Kastensystem in Indien – ausgerichtet ist.
- 3) Es gibt zwei Grundstrategien zur EDF unter den parteinahen Stiftungen: zum einen die *top-down*-Strategie, die an der Förderung von Eliten ansetzt; zum anderen die *bottom-up*-Strategie, die sich auf die Förderung der Bevölkerung fokussiert. Die KAS, HSS und FNF legen einen größeren Wert auf *top-down*-Strategien und die FES, HBS und RLS favorisieren *bottom-up*-Ansätze.
- 4) Es herrschen unterschiedliche Demokratievorstellungen innerhalb der indischen Gesellschaft und bei den Demokratieförderern vor, was zu Konflikten führen kann.

Um sich dieser Problematik zu nähern, wird Merkels Modell zur DF herangezogen (vgl. Merkel 2010: 441) und erweitert, da es als systematischstes Modell der aktuellen Literatur ein analytisches Vorgehen ermöglicht. Außerdem wird die Frage nach dem jeweiligen Demokratieverständnis der handelnden Akteure zentral für die vorliegende Studie sein.

Methodenauswahl:

Sowohl die parteinahen Stiftungen als auch Indien als Fallbeispiel sind in der politikwissenschaftlichen Debatte, wie erläutert, völlig unterrepräsentiert. Daher ist ein exploratives Vorgehen notwendig. Um ein möglichst weites Bild zu erhalten, sollen mehrere Methoden in einer Triangulation herangezogen werden. Damit soll zweierlei gewährleistet werden: Zum einen ist durch die drei Ebenen der wissenschaftlichen Analyse eine gewisse Kontrolle der Ergebnisse automatisch vorhanden und Fehler können eher vermieden werden; zum anderen wird einer einseitigen wissenschaftlichen Bearbeitung der Forschungsfrage entgegengewirkt, da der Blickwinkel verändert wird.

Für ein exploratives Vorgehen eignen sich v. a. qualitative Methoden. Um einen ersten Überblick über die Arbeit der parteinahen Stiftungen und ihre Ansichten zur EDF zu erhal-

ten, bietet sich eine qualitative Inhaltsanalyse an. Mit dieser Methode ist es möglich, sinnrekonstruierend vorzugehen und inhaltliche Zielbereiche zu erfassen, die schließlich systematisch verglichen werden können (vgl. Mayring 2010: 13). Da sich alle Arten von Material – also Texte, Bilder, Filme oder Tondokumente – für die Inhaltsanalyse eignen (vgl. Meuser 2011: 89) und da Material nötig ist, anhand dessen Aussagen oder Hypothesen erfasst werden können (vgl. Rössler 2005: 50; Pickel / Pickel 2003: 298; Noetzel / Krumm / Westle 2009: 325), bieten sich für die vorliegende Untersuchung die Jahresberichte der parteinahen Stiftungen an. Jede der Stiftungen veröffentlicht diese Berichte in vergleichbarer Form und ähnlichem Umfang. Dadurch ist ein exploratives, aber für die sechs Stiftungen gleichermaßen zutreffendes Vorgehen möglich.

Um die aus der Inhaltsanalyse gewonnenen Erkenntnisse zu überprüfen und weiterzuentwickeln, werden die Leiter der Regionalbüros der Stiftungen befragt. Diese können aus der Praxis heraus berichten und so das umrissene Bild schärfen. Die erste Stufe der Befragung soll schriftlich erfolgen, da die so gewonnenen Informationen vergleichbar gemacht werden können. In anschließenden Experteninterviews mit den Büroleitern und mit indischen Politikwissenschaftlern werden die in der Inhaltsanalyse und der schriftlichen Befragung herausgearbeiteten Ergebnisse konkretisiert, interpretiert und in einen breiteren Kontext eingebettet. Generell werden mit schriftlichen Befragungen die Einstellungen, Überzeugungen und Verhalten des Befragten thematisiert (vgl. Brake 2009: 395; Raab-Steiner / Benesch 2008: 43). Da die Büroleiter der Stiftungen als Repräsentanten ihrer Organisation fungieren und das Programm vor Ort gestalten, sind ihre Einstellungen essenziell. Die leitfadengestützten Experteninterviews als dritte Methode sind geprägt von Fragen, die vor dem Gespräch formuliert wurden. Sie tragen Sorge dafür, dass alle notwendigen Themen abgefragt werden und dass die Ergebnisse der Befragung anschließend vergleichbar sind. Das offene Antwortformat erlaubt hingegen ein gewisses narratives Potenzial des Informanten, was gerade bei einer explorativen Studie zentral ist (vgl. Marotzki 2011: 114; Schnell / Hill / Esser 2013: 378). In der vorliegenden Studie wird der wissenssoziologische Expertenbegriff verwendet, da das spezifische Wissen der zu Befragenden von Interesse ist. Meuser und Nagel arbeiten beim Experteninterview mit den Begriffen Betriebs- und Kontextwissen (vgl. Meuser / Nagel 2009: 470). Dieses privilegierte *Insider*-Wissen – oder das Betriebswissen – haben die Büroleiter der Stiftungen. Zur Einordnung – oder als Kontextwissen – dienen Interviews mit indischen Politikwissenschaftlern.

II Externe Demokratieförderung

Merkels Modell zur Beschreibung von externer DF beruht, wie bereits erläutert, auf Sandschneiders Sechseck der DF (vgl. Merkel 2010: 439), das beschreibt, wie sechs Einflussaspekte auf DF miteinander vernetzt sind (vgl. Sandschneider 2003: 10). Damit werden die wichtigsten Komponenten der EDF in Beziehung zueinander gebracht. Dies sind internationale Rahmenbedingungen, externe Akteure, Adressaten der Unterstützungsmaßnahmen, Fortschritte der Demokratisierung in unterschiedlichen Transformationsphasen, Strategien, Instrumente und Maßnahmen sowie Motive und Interessen der Förderer. Darauf aufbauend entwickelt Merkel die Fragen, die sein Modell charakterisieren: „Wer fördert wen, wann, wie und mit welcher Wirkung?“ (Merkel 2010: 439). Dies ist die Grundlage der nächsten Kapitel. Neben den Merkelschen Fragen zur EDF werden auch das ‚Was‘ und das ‚Warum‘, das Sandschneider anführt und Merkel vernachlässigt (vgl. Bade *et al.* 2013: 21), thematisiert. Die Problemfelder der EDF und der Demokratisierungsforschung sowie normative Grundlagen der EDF werden danach beleuchtet. Anschließend wendet sich die Studie den Bedingungen und Akteuren der EDF aus Deutschland zu. DF wird im internationalen Spannungsfeld und als Bestandteil deutscher Außenpolitik diskutiert. Bundespolitische Akteure der DF und die parteinahen Stiftungen werden abschließend vorgestellt. Letztere folgen wieder den Fragen: Wer – Was – Wen – Wann – Wie lange – Warum – Wie – Mit welcher Wirkung? Resümiert wird, ob die Stiftungen Akteure oder Instrumente deutscher Außenpolitik sind.

3. Das Spektrum der externen Demokratieförderung

DF spielt sich nicht im luftleeren Raum ab. Zahlreiche Akteure, Institutionen und Verhaltensmuster sind von ihr betroffen und wirken wechselseitig aufeinander ein. Um die Rolle der Stiftungen in diesem Akteurs-, Beziehungs- und Handlungsgeflecht nachvollziehen und bewerten zu können, spannen die nachfolgenden Abschnitte das Spektrum auf, in dem sich EDF bewegt.

3.1 Strukturen der externen Demokratieförderung

Bei Demokratisierungsprozessen wirken sowohl interne als auch externe Einflussfaktoren (vgl. Merkel 2010: 97) und sie werden nicht durch einen einzigen Faktor ausgelöst (vgl. Weiffen 2009: 72). Zu den systeminternen Ursachen zählen ökonomische Ineffizi-

enz, ökonomische Effizienz und politische Schlüsselereignisse. Bei Ersterem versucht ein autokratisches Regime, die Bevölkerung für die politische Entmündigung durch wirtschaftliche Modernisierung zu ‚entschädigen‘. Funktioniert diese Modernisierung nicht, kann dies zu einer Legitimitätskrise des Systems führen, dem die Eliten, durch stärkere Repression oder vorsichtige Liberalisierung, versuchen entgegenzuwirken. Beides beinhaltet Risiken und kann zu Demokratisierung führen, wie in Ungarn, Polen oder Russland in den 1980er Jahren. Erfolgreiche ökonomische Modernisierung kann in Autokratien aber auch eine Krise hervorrufen, die das System an sein Ende führt. Durch die wachsende Wirtschaft steigt das Bildungsniveau und die sich verschiebenden wirtschaftlichen Sektoren hin zu einer Dienstleistungsökonomie führen zu einer veränderten Sozialstruktur, die den Einfluss früherer Eliten zurückdrängt. Aufsteigende Schichten fordern mehr Mitsprache und werden zur Opposition für das bestehende Regime. Beispiele hierfür sind Spanien in den 1970er Jahren, Taiwan und Südkorea in den 80ern sowie Thailand und Indonesien in den 90ern. Demokratisierungen lassen sich jedoch nicht nur auf die ökonomische Performanz eines Systems zurückführen, sondern auch auf politische Schlüsselereignisse. Der Tod eines Diktators, wie bei Franco in Spanien 1975, Konflikte innerhalb des Regimes, z. B. in Südkorea in den 1980er Jahren, oder die Häufung von Skandalen und offene Korruption, wie zum Ende des Marcos-Regimes auf den Philippinen, können zu massiven Protestbewegungen führen, die schließlich das bestehende System stürzen (vgl. Merkel 2010: 98f). Demnach sind an Demokratisierungen Eliten, die breite Bevölkerung und Organisationen als interne Akteure beteiligt. In historisch-kultureller Hinsicht üben religiöse Prägung, ethnische Zusammensetzung und Kolonialvergangenheit Einfluss aus. Aus sozioökonomischer Sicht spielen der wirtschaftliche Entwicklungsstand, die Bildung, Information und Kommunikation, die Klassenstruktur, die Einkommensverteilung, der Konjunkturverlauf und die politische Kultur wichtige Rollen (vgl. Weiffen 2009: 52; Doorenspleet / Mudde 2008: 818). Demokratisierungsfördernd wirkt laut Merkel und Gerschewski außerdem die Habitualisierung demokratiefreundlicher Normen und Werte (vgl. Merkel / Gerschewski 2015: 342). Hier wird bereits deutlich, wie komplex Demokratisierungsprozesse sind und wie viele Akteure und Einflussfaktoren es gibt.

Externe Akteure können Transformationsprozesse deshalb zwar verstärken oder beschleunigen, können diese aber i. d. R. nicht anstoßen (vgl. Hillenbrand 2003: 1; Felske 2011: 19). Ausnahme ist die Kriegsniederlage, bei der der Zusammenbruch des bestehenden Systems durch die oft demokratischen Siegermächte überwunden und die Demokratisierung eingeleitet wird. Beispiele hierfür sind Deutschland und Japan nach dem

Zweiten Weltkrieg (vgl. Merkel 2010: 99f). Fällt externe Unterstützung weg, kann dies auch als systemexterner Faktor zur Demokratisierung führen, was beim Zusammenbruch des kommunistischen Osteuropas nach dem Wegfall der sowjetischen ‚Unterstützung‘ besonders deutlich wurde. Dies ist auch ein Beispiel für Dominoeffekte. Dabei kann Ansteckung und Verstärkung von nachbarschaftlichen Regimen zum Umfallen eines Systems führen (vgl. ebd.). Für Doorenspleet und Mudde sind der ehemalige Kolonialherr, der regionale Hegemon und externe Schocks die wichtigsten externen Einflüsse (vgl. Doorenspleet / Mudde 2008: 819). Für Indien spielte das Vereinigte Königreich ebenso eine Rolle wie die Teilung des Subkontinents in die Staaten Indien und Pakistan (vgl. ebd.: 820). Die wichtigsten Akteure bei externen Einflüssen sind internationale Finanzinstitutionen, Organisationen, Staaten und NGOs. In struktureller Hinsicht sind wirtschaftliche Liberalisierung, Handels- und Kapitalströme, Diffusionsmechanismen, internationale Einbindung, Entwicklungshilfe, außenpolitische Bedrohungen sowie mediale und kommunikative Vernetzung zu nennen (vgl. Weiffen 2009: 61; Sandschneider 2003: 13f).

3.1.1 Was wird gefördert?

Mittels DF sollen demokratische Systeme aufgebaut bzw. vertieft werden (vgl. Burnell 2011: 128), was das ‚Was‘ umfasst. Im deutschen Sprachgebrauch zählen alle nicht-militärischen Maßnahmen zur DF, „die der Etablierung, Stärkung oder Wiederherstellung demokratischer politischer Ordnung dienen“ (Grävingsholt / Leininger / Schlumberger 2009a: 2). Die DF eines Akteurs wird von dessen Demokratieverständnis geprägt, aber in der Praxis wird diese Vorstellung auf Minimalkriterien reduziert (vgl. Freise 2004: 22; Schmädeke 2012: 16), da die Förderer wissen, dass ihr Ideal nicht kurz- oder mittelfristig erreichbar ist. Das bedeutet, dass die Einstufung des Machbaren definiert, wie der Förderer vorgeht und welche Ziele er sich steckt (vgl. Faath 2005c: 15). Gawrich meint, dass Förderer deshalb nur grobe Konzepte vorschlagen (vgl. Gawrich 2014: 40).

Was Förderer unter Demokratie verstehen, thematisieren sie selten (vgl. ebd.: 18). „Vielmehr schwingt dies beim Demokratie-Export meist implizit mit“ (ebd.). Welche Vorstellung von Demokratie ein Förderer verfolgen soll, wird an vielen Stellen in der Literatur diskutiert: Soll sich ein Förderer für ein bestimmtes Demokratiemodell einsetzen (präsidentiell oder parlamentarisch, föderaler oder Einheitsstaat, Verhältnis- oder Mehrheitswahlrecht)? Soll er sich für einen schnellen Aufbau von Institutionen, die Durchführung von Wahlen, das Ausarbeiten einer Verfassung oder den Aufbau einer politischen Kultur

stark machen? Laut Sandschneider herrscht Konsens darüber, dass Art, Umfang und Umsetzung der EDF jedes Mal anders verlaufen können, weshalb es kein Schema F geben kann (vgl. Sandschneider 2003: 20). Aber die Förderer setzen Schwerpunkte. Deutschland fördert bspw. Dezentralisierung und Schweden unabhängige Medien (vgl. Karakas 2013: 35; Kipping 2011: 208). Für die Bundesrepublik macht Felske am Beispiel Georgiens ein weites Demokratieverständnis aus (vgl. Felske 2011: 101).

Aus dem bereits erwähnten Phasenmodell – Liberalisierung, Transition und Konsolidierung – ergeben sich die jeweiligen Ziele. In der Liberalisierung sollten laut Ottaway zivilgesellschaftliche Akteure und unabhängige Medien gestärkt werden. Im Zuge der Transition werden Wahlen forciert, was Wählerbildung, das Trainieren von NGOs zur Wahlbeobachtung und Parteienförderung zur eigenen Organisation und zur Wahlkampffähigkeit einschließen kann. In der Konsolidierung wird der Aufbau von demokratischen Institutionen und von Rechtsstaatlichkeit fokussiert. Das Stärken der Zivilgesellschaft und der Medien, die Bildung der Bürgerinnen und Bürger und das Trainieren der Parteien werden weiterhin gefördert (vgl. Ottaway 2005: 12). Für eine Transformation ist das Setzen neuer Regeln – und deren Durchsetzung – zentral (vgl. Kirchner / Ehmke 2015: 455). „Sie sind notwendige, nicht aber hinreichende Bedingungen für den Wandel“ (ebd.).

Grävingholt, Leininger und Schlumberger unterscheiden verschiedene Bereiche der DF: Die Unterstützung von Institutionen und Verfahren sowie die Förderung von Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit und Bürgererziehung (vgl. Grävingholt / Leininger / Schlumberger 2009b). Gefördert werden Institutionen: staatliche Stellen, Verhaltensregeln, Systeme, Organisationen und technische Herangehensweisen, wie in der Lehrlingsausbildung (vgl. Wagener 2015: 569f; Dauner / Voigt 2015: 47). Ein Transfer von Institutionen kann als Oktroyierung von außen, als einvernehmliche Übernahme oder als innerer Prozess, der sich auf ein fremdes Modell beziehen kann, geschehen. Widerstand, der dabei unweigerlich entsteht, wird laut Wagener durch Macht von außen oder neue Eliten gebrochen (vgl. Wagener 2015: 570). Zu diesen Institutionen gehört auch der Aufbau stabiler Parteien, die die Kontrolle der Exekutive durch das Parlament ermöglichen (vgl. Eicher / Beichelt 2006: 443). Ein für viele Förderer zentrales institutionelles Ziel ist die erste freie und faire Wahl (vgl. Carothers 2006: 58).

Bei allen Institutionen, insb. jedoch bei Parteien und Wahlen, sollen Interessen artikuliert und ausgeglichen werden. Dies ist nur möglich, wenn die Institutionen auch lebendig sind, was über ein enges Demokratieverständnis eindeutig hinausgeht (vgl. Reiber 2009:

61). Um diese Lebendigkeit zu erreichen, unterstützen viele Förderer zivilgesellschaftliche Gruppen und Einzelpersonen. Zivilgesellschaften artikulieren Interessen verschiedener Gruppierungen und tragen zur politischen Integration bei (vgl. Kraus 1999: 37). Die Zivilgesellschaft hat sich von der politischen Gesellschaft bzw. der Sphäre individueller Rechte und Bürgerlichkeit gegenüber der Natur bei Hobbes und Locke zu einem Bereich entwickelt, der parallel zum Staat, aber getrennt von diesem zu finden ist. In den 1980er Jahren wurde freiwilliges bürgerschaftliches Engagement – insb. in Opposition zu autoritären Staaten – als Kraft der Demokratisierung gesehen. Dieser Prozess gipfelt in der Ansicht, dass eine lebendige Zivilgesellschaft für die Überlebensfähigkeit einer Demokratie unabdingbar sei (vgl. Sahoo 2014: 482). Dass starke Zivilgesellschaften aber auch für den Demokratisierungsprozess notwendig sind, bezweifelt Sahoo, da sie nicht unbedingt demokratische Kräfte sein müssen. Sein Fallbeispiel ist Indien. Zugehörigkeiten und Identitäten, wie Kaste, Verwandtschaft, Ethnizität und Religion, sind laut Sahoo ursprüngliche, präsoziale, hierarchische und repressive Gruppierungen, die mit der Vorstellung von Zivilgesellschaft, die Demokratieförderer haben, nicht zusammenpassen (vgl. ebd.: 480ff). „Such definition of civil society is grounded on the idea of Western modernity, citizenship and secular ideology. If one accepted this, it would mean the near ‘non-existence’ of civil society in India” (ebd.: 482). Für ihn ist daher die Frage, was welcher Typ von Zivilgesellschaft zu einer Demokratisierung beitragen kann. Da Indien, im Vergleich zu anderen Staaten der zweiten Demokratisierungswelle, keine Transition von einem heimischen autoritären oder totalitären Regime durchlaufen musste, sondern durch die Kolonialherrschaft eine gewisse Tradition demokratischer Institutionen und Administration hatte, sollte seiner Meinung nach die DF dort ansetzen, wo Demokratie über formale Institutionen hinausgeht: an effektiven Machtübergängen, effektiven Anti-Korruptionsmaßnahmen auf allen Ebenen, konstitutionellen Reformen, am Werben für größere Transparenz in politischen Angelegenheiten und an der Partizipation der Bürgerinnen und Bürger an Entscheidungsprozessen (vgl. ebd.: 483).

Zur Erklärung der DF lassen sich grob drei theoretische Zugänge unterscheiden: strukturalistische, akteurszentrierte und kulturalistische Theorien. Im **Strukturalismus** ist die Entwicklung zur Demokratie v. a. von der Machtverteilung innerhalb und zwischen Eliten, von der ökonomischen Basis der landwirtschaftlichen Oberschicht, der Konstellation von Klassenkoalitionen, der Machtverteilung zwischen den einzelnen sozialen Klassen und von der staatlichen Autonomie gegenüber dominanten Klassen abhängig (vgl. Merkel / Puhle 1999: 45). Im Gegensatz zu Modernisierungs- und strukturalistischen Theorien ge-

hen **akteursorientierte Theorien** von einer beinahe trivialen Annahme aus (vgl. Bos: 1996: 81f; Merkel / Puhle 1999: 48): „Alle Sozialphänomene werden durch Aktionen und Interaktionen von Individuen verursacht“ (Merkel / Wagener 2015: 63f) – allerdings nicht, wie bei Hobbes, in einem Naturzustand autonomer Einzelwesen, sondern in einem von Kultur und Gesellschaft geformten sozialen Raum, wodurch es sich um ein komplexes System handelt. Akteursorientierte Theorien beziehen strukturalistischen Theorien als nicht-deterministischen Handlungsrahmen in ihre Erklärungen mit ein (vgl. Merkel / Wagener 2015: 63f). Allerdings muss betont werden, dass das Handeln von Akteuren v. a. Eliten meint, da diese in Transformationsprozessen häufig die tragende Rolle spielen (vgl. Merkel / Puhle 1999: 49, 53ff). Allmählich entsteht so durch die Akteure, deren Handeln und Kommunikation ein gestaltbarer politischer Raum (vgl. Greven 2009: 84ff).

Bei den **kulturalistischen Theorien** sind zunächst einige Anmerkungen zur Debatte notwendig. Dass Demokratie nicht nur ein formales Gerüst benötigt, sondern durch eine Zivilgesellschaft und politische Kultur gefüllt werden muss, sehen sowohl Politikerinnen und Politiker als auch Politikwissenschaftlerinnen und Politikwissenschaftler so – allerdings wird die Vorstellung, welche Rollen zivilgesellschaftliche Akteure einnehmen sollten, hitzig diskutiert (vgl. Freise 2004: 22). In zahlreichen Studien wird Religion als ein essenzielles Definitionsmerkmal von Kultur verstanden. Das wohl wichtigste Werk in dieser Hinsicht ist Huntingtons *Kampf der Kulturen*, worin er deutlich macht, dass sich Menschen über ihre durch Religion geprägte Kultur definieren (vgl. Huntington 2002: 21, 61). Herkunft, Sprache, Werte, Gebräuche, Institutionen und Nationen sind außerdem definitorische Charakteristika, die ineinandergreifen und mit der Religion zusammenhängen (vgl. ebd.: 21). Kulturen sind laut Huntington aber nicht statisch, sondern entwickeln sich weiter (vgl. ebd.: 54). Deshalb sei die Annahme, dass die westliche Kultur universalistisch ist, weil sich Pop-Kultur und Konsumgüter weltweit verbreiten, ein Trugschluss. „Die Quintessenz der westlichen Zivilisation ist die Magna Charta, nicht der Big Mac. Die Tatsache, daß Nichtwestler in diesen beißen, sagt nichts darüber aus, ob sie jene akzeptieren“ (ebd.: 79). Vielmehr können ‚Empfängerkulturen‘ etwas aus einer Kultur herauspicken, es anpassen und in ihre Kultur assimilieren (vgl. ebd.: 110). Außerdem habe jeder Mensch mehrere Identitäten, die sich gegenseitig verstärken oder miteinander konfliktieren können (vgl. Huntington 2002: 198; Sen 2015: 8). Der Einfluss der Religion auf diese Identitäten und die Demokratie ist für Huntington unbestritten. So gilt der Protestantismus wegen seiner pluralistischen Ausprägung und der Möglichkeit der Priesterschaft für alle Gläubigen als besonders demokratiefreundlich. Lange Zeit stand der Katholizismus we-

gen seiner hierarchischen Struktur und des Alleinvertretungsanspruches in Glaubensfragen im Gegensatz dazu. Seit dem Zweiten Vatikanischen Konzil von 1962 bis 1965 und der Enzyklika *Pacem in Terris*, in der die Achtung der Menschenrechte aufgrund des christlichen Menschenbildes erstmals betont wird, und der Erklärung *Dignitatis Humanae*, in der die Religionsfreiheit thematisiert und vom mittelalterlichen Absolutheitsanspruch Abstand genommen wird, hat sich dies geändert. Die Kompatibilität von Demokratie und Islam wird zu Beginn des 21. Jahrhunderts hingegen kontroverser diskutiert als jemals zuvor (vgl. Weiffen 2009: 94f)¹⁶ und hat auch in der Literatur entsprechendes Gewicht. Andere Religionen, wie der Hinduismus, werden hingegen regelmäßig ausgeblendet oder vernachlässigt.

Resümierend kann für die Frage ‚Was wird gefördert‘ konstatiert werden, dass sich ein Förderer entscheiden muss, was er fördern will, und dann Schwerpunkte setzen muss. Diese können sich je nach der Situation vor Ort inhaltlich und partnerbezogen erheblich unterscheiden. Während der Liberalisierung sind andere Maßnahmen nötig als in der Konsolidierungsphase. In einem Land, das gerade einen Krieg verloren hat und völlig zerstört ist, bedarf es anderer Mittel als in einem Staat, der sich anderweitig liberalisiert.

3.1.2 Wer fördert wen?

Die Akteure der DF lassen sich nach Förderern (‚Wer‘) und Empfängern (‚Wen‘) unterscheiden. Unter den Förderern wiederum sind drei Gruppen auszumachen: internationale Organisationen wie die UN, OECD oder der IWF sowie regionale Organisationen wie die EU oder die OSZE; Nationalstaaten wie Deutschland oder die USA; und NGOs (vgl. Merkel 2010: 442; Sandschneider 2003: 22). Allerdings gibt es insb. in der DF eine Grauzone von Akteuren, die formal zwar unabhängig sind, die aber von staatlicher Finanzierung abhängen (vgl. Sandschneider 2003: 26). Hinzu kommt, dass es eine Verschränkung von Akteuren gibt: Die Nationalstaaten, die eine eigene DF betreiben, engagieren sich z. B. auch in internationalen Organisationen (vgl. Knodt / Urdze 2008: 21).

Die große Zahl der Akteure führt häufig zu der Forderung nach mehr Koordination. Vielseitige Förderung hat aber auch Vorteile: Durch Wettbewerb untereinander entsteht ein breites Angebot – Stichwort: Trägervielfalt –, bei dem die Gefahr verringert wird, dass bei DF ein einziges Demokratiemodell exportiert wird; durch staatliche und nicht-staatliche

¹⁶ Zur Vereinbarkeitsdebatte von Demokratie und Islam s. Weiffen 2009: 94ff.

Akteure kann eine Art Arbeitsteilung erfolgen (vgl. ebd.: 22f). Organisationen wie die EU gehen bspw. häufig modernisierungstheoretisch vor und konzentrieren sich auf ökonomische Maßnahmen, die je nach Akteur mit politischen Kriterien wie *Good Governance*¹⁷ konditionalisiert werden. Der Fokus vieler nationaler Demokratieförderer liegt auf dem Aufbau von Institutionen, Beratungen oder der Förderung der Zivilgesellschaft. Nicht-staatliche Akteure, wie die parteinahen Stiftungen, konzentrieren sich eher auf ‚weiche‘ Maßnahmen, z. B. demokratische Grundbildung, Professionalisierung politischer Eliten und Verbesserung der Verwaltung (vgl. Felske 2011: 17f). Die Stiftungen beraten Parteien und Mandatsträger, um demokratische Institutionen und Parteiensysteme weiterzuentwickeln und zu stärken; sie werben durch Bildungsarbeit für die Akzeptanz demokratischer Prinzipien in der Bevölkerung; Verwaltungen gegenüber betonen sie die Vorteile des Föderalismus und der kommunalen Selbstverwaltung; um Pluralismus in der Interessenvertretung und der politischen Partizipation zu fördern, werden Gewerkschaften, Unternehmerverbände, Menschenrechtsorganisationen, Naturschutzgruppen und Frauenverbände unterstützt; Medien werden beim Auf- und Ausbau eines unabhängigen und kritischen Systems gefördert (vgl. Sandschneider 2003: 27f).

Die internationale DF fokussiert einige und ‚vernachlässigt‘ andere Regionen. Asien zählt bspw. zu jenen Regionen, die eher wenig in der praktischen DF und der akademischen Diskussion thematisiert werden (vgl. Gawrich 2014: 27). Jede Region weist aber unterschiedliche Herausforderungen auf. In Mittel- und Südamerika und im postsozialistischen Osteuropa steht die Konsolidierung im Vordergrund, wohingegen die Förderer im postsozialistischen Osteuropa und in Afrika das ‚Aufweichen‘ von Autokratien fokussieren. In sich liberalisierenden afrikanischen Staaten wird Demokratisierung vorangetrieben. Im Nahen Osten und in Asien gibt es beides. Im Nahen Osten kommt (Post-)Konflikt-Management, in Asien ein starkes nationales Souveränitätsverständnis als Herausforderung hinzu (vgl. ebd.: 28). In der Partner- und Länderwahl setzt jeder Förderer Schwerpunkte (vgl. Betz 1996: 218; Merkel 2010: 442). Deutschland und Japan wählen ihre Zielländer bspw. v. a. nach ökonomischen Gesichtspunkten aus, skandinavische Länder arbeiten häufig *bottom-up* und konzentrieren sich auf die Unterstützung der Zivilgesellschaft. Die UN fokussieren Frieden, arbeiten *top-down* und sprechen sich für kein Staatsmodell aus. Die EU zielt auf die Stabilisierung ihres geografischen Umfeldes ab (vgl. Mer-

17 Bei *Good Governance* geht es darum, Verwaltungs- und Rechtsstrukturen aufzubauen, Korruption zu bekämpfen, Menschenrechte zu achten und Demokratisierung einzuleiten (vgl. Nuscheler 2007: 679).

kel 2010: 443). Burnell und Sandschneider machen eine Präferenz der regionalen Nähe sowie der strategischen Bedeutung des Ziellandes in der DF eines Förderers aus, wobei Burnell hinzufügt, dass sichere Staaten bevorzugt werden (vgl. Sandschneider 2003: 17; Burnell 2011: 298). Auch eine koloniale Verbindung zwischen Förderer und Zielland ist häufig erkennbar (vgl. Simonis / Elbers 2011: 270). Für die Auswahl der Zielländer stellt sich den Förderern aber ein Dilemma: Soll ein Förderer autoritäre Regime, *failing* oder *failed states* oder bereits transierende Systeme anvisieren? Ist es zu rechtfertigen, wenn die Bemühungen in Autokratien zu nichts führen und dafür enorme Summen aus heimischen Steuergeldern aufgewendet wurden (vgl. Merkel 2010: 447)? Viele Förderer entscheiden sich deshalb in totalitären Regimen für *state* und *nation building*. In hybriden Systemen herrschen laut Merkel die besten Bedingungen für erfolgreiche DF, da bereits transitorische Elemente vorhanden sind, Hilfe nötig ist und Partner einfacher zu identifizieren sind (vgl. ebd.: 448ff).

Ohne Partner vor Ort kann EDF nicht funktionieren (vgl. Hanisch 1996b: 39). Je nach Transformationsphase erlangen unterschiedliche Gruppen und Einzelpersonen einen verschiedenen Grad an Bedeutsamkeit für den Demokratisierungsprozess (vgl. ebd.: 20, 34). Die richtige Auswahl zu treffen ist für die DF entscheidend. „Die Akzeptanz der gewählten Einflussinstrumente bei Eliten und Bevölkerung bedingt deren Erfolgswahrscheinlichkeit“ (Felske 2011: 20). Neben der Frage, ob Eliten oder die breite Bevölkerung für Demokratisierungsprozesse wichtiger sind (vgl. Burnell 2011: 127), benennt Richter Eliten, intermediäre Organisationen und die Zivilgesellschaft als Schlüsselakteure. Zu berücksichtigen seien dabei deren jeweilige Interessen und Ziele, Machtressourcen, die Autonomie der einzelnen Akteure, das politische Gleichgewicht, das be- und entsteht, und die Konstellation der Handelnden. Wegen des Einflusspotenzials der Eliten betont Richter die Wichtigkeit derer Motivationen: Rationalistische Akteure entscheiden demzufolge aus Kalkül heraus, wohingegen überzeugte Demokraten auf normativer Grundlage handeln. Bei intermediären Organisationen mangelt es in neuen Demokratien häufig an der Verankerung in der Gesellschaft sowie an Responsivität und organisatorischer Stärke. Die Zivilgesellschaft spielt laut Richter v. a. in der Konsolidierung eine wichtige Rolle als Legitimations- und Kontrollinstanz (vgl. Richter 2009: 63f). Doorenspleet und Mudde führen als einheimische Akteure politische Eliten, Militär und Zivilgesellschaft an. Letztere ist in der Forschung derzeit *en vogue* (vgl. Gawrich 2014: 19). Eine starke Zivilgesellschaft ist zwar keine notwendige Bedingung für eine demokratische Transition, kann aber eine wichtige Rolle spielen (vgl. Ekiert 2015: 196). Außerdem dürfen die alten

Eliten in Demokratisierungsprozessen nicht vernachlässigt werden, da diese als Veto-Spieler zur größten Gefahr für die Transition werden können (vgl. Doorenspleet / Mudde 2008: 817f; Schoch 2010: 32f; Hillenbrand 2003: 1f).

Summa summarum gibt es beim ‚Wer‘ drei große Gruppen: internationale oder regionale Organisationen, Nationalstaaten und NGOs. Das ‚Wer‘ bedingt wiederum das ‚Wen‘. Nationalstaaten fördern eher institutionelle Partner, NGOs beraten eher Mandatsträger und betreiben Bildungsarbeit in der Bevölkerung. Förderer entscheiden außerdem nach der Relevanz des Partner(lande)s. Deutschland sucht sich bspw. Länder aus, die ökonomisch für die Bundesrepublik relevant sind.

3.1.3 Wann und wie lange wird gefördert?

Die von Sandschneider und Merkel abgeleiteten Fragen wenden sich nach dem ‚Wer‘ und dem ‚Wen‘, also den Akteuren, dem Zeitpunkt und der Dauer der EDF sowie dem *Timing*-Problem zu. ‚Wann‘ ist der beste Einstieg für EDF? ‚Wie lange‘ soll diese angelegt werden? Diese Fragen können Merkel zufolge sowohl auf das gesamte Förderungsprogramm als auch auf einzelne Projekte bezogen werden – wobei er betont, dass kurzfristigen Maßnahmen in der Forschung nur geringe Erfolgsaussichten zugemessen werden, obgleich entgegen der politikwissenschaftlichen Empfehlung in der Praxis ein Trend zu kürzeren Förderungszyklen erkennbar sei. Grund hierfür seien bürokratische Erfolgskontrollen (vgl. Merkel 2010: 453f).

Wie erläutert, geht die Forschung von drei Phasen eines demokratischen Systemwechsels aus: Liberalisierung, Demokratisierung und Konsolidierung. Die ersten beiden Phasen sind zeitlich einfacher abgrenzbar als die Konsolidierung (vgl. Pridham / Lewis 1996: 1f; von Beyme 1997; 23). Sandschneider plädiert dafür, Konsolidierung als Daueraufgabe neuer Demokratien zu sehen (vgl. Sandschneider 2003: 33). DF könne zu jedem Zeitpunkt in diesem Ablauf beginnen, obwohl dies in der Praxis nicht so trennscharf vorkomme wie im Modell (vgl. Grimm 2010: 296f). Die Phase bzw. die Umstände bestimmen, welche Instrumente eingesetzt werden können und müssen. Der Einfluss externer Akteure ist v. a. in der zweiten und dritten Phase entscheidend (vgl. Felske 2011: 19; Merkel 2010: 454). Die Stärken der Akteure kommen in den einzelnen Phasen besonders gut zur Geltung: Internationale NGOs haben in der zweiten Phase, staatliche Akteure in der dritten den größten Spielraum. In stagnierenden oder nachlassenden Phasen zeigen nicht-staatliche Akteure geringere Unterstützung (vgl. Merkel 2010: 453f).

Grävingholt, Leininger und Schlumberger beschreiben vier Kontexte, mit jeweils eigenen Voraussetzungen, in der EDF wirken kann. Dies sind stabil autoritäre Regime, fragile und zerfallende Staaten, Länder, die sich in der Transition befinden, und junge Demokratien. In stabil autoritären Regimen können demokratische Fassaden existieren, aber die Kontrolle über den politischen Prozess liegt beim autoritären Regime. Hier kann DF an der Öffnung des Systems ansetzen. Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Pluralität werden gefördert. Die Autorinnen und Autoren warnen davor, Wahlen zu früh anzusetzen, da diese Populisten eine Plattform bieten (vgl. Grävingholt / Leininger / Schlumberger 2009b). Fragile und zerfallende Staaten weisen geringe staatliche Handlungsfähigkeit auf, weshalb DF dort ansetzen muss. Der Staatsaufbau hat oberste Priorität und soll spätere Folgen für die Demokratisierung berücksichtigen. In transierenden Ländern ist bereits die Entscheidung für Demokratie gefallen und der Übergang wird organisiert. Hier kann DF pro-demokratische Akteure sowie bei der Ausarbeitung der künftigen Verfassung und des politischen Systems unterstützen. Damit das Vorgängerregime nicht zum Veto-Spieler wird, müssen dessen Akteure in den Demokratisierungsprozess eingebunden werden. Junge Demokratien sind einen Schritt weiter, da sie die Transition bereits durchlaufen haben. Das neue System existiert und die DF zielt auf dessen Erhalt und Stärkung ab, wobei ein Augenmerk auf weit verbreitete Armut und das Verhältnis von Gesellschaft und Vorgängerregime gelegt werden sollte (vgl. ebd.). Wie Felske betont, bewegen sich Förderer zwischen dem moralisch Notwendigen, den eigenen Interessen und dem politisch Machbaren (vgl. Felske 2011: 20). Insb. Letzteres ist von den Umständen vor Ort abhängig. Um eine Strategie zu entwickeln, bedarf es geeigneter Partner, des passenden Zeitpunktes für die Instrumente und eine dem Kontext angepasste Abfolge der Maßnahmen (vgl. Grävingholt / Leininger / Schlumberger 2009b).

Es lässt sich festhalten, dass kurzfristige Maßnahmen von der Forschung abgelehnt werden und trotzdem in der Praxis aufgrund steigenden Drucks durch bürokratische Erfolgskontrollen vermehrt auftauchen. Je nach der Phase des Systemwechsels und der Umstände vor Ort, müssen die Instrumente gewählt werden.

3.2 Strategien der externen Demokratieförderung – Warum wird gefördert?

Für EDF gibt es zahlreiche Gründe („Warum“). Skandinavische Länder engagieren sich v. a. in den ärmsten Ländern der Welt. Sie belohnen gute *Policies* und Institutionen und unterstützen häufig die Zivilgesellschaft. Die USA favorisieren UN-Freunde und Verbün-

dete im Nahen Osten. Frankreich und Japan konzentrieren sich in ihrer EZ und DF auf ehemalige Kolonien und auf Stimmpartner in den UN. Gute *Policies* oder Institutionen scheinen für beide eine untergeordnete Rolle zu spielen (vgl. Alesina 2000: 50; Merkel 2010: 443f). Die EU hat sich laut Merkel als erfolgreichster Demokratieförderer erwiesen. Die Aussicht, Teil des Verbundes der reichen europäischen Demokratien zu werden, hat die Eliten in den jeweiligen Ländern stärker diszipliniert und motiviert als alles andere (vgl. Merkel 2010: 445; Grävingholt / Leininger / Schlumberger 2009a: 1). Dies zeigt, dass es differente Vorgehensweisen und Gründe gibt, Demokratie zu fördern. Nun werden die großen DF-Strategien vorgestellt, bevor die Interessen¹⁸ und Motivationen hinter EDF beleuchtet werden. Da diese sich gegenseitig bedingen und beeinflussen (vgl. Risse 2007: 55; Grävingholt / Leininger / Schlumberger 2009b), soll nicht der Versuch unternommen werden, eine psychologisch scharfe Trennung zwischen beiden vorzunehmen.

Kirchner und Ehmke unterscheiden Transformationen auf verschiedene Arten: Es gibt Einzelreformen und Transformationen, Systemwechsel von oben oder unten sowie von innen oder außen. Viele Teilreformen können zu einer Transformation führen. Wenn ein Systemwandel von elitären Akteuren, also von oben, initiiert wird, ist die Rede von einem *top-down*-, setzt er von unten ein vom *bottom-up*-Ansatz. Diese Unterscheidung beziehe sich jedoch nur auf innere Systemwechsel (vgl. Kirchner / Ehmke 2015: 456ff). „Ein von außen bestimmter Systemwandel ist nur als Systemwandel von oben (top down) möglich“ (ebd.: 457f). Allerdings kann die Bevölkerung den oktroyierten Wandel übernehmen und diesen demokratisch rückkoppeln. Beispiel dafür ist die Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg. Die DDR hingegen zeigt, wie ein System nicht durch die Bevölkerung legitimiert wurde. Eine allzu strikte Trennung zwischen Transformationen von innen oder außen ist in der Praxis durch Verflechtung der Akteure oder Mittel im internationalen System allerdings nicht möglich (vgl. ebd.).

Merkels Strategieproblem betrifft die Frage, wann wie gefördert werden soll. Da es keine universelle DF-Strategie geben kann, müssen die jeweiligen Umstände und die Transformationsphase des Ziellandes die Strategieauswahl bestimmen. Eine sinnvolle Strategie zeichnet sich demnach durch ihre Kontextangemessenheit aus (vgl. Merkel 2010: 454). Strategien benötigen Ziele der anzustrebenden Demokratie und Maßnahmen, mit

18 „Der Begriff ‚Interesse‘ ist für Gesellschaft, Politik und Wissenschaft seit mehr als 200 Jahren ein prägender. Interessen werden im Sinne Ulrich von Alemanns als ‚handlungsrelevant gewordene Verfestigungen von Bedürfnissen, die ihrerseits aus dem subjektiven Empfinden von Mangellagen erwachsen‘, verstanden“ (von Alemann in Klasen 2012: 20).

denen diese erreicht werden sollen (vgl. Uhlmann 2009: 34), d. h. ein Konzept oder ein konzeptartiges Verständnis davon, was erreicht werden soll (vgl. Gawrich 2014: 39). Die Strategie sollte (un)erwünschte (Abwehr-)Reaktionen antizipieren und einplanen und sollte flexibel sein, um auf Unvorhergesehenes angemessen reagieren zu können. Auch die Koordination verschiedener beteiligter Stellen und die Nutzung von Synergieeffekten gilt es zu berücksichtigen (vgl. Grävingsholt / Leininger / Schlumberger 2009b; Reiber 2014: 229). Vor Beginn einer Förderung muss außerdem klar sein, wer die Adressaten sind, also ob es sich um Entscheider, Institutionen oder die breite Bevölkerung handelt. Die Bedingungen vor Ort – in kultureller, sozialer, wirtschaftlicher und politischer Hinsicht – müssen studiert und einbezogen werden, um nicht-intendierte, womöglich kontraproduktive Nebeneffekte einzudämmen bzw. zu vermeiden (Sandschneider 2003: 37f).

Wie ein Akteur eine Situation bewertet und welche Strategien er zur DF wählt, ist allerdings nicht willkürlich. Vielmehr hängt dies von der eigenen (politischen) Kultur, der Vorstellung von Demokratie und DF und den eigenen Interessen und Motivationen ab (vgl. Wolff 2009: 246; Karakas 2013: 54; Knodt / Urdze 2008: 40). Zunächst werden bei der Strategiewahl kurz- und langfristige Ziele festgelegt und die geeigneten Instrumente ausgewählt. Allerdings moniert Sandschneider, dass in der praktischen DF nicht langfristig genug bzw. nicht in Gesamtkonzepten gedacht wird. Im Gegenteil konzentrieren sich die Förderer darauf, wie sie kurzfristig und auf Krisen zügig reagieren können (vgl. Sandschneider 2003: 38). Er spricht sich außerdem deutlich gegen generalisierende Maßnahmenkataloge aus: „Hart formuliert läßt sich solchen Maßnahmenkatalogen vorwerfen, daß sie pauschalisierend, enumerativ, additiv, rein deskriptiv sind und vor allem keine klaren und operativ verwertbaren Präferenzmechanismen enthalten“ (ebd.: 40). Häufig verstehen Förderer unter Demokratie die liberale Demokratie, die sie aus ihrem Heimatland kennen und die für sie mit einer kapitalistischen Wirtschaftsform und entsprechender Gesellschaftsstruktur einhergeht (vgl. Wolff 2009: 250), und sie erwarten, dass jeder Demokratisierungsprozess schließlich darin endet. Informelle Institutionen zur Konfliktregulierung werden bspw. von zahlreichen Förderern als Probleme oder Defekte gesehen. Diese Sicht ist heute allerdings kaum mehr haltbar, da zahlreiche Regime, die den eigentlich liberalen Demokratisierungsprozess begonnen haben, vorläufig in hybriden Formen geendet sind und da es auch andere Formen der Umsetzung demokratischer Prinzipien geben kann, die der jeweiligen Bevölkerung vielleicht besser entsprechen (vgl. ebd.: 252f, 258). Zahlreiche Autorinnen und Autoren empfehlen deshalb – unabhängig von den eigenen Interessen oder den gewählten Strategien –, dass DF die Akzeptanz und in un-

terschiedlichem Maße die Partizipation der Bevölkerung im Zielland benötigt, da Demokratisierung nicht von außen erzwungen werden kann (vgl. Hillenbrand 2003: 2ff; Richter 2014: 152; Grimm 2014: 116). Hinzu kommt eine gewisse Übereinstimmung bei allen Beteiligten. Es bedarf einer entsprechenden politischen Kultur, in der sowohl die Eliten als auch die breite Bevölkerung die demokratische Idee teilen (vgl. Faath 2005a: 460f; Pridham / Lewis 1996: 1; Hsiao / Hsiao 2014: 15). Deshalb: „Externe Unterstützungsstrategien sollen fordern, dürfen aber nicht überfordern“ (Hillenbrand 2003: 3).

Spanger und Wolff (2007) unterscheiden zwei EDF-Leitbilder: Zivilmacht und Freiheitskämpfer. Letztere haben ein voluntaristisch-revolutionäres Demokratieverständnis und arbeiten mit *change agents* im Zielland, um demokratische Durchbrüche zu erzielen, wobei sie konfrontativ und interventionistisch vorgehen. Das eigene Demokratiemodell soll exportiert werden und Demokratie gilt als Voraussetzung für ökonomische Entwicklung. Zivilmächte orientieren sich in ihrer Außenpolitik an Werten und gehen nicht-militärisch vor. Sie fördern Demokratie, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Pluralismus, agieren aus einem modernisierungstheoretisch-gradualistischen Demokratieverständnis heraus und präferieren eine evolutionäre DF nach dem Konzept ‚Hilfe zur Selbsthilfe‘. Außerdem ist für Zivilmächte die ökonomische Entwicklung Voraussetzung für Demokratie. Bei Zielkonflikten forcieren Freiheitskämpfer ihr Engagement für Demokratie und Menschenrechte eher als Zivilmächte. Die USA werden bspw. als Freiheitskämpfer, Deutschland als Zivilmacht angesehen (vgl. Karakas 2013: 54f). Dies bedeutet jedoch nicht, dass Zivilmächte keine eigenen Interessen verfolgen (vgl. ebd.: 68).

DF übt Einfluss auf die Adressaten aus, was sich in Einfluss auf Fakten (und Rahmenbedingungen) oder auf Präferenzen äußert, wobei Einfluss auf Fakten nur bedingt möglich ist, bspw. bei Wirtschaftshilfe und Verfassungsberatung. Daher empfehlen sowohl Sandschneider als auch Richter, Präferenzen zu fokussieren, da hier auch der nachhaltigste Effekt zu erwarten ist. Dieser Einfluss auf Präferenzen ergibt sich bspw. bei Verhandlungen und Verträgen, weshalb die Eliten bei Transformationen so wichtig sind (vgl. Sandschneider 2003: 8f; Richter 2009: 71).

Bottom-up und top-down:

Eine der bekanntesten Differenzierungen bei der DF ist die bereits erwähnte Unterscheidung in *bottom-up*- und *top-down*-Ansätze (vgl. Urdze 2010: 26; Bade *et al.* 2013: 21).

Bei *top-down* werden staatliche Institutionen und Eliten unterstützt, weshalb hierzu häufig die Kooperation des Regimes im Zielland nötig ist. V. a. Wahlen, Verfassungen, Rechtsstaatlichkeit, Parlamente und Dezentralisierung werden fokussiert (vgl. Felske 2011: 21; Knodt / Urdze 2008: 25). Die Eliten in Transformationsprozessen werden seit der dritten Demokratisierungswelle stärker in der Forschung thematisiert (vgl. Rovira Kaltwasser 2015: 721). Die Eliten eines Landes sind wenige Bürgerinnen und Bürger, die sich durch bestimmte Eigenschaften von der breiten Bevölkerung abheben. Eliten haben bspw. mehr Einflusspotenzial als die übrige Bevölkerung. Rovira Kaltwasser betont, dass es nicht nur eine Elite, sondern mehrere gibt (vgl. ebd.). „Sie entwickeln kooperative oder konflikthafte Beziehungen untereinander, mit den Gegeneliten und mit der Bevölkerung. Dabei geht es um die Führung der Gesellschaft“ (ebd.). Je mehr Einigkeit unter den Eliten besteht, desto geringer wird ihre Repräsentationsfähigkeit für ihre Mitbürgerinnen und Mitbürger, was zu Instabilität und Legitimitätsverlust führt. Ideal ist eine pluralistische und ausdifferenzierte Interessenvertretung durch die Eliten. Damit vermindern sie allerdings gleichzeitig die Fähigkeit zur Koordination untereinander (vgl. ebd.: 722).

Der *bottom-up*-Ansatz arbeitet mit der basisdemokratischen Vorstellung, dass nur durch zivilgesellschaftlichen Wandel eine Demokratisierung möglich ist. Daraus folgt häufig eine Begrenzung und Fragmentierung der DF. Ein hoher Ressourceneinsatz, mangelnde Breitenwirkung und nicht-intendierte Nebeneffekte kommen hinzu (vgl. Felske 2011: 22). Wichtig ist die Stärkung von oppositionellen Organisationen oder der unabhängigen Zivilgesellschaft. Knodt und Urdze unterscheiden allerdings zwei Sichtweisen auf diese: Beim dichotomen Ansatz sind Zivilgesellschaft und Staat separiert. Die Zivilgesellschaft kontrolliert den Staat, was die Beziehung beider Pole konflikthaft macht. Der integrative Ansatz sieht die Zivilgesellschaft als Teil des gesamten politischen Systems, das durch schwimmende Grenzen gekennzeichnet ist (vgl. Knodt / Urdze 2008: 24). Merkel betont, dass die Zivilgesellschaftsförderung in den 1990er Jahren einen idealistisch überhöhten *Boom* erfahren hat, dass sich dieser seit der Jahrhundertwende aber ernüchert hat. Seither werde vermehrt mit Kommunalisierung, die auch als *going local* bezeichnet wird, gearbeitet (vgl. Merkel 2010: 465; Gawrich 2014: 64).

Welcher Ansatz gewählt wird, hängt von den Umständen vor Ort ab. Beim Umgang mit autoritären Regimen kann ein kurzfristiger konfrontativer oder ein langfristiger kooperativer Ansatz gewählt werden. Ersterer zielt auf einen unmittelbaren Wechsel des bestehenden Regimes. Letzterer setzt auf sozioökonomische Modernisierung und zivilgesell-

schaftliche Stärkung und könnte mit Willy Brandt als ‚Wandel durch Annäherung‘ bezeichnet werden (vgl. Babajew 2011: 1f). Felske empfiehlt eine „variiende, kontextgebundene, abgestimmte und flexible Mischung von Elementen beider Strategien [...], die auf eine langfristige und nachhaltige, systemische Unterstützung abzielen und nicht allein auf kurzfristig geförderte Teilelemente“ (Felske 2011: 22). Idealerweise teilen verschiedene Akteure einzelne Aktionsfelder untereinander auf (vgl. Felske 2011: 22). Kneuer bescheinigt der EU bspw. eine Vernachlässigung des *bottom-up*-Ansatzes (vgl. Kneuer 2006: 385). Jeoffrey Kopstein argumentiert, dass Europäer eher *top-down*, US-Amerikaner eher *bottom-up* vorgehen (vgl. Gawrich 2014: 32ff).

Sequenzierung und Gradualismus:

Der Sequenzierungs- und der Gradualismus-Ansatz können auch als Strategien zur DF unterschieden werden (vgl. Leininger 2015b: 5; Gawrich 2014: 32ff). Beide beziehen sich auf die Abfolge von Demokratisierungsprozessen und den Einsatz der Instrumente. Die Ziele Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind der DF inhärent. Idealerweise können beide parallel und einander stärkend aufgebaut werden. Wo dies nicht möglich ist, muss ein asynchroner Aufbau erfolgen. Merkel spricht sich dafür aus, in solchen Situationen der Rechtsstaatlichkeit den Vorzug zu geben, insb. da zu früh angesetzte Wahlen auch nachteilig wirken können (vgl. Merkel 2010: 449f). Der Sequenzierungs-Ansatz geht davon aus, dass gewisse Voraussetzungen für eine erfolgreiche Demokratisierung erfüllt sein müssen. Dazu gehören in bestimmten Ausmaßen bspw. (Rechts-)Staatlichkeit oder wirtschaftliches Niveau. EDF muss in dieser Sichtweise den passenden Zeitpunkt zum Unterstützen oder Eingreifen erkennen und nutzen. Das Engagement darf nicht zu früh beginnen (vgl. Leininger 2015b: 5). Aus Sicht des Gradualismus ist „Demokratisierung ein Teilprozess politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Transformation“ (ebd.: 8). Hier laufen neben der Demokratisierung noch andere Prozesse, weshalb eine Sequenz von Reformen nicht planbar ist und eine an die jeweiligen Umstände angepasste DF angestrebt wird. Es können verschiedene Bereiche gefördert werden, die aufeinander wirken (vgl. ebd.). Leininger zufolge bringt die Debatte um diese beiden Ansätze keinen Mehrwert für das Verständnis von Demokratisierungsprozessen, verdeutlicht aber, wie komplex diese sind. DF sei immer ein ergebnisoffener Prozess, was zu einer inhärenten Unsicherheit führe, die Förderer akzeptieren müssen (vgl. ebd.: 12).

Es gibt sechs Faktoren, die beiden Ansätzen zufolge Transitionen begünstigen: „ein gewisses Maß an Staatlichkeit, inklusive einer öffentlichen Verwaltung, Rechtsstaatlichkeit, wirtschaftliches Entwicklungsniveau, Homogenität gesellschaftlicher Gruppierungen, vordemokratische Erfahrungen und demokratische Nachbarschaft“ (ebd.). DF sollte beiden zufolge beginnen, wenn die Staatsgewalt etabliert ist, allerdings erläutern beide nicht, wann diese Etablierung abgeschlossen ist. Außerdem fehlen im Gradualismus-Ansatz genaue Definitionen, was unter Demokratisierung oder demokratischem System zu verstehen ist. Dies wird im Sequenzierungs-Ansatz besser gehandhabt. Obwohl dieser zum rechten Zeitpunkt mit der Förderung beginnen und eine Sequenz nach der anderen fördern will, wird nicht deutlich, wie lange die einzelnen Sequenzen dauern sollen. Für Leininger sind beide Ansätze jeweils differente Perspektiven, die ihr Synergiepotenzial nutzen sollten: Die Sequenzierung eigne sich bspw. besonders bei Institutionen, der Gradualismus bei Akteuren. Eine strikte Trennung von Institutionen und Akteuren sei mittlerweile überkommen, da sich beide gegenseitig beeinflussen (vgl. ebd.: 12f).

Politischer und entwicklungsorientierter Ansatz:

Mit der Zeit hat sich die Strategie von *one size fits all* zu variierenderen Strategien entwickelt, die die jeweiligen Kontexte mehr berücksichtigen. Diese Entwicklung hat laut Carothers dazu geführt, dass es zwei große Herangehensweisen in der DF gibt: den politischen und den entwicklungsorientierten Ansatz. Ersterer hat ein relativ engeres Demokratieverständnis, das sich auf Wahlen und politische Freiheiten konzentriert. Demokratie wird hier als Wert an sich und direkt gefördert. Es herrscht die Vorstellung von *all good things go together* vor. Dahls Demokratiekonzept ist maßgeblich und Demokratie wird als politisches Ringen mit Nicht-Demokraten gesehen. Letzterer hingegen arbeitet mit einem breiteren Demokratieverständnis und geht von einem langsamen Demokratisierungsprozess aus. Er fokussiert die wechselwirkende Beziehung zwischen politischer und sozio-ökonomischer Entwicklung, weshalb indirekte Unterstützungsmaßnahmen ergriffen werden. Ökonomische und soziale Rechte werden als gleichrangig mit politischen Rechten angesehen. Die Frage, ob ein Land für Demokratie bereit ist, wird hier häufig aufgeworfen (vgl. Carothers 2009: 5ff). Der politische Ansatz wird dafür kritisiert, dass er zu schnell konfrontativ wird; am entwicklungsorientierten Ansatz hingegen wird moniert, dass er genuine Demokratisierung vermeidet – dies geht so weit, dass Carothers ihn als zahnlos bezeichnet – und gleichzeitig signifikante Teile der Gelder verschlingt. Für eine entwicklungsorientierte Vorgehensweise spricht, dass sich den Förderern auch Türen in politisch

restriktiven Systemen öffnen, die einem direkten politischen Ansatz meist verschlossen bleiben. Außerdem befördert diese Strategie auch einen breiteren Ansatz und kann so langfristige Ziele verfolgen. Carothers sieht in der US-amerikanischen DF den politischen und in den verschiedenen europäischen Strategien den entwicklungsorientierten Ansatz, wobei er bei Letzteren zugesteht, dass auch hier Aspekte des politischen Ansatzes zu erkennen sind (vgl. ebd.: 6ff). Deutschland folgt laut Karakas einem entwicklungsorientierten Ansatz und v. a. Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung sind zentral. Die staatlichen EDF-Akteure verfolgen eher eine *top-down*-Strategie und die parteinahen Stiftungen arbeiten eher *bottom-up* (vgl. Karakas 2013: 71f)^{19 20}.

Kontextbedingungen:

Wie bereits angerissen, stellt sich bei DF immer wieder die Frage von Staatlichkeit. Insb. bei einem so bevölkerungsreichen Land wie Indien ist dies unabdingbar. Deshalb ist **state building** hier von Interesse. Es kann entweder als eigene entwicklungspolitische Strategie genutzt oder in das Konzept zur DF einbezogen werden. Der Staat sorgt theoretisch für die Ordnung des öffentlichen Raumes auf einem bestimmten territorialen Gebiet. Gemeinsam bilden alle Staaten das internationale System und damit die globale Ordnung (vgl. Schneckener 2006: 9). Funktioniert ein Staat nicht, weil er seine Aufgaben nicht (mehr) erfüllen kann, ist er fragil. Über die Ordnung des öffentlichen Raumes hinaus hat der Staat laut Schneckener Sicherheits-, Wohlfahrts sowie Legitimitäts- und Rechtsstaatsfunktionen zu erfüllen. Der Staat gewährt demnach seinen Bürgerinnen und Bürgern Sicherheit nach innen und außen durch sein Gewaltmonopol. Die Wohlfahrtsfunktion umfasst alle Transferleistungen bzgl. wirtschaftlicher Ressourcen, und die Legitimitäts- und Rechtsstaatsfunktion betrifft die Partizipation, Entscheidungsfindung, Stabilität und Qualität der Institutionen inkl. Justiz und Verwaltung (vgl. ebd.: 21ff)²¹.

19 „It is telling in this regard that the oldest and perhaps most widely recognized European organizations significantly engaged in democracy aid – the German *Stiftungen* or political foundations – consider themselves to be development organizations, not democracy-promotion organizations” (Karakas 2013: 17f).

20 Weitere Strategien, die für die vorliegende weniger von Belang sind, sind die *home grown*-Strategie (vgl. Gawrich 2014: 32), der kulturtheoretische Ansatz (vgl. Kubik 2015: 112, 122), der steuerungstheoretische Ansatz (vgl. Beyer 2015: 173) sowie *Linkage* und *Leverage* (vgl. Bade *et al.* 2013: 21; Burnell 2011: 124; Weiffen 2009: 56f). Diffusion ist zwar keine DF-Strategie, aber durch Diffusionseffekte werden Attitüden, Werte und Wissen vermittelt, wodurch sie als exogene Faktoren die endogene Demokratisierung vorantreiben (vgl. Lauth / Pickel 2014: 38, 68; Wagener 2015: 570). Diffusionseffekte können auch nicht-geografisch vonstattengehen – bspw. durch koloniale Beziehungen (vgl. Doorenspleet / Mudde 2008: 829f).

21 Schneckener liefert zu jeder Funktion des Staates eigene Instrumente für das *state building* (vgl. Schneckener 2006: 39).

Interessen und Motivationen:

Freise bezeichnet EDF – insb. seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes – als Kombination gegensätzlicher Ansätze: dem Idealismus und dem Realismus. DF ist demnach sowohl moralische Verpflichtung als auch Mittel zur Durchsetzung eigener Interessen (vgl. Freise 2004: 25). Wolff geht darüber hinaus und unterstellt, dass es „nicht prioritär um die politische Emanzipation der unterdrückten Gesellschaften des globalen Südens geht“ (Wolff 2009: 261). Dies erscheint trotz aller berechtigten Kritik als eine zu pauschalisierte Aussage. Jeder DF-Akteur weist vielmehr eine Mischung unterschiedlicher Motivationen und Interessen auf (vgl. Felske 2011: 101). Zutreffend ist aber auch, dass EDF ein außenpolitisches Ziel unter vielen ist (vgl. Jünemann / Knodt 2007a: 366) und dass in der DF zahlreiche Akteure mit jeweils eigenen Interessen, Philosophien, Methoden und Stilen aktiv sind (vgl. Carothers 2009: 13). Trotzdem gilt: DF ist „im Kern egoistisch und nutzenmaximierend angelegt“ (Sandschneider 2003: 24), denn wer das Gemeinwohl predigt, hat immer auch eigennützige Motive (vgl. Birsl / Salzborn 2016: 127). Für die deutschen Interessen sind die geopolitische Mittellage in Europa (vgl. Krause 1996: 78), die Westbindung, die eigene Vergangenheit, die Beziehung zu den Nachbarn und Partnern sowie weltpolitische Entwicklungen wichtige Faktoren. Allerdings ist in Deutschland nur selten von Interessen die Rede, da dieser Begriff negativ konnotiert ist (vgl. Hacke 1996: 3ff). Ebenso gilt: „Gleichzeitig wurde der Begriff der ‚Macht‘ aufgehoben und durch ‚Verantwortung‘ und ‚Friedenspolitik‘ ersetzt“ (ebd.: 3). Dennoch gibt es deutsche Interessen. Die deutsche Außenpolitik will die Bundesrepublik und die eigenen Bürgerinnen und Bürger schützen, die EU, NATO, UN, OSZE und andere Verbände und Organisationen stärken, weltweite Krisen und Konflikte eindämmen und beenden – da diese auch Deutschland und seinen Verbündeten schaden können –, dauerhaften Frieden in Europa sowie die Menschenrechte und Demokratie weltweit fördern (vgl. ebd.: 5f). Es herrscht aber ein Primat von Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen (vgl. Knodt / Urdze 2008: 30, 33; Bettzuege 2007: 226). Die Zivilmacht Deutschland folgt dabei einer modernisierungstheoretischen DF-Vorstellung und arbeitet mit kooperativen Strategien (vgl. Karakas 2013: 24). Allerdings gilt es, als Förderer zwischen eigenen Vorstellungen und Interessen und der Selbstbestimmung des Ziellandes abzuwägen (vgl. ebd.: 19).

Da DF *per definitionem* in die Souveränität eines Staates eingreift, muss sie sich häufig rechtfertigen und ihre Motivationen werden hinterfragt (vgl. Pinto-Duschinsky 1997: 308; Karakas 2013: 43f). Zwei große Argumentationslinien lassen sich dabei ausmachen. Die

instrumentelle Begründung sieht DF als Mittel zum Zweck, um Sicherheit, Frieden und Wohlfahrt zu erreichen. In normativer Hinsicht wird Demokratie als Wert *per se* gefördert, da es als einziges politisches System universelle Rechte garantiert (vgl. Grävingholt / Leininger / Schlumberger 2009a: 2). Statt dieser beiden groben Argumentationslinien lassen sich auch differenziertere Muster ausmachen (vgl. Reiber 2009: 31), die auch gemischt, parallel oder diametral vorkommen können (vgl. Felske 2011: 19). Je nach Akteur beeinflussen z. B. die außenpolitischen Interessen, die eigene politische Kultur oder der kleinste gemeinsame Nenner, welches Demokratiemodell und welche Absichten mit DF verfolgt werden (vgl. Gawrich 2014: 23; Sandschneider 2003: 19; Schmierer 2008: 7). Insgesamt lassen sich acht Motivationen ausmachen.

Die (1) normative Motivation sieht in EDF eine moralische Verpflichtung, demokratische Werte zu verbreiten, was einen gewissen Altruismus andeutet (vgl. Burnell 2011: 125; Kneuer 2014: 12)²². McFaul bezeichnet Demokratie bzw. DF deshalb als *world value* (vgl. Gawrich 2014: 37). Eng damit zusammen hängt das idealistische Motiv der (2) normativen Wünschbarkeit aufgrund der funktionalen Überlegenheit der Demokratie. Diese Motivation fokussiert sich auf die Neigung demokratischer Regierungen zu *Good Governance*, deren Problemlösungskompetenz – inkl. in sozioökonomischer und ökologischer Hinsicht – und deren normative Einstellung – bezogen auf Respekt für internationales Recht, die Souveränität anderer Nationen und den Pluralismus politischer Alternativen (vgl. Whitehead 2010: 33) –, auch gegenüber den eigenen Bürgerinnen und Bürgern (vgl. Gawrich 2014: 23). Leininger und Ziaja zufolge kann die Wünschbarkeit von Demokratie aber noch nicht die DF von außen rechtfertigen, da externe Eingriffe sowohl positive als auch negative Effekte haben können. EDF kann bspw. Konflikte vermindern oder diese durch Polarisierung verschärfen (vgl. Leininger / Ziaja 2014: 2).

Dem Argument der höheren Leistungsfähigkeit folgend, dämmt Demokratie auch Migration, Terrorismus, Drogen- und Waffenhandel ein, was die Bevölkerungen des Nehmer-, aber auch des Geberlandes schützt. Dies ist das (3) Motiv des Selbstschutzes (vgl. Faath 2005a: 443; Sandschneider 2003: 18f;)²³. Die (4) Theorie des demokratischen Friedens

22 S. dazu auch Felske 2011: 18; Opp 2015: 192; Knodt / Jünemann 2007: 15; Hanisch 1996b: 27, 39; Freise 2004: 25; Karakas 2013: 36f.

23 S. dazu auch Felske 2011: 18; Holtz 1996: 221f, 230; Gawrich 2014: 37; Sen 2015: 150; Burnell 2011: 125; Grävingholt / Leininger / Schlumberger 2009b; Youngs 2004: 28; Schneckener 2006: 9; Karakas führt an, dass für den Krieg gegen den Terror aus rationalistischer Sicht diskutiert werden muss, ob DF in autoritären Regimen nicht kontraproduktiv ist, da diese skrupelloser gegen Terroristen vorgehen, was zu mehr Sicherheit für die eigene Bevölkerung führe (vgl. Karakas 2013: 39f).

hat einen ähnlichen Fokus. Sie sieht in DF eine „globale Sicherheitsstrategie“ (Gawrich 2014: 23)²⁴, die auf Immanuel Kants Thesen in *Zum ewigen Frieden* (1795) beruhen (vgl. Uhlmann 2009: 29). Demzufolge sind Demokratien friedfertiger als andere Systeme (vgl. Müller 2008: 41), wodurch die Welt mit voranschreitender Demokratisierung friedlich(er) wird, was eine durchaus verführerische Vorstellung ist (vgl. Hanisch 1996b: 22). Allerdings wird über die Gültigkeit dieser Theorie bis heute diskutiert (vgl. Gawrich 2014: 23f)²⁵. Ohne die gesamte Debatte nachzuzeichnen, sei auf Merkels Argumentation dazu verwiesen. Demokratien führen demnach nicht weniger Kriege als Autokratien. Sie sind nicht nur Verteidiger, sondern führen auch Angriffskriege. Demokratien gewinnen ihre Kriege aber i. d. R. und verzeichnen weniger Opfer als Nicht-Demokratien (vgl. Merkel 2014: 76f). Die Kriegsbereitschaft von Demokratien unterscheidet sich erheblich. Die Schweiz, Österreich oder Schweden können als friedliche Demokratien bezeichnet werden, wohingegen Frankreich, Großbritannien und v. a. die USA auch seit 1945 Kriege geführt haben und noch führen. Merkel wandelt Kants Hypothese deshalb leicht ab: Reife Demokratien führen keine Kriege untereinander (vgl. Merkel 2014: 77ff). Dies bezeichnet Müller als ‚selektive Aggressivität‘ (vgl. Müller 2008: 44). Reiber vermutet ein Überlegenheitsgefühl in Demokratien gegenüber Nicht-Demokratien (vgl. Reiber 2009: 29).

Dem (5) Homogenitätsstreben von Demokratien zufolge wünschen sich Staaten, von ähnlichen Systemen umgeben zu sein und ihre Werte zu verbreiten. Diese Annahme erklärt die Neigung staatlicher DF, das eigene Modell zu exportieren (vgl. Knodt / Jünemann 2007: 12)²⁶. Das (6) Ausweiten funktionierender Marktwirtschaften und Etablieren neuer Märkte sind eine weitere Motivation zur DF, die insb. bei internationalen, Wirtschafts- und regionalen Organisationen auftritt (vgl. Felske 2011: 19)²⁷. (7) Geostrategische oder versteckte eigene Ziele können auch zur EDF motivieren und schwingen häufig mit, obwohl sie nicht offen angesprochen werden. Rechtsstaatlichkeit zu fördern, um Investitionen vor Ort zu sichern, ist ein klassisches Beispiel hierfür (vgl. Whitehead 2010: 34f; Freise 2004: 25; Knodt / Urdze 2008: 40). Gawrich betont, dass das Bemühen um

24 S. dazu auch vgl. Leininger 2015a: 509; Knodt / Jünemann 2007: 14; Sandschneider 2003: 18f; Karakas 2013: 36ff; Burnell 2011: 129; Reiber 2009: 389; Rosato 2003: 585.

25 S. dazu auch Felske 2011: 18f; Whitehead 2010: 34f; Sandschneider 2003: 15; Grävingsholt / Leininger / Schlumberger 2009b; Jünemann / Knodt 2007a: 360; Leininger 2015a: 515.

26 S. dazu auch Gawrich 2014: 24f; Sandschneider 2003: 3, 17; Karakas 2013: 37; Uhlmann 2009: 30; Knodt / Urdze 2008: 25.

27 S. dazu auch Gawrich 2014: 24f; Whitehead 2010: 34f; Faath 2005a: 443; Sandschneider 2003: 15, 23; Grävingsholt / Leininger / Schlumberger 2009b; Freise 2004: 25; Karakas 2013: 37f; Knodt / Urdze 2008: 40; Simonis / Elbers 2011: 270.

Ortskenntnis umso weniger Wichtigkeit genießt, je stärker das eigene Kalkül hinter EDF ist (vgl. Gawrich 2014: 24f). (8) Gewisse Beziehungen, wie eine koloniale Vergangenheit, können auch zu DF motivieren (vgl. Jünemann / Knodt 2007a: 354).

Burnell resümiert: „Grundlage allen Engagements zugunsten der Demokratisierung sollte indes die Überzeugung sein, dass die freiheitliche Demokratie ein politisches Ideal darstellt, das nicht zur Disposition gestellt werden darf“ (Burnell 2006: 75). Allerdings streben laut Huntington alle Staaten danach, „ihre Macht zu maximieren“ (Huntington 2002: 38), was bei vielen der aufgeführten Motivationen mitschwingt. Doch Merkel sieht keine Belege dafür, dass die GIZ, das BMZ oder die Stiftungen sich in erster Linie für ökonomische Interessen Deutschlands einsetzen. Auf das AA treffe dies eher zu (vgl. Merkel 2010: 443). Die deutsche DF drehe sich um Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie und es mache keinen Unterschied, ob konservative oder linke Parteien die Regierung stellen. Dennoch gesteht Merkel zu, dass linke Parteien Multilateralismus und NGOs forcieren und konservative Parteien eher unilaterale, staatszentrierte Politik betreiben. Stärker als diese seien jedoch die ressortspezifischen Unterschiede. Das AA entscheidet sich im Zweifel für Stabilität in Zielländern und das BMZ präferiert Entwicklung, Menschenrechte und *Good Governance*. Zwischen den verschiedenen Akteuren gibt es laut Merkel kaum Abstimmung und keinen strategischen Prinzipal, was er als lose verkoppelte Anarchie bezeichnet, obwohl er für Arbeitsteilung und strategische Koordination plädiert, um effizienter vorgehen zu können (vgl. ebd.: 443, 451).

Die Strategiewahl wird also von mehreren Merkmalen charakterisiert: (kurz- und langfristige) Ziele, Maßnahmen, Koordination und Synergieeffekte, Adressaten sowie die Akzeptanz und Partizipation der Bevölkerung im Zielland; relevant sind aber nicht nur die Bedingungen vor Ort, sondern auch die eigene (politische) Kultur, das eigene Verständnis von Demokratie und DF sowie die Interessen und Motivationen des Förderers. Es sind verschiedene Strategien möglich. Die für diese Studie relevanteste Unterscheidung ist diejenige in *bottom-up* und *top-down*. Eine sinnvolle Strategie ist kontextangemessen.

3.3 Instrumente der externen Demokratieförderung – Wie und mit welcher Wirkung wird gefördert?

Die methodischen Mittel, derer sich externe Akteure zur DF bedienen, – also das ‚Wie‘ und ‚mit welcher Wirkung‘ – werden als Instrumente bezeichnet (vgl. Reiber 2014: 214).

„Die Instrumentenkoffer der Demokratieförderer unterscheiden sich wenig“ (Grävingholt / Leininger / Schlumberger 2009b). Dennoch mangelt es nicht an Kategorisierungen. Die Unterstützung von Demokratisierungsprozessen kann in der (1) Katastrophenhilfe, in der (2) Finanz- und Strukturhilfe, die sich v. a. dem Aufbau und Stärken marktwirtschaftlicher Strukturen widmet, und in der (3) Beratung beim institutionellen Aufbau demokratischer Strukturen ansetzen (vgl. Sandschneider 2003: 40). Dabei kann die internationale Gemeinschaft mit wirtschaftlichen, staatlichen und zivilgesellschaftlichen Ansätzen arbeiten (vgl. Burnell 2004: 100; Knack 2004: 251). Eine Unterscheidung der Instrumente, die dabei zum Einsatz kommen, geht auf Burnell zurück. Er differenziert aktive und passive bzw. direkte und indirekte DF (vgl. Grävingholt / Leininger / Schlumberger 2009a: 2; Bade *et al.* 2013: 22), wobei er seinen Kategorien keine Instrumente zuweist (vgl. Urdze 2010: 26). Direkte Maßnahmen richten sich an die *Input*-Legitimität des Staates, d. h., das politische System wird professionalisiert und Zivilgesellschaft und politische Rechte werden gestärkt. Dies geschieht bspw. durch die Zusammenarbeit von Parlamenten, Wahlunterstützung, Medienförderung und Bildungsarbeit (vgl. Uhlmann 2009: 62). Indirekte Maßnahmen wirken bei der *Output*-Legitimität, indem die staatliche Leistungsfähigkeit gesteigert wird (vgl. Karakas 2013: 35). Zu den Instrumenten zählen z. B. die Vergabe von Kleinkrediten oder die Verbesserung der sozialen Infrastruktur (vgl. Uhlmann 2009: 62).

Die demokratiefördernden Instrumente werden in der Politikwissenschaft häufig als positive und negative Instrumente (Burnell) – oder als *carrots* und *sticks* (Hazelzet) (vgl. Pinto-Duschinsky 1997: 302) – differenziert. Positive Instrumente sind solche, die als Anreiz für das Zielland wirken, sich in die vom Förderer erwünschte Richtung zu entwickeln. Hierbei spielt das eigene Demokratie- und Staatsverständnis des Förderers eine große Rolle, da dieses häufig dieser erwünschten Richtung entspricht. Im Umkehrschluss sind negative Instrumente diejenigen, die mit der Androhung und Durchführung von Strafen bei einer vom Förderer unerwünschten Entwicklung arbeiten (vgl. Urdze 2010: 26)²⁸. Zu diesen negativen Instrumenten zählen auch militärische Interventionen (vgl. Faust 2011: 1; Grimm 2010: 288). *Sticks* werden mittlerweile häufig „als ineffektiv und kontraproduktiv angesehen“ (Karakas 2013: 35), da die Leidtragenden die Bürgerinnen und Bürger des

28 S. dazu auch Grävingholt / Leininger / Schlumberger 2009a: 2; Grävingholt / Leininger / Schlumberger 2009b; Karakas 2013: 35; Ethier 2003: 100; Knodt / Jünemann 2007: 17f; Jünemann / Knodt 2007a: 354; Richter 2009: 72; Knodt / Urdze 2008: 24; Felske 2011: 21.

jeweiligen Landes sind und nicht die entscheidenden Eliten (vgl. Uhlmann 2009: 61f)²⁹. Daher hat es einen paradigmatischen Wandel von negativen hin zu positiven Instrumenten gegeben (vgl. Sandschneider 2003: 38).

Die Dichotomie Burnells wurde von verschiedenen Forscherinnen und Forschern zu einem Spektrum weiterentwickelt. Leininger unterscheidet Erzwingung, Konditionalität, Sozialisation und Diffusion als Instrumentengruppen. Erzwingung ist am äußersten, negativen Rand ihres Spektrums zu finden. Damit werde aus der Sicht des Förderers negatives Verhalten bestraft, um zu einer Verhaltensänderung zu gelangen. Dies könne durch politischen Druck, physische Gewalt wie militärische Eingriffe oder rechtliche Erzwingungen geschehen. Mittels positiver und negativer Anreize versucht Konditionalität, Verhalten zu verändern. Positive Konditionen knüpfen z. B. finanzielle Leistungen an Auflagen zur Umsetzung von Reformen; bei negativer Konditionalität werden bspw. Konten eingefroren, um abweichendes Verhalten zu bestrafen (vgl. Leininger 2015a: 512). Die Sozialisation nimmt – neben der Diffusion, bei der durch geografische Nähe eine ‚Ansteckung‘ mit demokratischen Ideen erfolgt – laut Leininger das positive Ende des Maßnahmenpektrums ein. Dabei sollen demokratische Werte und Einstellungen sowie Praktiken vermittelt werden, was allerdings die Akzeptanz des Empfängerlandes voraussetze. Instrumente, die in diese Gruppe fallen, reichen vom Wissenstransfer über den politischen Dialog bis hin zur materiellen Unterstützung (vgl. ebd.: 513).

Richter unterscheidet anreizbasierte Instrumente, inkl. Konditionalität und Sanktionen, Überzeugung, Wissens- und Technologietransfer, Kontrolle und Beobachtung sowie Vermittlung (vgl. Richter 2009: 71ff). Eine ähnliche Gliederung findet sich bei Reiber. Deren DF-Instrumentarium gliedert sich in Konditionalität, soziale Einflussnahme, materielle Förderung, Wissenstransfer und Dialog. Dabei denkt sie soziale Einflussnahme als Sonderform der Konditionalität. Materielle Förderung und Wissenstransfer zählen zu den positiven Maßnahmen (vgl. Reiber 2009: 65). Auch die soziale Einflussnahme arbeitet laut Reiber mit Anreizen, lobt ‚richtiges‘ und rügt ‚falsches‘ Verhalten. Internationale Anerkennung, Legitimierung oder Ausgrenzung, Statuszuwachs oder -abnahme nehmen den zentralen Fokus ein. Ein Beispiel hierfür ist die Wahlbeobachtung³⁰. Fällt das Urteil der

29 S. dazu auch Karakas 2013: 35; Faust 2011: 1; Schmitz 2014: 134; Richter 2009: 73; Richter 2014: 148; Hanisch 1996b: 51; Merkel 2010: 455; Reiber 2014: 228.

30 In der EDF wird ein erheblicher Teil der Förderung auf Wahlbeobachtung aufgewendet. Pinto-Duschinsky spitzt dies zu: Demnach sei es einfacher, Zigmillionen Dollar für Wahlbeobachtung einzuwerben, als 50.000 Dollar für Folgeprojekte (vgl. Pinto-Duschinsky 1997: 317).

externen Beobachter positiv aus, hat dies eine legitimierende Wirkung und *vice versa*. Die materielle Förderung hat einen anderen Ansatz: Sie versucht, durch finanzielle Unterstützung oder Sachhilfen mangelnde Kapazitäten auszugleichen, bspw. durch die Finanzierung einer Wahl oder durch die Ausstattung demokratischer Institutionen. Der Wissenstransfer folgt einem ähnlichen Gedanken. Er vermittelt Expertise, wo diese fehlt. Wählerinnen und Wähler, Journalistinnen und Journalisten, Verfassungskommissionen oder andere Institutionen oder Gruppen werden beraten, aus- oder fortgebildet. Das Stärken demokratischer Akteure durch die Förderung ihrer Organisation oder Artikulationsfähigkeit zählt ebenfalls zum Wissenstransfer. Der politische Dialog setzt auf kognitiven Austausch und die Überzeugungskraft demokratischer Werte (vgl. ebd.: 66f). Reiber differenziert auch hinsichtlich der Zielgruppen. Konditionalität und soziale Einflussnahme zielen auf die Führungsebene und zählen somit zum *top-down*-Ansatz. Die übrigen Instrumente können auf Eliten und die breite Bevölkerung wirken, weshalb hier der *bottom-up*-Ansatz zum Einsatz kommt (vgl. ebd.: 68).

Merkel differenziert sechs Kategorien eines Spektrums, die er von weichen und indirekten hin zu harten und direkten Eingriffen anordnet³¹. Dieses Kontinuum reicht von der klassischen Diplomatie über die politische Zusammenarbeit und die politische Konditionalität, Wirtschaftssanktionen und verdeckte Interventionen bis hin zu militärischen Interventionen. Die klassische Diplomatie arbeitet mit der Propagierung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Demarchen zu Menschenrechten und dem Abzug einer diplomatischen Vertretung. Im Zuge der politischen Zusammenarbeit wird Expertise vermittelt – z. B. zum Strukturaufbau, zu *Good Governance*, Wahlen oder Verfassungen. Die politische Konditionalität knüpft Unterstützung an Fortschritte, häufig bzgl. *Good Governance*. Wirtschaftssanktionen entziehen bspw. Entwicklungshilfe, wenn Menschenrechte verletzt werden oder gegen demokratisch gewählte Regierungen geputscht wird. Die Initiierung oder Unterstützung von Umstürzen in autokratischen Regimen zählt zu den verdeckten Interventionen. Militärische Eingriffe erzwingen Demokratie durch Krieg (vgl. Merkel 2010: 455f). Solche Interventionen sind laut Merkel wenig erfolgversprechend, wenn die Absetzung eines Autokraten das einzige Ziel ist. Daraus folgende instabile Demokratien erhöhen nämlich die (Bürger-)Kriegsgefahr. Er betont, dass ein militärisches Eingreifen von außen nur dann als *bellum iustum* gelten kann, wenn die intervenierende

31 Außerdem nennt er die ökonomische Unterstützung, bei der Förderer hoffen, dass demokratisierende *spillovers* aus der Wirtschaft in die Gesellschaft und Politik wirken (vgl. Merkel 2010: 454).

Macht bereit ist, so lange das neue Regime zu unterstützen, bis die Demokratie nicht mehr zu gewaltbereiten hybriden Systemen zählt (vgl. Merkel 2014: 84). Außerdem gibt er zu bedenken, dass es demokratische Leuchttfeuer, die in autokratischen Regionen Dominoeffekte auslösen, nicht gibt. Im Gegenteil: Diese Demokratien sind i. d. R. „instabil, krisenanfällig, gewaltbereit und von geringer Lebensdauer“ (ebd.).

Da die Kategorisierung Merkels diejenige ist, die die meisten Möglichkeiten auffängt, soll diese als Muster für die konkreten Maßnahmen dienen, die Förderer anwenden (vgl. Urdze 2010: 27). Merkel scheint bei der Konditionalität v. a. an negative Konditionalität zu denken, wie Leininger sie nennt. Anreize, die *ex ante* an Bedingungen geknüpft werden, gehen indes bei Merkel unter, weshalb sein Kontinuum dahingehend erweitert wird.

Abbildung 2): Erweitertes Kontinuum zu Merkels Instrumentarium zur externen Demokratieförderung

Klassische Diplomatie	Politische Zusammenarbeit	Positive Konditionierung	Negative Konditionierung	Wirtschafts- sanktionen	Verdeckte Interventionen	Militärische Intervention
--------------------------	------------------------------	-----------------------------	-----------------------------	----------------------------	-----------------------------	------------------------------

(vgl. Merkel 2010: 454ff: eigene Darstellung)

Zur **klassischen Diplomatie** gehören der Dialog (vgl. Knodt / Urdze 2008: 23f), die diplomatische Anerkennung eines Landes, die Förderung multilateraler regionaler Kooperation (vgl. Knodt / Jünemann 2007: 18) und die Überzeugung von demokratischen Werten (vgl. Richter 2009: 74; Reiber 2014: 214f). Internationale Organisationen, wie die UN, können ihre Mitgliedstaaten moralisch rügen, was laut Hanisch v. a. bei einer erneuten oder häufig erfolgten Rüge vom betreffenden Staat nicht auf die leichte Schulter genommen werde. Die Instrumente dieser Gruppe erfordern im Vergleich zu den anderen Instrumentengruppen die geringsten Kosten (vgl. Hanisch 1996b: 45ff).

Zur **politischen Zusammenarbeit** zählen viele Instrumente, die auch die Konditionalität aufgreifen kann. Sobald diese Instrumente mit Anreizen, Konditionen oder Sanktionen eingesetzt werden, fallen sie also in diese Kategorie. De Zeeuw unterscheidet drei Bereiche der DF, die weitestgehend in der politischen Zusammenarbeit verortet werden können: Wahl-, Menschenrechts- und Medienunterstützung (vgl. de Zeeuw 2004: 123). Zur Ersteren zählen die Beratung bei Verfassungs- und Gesetzesreformen, der Aufbau einer Wahlverwaltung, die Ausbildung von Wahlhelferinnen und Wahlhelfern, die Unterstützung politischer Parteien, die Wahlbeobachtung und die politische Bildung der Zivil-

gesellschaft (vgl. de Zeeuw 2004: 123; Merkel 2010: 457). „*Election Assistance und Wahlbeobachtung*“ sind wohl die sichtbarsten und bekanntesten Strategien der Demokratieförderung“ (Gawrich 2014: 49). Wahlbeobachtung dient v. a. dazu, Wahlbetrug aufzudecken und zu verhindern. Sie kann überall kopiert und muss nicht neu entwickelt werden. Allerdings spricht Gawrich an, dass nicht klar ist, ob bzw. wie effizient Wahlbeobachtungen sind (vgl. ebd.: 49ff)³². *Election Assistance* umfasst die Beratung und Unterstützung, die vor den ersten Wahlen benötigt werden – z. B. bei der Ausarbeitung der Wahlgesetze, der Einteilung der Wahlkreise, der Gründung von Wahlkommissionen, dem Schulen des Personals und so weiter (vgl. ebd.: 58). Dies wird unter dem größeren Stichwort des Wissens- und Technologietransfers subsumiert, der auch für andere Reformen als Instrument dienen kann (vgl. Reiber 2014: 214f; Richter 2009: 74). Gerade im Bereich der Wahlunterstützung herrscht laut Merkel häufig ein Zuviel an ‚hilfswilligen Amateuren‘, die „ihre mangelnde Professionalität und marginale Kenntnis der jeweiligen Länder, Gesellschaften und Sprachen mit idealistischem Engagement zu kompensieren suchen“ (Merkel 2010: 457). Westliche Förderer haben sich häufig der Wahlunterstützung verschrieben. Seit in islamisch geprägten Ländern jedoch fundamentalistische Gruppen in und nach den 1990er Jahren gestärkt aus frühen Wahlen hervorgehen, werden diese Maßnahmen vorsichtiger gehandhabt. Obwohl dies von Fördererseite nachvollziehbar ist, ruft es in den Zielländern das Bild westlicher Doppelmoral und von DF als Interessenspolitik hervor. D. h., Förderer zerstören ihr größtes Kapital: ihre Glaubwürdigkeit und das in sie gesetzte Vertrauen (vgl. ebd.: 457f).

Die Unterstützung von Menschenrechten erfolgt durch die Beobachtung der Menschenrechtssituation, die Unterstützung von Kriegsgerichten und Reformkommissionen sowie durch Stärkung der Polizei und Unterstützung von Menschenrechts-NGOs (vgl. de Zeeuw 2004: 123; Sandschneider 2003: 14). Die Medienunterstützung konzentriert sich auf den Aufbau alternativer Medien, Programme zur Konfliktlösung, Trainings von Journalisten und das Unterstützen von Medienorganisationen (vgl. de Zeeuw 2004: 123; Gawrich 2014: 63). Auch das Anregen von Reformen in diesem Bereich ist möglich (vgl. von Franqué 2014: 283), damit die Medien politische Informationen bereitstellen, eine Mittlerrolle zwischen Regierenden und Regierten und eine ‚Wachhundrolle‘ einnehmen können (vgl. Gawrich 2014: 61f). Allerdings gibt es auch die Möglichkeit einer externen Medienintervention, bei der fremde Mediensysteme von außen beeinflusst werden. Die

32 Näheres zu Problemen bei der Wahlbeobachtung als Instrument ist bei Gawrich 2014: 53 zu finden.

Anwendungslogik dieses Arguments fußt auf der Annahme, dass Änderungen bei Medien im eigenen Interesse verändert oder gar gesteuert werden können. Diese Praxis erscheint jedoch fragwürdig (vgl. von Franqué 2014: 284ff).

Neben Verfahren, wie Wahlen, werden auch Institutionen, wie Parlamente (vgl. Grävingsholt / Leininger / Schlumberger 2009a: 2) oder Rechnungshöfe (vgl. Faust 2011: 1), gefördert, *capacity building* betrieben (vgl. Knodt / Urdze 2008: 24) oder effektive und effiziente Verwaltungsstrukturen – insb. auf kommunaler Ebene – aufgebaut (vgl. Kärcher 2009: 18). Im Verfassungs-*Coaching* engagieren sich v. a. Nationalstaaten. Sie versuchen oft, das eigene Modell zu exportieren (vgl. Merkel 2010: 459), „ungeachtet der Tatsache, wie dies zum Zielland passen mag“ (Gawrich 2014: 45). Die Förderung von Rechtsstaatlichkeit hilft dabei, Rechtsstaatsgrundlagen zu realisieren und einzuhalten. Dazu gehört der Aufbau einer effizienten Justiz oder Korruptionsbekämpfung (vgl. Merkel 2010: 460), wobei kulturelle Besonderheiten zu berücksichtigen sind (vgl. Gawrich 2014: 46f). Reiber warnt davor, politische Systeme asymmetrisch zu fördern. Eine zu starke Exekutive oder Zivilgesellschaft könne die Demokratisierung unterminieren (vgl. Reiber 2014: 229). Bei materieller Förderung gelte es, die finanzielle Abhängigkeit der Empfänger zu reflektieren – v. a. bei Zieldifferenzen (vgl. ebd.).

Auch die Parteienförderung gehört zur EDF. Dabei lassen sich verschiedene Aufgabengebiete ausmachen: der organisatorische Auf- und Ausbau der Parteien, den Erdmann als Institutionalisierung bezeichnet, die gesellschaftliche Anbindung über Vorfeldorganisationen in der Zivilgesellschaft und die programmatisch-ideologische Ausrichtung der jeweiligen Parteien (vgl. Erdmann 2014: 239). Die parteinahen Stiftungen zählen zu den wichtigen Parteienförderern (vgl. Merkel 2010: 461). Aber: „Bemerkenswert ist, dass es selbst den deutschen Stiftungen bislang an einschlägigen Konzept- oder Strategiepapieren mangelt, die der Parteienförderung eine Orientierung geben könnten“ (Erdmann 2014: 240), was im Übrigen auch für andere Parteienförderer gilt (vgl. ebd.: 240f). Erdmann macht für den geringen Wissensstand, was Erfolg oder Wirkung von Parteienförderung angeht, verschiedene Gründe aus. Das Kausalitäts- oder Zuordnungsproblem meint, dass die Wirkung einer Maßnahme nur begrenzt bewertet oder zugeordnet werden kann, da diese in einem komplexen interdependenten Netz durchgeführt werden. Außerdem konstatiert er eine Unterentwicklung im Evaluierungswesen der Förderer. Die Vielzahl der Maßnahmen erschwere außerdem die Analyse der Wirkungen (vgl. ebd.: 250). Dennoch sind unterschiedliche Ansätze zur Parteienförderung identifizierbar: Beim

partisan approach werden ideologisch nahestehende Parteien unterstützt; beim *multi-party-approach* wird mit mehreren wichtigen Parteien zusammengearbeitet; der *cross-party dialogue* initiiert über- oder zwischenparteiliche Kommunikation; das Fördern institutioneller Bedingungen gehört zum *institutional approach*; die transnationale Kooperation verschiedener Parteien aus einer (Sub-)Region zählt zur *international cross-party collaboration* und die Unterstützung des parteinahen, aber zivilgesellschaftlichen Umfelds der betreffenden Partei wird im *civil society approach* fokussiert (vgl. ebd.: 241). Erdmann resümiert: „ein erheblicher Teil [ist] auf eine ‚institutionelle‘ Förderung ausgerichtet [...], wenn beträchtliche Teile der Parteiorganisation, der Frauenbeteiligung und der parlamentarischen Rolle der Parteien gewidmet sind“ (ebd.: 243).

Generell empfiehlt Erdmann, sich als westliche Förderer nicht zu sehr am europäischen Parteienmodell zu orientieren, das er als überholt und aus einer vergangenen Ära – der der Sammelparteien – bezeichnet, da dieses Modell für andere Regionen unpassend sein könne und die Gefahr bestehe, dass es kontextungebunden gefördert werde (vgl. Erdmann 2014: 244f; Merkel 2010: 463f). Darüber hinaus kritisiert er, dass die *Workshops* der Förderer häufig zu kurz, schematisch und technokratisch seien, dass die Förderer falsche Themen, Teilnehmer – nämlich entweder aus der Parteiführung oder ‚Randspersonen‘ – und Trainer auswählen, denen es an Kontextwissen mangle und die realitätsferne Ratschläge unterbreiten (vgl. Erdmann 2014: 244f). Nicht-europäische Parteien werden laut Erdmann durch eine schwache Institutionalisierung, geringe gesellschaftliche Anbindung, wenig ideologische Differenzen, schwache Organisationsstrukturen, Personalismus, Klientelismus, hohe Volatilität und einen hohen Anteil informeller gegenüber formalen Beziehungen charakterisiert. Dies sei zwar bekannt, aber es mangle an Antworten der Demokratieförderer darauf (vgl. ebd.: 246). Die Parteilichkeitskontroverse – also die Frage, wie parteilich Parteienförderung sein darf – wird noch dadurch befeuert, dass nie alle Parteien in einem Zielland gefördert werden, sondern bspw. nur jene, die bereits im Parlament vertreten sind oder die aus Sicht der Förderer als (pro-)demokratisch eingeordnet werden. Erdmann spricht sich für das plurale Angebot der parteinahen Stiftungen aus, da sie parteilicher seien als andere Förderer, was den Empfängern dabei helfe, sich deutlicher politisch zu artikulieren und ideologisch zu differenzieren, wobei auch die Stiftungen auswählen und gewichten (vgl. ebd.: 247f). Die Probleme der DF treten bei der Parteienförderung noch verstärkt auf: Es gibt kein systematisches, vergleichbares Wissen. Laut Merkel wissen die parteinahen Stiftungen noch nicht einmal, wie viel Geld sie im Vergleich zur Zivilgesellschaftsförderung aufwenden. Die

Zurückhaltung anderer Förderer in diesem Bereich lasse sich auf legitimatorische Schwierigkeiten durch Parteilichkeit, den Fokus auf zivilgesellschaftliche Akteure und einen Mangel an Partnern in autoritären Regimen zurückzuführen (vgl. Merkel 2010: 461f).

Andere Autorinnen und Autoren führen noch andere Möglichkeiten auf. Viele darunter zählen zur Zivilgesellschaftsförderung, sind meist *bottom-up* angelegt (vgl. Reiber 2009: 59f; Gawrich 2014: 63, 376ff) und sollen mobilisieren (vgl. Merkel 2010: 455). Dazu gehören Aus- und Weiterbildungen, Stipendien, Investitionen in den privaten Sektor (vgl. Kärcher 2009: 15), Kurse zur Sensibilisierung für *Good Governance* (vgl. Faath 2005c: 14), Beobachtung (vgl. Richter 2009: 74), Trainings, Konferenzen, *Workshops*, Beratung und technische Unterstützung von Gruppen und Zielpersonen (vgl. Burnell 2006: 76), humanitäre Hilfe, multilaterale Initiativen und politische Bildung (vgl. Knodt / Jünemann 2007: 16f) sowie die Unterstützung friedlicher Konfliktbeilegung (vgl. Weidenfeld / Huterer 1992: 52). *Civic education* zielt jedoch nicht nur auf zivilgesellschaftliche Akteure ab, sondern ebenso auf Vertreter des Staates. Sie will von Demokratie überzeugen, ohne zu indoktrinieren, will die Akzeptanz demokratischer Werte erhöhen und entsprechendes Verhalten hervorrufen (vgl. Gawrich 2014: 66). Zu bedenken ist bei zivilgesellschaftlicher Förderung auch, ob die Partner sich wegen der Unterstützung von außen Schikanen durch die Behörden des Ziellandes ausgesetzt sehen. Außerdem kann es passieren, dass Gruppen gefördert werden, die nur scheinbar prodemokratisch sind. Nicht-intendierte Effekte zählen auch hier zu den großen Schwierigkeiten. Durch das Engagement von außen kann es dazu kommen, dass eine künstliche NGO-Landschaft geschaffen wird, die nicht auf den gesellschaftlichen Interessen vor Ort beruht und damit die Aufgaben der Interessenaggregation und -repräsentation sowie die Vernetzung innerhalb der Gesellschaft gar nicht wahrnehmen kann (vgl. ebd.: 64).

Die **politische Konditionalität** wird, wie angerissen, in positive und negative Konditionalität aufgegliedert. Konditionalität arbeitet damit, dass die rationalen Akteure – hier spielt der *homo oeconomicus* eine große Rolle (vgl. Schmitz 2014: 127) – ihre Kosten-Nutzen-Kalkulation „durch materielle oder politische Anreize (positive Konditionalität) und Sanktionen (negative Konditionalität) [...] verändern“ (Reiber 2014: 215). Demnach ist Konditionalität v. a. als *top-down*-Strategie zu kategorisieren, die laut Richter allerdings eher Verhaltens- als Einstellungsänderungen hervorruft (vgl. Richter 2014: 157ff). Durch die Bedingungen werden die Akteure – häufig die Eliten – „ermutigt“, vorher definierte demokratische Standards zu erfüllen“ (ebd.). Belohnungen und Sanktionen können so-

wohl materiell als auch sozial angelegt sein: Internationale Anerkennung oder der Verlust derselben, Lob oder Rüge, Einbeziehung oder Ausgrenzung haben ihre eigene Wirkungslogik, die die Demokratieförderer ebenso nutzbringend einsetzen können wie ihren Geldbeutel (vgl. Richter 2014: 150; Knodt / Jünemann 2007: 17).

Der Unterschied zwischen positiver und negativer Konditionalität liegt demnach im Zeitpunkt der Vergabe von Geld oder Anerkennung. Die positive Variante knüpft diese Vergabe *ex ante*, die negative *ex post* an Reformen vor Ort bzw. Letztere entzieht Gelder bei Nicht-Umsetzung (vgl. Knodt / Urdze 2008: 25). Unabhängig davon, dass der Bestrafungsgedanke bei Nicht-Befolgung der Geber-Vorstellungen kaum demokratisch wirkt, kann durch diese Logik Konditionalität laut Schmitz zwar kurzfristige politische Veränderungen, aber keinen qualitativen, anhaltenden Wandel hervorrufen (vgl. Schmitz 2014: 133). Nur die EU war bisher in der Lage, Konditionalität zielführend anzuwenden – aber offenbar nur in Bezug auf eine mögliche Mitgliedschaft (vgl. Ethier 2003: 100; Kolb 2007: 17; Merkel 2010: 455f). Generell können Bestrafungen nur von Akteuren eingesetzt werden, die auch über entsprechendes wirtschaftliches oder militärisches Drohpotenzial verfügen (vgl. Hanisch 1996b: 47, 51; Faath 2005a: 447). Die Praxis, dass Gelder trotz Missachtung der Konditionen ausgezahlt werden, da angestaute Mittel bis Jahresende ausgezahlt sein müssen, um erneut an diese heranzukommen, ist dringend reformbedürftig (vgl. Kolb 2007: 17). Bei jeder Konditionalitätspolitik müssen laut Richter allen Beteiligten von Anfang an die Regeln und Konsequenzen klar sein. Der Förderer muss konsistent handeln – v. a. im internationalen Vergleich, damit keine Doppelstandards herrschen, die die Glaubwürdigkeit unterminieren – und muss über die Verhandlungsmacht bzw. Ressourcenhoheit verfügen, weshalb eine Sanktionierung dem Förderer keine oder nur geringe Kosten verursachen sollte (vgl. Richter 2009: 73; Faath 2005a: 447; Schmitz 2014: 134f). Zu bedenken sind weiterhin der Grad der Abhängigkeit des Adressaten vom Förderer, die Machtverhältnisse im Zielland, die Deutlichkeit der Forderungen des Förderers und die angekündigten Anreize und Sanktionen sowie die Legitimierung (vgl. Reiber 2014: 220f). Laut Schmitz kann es bei Konditionalität zu ‚perversen Effekten‘ kommen:

„[Z]um einen unterminiert sie die Eigenanstrengungen der Empfänger und zementiert deren Abhängigkeit von den Gebern, zum anderen motiviert das gängige Anreizsystem die Empfänger dazu, Strategien zu entwickeln, um den Mittelzufluss zu manipulieren. Kontraproduktiv ist Konditionalität besonders dann, wenn sie eine ohnehin reformorientierte Regierung reglementiert. Beharren auf geberdefinierten Konditionen, die zudem aufgrund mangelnder Kapazitäten oft gar nicht zu erfüllen sind, blockiert“ (Schmitz 2014: 134).

Deshalb plädieren verschiedene Forscherinnen und Forscher dafür, dass Demokratisierungsprozesse ein gewisses Maß an *common ownership* aufweisen müssen. Dadurch tragen die Empfänger mehr Verantwortung für Reformen, die ihrem Kontext entsprechen, und werden von Demokratieförderern dabei in partnerschaftlicher Weise in ihrer Eigenverantwortung unterstützt. Dies bezeichnet Schmitz als demokratisierte Konditionalität, die auf standardisierte Politikempfehlungen verzichten soll (vgl. ebd.: 136).

Wirtschaftssanktionen umfassen alle Handels- und Investitionsinstrumente, die einem Staat zur Verfügung stehen (vgl. Knodt / Jünemann 2007: 16f). Dies kann vom Entzug von Entwicklungshilfe bis hin zu Embargos reichen. Bei **verdeckten Interventionen** werden Umstürze in autokratischen Regimen unterstützt. Dies erfolgt über die Mobilisierung ziviler Ressourcen. **Militärische Interventionen** mobilisieren hingegen eigene militärische Ressourcen und z. T. solche vor Ort (vgl. ebd.). Allerdings scheint DF am besten „mit zivilen Mitteln zu wirken und zwar in Ländern, die bereits aus eigener Kraft politische Liberalisierungsschritte eingeleitet haben“ (Faust 2011: 1). Militärische Interventionen versuchen, eine Demokratie zu erzwingen – und das tlw. in nur wenig legaler und legitimer Weise, was anschließend den Erfolgsdruck auf die Externen erhöht und deren Glaubwürdigkeit verringert, da das Selbstbestimmungsrecht der Völker ignoriert wurde (vgl. Grimm 2010: 288ff). Dass dies kaum als demokratisches Vorgehen zu sehen ist, bedarf keiner weiteren Erklärung. Die DF Deutschlands ist als entwicklungsorientiert einzuordnen, wobei ein gewisser Grad an Konditionalisierung ausgemacht werden kann. Sanktionen sind von deutscher Seite jedoch sehr selten (vgl. Karakas 2013: 68).

Keines der genannten Instrumente ist nur einer Handlungslogik, wie der rationalistischen oder konstruktivistischen, zuzuordnen (vgl. Reiber 2014: 223). Vielmehr treten sie als Mischformen auf. Außerdem verwendet ein Förderer nicht nur ein Instrument, sondern mehrere – auch aus mehreren Instrumentengruppen (vgl. ebd.: 223f). Einzelne Instrumente eignen sich in bestimmten Phasen eher als andere, aber Forscherinnen und Forscher und Praktikerinnen und Praktiker sollten es vermeiden, ein Instrumenten-Sequenzmodell erstellen zu wollen. DF und Demokratisierung bestehen durch Kontextangemessenheit und Flexibilität (vgl. ebd.: 226f). „Als Faustregel kann gelten, je größer die (wahrgenommene) externe Einmischung, umso eher stellt sich die Gefahr kontraproduktiver Entwicklungen“ (ebd.: 227) ein, weshalb negative Konditionalität besonders sorgsam eingesetzt werden sollte (vgl. ebd.: 227f). Zentral bei jedem Instrument ist, dass der Förderer transparent, verantwortlich, partizipativ, konsistent und klar vor- und mit allennehmern

gleich umgeht, um glaubwürdig zu erscheinen und zu sein (vgl. Reiber 2014: 229f; Reiber 2009: 76). Bei der Instrumentenauswahl müssen auch die eigenen materiellen und ideellen Ressourcen bedacht werden, da bspw. nicht jeder Förderer über die gleiche moralische Autorität verfügt, und es muss ein stärkerer Fokus auf die Nachfrage, weniger auf das Angebot gelegt werden (vgl. Reiber 2009: 387).

Insgesamt lässt sich festhalten, dass es ein Spektrum des Instrumentariums zur DF gibt. Dies erstreckt sich von der klassischen Diplomatie über die politische Zusammenarbeit, positive und negative Konditionierung, Wirtschaftssanktionen und verdeckte Interventionen bis hin zu militärischen Interventionen. Welche Instrumente dieser Gruppen eingesetzt werden, hängt davon ab, wer der Förderer ist – ein Nationalstaat kann schließlich auf andere Instrumente zurückgreifen als eine NGO – und wie sich die Situation im Zielland gestaltet. Bei zahlreichen Instrumenten wurde deutlich, dass das Ziel der Förderer ist, dass sich das Zielland in die vom Förderer erwünschte Richtung entwickelt. Diese Richtung ist stets durch ein gewisses Staats- und Demokratieverständnis des Förderers geprägt. Dadurch erscheinen einige Instrumente nicht als sonderlich demokratisch.

3.4 Problemfelder der externen Demokratieförderung

Neben den Problemen der DF, die Merkel thematisiert, – das Selektions-, *Timing*-, Strategie- und Wirkungsproblem – wurden bereits Probleme mit einzelnen Strategien oder Instrumenten, wie das Glaubwürdigkeitsproblem bei negativer Konditionalität, oder die Frage, wie parteilich Parteienförderung sein darf, angeführt. Nachfolgend werden die großen Herausforderungen der EDF vorgestellt. Zunächst ist bei jeder EDF notwendig, dass geklärt ist, was die Kriterien eines demokratischen Systems sind, da sonst der notwendige Referenzrahmen fehlt (vgl. Campbell / Schaller 2002: 161; Burnell 2011: 132). Außerdem muss klar sein, „wohin die Reise gehen soll“ (Wolff 2010: 1). Die Vorstellung der Soll-Situation und die Analyse der Ist-Situation ergeben eine Differenz, die die zu erledigenden Aufgaben absteckt (vgl. ebd.). Holtz moniert, dass die gewählten Strategien zur DF nicht an einheimische Entwicklungsziele angepasst, sondern von außen oktroyiert werden (vgl. Holtz 1996: 224). Diesen Punkt greifen zahlreiche Forscherinnen und Forscher auf. Burnell betont, dass Förderer mehrheitlich davon ausgehen, dass Demokratisierungsprozesse in liberalen Demokratien im westlichen Stil enden (vgl. Burnell 2010: 4). Dass Förderer versuchen, Kopien der eigenen Institutionen mittels Schablone im Ziel-

land aufzubauen (vgl. Erdmann / Kneuer 2014b: 336)³³, liegt daran, dass in jeder Politik nach außen die Identität und die Werte eines Staates zum Ausdruck kommen (vgl. Smith 2004: 40). Da aber beinahe „alle Versuche, einem System von außen (oder von oben) einen inkompatiblen Entwicklungsansatz aufzusetzen, ohne bestehende Entwicklungslinien zu berücksichtigen“ (Hillenbrand 2003: 3), gescheitert sind, empfiehlt Hillenbrand für jegliche Außenunterstützung, als Förderer nicht zu sehr an der eigenen Geschichte festzuhalten. Er betont, dass jeder Transformationsprozess ein individueller Vorgang ist, der zu neuen und ganz eigenen Gleichgewichten im Zielland führt, die für die jeweilige Gesellschaft tragfähig sein müssen (vgl. ebd.: 2). Die Verhältnisse vor Ort – in historischer, kultureller, sozialer Hinsicht etc. – werden nicht oder zu wenig in Betracht gezogen (vgl. Erdmann / Kneuer 2014b: 336; Grimm / Leininger 2012: 392), was zu entkontextualisierten Demokratieelementen und demokratischen Fassaden führt (vgl. Grävingholt / Leininger / Schlumberger 2009b). Deshalb sollten Förderer nicht zu stark an ihren Kategorien, Phasen und Schemata hängen (vgl. Reiber 2014: 227), – insb., weil sich *pro forma* Wahlen in einer Gesellschaft, die nicht ausreichend demokratische Erfahrung hat, auch als Legitimation bestehender (semi-)autokratischer Regime nutzen lassen. Da ein Demokratisierungsprozess nur langfristig und systemverändernd ablaufen kann, müssen die gewählten Strategien auch langfristig und flexibel angelegt sein und gehandhabt werden. Bei Transformationen sind schließlich auch Rückschritte und unvorhergesehene Entwicklungen möglich, auf die Demokratieförderer reagieren können müssen (vgl. Wolff 2010: 1). Bedacht werden sollte auch, dass Maßnahmen, die auf der Mikroebene demokratisierend wirken, auf der Makroebene ein autoritäres System stabilisieren und so zu Konflikten für Förderer führen können (vgl. Grimm / Leininger 2012: 399). Um die Akteure im Empfängerland nicht zu überfordern, dürfen die zu erreichenden Ziele und die eingesetzten Mittel nicht zu anspruchsvoll sein (vgl. Holtz 1996: 224). Deshalb plädiert Sandschneider für mehr Realismus in der DF, da defekte oder noch nicht konsolidierte Demokratien eine sehr eingeschränkte Leistungsfähigkeit haben. Sonst kann es zu Absorptionsproblemen bei dennehmern kommen, die zu Ressentiments wegen einseitiger Abhängigkeiten, Effizienzverlusten und zu Frustration aus Überforderung führen (vgl. Sandschneider 2003: 41ff; Leininger 2015a: 514).

Zwischen praktischer DF und politikwissenschaftlicher Fundierung ist eine Kluft zu beobachten: Die Instrumente lassen sich nicht einer einzelnen Handlungslogik, wie dem

33 S. dazu auch von Franqué 2014: 295; Grimm 2014: 103; Wagener 2015: 571; Uhlmann 2009: 34.

Rationalismus oder Konstruktivismus, zuweisen, was eine inkonsistente Theoriebasis andeutet (vgl. Reiber 2009: 68). „Demokratieförderung ist häufig nicht nachfrage-, sondern angebotsorientiert“ (ebd.: 69), was kontraproduktive Ergebnisse hervorbringen kann (vgl. Knodt / Jünemann 2007: 11). Aus organisatorischer Sicht konstatiert Betz bereits in den 90er Jahren ein Missverhältnis zwischen administrativen Kosten und dem Nutzen für die Zielgruppe, da mindestens 40 Prozent des Budgets für das Gehalt der Angestellten, Bürokosten und Ähnliches aufgewendet werden (vgl. Betz 1996: 220f). Sandschneider beklagt darüber hinaus den Mangel an Koordinierung unter den Förderern sowie zwischen Förderern und Adressaten (vgl. Sandschneider 2003: 41f). Gawrich bringt außerdem Härtefälle und ein neues Selbstbewusstsein bei den heutigen Nicht-Demokratien in die Diskussion ein. Demnach haben gewisse schwierige Fälle ein viel geringeres Demokratiepotezial als die Staaten Ostmitteleuropas nach dem Fall der Mauer. Semi-autoritäre Regime imitieren laut Gawrich auch demokratische Reformen, ohne sich tatsächlich zu ändern, und gehen deshalb geschickter vor als die früheren Nicht-Demokratien (vgl. Gawrich 2014: 32). Dies müssen Förderer berücksichtigen.

Dilemmasituationen und Zielkonflikte bei EDF:

„Westliche Demokratieförderung wird oft vor dem Hintergrund ungeklärter politischer Zielkonflikte betrieben“ (Grävingsholt / Leininger / Schlumberger 2009b). Darunter können laut Grimm und Leininger zwei Typen ausgemacht werden: Intrinsische und extrinsische Zielkonflikte. Erstere entstehen, wenn Elemente der DF aufeinanderprallen, weshalb sie oft bei direkter DF auftreten; extrinsische Zielkonflikte gibt es z. B., wenn DF andere Ziele der Außen- und Entwicklungspolitik stört. Dies passiert häufig bei indirekter DF. Es können auch mehrere Konflikte gemeinsam auftreten (vgl. Grimm / Leininger 2012: 397ff; Karakas 2013: 50). Die häufigsten Ursachen für Zielkonflikte sind Kollisionen von Interessen, Normen und Werten, Diskrepanzen der Anreize, Mangel an *Ownership* sowie ein Mangel an Koordination zwischen internationalen und einheimischen Akteuren oder zwischen internationalen Förderern (vgl. Leininger 2012: 404).

Zu den **intrinsischen Konflikten** der DF gehören Probleme bei der Festlegung der Ziele oder der Auswahl der Strategien. Ein klassischer intrinsischer Konflikt liegt im Institutionenaufbau gegenüber dem *Empowerment* von Akteuren. *Ownership versus* Fördererkontrolle ist ein weiterer intrinsischer Konflikt, der sich darum dreht, wer den Prozess steuert: Akteure im Zielland oder Förderer (vgl. Grimm / Leininger 2012: 398f). Knodt und

Urdze betonen, dass verstärktes *Ownership* die Akzeptanz der DF im Zielland erhöhe (vgl. Knodt / Urdze 2008: 39). Förderer warten außerdem oft nicht die Nachfrage ab, sondern setzen ihre eigenen, im Kontext möglicherweise falschen, Instrumente ein (vgl. Karakas 2013: 321f). Dies kann sogar auf das angestrebte Demokratiemodell zutreffen: „Auch kann ein gefördertes Demokratiemodell an den öffentlichen Debatten und Entwicklungen in einem Empfängerland vorbeiziehen“ (Leininger 2015a: 514).

Je nach Transformationsphase und Situation vor Ort könne es passieren, dass sich der Förderer zwischen Demokratisierung und Stabilisierung entscheiden muss, da DF häufig auch Risiken mit sich bringe (vgl. Leininger / Ziaja 2014: 1)³⁴. Zu diesen Risiken zählen Korruption, zunehmende Ungleichheit bei den Einkommen, der Einsatz von Identitätspolitik durch Eliten, um ethnische oder religiöse Spannungen auszunutzen, Populismus und Patronage-Praktiken zur Sicherung der eigenen Macht (vgl. Wollack / Hubli 2010: 39). Mit Verweis auf Afghanistan wird deutlich, warum viele Forscherinnen und Forscher dem *state building* Vorzug geben, um ein gewisses Maß an Stabilität und Staatlichkeit zu erreichen, die sie als Voraussetzung für jede funktionierende Demokratie sehen (vgl. Grävingholt / Leininger / Schlumberger 2009a: 2). Burnell spricht sich für die Rechtsstaatsförderung, die er als essenziell für jede Demokratie erachtet, aus (vgl. Burnell 2004: 102). Allerdings betont Wolff, dass eine Stabilisierung ohne demokratisierende Elemente nicht mehr vertretbar sei (vgl. Wolff 2004: 39). Leininger und Ziaja plädieren dafür, DF nicht hinter Stabilisierung zu setzen, da es kaum Belege für den Sequenzierungsansatz gebe (vgl. Leininger / Ziaja 2014: 1). Babajew betont, dass EDF in autoritären Staaten nicht auf die Schwächung des Regimes abzielen, sondern die Zivilgesellschaft stärken sollte, da diese die Transition mittragen müsse (vgl. Babajew 2011: 35; Weidenfeld / Huterer 1992: 64). Da all diese Risiken auch in anderen Systemen vorkommen können, sei die Lösung nicht weniger, sondern mehr Demokratie (vgl. Wollack / Hubli 2010: 39).

Ein weiteres intrinsisches Problem betrifft die Widersprüche zwischen den demokratiefördernden Vorgaben und der Praxis vor Ort. Z. B. können die entsandten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern kulturellen Konflikten begegnen – bspw. was das Verständnis von Menschenrechten anbelangt –, die sie tlw. überraschen, oder sie treffen auf Unverständnis für ihre Ziele. Es kann zu sprachlichen und interpretativen Hindernissen kommen. Hinzu kommt, dass die Einsätze von deutschen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in ei-

34 S. dazu auch Grimm / Leininger 2012: 403; Karakas 2013: 38; Grävingholt / Leininger / Schlumberger 2009b; Jünemann / Knodt 2007a: 362; Müller 2008: 42f.

nem Zielland auf einige Jahre und meist auf die Hauptstadt oder große Städte begrenzt sind, weshalb es zu Realitätsverzerrungen kommen kann. Damit einher geht der Kontakt zu gewissen Akteuren, den Förderer pflegen. Häufig handelt es sich dabei um an westlichen Universitäten ausgebildete und sozialisierte Einheimische, die dadurch einen ähnlichen Habitus wie die Förderer aufweisen (vgl. von Heusinger 2015: 1ff).

Bei **extrinsischen Konflikten** stört, wie erwähnt, das Ziel der DF andere Interessen. Häufig gehen Akteure laut Grimm und Leininger von *all good things go together* aus – dass also Demokratie, Frieden, Stabilität, Freiheit, Wohlstand, *Good Governance* und Rechtsstaatlichkeit miteinander einhergehen. Dem ist jedoch den Autorinnen zufolge nicht zwangsläufig so. Diese Diskussion ist nicht neu – es gibt eine lange Konkurrenz zwischen DF und Entwicklungshilfe. Im Jahr 1960 ging Lipset bereits davon aus, dass Demokratie und Wohlstand korrelieren. Neuer ist die Debatte um Frieden und Demokratie. Dass es zu Konflikten zwischen Zielen kommen kann, wurde in der Literatur und der Förderpraxis aufgegriffen. Einigkeit über mögliche Einschränkungen der Effektivität der einzelnen Maßnahmen besteht jedoch nicht und es gibt auch keine großangelegten Studien über die Zusammenhänge (vgl. Grimm / Leininger 2012: 392ff).

Grundlage der Debatte um Dilemmata mit eigenen Zielen der Förderer ist ein Paradoxon aus dem multilateralen Ziel einer demokratischen Welt und eigenen (nationalen) Interessen (vgl. Kühne 1996: 28). In der Literatur herrscht laut Uhlmann darüber Einigkeit, dass die harten wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Interessen Vorzug genießen vor dem vergleichsweise weichen Ziel der DF (vgl. Uhlmann 2009: 30). Karakas bezeichnet das als Interessen-Norm-Konkurrenz der Außenpolitik, aber er betont, dass Interessen nicht auf utilitaristisch-materielle Aspekte verengt werden dürfen (vgl. Karakas 2013: 47f). Der moralische Anspruch der DF wird also mit den ‚kalten und harten‘ Interessen der Förderer konfrontiert (vgl. Wolff 2009: 265). Aber DF „darf den Förderinteressen der Geber auch nicht widersprechen“ (Hillenbrand 2003: 3), da dies unglaublich wäre (vgl. ebd.). Problematisch wird es, wenn DF und andere Interessen kollidieren. Dann müssen Förderer sich entscheiden, wo ihre Präferenzen liegen (vgl. Wolff 2004: 38). Hier ist (bei Nationalstaaten und Organisationen) v. a. der Primat von Sicherheits- oder Wirtschaftsinteressen zu nennen (vgl. Sandschneider 2003: 16), ebenso wie militärische oder energiepolitische Ziele (vgl. Grävingsholt / Leininger / Schlumberger 2009b)³⁵. In einer Studie

35 S. dazu auch Grimm / Leininger 2012: 399; Weidenfeld / Huterer 1992: 59ff; Burnell 2010: 2; Smith 2004: 36; Karakas 2013: 37f; Grävingsholt / Leininger / Schlumberger 2009a: 2; Youngs 2004: 47.

von Schraeder wird deutlich, dass die USA Stabilität und Sicherheit, die Bundesrepublik und Japan wirtschaftliche Interessen der DF vorziehen³⁶. Die skandinavischen Länder messen humanitären Interessen mehr Gewicht zu (vgl. Uhlmann 2009: 31). Ein Grund dafür dürfte in der Kurz- und Langfristigkeit verschiedener Ziele liegen. Das langfristige Ziel der Demokratisierung muss hinter Zielen, die kurzfristig wichtiger erscheinen, zurücktreten, was Sandschneider auch auf die Legitimierung in der Bevölkerung der Förderer zurückführt, da hier Erfolge bei den mit Steuermitteln finanzierten Maßnahmen erwartet werden (vgl. Sandschneider 2003: 24f). DF ist somit ein Ziel unter vielen, und zwar „nicht notwendigerweise [das] [W]ichtigste“ (Hanisch 1996b: 29). Im Umgang mit Zielkonflikten fordern Grävingsholt, Leininger und Schlumberger deshalb einen konsistenten Auftritt der Förderer in den Nehmerländern und dass Förderer eine Vorbildfunktion einnehmen. „Effektive Demokratieförderung bedarf daher auch der Konfliktbereitschaft: gegenüber autokratischen Staatseliten, gegenüber Interessen im Geberland und gegenüber Gebern, mit anderen Prioritäten“ (Grävingsholt / Leininger / Schlumberger 2009b).

Konflikte mit anderen Akteuren:

In einem Zielland ist ein Förderer häufig nicht der einzige externe Akteur (vgl. Richter 2009: 76). DF konkurriert in manchen Ländern mit den Zielen anderer Akteure, bzw. internationale und nationale Akteure können konfliktieren, wie Förderer mit dem bestehenden politischen Regime (Grimm / Leininger 2012: 392, 401ff). Ägypten wird bspw. so stark von den USA unterstützt, „dass EU-Sanktionen es nicht treffen konnten“ (Knodt / Urdze 2008: 36). Da aus Sicht der Bundesrepublik häufig mehrere Ministerien in der DF in einem Zielland tätig sind, können sich auch hier Interessensüberschneidungen ergeben (vgl. Sandschneider 2003: 25). Obwohl die Akteursvielfalt in der DF i. d. R. positiv gesehen wird, wird dies doch problematisch, wo Nehmer die verschiedenen Förderer gegeneinander ausspielen und so Konditionen vermeiden können bzw. wo die Empfänger gegensätzliche Auflagen erfüllen müssen. Dies ist kontraproduktiv und führt zu Effektivitätsverlusten (vgl. Hillebrand 2003: 4).

36 Dazu gehören bspw. militärische Ziele und energiepolitische Interessen, wie die Sicherung von Rohstoffimporten aus autoritären Regimen (vgl. Grävingsholt / Leininger / Schlumberger 2009a: 2). Für Deutschland arbeitet Uhlmann heraus, dass die wirtschaftlichen Interessen die DF in Zielkonflikten zurückdrängen. Bei Dilemmasituationen zwischen Sicherheit und DF war in ihrer Untersuchung keine Handlungspräferenz erkennbar (vgl. Uhlmann 2009: 51ff, 223ff).

Doppelstandards und Glaubwürdigkeitsprobleme:

Zielkonflikte – insb. extrinsische Dilemmata –, die sich als Doppelstandards äußern, untergraben die Glaubwürdigkeit und damit die Legitimität eines Förderers, was durch oberlehrerhafte Besserwisserei häufig noch verschlimmert wird (vgl. Faust 2013: 2; Stewart 2014: 277f; Hanisch 1996b: 31f;). Doppelstandards zeigen sich auf zweierlei Weise: einerseits bei inkonsistentem Verhalten des Förderers gegenüber einem Nehmer (vgl. Reiber 2009: 388; Kneuer 2006: 379). Bei Konditionalitätspolitik kann die Belohnung oder Bestrafung verzögert oder ausgesetzt werden, was für künftige Konditionen zu einem Glaubwürdigkeitsproblem und bei ausfallenden Belohnungen auch zu Enttäuschungen führt. Andererseits kann mit unterschiedlichen Ländern auf verschiedene Arten umgegangen werden, was insgesamt kontraproduktiv wirkt (vgl. Richter 2014: 156; Kneuer 2006: 379). Huntington nennt hier die ‚aber nicht‘-Argumente: „die Nichtweitergabe von Kernwaffen wird für den Iran und den Irak gepredigt, aber nicht für Israel; [...] die Frage nach den Menschenrechten wird China gestellt, aber nicht Saudi-Arabien“ (Huntington 2002: 293). Diese Doppelstandards äußern sich also bspw. beim Mangel an Durchsetzung in Ländern, die für den Förderer in wirtschaftlicher oder sicherheitspolitischer Hinsicht wichtig sind – im Vergleich zu ‚vernachlässigbaren‘ Staaten. Das BMZ setzt nur selten die Entwicklungshilfe wegen schlechter Bedingungen vor Ort aus. Aber wenn es das tut, dann bei kleinen Staaten, deren Markt vernachlässigbar ist (vgl. Uhlmann 2009: 61f; Betz 1996: 208). Je wichtiger ein Staat für einen Nationalstaat oder eine Organisation, ist, desto seltener werden negative Instrumente eingesetzt bzw. durchgesetzt (vgl. Knodt / Urdze 2008: 29). D. h., solche Zielkonflikte können zu einander widersprechenden Verhaltensweisen des Förderers mit unterschiedlichen Zielländern führen, was bei der Bevölkerung in Empfängerländern Zweifel an der Motivation der Förderer aufkommen lässt und an dem, was sie ‚verkaufen‘, nämlich Demokratie (vgl. Grävingholt / Leininger / Schlumberger 2009a: 2)³⁷. Und „Demokratieförderung ohne Glaubwürdigkeit hat kaum Aussichten auf Erfolg“ (Grävingholt / Leininger / Schlumberger 2009b).

Backlash against democracy (promotion):

Im Jahr 2006 hat Carothers einen *backlash against democracy (promotion)* konstatiert, der sich in wachsender Feindseligkeit und zunehmendem Widerstand gegenüber DF aus

³⁷ S. dazu auch Faust 2013: 2; Reiber 2009: 388; Grävingholt / Leininger / Schlumberger 2009b.

dem Westen – im Speziellen aus den USA – äußere, da diese als illegitime politische Einmischung gesehen wurde bzw. wird (vgl. Carothers 2006: 55). Ein wichtiger Grund für diese Entwicklung wird in den Folgen von 9/11, also im sog. Kampf gegen den Terror, gesehen (vgl. Burnell 2010: 2, 11; Whitehead 2010: 33). Dies hat dazu geführt, dass die Legitimität von Förderern in Frage gestellt wird (vgl. Carothers 2010b: 59f, 67). Nachdem EDF mit dem Engagement für Menschenrechte verglichen wurde, konterten Menschenrechtsaktivistinnen und -aktivisten, dass ihre Werte universelle Anerkennung finden, wohingegen Demokratie lediglich eine von mehreren politischen Ideologien sei (vgl. ebd.: 68). Der *backlash* gegenüber der DF zeigt sich darin, dass NGOs zunehmend schikaniert werden, was ihre Registrierung, Finanzen oder das Nutzen von Räumlichkeiten anbelange (vgl. Gawrich 2014: 64), was für die DF bedeutet, dass neue Strategien und Instrumente erarbeitet und eingesetzt werden müssen – v. a. im Umgang mit Systemen, für die Demokratie kein *per se* wünschenswertes Ziel ist (vgl. Erdmann / Kneuer 2014b: 337).

Dem *backlash* nicht zuträglich sind einige bereits aufgeführte Aspekte der DF wie Doppelstandards. Auch die Vorstellung, das eigene politische System in andere Länder zu exportieren, ist nicht förderlich. Dies lässt kulturelle, historische, soziale und politische Besonderheiten des eigenen und des Ziellandes außen vor. Damit einhergehend, aber viel grundlegender sind Probleme mit dem Demokratiebegriff und mit dem Förder-Begriff. Wie bereits umrissen, wird das eigene Demokratieverständnis offenbar einfach weitervermittelt – oder schlimmer noch: gar nicht hinterfragt. ‚Förderung‘ hat – wie ‚Geber‘ und ‚Nehmer‘ – schon allein vom Begriff her stets die Anhaftung von einem ‚Höher‘- oder ‚Weiterentwickelten‘, der seine Weisheiten den ‚Weniger Entwickelten‘ weitergibt. Zwar betonen zahlreiche Förderer, dass sie mit ihren Partnern auf Augenhöhe zusammenarbeiten. Dies wird im Analyse-Kapitel auch bei den Stiftungen immer wieder auftauchen. Doch das ändert nichts am Förderbegriff und anderen, die zum *backlash against democracy promotion* beitragen.

Besondere Probleme in der DF der Stiftungen:

Dass NGOs einen demokratieförderlichen Effekt haben, wird laut Windfuhr nicht angezweifelt (vgl. Windfuhr 1999: 540f). Betz beklagt allerdings, dass nicht viel über die Effektivität und die Nachhaltigkeit der DF der parteinahen Stiftung bekannt sei, da ihre „besondere Kompetenz [...] lange Zeit nahezu ungeprüft abgenommen“ (Betz 1996: 221) wurde. Betz sieht darin eine absichtliche Abschirmungstaktik der Stiftungen und kritisiert

deren mangelhafte Transparenz, obwohl er zugesteht, dass eine Evaluierung bei Transitionen sehr schwierig ist (vgl. ebd.: 221f). Aber: „Nach Eigendarstellungen und in Begutachtungen durch selbst beauftragte Experten unterlaufen den Stiftungen offenbar kaum Fehler bei der Demokratisierungshilfe“ (ebd.: 223). Es werden kleinere Verbesserungsvorschläge unterbreitet, aber die grundsätzliche Bilanz sei stets positiv (vgl. ebd.).

„Zwischen den Zeilen kommen dann aber oft erstaunliche Dinge zutage: Studienfahrten zum Kennenlernen der Demokratie in die Philippinen und Südkorea (als diese noch autoritär regiert wurden), an denen auch das Hilfspersonal (z.B. Chauffeure) teilnehmen durften, Publikationen und Filmproduktionen mit kaum erkennbarer Nachfrage, Personalrotation und Kompetenzstreitigkeiten“ (ebd.).

Von Heusinger kritisiert – nicht nur auf Stiftungen bezogen –, dass es bei entwicklungspolitischen Organisationen oft an einer offenen Kommunikationskultur mangle, die das eigene Tun hinterfragt und praktische Probleme sowie kulturelle Konflikte thematisiert (vgl. von Heusinger 2015: 6).

Herausforderungen und Empfehlungen:

Herausforderungen gibt es an jeder Stufe der DF: von der ersten Planung bis hin zur Umsetzung. Wenige Wirkungsanalysen, mangelhafte Transparenz, ein zu kurzfristiges Denken bzw. das Fehlen eines Gesamtkonzeptes und zu wenig Koordination unter verschiedenen Förderern sind in der Literatur bereits seit Langem bestehende und seither häufig wiederholte Kritikpunkte, die die Förderer angehen müssten (vgl. Sandschneider 2003: 38, 46ff; Schmitter / Bouwer 1999). Wollack und Hubli empfehlen, die Ziele der DF darauf zu legen, dass starke Gesellschaften entstehen und nicht nur starke Institutionen (vgl. Wollack / Hubli 2010: 41; Leininger / Ziaja 2014: 1). Häufige Fehler in der DF sind laut Leininger, dass die endogenen Faktoren vor Ort für den Erfolg der DF unterschätzt werden und dass Instrumente eingesetzt oder angeboten werden, die überhaupt nicht der Nachfrage entsprechen (vgl. Leininger 2015a: 514). De Zeeuw konstatiert für die Praxis der DF, dass es an prozessorientierten Strategien mangle. Auf der Mikroebene werde mit hohem *Input* geringe Wirkung erzielt; auf der Mesoebene kreieren Projekte keine Institutionen und auf der Makroebene werde politische Stabilität demokratischem Wandel vorgezogen (vgl. de Zeeuw 2004: 122). Burnell fügt dem einen Mangel an institutionellem Lernen und das Vernachlässigen größerer Trends – wie Entwicklungen in der internationalen Politik, Wirtschaft und in Gesellschaften – hinzu (vgl. Burnell 2011: 136, 306f). Für ihn gibt es außerdem sieben neue Herausforderungen für die DF: „ideological

competition; declining morale; the strength of the opposition; ambivalent interest from the West; the changing international context; the limits to international democracy promotion; and evaluating democracy assistance“ (Burnell 2010: 8f). Diese hängen – nach dem ‚Ende der Geschichte‘ und dem vermeintlichen Siegeszug der Demokratie nach dem Kalten Krieg – mit dem zunehmenden Zuspruch bestimmter islamischer Denkschulen zusammen, die ideologische Alternativen zur Demokratie unterbreiten (vgl. ebd.: 9).

Die Krux ist, langfristig das gesamte System und kurzfristig Teilelemente gleichzeitig zu stärken. Neben einer Situationsanalyse – in welchem Stadium der Transition befindet sich das Land? – müssen für die Strategieerstellung die Partnerwahl, der geeignete Einsatzzeitpunkt für die jeweiligen Instrumente und die Abfolge der Maßnahmen bedacht werden – ebenso wie die eigene internationale Situation und diejenige des Ziellandes (vgl. Grävingholt / Leininger / Schlumberger 2009a: 2ff) sowie unbeabsichtigte Nebeneffekte, die prognostiziert werden müssen (vgl. Uhlmann 2009: 248). Deshalb muss in mehr Wissen über DF und Demokratisierungen investiert werden. Zielkonflikte müssen beachtet werden: Wo DF das wichtigste Ziel ist, müssen andere untergeordnet werden. Konsistenz in der DF und ein beispielhaftes Vorleben der Förderer sind notwendig für die Glaubwürdigkeit. Ein Kopieren bereits bestehender Demokratiemodelle wird in der Forschung abgelehnt. Empfohlen wird hingegen, kontextgebundene und -sensible Systeme zu entwickeln, die die örtlichen Akteurskonstellation und informellen Regeln berücksichtigen. Dafür ist eine gewisse Flexibilität in der Handhabung der verschiedenen Strategien notwendig. Strategien sollen konsistent sein und bei der Partnerwahl sollen je nach Länderkontext *change agents* gesucht werden, die zum demokratischen Prozess beitragen können. Die Ziele der Förderer müssen in eine sinnvolle, kontextsensible Sequenz gebracht und nach dieser Priorisierung umgesetzt werden, ohne zu starr an dieser Sequenz zu hängen. Synergien können durch Koordination nach innen und außen genutzt und kontraproduktive Effekte verringert werden. Die Wirkungsmessung sollte sich auf das gesamte Engagement beziehen und nicht auf die *Outputs* einzelner Projekte (vgl. Grävingholt / Leininger / Schlumberger 2009b; Grävingholt / Leininger / Schlumberger 2009a: 2f).

Karakas gibt folgende Empfehlungen: Förderer müssen ihre Prioritäten für sich klären und dann nach außen kommunizieren. Bei Wahlen mit islamischen Parteien sollten Förderer die Ergebnisse respektieren und diese nicht nach dem Muster abtun, dass nur säkulare und westliche Parteien ‚gut‘ sind. Das eigene Staats-, Demokratie- und Demokratisierungsverständnis – das um das eigene DF-Verständnis erweitert werden sollte – und

die Vorstellungen der Partner dazu sollten kritisch hinterfragt werden. Förderer sollten mit Rückschlägen und Umwegen rechnen. Doppelstandards gilt es zu vermeiden, und die nationalen Interessen der Zielländer sollten respektiert werden (vgl. Karakas 2013: 321ff). Da Demokratisierungen *per definitionem* Veränderungen in der bestehenden politischen Struktur anstreben, können sie zu (gewaltsamen) Konflikten führen, insb. wenn DF in autoritären Regimen betrieben wird. Demokratie ist – in Anlehnung an Aristoteles – mehr als die Summe ihrer Teilchen. Akteure, Institutionen und Prozesse sind voneinander abhängig und wirken aufeinander. Das sollten Förderer bedenken (vgl. Grävingholt / Leininger / Schlumberger 2009b). Dafür empfehlen Grävingholt, Leininger und Schlumberger eine genaue Kenntnis des Ziellandes, inkl. der Funktion und Charakteristika der politischen Ordnung, der Akteure, deren Beziehungen zueinander, konsistente Strategien, in die Elemente aufeinander abgestimmt sind und glaubwürdige Strategien. Das gelingt nur, wenn ähnliche Fälle international auch ähnlich behandelt werden und wenn DF nicht als Strategie zur Durchsetzung eigener Interessen erscheint (vgl. ebd.).

Die Effektivität von DF wird bei Konflikten davon geprägt, wie die Beteiligten mit ihnen umgehen. Wenn auf einen Konflikt nicht reagiert wird, kann dies laut Grimm und Leininger bestenfalls dazu führen, dass dieser irgendwann verschwindet. Das Ignorieren eines Konflikts erscheint jedoch nicht als vielversprechende Strategie. Beim Priorisieren einzelner Ziele können weniger relevante unter den Tisch fallen. Auch das Sequenzieren priorisiert Ziele und bringt sie in eine Reihenfolge. Nach und nach werden die Schritte abgearbeitet. So kann Rechtsstaatlichkeit angegangen werden, bevor es zu Wahlen kommt. Der Kompromiss ist die vierte Möglichkeit, mit Konflikten umzugehen und diejenige, die am meisten Erfolg verspricht. Die Akteure balancieren Ziele aus und kombinieren sie in ihrer Strategie (vgl. Grimm / Leininger 2012: 404ff).

Erklärungsansätze zu Varianzen in EDF nach den wichtigsten IB-Schulen:

Die gewählten Strategien und Instrumente zur EDF unterscheiden sich von Förderer zu Förderer, und auch die Erklärungen unterschiedlicher DF durch die großen Denkschulen der Internationalen Beziehungen variieren erheblich. Aus Sicht des **Realismus** wird EDF mit einer konstanten Präferenzordnung begründet, in der Sicherheitsinteressen, Wohlstand und Ähnliches klassifiziert werden. Dabei ist DF ein Ziel, das die eigene Sicherheit oder Macht maximiert (vgl. Uhlmann 2009: 40). Der **Ökonomische Liberalismus** sieht in EDF ein für wirtschaftliche Interessen zuträgliches Instrument. Beiden Theorien ge-

mein ist, dass sie von Kosten-Nutzen-Kalkülen der Fördererseite in wirtschaftlicher oder sicherheitspolitischer Hinsicht ausgehen. Aus Sicht des **Republikanischen Liberalismus** wird DF zu einer gesellschaftlichen Präferenz, wenn sich dies durch die Interaktion verschiedener Akteure mit ihren jeweiligen Interessen und Werten entwickelt (vgl. ebd.: 39f). Reflexive Ansätze, wie der **Akteurszentrierte Konstruktivismus** oder der **Normorientierte Neo-Institutionalismus**, sehen die Fördererpolitik von Ideen und Werten beeinflusst, die sich über Zeiträume hinweg verändern können. Ersterer fokussiert die Einbindung der Präferenzen in die jeweilige (außen-)politische Kultur, weshalb westliche Förderer Zielkonflikte aus einem soziokulturellen Kontext heraus verstehen, der ihr Handeln bestimmt und der auch unterschiedliches Fördererverhalten erklären soll. Letzterer konzentriert sich auf die Einbindung in die internationale Gesellschaft. Der **Sozialkonstruktivismus** geht in ähnlicher Weise davon aus, dass kulturelle Normen das Selbstverständnis prägen und damit die Ordnung der nationalen Präferenzen und dazugehöriger außenpolitischer Strategien. Bei sich verändernden Werten oder Präferenzen wandelt sich auch das DF-Verhalten (vgl. ebd.: 40ff).

Resümierend empfiehlt die Forschung den Förderern, zu klären, was für sie die Kriterien eines demokratischen Systems sind, um einen Referenzrahmen für die eigene Arbeit zu haben. Diese Kriterien müssen den jeweiligen Partnern vermittelt und mit ihnen diskutiert werden. Förderer sollten jedoch nicht zu starr an ihren eigenen Vorstellungen hängen. Dies wird jedoch in der Forschung immer wieder beobachtet und bemängelt. Außerdem sollen Förderer intrinsische und extrinsische Konflikte (er)kennen und ihnen entgegenwirken. Insb. sind hier Doppelstandards zu nennen, die die wichtigste Währung der Förderer – ihre Glaubwürdigkeit – untergraben.

3.5 Problemfelder der Demokratisierungsforschung

Von den praktischen Problemen der DF, die Merkel und Sandschneider thematisieren, gibt es auch in der Demokratisierungsforschung Herausforderungen. Haggard und Kaufmann beschreiben, welchen Weg die Demokratisierungsforschung seit der dritten Demokratisierungswelle beschritten hat: Die Einschätzungen zum Ende der 1970er und Beginn der 80er waren gekennzeichnet von Zufällen und Unsicherheit. Darauf folgte ein Moment des liberalen Triumphalismus, als die Ausbreitung der Demokratie voranzuschreiten und sich zu festigen schien sowie der teleologische Schluss, dass Demokratisierung ein unausweichlicher Trend sei. Die Forschung konzentrierte sich darauf zu erklären, wie es zu

Transitionen kommt. Zu Beginn der 90er ging es v. a. um den Vergleich von Strukturen und Leistungsfähigkeit neuer Demokratien. Damit einher ging eine eher zurückhaltende, tlw. sogar pessimistische Einschätzung (vgl. Haggard / Kaufman 1995: 365; Rüland 1996: 277). Dennoch hat die Forschung in den 1990ern mit den zahlreichen Transitionen einen Aufschwung erfahren. Und trotzdem „sind viele ihrer zentralen Fragen noch heute nur unvollständig beantwortet“ (Grävingholt / Leininger / Schlumberger 2009a: 1). Z. B. mangelt es bis heute an einer allgemeinen Theorie der DF (vgl. Merkel 2010: 437). Es stehen bis heute Erklärungsansätze, die das Verhalten kollektiver Akteure beschreiben, strukturalistischen Modellen gegenüber, die sich auf sozioökonomische Bedingungen stützen (vgl. Grävingholt / Leininger / Schlumberger 2009b). Mit dieser Schwarz-Weiß-Sicht auf die Welt limitieren sich Forscherinnen und Forscher jedoch selbst. Denn: „Keine der beiden Denkschulen vermag Demokratisierungsprozesse vollständig zu erklären“ (ebd.). Eine andere Dichotomie, zwischen Demokratie und Nicht-Demokratie, ist inzwischen überholt. V. a. durch die Ausbreitung demokratischer Staatsformen im Zuge der dritten Demokratisierungswelle, die zunehmend in nicht-westliche Länder vorstieß, haben sich zahlreiche Mischformen entwickelt. Daher arbeitet die Forschung mittlerweile verstärkt mit einem Kontinuum (vgl. Burnell 2004: 101; Pickel / Pickel 2006c: 268). Diese Ausbreitung in nicht-westliche Länder hat außerdem dazu geführt, dass kulturspezifische Adaptionen der Demokratie diskutiert werden. Seither ist eine zentrale Frage der Demokratieforschung, ob der Kern der Demokratie universell oder kulturspezifisch ist. Der Kulturrelativismus hat v. a. in Asien zahlreiche Anhänger (vgl. Lauth / Pickel / Welzel 2000: 8ff). Ausgangspunkt dieser Frage ist das Fehlen einer anerkannten Demokratiedefinition. Die politikwissenschaftliche Theorie diskutiert dies zwar sehr ausführlich, aber in der Praxis spielt diese Debatte kaum eine Rolle (vgl. Sandschneider 2003: 6f).

Ein Grundproblem der Demokratisierungsforschung liegt darin, dass diese Prozesse in jedem Land unterschiedlich vonstattengehen (vgl. ebd.). Demokratisierung ist ein überaus individuelles Erlebnis. Dies äußert sich in der Forschung, die laut Freise „keine belastbaren Hypothesen zur Beschreibung und Prognostizierung externer Demokratieförderung im Transformationsverlauf produzieren“ (Freise 2004: 28) kann, da zu viele Faktoren auf Transitionen wirken, die nicht alle identifiziert oder einbezogen werden können (vgl. ebd.). Merkel gesteht zu, dass es wahrscheinlich auch keine allgemeine Theorie zur DF geben kann, da nicht alle Variablen berücksichtigt werden können, ohne gleichzeitig den generellen Charakter einer Theorie zu verlieren, weshalb er für mittlere Reichweiten plädiert (vgl. Merkel 2010: 437f). Standardisierte *Outcomes* zu erwarten, ohne den Kon-

text oder die Ressourcen zu berücksichtigen, ist für Whitehead historisch und kulturell unsensibel (vgl. Whitehead 2002: 13). Burnell kritisiert des Weiteren, dass es an Beiträgen fehle, die sich damit befassen, wie die Realität verändert werden könnte, statt nur den Ist-Zustand zu beschreiben (vgl. Burnell 2011: 303). Gleichzeitig betont Sartori, dass das, was Demokratie ist, nicht von dem, was Demokratie sein sollte, getrennt werden kann (vgl. Sartori in Whitehead 2002: 20). Was Demokratisierungsprozesse auslöst und wie sie ablaufen, ist also bislang nicht thememäßig erfasst. Welche Maßnahmen welches *Outcome* erzeugen, ist auch nicht geklärt. Einigkeit besteht lediglich darüber, dass der Zeitpunkt und die Konstellation der Akteure und Institutionen eine Rolle in der Transition spielen (vgl. Grävingholt / Leininger / Schlumberger 2009b). Leininger plädiert dafür, die Fokussierung auf *Outcomes* und die Vernachlässigung der Prozessdimension zu überdenken. Ein erster Schritt in diese Richtung sei die Integration von *top-down*- und *bottom-up*-Perspektiven (vgl. Leininger 2015a: 516). Außerdem wurden bislang die Maßnahmen von nicht-staatlichen Akteuren, wie den Stiftungen, zu wenig betrachtet (vgl. ebd.: 514). Bos argumentiert ähnlich und appelliert an Forschende, den Eliten-Fokus zu überwinden, da insb. in neueren Demokratisierungsprozessen außerhalb Europas und Nordamerikas kollektive Akteure von enormer Wichtigkeit seien (vgl. Bos 1996: 105).

Ziel der Demokratisierungsforschung ist in konzeptueller Hinsicht, signifikante Zielkonflikte zu systematisieren und diese in empirischer Hinsicht zu analysieren, um deren Ursprünge und Konsequenzen für die Effektivität der DF herauszuarbeiten (vgl. Grimm / Leininger 2012: 391). Da zwischen Demokratie- und Demokratietheorietypen (vgl. Buchstein 2012: 303; Meyer 2009: 12) und vielen weiteren Kategorien unterschieden wird, zu denen ständig neue Einteilungen kommen, entsteht mehr Verwirrung als Vereinfachung (vgl. Burnell 2010: 6). Dies schlägt sich auch in der Praxis nieder. Einige Förderer konzentrieren sich lediglich auf Teilelemente wie Wahlen und erwarten dadurch einen Wandel des gesamten politischen Systems bzw. ziehen Rückschlüsse vom Wandel des Teils auf den des Gesamtsystems (vgl. Leininger 2015a: 511f; Burnell 2010: 15). V. a. in den vergangenen beiden Jahrzehnten ist die Frage nach der Wirkung einzelner Maßnahmen und der gesamten DF in der Diskussion um die Messbarkeit der demokratischen Qualität eines politischen Systems aufgekommen (vgl. Abromeit 2004: 73f).

Demokratiemessung und Effektivität von DF:

Burnell antwortet auf die Frage, ob EDF funktioniere: Ja, nein und es kommt darauf an. Sicher sei, dass wir nicht wirklich wissen, wie gut sie funktioniert, was auch damit zusammenhänge, dass Ergebnisse nur langsam und langfristig ersichtlich werden (vgl. Burnell 2011: 124, 132ff). Die *Outcomes* lassen sich nur schwer quantifizieren, weshalb lediglich eingegrenzte Bereiche bewertet werden können (vgl. Garcia 2011: 1). Wie gerade umrissen, ist seit den 2000er Jahren die Frage nach der Demokratiemessung und der Effektivität von DF eine wichtige Debatte der Politikwissenschaft. Die Kernfragen dabei sind: Wie werden Demokratie und DF gemessen? Wann ist der passende Zeitpunkt, um Maßnahmen zu bewerten? Einige sind langfristig angelegt und können nicht kurzfristig untersucht werden (vgl. Burnell 2011: 133f; Richter 2009: 47; Reiber 2014: 217). Hüller und Deters nennen als große Probleme die Konzeptbestimmung und -anwendung. Ersteres befasst sich mit dem Inhalt des jeweiligen Demokratiebegriffes und Letzteres betrifft die Messung des erstellten Rahmens (vgl. Hüller / Deters 2011: 201). Bei jeder Messung von Demokratie oder DF besteht das grundsätzliche Problem, dass eine Messung empirisch ist, diese aber auf normativen Demokratiekonzeptionen basiert, bei denen beinahe jedes Charakteristikum umstritten ist. Dadurch entstehen insb. an der normativ-empirischen Schnittstelle methodische Schwächen (vgl. ebd.: 203, 227).

Die Messung von Demokratie oder DF wird Lauth zufolge häufig durch „unpräzise Indikatoren, nicht trennscharfe Kategorien in der Skalierung und eine unklare Quellenlage“ (Lauth 2004: 350) gefährdet, was die Validität einschränkt. Weitere Schwierigkeiten sind zu viele Variablen, zu wenige Fälle, unklare abhängige Variablen, induktive Generalisierungen anhand elastischer Kategorien, subjektive Narrative, die sich als Theorien gerieren, eingeschmuggelte normative Annahmen und die interdependente Multiplizität der Akteure. Durch die hohe Komplexität des Feldes kommt es darüber hinaus zu unbeabsichtigten Neben- oder Gegeneffekten (vgl. Sandschneider 2003: 44; Richter 2009: 47f). Allgemeiner gesprochen ist es eine große Herausforderung, einen Effekt zu messen, der unter einem Schlagwort subsumiert wird, der aber auf differente Maßnahmen zurückgeht. Ob DF auf ein ganzes System wirkt, ist deshalb nicht nachgewiesen. EDF kann nicht von anderen Einflüssen isoliert werden, was die Zuschreibung einzelner Effekte erschwert. Dies ist das sog. *Attributionsproblem* oder die *attribution gap*. Dabei steht die Frage im Vordergrund, welche mikropolitischen, einzelnen Maßnahmen kausal auf welche makro-

politischen Ergebnisse wirken (vgl. Leininger 2015a: 513f)³⁸. Laut Grävingsholt, Leininger und Schlumberger sollte eine Wirkungsmessung eine gesamtsystemische Analyse vornehmen, die sich an zwei Punkten orientiert: Zum einen sollten alle Politiken daraufhin untersucht werden, ob sie eine Gesamtstrategie bilden und Anreize zur Demokratisierung setzen. Zum anderen seien regelmäßige Analysen des Systems notwendig, um sich verschiebende machtpolitische Kräfteverhältnisse und Funktionsmechanismen festzuhalten. Darüber hinaus bedarf eine effektive DF einer konkreten Vorstellung beim Förderer davon, mit welchen Maßnahmen welche Wirkungen erzielt werden sollen (vgl. Grävingsholt / Leininger / Schlumberger 2009b). EDF „kann durchaus Wirkung entfalten“ (Merkel 2010: 467). Allerdings ist die Krux jeder DF-Wirkungsanalyse, herauszufinden, wo die Kausalität zwischen Förderung und Wirkung liegt. Die Evaluation braucht große Teile der Mittel auf – und das, obwohl methodische Schwierigkeiten noch nicht gelöst und womöglich nicht lösbar sind (vgl. ebd.: 468ff). Dazu kommen organisatorische Bedenken. Wie Hanisch erläutert, wählen die Stiftungen ihre Gutachterinnen und Gutachter selbst aus. Für diese ist es wünschenswert, nach dem ersten auch weitere Aufträge zu erhalten, weshalb sie den Stiftungen neben kleineren Verbesserungsvorschlägen eine nützliche und qualitativ hochwertige Arbeit bescheinigen (vgl. Hanisch 1996b: 63).

Außerdem unterliegen Förderer politischen und finanziellen Zwängen, wodurch häufig zügige Erfolge erwartet werden. Dies führt zu optimistischen Ergebnisberichten und Evaluationen und zum Abschirmen nach außen (vgl. Leininger 2015a: 513f)³⁹, was Felske v. a. auf die parteinahen Stiftungen bezieht. Wo es Evaluierung und *Monitoring* gibt, konzentrieren sich diese auf Effizienz, Qualität und Wirkung einer bestimmten Maßnahme, aber nicht auf die Effektivität der eigenen DF als solche. Hier spielt das subjektive Eigeninteresse der Demokratieförderer eine zentrale Rolle, die durch ihre Evaluierungen die eigene Arbeit zu legitimieren und neue Mittel zu gewinnen suchen (vgl. Felske 2011: 22), weshalb Sandschneider vermutet, dass Projekte bereits so geplant werden, dass positive Ergebnisse entstehen (vgl. Sandschneider 2003: 43). Dies zeigen diese Kriterien:

- „Die Erreichung der ex ante festgelegten Beratungsergebnisse
- Die Zufriedenheit des Beratungsempfängers
- Den relativen Beratungsnutzen im Verhältnis zum Beratungsaufwand

38 S. dazu auch Grävingsholt / Leininger / Schlumberger 2009a: 4; Grävingsholt / Leininger / Schlumberger 2009b; Sandschneider 2003: 42; Garcia 2011: 2.

39 S. dazu auch Richter 2009: 47f; Sandschneider 2003: 43; Hanisch 1996b: 62.

- Die Nachhaltigkeit des jeweiligen Projekts (d.h. seine Fortführung nach Wegfall externer Beteiligung)
- Multiplikationseffekte, d.h. die Fähigkeit von Zieleuten, ihre durch externe Hilfe erworbenen Fähigkeiten intern weiterzugeben
- Transfererfahrungen für ähnliche gelagerte Beratungsfälle“ (ebd.).

Unter den Förderern herrscht mangelnde Koordinierung, wie dies auch in der EZ der Fall ist. Bei Demokratisierungsprozessen kommt außerdem hinzu, dass makropolitische Umwälzungen Widerstände und Konflikte erzeugen (vgl. Grävingholt / Leininger / Schlumberger 2009a: 1). Grundlage für zahlreiche dieser Schwierigkeiten ist, dass ein einheitlicher Bewertungsmaßstab fehlt, da es an einer Demokratiedefinition mangelt, über die sich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und Förderer einig sind (vgl. Richter 2009: 47f). Deshalb gibt es auch kein Modell zu den Wirkungszusammenhängen von DF. Felske führt dies insb. auf das Zusammenwirken von exo- und endogenen Einflüssen zurück, was die Identifikation von Kausalitäten beinahe unmöglich macht. Ein wichtiger Baustein hierbei ist das Mikro-Makro-Puzzle, also der Einfluss von Maßnahmen auf das Zusammenwirken der verschiedenen Ebenen in einem politischen System (vgl. Felske 2011: 22; Merkel 2010: 470). Nur weil einige Zielländer demokratischer geworden sind und gleichzeitig eine Förderung erhalten haben, heißt das schließlich noch nicht, dass die EDF die Demokratisierung verursacht hat (vgl. Knack 2004: 252). Wirkungen, die beobachtet werden können, zeigen sich v. a. in struktureller oder formaler Hinsicht, bspw. bei Gesetzesänderungen, bei Verhaltensveränderungen von Akteuren oder im Wandel öffentlicher Debatten, also in der Kommunikationskultur (vgl. Richter 2009: 77). Effektivität ist laut Richter aber eine Bewertung, wodurch sie über eine reine Wirkung hinausgeht. Wirkung ist demnach etwas wertneutrales, wohingegen Effektivität mit Erfolg assoziiert wird, weshalb sie Problemlösung und Zielerreichung in ihrem Verständnis von Effektivität kombiniert (vgl. ebd.: 50). Ein Förderer, der seine Ziele erreicht und Probleme löst, ist ihr zufolge ein Partner (effektivste Form). Ein Förderer, der seine Ziele erreicht, aber keine Probleme löst, ist ein Besserwisser und *vice versa* ist ein Mahner (beide subeffektiv). Ein Förderer, der weder seine Ziele erreicht noch Probleme löst, ist ein Versager (ineffektiv) (vgl. ebd.: 53). Die begrenzten Möglichkeiten der EDF steigen laut Hillenbrand mit dem Einvernehmen zwischen den betroffenen Gruppen und den Förderern (vgl. Hillenbrand 2003: 2). Die Akzeptanz innerhalb der Bevölkerung ist zentral für jede DF (vgl. Sand-schneider 2003: 21), was insb. seit dem US-Einsatz in Afghanistan deutlich geworden ist. Demokratie muss zu einem gewissen Maß *homegrown* sein (vgl. Gawrich 2014: 14).

Wie deutlich wurde, ist ein zentrales Problem der Demokratisierungsforschung, dass es zu viele Unbekannte und zu viele Variablen gibt. Dies lässt sich über beinahe alle angesprochenen Felder der Forschung sagen und dies ist ein wichtiger Grund, warum es keine allgemeinen Theorien der DF gibt.

3.6 Normative Grundlagen der externen Demokratieförderung – Ist externe Demokratieförderung demokratisch?

Nachdem im vorangegangenen Abschnitt sowie im ersten Kapitel zum Forschungsstand die Forschungsprobleme abgehandelt wurden, widmet sich dieser Abschnitt nun den Praktikern. In Bezug auf diese wurde bereits deutlich, dass mit jeder DF implizite Annahmen getroffen werden (vgl. Bade *et al.* 2013: 20) – wie zu Staatlichkeit, dem Demokratieverständnis und der Vorstellung von DF – und eine gewisse normative Aufladung der EDF inhärent ist (vgl. Freise 2004: 23). Hinzu kommt, dass es in der Diskussion um EDF zwei große Gruppen der Kritiker gibt: die eine Gruppe, die die Motivation und Legitimität, und die andere, die die Leistungsfähigkeit und Effektivität von EDF hinterfragt (vgl. ebd.: 27). Bei EDF wird das völkerrechtliche Prinzip der nationalstaatlichen Souveränität bis zu einem gewissen Grad unterwandert (vgl. Hanisch 1996b: 6; Richter 2009: 70). Förderer müssen die Souveränität des Zielstaates allerdings wahren, wenn sie legitim vorgehen wollen (vgl. Grävingholt / Leininger / Schlumberger 2009b). Damit bewegt sich EDF stets in einem Spannungsfeld und die Motivation dahinter ist nicht immer uneigennützig. Gerechtfertigt wird dies damit, dass Demokratien im Vergleich zu autoritären Regimen ‚besser‘ seien, weshalb DF wünschenswert sei. Demokratie wird als Wert *per se* gesehen. Häufig wird auch die Theorie des demokratischen Friedens angeführt, nach der DF auch zu Frieden und Sicherheit für das Zielland und dessen Region führt. In dieser Sichtweise ist Demokratie Mittel zum Zweck (vgl. Bade *et al.* 2013: 20; Grävingholt / Leininger / Schlumberger 2009b). Allerdings wirkt es wie ein Oxymoron, wenn durch paternalistisches Vorgehen Bürgerinnen und Bürger zu mehr Freiheit und Selbstbestimmung kommen sollen. Insb. da zu großer Druck von außen auch gegenteilige Reaktionen hervorrufen und dadurch die Situation vor Ort verschlechtern kann, sodass sich die Bevölkerung abschottet (vgl. Richter 2014: 159) – das könnte auch nur auf einen Teil der Bevölkerung zutreffen. Das wirft die Frage auf, ob dieses Vorgehen der EDF selbst demokratisch ist bzw. ob DF als Begriff überhaupt passend ist.

Erzwungene Demokratisierung, die Ländern auferlegt wird, ohne dass klar ist, ob diese die notwendigen Voraussetzungen erfüllen, arbeitet mit der Vorstellung, dass jedes Land mit ausreichend politischem Willen und technischer Unterstützung von außen die Demokratisierung durchlaufen kann. Laut Ottaway ist dies eine (Trotz-)Reaktion auf politisch motivierte Behauptungen, denen zufolge einige Bevölkerungen noch nicht für Demokratie bereit seien, weil sie zu unwissend, unterentwickelt oder kulturell unpassend seien. Aber es gebe dennoch strukturelle und institutionelle Aspekte, die nicht einfach von der Hand zu weisen seien. Damit sich Bevölkerungen demokratisch regieren können, benötigen sie laut Ottaway einen funktionierenden Staat, der nicht nur nach außen souverän agiert, sondern auch nach innen. D. h., die Regierung verfügt über die höchste Autorität auf dem Staatsterritorium (vgl. Ottaway keine Angabe: 4f). Ob Förderer einer Bevölkerung, die diese Voraussetzungen noch nicht erfüllt, einen Gefallen tun, wenn sie sie zur Demokratisierung ‚treiben‘, ist fraglich. Ottaway gehört zu jenen, die dem *state building* den Vorzug zu geben scheinen, obwohl sie es nicht so klar benennt.

Der Vorwurf einiger Autorinnen und Autoren lautet, dass die DF eine Hegemonialpolitik des Westens sei, die den Kolonialismus in eine neue Form gegossen habe, dass lediglich formale Demokratien eingerichtet werden und die geförderten Länder im gleichen Zuge ihre wirtschaftliche Souveränität verlieren (vgl. Hanisch 1996b: 33; Freise 2004: 25f; Roy 2002: 32f). Hanisch weist diese Sichtweise zurück und fragt, wie die Alternative zur westlichen DF aussehen solle (vgl. Hanisch 1996b: 33). Freise hingegen betont, dass es sich nur „schwerlich von der Hand weisen“ (Freise 2004: 26) lasse, dass DF „zur Legitimierung realpolitischer Maßnahmen herangezogen“ (ebd.) werde. Diese Kritik gibt es auch noch zugespitzter. Dann wird DF als Mittel gesehen, um (neo-)liberale Wirtschaftsmodelle zu verbreiten – häufig zum Nachteil der Zielländer (vgl. ebd.). Wenn es nicht der Export des eigenen Wirtschaftsmodells ist, konzentrieren sich Kritikerinnen und Kritiker bei der Legitimität auf das Verbreiten der eigenen politisch-moralischen Werte. Dabei schlagen viele in die gleiche Kerbe: Die zu verbreitenden Werte berücksichtigen den Individualismus des Ziellandes nicht, sondern dienen dazu, die Werte des Förderers abzusichern (vgl. Freise 2004: 24ff; Knodt / Urdze 2008: 21). Pinto-Duschinsky hält dieses Verhalten für nachvollziehbar, empfiehlt aber gleichzeitig, mit Vorsicht vorzugehen (vgl. Pinto-Duschinsky 1997: 307). Kielmansegg zufolge ist Legitimität eine von jeglicher Wertung freie Geltungsüberzeugung. Demnach ist legitim, was die Betroffenen als legitim erachten. In einer Demokratie geben also die Bürgerinnen und Bürger dem System Legitimität (vgl. Kielmansegg 1971: 368; Merkel / Puhle 1999: 175; Richter 2009: 62).

Ein Grundgedanke der Debatte um den ‚Export‘ westlicher Demokratiemodelle in andere Kulturen liegt in der Vorstellung, dass die liberale Demokratie ein Ergebnis verschiedener Erfahrungen im Westen sei. Das Einbetten in Kontexte, die diese Erfahrungen nicht gemacht haben, sei deshalb nur eingeschränkt möglich. Der Diskurs lässt sich auf die Frage herunterbrechen, ob demokratische Prinzipien ein universeller Wertekanon sind oder ob diese Prinzipien durch kulturelle oder religiöse Aspekte beschränkt oder verändert werden. Faust spricht sich für Demokratie als universelle Wertesammlung und gegen skeptischen Kulturrelativismus aus (vgl. Faust 2013: 1). „[M]it welcher Legitimation treten westliche Kulturrelativisten eigentlich an, wenn sie Gesellschaften anderer Regionen die kulturelle Tauglichkeit für demokratische Herrschaft absprechen?“ (ebd.: 2)

Ein Punkt, der sowohl in Kritiken zur Legitimität als auch zur Effektivität von EDF zu finden ist, ist die Debatte um die Theorie des demokratischen Friedens, der zufolge demokratische Staaten friedfertiger seien als nicht-demokratische Regime. Im gleichen Zuge wird häufig darauf verwiesen, dass demokratische Systeme generell eine höhere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit aufweisen als nicht-demokratische Staaten. Beide Hypothesen sind, wie bereits dargelegt, so nicht haltbar (vgl. Freise 2004: 27). Deshalb sind Prognosen, die mit einem unaufhaltsamen Siegeszug des liberalen, westlichen Demokratiemodells rechnen, mit Vorsicht zu genießen (vgl. Faust 2013: 2). Die Vorteile, die Demokratien mit sich bringen und mit denen Demokratieförderer argumentieren sollten, sind eine engagierte Zivilgesellschaft und das soziale und kulturelle Fundament, durch das das politische System flexibel auf Herausforderungen reagieren kann (vgl. Höffe 2009: 312). Die Konzentration auf diese Vorteile würde laut Leininger gerade im Hinblick auf die Persistenz einiger autoritärer Regime, den wirtschaftlichen Erfolg dieser Staaten und die Konflikthanfälligkeit junger Demokratien Sinn ergeben (vgl. Leininger 2015a: 509). Des Weiteren gilt es, Grenzen und Schwächen der Demokratie offen zu thematisieren.

Die Effektivität von EDF ist, wie bereits im vorangegangenen Abschnitt erläutert, nur in sehr geringem Maße messbar (vgl. Freise 2004: 27; Reiber 2009: 31f). Deshalb zählt die Wirkung von EDF nicht nur zu den großen unbeantworteten Fragen der Demokratisierungsforschung (vgl. Erdmann / Kneuer 2014b: 320), sondern ist auch die große Unbekannte in der praktischen DF. Hinzu kommt laut Freise, dass dort, wo die Werte und Prioritäten der Förderer der Transformation des Ziellandes zuwiderlaufen, EDF sogar negative Auswirkungen auf die Demokratisierung haben könne – v. a., wenn eine Geber- und Empfängermentalität vorherrscht, bei der die Nehmer, ohne eingebunden zu sein,

Projekte auferlegt bekommen (vgl. Freise 2004: 27f). Außerdem bemängelt Hanisch, dass Projekthilfen zu häufig nicht denjenigen helfen, die es am meisten benötigen. Vielmehr könne es dazu kommen, dass sich das Regime, das sich wandeln soll, durch diese Gelder indirekt selbst finanziert und dadurch gestärkt wird (vgl. Hanisch 1996b: 54).

Für Burnell muss EDF die primäre, aber nicht notwendigerweise die einzige Intention in der außenpolitischen Agenda eines Landes und der internationalen Staatengemeinschaft sein. Sie müsse friedlich ablaufen, wodurch militärische Mittel zum *state* und *nation building* von vornherein ausgeschlossen seien. Und die Übertragung von Ressourcen solle nicht auf Profit ausgerichtet sein. Dies bedeutet, dass Maßnahmen zur Entwicklung und Stabilisierung einer Marktwirtschaft und ähnliches Vorgehen für Burnell zur Entwicklungshilfe zu zählen sind und nicht zur DF (vgl. Gawrich 2014: 15f).

4. Bedingungen und Akteure der externen Demokratieförderung aus Deutschland

Kooperation ist „nie bedingungslos und das ist auch gut so. Partnerschaft muss auch kritische Prüfung beinhalten, die Wandel anregt“ (Patzelt 2015: 18). Diese Einstellung ist oft die Grundlage von DF. Dadurch steht diese im Gegensatz zur humanitären Hilfe, die konditionslos ist, da es hier darum geht, Opfern von Katastrophenfällen so schnell wie möglich Hilfe zu leisten (vgl. Urdze 2010: 19). EDF ist ein interdependentes Agieren. Dabei spielen Bedingungen des internationalen Systems, im Ziel- und im Heimatland sowie die beteiligten Akteure eine Rolle. Um einen Überblick darüber zu geben, was die EDF aus Deutschland prägt, sollen im Folgenden das internationale Spannungsfeld der DF aufgezeigt sowie die EDF als Bestandteil der deutschen Außenpolitik, inkl. der parteinahen Stiftungen, betrachtet werden.

4.1 Demokratieförderung im internationalen Spannungsfeld

Wer sich mit internationalen Beziehungen beschäftigt, muss sich die Denkschulen zur Erklärung des Operierens im internationalen System vergegenwärtigen und diese im Blick behalten, wenn es um die Einordnung von Verhaltensweisen und Akteuren geht. Die wichtigsten Strömungen sind Realismus, Institutionalismus, Transnationalismus, Liberalismus und Konstruktivismus. Im **Realismus** interagieren Staaten, die egoistisch und zweckrational handeln, in einem anarchischen System existenzieller Unsicherheit. Die Staaten sehen sich dazu gezwungen, nach mehr Macht zu streben. Zu Kooperation oder Frieden kommt es dann, wenn sich ein Hegemon durchsetzt, der durch die Androhung oder Ausübung seiner Macht für Stabilität im internationalen System sorgt. Diese Stellung ist jedoch aufgrund des ständigen Strebens aller nie von Dauer, sondern es kommt zu Hegemoniezyklen. Mithilfe des Realismus lassen sich v. a. Unsicherheit, Ineffizienz und Unfreiheit im internationalen System erklären – und wieso diese eben nicht auf Dauer wirksam gelöst werden können (vgl. Schimmelfennig 2015: 86f). Im Sinne des **Institutionalismus** können Unsicherheit und Marktversagen, die als Kernprobleme der Anarchie gesehen werden, mithilfe von Institutionen verringert werden. Durch eine stärkere wechselseitige Abhängigkeit der Institutionen steigt der Bedarf an Kommunikation und Kooperation im gesamten internationalen System, was zu geringeren Betrugsmöglichkeiten und einer erhöhten Kooperationswilligkeit bei den einzelnen Staaten führt. Dies befördert insgesamt Frieden und Effizienz auf internationaler Ebene – gleichzeitig aber auch ein höheres demokratisches Defizit (vgl. ebd.: 112).

Die transnationale Verflechtung bietet im Sinne des **Transnationalismus** eine Lösung für die internationale Anarchie. Transnational agierende Akteure – gleichgültig, ob diese öffentlich, privat oder zivilgesellschaftlich sind – tragen zu einem vertrauensvollen Netzwerk bei, das die Unsicherheit des internationalen Systems Schritt für Schritt überwindet (vgl. ebd.: 136f). Der **Liberalismus** erklärt internationale Politik mithilfe von innerstaatlichen Akteuren, Zielen, Machtverhältnissen und Institutionen sowie internationaler Konstellationen, die daraus abzuleiten sind. Demnach bringen liberaldemokratische Staaten untereinander Frieden und Zusammenarbeit hervor (vgl. ebd.: 157). Aus **konstruktivistischer** Sicht wird Frieden und Kooperation erreicht, wenn die Übereinstimmung der Ideen und Werte möglichst hoch ist (vgl. ebd.: 184f).

Dass sich westliche Förderer für die Demokratisierung in Entwicklungsländern einsetzen, ist ein Trend, der nach dem Kalten Krieg relevant wurde. Häufig stand dahinter die Idee des demokratischen Friedens. Seither haben sich die Förderer sowohl quantitativ als auch qualitativ wesentlich weiterentwickelt (vgl. Youngs 2003: 127). Zu Beginn der 90er Jahre existierten zur EDF nur einige politikwissenschaftliche Arbeiten aus den USA, die allerdings einen gemeinsamen Hintergrund aus der EZ hatten, stark schematisch aufgebaut waren und keine kulturellen oder historischen Besonderheiten in den Zielländern berücksichtigten (vgl. Melzer 2012: 458). Zudem war die EDF bis in die 2000er Jahre hinein meist eine indirekte Förderung, wo Demokratie durch die Unterstützung kleiner oder mittelständischer Unternehmen oder durch Kooperation im kulturellen oder umweltpolitischen Bereich befördert werden sollte (vgl. Youngs 2004: 36). Die terroristischen Anschläge vom 11. September 2001 hatten einen gemischten Einfluss auf die Demokratisierungspolitik der westlichen Staaten. Einige darunter maßen dem Aufbau und der Stärkung von Allianzen und Kooperation eine vermehrte Aufmerksamkeit zu. Die EU führte hingegen neue Konditionen ein, wie Anti-Terrorismus-Kampagnen in den Zielländern, und konzentrierte sich auf die Felder Justiz und Inneres (vgl. ebd.: 67ff).

Generell bleibt zu konstatieren, dass die UN und OSZE relativ ‚soft‘ vorgehen (vgl. ebd.: 35). Die EDF der westlichen Staaten war seither graduell und zielt auf „partial bottom-up political liberalization“ (ebd.: 75) ab und darauf, eine zugrundeliegende demokratische Kultur in sich entwickelnden Staaten zu schaffen (vgl. ebd.). Dafür suchten sich westliche Förderer häufig Partner, die den Menschenrechtsorganisationen ihrer eigenen Länder ähnelten – was z. T. heute noch so gehandhabt wird –, im Gegensatz zu „more organically linked and potent opposition forums“ (Youngs 2004: 35). Außerdem bestand bei

ihnen eine gewisse Unsicherheit, was potenzielle Konflikte zwischen ihrer DF und den eigenen strategischen Interessen anbelangt (vgl. ebd.). Dafür wurden die westlichen Förderer kritisiert, aber auch für ihren zu starken und engen Fokus auf die prozessualen Komponenten von Demokratien – im Besonderen auf Wahlen – und dass sie zu wenig auf *Policy Outcomes* achten (vgl. Youngs 2003: 127; Youngs 2004: 35). An der Unterstützung der Zivilgesellschaft wurde bemängelt, dass sie zu sehr auf die jeweiligen Eliten fokussiert sei. Die NGOs, mit denen die westlichen Regierungen kooperierten, seien zu sehr auf eine politische Interessenvertretung im westlichen Stil ausgerichtet, weshalb ein Engagement aus der jeweiligen Bevölkerung oftmals ausbleibe (vgl. Youngs 2003: 127). „Another concern is that civil society's transformative potential has been overestimated and the essential aggregative role of political institutions unduly overlooked“ (ebd.). Die ökonomische Förderung habe außerdem wenig zur Entwicklung demokratischer Prozesse beigetragen. Überhaupt sei die Vorstellung der Förderer zur DF zu vereinfacht (vgl. ebd.). Weiter fragt Youngs sogar, ob derartige Maßnahmen überhaupt als DF bezeichnet werden können oder ob es sich nicht vielmehr um „a disingenuous re-labelling of initiatives in no tangible sense distinct from traditional development work“ (ebd.: 130) handelt. Häufig würden entwicklungspolitische und tatsächlich politische Konzepte einfach miteinander kombiniert oder es fehle der Bezug von entwicklungspolitischen Projekten zur ‚hohen Politik‘ (vgl. ebd.: 130, 134).

Die EU ist eine mächtige Plattform für den Policy-Transfer (vgl. Bulmer / Padgett 2005: 124). Sie wird in der Literatur gerne als „eine von Werten geleitete Gemeinschaft charakterisiert“ (Ross 2010: 15), die diese Werte nicht nur untereinander zunehmend kongruiert, sondern sie auch über ihre Grenzen hinaus exportiert. Dies tut sie durch die Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Drittstaaten in wirtschaftlicher, finanzieller und technischer Hinsicht (vgl. ebd.: 15ff). Die EU unterstützt Staaten, in denen ein gewisser Reformwille erkennbar ist. Wenn sie auf Widerstände trifft, übt sie nur selten Druck aus oder legt Konditionen auf (vgl. Youngs 2004: 36). EDF ist zwar nicht explizites Ziel, ist jedoch von anderen Zielen ableitbar (vgl. Melzer 2012: 455). Ein Beispiel ist die Post-2015-Agenda: Bei der EU war 2015 das Themenjahr für Entwicklung. Nachdem die Millenniumsentwicklungsziele der UN ihr vorläufiges Ende erreicht hatten, sollte eine Post-2015-Agenda zur nachhaltigen Entwicklung aufgestellt werden. Darin wird die alte Vorstellung, in der zwischen Gebern und Nehmern unterschieden wird, zu Gunsten einer globalen Partnerschaft überarbeitet, in der alle Staaten gemeinsam bestehende Verhältnisse verbessern (vgl. Patzelt 2015: 15f). Eine derartige Partnerschaft ist jedoch nicht

„rein altruistisch“ (ebd.: 17). Die EU-Programme sind an Konditionen, wie gute Regierungsführung, Gleichberechtigung, Meinungs- und Pressefreiheit oder Anti-Korruptionsstandards, gebunden, die auch umgesetzt werden müssen (vgl. ebd.).

Auch die europäische DF ist gegen Kritik nicht gefeit. Melzer moniert zum einen eine inkohärente interne Koordinierung und Abstimmung zwischen den Institutionen der EU, eine mangelnde Wertekongruenz in der DF und den Mangel einer Strategie, die eindeutig, umfassend und abgestuft entwickelt wird (vgl. Melzer 2012: 458f, 476). Gleichzeitig erkennt er an, dass eine universelle europäische Strategie zur DF wohl illusorisch ist, da es in Europa selbst und in der Welt, in der sich die Förderer engagieren (wollen), eine zu große Zahl an regionalen und kulturellen Besonderheiten gibt (vgl. ebd.: 462). Außerdem muss bemerkt werden, dass DF für die EU zwar wichtig zu sein scheint, dass diese in der Praxis aber häufig von ökonomischen und sicherheitspolitischen Erwägungen übertrumpft wird (vgl. Smith 2004: 36f).

Es bleibt noch der Trend zu bemerken, bei dem sich die DF aus Europa von offiziellen Stellen hin zu NGOs bewegt hat, die sich v. a. in rechtlichen und menschenrechtspolitischen Initiativen engagieren (vgl. Youngs 2004: 35). Die Ideen (supra)staatlicher Förderer und der NGOs konfliktieren häufig, wenn es um Prioritätensetzung und Interessen der Staaten geht. NGOs argumentieren oft, dass Demokratie und grundlegende Menschenrechte nicht grundsätzlich zusammengehören müssen und die Priorität auf der Förderung von Menschenrechten liegen sollte. Die Herausbildung von Demokratien sei zwar eine wünschenswerte, aber keine notwendige Entwicklung. DF wird von NGOs häufig als ein Ziel gesehen, das in inakzeptabler Weise durch nationale Interessen korrumpiert wird und das oft nur als Front für sicherheitspolitische Interessen dient, was in direktem Gegensatz zu *Policies* zum Thema Menschenrechte steht. Daraus folgten für die NGOs Befürchtungen, dass staatliche DF die politische Agenda der NGOs übertünchen könnte und Menschenrechte an Konditionen geknüpft werden (vgl. ebd.: 150f, 175). Der einzige positive Aspekt, den diese westlichen NGOs der DF abgewinnen konnten, war der Eindruck, dass der Einfluss der NGOs dadurch wachsen würde, weshalb „many NGOs might themselves be accused of exhibiting a rather instrumental perspectives on democracy“ (ebd.: 151). Seither haben viele NGOs, die im Bereich der Menschenrechte agieren, eine politischere Haltung in ihren Initiativen erkennen lassen (vgl. Youngs 2004: 168) und haben begonnen, sich zu vernetzen, wie der Verband Entwicklungspolitik deutscher NRO zeigt (vgl. Eberlei 2002; Pogorelskaja 2009: 29).

4.2 Die externe Demokratieförderung als Bestandteil deutscher Außenpolitik

Die Themen, die die frühe deutsche Außenpolitik über Jahrzehnte geprägt haben – z. B. Normalität und Gleichberechtigung –, sind auch nach der Wiedervereinigung noch zu erkennen. Lange trat die Bundesrepublik als Zivilmacht und Handelsstaat auf, der auf traditionelle Machtattribute und -demonstrationen verzichtete. Klassische Diplomatie, das vernünftige Argument und Vorbild sein waren die prägenden außenpolitischen Strategien (vgl. Hacke 1996: 5ff). Vieles darunter hat sich gehalten. Gleichzeitig hat sich manches in der deutschen Außenpolitik verändert. Die ‚Kultur der Zurückhaltung‘ (Volker Rühle) wurde abgelöst durch eine Außenpolitik, die sich der eigenen Rolle viel bewusster ist; der Vorsatz, sich nicht zu sehr in den Vordergrund zu drängen, ist weitgehend verstummt, wie am Bestreben um einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat ersichtlich wird. Die multilaterale deutsche Außenpolitik wird zunehmend instrumentell verstanden (vgl. Hellmann / Wolf / Schmidt 2007: 36f; Stürmer 1994: 58; Felske 2011: 38) und Deutschland ist eher bereit, international Verantwortung zu übernehmen (vgl. Bettzuege 2007: 225). Trotzdem wird versucht, aufgrund der Erfahrungen aus dem Nationalsozialismus nicht als ‚Oberlehrer‘ aufzutreten (vgl. Heinz 2007: 692).

Kontext und Bedingungen deutscher Außenpolitik:

Die klassische Außenpolitik wird stets „mit der Triade Friedenspolitik, Menschenrechtspolitik und Entwicklungspolitik beschrieben“ (Betzuege 2007: 226). Seit den 1970ern haben sich Kontext, Bedingungen und Herausforderungen dafür jedoch erheblich verändert (vgl. Hellmann / Wolf / Schmidt 2007: 15) und in den 90er Jahren in gewisser Weise normalisiert. Nach dem Ost-West-Konflikt, der Wiedervereinigung Deutschlands, dem Kollaps der Sowjetunion und dem Entstehen neuer Staaten in Osteuropa befindet sich Deutschland wieder in einer geopolitischen Mittellage in Europa (vgl. Hacke 1996: 3). Die Erwartungen an das vereinigte Deutschland sind gestiegen (vgl. ebd.) und gleichzeitig ist Europa nicht länger der ‚Nabel der Welt‘ (vgl. Krause 1996: 78). Ein globaler Strukturwandel, der durch liberalisierten Handel, stärker mobilisierte Investitionen und Technologien, die Internetrevolution und moderne Transportmöglichkeiten gekennzeichnet ist, verändert das Verständnis der internationalen Politik, in der sich die deutsche Außenpolitik bewegt (vgl. ebd.: 79). Neben der Mittellage in Europa und Deutschlands Vergangenheit bestimmen die Einstellung zu den Nachbarn und Partnern sowie weltpolitische Gegebenheiten den Kontext des Handelns der Außenpolitik. Dieser wird außerdem durch

die Wertvorstellungen der Bürgerinnen und Bürger und der Regierung geprägt (vgl. Hacke 1996: 5). (a) Die Einbindung in die ineinandergreifenden Institutionen UN, NATO, OSZE und EU, (b) der hohe Stellenwert wirtschaftlicher Interessen und (c) Strukturkonservatismus sind Charakteristika der deutschen Außenpolitik (vgl. Heinz 2007: 692; Andrae / Kaiser 1998: 34). Gestaltet wird diese maßgeblich vom AA (vgl. Bettzuege 2007: 225), um „an der Schnittstelle von Politik und Wirtschaft“ (ebd.) zu arbeiten. Denn: „Der Erfolg deutscher Unternehmen ist eine wichtige Quelle für unseren Wohlstand und die Schaffung von Arbeitsplätzen in Deutschland“ (ebd.).

EZ und DF als Bestandteil deutscher Außenpolitik:

Obwohl das AA für die Außenbeziehungen Deutschlands zuständig ist, vermied es bei Transformationsprozessen stets eine aktive Einmischung. Im Jahr 1991 beschloss der Bundestag die Einrichtung eines Demokratisierungsfonds. Unter Schröders rot-grüner Regierung sollte der Demokratisierungshilfe ein neuer Stellenwert in der deutschen Außenpolitik zukommen. Die DF wurde im Präventionsbereich abgedeckt und nicht als eigener Arbeitsbereich aufgefasst (vgl. Uhlmann 2009: 56f). Als normativen Grundstock für die deutsche EZ und DF erarbeitete das BMZ bereits 1991 fünf Kriterien: Achtung der Menschenrechte, Beteiligung der jeweiligen Bevölkerung an politischen Entscheidungsprozessen, Rechtsstaatlichkeit und -sicherheit, marktorientierte und soziale Wirtschaftsordnung sowie staatliches Handeln, das sich an der Entwicklung ausrichtet (vgl. Uhlmann 2009: 53). Mit diesen Kriterien gelangte die Konditionierung in die deutsche EZ, die es bis *dato* nicht gab und die meist auf eine gute Regierungsführung, *Good Governance*, abzielte. Doch zunehmende internationale Kritik an dieser Praxis führte zu einem Konsens unter den Förderern, Länder mit ‚schlechter‘ Regierungsführung nicht länger zu bestrafen, da dies lediglich die Bevölkerung dieser Staaten treffe (vgl. Uhlmann 2009: 56f; Brenke 1995: 55; Felske 2011: 49). Im Jahr 2006 wurde schließlich der Kriterienkatalog für die EZ angepasst: Nun rückten eine auf Armutsbekämpfung ausgerichtete und nachhaltige Politikgestaltung, Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, leistungsfähige und transparente Staaten sowie ein kooperatives internationales Verhalten in den Vordergrund (vgl. Uhlmann 2009: 54). Im Positionspapier zur DF (2005) wird diese zum ersten Mal als eigenständiges Ziel der deutschen Entwicklungspolitik benannt. Die Suche nach einer Definition von DF darin ist trotzdem vergeblich (vgl. ebd.: 59). „Diesen Mangel begründete das BMZ mit der Vielfalt von deutschen Akteuren, die mit unterschiedlichen Instrumenten und einem variierenden Verständnis in diesem Handlungsfeld

wirken“ (ebd.). Uhlmann kritisiert weiterhin, dass trotzdem kein spezifisch deutsches Leitbild in dem Papier präsentiert worden sei und DF darin nur langfristig verstanden werde. Dadurch werde ausgeblendet, dass kurzfristige Interventionen einen destabilisierenden Charakter aufweisen können. Dass es zu Dilemmata zwischen verschiedenen außenpolitischen Zielen kommen kann, bspw. ‚Demokratisierung versus Stabilität‘, wird in einem Aktionsplan aus dem Jahr 2004 zum ersten Mal angeführt. Diese werden allerdings nicht weiter analysiert. Um besser mit Ländern mit schwierigen Bedingungen zusammenarbeiten zu können, ist laut BMZ (2007) Kohärenz von Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik notwendig (vgl. ebd.: 54f). Obwohl die deutsche DF erst nach dem Zweiten Weltkrieg und insb. dem Ost-West-Konflikt an Wichtigkeit gewonnen hat (vgl. Felske 2011: 39), zählt Deutschland heute zu den wichtigsten bilateralen Akteuren in der Entwicklungspolitik (vgl. ebd.: 38).

Stellenwert der deutschen Entwicklungspolitik:

In der Alltagssprache ist häufig von ‚Entwicklungshilfe‘, in der Amtssprache von ‚Entwicklungszusammenarbeit‘ (EZ) und international von ‚*Official Development Assistance*‘ (ODA) die Rede (vgl. Nuscheler 2007: 672). ODA umfasst nach einer OECD-Definition unentgeltliche Schenkungen – bzw. Leistungen mit einem Schenkungsanteil von mindestens 25 Prozent – öffentlicher Stellen, die diese wiederum aus Steuermitteln generieren. D. h., dass aus Spenden finanzierte Aktionen von Hilfsorganisationen ebenso wenig unter die ODA fallen wie Bankkredite und Investitionen von Unternehmen. Zur Entwicklungspolitik gehört jedoch nicht nur der finanzielle Aspekt, sondern auch die politische Seite. In Deutschland liegt die generelle Federführung dafür beim BMZ. Dass es ein eigenes für die EZ zuständiges Ministerium gibt, ist eine deutsche Besonderheit. Das BMZ legt die Grundsätze deutscher Entwicklungspolitik fest und ist zuständig für deren Planung, Kontrolle, Steuerung und Finanzierung. Dafür stehen verschiedene Instrumente zur Verfügung, die sich in finanzielle (FZ) und technische Zusammenarbeit (TZ) gliedern. Hinzu kommt die nicht-staatliche technische Zusammenarbeit (TZ im weiteren Sinne), die private Träger selbst verantworten (vgl. Uhlmann 2009: 57f). Jedoch haben viele andere Ministerien ebenfalls Zuständigkeiten. Die internationale Finanzpolitik – und damit das Schuldenmanagement – liegt beim BMF, globale Umweltfragen behandelt das BMUB und die humanitäre Hilfe wird vom AA organisiert (vgl. Nuscheler 2007: 672). Das Ziel staatlicher EZ ist laut BMZ trotzdem eine EZ aus einem Guss (vgl. Uhlmann 2009: 64).

Direkt nachdem Heidemarie Wiczorek-Zeul 1998 das BMZ übernommen hatte, erklärte sie die Entwicklungspolitik zur Friedenspolitik des neuen Jahrhunderts. Dieser Vorstoß wirkt rückblickend als zu vorschnell (vgl. Nuscheler 2007: 672), da sich laut Nuscheler die Entwicklungspolitik sowohl in einer Legitimationskrise als auch in einer Irrelevanzfalle und das BMZ in einem Existenzproblem befinden. Das liege daran, dass die EZ überfordert werde und dass sie keine „Herkulesaufgaben bewältigen und von außen heilen [kann], was marode Staatswesen und korrupte Eliten anrichten“ (ebd.: 682). Eine aufs „politische Abstellgleis geschobene Entwicklungspolitik“ (ebd.: 683) kann sich ein Staat wie Deutschland Nuscheler zufolge dennoch nicht leisten.

Interessen, Ziele und Instrumente deutscher Außenpolitik:

Grundlage der deutschen Außenpolitik, inkl. der Menschenrechtspolitik, EZ und DF, ist laut Risse eine nationale Identität, die sich historisch und durch Auseinandersetzungen in Politik und Gesellschaft geformt hat (vgl. Risse 2007: 50). Für die deutsche nationale Identität bedeutet dies aufgrund der Erfahrung des Nationalsozialismus den Ersatz der traditionellen Machtpolitik⁴⁰ durch das Gebaren einer Zivilmacht sowie multilaterale Außenpolitik und Westorientierung. Die Zivilmachtspolitik beinhaltet das Bemühen um eine internationale Friedensorientierung, die Bereitschaft, die eigene nationale Souveränität auf überstaatliche Organisationen zu übertragen und das Vorantreiben einer internationalen Interdependenz (vgl. ebd.: 54f). Dies ist jedoch nicht mit einer pazifistischen Politik zu verwechseln, die auf die Androhung oder den Einsatz militärischer Mittel prinzipiell verzichtet (vgl. ebd.: 58). Identitätskonstruktionen allein können laut Risse allerdings niemals die Außenpolitik eines Staates erklären. Sie bilden vielmehr das Spektrum ab, in dem sich diese Politik bewegt, und werden von Verantwortlichen häufig zur Legitimation ihres Handelns herangezogen (vgl. ebd. 60). Das bedeutet jedoch nicht, dass die Werte, die diese Identität prägen, keinen Raum in der Außenpolitik haben. In die Bestandteile ‚Ideale‘ und ‚Interessen‘ aufgesplittet ermöglichen sie eine differenziertere Betrachtung und geben die normative und die realpolitische Ebene der Außenpolitik wieder. Beide Aspekte bedingen einander und haben Einfluss auf die Gestaltung der konkreten Politik. Die Wertegrundlagen der deutschen Politik haben v. a. die Weltkriege, der Nationalsozialismus, das Leben in zwei streng voneinander getrennten Ländern und der Ost-West-

40 Machtpolitik definiert Risse als Durchsetzung egoistischer Interessen in den Bereichen Ökonomie und Sicherheitspolitik und folgert daraus eine ‚Machtvergessenheit‘ in Deutschland (vgl. Risse 2007: 54).

Konflikt geprägt (vgl. Kühnhardt 1994: 100). Zentral für jede zielführende Außenpolitik ist, dass Werte und Interessen im Einklang sind – obwohl sich Konflikte nicht gänzlich vermeiden lassen (vgl. ebd.: 126). Da der Begriff ‚Interessen‘ in Deutschland aus der historischen Erfahrung heraus noch immer negativ konnotiert ist, kam es zu einer begrifflichen und ideellen Selbstbeschränkung: Das ‚nationale Interesse‘ wurde aus dem Vokabular gestrichen, ‚Macht‘ wurde mit ‚Verantwortung‘ ersetzt und die Nation wurde geleugnet, alles Positive hingegen auf die EU projiziert (vgl. Hacke 1996: 3). Einen Verzicht auf das Handeln nach deutschen Interessen gab es dennoch nicht. Sie konnten v. a. zu Beginn der Bundesrepublik nicht in Alleingängen verwirklicht werden, was Konrad Adenauer und seine Nachfolger nicht davon abgehalten hat, eigene Interessen zu verfolgen (vgl. Stürmer 1994: 58). Bundespräsident Roman Herzog hat dazu im Jahr 1995 erklärt:

„Deutsche Interessen, das sind zunächst unsere unmittelbaren nationalen Interessen wie Sicherheit und Bewahrung von Wohlstand. Es hat keinen Sinn, das verschweigen zu wollen. Unsere Partner würden uns ohnehin nicht glauben, daß wir nur internationalen Altruismus im Schilde führen. Ganz besonders verlangt es die Wahrhaftigkeit, zuzugeben, daß wir auch deshalb für weltweite Freiheit des Handels eintreten, weil das in unserem eigenen Interesse liegt“ (Hacke 1996: 4).

Als nationale Interessen Deutschlands lassen sich festhalten: Der Schutz der Bevölkerung und des Staatsgebietes sowie der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebensgrundlagen; der Erhalt des bestehenden politischen Systems; Sicherung und Verbesserung der wirtschaftlichen Beziehungen, die sich sowohl auf Deutschland als Exportland als auch auf die Importabhängigkeit bei z. B. Rohstoffen zurückführen lassen; aus demselben Grund gut funktionierende diplomatische Beziehungen zu sicherheitspolitisch und wirtschaftlich interessanten Staaten; die Prävention und das Beenden von Krisen und Konflikten – v. a. in Bezug auf die Sicherheit und Stabilität Deutschlands oder von Verbündeten; die Stärkung bestehender Partnerschaften und Institutionen – inkl. EU, UN, NATO und OSZE; die Sicherung von Frieden und Stabilität in Europa; sowie das Vorantreiben der Demokratisierung und der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung auf der ganzen Welt (vgl. Hacke 1996: 4ff, 10; Krause 1996: 78; Andreae / Kaiser 1998: 34; Felske 2011: 43f). Außenpolitik ist „die Fortsetzung der Innenpolitik mit anderen Mitteln und unter anderen Bedingungen“ (Hacke 1996: 4), bei der die Waage zwischen der authentischen Vertretung eigener Interessen und der Nähe zu den Verbündeten gehalten werden muss (vgl. Stürmer 1994: 59; Kühne 1996: 28). „Jede Politik ist Interessenpolitik – auch die Entwicklungspolitik. ‚Das Wohl des deutschen Volkes mehren und Schaden von ihm wenden‘, heißt es im Amtseid der Minister; vom Interesse anderer Völker ist nicht

die Rede“ (Holtz 1996: 222). Aus realpolitischer Perspektive ergibt sich aus dem Ziel, Wohl und Wohlstand der deutschen Nation zu sichern, dass die internationalen Bedingungen möglichst günstig sein müssen. Die Kombination aus eigenen Interessen, Humanität und Solidarität führen zu dem Gebot, in Entwicklungsländern Frieden, Gerechtigkeit und Menschenrechte zu fördern und das Nord-Süd-Gefälle zu mindern (vgl. Holtz 1996: 222; Kloten 1994: 76).

Um die erläuterten Interessen zu verfolgen, wird in der deutschen Außenpolitik eine Vielzahl von Maßnahmen angewendet. Traditionelle Machtpolitik wird vermieden. Stattdessen tritt Deutschland als diplomatische Wirtschaftsmacht auf, die über Argumentation, Kooperation, Integration und Multilateralisierung zu überzeugen versucht (vgl. Hacke 1996: 9f). Der kritische Dialog nimmt eine besondere Stellung im Instrumentarium der deutschen Außenpolitik ein, ist laut Heinz jedoch der Gefahr ausgesetzt, zu einer symbolischen Politik zu verkümmern, wenn er deutlichere Schritte ersetzt (vgl. Heinz 2007: 697f; Hacke 1996: 5). Auch moderner Öffentlichkeitsarbeit wird sich bedient (vgl. Bettzuege 2007: 240) oder der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik. Letztere soll der Sicherung von Frieden, Prävention von Konflikten, Stärkung von Demokratie und Menschenrechten sowie dem Schutz natürlicher Ressourcen dienen (vgl. ebd.: 238).

Herausforderungen und Probleme der deutschen Außenpolitik:

Herausforderungen für die Außenpolitik allgemein sind v. a. im sicherheitspolitischen Bereich zu finden. Dazu gehören Terrorismusbekämpfung, Multilateralisierung, Europäisierung, Globalisierung, Armutsbekämpfung, technologischer Fortschritt, gesellschaftlicher Wandel weltweit, ökologische Herausforderungen und schrumpfende Ressourcen sowie veränderte internationale Machtpotenziale. Bettzuege findet sogar, dass die klassische staatliche Außenpolitik wegen der zahlreichen Herausforderung von einer ‚Weltinnenpolitik‘ abgelöst werden muss (vgl. ebd.: 225). Problematisch an der deutschen Außenpolitik ist bspw. die Selektivität in der Behandlung verschiedener Länder: Bei „kleinen, politisch schwachen, wirtschaftlich und sicherheitspolitisch ‚uninteressanten‘ Ländern“ (Heinz 2007: 698) wird eher politischer Druck ausgeübt – bis hin zur Einstellung der EZ – als bei ‚interessanten‘ Partnern. Die EZ wurde in den 1990ern aufgrund von Menschenrechtsverletzungen und Demokratiedefiziten im Sudan, in Liberia, Zaire, Sierra-Leone, Ruanda, Somalia, Afghanistan, Myanmar, Togo, Äquatorial-Guinea und Haiti eingestellt (vgl. Heinz 2007: 698). Bei Ländern, die Deutschland Vorteile bringen können, werden Men-

schenrechtsverletzung kritisch angemahnt, aber es wird häufig nicht einmal „in der öffentlichen Diskussion politischer Druck auch nur in Erwägung gezogen“ (ebd.). Dies war bei Marokko, Indonesien, China, Ägypten, Saudi-Arabien, Israel, dem Iran und der Türkei der Fall (vgl. ebd.). Diese Doppelstandards sind bei allen Förderern erkennbar. Härtere Reaktionen sind demnach nicht primär davon abhängig, wie schwer Menschenrechtsverletzungen, sondern wie die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen sind (vgl. Heinz 2007: 699; Felske 2011: 49)⁴¹. Die zentralen Interessen der deutschen Politik werden also von der Wirtschaftsmacht Deutschland bestimmt und die gute Absicht, Menschenrechte weltweit durchzusetzen, von ‚intervenierenden Variablen‘ abgelenkt, was zu einem massiven Glaubwürdigkeitsproblem führt (vgl. Heinz 2007: 692, 699). Das BMZ thematisiert die Menschenrechtssituation und entsprechende Verbesserungsvorschläge im Dialog mit Entwicklungsländern. Worüber gesprochen wurde und die Ergebnisse werden jedoch meist nicht bekannt (vgl. Karakas 2013: 81).

Ein generelles Problem ist die Bewältigung von erwähnten Zieldilemmata. Das eher normative Ziel der DF steht in ständiger Konkurrenz zu außen- und sicherheitspolitischen Interessen und muss häufig zurückstecken. Oft drückt sich dieser Konflikt auch zwischen dem AA und dem BMZ aus, da das AA stabile Partnerländer präferiert, wohingegen das BMZ DF favorisiert. Dies kann zu einer inkohärenten Politik, inkl. eines Mangels an Glaubwürdigkeit und Effizienz, führen (vgl. Felske 2011: 43f). Nach Kühnhardt müssten sich die Außenbeziehungen von innenpolitischen Konsens- und Harmonievorstellungen befreien (vgl. Kühnhardt 1994: 121) und eine „Balance zwischen Moral- und Realpolitik finden“ (ebd.: 123). Holtz erklärt, dass die Entwicklungspolitik als solche politischer werden müsse und dass Projekte häufig zu anspruchsvoll und zu wenig an das Zielland angepasst seien. Daraus entstehende unbefriedigende Ergebnisse dürften nicht entmutigend wirken, sondern müssten Ansporn für eine qualitativ höherwertige Entwicklungspolitik sein (vgl. Holtz 1996: 224f). Nuscheler betont, dass trotzdem nicht zu viel von der Entwicklungspolitik erwartet werden dürfe, da sie in maroden Staaten nur begrenzte Erfolge erzielen könne (vgl. Nuscheler 2007: 682). Gleiches gilt laut Brenke für junge Demokratien, von denen die Weltbank bspw. zu schnell zu viel erwarte, was diese Staaten zum Scheitern verurteile statt ihnen zu helfen (vgl. Brenke 1995: 55f).

41 Zwangsmaßnahmen wurden ausnahmsweise bei China nach dem Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens im Juni 1989 angewandt (vgl. Heinz 2007: 697ff).

4.3 Bundespolitische Akteure in der Demokratieförderung

Für die deutsche Außenpolitik zuständig ist das AA. Es beschäftigt in 227 Auslandsvertretungen rund 8000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die an der Schnittstelle von Politik und Wirtschaft arbeiten (vgl. Bettzuege 2007: 205). Im Innendienst in Deutschland gibt es wiederum Abteilungen, die sich mit den das Ministerium betreffenden Themen befassen. Aufkommende Weltmächte, wie China und Indien, werden im AA von vier Regionalbeauftragten betreut (vgl. ebd.: 234). Die Abteilung Kommunikation kümmert sich um die politische Öffentlichkeitsarbeit inner- und außerhalb Deutschlands und arbeitet an der Vermittlung „eines wirklichkeitsgerechten, dynamischen und zukunftsorientierten Deutschlandbildes“ (ebd.: 240), da laut Bettzuege gerade für die exportorientierte Bundesrepublik innovative Öffentlichkeitsarbeit unerlässlich ist (vgl. ebd.).

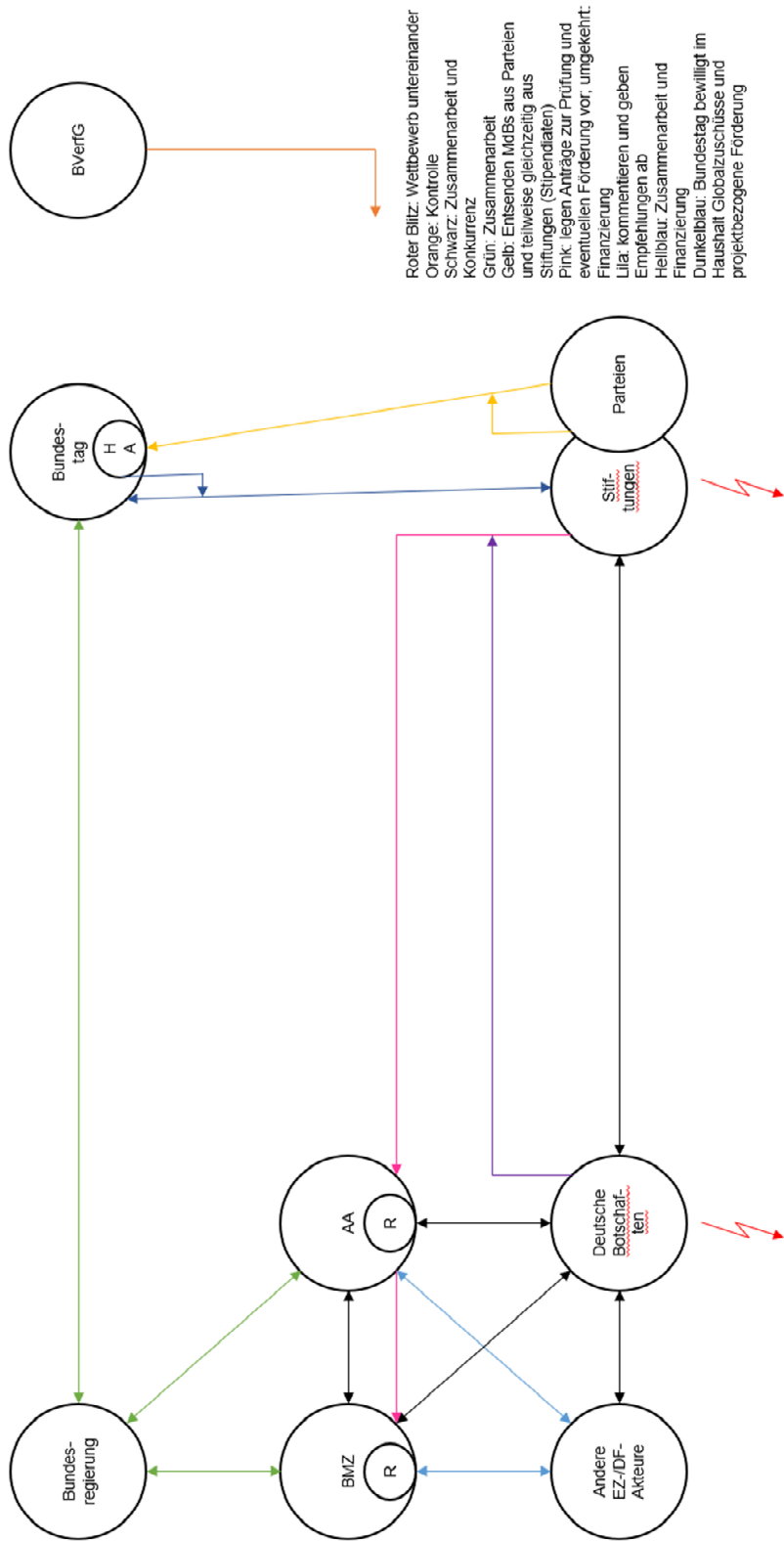
Die Außenpolitik Deutschlands wird aber nicht nur im AA geformt, sondern auch in den internationalen Abteilungen oder Referaten der übrigen Ministerien (Betzuege 2007: 205; Felske 2011: 49). Neben dem AA und dem BMVg handelt es sich dabei um über 200 Referate. Die wichtigsten Ministerien, die zur deutschen Außenpolitik beitragen, sind das BMZ, BMWi und BMF (vgl. Weller 2007: 210f). Damit wird jedes Ministerium zu einem „Außenministerium“ seines Themenfeldes“ (ebd.: 211). Für die internationale Politik der Bundesregierung spielt neben der klassischen Außenpolitik und der EZ auch die Menschenrechtspolitik eine Rolle. Für die internationale Menschenrechtspolitik in der Bundesregierung ist das AA verantwortlich. Daneben gibt es den Beauftragten für Menschenrechtsfragen der Bundesregierung beim BMJ, das BMZ, das BMAS (kümmert sich um internationale Arbeitsthemen), das BMFSFJ (Frauen- und Kinderrechte) und das BMWi (OECD-Richtlinien bei internationalen Konzernen) (vgl. Heinz 2007: 692).

Diese zunehmenden Verschränkungen führen dazu, dass häufiger eine interministerielle Koordination in auswärtigen Fragen erforderlich wird. Diese kann verschiedene Formen annehmen. Keine Koordination ist notwendig, wenn es sich um technische Detailfragen handelt, die einem einzigen Ministerium zugeordnet sind oder die so unwichtig sind, dass eine Abstimmung nicht notwendig erscheint. Eine informelle Koordination zwischen Abteilungen oder Ressorts gehört zur täglichen Routine. Unregelmäßige, nicht-institutionalisierte Koordination kommt in Einzelfällen zum Tragen, wenn bspw. eine internationale Konferenz vorbereitet wird. Die regelmäßige, also institutionalisierte, formalisierte Koordination gibt es meist in interministeriellen Ausschüssen oder in einer gemeinsamen Federführung. Hinzu kommt die vertikale Koordination durch das AA. Wenn ein Ministerium

eine internationale Initiative startet, kann es durch die vielfältigen Verflechtungen zu interministeriellen Konflikten kommen, was zu der Wahrnehmung einer uneinheitlichen Aufttrittsweise der deutschen Regierungsvertreter führen kann. Damit dies nicht geschieht, ist in der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien geregelt, dass das jeweils federführende Ministerium das AA zum einen rechtzeitig zu unterrichten und zum anderen dessen Zustimmung einzuholen hat. Diese vertikale Einbeziehung des AA in alle Initiativen der anderen Ministerien ist für das AA allerdings kaum zu bewältigen, weshalb es häufig Stellungnahmen oder Papiere der anderen Ministerien nur noch mitliest (vgl. Weller 2007: 215ff). Andreae und Kaiser fragen deshalb, ob überhaupt noch vom Primat der Außenpolitik gesprochen werden kann, da die Fachministerien dieser ihre Exklusivität nehmen (vgl. Andreae / Kaiser 1998: 31ff).

Die Durchführung der deutschen DF liegt v. a. bei der GIZ und bei den durch staatliche Mittel finanzierten, aber eigenständigen Stiftungen. Damit AA, BMZ, GIZ und Stiftungen kohärent arbeiten, gibt es Strategiepapiere für jedes Land und Treffen vor Ort (vgl. Felske 2011: 39f, 49). Wie die verschiedenen Akteure der deutschen Außenpolitik zusammenhängen, zeigt Abbildung 3. In der Darstellung ist beispielsweise zu sehen, welche Rolle die Parteien in der Legislative und Exekutive spielen und wo Schnittmengen mit den parteinahen Stiftungen liegen. Den Stiftungen widmet sich der nächste Abschnitt.

Abbildung 3): Deutsche Akteure zur Demokratieförderung



(Eigene Darstellung)

4.4 Parteinahе Stiftungen als Akteure deutscher Außenpolitik

Die parteinahen Stiftungen sind „einzigartig, sie sind eigenartig und sie können auch sehr eigenwillig sein“ (Pogorelskaja 2009: 24; vgl. Bartsch 2007: 280). Sie gehören zu einer modernen deutschen Politik dazu, prägen die politische Kultur Deutschlands und tragen ein Stück dieser Kultur in die Welt hinaus (vgl. Pogorelskaja 2009: 17, 24; Ehm 2015: 9; Bartsch 1998: 185). Voraussetzungen für die Existenz der Stiftungen sind Rechtsstaatlichkeit und eine funktionierende Demokratie mit starken, ideologisch profilierten Volksparteien, weshalb sie laut Pogorelskaja in der deutschen Parteiendemokratie einen idealen Nährboden hatten, um sich zu etablieren (vgl. Pogorelskaja 2009: 11, 24). Trotzdem gibt es ähnliche Konstrukte in keiner anderen westlichen Demokratie. Sie sollten Pogorelskaja zufolge aber international Schule machen (vgl. ebd.: 184). Mit anderen (deutschen) NGOs sind sie aufgrund „der Fülle der Aufgaben, die sie zu bewältigen haben“ (ebd.: 11) nicht zu vergleichen. Pinto-Duschinsky hält die Stiftungen z. B. für das größte und wichtigste Element in der politischen Hilfeleistung (vgl. Pinto-Duschinsky 1997: 316f). Trotzdem sind die Stiftungen in der Öffentlichkeit nur wenig bekannt und „auch die Politikwissenschaft hat sich bislang bestenfalls sporadisch mit ihnen befasst“ (Bartsch 2007: 280), obwohl das Interesse am *Policy*-Transfer in der Forschung zunehmende Aufmerksamkeit erfährt (vgl. Bulmer / Padgett 2005: 103). Nachfolgend sollen die sechs großen parteinahen Stiftungen, die es in Deutschland gibt, kurz mittels einiger Eckdaten und der theoretischen Beantwortung der von Merkel abgeleiteten Fragen (vgl. Merkel 2010: 441) Wer? – Was? – Wen? – Wann (und wie lange)? – Wie? – Warum? – Wirkung? vorgestellt werden. Zum Abschluss dieses Kapitels wird diskutiert, inwiefern die Stiftungen als Akteure oder gar als Instrumente der deutschen Außenpolitik angesehen werden können.

4.4.1 Die parteinahen Stiftungen – Wer?

In Deutschland gibt es sechs Stiftungen, die den Parteien nahestehen, die i. d. R. im Bundestag vertreten sind. Dies sind die Friedrich-Ebert-Stiftung (SPD), Konrad-Adenauer-Stiftung (CDU), Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FDP), Hanns-Seidel-Stiftung (CSU), Heinrich-Böll-Stiftung (Bündnis 90/Die Grünen) und Rosa-Luxemburg-Stiftung (Die Linke) (vgl. Bartsch 2007: 280ff)⁴². Die Stiftungen stehen den Parteien ideologisch nahe, sind aber finanziell und organisatorisch unabhängig (vgl. Massing 2015).

42 S. dazu auch Bartsch 1998: 185; Schubert / Klein 2016; Andersen / Woyke 2013.

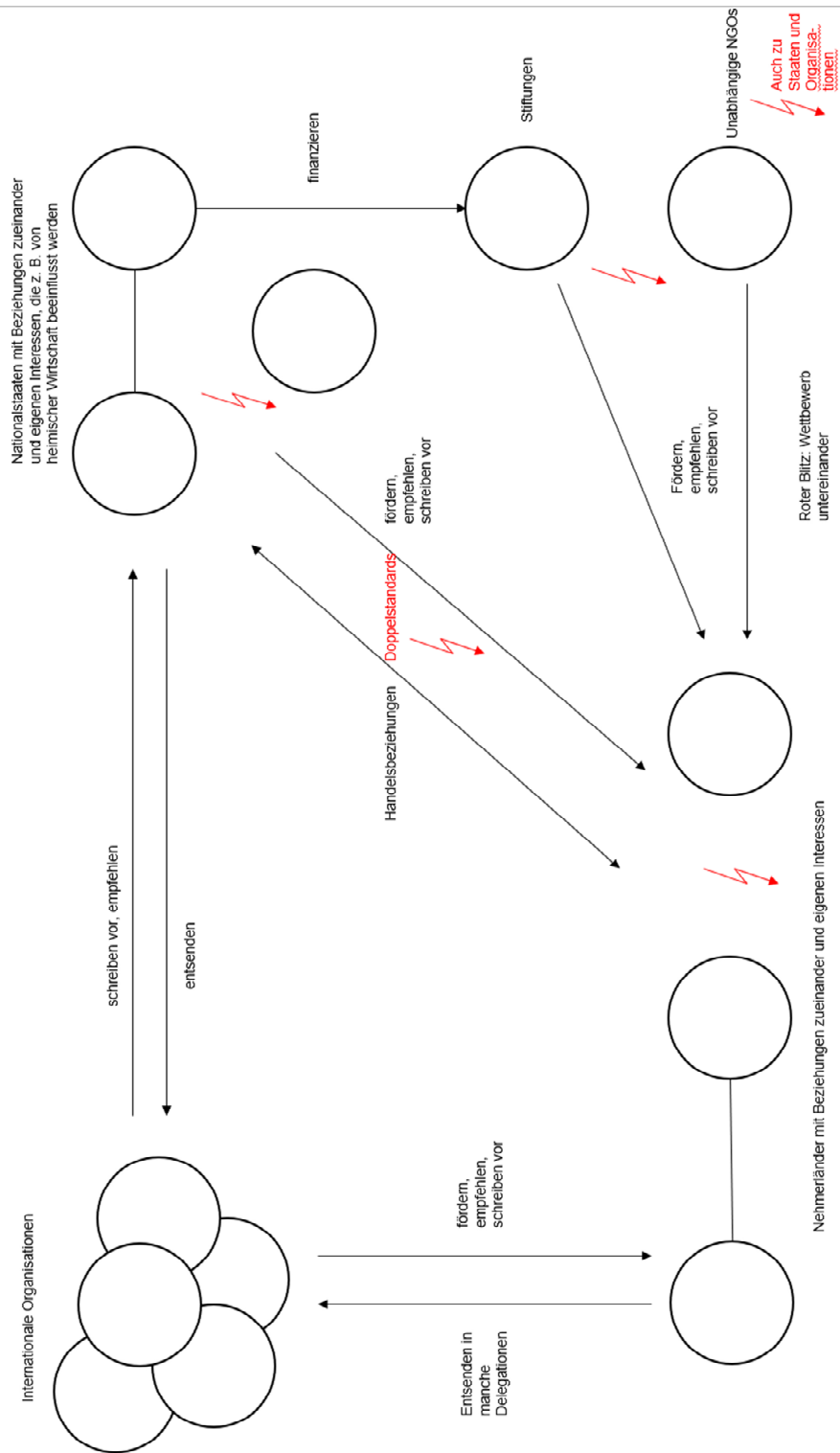
Diese Reihenfolge der Stiftungen, die auch nachfolgende beibehalten wird, beruht auf dem Gründungsdatum der Stiftungen. Die älteste unter ihnen ist die FES, die aus dem Nachlass Friedrich Eberts in dessen Todesjahr (1925) gegründet wurde (vgl. Andersen / Woyke 2013; Massing 2015). Nach dem Verbot durch die Nationalsozialisten nahm die FES ihre Arbeit 1947 wieder auf und weitere Stiftungen wurden gegründet, u. a., um eine demokratische Kultur in der Bevölkerung zu befördern, die in der Weimarer Republik gefehlt hatte (vgl. Rude 2014). Die KAS wurde 1955 als ‚Gesellschaft für christlich-demokratische Bildungsarbeit‘ gegründet. Ihren aktuellen Namen trägt sie seit 1964. Die FNF folgte im Jahr 1958, die HSS 1967. Seit 1990 besteht die RLS, und die HBS ging 1997 aus verschiedenen, bereits zuvor bestehenden Stiftungen hervor (vgl. Andersen / Woyke 2013)⁴³. Die gewerkschaftsnahe Hans-Böckler-Stiftung, die seit 1977 existiert, wird gelegentlich auch zu den politischen Stiftungen gezählt (vgl. Schubert / Klein 2016), ist jedoch keine *parteinah*e Stiftung (vgl. Rude 2014; Bartsch 1998: 185). Die von der AfD im Jahr 2015 gegründete Desiderius-Erasmus-Stiftung (vgl. Jungheim 2015; Mxw / Vek / Dpa 2015) wird aufgrund der erst kurze Zeit zurückliegenden Gründung nicht zu den parteinahen Stiftungen in der vorliegenden Untersuchung gezählt, da sie seither noch keine ausreichende Existenz aufgebaut hat, um analysiert werden zu können. Außerdem gibt es auch Stiftungen auf Landesebene, wie in Bayern die FDP-nahe Thomas-Dehler-Stiftung, oder auf europäischer Ebene, z. B. das *Centre for European Studies* (vgl. Massing 2015). Auch diese Stiftungen sind nicht Teil der vorliegenden Analyse.

Die parteinahen Stiftungen in Deutschland lassen sich nur schwer in bestehende Kategoriensysteme einordnen. Obwohl sich alle als Stiftungen bezeichnen, trifft dies im juristischen Sinne nur auf die FNF zu – alle anderen Stiftungen sind eingetragene Vereine (vgl. von Vieregge 1977: 32; Andersen / Woyke 2013; Pogorelskaja 2009: 16f). Einen Verein zu gründen ist einfach zu bewerkstelligen, als Vereine haben die Stiftungen mehr Spielräume in ihrer Arbeit und die öffentliche Aufsicht über Vereine ist geringer als bei Stiftungen (vgl. Pogorelskaja 2009: 16f). Sie nennen sich laut von Vieregge deshalb Stiftungen, da sie sich davon ein höheres gesellschaftliches Ansehen versprechen und dadurch mehr Spenden zu generieren hoffen (vgl. von Vieregge 1977: 31). Über diese Überlegungen hinaus geht Pogorelskajas Einschätzung: „Die Benutzung des Wortes ‚Stiftung‘ kann u.a. dadurch gerechtfertigt werden, dass mit ihm im Alltag häufig die Existenz einer zukunftsweisenden Idee und die Orientierung am Gemeinwohl verbunden wer-

43 Die Geschichten der jeweiligen Gründung der Stiftungen sind bei Pogorelskaja 2009: 11ff nachzulesen.

den“ (Pogorelskaja 2009: 17). Die internationale Arbeit der Stiftungen gliedert sich in die Mitgestaltung der Verhältnisse in sowie zu anderen Ländern, die Mitgestaltung der globalen Vernetzung und die Rückkopplung der im Ausland gemachten Erfahrungen ins Inland (vgl. Bartsch 2007: 284; Pehle 2015). Durch ihre Arbeit leisten sie einen Beitrag zur Demokratisierung (vgl. Klein 2002; Bartsch 2007: 287) und sind Teil von Akteursnetzen, die sich international in diesem Bereich engagieren. Diese Netze und Überlappungen verschiedener Institutionen und Organisationen verdeutlicht Abbildung 4.

Abbildung 4): Internationale Akteure zur Demokratieförderung



(Eigene Darstellung)

An der Spitze der parteinahen Stiftungen steht ein Vorstand inkl. der oder des Vorsitzenden, der oder die von der Mitgliederversammlung gewählt wird. Ein Kuratorium, Beiräte oder Aufsichtsräte können dem Vorstand zur Seite stehen. Bei der FNF gibt es hingegen keine Mitgliederversammlung, sondern nur das Kuratorium. In all diesen Gremien sind viele Abgeordnete, ehemalige oder amtierende Regierungsmitglieder und Funktionärinnen und Funktionäre der nahestehenden Partei vertreten (vgl. Andersen / Woyke 2013; Bartsch 1998: 186). Allerdings dürfen führende Politikerinnen und Politiker keine ähnliche Funktion in den Stiftungen einnehmen (vgl. Andersen / Woyke 2013). Denn die Stiftungen streben nicht nach der Eroberung von staatlicher Macht, sondern versuchen, Ziele wie politische Bildung, Frieden und Demokratie voranzutreiben. Zur deutschen politischen Kultur gehören die Stiftungen seit Langem (vgl. Bartsch 2007: 280f). Grundlage dafür ist der demokratische Grundkonsens, dem sie sich verpflichtet fühlen (vgl. von Vieregge 1977: 127; Ehm 2015: 9). Dazu betätigen sie sich in der politischen Bildungsarbeit, der Studien- bzw. Begabtenförderung, der wissenschaftlichen Forschung und der internationalen Zusammenarbeit (vgl. Andersen / Woyke 2013; Patzelt 2015: 18; Pogorelskaja 2009: 15f) und können dadurch nationale Themen mit globalen Fragen verknüpfen (vgl. Ehm 2015: 9). Die Stiftungen betätigen sich alle auf den gleichen Arbeitsfeldern, setzen jedoch unterschiedliche Akzente. Gründe hierfür sind die jeweilige Ideologie und die verschiedenen Situationen der Parteien, die ihnen nahestehen – z. B. ob diese in der Regierung oder der Opposition sind (vgl. von Vieregge 1977: 130; Ehm 2015: 9). Die Stiftungen können demnach nicht in die üblichen Akteurskategorien eingeordnet werden. Sie weisen Merkmale zivilgesellschaftlicher Akteure auf, sind aber gleichzeitig beinahe vollständig von staatlicher Finanzierung abhängig, und ihnen ist eine Nähe zu den deutschen Parteien inhärent (vgl. Bartsch 2007: 280f). Deshalb stehen die Stiftungen immer wieder in der Kritik – v. a. was ihre Nähe zur Politik, die angeblich zu große Macht⁴⁴ und Finanzierung anbelangt (vgl. Pogorelskaja 2009: 11, 19; Pehle 2015).

Obwohl sie sich in vielem ähneln, unterscheiden sich ihre Ansätze dennoch: Die KAS verfolgt eher einen breit gefächerten Grundgedanken, wohingegen die FES einen Schwerpunkt ihrer Arbeit auf die Förderung von Gewerkschaften legt. Die FNF widmet

44 „Bei den bundesweit tätigen parteinahen Stiftungen, die im Vergleich zu den ihnen nahe stehenden Parteien in der Politik offiziell eher eine Nebenrolle spielen, laufen in Wirklichkeit etliche Fäden der Bundesrepublik zusammen. Hier werden Strategien entwickelt, politische Gegner analysiert, Projekte entfaltet – und es wird eine Menge Geld bewegt. So ist es kein Wunder, dass sie immer wieder im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses stehen“ (Pogorelskaja 2009: 11).

sich der Freiheit in allen Facetten. Die Förderung von Frauen und einer Geschlechterdemokratie nimmt bei der HBS rund die Hälfte aller internationalen Projekte ein und die HSS konzentriert sich v. a. auf Verwaltungen, Managementtraining und die berufliche Bildung. Die RLS richtet sich dezidiert an linke und sozial benachteiligte Gruppen (vgl. Bartsch 2007: 285). Bei der Kontaktpflege zu denjenigen Parteien im Ausland, die eine politische Verwandtschaft zu den ihnen nahestehenden deutschen Parteien aufweisen, haben die KAS und FES die größten Möglichkeiten. Die HSS und RLS bewegen sich jeweils weitestgehend im selben Spektrum wie die KAS und FES. Die FNF und HBS hingegen finden international weniger ideologische Verwandte (vgl. ebd.). Nachfolgend sollen die sechs Stiftungen kurz nach ihrem Gründungsdatum gereiht vorgestellt werden.

Die **Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)** steht der SPD nahe (vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung 2016b). Sie entstand als erste unter den parteinahen Stiftungen im Jahr 1925 (vgl. von Vieregge 1977: 16; Friedrich-Ebert-Stiftung 2016b) aus dem Nachlass ihres Namensgebers, dem ersten demokratisch gewählten Reichspräsidenten Deutschlands. Nach ihrem Verbot durch die Nationalsozialisten 1933 erfolgte die Neugründung im Januar 1947 (vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung 2016a). Aktueller Vorsitzender der FES ist Kurt Beck und dessen Stellvertreter sind Hannelore Kraft und Michael Sommer. Die FES hat rund 130 Mitglieder, inkl. Altbundeskanzler Gerhard Schröder, verschiedener ehemaliger und aktueller Ministerpräsidentinnen und -präsidenten und Bundesministerinnen und -ministern. Im Kuratorium sitzen rund 65 Personen, auch darunter sind einige Parteigranden. Die Zentralstellen der FES sind in Bonn und Berlin (vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung 2016b), und sie betreibt mehr als 100 Auslandsvertretungen neben ihren 13 Landes- und Regionalbüros in Deutschland (vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung 2016b; Bartsch 2007: 283; FES-JB-2015 2016: 2). Die FES hatte 2015 insgesamt 660 Angestellte (vgl. FES-JB-2015 2016: 2). Laut eigenen Angaben verfügte die Stiftung 2014 über einen Etat von 153 Millionen Euro (vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung 2016b; Friedrich-Ebert-Stiftung 2016a). Dieser gliedert sich in Zuwendungen der Bundesministerien (142 Millionen), der Länder und anderer Körperschaften (2,5 Millionen) und sonstiger Geber (2,3 Millionen) sowie rund 656.000 an Spenden, 2,4 Millionen aus Anlagevermögen, 750.000 Teilnahmegebühren und sonstige Erträge (vgl. FES-JB-2015 2016: 72). Die Ziele der FES sind „die politische Erneuerung der sozialen Demokratie, politische Teilhabe und gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken, die Wirtschafts- und Sozialordnung gerecht zu gestalten, den Dialog zwischen Gewerkschaften und Politik zu vertiefen sowie die Globalisierung gerecht zu gestalten“ (Massing 2015; vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung 2016).

Die **Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS)** wurde im Jahr 1955 gegründet – damals als ‚Gesellschaft für christlich-demokratische Bildungsarbeit‘ – und trägt ihren aktuellen Namen seit 1964 (vgl. Barner 2016; von Vieregge 1977: 16; Konrad-Adenauer-Stiftung 2016a). Sie steht der CDU nahe (vgl. Barner 2016; Bartsch 2007: 283). Der Vorsitzende, derzeit Norbert Lammert, und der Generalsekretär, Michael Thielen, leiten den Vorstand der KAS. Unter den 55 Mitgliedern der Stiftung sind Bundeskanzlerin Angela Merkel sowie verschiedene ehemalige und aktuelle Ministerpräsidentinnen und -präsidenten, Bundesministerinnen und -minister und Staatssekretärinnen und -sekretäre zu finden. Im Kuratorium sitzen 26 Personen, inkl. einiger Parteigrößen wie ehemalige Bundespräsidenten. Die KAS hat ihren Sitz in Sankt Augustin bei Bonn und in Berlin (vgl. Konrad-Adenauer-Stiftung 2016b), und betreibt Auslandsbüros in mehr als 120 Ländern (vgl. Barner 2016; Bartsch 2007: 283). Im Jahr 2015 beschäftigte die Stiftung 581 Angestellte (vgl. KAS-JB-2015 2016: 92). Im Jahr 2015 erhielt die KAS Zuwendungen des Bundes in Höhe von 138 Millionen Euro, der Länder und Kommunen (2,4 Millionen) und sonstige Zuwendungen (3,9 Millionen). Dazu kommen Erträge aus Fonds in Höhe von 748.000, Spenden mit 327.000, Teilnehmergebühren von 2,1 Millionen und andere Einnahmen über 1,7 Millionen (vgl. ebd.: 103). Die KAS setzt sich „durch politische Bildung für Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit ein“ (Massing 2015). Sie fördert „die freiheitliche Demokratie, die soziale Marktwirtschaft sowie die Entwicklung und Festigung eines Wertkonsenses“ (ebd.).

Die **Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FNF)** wurde 1958 gegründet und trägt ihren aktuellen Namen seit 2007 (vgl. von Vieregge 1977: 16; Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit 2016a)⁴⁵. Die FNF steht der FDP nahe (vgl. Massing 2015), und ihr stehen der Vorsitzende, Karl-Heinz Paqué, und der Geschäftsführer, Steffen Saebisch, vor. Das Kuratorium der FNF besteht aus 21 Mitgliedern, inkl. dem Vorsitzenden Jürgen Morlok und Alexander Graf Lambsdorff, dem ehemaligen Vize-Präsidenten des Europäischen Parlaments, sowie aktuellen und ehemaligen Bundes- und Landesministerinnen und -ministern, Parteivorsitzenden und Staatssekretärinnen und -sekretären. Die Zentrale der FNF ist in Berlin (vgl. Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit 2016b), und sie betreibt Büros in mehr als 60 Ländern weltweit (vgl. Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit 2016b; Bartsch 2007: 83). Die Stiftung beschäftigte 2015 211 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (vgl. FNF-JB-2015 2016: 41). Die Einnahmen der FNF für 2015

45 Bis 2007 hieß die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit nur Friedrich-Naumann-Stiftung, weshalb sie in der Literatur bis 2007 mit FNSt abgekürzt wurde und nun meist FNF genannt wird (vgl. FNF-JB-2011: 12: 1061-12: 1169).

beliefen sich auf einen Etat von rund 51 Millionen Euro. Darin enthalten sind Zuwendungen des BMZ (25 Millionen), des BMI (11,8 Millionen), des AA (6,4 Millionen), des BMBF (7,1 Millionen), knapp 1 Million von den Ländern sowie 1,3 Millionen von EU und Drittmitteln aus dem Ausland. Hinzu kommen 7 Millionen von sonstigen Gebern (vgl. FNF-JB-2015 2016: 40). Die FNF will „Wissen im Sinne der liberalen, sozialen und nationalen Ziele Friedrich Naumanns [...] vermitteln, Persönlichkeitswerte lebendig [...] erhalten und moralische Grundlagen in der Politik [...] festigen“ (Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit 2014; vgl. Massing 2015). Dabei geht es ihr darum, dass die Zahl der selbstbewussten, politisch aktiven Bürgerinnen und Bürger wächst (vgl. Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit 2016b).

Die **Hanns-Seidel-Stiftung (HSS)** wurde 1967 gegründet und nach dem ehemaligen bayerischen Ministerpräsidenten benannt (vgl. Klingsbögl 2016a; Hanns-Seidel-Stiftung 2016). Sie steht der CSU nahe (vgl. Hanns-Seidel-Stiftung 2016) und umschreibt ihre Arbeit mit dem Motto ‚Im Dienst von Demokratie, Frieden und Entwicklung‘ (vgl. ebd.). Dem Vorstand der HSS stehen Ursula Männle, Staatsministerin a.D., sowie Markus Ferber und Alois Glück als ihre Stellvertreter vor. Die Geschäftsführung liegt bei Oliver Jörg. Unter den 35 Mitgliedern sind bspw. Horst Seehofer, Edmund Stoiber und Theo Waigel zu finden. Sie beschäftigte im Jahr 2015 283 Angestellte (vgl. HSS-JB-2015 2016: 55). Das Institut für internationale Zusammenarbeit besteht seit 1973 und organisierte im Jahr 2014 mehr als 100 Projekte in 64 Ländern (vgl. Hanns-Seidel-Stiftung 2016; Klingsbögl 2016a; Klingsbögl 2016b; Bartsch 2007: 283). Der Etat der HSS belief sich 2015 auf ungefähr 60 Millionen Euro. Dieser gliedert sich in 52 Millionen Zuwendungen und Zuschüsse – diese wiederum in Zuwendungen des Bundes (47 Millionen), Bayerns (1,8 Millionen) und solcher von sonstigen Zuwendungsgebern (2,8 Millionen) –, Spenden (25.000), Erträge aus Anlagevermögen (1,9 Millionen), Teilnehmergebühren (1 Million), den Geschäftsbetrieb der Bildungszentren (2,6 Millionen), sonstige Einnahmen (1,8 Millionen) und die Minderung der Rücklagen für nutzungsgebundene Mittel (65.000) (vgl. HSS-JB-2015 2016: 58). Die HSS fördert „die demokratische und staatsbürgerliche Bildung des deutschen Volkes auf christlicher Grundlage“ (Massing 2015). Grundlage dieser Arbeit ist ein Menschenbild, das eine freie Persönlichkeitsentfaltung und die Eigenverantwortung des Einzelnen, wie seine soziale Verantwortung und Solidarität, umfasst (vgl. Hanns-Seidel-Stiftung 2016).

Die **Heinrich-Böll-Stiftung (HBS)** steht der Partei Bündnis 90/Die Grünen nahe (vgl. Heinrich-Böll-Stiftung 2016b) und ging 1997 aus dem Stiftungsverband Regenbogen hervor. Unter dessen Dach existierten bis dahin Buntstift (Göttingen), Frauen-Anstiftung (Hamburg) und die ‚alte‘ Heinrich-Böll-Stiftung (Köln) (vgl. Heinrich-Böll-Stiftung 2016a; Pogorelskaja 2009: 13; Bartsch 2007: 288). Die Grünen begannen erst Ende der 1980er Jahre damit, eine gemeinsame Stiftungsstruktur aufzubauen. Zuvor hatten sie versucht, das etablierte Modell zur Finanzierung der Stiftungen mit öffentlichen Geldern vor dem BVerfG zu bekämpfen (vgl. Bartsch 2007: 288). Der HBS stehen Barbara Unmüßig und Ellen Ueberschär als Vorsitzende sowie Livia Cotta als Geschäftsführerin vor. Die Mitgliederversammlung der HBS besteht aus 49 Mitgliedern, darunter Bundes- und Europa-abgeordnete, Landesvorsitzende und -geschäftsführer der Grünen. Allerdings fällt auf, dass keine Partei- oder Fraktionsvorsitzende unter den Mitgliedern sind. Außerdem gibt es einen Aufsichtsrat, der aus neun Personen besteht, einen Frauenrat, in dem zehn Frauen sitzen, und Fachbeiräte. Die Zentrale der HBS ist in Berlin (vgl. Heinrich-Böll-Stiftung 2016b), sie kooperiert für die Inlandsarbeit mit 16 Landesstiftungen, unterhält 29 Regionalbüros, und arbeitet mit 160 Projektpartnern in mehr als 60 Ländern zusammen (vgl. Heinrich-Böll-Stiftung 2016b; Bartsch 2007: 283). Die Stiftung beschäftigte 2015 251 Angestellte (vgl. HBS-JB-2015 2016: 53). Im Jahr 2015 verfügte die HBS über einen Etat von etwa 58 Millionen Euro. Darunter sind 65,60 Prozent an Projektmitteln vom Bund und der EU sowie 34,07 Prozent an Globalmitteln und Verwaltungskostenzuschüssen. Hinzu kommen Drittmittel von 0,2 Prozent und sonstige Einnahmen von 0,13 Prozent (vgl. ebd.: 48). Die HBS „versteht sich als Teil der ‚grünen‘ politischen Grundströmung. Sie basiert auf den Grundwerten Ökologie und Nachhaltigkeit, Demokratie und Menschenrechte, Selbstbestimmung und Gerechtigkeit“ (Massing 2015). Dabei kommen der gesellschaftlichen Emanzipation und der Gleichberechtigung von Männern und Frauen sowie von kulturellen und ethnischen Minderheiten neben der politischen Partizipation von Immigranten eine besondere Bedeutung zu. Sie fördert eine demokratische Zivilgesellschaft im In- und Ausland (vgl. Massing 2015; Heinrich-Böll-Stiftung 2015).

Die **Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS)** besteht seit 1990, ging aus dem Verein ‚Gesellschaftsanalyse und politische Bildung‘ hervor und steht der Partei Die Linke nahe (vgl. Thimmel 2013: 13). Sie „hatte es nicht leicht, sich zu etablieren“ (Pogorelskaja 2009: 13), da sie – wie die Partei, der sie nahesteht – lange Zeit unter dem Generalverdacht kommunistischer Einflussnahme stand (vgl. ebd.: 14). Im Gegensatz zu den anderen Stiftungen erhielt die RLS erst ab 1998 Förderungen aus Bundesmitteln. Alle anderen Parteien

waren, im Vergleich zu den Vorläufern der Partei Die Linke, bereits mehrere Jahre im Bundestag vertreten als ihre Stiftungen gegründet wurden. Bevor sie aus öffentlichen Mitteln finanziert werden konnte, sollte gezeigt werden, dass es sich um eine relevante politische Grundströmung handelt, die über mehrere Jahre bestehen würde. Mittlerweile bestreitet laut Bartsch jedoch niemand mehr, dass sowohl HBS als auch RLS das vorher bestehende Angebot der Stiftungen bereichern (vgl. Bartsch 2007: 288). Dem Vorstand der RLS, bestehend aus 14 Mitgliedern, gehören die Vorsitzende, Dagmar Enkelmann, und ihre Stellvertreter, Sabine Reiner und Thomas Händel, sowie Geschäftsführer Florian Weis an. Die Mitgliederversammlung besteht aus 130 Personen, inkl. amtierender und ehemaliger Parteivorsitzender, Fraktionsvorsitzender und Ministerpräsidentinnen und -präsidenten. Darüber hinaus gibt es einen wissenschaftlichen Beirat, der derzeit aus 15 Mitgliedern aus der Forschung besteht, und einen Rat der Landesstiftungen, in dem die 15 autonomen Landesstiftungen vertreten sind. Der Sitz der RLS ist in Berlin (vgl. Rosa-Luxemburg-Stiftung 2016), und sie unterhält 17 Büros im Ausland (vgl. Thimmel 2013: 14). Im Jahr 2015 hatte die RLS 212 Angestellte (vgl. RLS-JB-2015 2015: 73). Die Stiftung verwaltete 2015 einen Etat von 52 Millionen Euro. Dieser speist sich zu etwa 45 Prozent aus Zuwendungen des BMZ, rund 23 Prozent stammen aus dem BMI sowie circa 21 Prozent vom BMBF. Das AA wendete ungefähr zehn Prozent für Projekte und zwei Prozent für Stipendien auf (vgl. ebd.: 83f). Die RLS ist im demokratischen Sozialismus angesiedelt und will Ort kritischer Analyse des Kapitalismus sein (vgl. Massing 2015). Sie engagiert sich in der politischen Bildungsarbeit, der internationalen Verständigung und Zusammenarbeit, der Förderung von begabten und engagierten jungen Menschen durch Stipendien, in der Wissenschaft und Forschung mit gesellschaftspolitischer Zielsetzung, der Förderung von Kunst und Kultur und in der Dokumentation der demokratisch-sozialistischen Bewegung (vgl. Rosa-Luxemburg-Stiftung 2012).

Im Anhang⁴⁶ sind die Mitarbeiterzahlen und die Etats der Stiftungen von 2011 bis 2015 noch einmal vergleichend dargestellt. Bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wird schnell deutlich, dass es zwei Untergruppen bei den Stiftungen gibt. Die FES und KAS haben deutlich mehr Angestellte als die übrigen Stiftungen. Dazu passen auch die Etats der Stiftungen, die bei den beiden großen Stiftungen deutlich größer ausfallen als bei den kleinen.

46 S. Tabellen 1 und 2 sowie Abbildungen 5 und 6 im Anhang.

4.4.2 Was fördern sie?

Die Stiftungen fördern im Inland das politische Engagement der Bürgerinnen und Bürger⁴⁷ sowie den akademischen Nachwuchs, und im Ausland helfen sie bei der EZ und betreiben DF (vgl. Massing 2015). Letzteres tun sie, indem sie Personen, Institutionen oder Organisationen unterstützen, die in politischer, sozialer oder wirtschaftlicher Hinsicht demokratische Prozesse oder die politischen bzw. sozialen Bedingungen eines Landes beeinflussen können (vgl. Bartsch 1998: 189). Grundlage der internationalen Stiftungsarbeit ist seit den 90er Jahren ein ‚außenpolitischer Konsensus‘ der deutschen Parteien, der auf eine weitgehende Harmonisierung in außenpolitischen Grundsatzfragen unabhängig von parteilicher Ideologie abzielt (vgl. Pogorelskaja 2002). Das bedeutet aber nicht, dass die Stiftungen im Ausland unideologisch agieren – im Gegenteil. Ihre Werte sind es, die die Grundlage dieses Engagements bilden. Nach ihnen setzen sie ihre Prioritäten. Da die Stiftungen über begrenzte Kapazitäten verfügen, müssen sie sich thematisch und regional spezialisieren (vgl. Pogorelskaja 2009: 145). Absprachen unter den Stiftungen zu regionaler Arbeitsteilung gibt es aber nicht (vgl. Bartsch 2007: 283; Bartsch 1998: 188). Generell betätigen sich die Stiftungen v. a. in den Bereichen der guten Regierungsführung, der politischen Mitwirkung der zivilen Gesellschaft (vgl. Ehm 2015: 10f), der Entwicklung von Marktwirtschaft und Demokratie (vgl. Pogorelskaja 2002) und der Krisenprävention, was auch als Kulturarbeit im engen Sinne bezeichnet wird. Diese ist häufig in langfristigen Projekten angelegt (vgl. Pogorelskaja 2009: 144).

Zentrale Wirkungsfelder der Stiftungen sind die politische Bildungsarbeit, die Beratung von Organisationen und Einrichtungen, das Erstellen von Informationsmaterial und die Organisation von Auslands- und Deutschlandreisen (vgl. ebd.: 37). Neben entwicklungspolitischen und demokratiefördernden Projekten organisieren sie auch krisenpräventive und konfliktbewältigende Programme (vgl. ebd.: 146). In den vergangenen Jahren hat die Krisenprävention einen Aufschwung erfahren. Dabei nehmen die Stiftungen eine Demokratisierung des Sicherheitssektors in den Blick, wobei Institutionen, die für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger sorgen – wie Armee, Polizei oder Geheimdienste –, reformiert werden sollen. Die Krisenprävention manifestiert sich außerdem in der Beratung von Regierungen, der Förderung von lokalen Friedensprojekten und der Fortbildung von Fach- und Führungspersonal. Der wichtigste Aspekt der Krisenprävention ist jedoch

47 „Der frühere Bundespräsident Roman Herzog bezeichnete einmal die ‚Erziehung zur Demokratie‘ als ‚permanente und eigentliche Aufgabe der politischen Stiftungen‘“ (Hanns-Seidel-Stiftung 2016).

der traditionelle Arbeitsbereich der Stiftungen: die Förderung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft (vgl. ebd.: 140ff). Dadurch soll erreicht werden, dass konfliktträchtige Regionen weniger Einmischung von Seiten der internationalen Gemeinschaft bedürfen und damit selbst zu „entsprechenden Staaten und Gesellschaften“ (ebd.: 140) werden. Die Arbeit der Stiftungen kann allerdings nicht nur nach den Einsatzbereichen unterschieden werden, sondern auch nach den Zielländern, in denen sie tätig sind. In Postkonfliktstaaten helfen die Stiftungen bspw. dabei, Konflikte zu glätten. In Transformations- und Entwicklungsstaaten fördern sie demokratische und rechtsstaatliche Strukturen. Dabei gehen sie nicht wertneutral vor, sondern arbeiten mit ideologisch nahestehenden Personen und Gruppen zusammen (vgl. ebd.: 183f).

Der Parallelität der Stiftungen in der internationalen Arbeit ist die Vorstellung inhärent, dass eine offene Auseinandersetzung zwischen politischen Strömungen und die Möglichkeit zu Wettbewerb und Kooperation zentrale Aspekte der demokratischen Willensbildung sind. Ernst-Otto Czempiel hat die Stiftungen deshalb als ‚Grenzgänger zwischen Staatenwelt und Gesellschaftswelt‘ bezeichnet (vgl. Bartsch 2007: 282f; Bartsch 1998: 185, 193). Der unterschiedlichen ideologischen Prägung der Stiftungen und damit ihrer Nähe zu den deutschen Parteien wird v. a. in ihrer gesellschaftspolitischen Arbeit Ausdruck verliehen, wodurch die pluralistische, deutsche politische Kultur in allen Stiftungsprojekten vorhanden ist. Darüber hinaus gibt es Fachprojekte, wie die Berufsbildung bei Polizei und Zoll der HSS (vgl. Pogorelskaja 2009: 37). Hinzu kommt ein Trend der vergangenen Jahre, bei dem zunehmend mit Organen der Staaten der jeweiligen Zielländer zusammengearbeitet wird, was sich sogar als direkte Beratung der jeweiligen Regierungen äußern kann (vgl. Pogorelskaja 2002). Nicht tätig sind die Stiftungen jedoch im sozialen Bereich, wie dies NGOs tun (vgl. Pogorelskaja 2009: 37). Kritischer als bei Pogorelskaja und Bartsch wird die Aktivität der Stiftungen im Ausland hingegen von Journalistinnen und Journalisten eingeschätzt: „Was genau die Stiftungen im Ausland eigentlich treiben, weiß man nicht“ (Rude 2014). Zu einer ähnlichen Bewertung gelangen Lutz und Müller: „Der Bürger hat praktisch keinen Einblick. Und weil die Einrichtungen unter besonderem Schutz der Politik stehen, sind staatliche Kontrollbehörden oft machtlos, wenn sie Unregelmäßigkeiten abstellen wollen“ (Lutz / Müller 2014a).

4.4.3 Wen fördern sie?

Bei den Projekten der Stiftungen geht es oft darum, zur Entwicklung von Stabilität, Demokratie und Marktwirtschaft beizutragen sowie (potenziellen) Krisen (präventiv) entgegenzuwirken (vgl. Pogorelskaja 2009: 32). Dabei ist zunächst auszuwählen, in welchem Land sich eine Stiftung engagieren will und mit welchen Partnern sie zusammenarbeiten möchte. In einem Staat wird eine Stiftung von den Behörden registriert. Da die Stabilität ihrer Arbeit von einem guten Verhältnis zum Gastland entscheidend abhängt, sind die Stiftungen daran interessiert, unter einem positiven Status gelistet zu sein (vgl. ebd.: 39). Bei der Länderauswahl beschränken sich die Stiftungen keinesfalls nur auf ein Kriterium. Die HSS fördert bspw. weiterhin ein Land wie Südafrika, obwohl es diesem wirtschaftlich gut genug geht, damit es selbst Entwicklungshilfegeber sein kann. Dies geschieht laut Wertreicher deshalb, da die Stiftungen sich in ihrer Bewertung eines Landes nicht nur auf ökonomische Aspekte konzentrieren, sondern auch auf gesellschaftspolitische. In Südafrika herrsche z. B. immer noch eine tiefe wirtschaftliche und soziale Spaltung vor, was sich in Arbeitslosigkeit und Armut, Ungleichheit, Gewalt und Kriminalität sowie in der Verbreitung von HIV/Aids äußere (vgl. Wertreicher 2015: 71).

Die Auswahl der Partner einer Stiftung zählt häufig zu den umstrittenen Aspekten ihrer Tätigkeit, da es sich meist um Personen oder Organisationen handelt, die der Stiftung und ihrer Partei ideologisch nahestehen (vgl. Pogorelskaja 2009: 23). Welche Partner sich eine Stiftung sucht, hängt stets von den Umständen im Gastland ab. Generell erfordert jede Zusammenarbeit zwischen Stiftung und Partnern ein gewisses Maß an Vertrauen, da beide voneinander abhängig sind (vgl. ebd.: 39). Bspw. galt in den ehemaligen Ostblockstaaten v. a. die FES als akzeptierter Gesprächspartner, wo andere eher abgeblockt wurden (vgl. Pogorelskaja 2002). Eine Partei im Zielland kann selbst jedoch nicht Partner einer Stiftung werden – sie kann allerdings mit der deutschen Partei, die der Stiftung nahesteht, zusammenarbeiten. Die Stiftung wiederum kann die der Partei nahestehenden Organisationen unterstützen. Bei ausländischer Parteienfinanzierung ziehen die Stiftungen jedoch sehr klare Grenzen, da es sich bei einer direkten Finanzierung um eine Einmischung von außen handeln würde, die ihren Status vor Ort gefährden könnte (vgl. Pogorelskaja 2009: 43ff; Bartsch 2007: 285). Zu den Stiftungspartnern zählen außerdem nicht-staatliche Organisationen, die am Aufbau oder an der Weiterentwicklung von Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechten interessiert sind (vgl. Klein 2002; Bartsch 1998: 189). Dies sind häufig Gewerkschaften, Unternehmerverbände,

Hochschuleinrichtungen und Forschungsinstitute (vgl. Pogorelskaja 2009: 32f; Bartsch 1998: 189). Mit Regierungen arbeiten die Stiftungen auch zusammen – und zwar in Entwicklungs-, Transformations- oder Industriestaaten (vgl. Pogorelskaja 2009: 47). Dies wird allerdings nicht immer gerne öffentlich präsentiert. Als Zielpersonen gelten solche, die als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren fungieren können. Dazu gehören Journalistinnen und Journalisten, Politikerinnen und Politiker, Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, Dozentinnen und Dozenten sowie Angestellte kommunaler Verwaltungen (vgl. Pogorelskaja 2002). Angehörige sozial schwächerer Schichten zählen i. d. R. nicht zu Zielpersonen oder Partnern. Dies lässt sich auch als Drang nach oben beschreiben, hin zu Führungs- und Machtschichten in den Gastländern, was die Stiftungen prinzipiell von nicht-politischen NGOs unterscheidet (vgl. Pogorelskaja 2009: 38, 47). Dadurch können die Stiftungen bei „diversesten Zielgruppen [...] unauffällig, intelligent und dezent für Gedankengut und Politik ‚ihrer‘ Partei“ (ebd.: 23) werben.

Neben Zielpersonen oder Partnerorganisationen kann die Frage nach dem ‚Wen‘ auch regional beantwortet werden. Nicht in jedem Land sind Stiftungen mit einem eigenen Büro vertreten; eine auf Dauer angelegte Projektarbeit beginnt aber meist mit dem Aufbau eines Büros vor Ort (vgl. ebd.: 35). Zunächst engagierten sich die Stiftungen in Entwicklungs- und Schwellenländern in Afrika, Asien und Lateinamerika (vgl. Pogorelskaja 2002; Pogorelskaja 2009: 29). Mittlerweile haben sie regionale Schwerpunkte in der internationalen Arbeit entwickelt. Bei der KAS und der HBS sind dies Lateinamerika. Die HSS engagiert sich v. a. in Asien. FES und FNF sind laut Bartsch ausgeglichener in ihrem Mitteleinsatz. Jede der Stiftungen wendet zwischen 15 und 20 Prozent ihres Budgets für die Staaten in Mittelost-, Südost-, Osteuropa sowie die asiatischen Teile der ehemaligen Sowjetunion auf. Außerdem gibt es international isolierte Länder sowie Klein- und Zwergstaaten, in denen keine Stiftung vertreten ist, was jedoch nicht bedeutet, dass die Stiftungen Länder mit schwierigen Bedingungen meiden (vgl. Bartsch 2007: 283f). Die Büros der FES und der KAS in Moskau und St. Petersburg wurden bspw. im März 2013 durchsucht. Die Auslandsbüros der Stiftungen geraten immer wieder ins Visier von staatlichen Behörden – meist lautet der Vorwurf, dass sich die Stiftungen in innere Angelegenheiten des betreffenden Staates eingemischt hätten (vgl. Rude 2014). Einer potenziellen Einmischung vor Ort soll das Distanzgebot, das das BVerfG einst formulierte⁴⁸, Grenzen setzen. Die Stiftungen sollen sich demnach z. B. nicht in den Wahlkampf im Zielland

48 S. dazu <https://www.swr.de/-/id=19517488/property=download/nid=233454/dilceb/urteil.pdf>.

einmischen. Solche Formulierungen lassen jedoch stets einen gewissen Interpretationsspielraum. Eine Einmischung muss bspw. nicht auf die finanzielle Unterstützung einer wahlkämpfenden Partei beschränkt sein. Auch Seminare, die die Planung eines Wahlkampfes thematisieren, könnten als ideelle Einmischung angesehen werden. Das Verständnis davon, was eine Stiftung wirklich tun kann, hängt also auch vom Interpretierer ab, d. h. vom jeweiligen Gastland (vgl. Pogorelskaja 2009: 46f; Andersen / Woyke 2013). Beispiele hierfür waren die Türkei 2002 und 2003, wo die Stiftungen wegen geheimdienstlicher Aktivität angeklagt, schließlich aber freigesprochen wurden (vgl. Bartsch 2007: 283), und der Vorwurf aus der ehemaligen Sowjetunion, die Stiftungen hätten durch ihre bildungspolitische Arbeit am Putsch in Chile mitgewirkt (vgl. Pogorelskaja 2002). „Im Grunde kön-nen unter dem Begriff ‚Einmischung‘ die ganze ‚Demokratieförderung‘ in den Entwicklungs- und Transformationsstaaten und auch einige Projekte, die die Stiftungen bei den westlichen Verbündeten durchführen, untergebracht werden“ (Pogorelskaja 2009: 47). Dafür geben die Stiftungen selbst häufig genug Anlass. Die HBS arbeitet sogar unter dem Motto „Einmischung ist die einzige Möglichkeit, realistisch zu bleiben“ (ebd.).

4.4.4 Wann, wie lange und wie fördern sie?

In der Literatur ist kein bestimmter Zeitpunkt auszumachen, in dem die Stiftungen mit ihrer Förderung beginnen, weil sie sowohl in etablierten Demokratien als auch in neuen Demokratien, Transformationsstaaten oder Autokratien vertreten sind. Eine Förderungsdauer ist auch nicht erkennbar, da einmal geöffnete Büros nur selten wieder geschlossen werden. Wenn dieser Fall eintritt, dann scheint es sich meist um finanzielle Überlegungen von Seiten der Stiftungen zu handeln, oder es geht um die Sicherheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die die Stiftung nicht länger gewährleisten kann.

Zum ‚Wie‘ gibt es in der Literatur hingegen mehr Informationen. Ein Projekt einer Stiftung ist ein dauerhaft angelegtes System von Maßnahmen, das auf die Erreichung gesellschaftlich-politischer oder ordnungspolitischer Ziele ausgerichtet ist. Dafür wird, wie erläutert, mit Partnern vor Ort zusammengearbeitet (vgl. Pogorelskaja 2009: 35). Die Stiftungen können sich, da sie keine offiziellen staatlichen Institutionen sind, auf andere Art und Weise und flexibler engagieren als dies bspw. deutschen Botschaften möglich ist (vgl. Andersen / Woyke 2013; Pogorelskaja 2009: 29, 31, 47). Sie sind nicht abhängig

vom Zeitgeist oder von ökonomischen Überlegungen, was ihnen einen größeren Handlungsspielraum eröffnet (vgl. von Vieregge 1977: 63).

Obwohl die Projekte in der Ausführung oder im Aufbau nur wenig voneinander abweichen (vgl. Bartsch 1998: 189), sind in der Herangehensweise der Stiftungen trotzdem Unterschiede erkennbar. Die KAS leitet bspw. häufig Mittel an einheimische Partner weiter und berät diese zu deren Verwendung. Sie gerät laut von Vieregge deshalb in Verdacht, lediglich als „Finanzierungs- und Propaganda-Institut“ (von Vieregge 1977: 64) ihrer Partei zu fungieren. Die FES arbeite kapitalintensiv und langfristig und setze auf Präsenz vor Ort, wodurch sie sich stärker im Zielland verankere (vgl. ebd.: 63). Dies berge jedoch auch Risiken. In Uganda habe sie sich unter Milton Obote „mit der Regierungspolitik weitgehend identifiziert“ (ebd.: 64), was für eine Stiftung zu Schwierigkeiten führen könne. Die Auslandsarbeit der Stiftungen unterliegt deshalb verschiedenen Prinzipien, um Verwicklungen oder Verdächtigungen entgegenzuwirken. Zum einen dürfen sie sich nicht in Auseinandersetzungen verschiedener Gruppen um die Regierungsgewalt einmischen, indem sie für eine Seite Partei ergreifen oder gewisse Kandidatinnen und Kandidaten fördern. Zum anderen dürfen sie innenpolitische (Flügel-)Kämpfe ‚ihrer‘ Parteien nicht ins Ausland tragen und ihre Arbeit davon beeinflussen lassen. Diplomatische Beziehungen der Bundesrepublik und des jeweiligen Gastlandes dürfen nicht beeinträchtigt werden – z. B. durch den Eindruck, dass sich die Stiftungen in innere Angelegenheiten des Zielandes einmischen, um deutsche Interessen voranzutreiben. Hierzu gehört auch, dass die Stiftungen nur solche Partnerorganisationen fördern, die von der jeweiligen Regierung geduldet werden (vgl. Pogorelskaja 2009: 40f).

Zu den Instrumenten der Stiftungsarbeit gehören „Tagungen, Konferenzen, Bildungsseminare, Experteneinsätze, also alles, wodurch die Projektziele erreicht werden können. Eine besondere Rolle spielt der politische Dialog“ (ebd.: 40). Sie veranstalten Seminare zur politischen Bildung (vgl. Uhlmann 2009: 62), engagieren sich im Aufbau von Medien- und Informationssystemen sowie von Forschungseinrichtungen mit wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Schwerpunkten, fördern ausländische Stipendiatinnen und Stipendiaten und organisieren Informationsreisen (vgl. Bartsch 1998: 189). Durch ihre Politikberatung, die je nach Zielland bis zu Regierungen oder Staatspräsidenten reichen kann (vgl. ebd.: 189f), betreiben sie Außenpolitik im weiteren Sinne (vgl. Pogorelskaja 2002). Durch andere Veranstaltungen bewegen sie sich aber auch in einem nebenpolitischen Raum (vgl. Pogorelskaja 2009: 23). Diese Instrumente haben die Stiftungen in den ersten

Jahren ihrer internationalen Arbeit, also den 1960er Jahren, erlernt und seither beibehalten (vgl. Pogorelskaja 2002; Pogorelskaja 2009: 29). Da die Entwicklungspolitik damals unweigerlich an die ideologische Systemkonkurrenz der Block-Konfrontation gekoppelt war, handelte es sich dabei eher um einen „Export“ der Ordnungsmodelle“ (Pogorelskaja 2009: 31). Die Länder, in denen sich die Stiftungen betätigten, wollten sich jedoch von staatlicher DF politisch nicht binden lassen, weshalb die Bundesrepublik laut Pogorelskaja nach Mitteln und Wegen suchte, „die über die üblichen außenpolitischen Methoden hinausgehen würden“ (ebd.). Hierbei war die gesellschaftspolitische Bildung ein idealer Ansatzpunkt, da demokratischer Nachwuchs der politischen Führung im jeweiligen Ziel-land gefördert werden konnte. Die Stiftungen brachten sich für diese Aufgabe laut Pogorelskaja in den 1960ern selbst ins Spiel. Und in eben dieser politischen Bildung engagieren sich die Stiftungen mit spezifischen Partnern bis heute (vgl. Bartsch 2007: 285; Pogorelskaja 2009: 29; Kolb 2007: 18). Durch ihre unterschiedlichen ideologischen Ausrichtungen können die Stiftungen auf diese Art auch als einzige Akteure mit Oppositionsparteien kooperieren (vgl. Kolb 2007: 18; Hanisch 1996b: 62). Zur Bildungsarbeit gehören neben der Semindurchführung oder Ähnlichem auch die „Beschaffung von Lehr- und Lernmitteln, die Vergabe von Forschungsvorhaben, Personal- und Verwaltungskosten einschließlich Einrichtungs- und Ausstattungskosten, der Bau oder Kauf neuer Bildungsstätten etc.“ (Pogorelskaja 2009: 19). Die politische Bildung kann im weiteren Sinne als Teil der DF gesehen werden.

„Das weite, aber aufgrund seiner politischen Implikationen auch sensible Aktionsfeld der Förderung von Demokratie und *Good Governance* [...] decken die politischen Stiftungen in bemerkenswerter Breite ab“ (Bartsch 2007: 284). Sie fördern die Herausbildung, die Stärkung und Professionalisierung von Institutionen und Verfahren des demokratischen Systems – bspw. Wahlen, Parlamente, Verfassung und Gesetzgebung – und unterstützen einen offenen und kompetitiven, politischen Raum – durch die Stärkung der vorhandenen Zivilgesellschaft sowie von Interessengruppen, Parteien, Gewerkschaften, Verbänden und Medien. Darüber hinaus engagieren sie sich in der Modernisierung der Verwaltung, der Dezentralisierung, der Förderung des Rechtsstaats und in der Reform des Sicherheitsbereichs sowie in der Konfliktbewältigung und der Krisenprävention (vgl. ebd.). Die Stiftungen gestalten „einen umfangreichen Wissenstransfer und Erfahrungsaustausch“ (ebd.) auf diesen Gebieten. Dieser kann je nach Thema stärker beratend oder stärker dialogorientiert ausfallen. Hierzu werden Konferenzen, Seminare, *Workshops*, wissenschaftliche Forschungen, Publikationen, Förderung von Personal- und Sachmit-

teln, Kurzzeitexpertinnen und -experten, Stipendien und Informationsreisen eingesetzt. Die Reichweite der Instrumente wird stets durch die (politischen) Bedingungen vor Ort bestimmt. So müssen in der Liberalisierungsphase der Demokratisierung bspw. andere Mittel verwendet werden als in der Konsolidierungsphase (vgl. Bartsch 2007: 284; Pogorelskaja 2009: 127). Die Instrumente der Stiftungen können sich jedoch auch innerhalb eines Landes unterscheiden, wenn sie sich an verschiedene Partner richten. Parlamente werden z. B. eher beraten und Regierungen eher bei der Verwaltungsorganisation oder Umsetzung von Gesetzen unterstützt (vgl. Ehm 2015: 11). Die Stiftungen organisieren aber auch zunehmend Veranstaltungen, die sich „sowohl vom traditionellen europäischen und transatlantischen Elitendialog als auch von der konventionellen entwicklungspolitischen Arbeit abheben“ (Bartsch 2007: 287). Es handelt sich um Dialogprozesse zu Themen wie Armut oder Umwelt, die die Partnerländer einbeziehen (vgl. ebd.) und so zu einer globalen Öffentlichkeit führen sollen (vgl. Klein 2002). Dieser Facettenreichtum gilt als eine große Stärke der Stiftungen (vgl. Klasen 2012: 13). Sie verfallen dabei jedoch hin und wieder einer kleinteiligen „Projektitis“ (Eberlei 2002), bei der sie sich in ihrer Entwicklungsarbeit vollkommen auf kleinere Maßnahmen fokussieren (vgl. ebd.). Als Schwächen der Stiftungen werden außerdem Insuffizienz beim Mitteleinsatz, Partikularismus bei der ausschließlichen Förderung von Gruppierungen, die ähnliche Werte wie die jeweilige Stiftung aufweisen, Paternalismus und Dilettantismus, was Entscheidungsprozesse und -träger anbelangt, und eine mangelnde Transparenz, die sich auf Fragen der Effektivität und der Legitimität ihrer Arbeit bezieht, angesehen (vgl. Klasen 2012: 13).

Einen besonderen Stellenwert nehmen die Kontakte und Netzwerke ein. Durch diese eröffnet sich den Stiftungen ein Zugang zu Entscheidungsträgerinnen und -trägern sowie Entscheidungsebenen, die anderen Akteuren verwehrt bleiben und die ihre Stärke ausmachen (vgl. Ehm 2015: 9)⁴⁹. Zu künftig relevanten Personen oder Gruppen bauen die Stiftungen ebenfalls Kontakte und damit Vertrauen auf, die der deutschen Außenpolitik eine Vernetzung ermöglichen (vgl. Bartsch 2007: 286). Um eine zu intensive Nähe zwischen Stiftungsmitarbeiterinnen und -mitarbeitern und Eliten im Gastland zu vermeiden, sind die Einsatzzeiten der Büroleiter meist auf maximal fünf Jahre begrenzt (vgl. Pogorelskaja 2009: 39). Weiterhin ist die pluralistische Herangehensweise allen Stiftungen gemein. Dadurch, dass jede Stiftung mit eigenen Partnern zusammenarbeitet, decken sie gemeinsam ein größtmögliches Spektrum in einem Gastland ab (vgl. Ehm 2015: 10).

49 S. dazu auch Bartsch 2007: 286; Bartsch 1998: 186; Kolb 2007: 18; Windfuhr 1999: 536.

Dass sie ideologisch unterschiedlichen Parteien nahestehen und trotzdem miteinander kompatible Demokratievorstellungen aufweisen, verleiht ihnen im Ausland eine besondere Authentizität und erlaubt ihren Partnern aufgrund ähnlicher politischer Einstellungen, leichter Vertrauen zu ihnen aufzubauen (vgl. Ehm 2015: 10)⁵⁰. Dadurch kommt es zu einem pluralistischen Dialogangebot, das eine offizielle Institution der Bundesrepublik so nicht bieten könnte (vgl. Bartsch 2007: 282). Um dieser Kompatibilität Ausdruck zu verleihen, kooperieren die Stiftungen hin und wieder. Gründe hierfür sind häufig eine Effektivitätssteigerung und Kompetenzergänzung (vgl. Hagedorn / Bischoff 2015: 7f). Damit es nicht zu Überschneidungen bei Projekten kommt, stimmen sich die Stiftungen ab und die Projekte werden durch das AA und BMZ begutachtet (vgl. Pogorelskaja 2009: 37).

4.4.5 Warum und mit welcher Wirkung fördern sie?

Die Auslandsarbeit der Stiftungen unterscheidet sich von derjenigen anderer NGOs, denen es primär darum geht, sich sozial und nicht politisch zu engagieren. „Die Stiftungen aber wollen mehr“ (Pogorelskaja 2009: 29). Ihr Fokus liegt auf der Gestaltung von Gesellschaft, Strukturen und Entscheidungsprozessen (vgl. ebd.). Sie wollen „mehr als reine Geldgeber“ (Klasen 2012: 11) sein. „Die zentrale Intention der Stiftungen [ist], die gesellschaftliche und politische Sphäre in den Zielländern zu beeinflussen und zu verändern“ (Bartsch 1998: 193) – und zwar nach ihrem eigenen Verständnis von Demokratie und Entwicklung (vgl. ebd.: 190). Sie können sich nur deshalb in dieser Art und Weise betätigen, weil sie in einer Nische aktiv sind, in der sich der Staat bislang nicht übermäßig engagiert hat – oder engagieren konnte – und aus der er sich laut Klasen sogar zunehmend zurückzieht. Gleichzeitig steigen die Herausforderungen an die Gesellschaft, weshalb die Bedeutung der Stiftungen zugenommen habe (vgl. Klasen 2012: 15). Dies heißt jedoch nicht, dass sie keine eigenen Interessen verfolgen. Trotzdem sollte der außen- und entwicklungspolitische Auftrag der Stiftungen laut Pogorelskaja über parteilichen Interessen stehen (vgl. Pogorelskaja 2009: 29). Sie fasst das ‚Warum‘ des Stiftungsengagements wie folgt zusammen: „Das, was die Stiftungen in der Dritten Welt tun, ist keine ‚Entwicklungshilfe‘, sondern Politik“ (ebd.).

50 S. dazu auch Bartsch 2007: 282f, 288; Bartsch 1998: 192; Pogorelskaja 2002; Felske 2011: 40; Kolb 2007: 18; Windfuhr 1999: 536.

Die Legitimität und Autonomie der Stiftungen begründen diese mit ihrem Selbstverständnis, den deutschen Pluralismus zu verkörpern (vgl. Ehm 2015: 9) und damit, dass sie einen wichtigen Beitrag leisten, den staatliche Stellen nicht erfüllen (können). Die Debatte um Legitimität und Einfluss der Stiftungen nimmt allerdings zu (vgl. Klasen 2012: 15). Sie seien bspw. nicht durch Wahlen legitimiert und würden hinter „dem Deckmantel der Vertretung allgemeiner Interessen“ (Klein 2002) partikulare Anliegen verfolgen, so lautet die Kritik. Außerdem wird vermutet, dass die Stiftungen über eine unterschätzte ökonomische Macht verfügen, die ihren politischen Forderungen Gewicht verleiht. Diese Kritik relativiert Klein jedoch, da NGOs generell über weit weniger Ressourcen verfügen als Staaten oder Wirtschaftsakteure (vgl. ebd.).

Mit welcher Wirkung?

Die Diskussion zur außen- und entwicklungspolitischen Tätigkeit der deutschen parteinahen Stiftungen wird „oft in emotionaler Weise“ (Pogorelskaja 2002) geführt. Dabei werden sie häufig für ein- und dasselbe gelobt und gerügt. Umstritten ist und bleibt jedoch die Frage, ob die internationale Arbeit der Stiftungen wirkt und effizient ist. Ihr Einfluss auf Transformationsprozesse wird in der westlichen Forschung aber als weitgehend positiv angesehen (vgl. ebd.). Bei der langfristig angelegten Programmarbeit der Stiftungen können keine kurzfristigen Ergebnisse erwartet werden (vgl. Patzelt 2015: 18). Die Wirksamkeit ihrer Arbeit hängt von verschiedenen Faktoren ab, bspw. davon, wie sie die Partner vor Ort behandeln. Ein Einbeziehen als gestaltende Akteure und nicht als Leistungsempfänger erhöht z. B. die Effektivität einzelner Projekte (vgl. ebd.). Um eine generelle Wirksamkeit der Projekte zu erreichen, empfiehlt Bischoff ein klares Profil sowie strategische Ziele der Stiftung festzulegen. Bei der Evaluation sollte der Fokus nicht nur darauf liegen, ob die Stiftung die gesteckten Ziele erreicht hat, sondern auch darauf, wie sie ihre Ziele erreicht und welche Alternativen es gibt (vgl. Bischoff 2013: 48). Für Pogorelskaja ist klar, dass das internationale Stiftungsengagement effizient ist. Dies lasse sich jedoch nicht unbedingt mittels Evaluationen ermitteln, da die Projekte der Stiftungen langfristig angelegt und Ergebnisse erst nach längerer Zeit erkennbar seien (vgl. Pogorelskaja 2009: 183). Auch Klasen rät zur Evaluation und daneben zur Wirkungsmessung, Professionalisierung, der Kooperation untereinander und zur Transparenz nach außen. Besonders Letzteres werde von Externen von den Stiftungen gefordert (vgl. Klasen 2012: 16f), da diese sich gerne abschirmen (vgl. Klein 2002). „Die parteinahen Stiftungen geben

weniger Innenleben preis, als dies eine Aktiengesellschaft aus rechtlichen Gründen zu tun gezwungen ist“ (von Vieregge 1977: 58). Dies habe mehrere Gründe: Die Stiftungen befürchten die Kritik der versteckten Parteienfinanzierung, die sich bereits in verschiedenen gerichtlichen Urteilen niedergeschlagen hat. Da sie keiner Informationspflicht nachkommen müssen, legen sie bspw. ihre Finanzen auch nur begrenzt offen. Damit zusammen hängt ein Imageschaden bei der Bevölkerung, den die Stiftungen befürchten. Die Bürgerinnen und Bürger könnten die Stiftungsfinanzierung auch als Finanzierung der Parteien aus öffentlichen Haushalten sehen (vgl. ebd.: 58f).

4.4.6 Akteure oder Instrumente der deutschen Außenpolitik?

Nach außen nehmen die Stiftungen die Rolle deutscher NGOs ein, da es das Stiftungswesen außerhalb Deutschlands nicht gibt. Dennoch passen sie nicht vollkommen in diese Kategorie (vgl. Massing 2015; Pogorelskaja 2002). Die Stiftungen betonen, dass sie daran interessiert sind, Gesellschaft und Politik in Zielländern zu beeinflussen und zu verändern (vgl. Bartsch 1998: 188, 193), was ihnen unter den deutschen Akteuren zur DF „einen herausragenden Stellenwert“ (Uhlmann 2009: 59) einbringt. Obwohl in den ersten Jahren ihrer Tätigkeit nicht vorgesehen, hat sich das internationale Engagement der Stiftungen zu einem wichtigen Teil ihrer Arbeit entwickelt. Die Ausgaben hierfür übersteigen mittlerweile sogar die Kosten für die Inlandsarbeit (vgl. Bartsch 2007: 283; Bartsch 1998: 187f). Die Stiftungen haben eigene Abteilungen für ihre Auslandstätigkeit, die einander im Aufbau und in der Konzeption der praktischen Arbeit ähneln (vgl. Andersen / Woyke 2013), und betreiben eigene Auslandsbüros. Die Anzahl und Größe dieser Büros hängt von den Finanzen der jeweiligen Stiftung ab (vgl. Pogorelskaja 2009: 16). Durch ihre kontinuierliche Präsenz vor Ort mit einem deutschen Mitarbeiter oder einer deutschen Mitarbeiterin als Büroleiter oder -leiterin können sie in mehr als 100 Ländern Projekte durchführen, was ihre Arbeit laut Bartsch einzigartig macht (vgl. Bartsch 2007: 280). Deshalb wird den Stiftungen von Seiten der deutschen Politik auch eine wichtige Rolle in der EZ beigemessen (vgl. Bartsch 1998: 185): „Sie seien ‚Wegbereiter einer toleranten und aufgeklärten Weltbürgergesellschaft‘ (Joachim Gauck), ihr Engagement sei wichtig, ‚um weltweit die Achtung der Menschenrechte voranzubringen, Demokratie und faire Teilhabe‘ (Horst Köhler)“ (Ehm 2015: 9).

Die Diskussionen um die strittigen Punkte des internationalen Engagements der Stiftungen drehen sich seit Jahrzehnten um dieselben Punkte: In den Globalzuschüssen des

Bundes wird eine verdeckte Form der Parteienfinanzierung gesehen – hierbei spielen auch Spendenaffären und Geldwäsche-Vorwürfe eine Rolle⁵¹; dadurch, dass die Stiftungen ihnen nahestehende Organisationen unterstützen, haftet ihnen die Vorstellung an, dass sie innenpolitische Debatten ins Ausland tragen; die Parteinähe der Stiftungen führt zum Vorwurf einer ‚Parteienaußenpolitik‘ oder einer ‚Stiftungsaußenpolitik‘ (vgl. Rude 2014) – im Ausland wird dies manchmal sogar als ‚geheime Diplomatie‘ gesehen. All dies ist ineinander verschränkt, da sich die Stiftungen auf interdependenten Feldern der Innen-, Außen- und Entwicklungspolitik bewegen (vgl. Pogorelskaja 2002).

Beziehung zur jeweiligen Partei:

Laut Pogorelskaja ist das Phänomen der Stiftungen nur vor der deutschen Parteiendemokratie zu verstehen (vgl. Pogorelskaja 2009: 11). Die Verzahnung von Partei und Stiftung findet sich auf programmatischer und personeller Ebene (vgl. Bartsch 2007: 280; Bartsch 1998: 186; Pogorelskaja 2009: 23). Die weltanschauliche Nähe ist zunächst in den Grundwerten, die beide miteinander teilen (vgl. Andersen / Woyke 2013)⁵², erkennbar und findet v. a. in der inhaltlichen Arbeit der Stiftungen ihren Niederschlag, aber auch in der Wahl ihrer Kooperationspartner (vgl. Bartsch 1998: 186; Bartsch 2007: 282). Bekannte Vertreter der ihr nahestehenden Partei sitzen im Vorstand der Stiftung und Stiftungsvertreter sind in den Fachgremien der Parteien vertreten. Kurt Beck, ehemaliger SPD-Vorsitzender und Ministerpräsident in Rheinland-Pfalz, führt bspw. die FES und Norbert Lammert, vormals Bundestagspräsident, ist Leiter der KAS. Hinzu kommen Bundesministerinnen und -minister, Parteivorsitzende, Ministerpräsidentinnen und -präsidenten und viele mehr, die in Stiftungsgremien Einfluss nehmen können (vgl. Lutz / Müller 2014a). Wie die Parteien (vgl. Bartsch 1998: 186) haben auch alle Bundeskanzler und die Bundeskanzlerin die ihnen nahestehende Stiftung „als Informationsquelle und Kontaktbörse genutzt“ (ebd.: 187). Dies scheint der Knackpunkt zu sein: Können die Parteien ihre jeweilige Stiftung benutzen oder können sie über sie verfügen? Pogorelskaja ist der Ansicht, dass eine Partei nicht über ‚ihre‘ Stiftung verfügen kann (vgl. Pogorelskaja 2009: 24). Da die Wechselbeziehungen zwischen Partei und Stiftung auf vielen unterschiedli-

51 Nicht förderlich für das Bild der Stiftungen in der Öffentlichkeit war sicherlich die Dienstwagenaffäre bei der FNF, bei der der Geschäftsführer und der Stiftungsvorsitzende über Jahre hinweg private Fahrten mit ihren Dienstwagen unternahm. Nachdem die Fahrtenbücher „schlampig geführt“ (Lutz / Müller 2014a) waren, musste die FNF mehr als 85.000 Euro nachversteuern. Als besonders problematisch wurde gesehen, dass eine „Organisation, die von Steuermitteln lebt [...] gegen Steuergesetze verstoßen“ (ebd.) hat.

52 S. dazu auch Ehm 2015: 9; Pogorelskaja 2009: 142; Bartsch 2007: 281; Bartsch 1998: 192.

chen Ebenen ablaufen, sind diese von rechtlicher Seite aus nur schwer nachweisbar (vgl. Pogorelskaja 2002). Um sich verfassungskonform zu verhalten, müssen die Stiftungen einen Balanceakt vollführen, bei dem sie sowohl nahe genug an ihrer Partei sind, um die Förderung durch den Staat zu rechtfertigen, als auch ausreichend Distanz einnehmen, um als unabhängig wahrgenommen zu werden (vgl. Pogorelskaja 2009: 22). Die Nähe von Stiftung und Partei hängt allerdings auch von „veränderbaren Kontexten wie etwa personellen Konstellationen und den bundespolitischen Rollen der Parteien“ (Bartsch 1998: 186) ab, weshalb deren Beziehung durchaus variieren kann (vgl. ebd.).

Die Frage, ob die Stiftungen lediglich ‚Briefkasten-Institutionen‘ der Parteien sind, wird trotzdem immer wieder aufgeworfen. Gegen diese Vermutung spricht laut von Vieregge, dass sich die Stiftungen in Bereichen engagieren, die noch nie in die Zuständigkeit der Parteien gefallen sind, wie ihr internationales Engagement (vgl. von Vieregge 1977: 45, 129). Gerade die Aufgaben, die die Stiftungen dem Staat abnehmen, sind es laut Ehm, die deren Finanzierung durch Steuermittel rechtfertigen (vgl. Ehm 2015: 9). Die Stiftungen sind also von ihren jeweiligen Parteien unabhängig, weshalb z. B. ihre politischen Bildungsangebote laut einem BVerfG-Urteil von 1986 allen Bürgerinnen und Bürgern offenstehen müssen. Es handelt sich aber nicht um klare Abtrennungen, weshalb das Verhältnis von Stiftungen und Parteien durch Nähe und Unabhängigkeit zugleich gekennzeichnet ist (vgl. Andersen / Woyke 2013; Pehle 2015). „Trotz dieser Nähe handelt es sich bei den politischen Stiftungen eher um ‚Tendenzbetriebe‘ als um ‚Regiebetriebe‘ der Parteien“ (Bartsch 2007: 282), was laut Bartsch v. a. für die internationale Arbeit gilt. Es könne sogar zu Differenzen zwischen Partei und Stiftung kommen, wie bei den Grünen und der HBS, als es um das militärische Eingreifen im Kosovokonflikt 1999 ging (vgl. ebd.). Im Konfliktfall pochen die Stiftungen auf ihre Unabhängigkeit. Deshalb plädiert Pogorelskaja dafür, die Betonung bei ‚Parteinähe‘ auf ‚Nähe‘ statt auf ‚Partei‘ zu legen (vgl. Pogorelskaja 2009: 24). Da sie trotzdem regelmäßig für diese Nähe kritisiert werden, haben die Stiftungen eine ‚Gemeinsame Erklärung‘ abgegeben, in der sie Selbstverständnis und Aufgaben darlegen (vgl. Andersen / Woyke 2013).

Zu bedenken ist, dass die Stiftungen gerade durch ihre Nähe zur Politik „spezifische Handlungsmöglichkeiten, Einflusskanäle und Zugänge zu wichtigen Akteuren des politischen Wandels“ (Bartsch 2007: 280) haben, weshalb sie anders vorgehen können als NGOs oder staatliche Einrichtungen. Besonders für die Oppositionsparteien sind die Stiftungen eine Möglichkeit, an den Außenbeziehungen teilzuhaben (vgl. Bartsch 1998:

193). Durch die unterschiedlichen programmatischen Grundlagen der Stiftungen entsteht ein „Wettbewerb der Werte und Ideen, Konzepte und Politiken“ (Bartsch 2007: 281) und nach außen ein pluralistisches, ergänzendes, authentisches Kooperationsangebot, bei dem programmatisch affine Partner eher Vertrauen fassen (vgl. ebd.: 281ff).

Parteien- und Stiftungsfinanzierung:

In den 1960ern wurden die Stiftungen oft noch als Parteiinstitute bezeichnet. Eine Distanzierung von Partei und Stiftung und Präzisierung des Stiftungsbegriffs erfolgte erst im Zuge der Debatte um die Parteienfinanzierung (vgl. Pogorelskaja 2009: 17). Diese ist „seit jeher umstritten“ (Pehle 2015), da die Parteien selbst über ihre eigenen Zuwendungen entscheiden und damit „Gesetzgeber in eigener Sache“ (Pehle 2015) sind. Der Zugang der Parteien zur staatlichen Macht ist einer der größten Kritikpunkte an der Parteien- und Stiftungsfinanzierung. Von Arnim führt an: „Die Stiftungsfinanzierung verstößt gegen die Gebote der Transparenz und der Regelung durch Gesetz, untergräbt die Offenheit und Chancengleichheit des politischen Wettbewerbs und hält sich an keine Obergrenze“ (von Arnim 1994). Als problematisch gilt, dass sowohl Regierung als auch Opposition ein Interesse daran haben, die Stiftungen zu befördern. „Denn jeder Politiker tut seiner eigenen Stiftung nur Gutes“ (Lutz / Müller 2014b). Von Arnim geht sogar so weit von ‚Kartellen gegen die Steuerzahler‘ zu sprechen (vgl. von Arnim 1994).

Diese Sicht lässt jedoch das System der gegenseitigen Kontrolle durch die Gewaltenteilung außen vor bzw. konzentriert sich zu sehr auf die innerparlamentarische Kontrolle. Das BVerfG wurde immer wieder angerufen, um die Parteienfinanzierung zu überprüfen (vgl. Pogorelskaja 2009: 17). Seit 1959 erhielten die Parteien eine direkte Staatsfinanzierung. Nachdem die Beiträge zügig zunahmen, entschied das BVerfG 1966, dass Parteien aus staatlichen Haushalten nur noch Zuschüsse für den Wahlkampf erhalten sollten. Um weiterhin Gelder zur politischen Bildung zu bekommen, haben die Parteien diese schlicht an ihre Stiftungen überwiesen (vgl. von Arnim 1994; Pogorelskaja 2009: 18). „Kritiker der gängigen Praxis der Parteienfinanzierung ironisierten, dass ‚eine der Stiftungen, die Hanns-Seidel-Stiftung der CSU, zum Zwecke der Entgegennahmen der Staatssubventionen erst gegründet werden musste‘“ (Pogorelskaja 2009: 19). Das Urteil des BVerfG erlaubte den Stiftungen, neben Projektmitteln die jährliche Pauschalunterstützung, also Globalzuschüsse, die sie von ‚echten‘ NGOs unterscheiden, zu erhalten (vgl. Pogorelskaja 2009: 11, 18). In den 1980er Jahren erschien das Thema erneut auf der Agenda,

als die Grünen beim BVerfG eine Organklage einreichten, die monierte, dass es sich bei den Zuschüssen um eine indirekte Parteienfinanzierung handele. Die Entscheidung des Gerichts präziserte den Begriff ‚Parteinähe‘ und erläuterte, dass die Stiftungen – anders als Parteien – nicht auf den Gewinn politischer Macht abzielen und es sich daher nicht um indirekte Parteienfinanzierung handele (vgl. Pogorelskaja 2009: 19f). Im Sommer 1992 berief Bundespräsident Richard von Weizsäcker eine Kommission ein, um die Parteien- und Stiftungsfinanzierung zu untersuchen. Diese beschied, dass die Stiftungen einen wichtigen Beitrag zur politischen Kultur Deutschlands und nützliche Arbeit leisten und dass das Recht der Parteienfinanzierung im internationalen Vergleich beinahe perfektionistisch sei (vgl. Pogorelskaja 2009: 20f; Pehle 2015). Laut Pogorelskaja wird der gemeinnützige Charakter der Stiftungen heute nur noch selten bestritten (vgl. Pogorelskaja 2009: 183). „Gegenwärtig sind die parteinahen Stiftungen aus der deutschen Parteiendemokratie nicht mehr wegzudenken“ (ebd.). Die Kritik der indirekten Finanzierung ist dennoch nicht verstummt. So vermuten Lutz und Müller, „dass die Parteien sich über den Umweg ihrer Stiftungen päppeln lassen“ (Lutz / Müller 2014b) und Millionen dort landen, „wo sie nicht hingehören“ (Lutz / Müller 2014a). Pogorelskaja hingegen betont, dass die Zuschüsse, die die Stiftungen erhalten, klar geregelt seien – „wenn auch ohne ein spezielles Gesetz“ (Pogorelskaja 2009: 25). Die Globalzuschüsse und die projektbezogene Förderung werden mit dem Bundeshaushalt verabschiedet. Die Mittel richten sich nach „einem Schlüssel, der die dauerhaften, ins Gewicht fallenden Grundströmungen“ (ebd.) in Deutschland widerspiegeln soll, also das Verhältnis der Parteien im Bundestag aus den vergangenen Legislaturperioden (vgl. Ehm 2015: 9; Bartsch 2007: 285).

Beziehung zum Bundestag:

Wie deutlich wurde, wird die Beziehung der Stiftungen zum Bundestag zum einen von der Nähe der Parlamentarierinnen und Parlamentarier als Mitglieder der den Stiftungen nahestehenden Parteien und zum anderen von der finanziellen Abhängigkeit der Stiftungen von der Stärke der Parteien im Bundestag charakterisiert. Die Zuwendungen, die die Stiftungen aus Bundesmitteln erhalten, werden, wie eben erläutert, anhand eines Verteilungsschlüssels bemessen, der auf den Wahlergebnissen der vergangenen Legislaturperioden beruht und zu dem das Einvernehmen von Haushaltsausschuss und Stiftungen eingeholt wird (vgl. Bartsch 2007: 285; Bartsch 1998: 186). Im Jahr 2005 lagen die Anteile dieses Schlüssels für die FES bei 35 Prozent, für die KAS bei 31,5, für FNF, HSS und

HBS jeweils bei 11,16 Prozent und die RLS wurde damals außerhalb des Schlüssels bezuschusst (vgl. Bartsch 2007: 285). Die Stiftungen beziehen neben den pauschalen Globalzuschüssen für die politische Bildung Gelder aus verschiedenen Sondertöpfen, die bei einzelnen Ministerien angesiedelt sind. Dazu gehören das BMZ, das AA, das BMBF und das BMI (vgl. Lutz / Müller 2014a).

Beziehung zu Ministerien:

Die Bundesrepublik begann 1956 mit der Förderung nicht- oder halbstaatlicher Organisationen, als die Deutsche Förderungsgesellschaft für Entwicklungsländer gegründet wurde. Neben dem AA und dem BMWi, die sich bereits seit 1956 in der außen- und wirtschaftspolitisch relevanten Entwicklungshilfe engagierten, fielen Agrarprojekte in die Zuständigkeit des BMEL und Gesundheitshilfeinitiativen betreute das BMG. Das 1961 neu geschaffene BMZ beanspruchte die Koordination aller entwicklungspolitischen Maßnahmen, hatte zunächst aber nur ein Recht auf Information zu Fragen der Entwicklungspolitik (vgl. Pogorelskaja 2009: 30). Um nach dem folgenden Kompetenzstreit (vgl. Pogorelskaja 2002) den Einflussbereich des Ministeriums auszubauen, versuchte Minister Walter Scheel laut von Vieregge, die Sympathien von Parteien und gesellschaftlichen Gruppen zu gewinnen, indem er ihre Konzepte zur Entwicklungshilfe einbaute (vgl. von Vieregge 1977: 62; Eberlei 2002). Dies führte dazu, dass sich bis in die 1990er nur nicht-staatliche Organisationen in der DF betätigten (vgl. Uhlmann 2009: 59). Ab den 90ern drang die staatliche EZ zunehmend in die Sphäre der Stiftungen, die bis *dato* quasi ein Monopol innehatten (vgl. ebd.: 58). Nachdem die GIZ ihre Leistungen ausgedehnt hatte, wurde die Schnittmenge mit den Stiftungen größer. Laut Bartsch weisen GIZ und Stiftungen trotz Reibungen aber immer noch eigene Stärken und Grenzen auf, was zu Synergien führen sollte (vgl. Bartsch 2007: 286; Hanisch 1996b: 62).

Wie erwähnt, werden die Stiftungen v. a. aus Mitteln des BMZ, AA, BMBF und BMI gefördert (vgl. Uhlmann 2009: 59)⁵³. Darunter trägt das BMZ mit knapp 90 Prozent den Löwenanteil der Zuwendungen für die internationale Arbeit der Stiftungen (vgl. Bartsch 2007: 281), die für die Stärkung und Unterstützung demokratischer Institutionen und Zivilgesellschaften sowie für entwicklungspolitische Projekte gedacht sind (vgl. Massing

53 S. dazu auch Pogorelskaja 2009: 25; Andersen / Woyke 2013; Lutz / Müller 2014b; Massing 2015; Bartsch 1998: 188.

2015). Das AA trägt fast zehn Prozent, womit der Dialog mit Ländern, in denen Demokratie und Marktwirtschaft existieren, gefördert werden sollen (vgl. Bartsch 2007: 281; Pogorelskaja 2009: 25). Darüber hinaus erhalten die Stiftungen kleinere Zuschüsse von anderen Ministerien. Grundlage der unterschiedlichen Fördertöpfe ist die jeweilige Zuständigkeit der Ministerien in der Entwicklungspolitik: Um die Handels- und Rohstoffpolitik kümmert sich das BMWi, die internationale Finanzpolitik fällt in die Zuständigkeit des BMF, die globale Umweltpolitik ist Sache des BMUB und das AA organisiert die Humanitäre Hilfe. Dem deutschen Exekutivdirektor beim IWF, der die Kreditpolitik gegenüber Schuldnerländern organisiert und damit einen „weit größeren Einfluss auf deren Wirtschafts- und Sozialpolitik hat als die vom BMZ finanzierten Entwicklungsprojekte“ (Nuscheler 2007: 672), gibt das BMF seine Weisungen – nicht das BMZ (vgl. ebd.).

Neben den Pauschalzuwendungen haben die Stiftungen die Möglichkeit, beim BMZ und AA Projektförderungen zu beantragen. Darin müssen sie geplante Maßnahmen samt Zielsetzung, Methoden und voraussichtlicher Dauer detailliert darstellen. Die Analyse der strukturellen Gegebenheiten im Gastland kann notwendig sein ebenso wie eine Erläuterung über die Bedeutung der Partner sowie Chancen und Risiken des Vorhabens. Hinzu kommen die Definition der Zielgruppen, die angestrebte ordnungspolitische Bedeutung und die Kosten (vgl. Pogorelskaja 2009: 36). Die Anträge werden von den Ministerien auf außenpolitische Bedenken überprüft (vgl. Rude 2014). Die Projekte der Stiftungen werden i. d. R. bewilligt, wenn von ihnen ein positiver, strukturwirksamer Effekt erwartet wird und sie den Kern der deutschen Außenpolitik nicht berühren. Dabei wird von ihnen ein minimaler demokratischer Konsens erwartet, der ideologisch nicht zu weit eingeschränkt wird (vgl. Pogorelskaja 2002; Pogorelskaja 2009: 26; Bartsch 2007: 281). Die Ministerien untersagen ein Vorhaben nur selten, da alle Beteiligten ein Grundverständnis teilen, was als sinnvoll oder tolerierbar gilt (vgl. Bartsch 2007: 281). Wenn es Unstimmigkeiten gibt, werden diese „geräuschlos hinter den Kulissen ausgeräumt“ (ebd.).

Im AA und BMZ gibt es Referate oder Abteilungen, die sich um die Zusammenarbeit mit den Stiftungen kümmern. Die Leiter dieser Stellen pflegen Kontakte zu den Regionalbüros der Stiftungen und den Botschaftern, um Überschneidungen zu vermeiden und die Arbeit aller Akteure vor Ort effizienter zu gestalten (vgl. Pogorelskaja 2009: 41f). Zur Koordination zwischen BMZ, AA und Stiftungen gibt es Routinegespräche. Die Evaluation der Projekte erfolgt anhand der Verwendungsnachweise, die die Stiftungen bei den Ministerien einreichen und der Berichte der Botschaften (vgl. Pogorelskaja 2002). Es kann

auch zu gemeinsamen Projekten – meist zur DF und vom AA gefördert – kommen (vgl. Pogorelskaja 2009: 42). Aufgrund dieser vielschichtigen Verbindungen sind die Kontakte zwischen den Stiftungen und den betreffenden Ministerien, Referaten und Abteilungen entsprechend „eng, teils informell, teils institutionalisiert“ (Bartsch 1998: 187). Die Stiftungen und ihre internationale Arbeit unterliegen also einer gewissen ministeriellen und parlamentarischen Kontrolle (vgl. Pogorelskaja 2009: 27f).

Vorteile der Stiftungen in der DF:

Die Arbeit der Stiftungen ist für die deutsche Politik aus mehreren Gründen wichtig. Die Stiftungen können sich weltanschaulich ähnlich gesinnte Partner suchen, da sie nicht an das Neutralitätsgebot zwischenstaatlicher Zusammenarbeit gebunden sind (vgl. Ehm 2015: 10)⁵⁴. Durch ihre politischen Grundwerte ergeben sich auch „Einflusskanäle und Zugänge zu wichtigen Akteuren des politischen Wandels“ (Bartsch 2007: 280; vgl. Pogorelskaja 2009: 32), die den staatlichen *Playern* nicht offenstehen. Sie können sich in Bereichen betätigen, zu denen die Bundesregierung keinen Zugang hat, da es „wenig sinnvoll, politisch riskant oder gar kontraproduktiv“ (Bartsch 2007: 282) wäre. Dadurch sind sie Akteure, die dem offiziellen zwischenstaatlichen Beziehungsgeflecht nicht direkt zurechenbar sind (vgl. Pogorelskaja 2002). Trotzdem haben sie im Ausland ein gewisses politisches Gewicht, das ihnen durch ihre Nähe zu den im Bundestag vertretenen Parteien verliehen wird (vgl. Bartsch 1998: 193).

Die unterschiedlichen parteipolitischen Gesinnungen nach außen zu vertreten ist ein Anliegen der deutschen EZ, da so vermittelt werden kann, dass weltanschaulicher Pluralismus für Deutschland zu einer funktionierenden Demokratie gehört (vgl. von Vieregge 1077: 69; Bartsch 1998: 192). Für die offizielle Diplomatie öffnet sich nach einem Regierungswechsel ein erleichterter Zugang, da die Stiftungen den Kontakt zu den ihnen nahestehenden Eliten pflegen und vermitteln (vgl. Bartsch 1998: 193f). Als nicht-staatliche Akteure haben sie einen größeren Handlungsspielraum, sind flexibler, sind kontinuierlich vor Ort präsent und ergänzen sich durch differente Schwerpunktsetzung (vgl. Uhlmann 2009: 60, 249)⁵⁵. Ihr langfristiges Engagement ist zudem „weitgehend frei von kurzfristigem Erfolgsdruck“ (Bartsch 1998: 194). Umgekehrt fungieren die Stiftungen als Frühwarnsystem für die deutsche Außen- und Entwicklungspolitik und können bei der Kon-

54 S. dazu auch Uhlmann 2009: 60, 249; Bartsch 2007: 282; Bartsch 1998: 192f; Pogorelskaja 2002.

55 S. dazu auch Pogorelskaja 2009: 32, 144; Bartsch 2007: 283, 286; Bartsch 1998: 192f.

zeptentwicklung der krisenpräventiven Außenpolitik mitwirken (vgl. Pogorelskaja 2009: 144; von Vieregge 1977: 63). Sie „begleiten, ergänzen und entlasten die amtliche Außenpolitik, sie vernetzen politische Eliten, sie fördern Demokratie und Zivilgesellschaft in den Entwicklungs- und Transformationsstaaten und sie bemühen sich um die Entwicklung einer Friedenskultur“ (Pogorelskaja 2009: 184). Die Stiftungen leisten so einen „entscheidenden Beitrag zum internationalen Ansehen Deutschlands als Zivilmacht“ (ebd.: 183). Als erfolgreiche Beispiele der Arbeit der Stiftungen führt Bartsch z. B. die Einflussnahme „auf den politischen Wandel in Portugal und Spanien Mitte der siebziger Jahre“ (Bartsch 1998: 194) an, wo sie die demokratischen Parteien unterstützten. Die Stiftungen stärkten außerdem die demokratische Opposition in Chile zu Zeiten Augusto Pinochets, und v. a. die FES und KAS wirkten auf einen politischen Wandel in Südafrika während der Apartheid hin. In Zentralamerika wirkten die Stiftungen gemeinsam am Abbau von Konflikten und an der Konsolidierung des Friedens mit (vgl. ebd.). Die parteinahen Stiftungen entwickelten sich also „im Laufe der Zeit zu Institutionen, die für deutsche Innen- und Außenpolitik schlicht unabdingbar sind“ (Pogorelskaja 2009: 184).

Instrumente der deutschen Außenpolitik?

Für die Klassifizierung der Stiftungen als Instrumente deutscher Außenpolitik sprechen sich lediglich Pogorelskaja und Uhlmann aus – allerdings sehen dies beide nur bedingt so und führen gleichzeitig gegenteilige Argumente an. Uhlmann erklärt, dass die Stiftungen „ein wichtiges Instrument der politischen Einflussnahme“ (Uhlmann 2009: 60) für die Bundesregierung seien und schränkt dies direkt wieder ein: „Mit den PS steht der BRD somit ein erweitertes, wenngleich weniger zentral steuerbares Instrument zur Verfügung, um sensible Politikbereiche wie DF zu unterstützen“ (ebd.). Pogorelskaja erläutert, dass das AA den Wert der Stiftungen als Werkzeuge bereits in den 1960er Jahren erkannt habe (vgl. Pogorelskaja 2009: 30). Die Stiftungen „gingen überall hin, wo die deutschen Regierungen sie gerne haben wollten“ (Pogorelskaja 2002), weshalb sie laut Pogorelskaja dort eingesetzt wurden, wo der Staat dies wegen des Vorwurfs der äußeren Einmischung nicht tun konnte (vgl. ebd.). Dennoch konstatiert sie, dass das AA die Stiftungen bereits häufiger vor einer parteipolitischen Einmischung in Zielländern gewarnt habe und die Stiftungen trotzdem darauf bestanden, „falls es ihrem Selbstverständnis entspricht“ (ebd.). So kam es bereits vor, dass Stiftungsprojekte sich von „den offiziellen deutschen außenpolitischen Konzepten unterschieden bzw. ihnen sogar widersprachen“ (ebd.). Dabei kann es, wie bei der Tibet-Konferenz der FNF in Bonn im Jahr 1996, bei der Iran-

Tagung der HBS in Berlin im Jahr 2000 (vgl. Pogorelskaja 2002), bei der Rechtfertigung des umstrittenen Militärputsches in Honduras durch die FNF im Sommer 2009 oder bei den Vorwürfen gegenüber der KAS Anfang 2012, sie würde die illegale ägyptische Opposition unterstützen, sogar zu diplomatischen Komplikationen kommen (vgl. Karakas 2013: 82). Der Entwurf eines Stiftungsprojektes basiert wie ihre Veranstaltungen auf dem Selbstverständnis und den Vorstellungen der jeweiligen Stiftung. Dieser Entwurf wird den staatlichen Stellen zur Finanzierung vorgelegt. Die Details der Projektdurchführung liegen jedoch bei den Stiftungen. Darunter fallen die Partnerwahl, die Maßnahmen und die Grundsätze der Bewirtschaftung (vgl. Pogorelskaja 2009: 26, 37). Die Stiftungen hängen in finanzieller Hinsicht vom Bundestag und den Ministerien ab, und wenn ihre Projekte Bedenken bei diesen hervorrufen, wird den Stiftungen empfohlen, das Projekt zu überdenken (vgl. Pogorelskaja 2009: 26). Wollen die Stiftungen ein Vorhaben dennoch wie geplant umsetzen, kann der Staat die Finanzierung verweigern, wodurch er sich vom Projekt distanziert. Er kann es aber nicht verbieten. Die Stiftungen haben sogar die Möglichkeit, das Antragsverfahren beim Verwaltungsgericht anzufechten. Wenn dennoch nicht gefördert wird, können sich die Stiftungen an andere Organisationen wenden (vgl. Pogorelskaja 2009: 26f). Deshalb folgert Pogorelskaja schließlich doch, dass die Stiftungen keine „Instrumente im klassischen Sinne des Wortes“ (Pogorelskaja 2002) für die Regierung sind. Sie bezeichnet die Stiftungen in Anlehnung an Roman Herzog weiterhin als die wirksamsten und bewährtesten Instrumente der Außenpolitik, auch wenn – und das sei der Knackpunkt – die Politik sie nicht instrumentalisieren (vgl. ebd.).

Diesem Punkt folgen verschiedene andere Autorinnen und Autoren. Ehm erklärt: „[D]ie Stiftungen handeln nicht im Auftrag der Bundesregierung. Politische Stiftungen sind keine Durchführungsorganisationen, sondern unabhängige Träger einer pluralistisch verstandenen politischen Entwicklungszusammenarbeit“ (Ehm 2015: 10). Auch Youngs unterstellt der deutschen Regierung einen *hands off approach*, wenn es um die Stiftungen geht (vgl. Youngs 2004: 36). Münkler betrachtet die Situation von Stiftungen in einem breiteren geschichtlichen Kontext und resümiert, dass diese stets in jenen gesellschaftlichen Bereichen eine starke Position innehatten, wo sich der Staat zurückgezogen oder nie eine Rolle gespielt habe (vgl. Münkler 2012: 4f). Bartsch zieht den Vergleich zwischen den Stiftungen und kirchlichen EZ-Trägern, NGOs oder der Not- und Katastrophenhilfe, die alle keine Auftragnehmer der Regierung seien (vgl. Bartsch 2007: 281).

„Entscheidend ist hierfür, dass die Bundesregierung solche Organisationen nicht fördert, um sie mit dem Hebel finanzieller Abhängigkeit beliebig als Hilfstruppen instrumentalisieren zu können, sondern weil sie Leistungen erbringen, die im öffentlichen Interesse liegen, vom Staat selbst jedoch nicht erbracht werden können. Diesen Zweck können die politischen Stiftungen, wie auch kirchliche Hilfswerke und private Träger, nur dann erfüllen, wenn sie eigenverantwortlich und frei von steuernden Einzeleingriffen, politischen Vorgaben und Auflagen tätig sein können“ (ebd.).

Deshalb weist Bartsch auf die bereits erwähnte Unterscheidung zwischen Tendenz- und Regiebetrieben hin und darauf, dass die Stiftungen nicht in klassische Schubladen passen (vgl. ebd.: 280ff). Die Stiftungen sind also keine „Hilfstruppen der offiziellen Außenpolitik“ (Bartsch 1998: 185) oder deren Instrumente, sondern sie sind Akteure in einem interdependenten Netzwerk der Außenbeziehungen Deutschlands (vgl. Bartsch 1998: 192; Pogorelskaja 2002; Pogorelskaja 2009: 183; Karakas 2013: 46). Daher schlägt Pogorelskaja vor, von einer Zusammenarbeit zwischen Stiftungen und Staat zu sprechen (vgl. Pogorelskaja 2009: 26).

III Das Fallbeispiel Indien

Indien ist eine uralte Zivilisation, aber eine vergleichsweise neue, im Werden befindende Nation. Politische Kultur und Prozesse werden von der traditionellen Vergangenheit und gegenwärtigen Erfahrungen geprägt. Die Inderinnen und Inder sind stolz auf ihre demokratischen Institutionen und ihre einzigartige Kultur, die ihnen ihre Identität verleiht (vgl. Malik *et al.* 2009: 32). Mehta erklärt, dass sich Indien selbst als Leuchtfeuer der Moderne sieht (vgl. Mehta 2011: 97). Dennoch war die demokratische Entwicklung Indiens nach der Unabhängigkeit 1947 für viele Forscherinnen und Forscher unerwartet und bleibt bis heute eine Anomalie, die die Ausnahme zur Regel verschiedener Demokratisierungstheorien und -vorstellungen bildet. McMillan bezeichnet Indien deshalb als abweichende Demokratie. Die Ausgangssituation für Indiens Demokratie war sicherlich nicht günstig – bspw. wegen massiver Armut und weit verbreiteten Analphabetismus‘ sowie der Größe und Diversität des Landes. Trotzdem hat Indien der Literatur zufolge den Übergang zur Demokratie bewältigt. Gerade deshalb ist die Beschäftigung mit Indien, in dem mehr als die Hälfte der Menschen wohnen, die weltweit in Demokratien leben, so wichtig (vgl. McMillan 2008: 733ff)⁵⁶. Auch im Vergleich zu anderen postkolonialen Demokratien, die hohe Mortalitätsraten aufweisen (vgl. Sharma 2003: 73; Rösel 2009: 145), oder im geografischen Vergleich in Südasien bzw. in der Debatte um asiatische Werte, die nicht mit der westlichen Vorstellung von Demokratie zusammenpassen sollen (vgl. Hsiao / Hsiao 2014: 6), nimmt Indien eine Sonderrolle ein.

Insb. Theorien, die auf die ökonomische Entwicklung eines Landes ausgerichtet sind, wie der Modernisierungstheorie, hat Indien Einhalt geboten. Lipsets Postulat – je höher der Wohlstand einer Nation, desto größer die Chancen, dass sie eine Demokratie erhalten kann – trifft nicht auf das von Armut gekennzeichnete Indien zu (vgl. Ganguly 2007b: 30)⁵⁷. Üblicherweise wird davon ausgegangen, dass einer Kapitalisierung der Landwirtschaft die Massenproduktion von Gütern folgt, die auf qualifizierte Arbeiter angewiesen ist, weshalb es zu einer Industriewirtschaft kommt, worauf die Dominanz des Dienstleistungssektors folgt (vgl. Müller / Rauch 2008: 10). Werden ökonomische und politische Entwicklung verknüpft, führt ökonomischer Wandel zu kulturellem und dieser wiederum

56 S. dazu auch Plattner / Diamond 2007: 29; Reilly 2013: 157; Rösel 2009: 146ff; Frankel 2000: 1; Banik 2011: 90; Sharma 2003: 63; Ganguly 2007b: 30; Hadenius / Berg-Schlosser 2007: 108; Rudolph / Lloyd 2002: 52.

57 S. dazu auch Reilly 2013: 157; McMillan 2008: 734; Rösel 2009: 146; Wolff 2004: I; Huntington 2002: 156; Rüländ 1996: 278.

ruft politischen Wandel hervor. Dabei bringt existenzielle Sicherheit irgendwann demokratische Institutionen hervor (vgl. Inglehart / Welzel 2005: 134). Das bis heute stark agrarische Indien ohne wirkliche Massenindustrie aber mit ausgeprägter Technologiebranche ist diesen Sequenzen nicht gefolgt (vgl. Malik *et al.* 2009: 14)⁵⁸.

Neben sozialen oder ökonomischen Faktoren spielen i. d. R. beim Entstehen einer Demokratie laut Rösel auch die folgenden Aspekte eine Rolle: Durch eine geteilte und möglichst lange gemeinsame Geschichte gibt es eine politische Einheit, eine Verwaltungs- und Literatursprache liegt vor, *nation* bzw. *state building* haben dazu geführt, dass Sonderkulturen untergeordnete Wichtigkeit einnehmen, durch die eigene Kultur ist eine Gleichheit der Menschen in religiöser oder rechtlicher Hinsicht entstanden oder vorstellbar und eine Trennung von Religion und Staat ist möglich (vgl. Rösel 2009: 145). Tatsächlich gab es in Indien beim Übergang zur Demokratie als große Tradition nur den *brahmanischen* Hinduismus unter den Eliten⁵⁹. Als Verwaltungssprache existierten ne-

58 S. dazu auch Grimm 2010: 290; Möllers 2013: 283; Sandschneider 1995: 48.

59 Der *varna*-Einteilung zufolge gibt es vier Hauptkasten (vgl. Ihlau 2006: 47), die die hinduistische Gesellschaft nach ökonomischen und religiösen Gesichtspunkten in *Brahmanen* (Priester und Gelehrte), *Kshatriyas* (Krieger und Herrscher), *Vaishyas* (Landbesitzer und Händler) und *Shudras* (Arbeiter, Bauern und Handwerker) gliedert (vgl. Adeney / Wyatt 2010: 56f; Meisig 2003: 158; Pinglé 2003: 232). Innerhalb dieser Kategorisierung werden die Zweimal- von den Einmalgeborenen unterschieden. Die Zweimalgeborenen sind die oberen drei Gruppen – *Brahmanen*, *Kshatriyas* und *Vaishyas* – und die *Shudras* sind Einmalgeborene, die im Zyklus von Geburt und Wiedergeburt nicht so weit fortgeschritten sind wie die Zweimalgeborenen (vgl. Adeney / Wyatt 2010: 57f; Bronger 1996: 109). Angehörige aller vier *varnas* werden als Kastenhindus bezeichnet und sollen durch die Erfüllung ihrer jeweiligen Pflichten, *dharma*, zu einer harmonischen Gesellschaft beitragen (vgl. Embree 2003: 199). Dieses Gefüge ist vielen Autorinnen und Autoren zufolge jedoch eine idealisierte Typologisierung (vgl. Adeney / Wyatt 2010: 105), da neben den vier Hauptkasten mehr als 3000 Subkasten, *jatis*, existieren (vgl. Ihlau 2006: 47). Die *varnas* dienen dazu, *jati*-Kategorien im Sozialgefüge zu lokalisieren. Aber die *jatis* sind die eigentliche Identitätsgruppe, die u. a. althergebrachte berufliche Zuweisungen definiert (vgl. Pinglé 2003: 232). Laut Bronger kam die Vermischung der Begriffe deshalb zustande, weil sowohl *varna* als auch *jati* mit Kaste übersetzt wurden. Die *varnas* sind für ihn eher Oberbegriffe oder Rangstufen, nicht wirklich Kasten (vgl. Bronger 1996: 109). Die Angehörigen der einzelnen *jatis* ordnen sich heute trotzdem meist einer der vier *varnas* zu (vgl. Skoda 2014).

Außer- oder besser gesagt unterhalb dieser Vierteilung sind die Stammesangehörigen und die Kastenlosen (vgl. Pinglé 2003: 232f; Adeney / Wyatt 2010: 104). Letztere wurden lange als Unberührbare bezeichnet. Dieser ererbte unreine Status führt dazu, dass Kastenhindus durch Kontakt mit einem dieser Kastenlosen verunreinigt würden, weshalb es keine Berührungen zwischen Kastenhindus und Kastenlosen bzw. Unberührbaren geben durfte (vgl. Skoda 2014; Petersmann 2012). Die *Adivasis* sind die drawidischen Ureinwohner Indiens. Der Begriff bedeutet „die, die als Erste hier waren“ (Roy 2002: 471). Eine andere Bezeichnung für diese Stammesangehörigen ist in der Amtssprache *Scheduled Tribes*, allerdings schließt dieser Begriff nicht alle *Adivasi*-Gruppen mit ein (vgl. Adeney / Wyatt 2010: 43, 50). Das *Pendant* dazu sind die *Scheduled Castes*, was die Kastenlosen meint (vgl. Ihlau 2006: 56). Die *Other Backward Classes* (OBC) oder *Backward Castes* sind die Angehörigen von niederen Kasten und Kastenlose (vgl. Adeney / Wyatt 2010: 109f). Da die offizielle Bezeichnung der Unberührbaren als *Scheduled Castes* von der Aktivistengruppe *Dalit Panthers* als irreführend und verharmlosend angesehen wurde, bezeichneten sich diese selbst als *Dalits* (vgl. Adeney / Wyatt 2010: 111; Corbridge / Harriss 2006: 214). Wörtlich übersetzt heißt der Begriff die Geschundenen, die Unterdrückten oder die Gebrochenen (vgl. Roy 2002: 472). Da laut Roy die offizielle Nomenklatur tlw. ungenau ist und nicht alle Gruppen umfasst – *Dalits*, die zu anderen Religionen konvertiert sind, gehören bspw. nicht zu den *Scheduled Castes* –, spricht sie bei Vergangenem meist von Unberührbaren und bei Gegenwärtigem von *Dalits* (vgl. Roy 2014: 20f). Dies wird hier ebenso gehandhabt.

ben Sanskrit, das nur ein Prozent der Bevölkerung beherrscht, 20 Regionalsprachen. Unter den Regionen gab es extreme Unterschiede und die Gleichstellung aller Inderinnen und Inder war in dem *per definitionem* ungleichen Kastensystem höchst unwahrscheinlich (vgl. Rösel 2009: 145f). Die indische Demokratie wird nun näher beleuchtet.

5. Kontextbedingungen externer Demokratieförderung in Indien

Indien ist das siebtgrößte Land der Erde und ist etwa neun Mal größer als Deutschland. Indien beheimatet mit mehr als 1,3 Milliarden Menschen (Stand 2016) die zweitgrößte Bevölkerung weltweit und ist die bevölkerungsreichste Demokratie, die außerdem mit 25 Jahren ein sehr niedriges Durchschnittsalter aufweist. Der indische Staat ist eine laizistische Bundesrepublik und gliedert sich in sieben *Union Territories* und 29 Bundesstaaten, die sich in Distrikte, diese in *Tahsils* oder Kreise und diese wiederum in Städte und Gemeinden unterteilen (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung 2013; Bronger 1996: 26)⁶⁰. Die Hauptstadt ist Neu-Delhi. Hauptsprachen sind Hindi und Englisch⁶¹, neben zahlreichen Regionalsprachen (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung 2013), was Bronger als integrationshemmenden Faktor bezeichnet (vgl. Bronger 1996: 28). Der Kulturerdteil Indien beheimatet neben dem Hinduismus (81 Prozent) und dem Islam (13)⁶² viele weitere religiöse Gemeinschaften, wie Christentum, Sikhismus (jeweils 2), Buddhismus (1) oder Jainismus. Hinzu kommt die Gliederung der gesamten Bevölkerung, nicht nur der Hindu-Frauen und -Männer, in Kasten und kastenähnliche Gruppierungen (vgl. Bronger 1996: 25, 34)⁶³. Es leben immer noch 75 Prozent der Inderinnen und Inder in den 600.000 Dörfern des Landes. Elektrizität gibt es nicht überall und lange Stromausfälle kommen häufig vor. Manche Straßen können nicht bei jedem Wetter befahren werden. *Slums* gehören zu allen Städten (vgl. Rösel 2009: 148; Adeney / Wyatt 2010: 46ff). Aber die urbane Mittelschicht nimmt zu (vgl. Wessler 2014).

60 S. dazu auch Rösel 2009: 145f; Kumari 2014; Imhasly 2008: 14; Wessler 2014; Wagner 2014; Malik et al. 2009: 71; Sharma 2003: 64; Hansen 2014: 29; Statista 2018.

61 Obwohl Englisch als Sprache der Kolonialherren und damit als Zeichen der Unterdrückung wahrgenommen wurde, entschied sich die Regierung des unabhängigen Indiens dennoch für deren Gebrauch im öffentlichen Leben. Ein Grund dafür war, dass es keine Sprache gab, die alle Inderinnen und Inder sprechen konnten, und die Eliten Englisch sprachen (vgl. Adeney / Wyatt 2010: 65).

62 Die prozentuale Nennung der Anhänger des Islams täuscht über deren tatsächliche Zahl hinweg. In Indien leben knapp 140 Millionen Musliminnen und Muslime. Das ist nach Indonesien (204 Millionen) und Pakistan (164 Millionen) die drittgrößte muslimische Bevölkerungsgruppe weltweit (vgl. Adeney / Wyatt 2010: 58).

63 S. dazu auch Bundeszentrale für politische Bildung 2013; Ganguly / DeVotta 2003a: 1; Adeney / Wyatt 2010: 53, 62; Petersmann 2012; Wagner 2007a: 4; Embree 2003: 193; Pínglé 2003: 231ff.

Diese geografische, kulturelle und soziale Vielfalt schlägt sich in differenten Traditionen nieder und führt zu einer Vielzahl von Identitäten, die die Inderinnen und Inder prägen. Dies sind z. B. Kasten-, religiöse, familiäre, linguistische, regionale oder lokale Identitäten (vgl. Malik *et al.* 2009: 13; McMillan 2008: 74). Daraus ergibt sich der *Slogan* Jawaharlal Nehrus: ‚Einheit in Vielfalt‘. Dies soll die indische Pluralität aufgreifen und als Quelle der Stärke und des nationalen Charakters hervorheben. Der *Slogan* drückt aber auch aus, dass Indien ein Land der Gegensätze und Widersprüche ist. Gerade diese Unterschiede können auch Ursprung von Konflikten sein (vgl. Bhagavan 2003: 37)⁶⁴. Hinzu kommen politische Veränderungen der vergangenen Jahrzehnte, wie der Wandel des Parteiensystems von der Dominanz der Kongresspartei hin zu einem Koalitionssystem oder das Erstarken von regionalen oder kastenbezogenen Parteien und der Politisierung der Religion, die sich v. a. im Hindu-Nationalismus zeigt (vgl. Wolf 2008: 26; McMillan 2008: 744).

Nirgends äußern sich die massiven Unterschiede in der indischen Gesellschaft stärker als in der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes. Im 20. Jahrhundert ist die Bevölkerung um das Dreieinhalbfache gewachsen und das Volksvermögen um das Zehnfache gestiegen. Trotzdem ist der Wohlstand nicht gleichmäßig in der Gesellschaft verteilt (vgl. Adeney / Wyatt 2010: 45)⁶⁵. Das BSP hat 2007 zwar 1000 Milliarden US-Dollar erreicht. Davon entfallen aber 250 Milliarden US-Dollar auf 54 Inderinnen und Inder. Für die übrigen Einwohner bleiben noch ungefähr 600 US-Dollar pro Jahr, wodurch Indien zu den ärmsten Ländern der Welt zählt (vgl. Imhasly 2008: 13f).

Imhasly fragt, ob mit dem Wachstum der indischen Wirtschaft auch die Kluft zwischen Arm und Reich wachse. Die drei ärmsten Bevölkerungsgruppen – unter der Armutsgrenze von 1,3 US-Dollar bzw. 12 Rupien pro Tag, die marginale und gefährdete Gruppe, die mit 15 bzw. 20 Rupien pro Tag auskommen müssen – machen insgesamt 76 Prozent (!) der Bevölkerung aus. 20 Rupien bzw. 2 US-Dollar pro Tag entsprechen dem internationalen Grenzwert lebensgefährdender Armut. Da der indische Staat laut Imhasly gerne nur die ärmste Gruppe, diejenigen Inderinnen und Inder, die unter der Armutsgrenze leben, heranziehe, entstehe das Bild eines Landes, das das letzte Fünftel der Armut ausrotten wolle (vgl. Imhasly 2008: 5, 15)⁶⁶. Es gibt in Indien zwar die Computer-Branche, in

64 S. dazu auch Ihlau 2008: 5; Bronger 1996: 25; Adeney / Wyatt 2010: 38; Ganguly / DeVotta 2003a: 1; Wessler 2014.

65 S. dazu auch Banik 2011: 95; Michael / Rauch 2008: 7; Bauer / Shiraishi 2015: 76.

66 S. dazu auch Kunz 2015; Müller / Rauch 2008: 11; Betz / Neff / Plagemann 2015: 3; Roy 2014: 27; „Man sollte aber nicht vergessen, dass in Indien statistisch auch immer wieder nachgesteuert wird, Formeln zur

der zwei bis drei Millionen Menschen arbeiten. Dies hat aber keine Massenwirkung auf den Arbeitsmarkt. Häufig wird behauptet, der Schritt vom Agrarland zur Dienstleistungsgesellschaft sei in Indien vollzogen – ohne dass das Land eine Industrialisierung durchlaufen habe. Der langjährige Mangel an Export, dem die Liberalisierung 1991 zwar entgegenwirkte, schadet der Industrie laut Wagner allerdings noch heute, da u. a. deshalb Massenarbeitsplätze fehlen (vgl. Merkle 2012). Dies erklärt zumindest z. T. das Paradoxon, dass es in Indien neben der weit verbreiteten Armut eine kaufkräftige Mittelschicht und eine wachsende Wirtschaft gibt (vgl. Imhasly 2008: 16). Diese ökonomischen Klüfte korrelieren häufig mit Kasten, religiösen und ethnischen Grenzen, was sie laut Petersmann besonders gefährlich macht (vgl. Petersmann 2012)⁶⁷.

Obwohl es seit 1947 keine große Hungersnot mehr gab (vgl. Adeney / Wyatt 2010: 101), zählen Indiens Kinder weiterhin zu den ärmsten der Welt. In manchen Bundesstaaten ist jedes zweite oder dritte Kind unterernährt (vgl. Kunz 2015). Mangelernährung bei Kindern unter sechs Jahren ist in acht Jahren um nur einen Prozentpunkt auf 46 Prozent gesunken. Gleichzeitig hat die Bevölkerung jedoch um 1,6 Prozent zugenommen, was in absoluten Zahlen eine Zunahme mangelernährter Kinder bedeutet. Dadurch liegt Indien statistisch gesehen noch hinter der ärmsten Region der Welt, den afrikanischen Ländern südlich der Sahara. Von jährlich 9,7 Millionen Kindern weltweit, die sterben, bevor sie fünf Jahre alt geworden sind, sterben 2,1 Millionen in Indien (vgl. D'Monte 2014b: 48; Imhasly 2008: 16). Laut dem *Global Hunger Index* von 2010 steht Indien auf dem 67. Platz von 84. Darin wird vermutet, dass lediglich 42 Prozent der bezuschussten Lebensmittel die Armen erreichen (vgl. Neff / Schöttli 2011: 4; Palanithurai 2013: 32). Der stets gezogene Vergleich zwischen dem demokratischen Indien und dem autoritären China zeigt z. B. bei der Alphabetisierungsrate einen krassen Unterschied: 95 Prozent der Chinesinnen und Chinesen können lesen und schreiben, wohingegen nur 70 Prozent der Inderinnen und Inder dies vermögen (vgl. Merkle 2012)⁶⁸. „Das ist für eine Demokratie nun kein Ruhmesblatt“ (ebd.). Die wirtschaftlichen und bildungspolitischen Probleme in Indien hat die Regierung laut Christian Wagner erkannt. An der Umsetzung hapere es (vgl. Merkle 2012; Müller / Rauch 2008: 12). Es wäre zu vermuten, dass die Armen in In-

Ermittlung des Armutsanteils verändert werden und es deshalb nicht möglich ist, eine klare Aussage mit Zahlen zur Erreichung des Ziels zu machen“ (Bauer / Shiraishi 2015: 76).

⁶⁷ Wirtschaftliche und soziale Kennzahlen zu Indien liefert der *Human Development Index*. Diese sind im Anhang dargestellt in den Abbildungen 7 und 8 sowie in Tabelle 3.

⁶⁸ Andere sprechen von einer Analphabetenquote von beinahe 40 Prozent (vgl. Wagner 2007a: 3).

dien ihre demokratische Macht nutzen, um einen Ausgleich zu schaffen. Dem ist laut Imhasly jedoch nicht der Fall (vgl. Imhasly 2008: 16). Es werden regelmäßig Armutsprogramme verkündet (vgl. Banik 2011: 95f; Dasgupta 2014)⁶⁹, aber der Staat als Verteiler des Volksvermögens habe eine *Pipeline* geschaffen, „in der mehr versickert als ans Ziel transportiert wird“ (Imhasly 2008: 16). Neben Korruption verschlingt der Staatsapparat, der sich um die Verteilung der Mittel an die Armen kümmern soll, laut dem ehemaligen Premierminister Rajiv Gandhi 85 von 100 Rupien (vgl. Imhasly 2008: 16; Wagner 2007a: 3). Doch auch hier weist Indien Theorien Grenzen auf. Das Medianwählermodell stellt bspw. die Behauptung auf, dass sich demokratische Politikerinnen und Politiker an der Gruppe, die die meisten Wählerinnen und Wähler umfasst, ausrichten. Effektive *Policies*, die den Armen tatsächlich helfen, sind laut Dasgupta jedoch nicht zu finden (vgl. Dasgupta 2014). Die Kasten-Politisierung führt zwar dazu, dass auch ärmere Inderinnen und Inder sich zusammenschließen, um ihren Positionen mehr Gewicht zu verleihen. Dies führt aber auch zu Spannungen innerhalb der indischen Gesellschaft – bspw. zwischen Arm und Reich oder durch den Hindu-Nationalismus –, die nicht unterschätzt werden dürfen (vgl. Merkle 2012; Dasgupta 2014)⁷⁰. Dass die etablierten Parteien lange blind für die Nöte der Armen waren, liegt laut Willke daran, dass die indischen Wählerinnen und Wähler nicht wissen, „was sie mit ihren Entscheidungen anstellen – und wie sich ihre Wahl auswirken wird“ (Willke 2014: 85).

5.1 Historischer Abriss – Indien vor und nach Gandhi

Viele Historiker unterscheiden drei große Phasen der indischen Geschichte: Die hinduistische, muslimische und britische Periode. Jede hatte Einfluss auf die soziopolitische Struktur des Landes und wirkt bis heute nach, weshalb nun ein kurzer historischer Abriss erfolgt (vgl. Malik *et al.* 2009: 14). Vor 4000 bzw. 3500 Jahren lagen die Ursprünge des hinduistischen Indiens im Indus-Tal (vgl. Malik *et al.* 2009: 14; Bhagavan 2003: 18), wo sich u. a. das Sanskrit entwickelte. Diese Indus-Kultur wurde von den aus der Kaukasusregion eingewanderten Ariern (mit)begründet, die vor etwa 3500 Jahren kamen und deren Vorstellungen sich mit denjenigen der vorhandenen Bevölkerung mischten (vgl. Bha-

69 Zur Sozialpolitik der BJP unter Premierminister Narendra Modi s. Betz / Neff / Plagemann 2015: 4. Wie Kunz deutlich macht, ist z. B. das Recht auf Nahrung, das die Regierung verkündet hat, lediglich eine Behauptung, um Wahlen zu gewinnen. Die Umsetzung würde den Staat Milliarden kosten. Verteilte Essenscoupons lösen das grundsätzliche Problem nicht, nämlich, dass es an Arbeitsplätzen fehlt (vgl. Kunz 2015). 70 S. dazu auch Wieck 1996: 162; Pogorelskaja 2009: 146; Chaturvedi / Kumar 2014: 3, 12f.

gavan 2003: 19; Embree 2003: 195f). Lange Zeit ging die Forschung von einer Invasion der Arier mit Unterwerfung der drawidischen Ureinwohner aus. Diese Sicht wird tlw. immer noch vertreten (vgl. Massey 1997: 6). Für Bhagavan ist dies jedoch ein Mythos, der heute von vielen Forscherinnen und Forschern auch als solcher gesehen werde (vgl. Bhagavan 2003: 19; Adeney / Wyatt 2010: 53; Embree 2003: 195f).

Vor ungefähr 3200 Jahren wurden Hymnen der frühen Inderinnen und Inder gesammelt und als die *Veden* zusammengefasst. Während dieser vedischen Epoche entwickelte sich neben kulturellen Errungenschaften wie der *Bhagavad Gita* auch das komplexe Sozialgefüge des Kastensystems (vgl. Malik *et al.* 2009: 14ff). Buddhismus und Jainismus bildeten sich vor 2600 und 2500 Jahren als religiöse Minderheiten heraus, nachdem die jeweilige Gründungsfigur sich gegen die *Brahmanen*, die hinduistische Priesterkaste, aufgelehnt hatte. Hinzu kamen nach und nach christliche und muslimische Minderheiten, Parsinnen und Parsen sowie Sikh-Frauen und -Männer (vgl. Massey 1997: 6). Schon vor der Invasion durch Alexander den Großen im Jahr 326 vor unserer Zeitrechnung gab es einen regen Austausch mit Persien und Griechenland. Deren philosophische Gedanken haben tlw. Eingang in die indische Kultur gefunden (vgl. Malik *et al.* 2009: 14ff).

Mit den muslimischen Invasoren aus dem Nordwesten brach im 16. Jahrhundert eine neue Periode an: die der Mogul-Herrscher (vgl. ebd.: 17ff). Die Engländer kamen wegen Erzählungen über den schillernden Orient nach Indien und begründeten im Jahr 1601 die *East India Company*, um den Reichtum Indiens ausnutzen zu können. Nachdem Großbritannien und Frankreich im 18. Jahrhundert noch um die Vorherrschaft auf dem Subkontinent gerungen hatten, konsolidierten die Briten ihre Macht in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts (vgl. Bhagavan 2003: 33f). Als die *Company* Indien nach und nach in Besitz nahm, war dies „anfänglich begleitet von einer beispiellosen Ausbeutung des Landes“ (Betz 2007). Indien wurde „auf den Status eines Rohstoffproduzenten reduziert“ (ebd.). Durch ausgeprägte verwaltende und organisatorische Fähigkeiten bauten die Briten ihre Kolonialherrschaft über Indien aus und eine zentralisierte Verwaltung auf, die nur schwer herausgefordert werden konnte (vgl. Malik *et al.* 2009: 17ff; Mehta 2003: 41).

Wie Stuchtey ausführt, entsprang das Selbstverständnis der Kolonialherren – in diesem Fall der Briten – während des Kolonialismus und Imperialismus einem „genuin europäischen Hegemonialanspruch“ (Stuchtey 2010). Dessen Ursprung datiert er auf den 7. Juni 1494, als Spanien und Portugal den Vertrag von Tordesillas – den sog. Weltteilungsvertrag – unterzeichneten. Dieses Dokument fasst laut Stuchtey das politische, wirtschaftli-

che und kulturelle ‚Recht‘ zusammen, das Grundlage des kolonialen Anspruchsdenkens ist. Es sei den Herren um Profit und Prestige gegangen – und nicht zwingend um christliche Missionierung, obwohl diese auch eine Rolle spielte, die in Kapitel 5.3 aufgegriffen wird. Die auf den Weltteilungsvertrag folgenden Kolonialbeziehungen seien zwischen Herrschern und Beherrschten stets von „Gewalt und Krieg, Despotismus, Willkür und Rechtlosigkeit“ (ebd.) sowie von engen Beziehungsgeflechten geprägt gewesen. Stuchtey spricht von dynamischen Wechselbeziehungen zwischen den Kolonien und ihren europäischen ‚Mutterländern‘, die sich gegenseitig massiv beeinflussten. Weiße Siedlungskolonien wie Kanada und Australien wurden im viktorianischen England bspw. als Ausdehnung des ‚Mutterlandes‘ wahrgenommen. Dies darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Kolonialbeziehungen von einer „Entwicklungsdifferenz zum ‚Anderen““ (ebd.), zu ‚untergeordneten‘ Völkern geprägt waren. Dies führte laut Stuchtey zu einer veränderten Selbstwahrnehmung in Europa, die sich um Selbst- und Fremdbilder herum aufbaute. Damit wurden auch die gewaltsame Eroberung und koloniale Unterdrückung anderer Völker, um sie wirtschaftlich und militärisch ausbeuten zu können, gerechtfertigt (vgl. ebd.).

Auf die britische Kolonialherrschaft gab es in Indien verschiedene Reaktionen. Viele Indier nahmen einfach ihren Platz im britischen System ein, da dies die Beendigung von jahrzehntelangen Konflikten auf dem Subkontinent bedeutete (vgl. Fenske *et al.* 2008: 573). Fenske *et al.* sprechen sogar von der Bereitschaft, „von den neuen Herren zu lernen“ (ebd.). Aber: „The British had hoped that English-language education would create a native elite beholden to the British; instead, the educated middle class became the vanguard of Indian nationalism“ (Mehta 2003: 45). Verschiedene Intellektuelle kritisierten die Briten und versuchten, deren Herrschaft zu reformieren oder abzuschütteln (vgl. Bhagavan 2003: 36; Fenske *et al.* 2008: 573), was zu einer Revitalisierung der eigenen Kultur führte. Hierbei sind die *Arya Samaj* Bewegung, das Wirken der Theosophischen Gesellschaft in Südindien sowie die säkularere Variante von Ranade und Bhandarkar in Maharashtra und Tagore in Bengal beispielhaft zu nennen (vgl. Malik *et al.* 2009: 22). „Originally, contact with the West had created a sense of cultural inferiority among the English-educated Hindus“ (ebd.). Swami Vivekananda wandte sich diesem Bild diametral entgegen und trat für den spirituellen Genius in Indien ein (vgl. Embree 2003: 191). Die erste Revolte gegenüber den Briten brach bereits 1857 aus. Sie wurde zwar niedergeschlagen, aber der Damm war gebrochen. In den Folgejahren entstand Indiens *nationalist movement* aus zunächst regional organisierten Gruppen über eine jährliche Tagung

von Gleichgesinnten bis hin zur Gründung des *Indian National Congress*, der Kongresspartei, im Jahr 1885 (vgl. Malik *et al.* 2009: 22f)⁷¹. Die Partei wollte Indien Großbritannien gegenüber vertreten und mehr Selbstverwaltung erreichen (vgl. Fenske *et al.* 2008: 573f; Betz 2007).

Die herausragende Persönlichkeit der Kongresspartei wurde Mohandas Karamchand Gandhi (vgl. Fenske *et al.*: 574), der am 2. Oktober 1869 im heutigen Gujarat geboren wurde (vgl. Ackerl 2011: 116). In Gandhi, der *Mahatma* oder ‚Große Seele‘⁷² genannt wurde, vereinigten sich seit seiner Jugend indisches und europäisches Gedankengut, da seine religiösen Eltern neben der *Bhagavad Gita* ebenfalls die Bergpredigt aus der Bibel und Leo Tolstois Friedensvorstellungen achteten. Darauf baute er seine Konzepte *Satyagraha*, das Festhalten an der Wahrheit, und *Sarvodaya*, der gemeinsame Aufstieg aller Menschen⁷³, auf und kombinierte beides mit dem hinduistischen Gebot des *Ahimsa*, das besagt, freundlich gegenüber allen Lebewesen zu sein. Daraus ergab sich der gewaltlose Widerstand, mit dessen Hilfe er Indien aus der kolonialen Herrschaft in die Selbstregierung, also die Unabhängigkeit, führte (vgl. Chaturvedi / Kumar 2014: 5)⁷⁴.

Gandhi war der Sohn eines Kaufmanns und wuchs in der Hafenstadt Porbandar in einer religiös toleranten Umgebung auf. Insb. der Jainismus mit seiner absoluten Gewaltlosigkeit und dem Ideal des Asketen sowie seine fromme, *vishnuitische* Mutter mit ihrem Vegetarismus und Fasten prägten Gandhi (vgl. Ackerl 2011: 114f; Meisig 2003: 185f). Mit 13 Jahren wurde er mit der gleichaltrigen Kasturba verheiratet, mit der er vier Kinder hatte. Ab 1906 entschied sich Gandhi für ein zölibatäres Leben. Seine Frau wurde zu seiner politischen Mitstreiterin (vgl. Ackerl 2011: 115). In London studierte er von 1888 bis 1891 Jura (vgl. Meisig 2003: 186). Von 1893 bis 1914 arbeitete Gandhi als Anwalt in Südafrika, wo er sich für die Rechte der indischen Diaspora einsetzte. Im Jahr 1914 kehr-

71 S. dazu auch Bhagavan 2003: 36; Mehta 2003: 44f; Fenske *et al.* 2008: 573. Zwischen dem *Indian National Congress* und der Theosophischen Gesellschaft gab es allerdings auch Schnittmengen. Die Theosophin Annie Besant war auch Mitbegründerin der Kongresspartei und präsierte 1917 über eine Tagung, in der die Unberührbarkeit in einer Resolution abgeschafft wurde (vgl. Roy 2014: 59).

72 Diese Ehrenbezeichnung kommt in Sanskrit-Epen weisen Sehern und Asketen, den sog. *Rishis*, zu (vgl. Meisig 2003: 185). Die Anwendung des Titels auf Gandhi „geht auf den indischen Philosophen und Schriftsteller Rabindranath Tagore zurück, der ihn schon im Jahr 1915 so begrüßte“ (Ackerl 2011: 114).

73 „*Satyagraha* ist eine Selbstverpflichtung des einzelnen Menschen, *Sarvodaya* bedeutet eine alle Menschen umfassende Solidarität. Die beiden Prinzipien scheinen unvermittelt nebeneinander zu stehen. Gandhi war jedoch davon überzeugt, dass das Wohlergehen des einzelnen Menschen mit dem Befinden aller Menschen untrennbar verbunden ist“ (Rothermund 2010: 241; Hervorhebungen im Original, V.S.). Diese Vorstellungen Gandhis begründeten den Neohinduismus (vgl. Meisig 2003: 185).

74 S. dazu auch Ackerl 2011: 114; Fenske *et al.* 2008: 574; Carazo 2007: 1, 4; Rothermund 2010: 241; Meisig 2003: 185ff; Malik *et al.* 2009: 26; Kantowsky 1986: 171, 173.

te er nach Indien zurück und begann damit, sich politisch zu betätigen (vgl. Fenske *et al.* 2008: 574; Mehta 2003: 46). Er reiste durch das Land und erkannte, dass die Anführer des *nationalist movement* von der Realität in Indiens Dörfern weit entfernt waren. Um die Unabhängigkeit von den Briten zu erlangen, war nach seiner Ansicht eine Basis in der breiten Bevölkerung notwendig, die auch die Menschen auf dem Lande einschloss. Unter Gandhis Führung wurde der elitäre Kongress zu einer Bewegung, die ein breites Spektrum von Gruppen und Klassen repräsentierte und die deshalb zwischen verschiedenen sozialen Gruppierungen vermitteln und sich für die vollkommene Unabhängigkeit Indiens einsetzen konnte. Der Kongress organisierte zu Beginn der 1920er Jahre die Nicht-Kooperation, Hungerstreiks, 1930 den Salzmarsch und zu Beginn der 1930er Jahre den zivilen Ungehorsam (vgl. Mehta 2003: 46ff)⁷⁵. Die Briten reagierten zunächst mit Bestrafungen – sie inhaftierten Gandhi u. a. von 1922 bis 1924 (vgl. Meisig 2003: 187; Ackerl 2011: 115), was ihn in Indien immer populärer machte und immer mehr Menschen mobilisierte (vgl. Fenske *et al.* 2008: 575) – und schließlich 1935 mit dem *Government of India Act*, der vollkommene provinzielle Autonomie und eine teilverantwortliche Regierung vorsah. Dies schlug sich in den Wahlen von 1937 im Erfolg der Kongresspartei nieder (vgl. Malik *et al.* 2009: 27f; Mehta 2003: 50). Zwischen 1940 und 1947 strebte die Partei die völlige Unabhängigkeit von der britischen Herrschaft und die territoriale Einheit Indiens an – entgegen subnationalistischer Bewegungen wie der *Muslim League*. Als nach massiven Aufständen klar wurde, dass Indien nur nach einer Aufteilung des Subkontinents nach religiösen Aspekten unabhängig werden würde, stimmten die Anführer des Kongresses der Errichtung des pakistanischen Staates zu. Am 15. August 1947 wurde Indien unabhängig von Großbritannien – die Gräben zwischen Hindu-Frauen und -Männern, Musliminnen und Muslimen sowie Sikh-Frauen und -Männern, die sich für einen eigenen Staat einsetzten, sind bis heute zu spüren (vgl. Malik *et al.* 2009: 27ff)⁷⁶. Radikale Hindu-Frauen und -Männer gaben Gandhi die Schuld für die Teilung Indiens. Ein Hindu-Fundamentalist erschoss Gandhi am 30. Januar 1948 (vgl. Meisig 2003: 188). Dies wird im Abschnitt zum Hindu-Nationalismus noch einmal thematisiert.

Gandhi hatte sich eine ideale Gesellschaft der erleuchteten Anarchie vorgestellt. Demnach sollte Indien seinen Weg finden, indem es zwei Säulen westlicher Kultur vermied:

75 S. dazu auch Ackerl 2011: 115; McMillan 2008: 737; Malik *et al.* 2009: 23, 26f; Meisig 2003: 187f; Fenske *et al.* 2008: 574.

76 S. dazu auch Ackerl 2011: 115; Meisig 2003: 188; Adeney / Wyatt 2010: 53; Wagner 2007b: 573; Mehta 2003: 56; Embree 2003: 215; Glazer 2010: 15.

Industrialisierung und einen starken, zentralisierten Staat, da beides nicht zu den in Dörfern lebenden Indern passe (vgl. Myrdal 2007: 53; Gandhi 2006: 65). Stattdessen sollte jeder in dörflicher Autarkie in Frieden leben und sein eigenes Schicksal bestimmen können (vgl. Meisig 2003: 191ff; Mehta 2003: 58f; Malik *et al.* 2009: 30f)⁷⁷. Jawaharlal Nehru und seine säkularen Anhänger waren hingegen von marxistischem und sozialistischem Gedankengut beeinflusst und sahen in Wissenschaft, Technologie und einem modernen Staat den Schlüssel zur Transformation der indischen Gesellschaft. Die politischen Eliten sammelten sich hinter Nehru, der der erste indische Premierminister wurde, und entschieden sich für eine repräsentative Regierung, die dem britischen Westminster-Modell – dem politischen System der ehemaligen Kolonialherren – nachempfunden wurde, da viele der Anführer der Unabhängigkeitsbewegung in Großbritannien oder von Briten ausgebildet worden und mit dem System vertraut waren (vgl. Chaturvedi / Kumar 2014: 22; Mehta 2003: 58f; Verney 2000: 414). Dass die britische Kolonialherrschaft Einfluss auf die demokratische Transition Indiens hatte, wie häufig vermutet wird, wird von einigen Forscherinnen und Forschern bezweifelt. Ganguly vertritt die Ansicht, dass Schritte in Richtung Demokratie aus der politischen Agitation der Inderinnen und Inder gegenüber der Kolonialherrschaft entstanden. Nach Ganguly haben die Briten während der Kolonialzeit einiges dafür getan, um die demokratischen Kräfte in Indien zu unterdrücken (vgl. Ganguly 2007a: 164; Ganguly 2007b: 30; Sharma 2003: 74). Dennoch muss bspw. der Verwaltungsapparat angeführt werden, den die Briten aufbauten, der in das neue demokratische System eingebaut werden konnte und das Fundament für die repräsentative Regierungsform bildete (vgl. Ganguly 2007b: 31; McMillan 2008: 736, 741, 745f; Hadenius / Berg-Schlosser 2007: 108). Starke Einflüsse auf den neuen Staat hatten darüber hinaus das komplexe und mannigfaltige Gesellschaftsgefüge, die Umsetzung demokratischer *Governance*-Strukturen in einer an Autorität, Status und Hierarchie orientierten Kultur sowie die sozioökonomische Entwicklung in einer Kultur, die auf Diskriminierung und Ungleichheit basierte (vgl. Mohanty 2011: 348).

⁷⁷ Dieses Bemühen Gandhis um wirtschaftliche Autarkie ist bis heute in abgewandelter Form auf der indischen Fahne zu erkennen, die zunächst die Flagge des Kongress-Unabhängigkeitskampfes war. Neben dem grünen, weißen und orangenen Streifen, die laut Rösel sowohl für Musliminnen und Muslime, Christinnen und Christen und Hindu-Frauen und -Männer als auch für Glaube, Reinheit und Erlösung stehen, ist in der Mitte Gandhis Spinnrad, das heute etwas abgewandelt als ‚Dharmachakra‘ gilt und für die (buddhistische) Lehre steht. Gandhis Spinnrad stand ursprünglich jedoch für die dörfliche Selbstversorgung der Inderinnen und Inder, in der er deren Zukunft sah (vgl. Rösel 2009: 163).

Die ersten Jahre nach der Unabhängigkeit waren deshalb u. a. von der Diskussion über die Rolle von Minderheiten und unteren Schichten geprägt, die über Jahrhunderte unterdrückt worden waren. Dazu wurde eine positive oder beschützende Diskriminierung entwickelt, eine Quotenförderung für die *Scheduled Castes* und *Tribes* (vgl. Ihlau 2006: 56). Öffentliche Positionen, Parlaments- und *Panchayat*-Sitze sowie Studienplätze werden für diese Bevölkerungsgruppen reserviert, damit sie in die Gesellschaft integriert werden und aufsteigen könnten (vgl. Wessler 2014)⁷⁸. Laut Roy gilt die Reservierungspolitik allerdings nicht für *Dalits*, die zu einer anderen Religion konvertiert sind. Außerdem müsse ein *Dalit* die *High School* absolviert haben, um für die Förderung in Frage zu kommen. 71,3 Prozent der Schülerinnen und Schüler, die den *Scheduled Castes* angehören, verlassen laut Roy jedoch vorzeitig die Schule. Doch immerhin habe die positive Diskriminierung dazu geführt, dass ein Teil der *Dalits* Möglichkeiten hat, die noch vor wenigen Jahrzehnten undenkbar gewesen wären (vgl. Roy 2014: 32f). Ihlau knüpft an Roys Argumentation an: Die Quotenförderung, die dazu dienen sollte, die Benachteiligten zu begünstigen, habe zur Verfestigung des Kastensystems geführt, da nur Angehörige der unteren Kasten oder Kastenlose Anspruch auf Förderung haben (vgl. Ihlau 2006: 57). „Tatsächlich sind die energischsten Verfechter von Kastenquoten paradoxerweise auch die entschiedensten Gegner von Kaste als hierarchischem System“ (Béteille 2004: 341).

Bhimrao Ramji Ambedkar, ein Kastenloser aus Maharashtra, „Vater der indischen Verfassung und verehrter Führer der ‚Unberührbaren‘“ (Voll 2014), setzte sich insb. für Schutzklauseln und Minderheitenrechte der Unberührbaren und Stammesangehörigen in der neuen indischen Verfassung ein. Er wurde der erste Justizminister der Indischen Union (vgl. Ihlau 2006: 55)⁷⁹. Bei der Gründung des unabhängigen Indiens 1947 entstand

78 S. dazu auch Rösel 2009: 158; Pínglé 2003: 238; Corbridge / Harriss 2006: 209. Glazer zufolge war die ursprüngliche Förderung nur für einen Zeitraum von zehn Jahren vorgesehen. Stattdessen wurden die Quoten ausgeweitet und verlängert. Derzeit wird in Indien darüber diskutiert, die Reservierungspolitik auch auf Stellen im privaten Sektor und auf Musliminnen und Muslime auszuweiten. Letzteres ist in einigen Bundesstaaten bereits eingeführt worden (Glazer 2010: 17).

79 S. dazu auch Ambedkar 2014a: 0; Roy 2014: 44; Skoda 2014; Glazer 2010: 15f. In seinem Buch *Annihilation of Caste* thematisiert Ambedkar die Situation der *Dalits* in Indien (s. Ambedkar 2014b). Roy bezeichnet Ambedkar auch als Gandhis eindrucksvollsten Gegenspieler (vgl. Roy 2014: 17, 39; Skoda 2014; Burke 2014). Für Ambedkar ging Gandhis Vorstellung vom Wandel der indischen Gesellschaft nicht weit genug. Er trug wesentlich zum *empowerment* der *Dalits* bei (vgl. Pínglé 2003: 238; Corbridge / Harriss 2006: 232f). Die Quotenförderung hatte aber offensichtlich nicht den von Ambedkar erhofften Effekt. Um tatsächliche Gleichheit zu erreichen, sah Ambedkar für die Unberührbaren schließlich keinen anderen Ausweg als die Religion zu wechseln, weshalb er kurz vor seinem Tod im Jahr 1956 zum Buddhismus konvertierte. Ambedkar war der Ansicht: „what is wrong with them [the Hindus, V.S.] is their religion“ (Roy 2014: 47). Zehntausende seiner Anhänger taten es ihm gleich (vgl. Ihlau 2006: 55; Adeney / Wyatt 2010: 58; Ambedkar 2014b: 288; Roy 2014: 139). Zu Ambedkars Werdegang s. Roy 2014: 95ff.

ein Staat, dessen Basis der Säkularismus bilden, dessen Identität über Rassen, Kasten und Religionen hinausgehen und der alle Inderinnen und Inder vor dem Gesetz gleichstellen sollte (vgl. Bronger 1996: 25). „The real test came while implementing the provisions of the constitution” (Engineer 2010: 170). Die Verfassung gibt zwar allen Inderinnen und Indern, gleich welcher Kaste und welchen Glaubens, die gleichen Rechte, aber höherkastige Hindu-Frauen und -Männer, die Schlüsselpositionen in Politik, Verwaltung und Industrie besetzten, waren laut Engineer nicht bereit, alle Ressourcen gerecht zu teilen (vgl. ebd.), wodurch die angestrebte *de-facto*-Gleichheit aller Inderinnen und Inder ein *de-iure*-Prinzip wurde (vgl. Frankel 2000: 7).

Die Verfassung trat am 26. Januar 1950 in Kraft (vgl. Bronger 1996: 26). Die Kongresspartei konnte unter Nehru in den ersten Wahlen im Dezember 1950 und Januar 1951 einen deutlichen Wahlerfolg erzielen (vgl. Wagner 2014), dem eine drei Jahrzehnte andauernde Dominanz folgte (vgl. Ganguly 2009: 79)⁸⁰. Im Jahr 1971 erreichte der Kongress im Unterhaus bspw. zwei Drittel, 1984 sogar vier Fünftel der Sitze (vgl. Wagner 2014). Parallel zur Macht der Kongresspartei und dem zentralisierten Staatsapparat bildete sich unter Nehru in den 1950er Jahren ein gemischtes Wirtschaftssystem heraus, die *mixed economy* (vgl. Wagner 2007b: 576)⁸¹. In dieser quasi-sozialistischen Wirtschaftspolitik (vgl. Rauch 2015: 13) sollte der zentralisierte Staat eine führende Rolle spielen und eingreifen können, wie bei der Politik der Importsubstitution mit Abschottung vom Weltmarkt durch hohe Zölle. Dadurch reduzierte sich der indische Anteil am Weltmarkt von zwei (1950er) auf 0,5 Prozent (Anfang 1990er) (vgl. Wagner 2007b: 576; McMillan 2008: 746). Nachdem die Sowjetunion, einer der wichtigsten wirtschaftlichen Partner Indiens, zusammengebrochen war, drohte 1991 eine Zahlungsbilanzkrise. Dies brachte das Ende der *mixed economy* mit sich. Eine wirtschaftspolitische Liberalisierung und die Integration in den Weltmarkt waren die Folge (vgl. Wagner 2007b: 576)⁸², was auch zu einer stärkeren Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Indien führte (vgl. Wagner 2007b: 576; Wieck 1996: 161). Die Wahrnehmung Indiens hat sich mit der wirtschaftlichen Öffnung vom ‚kranken Mann am Ganges‘ zu einer aufkommenden Weltmacht verändert (vgl. Rauch 2015: 1f; Wessler 2014). Neben der Liberalisierung gab es

80 S. dazu auch Malik *et al.* 2009: 89; Verney 2000: 406; Rösel 2009: 153; Sharma 2003: 76.

81 S. dazu auch Adeney / Wyatt 2010: 45; Wessler 2014; Rauch 2015: 13; Banik 2011: 91; McMillan 2008: 746.

82 S. dazu auch Frankel 2000: 14; Brenke 1995: 46; Wieck 1996: 161; Bauer / Shiraishi 2015: 76; Banik 2011: 91; Wessler 2014; Ganguly 2007b: 39; Ihlau 2008: 4; Roy 2014: 27.

eine Ausweitung der Parteienpolitik, bei der nun mehrere Parteien um Unterstützung warben und Koalitionen statt der Einparteiendominanz der Kongresspartei zur Regel wurden (vgl. McMillan 2008: 746; Verney 2000: 406, 412; Jenkins 2007: 56).

Diese politische Dispersion kann auch als Folge der *Emergency Rule* Indira Gandhis von 1975 bis 1977 gesehen werden (vgl. Rösel 2009: 146). Zunächst betätigte sich die Tochter Nehrus als dessen Beraterin, wurde 1959 Präsidentin der Kongresspartei und 1966 Premierministerin. Sowohl innen- als auch außenpolitisch setzte Indira Gandhi mit dem Quasi-Staatssozialismus und der Blockfreiheit, die in Kapitel 5.2 behandelt wird, den Kurs ihres Vaters fort. Allerdings zeigte sich bei der ‚Mutter Indiens‘ schnell ein autoritativer Führungsstil. Nach der Wahl 1972 wurde ihr Wahlfälschung vorgeworfen, wofür sie auch schuldig gesprochen wurde. Sie sollte ihren Parlamentssitz aufgeben und sechs Jahre nicht für politische Ämter kandidieren. Stattdessen rief sie 1975 den Notstand aus, im Zuge dessen sie Gegner verhaften, die Presse zensieren und Bürgerrechte einschränken ließ (vgl. Beck 2015: 144ff)⁸³. „Der Ausnahmezustand dauerte neunzehn Monate. Auf den Verlust der Wahlen 1977 reagierte sie mit Unverständnis“ (Beck 2015: 146). Indira Gandhis Nachfolger, Moraji Desai, scheiterte an wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen, was ihr im Januar 1980 die Rückkehr als Premierministerin ermöglichte. Nach Unruhen in Punjab zwischen Hindu- und Sikh-Frauen und Männern hatten indische Truppen auf ihren Befehl hin den Goldenen Tempel von Amritsar, ein Sikh-Heiligtum, gestürmt. Dabei starben 712 Sikh-Frauen und Männer und 90 Soldatinnen und Soldaten; der Tempel wurde tlw. zerstört. Einige Monate später wurde Indira Gandhi von ihren Sikh-Leibwächtern erschossen, worauf bei verschiedenen Ausschreitungen Tausende Sikh-Frauen und -Männer von Hindu-Frauen und -Männern ermordet wurden. Ihr Sohn, Rajiv Gandhi, den sie als ihren dynastischen Nachfolger herangezogen hatte, folgte ihr als Premierminister und Vorsitzender der Kongresspartei. Er starb 1991, ebenfalls bei einem Attentat (vgl. Beck 2015: 146f).

83 S. dazu auch Bronger 1996: 28; Wessler 2014; Rauch 2015: 13. Pelinka argumentiert, dass Indira Gandhi mit der Entscheidung, sich 1977 der Wahl zu stellen, dem zweiten Schritt auf dem Weg zu einem autoritären Regime widerstanden habe. Sie habe sich anders verhalten als es ein militärischer Diktator getan hätte. Dass sie die Wahlen verlor, ist für Pelinka der entscheidende Beweis für die Qualität der indischen Demokratie (vgl. Pelinka 2003: 127).

5.2 Indiens Position im internationalen Umfeld

Indien – als die bevölkerungsreichste Demokratie der Welt, als wichtiger Wirtschaftsstandort und als Mitglied im Club der nuklearen Mächte – spielt für Deutschland und die Stiftungen eine wichtige Rolle. Außerdem bewegt sich DF und EZ, wie bereits erwähnt, stets im interdependenten internationalen Raum. Deshalb soll nun ein kurzer Überblick über Indiens Position im internationalen Umfeld gegeben werden.

Während des Kalten Krieges verfolgte Indien eine Neutralitätspolitik und führte die Blockfreien an, eine Bewegung aus Ländern der ‚Dritten Welt‘, die sich dem Ost-West-Konflikt und der Blockbildung entziehen wollten (vgl. Wagner 2007b: 573)⁸⁴. Dies wurde im Westen aber häufig als prosovjetsche Politik gewertet (vgl. Wieck 1996: 164). Indien und die Sowjetunion schlossen 1971 nach der amerikanisch-chinesischen Annäherung einen Freundschaftsvertrag (vgl. Wagner 2007b: 573). So kann die Neutralitätspolitik Indiens auch als Absicherung gegenüber China und Pakistan gesehen werden (vgl. Wieck 1996: 162). Nach dem Ost-West-Konflikt und der ökonomischen Liberalisierung erfuhr Indien einen rasanten wirtschaftlichen Aufschwung (vgl. Wagner 2007a: 6) und etablierte sich international, ohne zu stark an einen Partner gebunden zu sein (vgl. Destradi 2013: 96).

Das internationale Gewicht Indiens und die Erwartung eines größeren künftigen Einflusses wurden in den vergangenen Jahrzehnten oft thematisiert (vgl. Ihlau 2008: 3f)⁸⁵. Premierminister Manmohan Singh brachte 2007 den Stellenwert und das Selbstbewusstsein Indiens zum Ausdruck: „Was gut ist für Indien, ist auch gut für die Welt“ (Piepenbrink 2008: 2). Ihlau geht sogar so weit, Indien als den ‚eigentlichen Herausforderer des Westens‘ zu bezeichnen, da es sich im Gegensatz zu China auf eine demokratische Gesellschaft stützen könne (vgl. Ihlau 2008: 3). Vom wirtschaftlichen Aufschwung, der an der durchschnittlichen Wachstumsrate von acht Prozent deutlich wird, profitieren aber nur wenige Inderinnen und Inder. Rund ein Drittel der Erwachsenen und mehr als die Hälfte der Frauen sind Analphabeten. Viele sind weiterhin sehr arm, zahlreiche Bäuerinnen und Bauern sind so hoch verschuldet, dass der Selbstmord als einzige Lösung erscheint, was in einigen Regionen zu alarmierenden Selbstmordraten führt: Jede Stunde nehmen sich zwei indische Bäuerinnen und Bauern das Leben. Zwischen 1993 und 2003 sollen es

84 S. dazu auch Wieck 1996: 164; Imhasly 2008: 13; Piccone 2011: 140.

85 S. dazu auch Piepenbrink 2008: 2; Wagner 2007b: 572; Kreft 2006: 13; Rauch 2015: 26; Narlikar / Destradi / Plagemann 2015: 6; Mehta *et al.* 2011: 95.

100.000 Opfer gewesen sein (vgl. Piepenbrink 2008: 2)⁸⁶. „Der Optimismus, die Probleme lösen zu können, war indes noch nie so groß wie heute“ (Piepenbrink 2008: 2). Denn der Armut gegenüber stehen der weltweit zweitgrößte Pool an Ingenieurinnen und Ingenieuren, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern und Computerspezialistinnen und -spezialisten sowie knapp 400 Universitäten und 1500 Institute (vgl. Ihlau 2008: 4f; Müller / Rauch 2008: 10). Indien will nicht mehr als Land der Elenden gesehen werden (vgl. Petersmann 2012) und will seinen Platz unter den Großmächten einnehmen⁸⁷, der für die Jahrtausende alte Kultur gerechtfertigt scheint (vgl. Destradi 2013: 96; Ganguly / DeVotta 2003a: 5). Deshalb strebt Indien nach einem ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat und ist Teil des nuklearen Clubs geworden (vgl. Bauer / Shiraishi 2015: 76)⁸⁸. Insgesamt liegt Indien daran, „seine eigenen Interessen selbstständig zu definieren, ein Maximum an strategischer Autonomie zu wahren und seine Machtposition auszubauen, um damit eine Grundlage für eine gerechtere Weltordnung zu schaffen“ (Destradi 2013: 96). Indiens Außenpolitik charakterisiert Mehta mit ‚zurückhaltender Besonnenheit‘, was sich in dem Verzicht auf Machtpolitik und dem Anspruch, Zivilmacht zu sein, ausdrücke (vgl. Mehta 2011: 102, 108; Wagner 2007b: 574).

In seiner Nachbarschaft und der südasiatischen Region möchte Indien aus strategischen Gründen an Einfluss gewinnen und die Beziehungen stabilisieren (vgl. Mehta 2011: 103; Wagner 2007b: 579). Dadurch konkurriert Indien mit China. Beide sind an Afrika als Absatzmarkt interessiert, da beide Staaten neue Ölquellen benötigen (vgl. Bauer / Shiraishi 2015: 76; Betz / Neff / Plagemann 2015: 7). Die Energieversorgung zu sichern, ist eines der wichtigsten außenpolitischen Themen (vgl. Wagner 2007a: 4; Rajamani 2008: 19). Der chinesische Drache und der indische Elefant sehen einander deshalb als Rivalen, aber auch mit einer gewissen Ambivalenz (vgl. Ihlau 2008: 3)⁸⁹. Auf internationaler Ebene, wie den BRICS-Treffen, kooperieren beide durchaus miteinander (vgl. Destradi 2013: 98f; Rauch 2015: 23). Der Staat bemüht sich um die Einbindung in regionale Foren

86 S. dazu auch Wessler 2014; Müller / Rauch 2008: 12; Rauch 2015: 21; Wagner 2007a: 3.

87 Dazu gehört auch, dass Indien sich von einem der Hauptempfänger der westlichen Entwicklungshilfe zu einem Geber entwickelt hat. Seit 2008 akzeptiert Indien nur noch Gelder von den USA, von Großbritannien, Japan, Deutschland, Russland und von der EU. Selbst im Katastrophenfall, wie beim Tsunami 2004, lehnt Indien seither internationale Hilfsangebote ab (vgl. Bauer / Shiraishi 2015: 75; Wagner 2007b: 578).

88 S. dazu auch Ganguly / DeVotta 2003a: 5; Wagner 2007b: 574; Wessler 2014. Kritischer schätzte Destradi Indiens Position ein: „Ein verlangsamtes Wirtschaftswachstum, eine schwache Regierung unter der Führung eines greisen Premierministers und Neu-Delhis mangelnde Bereitschaft, auf internationaler Ebene Verantwortung zu übernehmen, wecken Zweifel daran, dass Indien es schaffen wird, eine entscheidende Rolle in der Weltpolitik zu spielen“ (Destradi 2013: 93).

89 S. dazu auch Bauer / Shiraishi 2015: 77; Wessler 2014; Kreft 2006: 15; Wagner 2007b: 575.

(vgl. Wagner 2007a: 5; Kreft 2006: 20). Indien ist in Südasien laut Destradi sowohl von der Größe als auch der wirtschaftlichen Macht als dominierend und als Regionalmacht anzusehen, aber nicht als regionale Führungsmacht, da es nur begrenzten Einfluss auf Nachbarstaaten ausüben könne (vgl. Destradi 2009: 1f; Destradi 2013: 93). V. a. das Verhältnis zu Pakistan ist schwierig (vgl. Rauch 2015: 24). Mit dem Erzfeind hat Indien vier Kriege geführt (1947-48, 1965, 1971 und 1999), drei davon entzündeten sich an Kaschmir, das beide Staaten für sich beanspruchen (vgl. Ganguly 2008: 32)⁹⁰. Obwohl seit 2007 eine gewisse Annäherung an Pakistan auszumachen ist (vgl. Wagner 2007a: 5), beobachtet Indien die Instabilität Pakistans und die Rekrutierung islamischer Terrornetzwerke dort besorgt (vgl. Destradi 2013: 97).

Die Beziehung zwischen Deutschland und Indien war nach dem Zweiten Weltkrieg von geringem gegenseitigem Interesse charakterisiert (vgl. Wagner 2007b: 574). Nach dem Kalten Krieg und Indiens wirtschaftlicher Liberalisierung ist das Land in seiner Bedeutung für Deutschland aber rasch aufgestiegen. Obwohl es in politischer oder wirtschaftlicher Bedeutsamkeit nicht an die USA, Russland oder die EU-Partner heranreicht, zählt Indien neben Japan, Ägypten und den übrigen BRICS-Staaten zur nächstwichtigen Gruppe. In außenpolitischer Hinsicht wird Indien als Stabilisator der Region angesehen, was seine Rolle als nuklearer Staat, wirtschaftliches Schwellenland und als Vermittler zwischen Nord und Süd einschließt (vgl. Wagner 2007b: 572; Rauch 2015: 29). V. a. die wirtschaftliche und technologische Zusammenarbeit steht im Fokus der deutsch-indischen Beziehungen. Es gibt seit den 1990er Jahren eine zunehmende Besuchsdiplomatie und gemeinsam mit Brasilien und Japan streben Deutschland und Indien einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der UN an (vgl. Wagner 2007b: 572ff; Rauch 2015: 29f). Für Indien ist Deutschland der sechstwichtigste Handelspartner weltweit und die Bundesrepublik zählt zu den zehn größten Direktinvestoren in Indien (vgl. Rauch 2015: 29; Wagner 2007b: 577). In den vergangenen Jahren hat sich das Verhältnis beider Staaten von der Geber-Nehmer-Dynamik hin zu gleichberechtigten Partnern entwickelt. Deutschland vergibt Darlehen an Indien, die an wirtschaftliche Konditionen gebunden sind und die Indien verzinst zurückzahlt (vgl. Bauer / Shiraishi 2015: 81). Durch die wirtschaftliche Zusammenarbeit soll die indische Volkswirtschaft weiter in den Weltmarkt integriert und der Armut entgegengewirkt werden (vgl. Wieck 1996: 165). Differenzen zeigen sich zwischen

90 S. dazu auch Wagner 2007b: 574; Petersmann 2012; Wessler 2014; Adeney / Wyatt 2010: 38; Ganguly / DeVotta 2003a: 3; Bronger 1996: 31f.

Deutschland und Indien u. a. im Umgang mit religiösen Minderheiten, beim Atomwaffensperrvertrag und in der Klimapolitik (vgl. Rauch 2015: 30)⁹¹. Den Nichtweiterverbreitungsvertrag, den die Nuklearmächte 1968 unterzeichneten, unterstützten bislang alle deutschen Regierungen, wohingegen alle indischen Regierungen den Vertrag ablehnten, da er eine diskriminierende Unterteilung der Welt in nukleare und nicht-nukleare Mächte vornehme. Die Unterordnung der Atommacht China gegenüber ist ein weiterer Punkt, der aus indischer Sicht gegen den NVV spricht (vgl. Wagner 2007b: 574f; Wieck 1996: 153).

Die indische EZ begann 1958, als Nehru in einer Haushaltsrede Nepal Zuschüsse über 100 Millionen Rupien (damals: 140 Millionen DM) und Myanmar ein Darlehen von 200 Millionen Rupien zusagte. Dass Indien ein relevantes Geberland ist, ist jedoch eine Entwicklung des vergangenen Jahrzehnts und diese Politik steht immer noch am Anfang. Indiens entwicklungspolitische Arbeit wird mit seiner außenpolitischen Agenda verschmolzen, wodurch Indien als Geber, Handelspartner, Investor und Verbündeter zugleich auftritt (vgl. Bauer / Shiraishi 2015: 77ff). Die Empfänger indischer EZ können geografisch in zwei Gruppen eingeordnet werden. Die erste Gruppe umfasst die Nachbarn Indiens. Dazu gehören Bhutan, Sri Lanka, Nepal, Afghanistan, die Malediven, Myanmar und Bangladesch. Indien baut den Handel mit diesen Staaten aus und integriert sie in die SAARC. Dadurch sichert sich Indien die Rolle einer regional relevanten Macht. Die Energieversorgung steht hier meist im Fokus. Indiens Bedarf soll gesichert werden, wie bei Bhutan und Nepal der Fall. In Sri Lanka engagiert sich Indien, um den chinesischen Einfluss einzudämmen. Dies wird häufig kritisiert: Indien würde die kleineren SAARC-Mitglieder mit großzügiger EZ ruhigstellen, um eigene Interessen voranzutreiben. In Afghanistan versucht Indien, dem Erstarken des radikal-islamischen, grenzübergreifenden Terrorismus als auch dem Einfluss Pakistans entgegenzuwirken.

Die zweite Empfängergruppe umfasst Länder, die eine hohe strategische Relevanz aufweisen. Dies sind meist rohstoffreiche oder ölexportierende Staaten in Zentralasien, Afrika oder solche, die eine starke indische Diaspora-Gemeinde haben. Ersteres sind Nigeria, Sudan, Tadschikistan und Kasachstan und Letzteres Tansania, Kenia und Mauritius. Auch hier liegt der Fokus auf der Ressourcensicherung und dem Ausbau von wirtschaftlichen Beziehungen. Die langfristige Strategie Neu-Delhis kann als eine umfassende Süd-Süd-Kooperation kategorisiert werden, die sowohl den politischen als auch

⁹¹ Zu den umweltpolitischen Herausforderungen in Indien s. Corbridge / Harriss 2006: 208.

den wirtschaftlichen Aufschwung vorantreiben soll. Außerdem bleibt festzuhalten, dass Indien seine EZ nicht an Menschenrechte oder gute Regierungsführung koppelt (vgl. Bauer / Shiraishi 2015: 78ff). Indien betreibt keine eigene DF (vgl. Piccone 2011: 140). Das beste Programm zur Förderung von Demokratie und Menschenrechten wird im Erfolg der eigenen Nation gesehen, die eine Vorbildfunktion einnehmen soll (vgl. Mehta 2011: 107). Außerdem werden der begrenzte Einfluss auf die unmittelbaren Nachbarn, die negative Besetzung des Begriffs ‚Demokratieförderung‘ durch die Regierung Bush (1989-1993) und der Wunsch Indiens, nicht mehr als ‚regionaler Tyrann‘ gesehen zu werden, als Ablehnungsgründe für eine eigene DF angeführt (vgl. Destradi 2009: 1).

5.3 Indische Innenpolitik

Das indische Machtpotenzial wird laut Rauch von internen und externen Faktoren behindert. Intern führt er die politische und soziale Fragmentierung an, die in politischer Hinsicht zu Koalitionszwängen und erstarkenden Regionalparteien führt, was einige Autorinnen und Autoren für eine stabilisierende Flexibilität und Repräsentation der Vielfalt Indiens halten. In sozialer Hinsicht spielen v. a. die weit verbreitete Armut, die Benachteiligung der OBC – die häufig zu den besonders Armen zählen – und die Diskriminierung von Frauen zentrale Rollen (vgl. Rauch 2015: 19ff). Die politischen Entwicklungen und die Benachteiligung aufgrund des Kastensystems werden in den nächsten Abschnitten behandelt. Die ökonomischen und sozialen Probleme werden nun vorgestellt.

Trotz einer durchschnittlichen Wachstumsrate von acht Prozent läuft die indische Wirtschaft nicht rund. Dies ist neben ausufernder Bürokratie und Korruption auf eine überlastete und ineffiziente Infrastruktur sowie auf Ungleichgewichte zwischen Industrie, Landwirtschaft und Dienstleistungsgewerbe zurückzuführen (vgl. Narlikar / Destradi / Plage-mann 2015: 6f)⁹². Die Straßen sind völlig überlastet und das Eisenbahnnetz wird für den Frachttransport nur begrenzt genutzt. Die Häfen sind mit viel zu hohen Umschlagszeiten (vier Tage im Vergleich zu zehn Stunden in Hongkong) nicht wettbewerbsfähig und die Flughäfen sind durch zunehmenden Luftverkehr stark belastet. Selbst die Mittelklasse ist in Städten – ganz zu schweigen von ländlichen Gebieten – von regelmäßigen Stromaus-

⁹² Die indische Regierung erklärte, dass die Wirtschaft zuletzt um 7,3 Prozent gewachsen sei. Dies wird jedoch selbst von staatsnahen Ökonomen bezweifelt. Selbst der Chef der indischen Notenbank, Raghuram Rajan, erklärte, dass die Art der Berechnung des Bruttoinlandsproduktes problematisch sei (vgl. Perras 2016).

fällen und Wasserknappheit betroffen (vgl. Narlikar / Destradi / Plagemann 2015: 7; Müller / Rauch 2008: 11). Eine Schwäche und ein Überbleibsel der Kolonialzeit ist das starke Gefälle zwischen Grund- und Hochschulen (vgl. Wessler 2014; Engineer 2010: 173). Die Briten setzten in der Ausbildung der Inderinnen und Inder darauf, gutes Verwaltungs- und technisch versiertes Personal zu bekommen. Die Bildung der breiten Bevölkerung lag hingegen nicht in ihrem Interesse. Daraus folgen bis heute ein Facharbeitermangel der Industrie (vgl. Müller / Rauch 2008: 11) und ein Zwei-Klassen-Bildungssystem, da nur diejenigen Kinder eine gute Ausbildung bekommen, deren Eltern sich meist anglophone Privatschulen leisten können. Jedes Jahr werden 160.000 junge Inderinnen und Inder in den USA, in Großbritannien oder Australien ausgebildet. Ein Zwei-Klassen-System gilt aber auch für medizinische Einrichtungen (vgl. Wessler 2014; Adeney / Wyatt 2010: 44f).

Eines der größten Probleme des indischen Staates ist Korruption⁹³, deren Ausmaß ein vergleichsweise sehr hohes Niveau einnimmt. Reformversuche blieben bislang erfolglos (vgl. Neff / Schöttli 2011: 1; Wagner 2007a: 3; Sharma 2003: 64). Neff und Schöttli machen deutlich, dass Korruption seit der wirtschaftlichen Öffnung 1991 verstärkt auftritt und das Wachstum hemmt. Die Weltbank „geht davon aus, dass jene Länder, die Korruption effektiv bekämpfen, ihr Pro-Kopf-Einkommen um bis zu 400 Prozent steigern können“ (Neff / Schöttli 2011: 4). Hinzu kommt, dass ein für Korruption bekanntes Land bei Investoren an Attraktivität verliert und dass die Maßnahmen zur Armutsbekämpfung „durch Korruption auf allen Ebenen oft zur Ineffizienz verdammt“ (ebd.) sind.

Die Korruption in Indien ist omnipräsent geworden. Von Bestechungsgeldern, die ein normaler Bürger oder eine Bürgerin auf der örtlichen Polizeistation zahlen muss, um Anzeige zu erstatten, über dubiose Verträge der Regierung bis hin zu kriminellm Verhalten im politischen Leben. Die Ermordung von Aktivistinnen und Aktivisten, Einschüchterung politischer Rivalinnen und Rivalen, Ausschaltung von Kritikerinnen und Kritikern, Behinderung von Ermittlungen und die Untergrabung des Wahlprozesses sind ebenso zu nennen wie die Auswahl politischer Eliten. In der *Lok Sabha*, dem Unterhaus, von 2009 hatten

93 „Korruption wird im Allgemeinen definiert als der Missbrauch einer Position in der Wirtschaft oder eines öffentlichen Amtes zum persönlichen, materiellen oder immateriellen Vorteil. Korruption kann verschiedene Formen wie Bestechung, Vorteilsnahme, Unterschlagung, Vetternwirtschaft (Nepotismus) oder Klientelismus annehmen. Nach dem Umfang der Korruption lässt sich dabei zwischen kleiner und großer Korruption unterscheiden“ (Neff / Schöttli 2011: 3). Zur kleinen Korruption zählen Bestechungsgelder, um öffentliche Dienstleistungen nutzen zu können. Laut einer Studie von *Transparency International* hat mindestens die Hälfte der Befragten in Indien im Jahr 2010 jemanden bestochen (vgl. ebd.: 3). Verdeckte Korruption meint, wenn staatliche Bedienstete nicht zum Dienst erscheinen oder öffentliches Eigentum nicht in Stand gehalten wird, obwohl die Mittel ausreichen würden (vgl. ebd.: 4).

161 der 543 Parlamentarierinnen und Parlamentarier Vorstrafen, gegen 75 liefen schwerwiegende Strafanzeigen (vgl. Ganguly 2012: 139). 25 Prozent der Parlamentarierinnen und Parlamentarier wurden wegen Mord, Erpressung oder Vergewaltigung angezeigt (vgl. Malik *et al.* 2009: 71)⁹⁴. Doch die Justiz ist auch nicht vor Korruption gefeit. „Mit der aktuellen personellen Ausstattung der Gerichte würde es noch etwa 466 Jahre dauern, um den Verfahrensstau abzuarbeiten. Selbst wenn es zu Anklagen wegen Korruption kommt, ist eine Verurteilung wegen der Länge der Verfahren und der Korruptierbarkeit der Gerichte sehr unwahrscheinlich“ (Neff / Schöttli 2011: 5; vgl. Ganguly 2012: 144). Dieser hohe Korruptionsgrad bei Eliten hat zu einem Vertrauensverlust bei der Bevölkerung geführt (vgl. Neff / Schöttli 2011: 4). Obwohl es ein traditionelles stillschweigendes Einvernehmen unter der politischen Elite gab, Korruption nicht allzu sehr zu thematisieren, um die eigenen Verstrickungen zu vertuschen, wurde die Korruptionsbekämpfung zu einem zentralen Thema (vgl. ebd.: 5f). Nachdem die massive Unzufriedenheit mit der Korruption bei den Wahlen 2014 zu einem Regierungswechsel hin zu Narendra Modi und seiner BJP geführt hat, hat dessen Regierung einige Maßnahmen zur Reduzierung von Bürokratie, zur Effizienzsteigerung und zur Korruptionsbekämpfung, wie eine Schwarzgeldkommission, gestartet (vgl. Narlikar / Destradi / Plagemann 2015: 7f).

Die Stabilität des indischen Staates wird also von vielen miteinander wechselwirkenden ökonomischen und sozialen Problemen gefährdet. Ein weiteres ist laut Wagner die kommunistische Militanz der Naxaliten, die von der Regierung als größte innenpolitische Bedrohung wahrgenommen werden, „noch vor traditionellen Krisenherden wie Kaschmir oder den notorisch unruhigen Bundesstaaten im Nordosten des Landes“ (Wagner 2007a: 3; vgl. Merkle 2012; Rauch 2015: 21). Die Naxaliten rekrutieren v. a. aus sozial schwächeren Schichten, die vom wirtschaftlichen Aufschwung nur wenig profitiert haben. Daneben gebe es auch islamistische Gruppierungen, die versuchen, das Verhältnis zwischen Indien und Pakistan zu verschlechtern, und separatistische Bewegungen in Assam. Antimuslimische Ausschreitungen, das Erstarken des Hindu-Fundamentalismus und ein vermehrtes Lagerdenken seien ebenfalls zu verzeichnen. Die Heterogenität des Landes in ethnischer, kultureller und religiöser Hinsicht, soziale Spannungen aufgrund der auseinanderklaffenden Schere zwischen Arm und Reich und des Kastensystems

⁹⁴ Ganguly vermutet, dass dieser Trend tlw. Indira Gandhi anzulasten ist. Während und nach der *Emergency Rule* seien Unterstützer für sie und ihren Sohn Sanjay in die Politik geholt worden, die zweifelhafte Hintergründe, dafür aber Loyalität gegenüber der Gandhi-Familie hatten. Nachdem die ersten Kriminellen da waren, wurde es für andere einfacher, ihnen nachzufolgen (vgl. Ganguly 2012: 145).

sowie ein ineffizienter Staatsapparat und mangelnde Rechtsstaatlichkeit kommen hinzu, ebenso wie die bereits ausgeführte Korruption, zunehmender Frauenmangel in der Bevölkerung, rasches Bevölkerungswachstum, das Fehlen von ökologisch nachhaltigem Wachstum und der rasante Verbrauch von Ressourcen (vgl. Wagner 2007a: 3)⁹⁵. Dabei ist innerhalb des Landes zwischen Regionen zu unterscheiden: „Man findet Inseln imponierender Effizienz und Regionen von mittelalterlicher Rückständigkeit“ (Ihlau 2008: 5). 50 Prozent der Armen entfallen auf nur fünf Bundesstaaten, die auch als Hindugürtel bezeichnet werden, wohingegen die fünf reichsten Bundesstaaten 40 Prozent des BSP erwirtschaften (vgl. Müller / Rauch 2008: 11f). Roy spricht deshalb von Indien als einem Land, das in mehreren Jahrhunderten gleichzeitig lebt (vgl. Roy 2002: 207). Dass diese Konfliktpotenziale oder Konflikte nicht zu einer großen Krise geführt haben, liegt laut Wessler an der indischen Demokratie, in der durch Interessenaggregation und -artikulation alle gesellschaftlichen Gruppen eine Stimme bekommen und dadurch Balance und gesellschaftlichen Ausgleich schaffen (vgl. Wessler 2014)⁹⁶.

5.3.1 Staatliche Strukturen in Indien

Für Wagner ist Indien eine gefestigte Demokratie, die durch eine politische Stabilität gekennzeichnet ist, die bei der Unabhängigkeitserklärung nur wenige für möglich hielten. Auch er betont die integrative Kraft des politischen Systems, die durch Förder- und Quotenprogramme verstärkt werde. Trotz Missständen gebe es regelmäßige Wahlen, den Wettbewerb zwischen Parteien, Regierungswechsel auf allen Ebenen und verfassungsmäßig verankerte Grundrechte (vgl. Wagner 2007a: 1, 6; Wagner 2007b: 573; Wagner 2014). Dieser Meinung schließen sich viele Forscherinnen und Forscher an, v. a. im Vergleich zu anderen Ländern der Demokratisierungswellen nach dem Zweiten Weltkrieg (vgl. Ganguly 2009: 87)⁹⁷. McMillan konkretisiert seine Einschätzung: Er sieht in Indien die Erfüllung der institutionellen Anforderungen von Dahls Polyarchie-Konzept und schätzt das Land als robuste und lebhaft Demokratie ein, das die Kriterien einer demokratischen Konsolidierung aufweise (vgl. McMillan 2008: 734ff). Einige Forscherinnen

95 S. dazu auch Müller / Rauch 2008: 12; Wagner 2014; Bundeszentrale für politische Bildung 2013; Rauch 2015: 21; Wessler 2014; Sharma 2003: 85; Wieck 1996: 162; Pogorelskaja 2009: 146; Destradi 2003: 93; Ganguly / DeVotta 2003a: 3; Ganguly 2007b: 32; Neff / Schöttli 2011: 5.

96 S. dazu auch Adeney / Wyatt 2010: 53; Wagner 2007a: 6; Müller / Rauch 2008: 13.

97 S. dazu Rudolph / Lloyd 2002: 52; Jenkins 2007: 55ff; Ganguly 2007b: 34; Sharma 2003: 85; Adeney / Wyatt 2010: 53; Berg-Schlosser 1999: 12.

und Forscher schießen in ihrem Optimismus zur indischen Demokratie aber auch weit über das Ziel hinaus:

„In little more than fifty years [...], the introduction of individual freedoms, minority rights and universal suffrage have significantly transformed historically rigid hierarchical structures, social relations and cultural attitudes. Democratic institutions in contemporary India are giving voice to what was the largest oppressed population in any ancient civilization or modern state” (Frankel 2000: 24).

Andere Forscherinnen und Forscher sehen die Entwicklung Indiens kritischer. Für Mohanty sind die Errungenschaften bei der sozialen Gerechtigkeit unzureichend (vgl. Mohanty 2011: 350). Khosla findet, dass die Wahlen bspw. einigermaßen gut organisiert werden, dass aber andere Systemeigenschaften schlecht reguliert sind und schlecht verstanden werden (vgl. Khosla 2013). Diese sehr unterschiedlichen Einordnungen lassen sich zumeist darauf zurückführen, dass verschiedene Ebenen und Sphären von einigen Forscherinnen und Forschern vermischt werden und dass sich andere auf einen Teilbereich der indischen Demokratie fokussieren und andere ausblenden. Dies trifft sowohl auf positive als auch auf negative Einschätzungen zu. Insb. bei positiven Charakterisierungen schwingt eine gewisse Hoffnung der Forscherinnen und Forscher mit, die ihnen zeigt, was sie sehen wollen. In Indien wird zum einen der Beweis gesehen, dass auch Entwicklungsländer mit massiven Konfliktlinien und extremer Armut demokratisch organisiert und stabil sein können. Zum anderen wäre Indien damit ein Beispiel gegen Rousseaus Idee, dass Demokratien auf eine kleine Fläche begrenzt sein müssen (vgl. Rösel 2009: 147).

Um politische Herrschaftsverhältnisse in Indien zu analysieren, unterscheiden Drèze und Sen zwischen Idealen, Institutionen und Praxis, was im Vergleich zu anderen Kategorisierungen als eine realitätsnähere und systematischere Charakterisierung erscheint. Zu den Idealen zählen Vorstellungen wie ‚government of the people, by the people and for the people‘ oder bürgerliche Freiheiten. Die Institutionen gehen über diese grundsätzlichen Absichten hinaus und umfassen verfassungsmäßige Rechte, effiziente Gerichte, ein responsives Wahlsystem, funktionierende Parlamente, unabhängige Medien und partizipative Institutionen. Die Institutionen bieten Möglichkeiten, um die Ideale zu erreichen. Wie diese Möglichkeiten realisiert werden, gehört zur Praxis, die wiederum von der politischen Partizipation, einer kritischen Öffentlichkeit, einer schlagkräftigen Opposition und der Verteilung von Macht abhängt (vgl. Drèze / Sen 2002: 347). „Both democratic institutions and democratic practice are important in achieving democracy in the fuller sense,

but the presence of the former does not guarantee the latter“ (ebd.). Die Autoren urteilen, dass Indien bei den Institutionen einigermaßen erfolgreich sei. Bei der Praxis weise das Land jedoch soziale Grenzen aus der Vergangenheit auf. Viele Wählerinnen und Wähler seien so schlecht gebildet, dass sie die Parteien nicht voneinander unterscheiden können, Nepotismus und Kriminalisierung schränken die Freiheit und Fairness der Wahlen ein (vgl. ebd.: 347ff). In Bezug auf die Institutionen kann die Praxis Indiens in dreifacher Hinsicht als limitiert bezeichnet werden: dysfunktionale Institutionen durch Ineffizienz oder Korruption, mangelhafte Nutzung der Institutionen durch Personen oder Gruppen aufgrund mangelnden Verständnisses und die weitreichende Macht der den Institutionen vorangegangenen sozialen Ungleichheiten (vgl. ebd.: 352f). Indien wird im weltweiten Vergleich zwar nicht als einer der größten Menschenrechtsverletzer eingestuft, aber Verletzungen der Menschenrechte gibt es trotzdem – bspw. durch Folterfälle bei der Polizei –, was die Integrität der Demokratie unterminiert (vgl. ebd.: 373ff). Um die Demokratiequalität zu erhöhen, müsste laut Drèze und Sen auf kommunaler Ebene angesetzt werden, da dort auch die eher Benachteiligten eine Chance zur Partizipation haben, die Korruption am ehesten ausgemerzt und die Rechte des Einzelnen gestärkt werden können (vgl. ebd.: 358ff, 371f).

Politisches System:

Die Polizei wird laut Frankel von der Bevölkerung meistens mit Argwohn betrachtet, da sie für Menschenrechtsverletzungen bekannt ist, als korrupt und wenig effizient gilt. Bei religiösen oder kastenbezogenen Auseinandersetzungen schreite die Polizei immer wieder nicht ein oder ergreife gar Partei (vgl. Frankel 2000: 18; Wagner 2014; Drèze / Sen 2002: 373ff). Bei terroristischen Angriffen kommt es Engineer zufolge oft vor, dass unschuldige Musliminnen und Muslime zu Verdächtigen werden und alle Rechtsstaatlichkeit vergessen wird. Demnach werden Musliminnen und Muslime verhaftet und gefoltert, um Geständnisse von ihnen zu bekommen, und die Kautionskaution werde ihnen verweigert, auch wenn keine objektiven Beweise vorliegen (vgl. Engineer 2010: 181). Diese Ungleichbehandlung durch die Polizei steht im Widerspruch zur verfassungsmäßig garantierten Gleichheit aller Bürgerinnen und Bürger vor dem Gesetz. Doch sogar bundesstaatliche Regierungen verstoßen regelmäßig gegen gerichtliche Anordnungen, häufig in Bezug auf die Diskriminierung von Minderheiten, und den Gerichten widerstrebt es, Politikerinnen und Politiker wegen Zuwiderhandlung einzusperren (vgl. Banik 2011: 102). Der Staat ist nicht dazu in der Lage, Gesetze und Rechte effektiv durchzusetzen (vgl.

Witsoe 2012: 312). „Niemand *rechnet* auch nur damit, dass Politiker zur Verantwortung gezogen werden“ (Roy 2002: 323; Hervorhebung im Original, V.S.). Eine Ausnahme hierzu war 2006, als ein amtierender Minister der Kongresspartei zum ersten Mal in der indischen Geschichte eine lebenslange Haftstrafe für Mord erhielt. Im Gefängnis werden Politikerinnen und Politiker allerdings in VIP-Quartieren untergebracht und können weiter Einfluss nehmen (vgl. Malik *et al.* 2009: 71). Pelinka unterscheidet daher die *de-iure*- und die *de-facto*-Verfassung in Indien. Auch andere Autorinnen und Autoren betonen immer wieder Unterschiede zwischen Recht und Wirklichkeit (vgl. Pelinka 2003: 110; Bronger 1996: 36). Chaturvedi und Kumar bemerken, dass die politische Struktur noch im Werden und ihre endgültige Form noch nicht klar ist. Deshalb sollte nicht-politischen Faktoren, die das politische Verhalten oft stärker beeinflussen als Trends und Institutionen, besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden (vgl. Chaturvedi / Kumar 2014: 1).

Parteien:

Nach der Unabhängigkeit von Großbritannien im Jahr 1947 wurde das politische Leben in Indien bis in die 1980er Jahre von der Kongresspartei bestimmt. Danach folgte eine Phase der Instabilität, die von häufigen Unterhauswahlen, Minderheitsregierungen, dem Niedergang der Kongresspartei, dem Aufstieg der BJP, dem Aufkommen von Regionalparteien und einer parlamentarischen Fragmentierung mit mehr als 40 Parteien gekennzeichnet war. Generell kann konstatiert werden, dass sich das *Gros* der indischen Parteien durch Absenz innerparteilicher Demokratie sowie durch mächtige Persönlichkeiten und dynastische Prinzipien auszeichnet (vgl. Malik *et al.* 2009: 90)⁹⁸. Insb. die politische Mobilisierung der Kasten hat zur Ausdifferenzierung der bestehenden Parteien geführt. Kasten haben seit jeher für die politische Sozialisation eine zentrale Rolle eingenommen (vgl. Kaviraj 2000: 104, 109). Die Mobilisierung über Kasten und Religionen verstärkt laut Sharma aber sozioökonomische und politische Klüfte (vgl. Sharma 2003: 82). Kasten- oder religionsbezogene Kampagnen tragen dazu bei, Vorurteile zu verstärken. Obwohl die Parteien säkular sein wollen, übernehmen sie traditionelle Feindschaften, die auf Kastenzugehörigkeit und Verwandtschaft basieren, und transformieren sie zu Flügelkämpfen (vgl. Engineer 2010: 175; Malik *et al.* 2009: 90; Adeney / Wyatt 2010: 58).

98 S. dazu auch Voll 2014; Kumari 2014; Betz / Destradi / Neff 2014: 4; Frankel 2000: 20; Rauch 2007a: 3.

Politische Kultur:

In Indien herrscht eine sehr positive Einstellung gegenüber dem politischen System vor, das laut Rösel vom Gros der Bürgerinnen und Bürger akzeptiert wird (vgl. Malik *et al.* 2009: 40; Rösel 2009: 146)⁹⁹. Ein Gros der Inderinnen und Inder sprechen sich Sen zufolge in Umfragen für Demokratie aus, (vgl. Sen 2009: 89). Wie aus einem Konferenzpapier von Suri *et al.* Deutlich wird, spricht sich die Hälfte der Inderinnen und Inder für Demokratie aus, vier Prozent zögen eine Diktatur vor. Für 15 Prozent macht es keinen Unterschied und 40 Prozent haben keine Meinung bei der Präferenz für Demokratie oder Diktatur (vgl. Sui *et al.* 2008: 15). Ganguly zufolge ist Demokratie *the only game in town*, da ihre Grundsätze fest in die politische Kultur des Landes verwoben sind. Als Beispiel führt er die zunehmende Stärke der Zivilgesellschaft und das beharrendere Einfordern von Rechten der Armen und Kastenlosen an. Er gibt jedoch zu, dass dies zu viel Gewalt und Tumulten geführt habe (vgl. Ganguly 2007a: 167, 171; Ganguly 2007b: 32ff).

Über die Jahrhunderte kamen verschiedene Völker und Gruppierungen nach Indien und brachten ihre jeweilige Kultur mit. Die muslimischen Institutionen und Verwaltungskonzepte der Moguln und westliche Ideen und Institutionen, die in den vergangenen drei Jahrhunderten dominierten, haben das heutige Indien stark beeinflusst. In Indien treffen demnach Ost und West aufeinander (vgl. Chaturvedi / Kumar 2014: 3, 16f). Der dominante Einfluss auf Kultur, Lebensweise und politische Einstellungen bleibt aber der Hinduismus (vgl. Malik *et al.* 2009: 32). Darunter besonders hervorzuheben sind die religiösen Lehren und politischen Ansichten Gandhis (vgl. Chaturvedi / Kumar 2014: 2). Aus der hinduistischen Tradition heraus – bspw. aus Schriften der frühen Hindu-Zeit, dem rigiden Kastensystem und der langjährigen Erfahrung mit ausländischen Eroberern und Herrschern – kann ein Führungsprinzip abgeleitet werden, das in Indien besonders stark ausgeprägt ist (vgl. ebd.: 4). Petersmann spricht sogar von einer Unterwürfigkeit Eliten gegenüber (vgl. Petersmann 2012). Durch die geringe Mobilität der Gesellschaft herrscht außerdem ein Primat lokaler Interessen (vgl. Chaturvedi / Kumar 2014: 12).

„The idea of consensus is deeply ingrained in Indian traditions and practices. It is much more in keeping with traditional ways and attitudes than Western concepts such as decision by majority vote. It has been practiced for centuries in village councils and in other groupings at the local level. It has been employed less frequently at the higher levels of social and political organization” (ebd.: 15).

99 S. dazu auch Wagner 2007a: 6; Wagner 2007b: 573; Wagner 2014.

Obwohl es unter den Inderinnen und Indern eine große Zustimmung zu Staat und Verfassung gebe, hat laut Mohanty die Mehrheit bis heute enorme Schwierigkeiten damit, mit den grundlegenden Werten in der Verfassung übereinzukommen (vgl. Mohanty 2011: 350). Chaturvedi und Kumar fassen dieses Paradoxon zusammen: „Democracy is there. But the democratic temper is missing“ (Chaturvedi / Kumar 2014: 25).

Hindu-Nationalismus und Kommunalismus:

Wie bereits erwähnt, kamen mit den Briten christliche Missionare, denen es zwar nicht gelang, viele Inderinnen und Inder zu konvertieren, die aber trotzdem einen Effekt hatten. Diese Missionare kritisierten den Hinduismus und regten dadurch Reformen an. Einige Hindu-Frauen und -Männer sahen ihren Glauben durch die Kritik von außen nun mit anderen Augen und entdeckten laut Gottschlich ihre eigenen religiösen, kulturellen Wurzeln wieder, was schließlich zum indischen und zum hinduistischen Nationalismus führte (vgl. Betz 2007; Wolf 2008; Gottschlich 2018). Besonders seit den 1980er Jahren ist eine zunehmende Politisierung der Religionen zu erkennen. Zwischen 1980 und 1993 gab es v. a. in Nordindien, dem kommunalistischen Zentrum¹⁰⁰, von Hindu-Frauen und -Männern und Musliminnen und Muslimen eine Vielzahl von Aufständen und Attacken auf Angehörige anderer Religionen oder Kasten (vgl. Engineer 2010: 178). Laut Adeney und Wyatt können diese Vorfälle meist auf gewisse politische Ereignisse zurückgeführt werden, wie das Attentat auf Indira Gandhi. „Interreligious violence has been frequently instigated for political motives“ (Adeney / Wyatt 2010: 64). In den vergangenen Jahren haben fundamentalistische Strömungen noch mehr zugenommen. Das Lagerdenken verstärkt sich (vgl. Wessler 2014; Bronger 1996: 36). Dadurch sind die Inderinnen und Inder weniger Inderinnen und Inder und mehr Hindu-Frauen und -Männer, Musliminnen und Muslime, Christinnen und Christen oder Sikh-Frauen und -Männer, mehr *Brahmanen* oder *Dalits*, mehr Tamils oder Maharashtras (vgl. Engineer 2010: 171). Das schwappt als Identitätspolitik in den öffentlichen Raum (vgl. Engineer 2010: 171, 175; Hasan 2010: 940). Mit der Politisierung der Kasten hängen Parteien wie die BJP zusammen, die an Kasten- und Hindu-Identitäten appellieren, Kastenkonglomerate vertreten und „numerische Vorteile in

100 „Im Zusammenhang mit Indien (oder noch allgemeiner Südasien) versteht man unter dem Begriff Kommunalismus eine Politik, die versucht (religiöse) Stereotypen zwischen verschiedenen Gruppen (communities) voranzutreiben und dabei Gewalt zwischen diesen Gruppen billigend in Kauf nimmt oder sogar fördert. In Indien bezeichnet der Begriff nicht nur Konflikte zwischen religiösen Gruppen, sondern auch zwischen Gruppen, die sich zwar die Religion teilen, aber aus unterschiedlichen Regionen oder Bundesstaaten sowie unterschiedlichen Kasten stammen“ (Pandey 2006 in Rauch 2015: 22).

der Demokratie nutzen“ (Skoda 2014). Dadurch wird die Kaste ein noch stärkeres identitätsstiftendes Merkmal (vgl. Adeney / Wyatt 2010: 107; Skoda 2014).

Insb. das Phänomen des Hindu-Nationalismus oder Kommunalismus gilt es, unter diesen fundamentalistischen, über Religion und Kasten identitätsstiftenden Strömungen hervorzuheben. Dazu zunächst eine definitorische Differenzierung: Beim panindischen Nationalismus unterscheiden Malik *et al.* den indischen und den hinduistischen. Der indische Nationalismus und der *Indian National Congress*, also die Kongresspartei, als dessen Ausprägung hatte die Ideologie geprägt, auf der der indische Staat aufgebaut wurde. Malik *et al.* bezeichnen ihn als liberale und humanitäre Kraft, die die pluralistische Natur der indischen Gesellschaft anerkennt und deren Homogenisierung in religiöser und kultureller Hinsicht ablehnt (vgl. Malik *et al.* 2009: 36). Im Gegensatz zu den *Indian Nationalists* sehen Hindu-Nationalisten keinen Grund für Sonderrechte von Minderheiten und zeigen erhebliche Feindseligkeit gegenüber Musliminnen und Muslimen. Es wird versucht, grundlegende Prinzipien der Verfassung, wie den Säkularismus, auszuhöhlen (vgl. Malik *et al.* 2009: 37; Wolf 2008: 26). Diese militanten Hindu-Gruppen proklamieren, dass Indien einer hinduistischen Leitkultur folgen solle (vgl. Wessler 2014; Wolf 2008: 26). Dadurch werden religiöse Minderheiten zu „Gästen im eigenen Land“ (Wessler 2014).

Grundlage dieser Bewegung ist das *Hindutva*-Manifest von Vinayak Damodar Savarkar, in dem die Errichtung eines hinduistischen Staates, *Hindu Rashtra*, proklamiert wird. Indien bzw. *Hindusthan* wird darin nicht nur als Vaterland, sondern auch als heiliges Land gesehen, dem der Einzelne Loyalität entgegenbringen muss und in dem kein Platz für Andersartige ist (vgl. Wolf 2008: 27; Malik *et al.* 2009: 37; Hasan 2010: 939). Demnach ist die ‚Hindu-Nation‘ dreifach abgegrenzt – in geografischer, ethnischer und religiös-kultureller Hinsicht. Da der hinduistische Nationalismus gegen den indischen Nationalismus – v. a. in der Form der Kongresspartei und Mahatma Gandhis – zunächst nicht ankam, spielte er lange Zeit politisch eine untergeordnete Rolle. Ein Grund dafür war, dass Gandhi von einem Mitglied einer hindu-fundamentalen Gruppierung ermordet wurde. Diesen Schatten schüttelte die Bewegung erst mit der Gründung der BJP im Jahr 1980 mehr oder weniger ab (vgl. Gottschlich 2018).

Um das *Hindutva*-Konzept voranzutreiben, beschränken sich die verschiedenen Arme der hindu-nationalistischen Bewegung jedoch nicht nur auf die politische Ebene, sondern begeben sich v. a. auch in den außerparlamentarischen Raum (vgl. Wolf 2008). Die Fraktionalisierung der Gesellschaft durch Identitätspolitik und Hindu-Fundamentalismus füh-

ren zu unberechenbaren, teils brutalen Ausbrüchen. Gewalttätige kommunalistische Mobilisierungen gab es v. a. nach dem Attentat auf Indira Gandhi 1984, als Reaktion auf den Bericht der Mandal-Kommission 1989, in dem vorgeschlagen wurde, die Reservierungsquoten für OBC auf 33 Prozent zu erhöhen, auf die Zerstörung der Babri-Moschee in Ayodhya 1992 und in Gujarat 2002 (vgl. Hasan 2010: 945; Venzky 1997; Gottschlich 2018). In Ayodhya stand bis zum 6. Dezember 1992 die Babri-Moschee. Dem *Vishwa Hindu Parishad* (VHP, Welthindurat), einer hindu-nationalistischen Organisation, zufolge soll die Moschee an der Stelle gebaut worden sein, an der der Gott Rama geboren worden war. 300.000 Hindu-Frauen und Männer machten die Moschee dem Erdboden gleich, nachdem der Welthindurat dazu aufgerufen hatte. Die meisten der Toten waren Musliminnen und Muslime. Der VHP beanspruchte daraufhin das Land, um dort einen Tempel für Rama errichten zu lassen. Dies wurde anschließend in einem langen Gerichtsprozess thematisiert (vgl. Eckert 2002: 23; Wolf 2008). Im Frühjahr 2002 wurden laut offiziellen Schätzungen etwa 2000 Menschen im Bundesstaat Gujarat ermordet – fast alle waren Musliminnen und Muslime. Eckert zufolge liegt die tatsächliche Zahl der Toten wohl deutlich höher. Narendra Modi (BJP) – damals Ministerpräsident von Gujarat – sprach von ‚verständlicher Wut der Hindus‘ und billigte damit quasi die Gewalt (vgl. Eckert 2002: 23). Die kommunalistische Gewalt soll eine Reaktion auf einen Brand in einem Zug gewesen sein, bei dem 57 Freiwillige des VHP umkamen; und das, obwohl eine Untersuchung des Brandes ergeben hatte, dass das Feuer wohl im Zug ausgebrochen und nicht von außen gelegt worden war (vgl. ebd.).

Als Modi im Dezember 2002 einen überwältigenden Wahlsieg mit beinahe 50 Prozent der Stimmen errang, sahen laut Gottschlich einige Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in der kommunalistischen Gewalt eine Wahlkampfstrategie, die Hindu-Frauen und Männer mobilisieren sollte. Dies wird bspw. auch daran festgemacht, dass die Ausschreitungen überproportional häufig in besonders umkämpften Wahlkreisen ausbrachen und dass die BJP dort anschließend erhebliche Stimmengewinne erzielen konnte (vgl. Gottschlich 2018). „Die BJP regiert Gujarat bis heute mit absoluter Mehrheit“ (ebd.). Inzwischen freilich nicht mehr unter Modi, der nun indischer Premierminister ist. Dies gelang ihm Gottschlich zufolge auch, weil er sich nicht mehr nur als ideologischer BJP-*Hardliner* präsentierte, sondern sich als Wirtschaftsreformer gerierte, der dem Land neuen Schwung geben wollte – wie er das zuvor in Gujarat getan hatte. Ihm gelang, was die Kongresspartei zu Zeiten ihrer politischen Dominanz, zuletzt unter Indira Gandhi, geschafft hatte: die absolute Mehrheit in der *Lok Sabha* zu erreichen. Im Vergleich zu Zeiten

der erfolgreichen Kongresspartei ist dies heute jedoch viel schwieriger, da das Parteiensystem deutlich ausdifferenzierter ist. Dies verdeutlicht bereits, welchen rasanten Aufstieg der Hindu-Nationalismus – insb. mit der BJP – bisher erlebt hat. Inzwischen herrscht eine aggressive Rhetorik, Ängste werden geschürt und es entsteht ein Klima, in dem radikale Hindu-Frauen und Männer offensiv auftreten können (vgl. ebd.). „Kritische Stimmen aus der Zivilgesellschaft werden drangsaliert und eingeschüchtert – zum Teil mit tödlichen Folgen“ (ebd.). Wie Eckert ausführt, mobilisieren Konflikte. Sie generieren Themen, an denen sich soziale Bewegungen orientieren und gruppieren. Sie schaffen Identität und Gemeinschaft – und Gegner (vgl. Eckert 2002: 23f). Ihr zugehöriges ist kommunalistische Gewalt sowohl Ausdruck der hindu-nationalistischen Bewegung als auch das Ergebnis der geschickten Manipulation durch fundamentalistische Organisationen (vgl. ebd.: 30).

„Pogrome, wie sie in Gujarat geschehen, passieren nicht auf Grund von strukturellen Imperativen oder sozialen Zwängen; sie passieren nicht, weil Sentimente des Hasses ‚ausbrechen‘. Kommunalistische Gewalt, wie sie Gujarat erschütterte, als ‚Unruhen‘ oder gegenseitigen Hass zweier religiöser Gruppen zu bezeichnen hieße nicht nur, die eklatante Asymmetrie zwischen den Gruppen, eine Asymmetrie in den Opferzahlen, aber vor allem auch in der Unterstützung durch staatliche Instanzen zu leugnen, sondern auch den Ausschreitungen ihren systematischen Charakter abzusprechen“ (Eckert 2002: 30).

Konflikte und Konfliktpotential:

Obwohl Indien laut Wieck der westlichen Vorstellung von Demokratie weitgehend entspricht, hat das Land weiterhin sowohl mit inneren Spannungen zu kämpfen als auch äußere Gefahren zu bestehen (vgl. Wieck 1996: 161f; Wagner 2014). Wagner nennt die unzureichende Bereitstellung von öffentlichen Gütern und die mangelnde Leistungsfähigkeit im sozialen Bereich. Große Teile der Bevölkerung haben noch immer einen geringen Zugang zu Bildung, Gesundheit und wirtschaftlicher Entwicklung. In ökonomischer Hinsicht hat die Mittelschicht zwar zugenommen, aber die Ungleichheit ist ebenfalls gestiegen. Regionale, ethnische und religiöse Gräben nehmen zu. Des Weiteren fragmentiert sich die Gesellschaft in soziokultureller Hinsicht zunehmend. Korruptionsskandale haben Themen wie *Good Governance* in die öffentliche Debatte gerückt (vgl. Wagner 2014; Ganguly / DeVotta 2003a: 2). In der politischen Arena ist insb. die hohe Anzahl der Politikerinnen und Politiker mit Vorstrafen oder laufenden Verfahren gegen sie anzuführen (vgl. Sharma 2003: 64; Neff / Schöttli 2011: 5). Gleichzeitig sind die Parlamentarierinnen und Parlamentarier sehr wohlhabend. Dagegen spricht grundsätzlich nichts, aber

der Trend zu vermögenden Volksrepräsentantinnen und -repräsentanten drückt wegen steigender Wahlkampfkosten laut Sen aus, welche Barrieren einer politischen Kandidatur im Wege stehen. Er stellt die Vermutung auf, dass das steigende Vermögen von Parlamentarierinnen und Parlamentariern und die zunehmende Kriminalitätsrate unter ihnen zusammenhängen und dass die fragwürdige Qualität der Repräsentantinnen und Repräsentanten zu einem weniger effizienten Parlament führe. Auch bei der Auswahl der Kandidatinnen und Kandidaten mangelt es an Transparenz. Das führt zur Desillusionierung der Wählerinnen und Wähler. In der Kongresspartei entscheiden bspw. bis heute die Mitglieder der Nehru-Gandhi-Familie über wichtige Fragen, was den Eindruck bei den Wählerinnen und Wählern erweckt, dass nur diejenigen mit dem ‚richtigen‘ Nachnamen gewählt werden können (vgl. Sharma 2003: 64; Sen 2009: 90f). Außerdem kommt es immer wieder vor, dass Politikerinnen und Politiker versuchen, Wahlergebnisse abzuändern (vgl. Ganguly 2007a: 167). Der korrupte Politiker oder die korrupte Politikerin ist zu einem omnipräsenten Symbol der demokratischen Malaise Indiens geworden (vgl. Jenkins 2007: 56).

Auch innerhalb der Verwaltung ist Korruption weit verbreitet – laut Malik *et al.* heute sogar mehr als jemals zuvor –, was zu einer zynischen Einstellung unter den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber der Ehrlichkeit der Verwaltung geführt hat (vgl. Malik *et al.* 2009: 85). Malik *et al.* machen die unter der Bevölkerung weit verbreitete Vorstellung aus, dass mit ausreichend Geld und politischem Einfluss alle Regeln und Gesetze gebrochen werden können und dass eine Bestrafung nur selten vorkommt. Gestützt wird das politische System dennoch von der elitären Bürokratie und der neuen Mittelklasse, die ungefähr 20 Prozent der Bevölkerung ausmacht (vgl. ebd.: 39ff). Insgesamt leidet die *Governance*-Fähigkeit des indischen Staates. Reformen benötigen wegen der Diversität und Größe des Landes viel Zeit (vgl. Wagner 2014; Sharma 2003: 64). Emmerson argumentiert, dass häufig davon ausgegangen wird, dass Demokratie und effektive *Governance* Hand in Hand gehen. Für den südasiatischen Raum treffe dies aber nicht zu (vgl. Emmerson 2012: 62ff). Beispiele dafür sind die Behandlung von Minderheiten und Reaktionen auf kommunalistische Gewalt. Polizei, Bürokratie und sogar Gerichte ignorieren häufig die säkularen Ideale des indischen Staates, weil sie von der hindu-kommunistischen Ideologie beeinflusst werden (vgl. Engineer 2010: 169; Ganguly 2007b: 33). In einigen Bundesstaaten erpresst, belästigt und schüchtert die Polizei Individuen ein, die sich aufgrund ihrer sozialen Klasse oder ihrer Kaste keinen Schutz leisten können und reagiert nur auf Hilferufe von Bessergestellten. Für Ganguly sind Menschenrechte, institutionelle Effizi-

enz und Säkularismus die größten Herausforderungen der indischen Demokratie (vgl. Ganguly 2007a: 170f, 182; Ganguly 2007b: 32f).

Eine Schwäche, die auch andere Entwicklungsländer aufweisen, ist die nachrangige Stellung der Frau (vgl. Müller / Rauch 2008: 11). Indien gilt als frauenfeindlichste Demokratie weltweit. Dazu trägt u.a. bei, dass „in Indien alle 20 Minuten eine Frau vergewaltigt wird. Die Dunkelziffer ist wohl deutlich höher“ (Roth 2016)¹⁰¹. Mädchen werden, insb. auf dem Land, als Last empfunden, weshalb weibliche Föten systematisch abgetrieben werden (vgl. Kunz 2015; Lobe 2013). Die Mädchen, die geboren werden, lernen nur zu 50 Prozent lesen und schreiben. Unter den Männern sind es vergleichsweise über 75 Prozent (vgl. Roth 2016)¹⁰². Allerdings muss hier zwischen urbanen und ruralen Gebieten differenziert werden. Auf dem Land haben Frauen häufig keine Stimme (vgl. Riecker 2014). Indien ist in vielerlei Hinsicht eine patriarchalische und in sozialer Hinsicht konservative Gesellschaft (vgl. Adeney / Wyatt 2010: 118f). Doch laut Riecker positionieren sich v. a. junge Frauen gegen diese Strukturen und versuchen diese aufzubrechen. Die Gruppenvergewaltigung der Studentin Jyoti Singh Pandey in Neu-Delhi 2012 hat das Schweigen zum Thema Vergewaltigungen gebrochen (vgl. Riecker 2014)¹⁰³. Darauf folgten Demonstrationen, die v. a. die Passivität des Staates anprangerten. Die Medien griffen den Fall auf, weshalb die Sicherheit von Frauen seither vermehrt diskutiert wird (vgl. Kumari 2014). „Es schien, als habe Indien, die bevölkerungsreichste Demokratie der Welt, erst ein Opfer aus den Reihen der urbanen, aufstrebenden Mittelklasse ‚gebraucht‘, um sich der oft verzweifelten Situation seiner Frauen bewusst zu werden“ (Riecker 2014). Seitdem vergeht kein Tag, an dem nicht über neue Gräueltaten berichtet wird. Zwei Wochen nach der Tat richtete der damalige Premierminister, Manmohan Singh, eine Kommission ein, die bestehende Gesetze überprüfen sollte. Die Bevölkerung konnte sich daran beteiligen, und es gingen mehr als 80.000 Änderungsvorschläge ein (vgl. Riecker 2014). Seither wurden Sondergerichte eingerichtet, die Sexualverbrechen schnell aburteilen sollen, und die Strafen wurden stark verschärft. In besonders schweren Fällen ist sogar die Todesstrafe möglich. „Dies ist eine radikale Abkehr von der traditionellen Sicht, nach der Frauen Eigentum des Mannes seien. Nun ist erstmals verankert, dass der Körper einer Frau ihr selbst gehört und nicht der Willkür des Mannes ausgeliefert sein darf“ (ebd.). Die

101 S. dazu auch Kunz 2015; Riecker 2014; Krishnan 2014; Lobe 2013; Corbridge / Harriss 2006: 209.

102 S. dazu auch Riecker 2014; Adeney / Wyatt 2010: 121; Meisig 2003: 168.

103 S. dazu auch Kunz 2015; Hörig 2013c: 43; D'Monte 2014a: 36; Khanal 2014: 45; Lobe 2013; Jaising in Dominguez 2014.

verstärkte Berichterstattung und die härteren Strafen scheinen jedoch zu der Einstellung ‚Jetzt erst recht‘ zu führen (vgl. Kunz 2015; Khanal 2014: 45; Krishnan 2014).

Obwohl es Vergewaltigungen in allen Kasten und sozialen Klassen gibt, haben *Dalit*-Frauen das schlechteste Los gezogen. Ihnen wird besonders häufig Gewalt angetan und oft gehen Opfer und Täterinnen und Täter davon aus, dass die Täterinnen und Täter aufgrund des Kastensystems ein Recht dazu gehabt hätten (vgl. Roth 2016; Riecker 2014). Die *Gulabi Gang* von mehr als 40.000 *Dalit*-Frauen wehrt sich gegen die Vorstellung, dass Herkunft zum Stillhalten verpflichtet. Mit Stöcken erlernen sie Selbstverteidigung, weil die Polizei sie nicht ernst nimmt (vgl. Kunz 2015; Khanal 2014: 45).

Ebenfalls problematisch ist das illegale Mitgift-System, das hohe Erwartungen an die Braut und ihre Familie stellt. Bei einer Heirat muss die Familie der Braut die Forderungen des Bräutigams erfüllen, weshalb Töchter Familien viel Geld kosten und zu Verschuldungen – tlw. sogar in die rechtlich abgeschaffte, aber weiterhin existierende Schuldfron (vgl. Ihlau 2006: 52; Kunz 2015) – führen. In den schlimmsten Fällen kommt es über Mitgift-Diskussionen zum Braut-Mord¹⁰⁴. Zwischen 1995 und 2005 sind Mitgift-Tode um 46 Prozent angestiegen. Im Jahr 2005 gab es 7000 Mitgift-Morde (vgl. Adeney / Wyatt 2010: 119; Meisig 2003: 166). Durch dieses ruinöse System werden Töchter oft als Last empfunden, was zu gezielten Abtreibungen weiblicher Föten führt (vgl. Riecker 2014; Imhasly-Gandhy 2013: 43). Ärzten ist es inzwischen unter Strafe verboten, Eltern das Geschlecht eines Embryos mitzuteilen. Doch es wird weiter getan, weshalb immer noch gezielt Mädchen abgetrieben werden. Das führt so weit, dass in Nordindien eine massive Frauenknappheit herrscht, was wiederum die Situation verschärft und die Zahl der Vergewaltigungen steigen lässt (vgl. Imhasly-Gandhy 2013: 43). In extremen Fällen, wie im Dorf Deva im Bundesstaat Rajasthan, kommen auf 300 Jungen lediglich 20 Mädchen (vgl. Riecker 2014).

Hinzu kommt, dass es kein einheitliches Familienrecht gibt. Durch Rechtspluralismus gilt für die Angehörigen einer Religion das Recht ihrer Gemeinschaft. Dies wird vom Staat

104 „In indischen Zeitungen liest man immer wieder von Mitgiftmorden: Familien heimsen eine hohe Mitgift ein und entledigen sich dann der jungvermählten Schwiegertochter, damit der Sohn frei wird für eine neue Heirat und Mitgift. In den Tageszeitungen erscheint dann eine lapidare Meldung wie etwa die folgende, unter der Überschrift ‚Housewife burnt‘:

Begusarai. Sangeeta Kumari, wife of one Anil Kumar Chaudhury, of village Parmanandpur, under Cheria Bariarpur police station, was burnt to death at 3 a.m. on Wednesday. A case has been registered in this connection with the local police, and her husband and father-in-law have been named as the main accused. No arrests have been made so far (Times of India, 31.8.95, S. 1)“ (Meisig 2003: 167).

toleriert, der noch nie die Hoheit darüber hatte. Lokale und religiöse Schlichtungsverfahren für Konflikte und Frauengerichte duldet der Staat ebenfalls (vgl. Randeria 2004: 168f; Frankel 2000: 7). Frauengerichte werden v. a. bei Ehestreitigkeiten angerufen, die im Vergleich zu staatlichen Gerichten einen hervorragenden Ruf haben, da sie die getroffenen Vereinbarungen auch kontrollieren und durchsetzen (vgl. Randeria 2004: 168). Dennoch ist dieser Rechtspluralismus laut Randeria nicht mit dem liberalen Modell einer Zivilgesellschaft vereinbar, in dem jedes Individuum die gleichen Rechte genießt. Er stellt vielmehr „das Rechtsmonopol des modernen Staates radikal in Frage“ (ebd.: 169).

5.3.2 Das Kastensystem in Indien

Unter Bevölkerungen, deren Leben von Armut, Krankheiten, Hunger und vorzeitigem Tod charakterisiert wird, nimmt Religion eine größere Rolle ein als in reichen Staaten (vgl. Norris / Inglehart 2005: 216f). Die indische Gesellschaft ist laut Rösel in allen Facetten von Religion durchzogen (vgl. Rösel 2009: 153). „Kaum eine der Weltreligionen ist – für uns! – so schwer faßbar wie der Hinduismus, keine birgt – für unser Verständnis! – so viele Widersprüche“ (Bronger 1996: 35). Der Hinduismus kennt keinen einzelnen heiligen Text, sondern eine Vielzahl religiöser Werke. Es gibt keine Gründungsfigur, kein Glaubensbekenntnis und keine institutionelle Struktur, die für Konformität sorgt (vgl. Embree 2003: 194; Adeney / Wyatt 2010: 53; Malik *et al.* 2009: 33). Gott kann auf verschiedene Weise angebetet werden, da es vielfältige Gottesformen und -manifestationen gibt, was automatisch Pluralismus hervorruft (vgl. Malik *et al.* 2009: 33; Embree 2003: 200). Für Meisig ist ein Hindu „deshalb Hindu, weil er in eine Kaste Südasiens hineingeboren worden ist“ (Meisig 2003: 157). Er sieht den Hinduismus als Sozialgefüge mit geistigem Bezug. Béteille greift diesen Gedanken auf: Die Religion, also der Hinduismus, wurde so verknüpft mit der stratifizierenden Sozialstruktur, dem Kastensystem, dass beide untrennbar erscheinen. Der Hinduismus ist in dieser Hinsicht ein Einzelfall, denn Religion und soziale Morphologie werden in allen anderen Fällen als voneinander trennbar angesehen. Deshalb fragt er, ob der Hinduismus überhaupt als Religion einzuordnen sei (vgl. Meisig 2003: 157, 171; Béteille 2004: 334f). Kennzeichnend für den Hinduismus sind der Wiedergeburtsglaube, in dem alle mentalen, emotionalen und physischen Handlungen das folgende Leben bestimmen (*karma*), bis die Seele durch Beachtung der Lebensre-

geln und gesellschaftliche Verpflichtungen (*dharma*) mit der Weltseele eins wird und die spirituelle Erlösung (*moksha*) erreicht (vgl. Adeney / Wyatt 2010: 56)¹⁰⁵.

Das Kastensystem, das seit rund 3500 Jahren existiert, ist ein in der Weltgeschichte einzigartiges Phänomen, das mit keiner anderen Institution – wie mit den mittelalterlichen Gilden Europas versucht – tatsächlich verglichen werden kann (vgl. Bidner / Eswaran 2015: 142, 152f). Das Kastensystem konstituiert sich aus getrennten Gruppen, in die Hindu-Frauen und -Männer hineingeboren werden. Diese Gruppen sind hierarchisch geordnet und leben nach religiösen und berufsbezogenen Ge- und Verboten, die zu gruppenspezifischem Verhalten führen. Soziale Kontakte zwischen Angehörigen verschiedener Kasten sind streng reglementiert, was dazu führt, dass sich Beziehungen häufig auf die eigene Kaste beschränken. Über die Einhaltung der Regeln wacht der jeweilige Kastenrat (vgl. Bronger 1996: 110f). „Der Einzelne ist damit der Institution ‚Kaste‘ in toto unterworfen, er steht durch Geburt in einer unlöslichen kollektiven Bindung“ (ebd.). Da das Verhalten des Einzelnen auf seine Kaste zurückfällt und der Einzelne in der Gemeinschaft der Kaste aufgeht, gibt es einen Verhaltensdruck (vgl. Meisig 2003: 158)¹⁰⁶.

Dass Kasten der Vergangenheit angehören, würde laut Bidner und Eswaran keine Forscherin und kein Forscher behaupten, die oder der sich mit Indien beschäftigt hat. Kasten haben selbst in hochgebildeten städtischen Gruppen eine Bedeutung beibehalten (vgl. Bidner / Eswaran 2015: 154f). Rechtlich gesehen wurde das Kastensystem und mit ihm die Unberührbarkeit mit der Ratifizierung der Verfassung abgeschafft. Die Kasten bestimmen aber immer noch den Alltag vieler Inderinnen und Inder, wobei hier nach Regionen sowie nach Stadt und Land unterschieden werden muss. Insb. die *Dalits* leben weiter mit dem Stigma ihrer Ausgestoßenheit (vgl. Ihlau 2006: 48, 54)¹⁰⁷. Sie wissen häufig auch nicht um ihre Rechte (vgl. Palanithurai 2013: 106). „Still people believe that their social practices are above the Constitution of India“ (Ihlau 2006: 48). Demnach muss zwischen der *de-iure*-Abschaffung der Kasten und deren *de-facto*-Existenz unterschieden werden (vgl. Meisig 2003: 158). Quotenförderungen und kastenspezifische Hilfsprogramme des Staates wirken auf das Kastensystem Skoda zufolge eher verfestigend als dass sie dabei helfen, es zu überwinden (vgl. Skoda 2014). Gleiches gilt für hindu-nationalistische und

105 S. dazu auch Malik *et al.* 2009: 32; Bronger 1996: 35; Gandhi 2006: 18; Embree 2003: 194.

106 S. dazu auch Bidner / Eswaran 2015: 155; Adeney / Wyatt 2010: 56; Béteille 2004: 338; Weiz 2016.

107 S. dazu auch Kaviraj 2000: 102; Petersmann 2012; Meisig 2003: 158; Wieck 1996: 162; Skoda 2014; Bronger 1996: 38.

kommunalistische Politik und Politisierung. Praktiken wie das Kastensystem zählen zu den stärksten Kräften in Indien. Und diese Kräfte wirken i. d. R. trennend und undemokratisch (vgl. Chaturvedi / Kumar 2014: 18).

Die OBC machen zusammen ungefähr ein Viertel der indischen Bevölkerung aus (vgl. Bronger 1996: 38; Müller / Rauch 2008: 11). Sie leben in *Ghettos* an Dorf- und Stadträndern, im Dschungel oder den Bergen. Die Analphabetenquote unter den *Scheduled Castes* (78,6 Prozent) und den *Scheduled Tribes* (83,7 Prozent) liegt weit über dem indischen Durchschnitt (63,8 Prozent im Jahr 1981) (vgl. Bronger 1996: 39). Lediglich 2,24 Prozent der *Dalit*-Bevölkerung haben einen Universitätsabschluss (vgl. Roy 2014: 33). Die Angehörigen der *Scheduled Castes* und *Scheduled Tribes* zählen zu den Ärmsten des Landes (vgl. Pínglé 2003: 237; Corbridge / Harriss 2006: 209). Im Jahr 1997 wurde mit K. R. Narayanan der erste *Dalit* zum indischen Präsidenten gewählt (vgl. Wagner 2014). In der medialen Elite gehören unter 315 Entscheidern von 37 Fernsehsendern und Verlagen aus Neu-Delhi beinahe 90 Prozent aus den Printmedien und 79 Prozent aus den Fernsehsendern höheren Kasten an. 49 Prozent darunter waren *Brahmanen*. Kein einziger der 315 Entscheider war ein *Dalit* oder ein *Adivasi*. Vier Prozent waren *Shudras* und drei Prozent Musliminnen und Muslime (vgl. Roy 2014: 31). Ähnliches gilt für den Staatsapparat und die mächtigsten Positionen der indischen Gesellschaft (vgl. Malik *et al.* 2009: 83). In einem Bereich sind die *Dalits* dagegen überproportional vertreten: 90 Prozent der staatlich angestellten Kehrler sind *Dalits*. Sie kehren Straßen, klettern in Fallschächte und warten das Abwassersystem, säubern Toiletten und verrichten niedere Tätigkeiten (vgl. Roy 2014: 35; Adeney / Wyatt 2010: 108)¹⁰⁸.

Alle 16 Minuten verübt ein Nicht-*Dalit* eine Straftat an einem *Dalit*. Jeden Tag werden vier *Dalit*-Frauen von Nicht-*Dalits* vergewaltigt. Jede Woche werden 13 *Dalits* ermordet und sechs entführt. Im Jahr der Gruppenvergewaltigung in Neu-Delhi, 2012, wurden 1574 *Dalit*-Frauen vergewaltigt und 651 *Dalits* ermordet. Laut Roy ist aber die Faustregel, dass lediglich zehn Prozent der Straftaten an *Dalits* überhaupt gemeldet werden. Ein Grund dafür ist sicherlich, dass die Polizei mancherorts nur reagiert, wenn sie den Beschwerde-

108 „[T]here are (officially) 1.3 million people, mostly women, who continue to earn their living by carrying baskets of human shit on their heads as they clean out traditional-style toilets that use no water. Though it is against the law, the Indian Railways is one of the bigger employers of manual scavengers. Its 14,300 trains transport twenty-five million passengers across 65,000 kilometres every day. Their shit is funnelled straight onto the railway tracks through 172,000 open-discharge toilets. This shit, which must amount to several tonnes a day, is cleaned by hand, without gloves or any protective equipment, exclusively by Dalits” (Roy 2014: 35f).

führer kennt (vgl. Roy 2014: 19ff; Ihlau 2006: 49). Und: „That’s just the rape and butchery. Not the stripping and parading naked, the forced shit-eating (literally), the seizing of land, the social boycotts, the restriction of access to drinking water“ (Roy 2014: 21). Viele der Horrorgeschichten weisen sexualisierte Erniedrigungen auf: Vergewaltigungen, Leute werden nackt durch Straßen getrieben oder zum Geschlechtsverkehr mit Familienangehörigen gezwungen (vgl. Ihlau 2006: 53). *Dalits* wird der Zugang zu Tempeln, Teegeschäften oder Brunnen versagt (vgl. Adeney / Wyatt 2010: 108). Ihlau berichtet, dass in Bihar *Dalits* erschlagen oder lebendig verbrannt wurden, weil sie den Mindestlohn verlangt haben (vgl. Ihlau 2006: 49). Von ‚Unterprivilegierten‘ zu sprechen ist deshalb ungemein verharmlosend (vgl. Bronger 1996: 38).

Skoda beschreibt, dass in dem als starr erscheinenden Kastensystem aber auch Wandlungsprozesse möglich sind. Religiöse Bewegungen haben begonnen, sich wie Kasten zu verhalten und wurden irgendwann als eigene Kasten Teil des Systems (vgl. ebd.). Die Einschätzung des Kastensystems heute variiert, wie das auch schon vor der Unabhängigkeit der Fall war (vgl. Béteille 2004: 333f). Einige Autorinnen und Autoren sehen eine Aufweichung des Kastensystems durch die zunehmende Industrialisierung und den wirtschaftlichen Aufstieg Indiens. Pinglé zufolge wurde seit der Unabhängigkeit an den Grundfesten des Kastensystems gerüttelt, da die Wirtschaft nicht länger eine auf Dörfern basierende Landwirtschaft sei. Eine zunehmende Industrialisierung integriere Indien in den Weltmarkt. Neu entstandene Berufe haben Angehörige aller Kasten angezogen, weshalb nicht mehr alle Mitglieder einer *jati* in dem gleichen Beruf tätig sind. Laut Pinglé bestimmt das *jajmani*-System heute das Leben auf dem Land, aber nicht die industrielle und städtische Wirtschaft. In den Städten sei es für viele Inderinnen und Inder nicht mehr möglich, an Nachnamen, Berufen und traditionellen Kleidungsweisen die Kaste ihres Gegenübers abzulesen, da sich dort Menschen aus allen Regionen des Landes sammeln und kein Inder bzw. keine Inderin alle *jatis* kennt (vgl. Pinglé 2003: 237f, 247). Dennoch gesteht sie ein, dass *Dalits* und *Adivasis* weiterhin in desolater Lage und dass kastenbezogene Identitäten weiterhin stark sind, „though not in the manner they used to be a century or more ago“ (ebd.: 250).

Andere Forscherinnen und Forscher zeigen eine zurückhaltendere Einschätzung und einen ambivalenteren Wandel als Pinglé. Malik *et al.* beobachten zwar, dass die soziale Herkunft einer Person mittlerweile etwas hinter ihrem Vermögen zurücktritt, aber das Kastensystem bestimme immer noch das soziopolitische Verhalten der Hindu-Frauen

und -Männer (vgl. Malik *et al.* 2009: 15, 38). Ihlau sieht die Inderinnen und Inder weiterhin „eingezwängt in das soziale Korsett der Kastenhierarchie“ (Ihlau 2006: 46), obwohl dies allmählich aufbreche, selbst im überbevölkerten und traditionellen Norden des Landes (vgl. ebd.). Wessler sieht weiterhin einen enormen Druck, der auf den Einzelnen ausgeübt wird, damit er oder sie sich sozial und religiös konform verhalte. Insb. bei der Wahl des Ehepartners oder der -partnerin werde kastenbezogen gedacht. „Zwar zeigt das System Risse, doch der große Durchbruch ist bisher ausgeblieben“ (Wessler 2014).

Béteille sieht im Kastensystem heute ein ‚gestutztes‘ System, da sich dessen rechtliche Basis geändert habe. Er beobachtet, dass es unter den gebildeten Inderinnen und Indern zu Veränderungen komme: Bildung, Beruf und Einkommen gewinnen zunehmend an Einfluss bei der Wahl des Ehepartners oder der -partnerin, wodurch die traditionellen Überlegungen in Bezug auf Kasten untergeordnet werden können. Dadurch werden auch Personen einer anderen Subkaste, der gleichen oder einer verwandten Kaste in Betracht gezogen (vgl. Béteille 2004: 337ff). „Nur selten kommt es vor, daß Kastenerwägungen völlig außer Acht gelassen werden“ (ebd.: 339). Standesunterschiede werden weiterhin stark betont. Béteille verdeutlicht, dass der Einfluss der Kasten in einer Vielzahl von Bereichen an Einfluss verloren hat – darunter Vorschriften zum Essen, Körperkontakt und Beruf –, aber in die Politik habe die Kaste mit der Unabhängigkeit Einzug gehalten. Seit her habe sich dieser Einfluss stetig verstärkt, v. a. seit den 1970er Jahren, da klar wurde, dass durch den Appell an die Loyalität zu einer gewissen Kaste politische Unterstützer mobilisiert werden können (vgl. ebd.: 340ff). Béteille macht v. a. bei Akademikerinnen und Akademikern eine ambivalente Einstellung zur Kaste aus: „Sie kann ein und dasselbe Individuum dazu veranlassen, der Kaste einmal jede Bedeutung abzusprechen und ihr ein anderes Mal übertriebene Wichtigkeit beizumessen“ (ebd.: 332). Insgesamt habe die Kaste für einige Teile der Gesellschaft eine Bedeutungsverschiebung erfahren, die den Begriff für diese Inderinnen und Inder neu interpretierbar mache (vgl. ebd.: 344).

Wieder andere Autorinnen und Autoren sehen nur begrenzten Wandel. Bronger bemerkt insb. auf dem Land, wo immer noch 80 Prozent der Bevölkerung leben, weiterhin die Dominanz der Kasten. Daran haben auch das Industriezeitalter, die rechtliche Abschaffung der Unberührbarkeit oder Quotensysteme nichts ändern können. Auch das gesellschaftliche Verhalten aufgeklärter Hindu-Frauen und -Männer, die Wahl von Ehepartnerinnen und -partnern, Freundinnen und Freunden und Beziehungen oder die Berufswahl werden weiterhin von der Identifikation mit der Kaste geprägt, in die sie hineingeboren

werden. Unter Eliten ist das Thema ‚Kaste‘ aber tabuisiert (vgl. Bronger 1996: 38, 271). Auch Meisig zufolge haben Quotenförderungen, Modernisierung und Urbanisierung nicht zum Schwund des Kastensystems geführt. Durch seine integrative Kraft wachse das System vielmehr wie durch Zellteilung. „Die Kastenhierarchie reagiert auf neue Elemente nicht mit Ausschluß, sondern mit Integration. Das Neue wird eingeschätzt, bekommt seinen Rang zugewiesen und wird integraler Bestandteil des Systems“ (Meisig 2003: 172).

Die wohl differenzierteste Sicht nimmt Skoda ein. Ihm zufolge gibt es durch eine erhöhte soziale Mobilität Aufweichungsprozesse in der Mitte der Kastenhierarchie. Dies erfolgt durch den Aufstieg einzelner Kasten durch Landgewinn, steigenden materiellen Wohlstand, das Aufkommen neuer Berufe (z.B. im IT-Bereich) – obwohl es Versuche gebe, diese Berufe erblich zu machen –, Urbanisierung, Mobilität, veränderte politische Faktoren und die Imitation der Verhaltensweisen höherstehender Kasten. Als Beispiel ist hier das Essen vegetarischer Speisen auf der Grundlage von Sanskrit-Schriften zu nennen, weshalb diese Prozesse oft als Sanskritisierung bezeichnet werden. Die Folge daraus ist eine wachsende und kastenübergreifende Mittelschicht. Doch auch dieser Wandel in der städtischen Mittelschicht sollte laut Skoda nicht überbewertet werden. Auch er führt die weit verbreitete Einstellung zum endogamischen Heiraten an. Statt der Hierarchie der Kasten nimmt er die zunehmende Betonung der Differenz unter ihnen wahr. Die eigene Kastenidentität wird stärker hervorgehoben, was als Substantialisierung, Ethnisierung und Kulturalisierung bezeichnet wird (vgl. Skoda 2014). Trotz der rechtlichen Geißelung des Systems hat es als gesellschaftliche Institution unwahrscheinliche Persistenz bewiesen. Myrdal zufolge hat es in einigen Bereichen sogar an Bedeutung zugenommen. Den landlosen und armen Dorfbewohnern gehe es heute tlw. schlechter – oder nicht viel besser – als ein Jahrhundert zuvor (vgl. Myrdal 2007: 56). Auch die Demokratie konnte die Kasten nicht ausrotten. Vielmehr habe die Demokratie das Kastensystem fest verwurzelt und modernisiert (vgl. Roy 2014: 37).

Kastensystem und Demokratie:

Aus westlicher Sicht scheinen Kastensystem und Demokratie nur bedingt zu harmonisieren (vgl. Bronger 1996: 35). Doch auch die Inderin Arundhati Roy tut sich mit dieser Kombination schwer. Ambedkar machte bereits 1948 deutlich, dass eine verfassungsmäßige Moral keine natürliche Einstellung ist, sondern kultiviert und erlernt werden müsse (vgl. Roy 2014: 26, 45). „Democracy in India is only a top-dressing on an Indian soil which is

essentially undemocratic“ (ebd.: 45). Auch für Nehru war das Kastensystem reaktionär, restriktiv und mit der Demokratie inkompatibel (vgl. Adeney / Wyatt 105ff). Häufig werden die fehlende Gleichheit, mangelbehaftete Rechtsstaatlichkeit und Gerechtigkeit sowie ungleiche Partizipationschancen angeführt. Bronger und andere urteilen, dass sich der Hinduismus mit dem Kastensystem und Demokratie bzgl. der Gleichheit gegenseitig ausschließen, da tatsächliche Gleichheit das Kastensystem auflösen würde (vgl. Bronger 1996: 38, 272; Frankel 2000: 19; Kumari 2014; Ihlau 2006: 46). Die Menschen seien mit einem Mangel an Freiheiten konfrontiert, der sich bspw. in Folter und willkürlichen Verhaftungen äußere (vgl. Corbridge / Harriss 2006: 204f). „The continuing practice of untouchability denies millions of Indians their human rights“ (Adeney / Wyatt 2010: 108). Häufig werden Gesetze verabschiedet, die den *Dalits* und *Adivasis* aus ihrer Lage helfen sollen, „but there is a well-known gap between the policies on untouchability and their implementation“ (ebd.: 111). Der Staat erkennt die institutionalisierte Ungleichheit des Kastensystems an, was zur Quotenförderung der *Dalits* und *Adivasis* führt, was wiederum eine Verfestigung des Kastensystems bedeutet (vgl. Adeney / Wyatt 2010: 105). Mohanty zufolge ist die liberale Vorstellung von Gerechtigkeit, mit der das indische politische System operiert, strukturell unangemessen und kulturell inkompatibel (vgl. Mohanty 2011: 360f). Wie im nächsten Abschnitt erläutert wird, passen die Kastenräte als selbstständiger Raum der Rechtsprechung nicht zum westlichen Konzept eines Staates, der über das Rechtsmonopol verfügt (vgl. Randeria 2003: 165; Mohanty 2011: 361).

Der gesellschaftliche und ökonomische Ausschluss von Landlosen, *Adivasis*, *Dalits* und anderen Randgruppen koinzidiert mit ihrer politischen Außenseiterrolle (vgl. Mohanty 2011: 360). V. a. diejenigen, die eine gute Ausbildung erhalten haben, sind von gesellschaftlicher Seklusion betroffen (vgl. Corbridge / Harriss 2006: 204). Einzelne *Dalits* haben es zum Präsidenten oder Vorsitzenden des Obersten Gerichtshofes gebracht. Das ist bereits eine große Errungenschaft (vgl. Roy 2014: 26). Damit aber eine Demokratie Repräsentativität beanspruchen kann, müssen ihre Bürgerinnen und Bürger in der Breite gleiche Partizipationschancen bekommen (vgl. Kumari 2014). Um der individuellen Exklusion zu entkommen, schließen sich immer mehr *Dalit*- und *Adivasi*-Gruppen zusammen und verleihen sich dadurch Gewicht (vgl. Corbridge / Harriss 2006: 208). Dies ermöglicht zumindest einen Zugang zur politischen Arena (vgl. Pinglé 2003: 250).

Kastenräte und -verbände:

Der Kastenrat, oder *Panchayat*, besteht aus allen erwachsenen (manchmal nur männlichen) Angehörigen einer Kaste. Das Gremium dient als lokale Bezugsgröße (vgl. Randeria 2004: 171). Vergehen gegen die Kaste werden vom Kastenrat überwacht und geahndet, was von Geldstrafen bis zum Ausschluss aus der Kaste, also der Meidung durch alle Kastenmitglieder, und zur Todesstrafe führen kann. Die Strafen für das gleiche Vergehen sind i. d. R. für Angehörige niederer Kasten schärfer als bei Höherkastigen (vgl. Bidner / Eswaran 2015: 151). Die Grenzen zwischen Kastenräten und -verbänden sind fließend. Laut Randeria sind Letztere schwer mit dem westlichen Modell von Zivilgesellschaft vereinbar. Die Assoziationen seien moderne Organisationen, die eine sozialintegrative Funktion einnehmen und die ihre Rechtsräume autonom gestalten. Die Mitgliedschaft funktioniert nicht auf freiwilliger Basis, wie in westlichen Verbänden, aber die Kastenverbände haben eigenes Vermögen, gewählte Vertreter und Satzungen, sie werden mit Rechnungsprüfungen kontrolliert und sind bei Ämtern registriert. Sie setzen aber auch eigene Normen und Regeln durch und betreiben eine zivile Schlichtung von Konflikten, wie bei Ehestreitigkeiten. Sie sind Arenen der Selbstorganisation. Obwohl die Kastenräte und -verbände bei der Bevölkerung vor Ort oft hoch angesehen sind, da sie, wie bereits erwähnt, die getroffenen Entscheidungen auch durchsetzen und kontrollieren, steht diese informelle Justiz Randeria zufolge der westlichen Vorstellung von individuellen, für alle verbindlichen Bürgerrechten und dem Rechtsmonopol des Staates diametral gegenüber (vgl. Randeria 2004: 166ff).

6. Demokratieförderung in Indien – erste Erklärungsversuche

Laut der gemeinsamen Erklärung der parteinahen Stiftungen wollen diese gesellschaftspolitische und demokratische Bildungsarbeit im In- und Ausland leisten. Sie bauen auf der freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik auf, und sie sind den Grundsätzen der Solidarität, Subsidiarität und der gegenseitigen Toleranz verpflichtet. Im Hinblick auf ihre internationale Arbeit wollen die Stiftungen entwicklungspolitische Hilfe leisten und am Aufbau von demokratischen, freiheitlichen und rechtsstaatlichen Strukturen, die Menschen- und Bürgerrechten verpflichtet sind, mitwirken (vgl. z. B. HSS-JB-2015: 62). Dabei gibt es jedoch viel zu bedenken und zu beachten.

Sozialstrukturen¹⁰⁹ und soziale Ungleichheiten¹¹⁰ spielen in Transformations- und Modernisierungsprozessen wichtige Rollen, da sie die handelnden Akteure stark beeinflussen. Förderer sollten bedenken, dass diese durch gesamtgesellschaftliche Umwälzungen verändert werden (können) (vgl. Kollmorgen 2015: 697). Dies kann Widerstände hervorrufen, die es zu beachten und soweit möglich zu antizipieren gilt. Indien hat schon heute eine hohe Bevölkerungszahl. Binnen zehn Jahren wird es laut Schmid China überholen (vgl. Schmid 2015: 20). Eine solche Bevölkerungszunahme ist in Europa viel langsamer vorstatten und mit anderen zivilisatorischen Entwicklungen einher gegangen – bspw. was den Arbeitsmarkt und die Verteilung der Berufstätigen auf die einzelnen wirtschaftlichen Sektoren anbelangt. Da die sozioökonomischen Veränderungen anders ablaufen, kann auch die Demokratisierung in einem Land wie Indien nicht genauso ablaufen wie in Westeuropa oder in den USA (vgl. ebd.: 24f). Vielmehr müssen EZ und DF stärker kombiniert werden, um diese gewaltigen Veränderungen gemeinsam anzugehen, wobei beide nicht miteinander zu verwechseln sind (vgl. Meyer-Resende / Toornstra 2009). DF sollte nicht automatisch mit einem kapitalistischen Wirtschaftssystem gekoppelt werden, nur weil Förderer dies im Westen gewohnt sind (vgl. Leininger 2015a: 516). Außerdem sollten Förderer nicht an ihren eigenen Vorstellungen von Partizipation und Repräsentation kleben. Vielleicht sind alternative Formen, wie die *Panchayats* in Indien, auch möglich – und werden womöglich von der Bevölkerung sogar mehr akzeptiert als andere Insti-

109 Sozialstrukturen sind das, was eine Bevölkerung in Bezug auf sozial relevante Charakteristika, wie Alter, Geschlecht und Einkommen, gliedern (vgl. Kollmorgen 2015: 697).

110 Soziale Ungleichheiten liegen „immer dann vor, wenn Gruppen von Menschen infolge ihrer sozialstrukturellen Positionierung, daher regelmäßig und relativ dauerhaft, an den allgemein wertvollen (im weitesten Sinne) Gütern einer Gesellschaft und den daraus resultierenden individuellen Entwicklungschancen weniger bzw. mehr partizipieren als andere“ (Kollmorgen 2015: 697).

tutionen, weil sie ihrem Selbstverständnis besser entsprechen. Strategien sollten generell an die Zielgesellschaft und deren (politische) Kultur angepasst sein.

Die politische Kultur eines Landes kann laut Pickel anhand der Unterstützung für ein spezifisches System, inkl. dessen Legitimität und Leistung, und der Legitimität von Demokratie als prinzipiell richtiger Staatsform analysiert werden (vgl. Pickel 2006: 267f). Im *World Values Survey* wird die Einstellung zu Demokratie im internationalen Vergleich gemessen. Dabei fallen v. a. die hohen Zustimmungswerte in Indien und Bangladesch auf (vgl. ebd.: 75ff). So ähnlich sind Chu und Huang beim Asienbarometer vorgegangen. Der *Asian Barometer Survey*, der die Unterstützung für Demokratie als favorisiertes politisches System misst, hat zur Überraschung der Forscherinnen und Forscher ergeben, dass die niedrigsten Werte uneingeschränkter Unterstützung für Demokratie durchgängig in Südkorea und Taiwan gefunden wurden; ausgerechnet in jenen Ländern, die als die erfolgreichsten Fälle demokratischer Transition in Ostasien gelten (vgl. Chu / Huang 2010: 114; Diamond 2010: 104). Sowohl 2001 als auch 2006 haben sich weniger als die Hälfte der Befragten in Südkorea und Taiwan für die Demokratie als wünschenswerteste Regierungsform ausgesprochen. Im Vergleich dazu haben in der Umfrage 2007-2008 lediglich 9,2 bzw. 13,6 Prozent der Befragten in Vietnam und China ihre Bedenken oder ihre Gleichgültigkeit bzgl. der Demokratie zum Ausdruck gebracht (vgl. Chu / Huang 2010: 114f). Ein Grund für diese Ergebnisse ist laut den Forscherinnen und Forschern die Verwendung des Begriffs ‚Demokratie‘, da dies die Gefahr beinhaltet, dass Befragte sozial erwünschte Antworten geben. Heutzutage proklamieren Politikerinnen und Politiker nahezu jedes Landes ihre Unterstützung für die demokratische Staatsform – selbst in eindeutig nicht-demokratischen Regimen, wie in China, Vietnam oder Singapur (vgl. ebd.: 115). „[U]se of the ‚D-word‘ risks lumping together apples and oranges, as respondents may have differing ideas of what democracy is“ (ibd.). Chu und Huang unterscheiden aufgrund dieser Ergebnisse vier Formen von Demokraten: konsequente, kritische, oberflächliche und Nicht-Demokraten. Konsequente Demokraten zeichnen sich durch eine stark ausgeprägte Unterstützung für den Begriff ‚Demokratie‘ als auch für liberaldemokratische Werte aus. Kritische Demokraten weisen eine niedrige Unterstützung für ‚Demokratie‘ auf, aber eine hohe Wertschätzung liberaldemokratischer Werte. Oberflächliche Demokraten zeigen große Befürwortung von ‚Demokratie‘, allerdings nicht von liberaldemokratischen Werten. Und Nicht-Demokraten weisen sowohl bei ‚Demokratie‘ als auch bei liberaldemokratischen Werten eine niedrige Unterstützung auf (vgl. ebd.: 116f).

Diese Untersuchung bezog sich zwar auf den asiatischen Raum, aber es drängt sich die Frage auf, ob dies auch auf andere Regionen, wie Südasien und speziell Indien, zutrifft. Ist die Unterstützung von ‚Demokratie‘ in Indien vielleicht größer als die Wertschätzung liberaldemokratischer Werte, die (im Westen) mit demokratischen Regierungsformen assoziiert werden? Dies sollten Förderer reflektieren. Sie sollten die Stärkung liberaldemokratischer Werte fokussieren und sich nicht von lautstarken Liebesbekundungen zur demokratischen Staatsform täuschen lassen.

Die politische Kulturforschung, die zu den kulturalistischen Ansätzen gehört und die sich wieder größerer Beliebtheit in der Politikwissenschaft erfreut, gibt den politischen Vorstellungen der Bevölkerung und deren Einfluss auf das jeweilige System mehr Raum. Diese Revitalisierung kulturalistischer Erklärungsmuster liegt daran, dass strukturelle, (neo)institutionelle oder auf Eliten ausgerichtete Ansätze die (Nicht-)Konsolidierung von Demokratien nur unzureichend erklären (vgl. Pickel / Pickel 2006c: 15). Der politischen Kulturforschung zufolge ist ein System „hochgradig abhängig von positiven Haltungen seiner Bürger ihm gegenüber“ (ebd.: 51). Ausgangspunkt dieser Denkschule ist die Studie *Civic Culture* von Almond und Verba. Ihnen zufolge hängen Stabilität, Instabilität und die Übergänge zwischen beiden eng mit der politischen Kultur eines Landes zusammen. Ist ein System stabil, kann davon ausgegangen werden, dass politische Kultur und Struktur kongruent sind (vgl. ebd.: 77). Daher sind für Demokratisierungsprozesse die Ansichten der Bevölkerung so zentral. Emanzipative Werte, die in der Breite vorhanden sind und sich verbreiten, inspirieren kollektive Handlungen, die Demokratisierung vorantreiben können. Allerdings sind diese emanzipativen Werte Demokratien nicht inhärent. Sie können ebenso in Autokratien aufkommen oder in Demokratien fehlen (vgl. Welzel / Inglehart 2009: 143). Für eine Demokratie ist demnach – in Anlehnung an David Beetham – neben freien und fairen Wahlen, einer offenen und verantwortungsvollen Regierung sowie Bürger- und politischen Rechten auch eine demokratische Gesellschaft notwendig (vgl. Pickel / Pickel 2006c: 15: 203)¹¹¹. Diese Gesellschaft bedarf eines demokratischen Bewusstseins, das sich nicht automatisch einstellt, wenn es Wahlen, Parteien und Parlamente im betreffenden System gibt (vgl. Busch 2007: 6; Graber 2003: 139). Vielmehr bedeutet Demokratie Teilhabe und Mitsprache der Bürgerinnen und Bürger und damit der Zivilgesellschaft. Die Bürgerinnen und Bürger können sich so beim gesellschaftlichen Gesamtinteresse einbringen (vgl. Demirović 2011: 16, 19). Obwohl die Rolle der Zivilge-

111 S. dazu auch Euchner 2005: 13; Saage 2005: 33, 42; Pickel, G. 2016: 283; Pickel, S. 2016: 320.

sellschaft für den Beginn einer Transformation lange überhöht wurde (vgl. Dauderstädt / Lerch 2005: 171), kann ihre Importanz für eine lebendige Demokratie nicht negiert oder überbewertet werden (vgl. Berg-Schlosser 2005: 419; Hsiao / Hsiao 2014: 15).

Kultur schließt die facettenreichen Dimensionen der sozialen Realität der Menschen eines Staates ein. Da sich diese Realität verändern kann und dies üblicherweise auch tut – sei es in träger, gradueller, rasanter oder abrupter Weise – ist sie und mit ihr die Kultur wandelbar (vgl. Kubik 2015: 111). Eine zentrale Rolle für jegliche Kultur nimmt Religion ein – obwohl dieser Aspekt sehr kritisch diskutiert wird. Es wird bspw. argumentiert, dass gewisse Religionen demokratiefreundlich (z. B. Protestantismus), andere hingegen demokratiefeindlich (z. B. Islam) seien. Andere Autorinnen und Autoren halten dagegen, dass emanzipative Werte wichtiger seien als die Religion als solche (vgl. Welzel / Inglehart 2009: 141; Künkler / Leininger 2013b: 245). Welche Rolle Religionen in Demokratisierungsprozessen konkret spielen, ist laut Künkler und Leininger allerdings noch weitgehend unbeachtet und wird gerade erst von Politikwissenschaftlerinnen und Politikwissenschaftlern aufgegriffen (vgl. Künkler / Leininger 2013a: 13). Ihnen zufolge sind religiöse Akteure häufig als tendenzenfördernd einzustufen, d. h., sie sind selbst nicht proaktiv (vgl. Künkler / Leininger 2013b: 247f). Doch in ihrer Untersuchung religiöser Akteure in Demokratisierungsprozessen variieren die Einflussformen und der Grad der Einflussnahme je nach Phase und Kontext. Sie bestimmen das Ergebnis einer Transition nicht, sondern tragen nur zur (Ent)Demokratisierung bei (vgl. ebd.: 270ff).

Wichtige Hinweise für die DF in Indien gibt Witsoe, der die Politik gegenüber niedrigen Kasten im Bundesstaat Bihar untersucht, um zu zeigen, wie die indische Demokratie dabei versagt, die Realitäten des postkolonialen Landes einzufangen und die Rechte aller Bürgerinnen und Bürger zu garantieren und durchzusetzen (vgl. Witsoe 2012: 312). Nehru und die Eliten gingen bei der Unabhängigkeit davon aus, dass die Ungleichheit des Kastensystems mit dem wachsenden Einfluss des Sozialismus verschwinden würde. Das stand allerdings in krassem Gegensatz zur Funktionsweise der staatlichen Institutionen. Dort hatten die Höherkastigen besseren Zugang zu englischsprachiger Bildung, sie hatten bessere Kontakte zur Verwaltung, was zu einer tiefgreifenden Voreingenommenheit bei der Auswahl des Personals auf Bundes- und Landesebene führte. Als in den späten 1980er Jahren die niedrigen Kasten und Klassen in Nordindien aufbegehrten und ihre zahlenmäßige Stärke nutzten, wurde dies als zweite demokratische Aufwallung angesehen. Für Witsoe ist diese Form der Identitätspolitik, die sich später in anderen For-

men verbreitete, auch ein Aufbegehren gegen den Jahrhunderte anhaltenden Ausschluss aus der politischen Arena und ein Versuch, die Macht gleichmäßiger zu verteilen (vgl. ebd.: 316ff). Aber auch durch diese Identitätspolitik hat das Kastensystem überdauern können – insb. in ländlichen Gebieten haben die Kasten immer noch enorme Macht. Dies geht so weit, dass Kastenvorurteile und -identitäten das für viele zentrale Merkmal einer Demokratie, nämlich freie und faire Wahlen, einschränkt (vgl. ebd.: 321ff), wie am Phänomen des *boothcapturing* deutlich wird, bei dem dominante Kasten andere vom Wählen abhalten (vgl. ebd.: 324)¹¹².

Da sich der indische Staat nicht gegenüber diesen gesellschaftlichen Praktiken durchsetzt, stellt sich die Frage, ob er dies nicht kann oder nicht will. Randeria's Konzept des listigen Staates tendiert dazu, dem Staat Unwillen zu unterstellen. „Wir leben in paradoxen Zeiten. Gegenwärtig geht die erfolgreiche globale Ausbreitung der formalen Demokratie Hand in Hand mit der Aushöhlung ihrer Substanz“ (Randeria 2006: 229). Immer mehr Kompetenzen verlagern sich auf die Exekutive, wodurch die Partizipation der Bürgerinnen und Bürger und die öffentliche Kontrolle begrenzt werden. Das Vokabular der internationalen Organisationen, Konzerne, Staaten und NGOs kreist zwar um Verantwortlichkeit und Rechenschaft, geht aber laut Randeria mit einer wachsenden Nichtverantwortlichkeit eben dieser Akteure einher. Die globale *Governance* sei durch Rechtspluralismus und überlappende Souveränitäten gekennzeichnet, in der jeder die Schuld auf andere *Player* schieben könne. Ein gutes Beispiel hierfür seien die Verweise, die die EU und die Mitgliedsstaaten regelmäßig aufeinander geben (vgl. ebd.). Supranationale Organisationen, wie der IWF oder die WTO, entscheiden über die Lebenswelt von Millionen Menschen, insb. in ärmeren Ländern, und genießen gleichzeitig wenig demokratische Legitimität (vgl. ebd.: 233). „Die rechtliche Hegemonie der Gegenwart erweist sich somit [...] als Mischung aus freiwilliger Übernahme von Rechtskonzepten und Prozeduren durch die Peripherie und ihrer Oktroyierung durch internationale Institutionen“ (ebd.).

112 In den 1990er Jahren hat sich das *boothcapturing* weit verbreitet und wird heute immer noch praktiziert: „Caste dominance was visibly expressed during the electoral process, when many voting booths were attacked or captured, a practice popularly known as ‚boothcapturing‘. This can occur ‚peacefully‘, as has occurred for decades, with a dominant-caste group simply preventing other people from voting, ‚managing‘ the police and voting agents, or fraudulently voting for absent villagers. Boothcapturing can also occur violently. Polling booths are located in specific residential sections of villages, usually in schools or village government buildings that correspond to caste-based residential areas of the village. An opposing caste’s polling booth can be held hostage by armed gunmen who then artificially stamp the ballots (if nobody reports it, the results hold, and if it is reported, there is sure to be a smaller turnout in the re-poll), assailants can ‚loot‘ the polling booth and steal the ballot box, or bombs and gunfire can be used to cause panic and abandonment of an opponent’s polling booth, stopping voting for a few crucial hours“ (Witsoe 2012: 324).

Dabei unterscheidet Randeria jedoch zwischen schwachen Staaten, die von externer finanzieller Hilfe abhängig sind – z. B. Benin und Bangladesch –, und listigen Staaten – wie Indien, Mexiko und Russland. Erstere seien nicht dazu in der Lage, ihre Aufgaben zu erfüllen. Letztere wären dazu in der Lage, geben sich Randeria zufolge nach außen aber als schwache Staaten, um sich aus der Verantwortung zu ziehen. Wenn die eigene Bevölkerung mit einer Maßnahme unzufrieden ist, verweise die Regierung eines listigen Staates auf Zwänge der Globalisierung. Auf internationaler Ebene rechtfertige sie ihre mangelhafte Umsetzung von Programmen mit heimischem Druck (vgl. ebd.: 234f). So könne sich eine listige Regierung gegenüber internationalen Förderern und der eigenen Bevölkerung rechtfertigen – „und dabei legen sie beide herein“ (ebd.: 235). Tatsächlich setzen sich listige Staaten laut Randeria über internationale Vorgaben hinweg, „implementieren Programmvorschriften nur selektiv und unvollständig, schränken die Überwachung internationaler Förderer auf ausgewählte Felder der Politik ein und verhindern erfolgreich in wichtigen Bereichen Übergriffe auf ihre Souveränität“ (ebd.). Dadurch verschwimmen der angebliche externe Zwang und die heimische Politik immer mehr. Diese Selbstdarstellung identifiziert Randeria als eine von der politischen Elite verfolgte Strategie, die dazu diene, öffentliche Erwartungen niedrig zu halten (vgl. ebd.: 235f). Demnach sei der indische Staat „selektiv stark und strategisch schwach. Er weist Stärken auf, wenn es um die Förderung der Interessen der Privilegierten geht; bei der Erfüllung selbst seiner verfassungsrechtlichen Verpflichtungen gegenüber den Armen gibt er sich aber als schwach aus“ (ebd.: 236).

Die Frage, die sich Demokratieförderer für ihre Strategie für Indien stellen müssen, ist also, ob Indien ein schwacher oder ein listiger Staat ist. Oder könnte es sein, dass sich Indien lange als listiger Staat verhalten hat und nun zu einem Hybrid oder gar einem schwachen Staat wird? Ein schwacher Staat kann die Rechtsstaatlichkeit in ideeller und institutioneller Hinsicht nicht verankern (vgl. Künkler / Leininger 2013b: 281), ein listiger Staat hat daran vielleicht einfach kein Interesse. Das ändert jedoch nichts daran, dass diese Rechtsstaatlichkeit nicht verankert ist, dass Rechte nicht gesichert sind und die Gleichheit und Würde der Bürgerinnen und Bürger gefährdet sind (vgl. O'Donnell 2004: 32). In hochgradig ungleichen Gesellschaften kann dadurch ein Großteil der Bevölkerung von der *rule of law* ausgeschlossen werden. Gleichzeitig bauen die Eliten die Vorteile, die sie durch Gesetze und Gerichte genießen, weiter aus (vgl. ebd.: 42). Solche Gesellschaften polarisieren zunehmend zwischen den Reichen und den Armen, was zu destabilisierenden, sozialen Konflikten führt, die die demokratische Legitimität unterminieren

(vgl. Fukuyama 2011: 84). Deshalb ist eine zentrale Aufgabe der EDF, Rechtsstaatlichkeit durchzusetzen, die von den dominanten politischen Akteuren akzeptiert und respektiert wird und der auch sie sich unterwerfen (vgl. Burnell 2004: 102).

Leininger und Ziaja zufolge bringen elitäre Transitionen weniger nachhaltige Konstellationen hervor als in solchen Prozessen, in denen offener Wettbewerb geherrscht hat (vgl. Leininger / Ziaja 2014: 1). Dies könnte ein Aspekt sein, der die Probleme der indischen Demokratie – und damit die Anknüpfungspunkte für die EDF – erklärt. Die Spaltung zwischen Eliten und der Bevölkerung hat seit der Unabhängigkeit nicht abgenommen. Es gibt nach wie vor anglophone Inderinnen und Inder, die an westlichen oder westlich-geprägten Schulen und Universitäten ausgebildet werden, was einen entsprechenden sozialen bzw. kulturellen Habitus mit sich bringt (vgl. von Heusinger 2015: 3f). Dadurch werden sie zu ideal anmutenden Partnern für die aus Deutschland entsandten Büroleiter der Stiftungen, da durch die ähnlichere Sozialisation der Umgang miteinander einfacher ist als mit Inderinnen und Indern, die diese anglophone Ausbildung nicht durchlaufen haben. Aber sie sind keine Repräsentantinnen und Repräsentanten des breiten Indiens. Laut Huntington gab es in den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts einen stabilen Anteil an der indischen Bevölkerung von lediglich zwei bis vier Prozent, für die Englisch als *lingua franca* dient (vgl. Huntington 2002: 86). Heute sollen es rund zehn Prozent sein (vgl. Masani 2012). Zwischen der englischsprachigen Elite und den Millionen Wahlberechtigten, die kein Englisch sprechen, gibt es Spannungen (vgl. ebd.: 88). Dies wiederum wird verstärkt zur Mobilisierung gegen diese Eliten genutzt, was auch kommunalistische Gewalt zur Folge haben kann und was mit dem Erstarren des Kastensystems bzw. der Religion einhergeht – wobei Letzteres ein weltweit vielerorts auftretendes Phänomen ist (vgl. ebd.: 142f). Laut Sharma ist das mangelnde Sozialkapital der indischen Gesellschaft ein Grund dafür, dass sich keine stabile und effektive *Governance* entwickelte und dass sich die strukturelle Grundlage der sozioökonomischen und politischen Dominanz trotz eines demokratischen Staatsaufbaus nicht verändert hat. Obwohl es ein lebendiges zivilgesellschaftliches Leben mit Verbänden und Organisationen gibt, reflektieren diese üblicherweise die engen kastenmäßigen, ethnischen, regionalen und religiös-kommunistischen Loyalitäten, inkl. Patriarchat, Klassendominanz und anderen Unterdrückungsmechanismen. Die Zivilgesellschaft wird deshalb von spaltenden Tendenzen geprägt. Hinzu kommt, dass die politische Partizipation in Indien immer noch vornehmlich kollektives Verhalten ist – im Gegensatz zum Individualismus des Liberalismus (vgl. Sharma 2003: 82). Diese differenten Prägungen müssen Förderer berücksichtigen.

IV Indien: Externe Demokratieförderung in der Praxis

Da das Forschungsfeld noch weitgehend unerforscht ist, ist zur Beantwortung der Forschungsfrage ein exploratives Vorgehen notwendig. Mittels einer dreistufigen Analyse soll geforscht werden, um zur Theoriebildung der EDF beizutragen. Auf der ersten Ebene befindet sich eine qualitative Inhaltsanalyse, die die Merckelschen Fragen formal beantworten soll. Der Inhaltsanalyse folgt eine schriftliche Befragung, die die Erkenntnisse vertiefen und kontrollieren soll und abschließend sind Experteninterviews angesiedelt, mit deren Hilfe die Ergebnisse in einen breiteren Kontext eingebettet werden. Diese Methoden-Triangulation soll eine gewisse Kontrolle der jeweiligen Ergebnisse bieten und einer einseitigen wissenschaftlichen Bearbeitung entgegenwirken. Das Kapitel endet mit den Ergebnissen der Analyse, die die Grundlage für die darauffolgende Conclusio bildet.

7. Analyse: Demokratieförderung der Stiftungen in Indien

Die theoretischen Vorüberlegungen, auf denen die Analyse fußt, können in den folgenden Forschungshypothesen zusammengefasst werden, die zu Beginn der Untersuchung erarbeitet wurden:

- 1) Bei den parteinahen Stiftungen herrscht ein Demokratieverständnis vor, das nicht automatisch und ohne Weiteres in jedem Land auf die gleiche Weise nutz- und anwendbar ist.
- 2) Die EDF von parteinahen Stiftungen läuft nach einem Muster ab, das zu wenig auf kulturelle und soziale Besonderheiten – wie das Kastensystem in Indien – ausgerichtet ist.
- 3) Es gibt zwei Grundstrategien zur EDF unter den parteinahen Stiftungen: zum einen die *top-down*-Strategie, die an der Förderung von Eliten ansetzt; zum anderen die *bottom-up*-Strategie, die sich auf die Förderung der Bevölkerung fokussiert. Die KAS, HSS und FNF legen einen größeren Wert auf *top-down*-Strategien und die FES, HBS und RLS favorisieren *bottom-up*-Ansätze.
- 4) Es herrschen unterschiedliche Demokratievorstellungen innerhalb der indischen Gesellschaft und bei den Demokratieförderern vor, was zu Konflikten führen kann.

Vorgehen vor, während und nach der Feldphase: Das Vorgehen vor der Feldphase begann mit der Aufarbeitung des Forschungsstandes, der Konkretisierung der Fragestell-

ung und der Literatur- und Internetrecherche. Nach der Operationalisierung und Kontextualisierung der Untersuchungshypothesen fand dieser Abschnitt der Untersuchung seinen Abschluss mit der Anwendung der Hypothesen auf das Fallbeispiel. Die Feldphase begann im August 2016 mit der qualitativen Inhaltsanalyse. Nach Abschluss einer Untersuchungsphase folgte die inhaltsanalytische Auswertung des erhobenen Materials. Mit den Ergebnissen der qualitativen Inhaltsanalyse konnte dadurch ab September 2016 gearbeitet werden, bis die Ergebnisse der Experteninterviews im November 2017 vorlagen und anschließend ausgewertet werden konnten.

7.1 Qualitative Inhaltsanalyse: Die Werte des Namensgebers als Quelle des Selbstverständnisses der Stiftungen

Die Inhaltsanalyse folgt Kuckartz, bei dem die Phasen zwei bis fünf mehrmals durchlaufen werden können (vgl. Kuckartz 2009: 338)¹¹³. In der Planungsphase (1) sollen die Grundgesamtheit und die Untersuchungseinheiten anhand der Forschungsfrage festgelegt werden. Nach der Materialauswahl müssen die Analyse- und Codiereinheit definiert werden. Die Codiereinheit kann formal-syntaktisch oder inhaltlich-semantic erfolgen – es kann sich um ein Wort, einen Satz oder Absatz handeln (vgl. ebd.: 338f). In der Entwicklungsphase (2) soll das Kategoriensystem mit den Kategoriendefinitionen erstellt werden. Bei der deduktiven Kategorienbildung werden die Kategorien aus einer bestehenden Theorie abgeleitet. Deshalb eignet sich diese Methode v. a. für hypothesenprüfende Studien. Induktiv vorgegangen wird, wenn Kategorien am Material entwickelt werden, weshalb sie insb. bei theoriegenerierender, explorativer Forschung angebracht ist. Häufig erfolgt eine gemischte Vorgehensweise: Zunächst werden deduktiv Kategorien gebildet und anschließend induktiv verfeinert (vgl. ebd.: 339f) – so auch im vorliegenden Fall. Dadurch konnten theoretische Vorüberlegungen genutzt als auch durch die offene, explorative Vorgehensweise neue Kategorien gebildet werden. In der Anwendungsphase (3) erfolgt der Codierprozess, bei dem einer Analyseeinheit eine Kategorie zugeordnet wird (vgl. ebd.: 336f, 341). In der kategorienbasierten Auswertung (4) werden all jene codierten Textstellen zu einer Kategorie geordnet. Anschließend werden Konzepte herausgearbeitet. Die kategorienübergreifende Zusammenhangsanalyse (5) geht über die univariate Auswertung der vierten Phase hinaus und untersucht Korrelationen zwischen

¹¹³ Zu den Gütekriterien der quantitativen und der qualitativen Inhaltsanalyse s. Kuckartz 2009: 344.

unterschiedlichen Kategorien, wodurch abstrakte Konzepte abgeleitet werden können. In der letzten Phase wird der Ergebnisbericht erstellt (6) (vgl. ebd.: 342f).

Auswahl der zu analysierenden Dokumente:

Grundlage für Inhaltsanalysen ist üblicherweise Material, das einer Kommunikation entstammt (vgl. Meuser 2011: 89; Pickel / Pickel 2003: 293). Daher ist die Inhaltsanalyse ein nicht-reaktives Verfahren (vgl. Kuckartz 2009: 336). Nachdem in der Analyse Material untersucht werden soll, aus dem die Gültigkeit von Aussagen oder Hypothesen herausgearbeitet werden kann (vgl. Rössler 2005: 50), wurden für die vorliegende Studie Dokumente benötigt, die von jeder parteinahen Stiftung vorliegen und die zugänglich und vergleichbar sind. Hierfür eignen sich die Jahresberichte der Stiftungen. Diese haben einen ähnlichen Umfang, sind in vergleichbarer Weise aufgebaut und beinhalten Material, das eine erste Beantwortung der Hypothesen und der Merkschen Fragen ermöglicht, da die Stiftungen ihre Arbeitsergebnisse mittels dieser Berichte der Öffentlichkeit vorlegen (vgl. Pogorelskaja 2009: 28). Da es nicht möglich war, alle existierenden Jahresberichte der sechs Stiftungen zu untersuchen – dabei hätte es sich um dutzende Dokumente gehandelt –, musste eine Auswahl getroffen werden (vgl. Raab-Steiner / Benesch 2008: 20). Deshalb werden von jeder Stiftung die Berichte der zu Beginn der Untersuchung vergangenen fünf Jahre untersucht, d. h. von 2011 bis 2015. Dadurch ergab sich eine Auswahl von 30 Dokumenten.

Erstellen des Kategoriensystems:

Das Kategoriensystem wurde v. a. induktiv am Material erstellt. Vor Beginn des Codierens standen lediglich die Kategorien ‚Demokratieverständnis‘, ‚Demokratieförderung‘ und ‚Selbstverständnis‘ fest. Während der Entwicklungs- und Anwendungsphasen wurden die übrigen Kategorien gebildet. So ergab sich das Kategoriensystem.

Abbildung 9): Kategoriensystem



Die Definitionen der deduktiv gebildeten Kategorien sind wie folgt: ‚Selbstverständnis‘ soll markieren, wie die Stiftungen sich und ihre Aufgabe sehen. ‚Demokratieverständnis‘ fängt auf, was die Stiftungen unter Demokratie verstehen und ‚Demokratieförderung‘ sollte alles, was die Stiftungen zur DF im In- und Ausland anführen, markieren. Im Zuge der Anwendungsphase stellte sich jedoch heraus, dass diese Kategorie Unterkategorien benötigt, weshalb er untergliedert wurde. ‚Demokratieförderung‘ beinhaltet nun generelle Informationen oder Ansichten der Stiftungen zur DF. Die Unterkategorie ‚Strategien‘ umfasst, worauf die Stiftungen mit ihrer DF abzielen, und die Unterkategorie ‚Instrumente‘ markiert die Maßnahmen, die sie zur DF anwenden.

Die induktiv gebildeten Kategorien können wie folgt definiert werden: Mit ‚Indien‘ werden generelle Informationen zu Indien aufgefangen, wohingegen ‚Engagement‘ die Arbeit der Stiftungen vor Ort markiert und ‚Einordnung‘ bezeichnet die Einschätzung Indiens durch die Stiftungen. ‚Entwicklungszusammenarbeit‘ umfasst diejenigen Maßnahmen, die nicht zur DF zählen, sondern eher zur ‚klassischen‘ oder ‚technischen‘ Seite der internationalen Zusammenarbeit. ‚Verschränkung mit deutscher Politik‘ bezeichnet v. a. personelle und inhaltliche Zusammenhänge mit der Politik in Deutschland. Hierbei sind bspw. die Beziehungen zur jeweils nahestehenden Partei gemeint. ‚Organisation‘ benennt den Aufbau der Stiftung, der Büros und so weiter. Mit ‚Veranstaltung‘ werden Veranstaltungen zur DF bzw. zur EZ markiert, wobei nicht jede Veranstaltung zur politischen Bildung codiert wurde, sondern nur diejenigen, die einen thematischen Bezug zum Forschungsthema haben, da dies sonst ausgeüfert wäre. Gleiches gilt für ‚Partner‘, mit dem Partner

und Zielpersonen sowie -gruppen in und außerhalb Deutschlands codiert wurden. Damit umfasst das Kategoriensystem nach der Bereinigung neun Kategorien und vier Unterkategorien. Nach dem Codieren mussten die Kategorien, wie erwähnt, überarbeitet werden.

Die meisten Codierungen wurden in den Jahresberichten der HSS vergeben (Insgesamt: 573; Durchschnitt pro Jahresbericht: 114,6), die wenigsten bei der KAS (Insgesamt: 279; Durchschnitt: 55,8). Ein Grund für die Differenzen bei den Jahresberichten dürfte darin liegen, dass in den Jahresberichten der KAS sehr allgemein berichtet wird, wohingegen die HSS viele einzelne Maßnahmen beschreibt, was mehr Material zum Codieren bietet. Außerdem fällt auf, dass bei allen Jahresberichten außer bei der RLS im ersten Bericht jeder Stiftung wesentlich mehr codiert wurde als in den nachfolgenden. Dies liegt daran, dass im jeweils ersten Dokument diejenigen Informationen codiert wurden, die sich in den jeweils nachfolgenden Berichten einer Stiftung jährlich wiederholten. Die Auslandsarbeit der RLS erreichte aber 2012 ein neues Ausmaß, da der Stiftung nun auch Mittel zustanden, auf die sie wegen ihrer kürzer zurückliegenden Gründung zuvor keinen Zugriff hatte (vgl. RLS-JB-2014: 35: 469-35: 819). Deshalb konnte sie ihr internationales Engagement ab 2012 ausweiten und die Informationen, die bei den anderen Stiftungen bereits in den Jahresberichten von 2011 codiert wurden, konnten bei der RLS erst 2012 markiert werden. Bei der FNF sticht der Bericht von 2014 heraus. Auch dies lässt sich durch Ereignisse in der Bundesrepublik erklären: Bei der Bundestagswahl 2013 hat die FDP den Einzug in den Bundestag verpasst – worauf im Jahresbericht auch mehrfach verwiesen wird. Deshalb sei es die Pflicht der Stiftung, dafür zu sorgen, dass die Stimme des Liberalismus in Deutschland nicht verstummt (vgl. FNF-JB-2013: 3: 524-3: 1003). Da so mehr inhaltliches Material zur Verfügung stand, konnte auch mehr codiert werden. Ähnliche Trends sind bei anderen Stiftungen zu erkennen. Andere Schwankungen können z. B. daran liegen, dass ein Schwerpunktthema aufgegriffen wurde, das thematisch zur vorliegenden Studie passt, weshalb mehr codiert werden konnte.

Analyse der Dokumente:

Auf den Codierprozess der Anwendungsphase folgt im Modell von Kuckartz die kategorienbasierte Auswertung und die kategorienübergreifende Zusammenhangsanalyse (vgl. Kuckartz 2009: 343). Im Zuge des ersten Codierens fiel bereits auf, dass der Begriff ‚Demokratieförderung‘ nicht so häufig vorkommt, wie vor Beginn der Analyse erwartet. In einer lexikalischen Suche wurde daher konkret nach diesem Wort gesucht. Insgesamt

taucht ‚Demokratieförderung‘ in allen Dokumenten 23 Mal auf, was bei 30 Jahresberichten ein geringer Wert zu sein scheint. In die sechs Dokumentengruppen aufgegliedert sieht dies wie folgt aus: FES (3), KAS (4), FNF (1), HSS (2), HBS (12) und RLS (1) – darunter sind aber z. B. auch die Benennung einer Abteilung bei der HBS. Da beim freien Codieren ebenfalls auffiel, dass Begriffe wie ‚Multiplikatoren‘ und ‚Eliten‘ bei allen Stiftungen vorkommen, wurde nach diesen Wörtern ebenfalls gesucht. Dies erschien besonders in Bezug auf die dritte Untersuchungshypothese interessant, die besagt, dass eher linke Stiftungen *bottom-up*-Ansätze in der DF bevorzugen und eher rechte Stiftungen eine *top-down*-Strategie inkl. Elitenförderung favorisieren. ‚Multiplikator‘ wird aber von allen Stiftungen verwendet: FES (9), KAS (5), FNF (3), HSS (27), HBS (7) und RLS (5). Die häufigere Nennung von ‚Multiplikatoren‘ bei der HSS lässt sich u. a. darauf zurückführen, dass in diesen Jahresberichten im Gegensatz zu jenen der anderen Stiftungen in knapper Form sehr viele Veranstaltungen beschrieben werden, wobei häufig Bezug auf die Zielgruppen genommen wird. Ähnliches gilt für den Begriff ‚Elite‘. Dieser ist ebenfalls bei allen Stiftungen zu finden, wird aber unterschiedlich behandelt – bei der RLS bspw. kritischer als bei anderen Stiftungen. Die Verteilung auf die Jahresberichte stellt sich wie folgt dar: FES (5), KAS (13), FNF (4), HSS (15), HBS (24) und RLS (7). Auffällig ist hier die HBS, bei der eine so häufige Nennung überrascht, da hier eher ein zivilgesellschaftlicher Ansatz vermutet wurde. Dieser erste Hinweis soll in nachfolgenden Analysewerkzeugen eingehender behandelt werden.

Kategorienbasierte Auswertung:

Für die kategorienbasierte Auswertung wurde von jeder Kategorie eine Liste der *Codings* erstellt, um diese gesondert durchgehen und so Konzepte, Trends und Präferenzen herausarbeiten zu können. Die Ergebnisse der jeweiligen Kategorie folgen nun.

Indien (inkl. Einordnung und Engagement): Die parteinahen Stiftungen führen in ihren Jahresberichten aus, wie sie Indien einordnen, welche Ansätze sie verfolgen und welche Veranstaltungen sie in Indien durchführen. Die KAS erklärt, dass in Indien, wie in anderen asiatischen Ländern, Korruption und fehlende Transparenz eine gute Regierungsführung behindern. Daraus wird gefolgert, dass sich v. a. die Parteien reformieren müssen, „um den Anforderungen demokratischer Politik zu entsprechen“ (KAS-JB-2014: 37: 2590-37: 2874). Die FNF sieht in den meisten südasiatischen Staaten, inkl. Indien, ein Problem in den veralteten Polizeigesetzgebungen, die der Polizei ihrer Ansicht nach zu große Befug-

nisse einräumen (vgl. FNF-JB-2012: 17: 4657-17: 5087). Derartige Einordnungen sind die Grundlage für die internationale Arbeit der Stiftungen, da sie nur durch die Ist-Analyse vor Ort wissen können, wo sie ansetzen müssen. Die FNF strebt aufgrund ihrer Analyse Polizeireformen in Südasien an, für die sie wirbt (vgl. ebd.: 17: 5135-17: 5303). Die FES wiederum legt in ganz Asien einen Fokus auf Netzpolitik, um dadurch staatlicher Zensur und Tabus entgegenzuwirken (vgl. FES-JB-2012: 37: 798- 37: 1062). Die Problemanalyse mit anschließender Strategieentwicklung kann bspw. auch in Zusammenarbeit mit den Betroffenen geschehen. Die HSS hat bei einer Frauen-Fortbildung zur kommunalen Selbstverwaltung in Jaipur mit den Teilnehmerinnen darüber gesprochen, was ihrer Meinung nach notwendig ist, um die Kommunalförderung zu verbessern (vgl. HSS-JB-2011: 51: 2132-51: 2787). Die Einordnung Indiens erfolgt jedoch nicht nur in Bezug auf die politische Situation. Die KAS und die FNF haben z. B. auch einen wirtschaftlichen Blick auf das Land (vgl. KAS-JB-2013: 56: 1303-56: 1384) oder messen Indien ein gestiegenes politisches Gewicht aufgrund der gewachsenen wirtschaftlichen Stärke zu (vgl. FNF-JB-2013: 26: 5968-26: 6105).

Entwicklungszusammenarbeit: Bei ‚Entwicklungszusammenarbeit‘ fällt auf, dass die HSS die meisten Schlagworte zu ihrer Arbeit anführt. So sieht die Stiftung ihren Part in der Zusammenarbeit als „Hilfe zur Selbsthilfe“ (HSS-JB-2011: 49: 2702-48: 2896), da die Solidarität aus Deutschland „nicht an die Stelle der Anstrengungen treten [darf], die die Betroffenen selbst unternehmen, ihr Leben verantwortlich und nach eigenen Vorstellungen [zu] gestalten“ (ebd.). Diese Prozesse benötigen Zeit, weshalb die kontinuierliche Arbeit der Stiftungen notwendig sei (vgl. HSS-JB-2012: 44: 2141-44: 2729). Insgesamt versteht die HSS EZ als Stabilitätspolitik (vgl. HSS-JB-2014 20: 265-20: 335). Diese Sicht geht aus der Überzeugung hervor, dass „fragile Staatlichkeit, Armut und Gewalt nicht voneinander zu trennen“ (ebd.: 21: 689-21: 1393) sind, weshalb das Schaffen staatlicher Strukturen und einer vertrauenswürdigen Justiz priorisiert werden (vgl. ebd.). Die FNF sieht einen „Zusammenhang zwischen dem Mangel an Religionsfreiheit und dem Mangel an Innovation und Dynamik in der Wirtschaft. Freiheitschancen werden nicht genutzt, Perspektiven für größeren Wohlstand vernachlässigt“ (FNF-JB-2012 34: 3099-34: 3337). Die EZ betrachten die Stiftungen nicht isoliert, sondern stets mit politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen eines Landes korrelierend.

Verschränkung mit deutscher Politik: Diese Kategorie markiert vielfältige Verschränkungen, sowohl persönliche und inhaltliche als auch finanzielle und organisatorische. In

persönlicher Hinsicht sind die Stiftungen zur deutschen Politik z. B. über ihre ehemaligen Stipendiatinnen und Stipendiaten verbunden (vgl. FES-JB-2013: 10: 482-10: 671). Außerdem organisieren die Regionalbüros Informationsreisen und Dialogprogramme für die Politikerinnen und Politiker ‚ihrer‘ Partei (vgl. HSS-JB-2011: 41: 958-41: 1140). Die Berliner Büros sehen ihre Aufgabe der internationalen Arbeit darin, Kontakte zu den relevanten Ministerien zu pflegen und als Betreuer internationaler Gäste ihrer Stiftung zu fungieren (vgl. HSS-JB-2012: 22: 1597-22: 2058). Nachdem die FDP nach der Bundestagswahl 2013 nicht mehr im Bundestag war, sieht die FNF ihre Aufgabe darin, „als Stimme der Freiheit klar und überzeugend hörbar zu sein und den uns möglichen Beitrag zur Rückkehr der Liberalen als Fraktion in den deutschen Bundestag zu leisten“ (FNF-JB-2013: 3: 524-3: 1003). Inhaltlich gesehen wollen die Stiftungen „einen Beitrag zu einer nachhaltigen Außenpolitik Deutschlands und der Europäischen Union leisten“ (HBS-JB-2011: 40: 634-40: 947). Die Stiftungen wollen deutsche Debatten nach außen tragen und dortige Erfahrungen zurück nach Deutschland bringen (vgl. KAS-JB-2013: 78: 1974-78: 2282). Doch auch die folgende Verschränkung ist möglich, die den Eindruck erweckt, dass die Stiftungen als ‚Auftragnehmer‘ der Regierung agieren können. Nachdem sich nach der Finanzkrise der Unmut über die ‚faulen Griechen‘ 2011 verstärkte, „stellte das Auswärtige Amt überraschend Sondermittel bereit. Damit sollten die politischen Stiftungen ihren Beitrag zur Verbesserung des Deutschlandbilds in Griechenland leisten“ (RLS-JB-2012: 10: 84-10: 477). Ihre finanzielle Abhängigkeit von der deutschen Politik ist den Stiftungen durchaus bewusst. Trotzdem pochen sie auf ihre Eigenständigkeit (vgl. ebd.: 5: 1539-5: 2176).

Organisation: Die Stiftungen haben neben ihren Büros in Deutschland auch Auslandsbüros. Diese können für ein Land oder für eine Region zuständig sein. Präsenz vor Ort und damit einhergehende langjährige persönliche Kontakte werden oft als eine Quelle des Erfolgs der Stiftungen gesehen – u. a. von den Stiftungen (vgl. FES-JB-2013: 12: 12-12: 143). Wo eine Stiftung ein Büro eröffnet, entscheidet sie selbst, denn dies „gehört zu unserer politischen Unabhängigkeit“ (HBS-JB-2012: 37: 134-37: 984). Kriterien, die über einen Büro-Standort entscheiden, sind bspw. das Vorhandensein von Partnern, die die Stiftungsziele teilen, oder die politischen Bedingungen, wie die Sicherheit der eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter oder der Partner. Wenn die Entscheidung für einen Standort gefallen ist, wie bei der RLS im Jahr 2013 für Tunesien, wird eine leitende Fachkraft aus Deutschland in das Zielland entsandt, um dort Kontakte zu entsprechenden Partnern und Institutionen aufzubauen (vgl. RLS-JB-2013: 34: 1088-34: 2010).

Veranstaltung: Die Veranstaltungen eines Büros zu DF oder zur EZ können inhaltlich zusammenhängen, wie beim Thema ‚soziale Gerechtigkeit‘ der FES: „in der Beratung und Unterstützung von Gewerkschaften, in der Erarbeitung von innovativen Konzepten für den Sozialstaat, in kontroversen Foren zur Geschlechterpolitik oder in der internationalen Entwicklungs- und Klimadebatte“ (FES-JB-2013: 10: 1269-10: 1877). Die HSS legt in ihrer internationalen Arbeit einen Fokus auf Verwaltung und Rechtsstaatlichkeit und fördert häufig (Grenz-)Polizeistrukturen (vgl. HSS-JB-2011: 49: 2197-49: 2381). Worauf alle Stiftungen großen Wert zu legen scheinen, ist die Förderung von Nachwuchskräften (vgl. FES-JB-2013: 23: 2739-23: 3174) sowie von Führungspersonal (vgl. FNF-JB-2011: 21: 736-21: 831). Um ihre jeweiligen Zielgruppen fördern zu können, verwenden die Stiftungen unterschiedliche Instrumente wie die Beratung von Parlamenten bei der Entwicklung von Gesetzen, die Fortbildung von Verwaltungsmitarbeiterinnen und-mitarbeitern und Abgeordneten, Informationsreisen (vgl. HSS-JB-2012: 54: 3613-54: 4035), Aktivistinnen- und Aktivisten-Trainings, *Workshops* für Frauen (vgl. HBS-JB-2013: 29: 1067-29: 1976) oder politische Simulationen (vgl. HSS-JB-2014: 57: 3323-57: 3639). Das jeweilige Format einer Veranstaltung wird zielgruppenspezifisch gewählt, um den größtmöglichen Erfolg zu erzielen (vgl. ebd.).

Demokratieförderung (inkl. Unterkategorien Strategien und Instrumente): Neben spezifischen Ansätzen gibt es einige Punkte, die jede der Stiftungen auf ihrer Agenda hat. Dazu gehört die Förderung des Journalismus als Bestandteil einer kritischen, den Staat kontrollierenden Öffentlichkeit (vgl. FES-JB-2011: 45: 511-45: 1348; KAS-JB-2011: 42: 2550-42: 3049; FNF-JB-2011: 4: 762-4: 1361; FNF-JB-2011: 28: 0-28: 223; HBS-JB-2013: 32: 1439-32: 1610). Die **FES** zielt darauf ab, Frieden und Menschenrechte sowie „den Aufbau und die Konsolidierung demokratischer, sozialer und rechtsstaatlicher Strukturen“ (vgl. FES-JB-2014: 6: 2009-6: 2478) zu fördern, inkl. der „(Weiter-)Entwicklung beteiligungsorientierter, transparenter, aber dennoch effizienter demokratischer Institutionen“ (ebd.: 21: 4105-21: 1578). Dazu werden politische Bildung, Politikberatung, internationale Zusammenarbeit (vgl. FES-JB-2011: 8: 414-8: 721) sowie Hintergrundgespräche, Fachforen und Publikationen (vgl. FES-JB-2015: 10: 191-10: 380) eingesetzt. Nachwuchskräfte (vgl. FES-JB-2011: 39: 813-39: 1447; FES-JB-2012: 49: 435-49: 602) und Multiplikatorinnen und Multiplikatoren spielen eine wichtige Rolle (vgl. ebd.: 44: 462-44: 779). Frauen werden geschult, sich in Netzwerken zu engagieren und indem sie über ihre Rechte informiert werden (vgl. ebd.: 40: 972-40: 1452). Die FES bringt Politikerinnen und Politiker oder Gewerkschaften ins Gespräch und vernetzt sie (vgl. FES-JB-2012: 40:

1088-40: 1309; FES-JB-2015: 10: 191-10: 380; FES-JB-2013: 10: 2531-10: 2891), was laut den Berichten erst durch das weltweite Netzwerk der FES-Büros möglich wird (vgl. FES-JB-2013: 10: 3124-10: 3495). Die FES scheint je nach Land oder Region in variiertes Form vorzugehen (vgl. FES-JB-2011: 40: 972-40: 1452; FES-JB-2011: 88: 1190-88: 1509). Sie betont v. a. für Entwicklungs- und Schwellenländer die Bedeutsamkeit der Zivilgesellschaft (vgl. FES-JB-2012: 49: 42-49: 433; FES-JB-2011: 72: 3608-72: 3771) und setzt in den Ländern Mittel- und Osteuropas auf die Konsolidierung der Demokratie und die Annäherung an politische, wirtschaftliche und soziale Standards, die in der EU herrschen (vgl. FES-JB-2011: 87: 798-87: 1022). Der Aufbau von Gewerkschaften wird von der FES als zentral für Demokratisierungsprozesse eingeschätzt, weshalb sie in all ihren Auslandsbüros Arbeitnehmer unterstützt (vgl. FES-JB-2013: 36: 1462-36: 1699).

Die DF der **KAS** verläuft getreu dem Motto ‚Dialog auf Augenhöhe‘, wofür eigene Schwächen und Lösungsversuche deutlich angesprochen werden müssen (vgl. KAS-JB-2015: 41: 4869-41: 5125; KAS-JB-2015: 44: 2249-44: 2471), was für die Stiftung zum Werben für Demokratie gehört. Denn Demokratie müsse in jeder Generation neu erlernt werden, überzeugen (vgl. ebd.: 43: 2101-43: 2735) und zeigen, dass „Transparenz, der Wille zum Lernen und zur Erneuerung ihre Stärke ist“ (ebd.: 44: 133-44: 679). Doch DF ist für die KAS „kein liberaler Idealismus, sondern in unserem ureigensten Interesse“ (ebd.: 44: 757-44: 1106), da die Schwäche der demokratischen Idee in der Welt zu Destabilisierung führe. Stabile Demokratien sind demnach Garanten für Frieden und Freiheit und ihre Förderung ist neben der moralischen Verpflichtung Teil kluger Sicherheitspolitik (vgl. KAS-JB-2015: 44: 757-44: 1106; KAS-JB-2012: 61: 1554-61: 1801; KAS-JB-2014: 53: 947-53: 1328). Am Beispiel Ägypten macht die KAS deutlich, dass Wahlen alleine für eine Demokratie nicht ausreichen: „Das Land braucht eine zivile Regierung, und es braucht politisch gebildete Bürgerinnen und Bürger, rechtsstaatliche Institutionen und etablierte Strukturen der politischen Willensbildung“ (KAS-JB-2011: 35: 2075-35: 2308). Sie setzt deshalb bei der Zusammenarbeit mit Zivilgesellschaften (vgl. KAS-JB-2011: 41: 1064-41: 1162; KAS-JB-2015: 39: 0-39: 882), der Schulung von Parteien (vgl. KAS-JB-2011: 42: 1886-42: 2548; KAS-JB-2015: 39: 0-39: 882), der Förderung von Rechtsstaatlichkeit (vgl. KAS-JB-2013: 13: 2028-13: 2195) und der Befähigung von Bürgerinnen und Bürgern zur Mitwirkung an der Demokratie (vgl. KAS-JB-2014: 74: 1567-74: 1865) an. Auch bei der KAS spielt die Förderung von Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen eine besondere Rolle (vgl. ebd.). Insgesamt wird die jeweilige Strategie „hinsichtlich der Zielsetzungen, Einsatzfelder, Partner, Methoden und Mittel“ (KAS-JB-2015: 57: 2644-57:

2909) gewählt, wobei es sich stets um Einzelfälle handele, die eine spezifische Herangehensweise erfordern (vgl. ebd.).

Auch die **FNF** arbeitet mit regionalen Schwerpunkten (vgl. FNF-JB-2012: 14: 2874-14: 3403), wie mit den Themen Informationsrecht, Eigentumsschutz, Presse- und Religionsfreiheit in Südasien (vgl. ebd.: 17: 5694-17: 5923). Das große Thema bleibt hier allerdings die Freiheit (vgl. FNF-JB-2011: 4: 762-4: 1361). Diese und die Demokratie will die Stiftung fördern, indem sie Lehrgänge für Mitglieder und Kandidatinnen und Kandidaten liberaler Parteien organisiert (vgl. FNF-JB-2011: 4: 762-4: 1361; FNF-JB-2011: 28: 0-28: 223), Parteien berät (vgl. FNF-JB-2011: 22: 0-22: 38), ihren Partnern bei der Ausarbeitung von Verhandlungspositionen hilft (vgl. ebd.: 22: 753-22: 877), mit Denkfabriken Konzepte entwickelt (vgl. ebd.: 26: 1077-26: 1294), Wahlbeobachter ausbildet (vgl. ebd.: 28: 420-28: 522), Jugend- und Frauenverbände aufbaut (vgl. ebd.: 28: 526-28: 887), Seminare für *Bloggerinnen* und *Blogger* und Filmprojekte zur Information der Bürgerinnen und Bürger organisiert (vgl. ebd.: 28: 889-28: 1069), Bildungsreisen für den interkulturellen Dialog anbietet (vgl. ebd.: 29: 0-29: 1133), Liberale vernetzt (vgl. ebd.: 30: 1110-30: 1320), über Rechte aufklärt (vgl. FNF-JB-2011: 33: 555-33: 1155; FNF-JB-2012: 14: 4007-14: 4269), Praktika für Menschenrechtsanwälte vermittelt (vgl. FNF-JB-2012: 18: 2867-18: 3217), den Meinungs Austausch zwischen Partnern ermöglicht (vgl. FNF-JB-2013: 11: 2922-11: 3350) und Wahlkampf- und Parteistrategen aus verschiedenen Ländern zum Austausch verhilft (vgl. FNF-JB-2015: 32: 756-32: 1032). Ein weiteres Standbein der FNF ist die Verknüpfung von Demokratie und Wirtschaft. „Nur wenn es den demokratischen Bewegungen gelingt, den Fortschritt in ihren Ländern auch ökonomisch und bildungspolitisch abzusichern, haben sie eine Chance“ (FNF-JB-2012: 23: 5708-23: 5912). Deshalb betätigt sich die Stiftung, häufig in Kooperation mit ihren Partnern, in der Aus- und Weiterbildung (vgl. FNF-JB-2015: 23: 61-23: 336) und darin, Menschen zur Selbständigkeit zu verhelfen (vgl. FNF-JB-2014: 80: 27-80: 341; FNF-JB-2014: 80: 614-80: 1278).

Die Eigenverantwortlichkeit im In- als auch im Ausland zu stärken ist Grundlage der Arbeit der **HSS** (vgl. HSS-JB-2011: 7: 2373-7: 2467; HSS-JB-2011: 48: 2702-48: 2986). Für die internationale Zusammenarbeit geht dieser Grundsatz allerdings noch weiter. Es gilt, „dass Länder nicht durch Eingriffe von außen zu entwickeln sind. Bürgerinnen und Bürger und Regierungen müssen vielmehr durch eigenes Engagement die Rahmenbedingungen schaffen, damit politische Konzepte erfolgreich umgesetzt werden können“ (HSS-JB-2013: 52: 692-52: 1382). Die Konsequenz daraus sind die Schwerpunkte

„demokratische Beteiligung, rechtsstaatliche Entwicklung und gute Regierung“ (HSS-JB-2012: 49-1599-49: 1973). Hinzu kommt die wirtschaftliche und ökologische Konsolidierung der Zielländer (vgl. ebd.). Um dies zu erreichen, setzt die HSS „Expertengespräche, Werkstattgespräche, Symposien, *Roundtables* etc.“ (HSS-JB-2011: 9: 2599-9: 2667; vgl. HSS-JB-2015: 8: 533-8: 802) ein. Da auch die HSS der Überzeugung ist, dass Demokratie immer wieder erlernt werden muss, sieht sie in der politischen Bildung eine zentrale Aufgabe für sich (vgl. HSS-JB-2011: 23: 1438-23: 1953). Der Ansatz dafür liege in der Zivilgesellschaft (vgl. HSS-JB-2011: 47: 1509-47: 1859; HSS-JB-2013: 56: 2122 - 56: 2714; HSS-JB-2011: 47: 1509-47: 1687) sowie in der Beratung von und im Einwirken auf Entscheidungsträger aus Politik, Wirtschaft, Gesellschaft (vgl. HSS-JB-2011: 47: 1509-47: 1859; HSS-JB-2013: 58: 2854-58: 3847; HSS-JB-2013: 59: 257-59: 684) und auf Beamte (vgl. HSS-JB-2012: 54: 1273-54: 1743). Außerdem organisiert sie Informationsveranstaltungen, *Workshops* (vgl. HSS-JB-2011: 50: 2968-50: 3079), Seminare (vgl. ebd.: 50: 3081-50: 3102), Nachwuchsförderung (vgl. ebd.: 50: 3811-50: 4037), Simulationen für Schülerinnen und Schüler (vgl. ebd.: 51: 1501-51: 1815) und jugendliche Multiplikatorinnen und Multiplikatoren (vgl. HSS-JB-2012: 52: 1469-52: 1689), Dialogprogramme, die den Austausch von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren ermöglichen (vgl. ebd.: 46: 503-46: 815), Masterprogramme (vgl. ebd.: 51: 2847-51: 3124), Föderalismusberatung und -förderung (vgl. HSS-JB-2012: 54: 1962-54: 3007; HSS-JB-2014: 59: 466-59: 735). Sie unterstützt NGOs und bildet Wahlhelferinnen und Wahlhelfer aus (vgl. HSS-JB-2011: 49: 3467-49: 3690). Thematisch gesehen konzentriert sich die Stiftung stark auf Polizei und Verwaltungen (HSS-JB-2011: 48: 903-48: 1612; HSS-JB-2011: 50: 2390-50: 2552; HSS-JB-2012: 51: 251-51: 620; HSS-JB-2013: 59: 2067-59: 2290), da diese als „Grundsäule demokratischer Umgestaltung“ (HSS-JB-2011: 48: 903-48: 1612) gesehen werden. Dabei folgt die Stiftung der Überzeugung, dass staatliche Strukturen, wie Justiz und Verwaltung, „geschaffen, gestärkt und vor allem gesellschaftlich legitimiert werden“ (HSS-JB-2014: 21: 689-21: 1393) müssen. Generell analysiert auch die HSS die aus ihrer Sicht notwendigen Schritte in einem Land oder einer Region und setzt ihr Instrumentarium dementsprechend ein (vgl. HSS-JB-2013: 53: 813-53: 1242).

Die **HBS** will in ihrer internationalen Arbeit u. a. „den Aufbau demokratischer Institutionen stärken, Frauenrechten Gehör verschaffen und die sozioökonomische Entwicklung mit ökologischen Themen der Region verknüpfen“ (HBS-JB-2011: 9: 1504-9: 2337). Dazu bildet sie Wahlbeobachter aus (vgl. ebd.: 9: 2903-9: 3372), vernetzt Internetaktivistinnen und -aktivisten (vgl. ebd.: 10: 807-10: 1141), Oppositionelle (vgl. HBS-JB-2012: 17: 1641-

17: 1844) und Bäuerinnen und Bauern, um deren Interessen mehr Schlagkraft zu verleihen (vgl. HBS-JB-2011: 34: 3749-34: 3892), organisiert Besuchsprogramme (vgl. HBS-JB-2012: 18: 1471-18: 2378) und Trainings für Aktivistinnen und Aktivisten (HBS-JB-2013: 29: 1067-29: 1976), Sommerschulen, Nachwuchsförderung, den Austausch von Teilnehmern aus unterschiedlichen Ländern (vgl. HBS-JB-2012: 27: 2505-27: 2697) sowie Hintergrundgespräche und Diskussionsforen (vgl. HBS-JB-2014: 5: 1057-5: 1305). Die Stiftung sieht im Informieren eine wichtige Aufgabe (vgl. HBS-JB-2013: 29: 2866-29: 3327) und will zur „Entwicklung von Rechtsstaatlichkeit, insbesondere freie[n] Wahlen“ (ebd.: 31: 69-31: 477) beitragen. Auch die HBS legt einen Fokus auf die Zivilgesellschaft (vgl. HBS-JB-2012: 11: 619-11: 924), da es für Politikwechsel des „politischen Druck[s] von unten“ (ebd.: 20: 83-20: 1032) bedarf, und will dieser international Gehör verschaffen (vgl. HBS-JB-2014: 22: 3234-22: 3592).

Die **RLS** befasst sich in ihrer DF u. a. mit dem Austausch linker Kräfte und unterstützt „emanzipatorische Prozesse hin zu einem zivilisatorischen Wandel“ (RLS-JB-2011: 33: 1600-33: 2209). Dazu veranstaltet die Stiftung *Workshops* für Parlamentarierinnen und Parlamentarier, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Aktivistinnen und Aktivisten sowie für Journalistinnen und Journalisten (vgl. RLS-JB-2012: 10: 1070-10: 1937; RLS-JB-2012: 36: 3383-36: 3808), sie vernetzt und versucht, „mit emanzipatorischen, demokratischen Organisationen, Institutionen und Einzelpersonlichkeiten über lokales und regionales Handeln globale Veränderungen zu erreichen“ (RLS-JB-2012: 34: 2826-34: 3361). Die RLS will Solidarität mit Gruppen oder Einzelpersonen üben (vgl. RLS-JB-2013: 12: 3209-12: 4206), sieht politische Bildung als übergreifende Aufgabe in der Stiftung (vgl. ebd.: 20: 39-20: 227), organisiert Demonstrationen (vgl. ebd.: 36: 4595-36: 5079), Streikkonferenzen (vgl. RLS-JB-2014: 18: 4107-18: 4597), Organisationsberatung und Trainings (vgl. ebd.: 36: 4148-36: 4490). Die RLS will Lehren ziehen, wo linke Akteure gefehlt haben (vgl. RLS-JB-2015: 15: 1264-15: 1610), und die Einzelteile der Mosaiklinken¹¹⁴ zusammenbringen (vgl. RLS-JB-2014: 15: 1212-15: 1661), damit „gemeinsame Antworten auf die gegenwärtigen sozialen Fragen“ (ebd.: 35: 1041-35: 1321) gefunden werden. Außerdem will sie ‚Süd-Perspektiven‘ aus der internationalen Arbeit in deutsche und europäische Debatten einbringen (vgl. RLS-JB-2014: 35: 1874-35: 2857).

114 Der Begriff von Urban beschreibt die Fragmentierung der Linken (vgl. RLS-JB-2014: 15: 272-15: 543).

Partner: Bei den Partnern wird schnell deutlich, dass einige Gruppen als Partner für alle Stiftungen fungieren. Hierzu zählen Frauen, Journalistinnen und Journalisten, Parteien und NGOs (vgl. FES-JB-2011: 40: 972-40: 1452; FES-JB-2011: 45: 511-45: 1348; FES-JB-2012: 40: 2298-40: 2685; KAS-JB-2011: 42: 1886-42: 2548; KAS-JB-2011: 42: 2550-42: 3049; KAS-JB-2014: 50: 145-50: 526; FNF-JB-2011: 4: 762-4: 1361; FNF-JB-2011: 26: 0-26: 230; FNF-JB-2011: 27: 1544-27: 1784; FNF-JB-2011: 28: 0-28: 223; FNF-JB-2011: 32: 0-32: 354; HSS-JB-2011: 49: 3467-49: 3690; HSS-JB-2011: 51: 2160-51: 2223; HSS-JB-2012: 52: 96-52: 1121; HSS-JB-2012: 53: 2167-53: 2832; HSS-JB-2013: 57: 2529-57: 2761; HBS-JB-2011: 20: 682-20: 1548; HBS-JB-2011: 21: 954-21: 1680; HBS-JB-2011: 35: 1113-35: 1732; HBS-JB-2012: 6: 14008-6: 1734; RLS-JB-2012: 5: 729-5: 1183). Junge Eliten bzw. politischer Nachwuchs wird ebenfalls bei vielen Stiftungen als Zielgruppe genannt (vgl. FES-JB-2011: 39: 813-39: 1447; FES-JB-2011: 76: 1850-76: 2051; FES-JB-2013: 23: 2739-23: 3174; HSS-JB-2011: 50: 3470-50: 3809; HBS-JB-2012: 28: 129-28: 265). Andere Partner werden nur von einigen Stiftungen benannt. Dazu gehören die Gewerkschaften bei FES und RLS (vgl. FES-JB-2011: 49: 2464-49: 2799; FES-JB-2011: 76: 1850-76: 2051; RLS-JB-2011: 5: 2447-5: 2736). Doch es sind auch Schwerpunkte oder Besonderheiten in der Partnerwahl erkennbar. Die FES hat in Jordanien z. B. Imame als Multiplikatoren eingeschätzt und deshalb mit ihnen kooperiert (vgl. FES-JB-2014: 29: 2319-29: 2513). Die KAS erläutert in ihren Berichten auch die Zusammenarbeit mit Zivilgesellschaften (vgl. KAS-JB-2011: 41:1064-41:1162) und Aktivistinnen und Aktivisten (vgl. ebd.: 33: 1328-33: 1716), was im Hinblick auf die dritte Untersuchungshypothese zunächst etwas überrascht. Die FNF benennt *Bloggerinnen* und *Blogger* (vgl. FNF-JB-2011: 28: 889-28: 1069), Denkfabriken (vgl. ebd.: 31: 553-31: 830), Lehrerinnen und Lehrer (vgl. FNF-JB-2012: 15: 3677-15: 3847) und Musikerinnen und Musiker (vgl. FNF-JB-2014: 51: 1112-51: 1885) als Partner. Bei der HSS stehen Verwaltung, Polizei, Grenzpolizei und Justiz im Zentrum (vgl. HSS-JB-2011: 48: 97-48: 576; HSS-JB-2011: 49: 168-49: 824; HSS-JB-2011: 49: 826-49: 1032; HSS-JB-2011: 49: 1035-49: 1176; HSS-JB-2011: 49: 2197-49: 2381; HSS-JB-2011: 51: 1557-52: 1721; HSS-JB-2012: 54-3613-54: 4035; HSS-JB-2013: 58: 223-58: 878). Aber auch Unternehmerverbände und Handelskammern (vgl. HSS-JB-2011: 52: 2951-52: 3212). Die HBS arbeitet sowohl mit Initiativen und Organisationen (vgl. HBS-JB-2011: 21: 1880-21: 2387) als auch mit *Think Tanks*, Oppositionen, Aktivistinnen und Aktivisten und der Zivilgesellschaft zusammen (vgl. HBS-JB-2012: 17: 1641-17: 1844; HBS-JB-2011: 9: 1504: 9: 2337). Die RLS zielt u. a. auf die Jugendbildung und kooperiert deshalb mit Lehrerinnen

und Lehrern (vgl. RLS-JB-2011: 13: 2402-13: 2968) und Jugendgruppen (vgl. RLS-JB-2015: 21: 642-21: 1330). Auch hier spielen Aktivistinnen und Aktivisten eine wichtige Rolle (vgl. RLS-JB-2011: 32: 503-32: 1032) – aber auch die Kooperation mit Eliten (vgl. RLS-JB-2013: 35: 47-35: 1633), die mit Blick auf die dritte Hypothese dieser Untersuchung verwundert. Generell scheint für die Partnerwahl zu gelten, dass reformorientierte Kräfte in den meisten Kontexten für die parteinahen Stiftungen interessante Partner sind (vgl. KAS-JB-2013: 27: 3598-27: 4154) und dass die Stiftungen Partner suchen, die ihre jeweiligen Werte teilen (vgl. HBS-JB-2011: 85: 5428-85: 6105). Dass sie auf der Suche nach mutigen Partnern ist, betont z. B. die HBS (vgl. HBS-JB-2011: 5: 2503: 5: 2876; HBS-JB-2011: 8: 507-8: 1061). Das Verständnis von der Zusammenarbeit mit Partnern bringt die HSS auf den Punkt: „Wir machen den Menschen Mut, sich verantwortlich in die politischen Prozesse einzubringen!“ (HSS-JB-2011: 7: 2373-7: 2467)

Selbstverständnis: Für das Selbstverständnis der Stiftungen spielen die Grundwerte und Überzeugungen des Namensgebers eine entscheidende Rolle – obwohl nicht immer deutlich wird, um welche Werte es sich dabei genau handelt (vgl. FES-JB-2011: 8: 1749-8: 2492; KAS-JB-2011: 84: 247-84: 336; FNF-JB-2011: 74: 0-74: 117; HBS-JB-2011: 3: 18153-3: 18655). Außerdem sehen die Stiftungen in der politischen Bildung im In- und Ausland eine zentrale Aufgabe für sich (vgl. HSS-JB-2011: 23: 1438-23: 1953; RLS-JB-2013: 20: 39-20: 227). Und sie bezeichnen sich selbst als Denkfabriken oder *Think Tanks* für die ihr nahestehende Partei als auch in gesellschaftspolitischer Hinsicht (vgl. FES-JB-2014: 8: 3147-8: 318; HSS-JB-2011: 9: 2959-9: 3203; HSS-JB-2013: 7: 1185-7: 1229; HBS-JB-2011: 6: 977-6: 1205; RLS-JB-2012: 15: 2752-15: 2893). Vor einer klaren, umfassenden und überall gültigen Erklärung der eigenen Überzeugungen und Werte scheinen die Stiftungen allerdings zurückzuschrecken. Diese sind vielmehr über die Jahresberichte verteilt und werden nun zusammengetragen.

Die **FES** versteht sich als Teil der Sozialen Demokratie und der Gewerkschaftsbewegung, von der sie dennoch unabhängig ist (vgl. FES-JB-2011: 8: 1749-8: 2492). Unter Sozialer Demokratie versteht sie, dass bürgerliche und politische Grundrechte gewährleistet werden und dass allen Mitgliedern einer Gesellschaft die gleichen Chancen zur Teilhabe offenstehen. Die Basis für gesellschaftlichen Zusammenhalt und demokratisches Miteinander sind demnach Pluralismus, Inklusion und gegenseitiger Respekt (vgl. FES-JB-2012: 31: 0-31: 1151). Näheres dazu wird unter ‚Demokratieverständnis‘ erläutert. Ihren Stiftungsauftrag sieht die FES in der „Förderung und Stärkung von Demokratie“

(FES-JB-2011: 8: 418-8: 475) und als zentrale Aufgabe bezeichnet sie die „Vermittlung von Zukunftskonzepten und Politikkompetenzen“ (FES-JB-2013: 19: 85-18: 801) auf der Grundlage von Gerechtigkeit, Freiheit und Solidarität – den Grundwerten der Sozialen Demokratie (vgl. ebd.). Ziel ist, „weltweit zur Entwicklung von Leitideen und praktischen Politikoptionen für eine grundlegende Neuausrichtung der Wirtschafts- und Sozialordnungen beizutragen“ (FES-JB-2011: 27: 969-27: 1223). Angestrebt wird außerdem eine „lebendige und starke Demokratie“ (FES-JB-2014: 6: 580-6: 1157), eine nachhaltige Wirtschaft und ein starker Sozialstaat (vgl. ebd.).

Die **KAS** sieht ihren Auftrag darin, für die nächste Generation nachhaltige Politik zu gestalten, indem künftig relevante Themen erspürt und wichtige Akteure identifiziert werden (vgl. KAS-JB-2012: 27: 875-27: 1374). In diese Richtung steuert auch die zentrale Aufgabe der KAS, nämlich dauerhaft „Jugendliche für die Demokratie zu begeistern, ihr politisches Verständnis und Engagement zu wecken und zu stärken“ (ebd.: 4: 1258-4: 1470). Sie versteht sich als ‚Europa-Stiftung‘ und will das „Einende und Gemeinsame“ (KAS-JB-2011: 10: 70-10: 401) herausstellen. Generell will sie ihren Beitrag zur Problemlösung sowie zum besseren Verständnis von Veränderungen und deren Akzeptanz beitragen (vgl. KAS-JB-2012: 3: 963-3: 1197). Ziele der KAS sind Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit, die Festigung der Demokratie, die Förderung der europäischen Einigung und der transatlantischen Beziehungen (vgl. KAS-JB-2011: 85: 0-85: 610) sowie der sozialen Marktwirtschaft (vgl. KAS-JB-2014: 19: 285-19: 357).

Die **FNF** betont als ihre Kernbotschaften Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die soziale Marktwirtschaft (vgl. FNF-JB-2011: 5: 360- 5: 944), wobei die Freiheit klar im Vordergrund steht (vgl. FNF-JB-2012: 22: 3852-22: 4008), wie bereits am neuen Namenszusatz ‚für die Freiheit‘ deutlich wird. Die freie Entfaltung eines Menschen ist laut der FNF allerdings nur dort möglich, wo dessen Menschen- und Bürgerrechte durchgesetzt sind (vgl. ebd.: 19: 5748-19: 5884). „Für den Liberalismus, der als einzige politische Strömung konsequent das Individuum in den Mittelpunkt stellt, ist Menschenrechtspolitik die Basis von allem“ (FNF-JB-2013: 12: 7397-12: 7555). Daraus leitet sich die zentrale Aufgabe der FNF ab: der Einsatz für Menschen- und Bürgerrechte und die Förderung von Demokratie, Rechtsstaat und Menschenrechten (vgl. FNF-JB-2012: 19: 3975-19: 4396). Die FNF betont außerdem, dass sich die Frage stellt, „welches Wirtschaftssystem zu einer offenen, freien und fortschrittlichen Gesellschaft passt“ (ebd.: 33: 3840-33: 4092).

Die **HSS** will ihren Beitrag zur Völkerverständigung, zum Frieden und zu einer vertieften europäischen Integration leisten (vgl. HSS-JB-2011: 39: 2961-39: 3751). Konkreter setzt sie sich dafür ein, „demokratische Beteiligung, rechtsstaatliche Entwicklung und gute Regierungsführung zu fördern, weist aber auch auf die unabdingbare wirtschaftliche und ökologische Konsolidierung hin“ (HSS-JB-2012: 49: 1599-49: 1973). Als zentrale Aufgaben sieht die HSS die „Unterstützung beim Aufbau demokratischer Strukturen und einer pluralistischen Gesellschaft, die Stärkung von *Good Governance* und die Etablierung des Parlamentarismus“ (HSS-JB-2012: 51: 3372-51: 3626; vgl. HSS-JB-2014: 52: 881-52: 1275). Grundlage dieser Stiftungsarbeit ist die „Überzeugung, dass sich jede Generation die demokratischen Werte neu aneignen muss“ (HSS-JB-2014: 7: 2698-7: 2799). Auch die HSS stellt aufgeklärte Individuen in den Mittelpunkt einer funktionierenden Gesellschaft, weshalb sie diese dazu befähigen will, sich eigene Urteile zu bilden und sich zu engagieren (vgl. HSS-JB-2015: 23: 1905-23: 2279). Bezogen auf die internationale Arbeit will die HSS EZ thematisieren und dafür in der Öffentlichkeit Interesse wecken (vgl. HSS-JB-2011: 48: 2341-48: 2519).

Die **HBS** will „Demokratie und Menschenrechte durchsetzen, gegen die Zerstörung unseres globalen Ökosystems angehen, die Gleichberechtigung von Frauen und Männern vorantreiben, in Krisenzonen präventiv den Frieden sichern, die Freiheit des Individuums gegen staatliche und wirtschaftliche Übermacht verteidigen“ (HBS-JB-2011: 3: 17577-3: 18255; vgl. HBS-JB-2011: 85: 6847-85: 8877). Die europäische Einigung wird von der HBS ebenfalls unterstützt (vgl. HBS-JB-2011: 6: 977-6: 1205; HBS-JB-2011: 85: 6847-85: 8877) und auch sie will ihren Beitrag zur deutschen Außenpolitik leisten (HBS-JB-2011: 40: 634-40: 947). Im Zentrum steht dabei, „die Spielräume für politische und gesellschaftliche Teilhabe und Emanzipation auszuweiten“ (ebd.: 8: 507-8: 1061) sowie die Zivilgesellschaft und demokratisch legitimierte Parlamente zu stärken (vgl. HBS-JB-2011: 8: 507-8: 1061; HBS-JB-2013: 31: 69-31: 477; HBS-JB-2011: 85: 6847-85: 8877). Zu den zentralen Aufgaben der HBS gehört, Tabus zu thematisieren (vgl. HBS-JB-2013: 5: 259-5: 829), Milieus oder Personen zusammenzuführen (vgl. HBS-JB-2013: 14: 559-14: 1204; HBS-JB-2011: 85: 6847-85: 8877) und zu informieren (vgl. HBS-JB-2013: 29: 2866-29: 3327). Die HBS „versteht sich als Teil der ‚grünen‘ politischen Grundströmung“ (HBS-JB-2011: 85: 3938-85: 4663), deren Grundwerte in der Ökologie, Nachhaltigkeit, Demokratie, Menschenrechten, Selbstbestimmung und Gerechtigkeit liegen. Hinzu kommen die Schwerpunkte Geschlechterdemokratie, Gleichberechtigung von Minderheiten und eine möglichst breit angelegte Partizipation (vgl. HBS-JB-2011: 85: 3938-85: 4663;

HBS-JB-2014: 5: 1569-5: 1814; HBS-JB-2011: 85: 6847-85: 8877). Trotz ihrer Nähe zu Bündnis 90/Die Grünen betont die Stiftung ihre Unabhängigkeit und Eigenständigkeit (vgl. HBS-JB-2011: 3: 17577-3: 18255; HBS-JB-2011: 85: 6610-85: 6844).

Das Verhältnis zur nahestehenden Partei betont die **RLS** – allerdings nicht nur zur Partei, sondern zur ‚Mosaiklinken‘ (vgl. RLS-JB-2011: 6: 1593-6: 2203; RLS-JB-2012: 5: 1539-5: 2176). Die Unabhängigkeit sowohl vom politischen Tagesgeschäft als auch von der Partei gelte dennoch (vgl. RLS-JB-2011: 6: 2206-6: 2583; RLS-JB-2012: 5: 1539-5: 2176). Nach Auffassung der RLS ist Die Linke lediglich der parlamentarische Ausdruck der demokratisch-sozialistischen Grundströmung, der sich die Stiftung zuordnet (vgl. RLS-JB-2013: 4: 383-4: 599). Die RLS zielt auf „mehr Demokratie im Kontext sozialer Gerechtigkeit und internationaler Solidarität in Deutschland, in Europa und global“ (RLS-JB-2011: 6: 4529-6: 4831) ab. Dabei spielen vier ‚Us‘ eine Rolle: „Gerechte Umverteilung, sozialökologische Umgestaltung, demokratisches Umsteuern, umfassende Solidarität“ (ebd.: 17: 1530-17: 1773). Der Einzelne soll sich frei entwickeln können, emanzipiert und gleichberechtigt sein und sich in vielfältiger Art demokratisch beteiligen (vgl. RLS-JB-2012: 34: 868-34: 1498). Um dies zu erreichen, will die Stiftung vernetzen, Raum bieten (vgl. ebd.: 34: 2826-34: 3361) und Verbindungsglied sein (vgl. RLS-JB-2014: 36: 4065-36: 4145).

Demokratieverständnis: Das Demokratieverständnis der **FES** kann mit ‚Sozialer Demokratie‘ zusammengefasst werden. Darunter werden, wie bereits beim Selbstverständnis angerissen, die Werte Gerechtigkeit – insb. auch soziale Gerechtigkeit (vgl. FES-JB-2013: 10: 1269-10: 1877) –, Solidarität und Freiheit subsumiert sowie eine im Alltag gelebte Demokratie, die alle, auch sozial Schwache, einschließt (vgl. FES-JB-2011: 8: 2051-8: 2256; FES-JB-2011: 76: 758-76: 958), da „nur eine gelebte Demokratie auch eine starke Demokratie ist“ (FES-JB-2011: 8: 1578-8: 1659; vgl. FES-JB-2015: 36: 3451-36: 3634). Daraus folgt, dass eine Demokratie nur dann dauerhaft Bestand haben kann, wenn ihre Bürgerinnen und Bürger ihr zustimmen und von ihr überzeugt sind (vgl. FES-JB-2011: 76: 23-76: 754). In Parteien, Gewerkschaften, Verbänden und Organisationen sollen sich die Bürgerinnen und Bürger deshalb engagieren und so an der Demokratie partizipieren (vgl. FES-JB-2011: 37: 1630-37: 1872; FES-JB-2012: 43: 2368-43: 2948; FES-JB-2013: 36: 1462-36: 1699; FES-JB-2013: 20: 96-20: 441), wodurch die Zivilgesellschaft zum Fundament der Demokratie wird (vgl. FES-JB-2012: 32: 1331-32: 1871). Somit ist es notwendig, dass allen eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft

möglich sei und die Menschen einander gleichgestellt seien (vgl. FES-JB-2011: 39: 1486-39: 1725; FES-JB-2012: 31: 0-31: 1151; FES-JB-2013: 22: 803-22: 1204; FES-JB-2013: 24: 2029-24: 2281; FES-JB-2015: 20: 127-20: 235). Außerdem ist eine freie Berichterstattung „für die Demokratie konstitutiv“ (FES-JB-2014: 22: 3947-22: 4310), weshalb die FES einem qualitativ hochwertigen Journalismus eine entscheidende Rolle zuweist (vgl. FES-JB-2014: 22: 3947-22: 4310; FES-JB-2011: 45: 511-45: 1348; FES-JB-2013: 25: 1326-25: 1510). In rechtsextremistischen, antisemitischen und ausländerfeindlichen Einstellungen sieht die FES eine „wesentliche Bedrohung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und der demokratischen Kultur“ (FES-JB-2011: 41: 351-41: 530), weshalb sie dies beständig thematisiert (vgl. FES-JB-2012: 12: 2492-12: 2718).

Auch für die **KAS** ist Demokratie kein Selbstläufer – weder bei Transformationsstaaten (vgl. KAS-JB-2013: 4: 826-4: 1143; KAS-JB-2012: 3: 668-3: 960; KAS-JB-2011: 3: 378-3: 1026; KAS-JB-2011: 34: 1328-34: 1564) noch bei etablierten Demokratien (vgl. KAS-JB-2015: 4: 341-4: 788; KAS-JB-2014: 26: 1548-26: 1666). Daher benennt sie unterschiedliche Ausprägungen von Demokratien, wie mangelhafte ‚Wahldemokratien‘ (vgl. KAS-JB-2014: 35: 533-35: 1014), und erläutert, dass eine „lineare Entwicklung hin zu immer mehr Demokratie [...] keineswegs der natürliche Weg gesellschaftlicher Entwicklung“ (KAS-JB-2015: 40: 4785-40: 4908) ist. Damit sich ausgeprägte Demokratien entwickeln können, bedarf es politisch gebildeter Bürgerinnen und Bürger, rechtsstaatlicher Institutionen und etablierter Strukturen zur politischen Willensbildung (vgl. KAS-JB-2011: 35: 2075-35: 2308; KAS-JB-2013: 13: 2197-13: 2502; KAS-JB-2011: 40: 0-40: 238) – also einer politischen Kultur, die von Pluralismus und Partizipation gekennzeichnet ist (vgl. KAS-JB-2011: 40: 240-40: 539). Notwendig dafür seien Parteien (KAS-JB-2011: 42: 1886-42: 2548) und guter Journalismus (vgl. KAS-JB-2011: 42: 2550-42: 3049). Weiterhin benennt die KAS Freiheit (vgl. KAS-JB-2012: 10: 542-10: 717; KAS-JB-2013: 56: 745-56: 925), soziale Gerechtigkeit, Menschenrechte, Meinungsfreiheit (vgl. KAS-JB-2012: 64:199-64: 1028), Toleranz (vgl. KAS-JB-2013: 12: 1850-12: 2227) gleiche Chancen (vgl. ebd.: 76: 1032-76: 1624) und Transparenz (KAS-JB-2013: 26: 33-26: 891). Wobei im Jahresbericht 2013 deutlich gemacht wird, dass mit Gleichheit nicht die Gleichheit im Einkommen oder Vermögen gemeint ist, da dies „ein Residuum der Sozialismusutopie“ (ebd.: 76: 1032-76: 1624) sei. Die Marktwirtschaft hingegen lebe von einem gewissen Grad an Ungleichheit, da diese einen Anreiz für harte Arbeit darstelle, wodurch Risiken eingegangen und Innovationen generiert werden können und damit Wohlstand vermehrt werden kann. Dies sei möglich, da die Menschen ihre voneinander abweichenden Bega-

bungen in unterschiedlicher Weise nutzen. Aufgabe der Politik sei es, Ungerechtigkeiten ausfindig zu machen und diese zu lindern. Soziale Gerechtigkeit „bedient hingegen das Gefühl einer zunehmend breiter werdenden Schicht, zu kurz zu kommen“ (ebd.: 76: 1627-76: 2053). Neben den genannten Werten soll sich der Staat außerdem am Willen der Bevölkerung ausrichten und die Mehrheit soll die Minderheit nicht unterdrücken (vgl. ebd.: 27: 3598-27: 4154). Insgesamt sieht die KAS die Notwendigkeit, in politischen Systemen sowohl *top-down* als auch *bottom-up* vorzugehen, was am Beispiel einer Konferenz zu Klimafragen deutlich gemacht wird (vgl. KAS-JB-2012: 49: 1127-50: 254). Deshalb wird in den KAS-Jahresberichten auch für einen gemischten Ansatz in der DF plädiert (vgl. KAS-JB-2015: 39: 0-39: 882).

Für die **FNF** steht Freiheit im Mittelpunkt ihres Demokratieverständnisses. So werde Freiheit „allzu oft leichtfertig zugunsten vermeintlicher Gleichheit aufgegeben“ (FNF-JB-201: 19: 179-19: 416). Für die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger als Individuen (vgl. FNF-JB-2011: 42: 827-42: 923; FNF-JB-2012: 22: 3852-22: 4008; FNF-JB-2014: 12: 289-12: 434) seien die Beachtung von Menschen- und Bürgerrechten (vgl. FNF-JB-2011: 37: 1104-37: 1656; FNF-JB-2012: 19: 2986-19: 3221; FNF-JB-2012: 19: 5222-19: 5273; FNF-JB-2012: 19: 5888-19: 6108; FNF-JB-2015: 14: 459-14: 563), Transparenz (vgl. FNF-JB-2011: 32: 418-32: 827), guter Journalismus (vgl. ebd.: 28: 0-28: 223), eine Polizei, die „unabhängig, pflichtbewusst, bürgernah, transparent, unparteiisch, professionell, effektiv und nicht frauenfeindlich“ (FNF-JB-2012: 17: 3395-17: 3540) agiert, Pluralismus (vgl. FNF-JB-2013: 14: 5044-14: 5416), ein säkularer Staat (vgl. ebd.: 26: 7792-26: 7869), Toleranz (vgl. FNF-JB-2014: 3: 807-3: 1101), Rechtsstaatlichkeit und Gleichheit vor dem Gesetz (vgl. ebd.: 9: 2433-9: 2658) sowie vielfältige Möglichkeiten zur Partizipation (ebd.: 68: 203-68: 402) notwendig. Demokratie und Freiheit müssen laut der FNF ständig neu verteidigt werden (vgl. ebd.: 3: 807-3: 1101), weshalb die Bürgerinnen und Bürger Eigenverantwortung übernehmen müssen (vgl. FNF-JB-2013: 3: 0-3: 360). Ob die Demokratie zu bestimmten Religionen, wie dem Islam, passt, thematisiert die Stiftung ebenso (vgl. FNF-JB-2011: 13: 450-13: 832; FNF-JB-2014: 12: 614-12: 869) wie die zur Demokratie passende (soziale) Marktwirtschaft (vgl. FNF-JB-2015: 37: 1764-37: 2467; FNF-JB-2011: 21: 434-21: 597; FNF-JB-2011: 26: 1077-26: 1294; FNF-JB-2012: 33: 3840 - 33: 4092).

Die **HSS** geht ebenfalls von Demokratie als einem Prozess aus, an dem die Bürgerinnen und Bürger mitwirken (vgl. HSS-JB-2011: 52: 1983-52: 2244; HSS-JB-2014: 26: 735-26:

967; HSS-JB-2012: 44:2141-44: 2729). Damit sich ein demokratischer Staat entwickeln kann, bedarf es guter Regierungsführung, Stabilität, Rechenschaftspflicht des Staates gegenüber seinen Bürgerinnen und Bürgern und der Möglichkeiten zur Partizipation als Grundvoraussetzungen (vgl. HSS-JB-2012: 53: 2167-53: 2832; HSS-JB-2013: 56: 2122-56: 2714). Deshalb legt die Stiftung großen Wert auf den Rechtsstaat, eine funktionierende Verwaltung, das Polizeiwesen (vgl. HSS-JB-2011: 48: 903-48: 1612; HSS-JB-2011: 50: 1232-50: 1458; HSS-JB-2011: 50: 2390-50: 2552; HSS-JB-2011: 53: 719-53: 1410; HSS-JB-2015: 31: 716 - 31: 1286; HSS-JB-2011: 49: 2486-49: 2752) und Parteien (vgl. HSS-JB-2012: 52: 96-52: 1121). Hinzu kommt eine „starke[] Ausrichtung auf die Zivilgesellschaft“ (HSS-JB-2013: 56: 2122-56: 2714; vgl. HSS-JB-2011: 47: 1509-47: 1687; HSS-JB-2011: 49: 2486-49: 2752). Dies ist zurückzuführen auf die Überzeugung der Stiftung, dass der Einzelne Verantwortung für sich und seine Mitmenschen übernehmen müsse, wenn Gesellschaft funktionieren soll (vgl. HSS-JB-2013: 52: 692-52: 1382; HSS-JB-2015: 28: 193-28: 580), woraus sich eine partizipative politische Kultur ergibt, die angestrebt wird (vgl. HSS-JB-2014: 56: 2221-56: 2362; HSS-JB-2013: 55: 3832-55: 4120) und die die Demokratie mit Leben erfüllen soll (vgl. HSS-JB-2015: 23: 2282-23: 2721; HSS-JB-2015: 28: 193-28: 580). Notwendig dafür ist Qualitätsjournalismus, der den öffentlichen Diskurs erlaubt (vgl. HSS-JB-2012: 14: 3058-14: 3568; HSS-JB-2013: 14: 377-14: 466). Generell bedarf es außerdem der Akzeptanz von demokratischen Werten in der Bevölkerung (vgl. HSS-JB-2014: 54: 3573-54: 3963) und des Vertrauens in den Staat (ebd.: 56: 2364-56: 2685). Demokratische Werte müssen laut der Stiftung jedoch in jeder Generation neu erworben werden (vgl. HSS-JB-2012: 7: 1319-7: 1659; HSS-JB-2014: 7: 2698-7: 2799). Außerdem sieht die HSS im Föderalismus eine Stärke des politischen Systems der Bundesrepublik und versucht für diesen zu werben (vgl. HSS-JB-2012: 54: 1962-54: 3007; HSS-JB-2014: 59: 2103-59: 2201).

Völlige Gleichberechtigung und Inklusion kennzeichnen das Demokratieverständnis der **HBS**, da diese „unabdingbar für eine funktionierende Demokratie“ (HBS-JB-2011: 6: 3115-6: 3418) seien. Besonders betont wird die gesellschaftliche und politische Teilhabe von Frauen, Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender und Intersex sowie von Minderheiten, die sich in einer freiheitlichen politischen Kultur einbringen können sollen (vgl. HBS-JB-2011: 6: 3115-6: 3418; HBS-JB-2015: 21: 85-21: 1264; HBS-JB-2011: 44: 79-44: 1016). Die Menschen sollen akzeptiert werden wie sie sind und inkludiert werden (vgl. HBS-JB-2012: 50: 63-50: 713). Daraus folgt für die HBS, dass eine Demokratie mit Leben gefüllt (vgl. HBS-JB-2015: 21: 85-21: 1264; HBS-JB-2011: 25: 93-25: 1275) und erneuert

werden muss, da sie sonst ausgehöhlt werden oder zerbrechen kann (vgl. HBS-JB-2015: 21: 85-21: 1264). Die Stiftung unterscheidet deshalb zwischen unterschiedlich ausgeprägten Formen von Demokratien, bspw. benennt sie formale Demokratien (vgl. HBS-JB-2013: 28: 85-28: 857; HBS-JB-2013: 31: 69-31: 477; HBS-JB-25: 177-25: 251), betont die Prozesshaftigkeit vom Übergang zur und der Weiterentwicklung der Demokratie (vgl. HBS-JB-2011: 8: 369-8: 506; HBS-JB-2011: 6: 136-6: 376; HBS-JB-2011: 12: 1830-12: 1950) und erläutert, dass auch in Deutschland die Demokratie stets weiterentwickelt werden müsse (vgl. HBS-JB-2014: 30: 181-30: 683). Zentral hierfür ist auch bei der HBS die Zivilgesellschaft (vgl. HBS-JB-2011: 8: 954-8: 1061; HBS-JB-2011: 13: 2442-13: 2614). Hinzu kommen in einer ausgeprägten Demokratie Transparenz, Ökologie und Gerechtigkeit, die untrennbar mit Demokratie verbunden sind (vgl. HBS-JB-2014: 43: 807-43: 1037; HBS-JB-2011: 3: 17577-3: 18255). Zur politischen Kultur gehören „Werte wie Menschenwürde, Demokratie, Gleichberechtigung, Selbstbestimmung und Pluralismus“ (HBS-JB-2015: 5: 1953-5: 2295).

Der bereits erwähnten vier Us beschreiben das Demokratieverständnis der **RLS**: „Gerechte Umverteilung, sozialökologische Umgestaltung, demokratisches Umsteuern, umfassende Solidarität – zusammen ergeben diese vier U einen echten *U-Turn*, einen Kurswechsel gegen das politische Diktat der globalisierten Wirtschaft“ (RLS-JB-2011: 17: 1530-17: 1773). Außerdem verknüpft die Stiftung Gleichheit und Demokratie untrennbar miteinander (vgl. RLS-JB-2013: 4: 1650-4: 1745), da Demokratie nur mit sozialer und ökonomischer Gleichheit und Gestaltungsmacht möglich sei (vgl. ebd.: 4: 2756-4: 2914), und benennt Transparenz als wichtigen Faktor (vgl. RLS-JB-2011: 17: 1011-17: 1280). Da eine demokratische Gesellschaft nicht von selbst komme (vgl. RLS-JB-2015: 16: 1909-16: 1964), setzt die RLS auf Prozesse von unten (vgl. RLS-JB-2012: 9: 3775-9: 4495), also aus der Zivilgesellschaft (vgl. ebd.: 33: 1582-33: 1855), die z. B. den „schlechten Traditionen eines deutschen Obrigkeitsstaates“ (RLS-JB-2012: 25: 787-25: 849) entgegenwirken sollen. Generell ist hier ein stark ausgeprägtes ‚oben versus unten‘-Denken zu verzeichnen (vgl. ebd.: 27: 31: 27-388). Doch nicht alles ‚von unten‘ wird automatisch als positiv angesehen. Aus der Zivilgesellschaft können demnach auch Angriffe auf die Demokratie als Lebensform kommen, wie die Pegida-Aufmärsche laut RLS zeigen (vgl. RLS-JB-2014: 19: 2884-19: 3116). Eng verknüpft sind außerdem Fragen der Wirtschaft und der Demokratie, da – neben Fragen der Arbeitsmarktpolitik – wirtschaftliche Handlungen, wie TTIP, CETA und TISA, eine „schleichende Abschaffung der Demokratie“ (ebd.: 22: 3860-22: 4361) darstellen können.

Kategorienübergreifende Zusammenhangsanalyse:

Im nächsten Schritt der Analyse sollen laut Kuckartz kategorienübergreifende Zusammenhänge herausgearbeitet werden, um dadurch abstrakte Konzepte abzuleiten. Hierfür eignen sich bei MAXQDA verschiedene Instrumente: Kategorienverteilungen, Kreuztabellen, die Dokumenten-Kategorien-Matrix und die Dokumenten-Beziehungs-Matrix.

Kategorienverteilungen: Es wurden Kategorienverteilungen aller 30 Dokumente erstellt, die die mengenmäßige Verteilung der codierten Stellen in einem der Jahresberichte nach Farben sortiert aufzeigen. Wie in Abbildungen 10 bis 14¹¹⁵ sichtbar gemacht wird, wurde bei der FES in jedem Jahresbericht stets am meisten zu ‚Demokratieförderung‘, dann zu ‚Demokratieverständnis‘ und an dritter Stelle zu ‚Selbstverständnis‘ codiert wurde. Bei der KAS wird – wie in den Abbildungen 15 bis 19¹¹⁶ deutlich wird – bis auf den Bericht von 2015 immer am meisten zu ‚Demokratieverständnis‘ codiert, darauf folgt ‚Demokratieförderung‘. Im Jahr 2015 ist mehr zu ‚Demokratieförderung‘ codiert worden. Hier wurde außerdem vergleichsweise viel zu ‚Entwicklungszusammenarbeit‘ codiert. Wie Abbildungen 20 bis 24¹¹⁷ zeigen, sind bei der FNF ‚Demokratieförderung‘ und ‚Demokratieverständnis‘ relativ gleich auf. Zur Kategorie ‚Partner‘ wurden hier deutlich mehr Codierungen vergeben als bei den anderen Stiftungen. Im FNF-internen Vergleich fällt auf, dass ‚Partner‘ tlw. deutlich vor ‚Selbstverständnis‘ liegt. ‚Demokratieförderung‘ ist bei der HSS stets die stärkste, ‚Demokratieverständnis‘ stets die zweitstärkste Kategorie. Das zeigen Abbildungen 25 bis 29¹¹⁸. ‚Entwicklungszusammenarbeit‘ und ‚Partner‘ treten hier vergleichsweise häufig auf. Wie Abbildungen 30 bis 34¹¹⁹ zeigen, wechseln sich ‚Demokratieverständnis‘ und ‚Demokratieförderung‘ bei der HBS ab. Interessant ist, dass die Kategorie ‚Selbstverständnis‘ im Jahresbericht 2013 sogar ‚Demokratieverständnis‘ überholt. Es konnte deutlich mehr zu Ersterem codiert werden. Auch hier sind ‚Partner‘ recht häufig codiert worden. Bei der RLS fällt auf, dass ‚Demokratieverständnis‘ und ‚Selbstverständnis‘ tlw. beide vor ‚Demokratieförderung‘ liegen. Das zeigen die Abbildungen 35 bis 39¹²⁰. Auch bei der RLS konnte verhältnismäßig viel zu Partnern codiert werden.

115 S. Anhang.

116 S. Anhang.

117 S. Anhang.

118 S. Anhang.

119 S. Anhang.

120 S. Anhang.

Durch den Vergleich der Kategorienverteilungen einer Stiftung sowie derjenigen aller Stiftungen konnten einige Trends ausgemacht werden. Bei der FES wurden die häufigsten *Codings* stets in der Reihenfolge ‚Demokratieförderung‘¹²¹, ‚Demokratieverständnis‘ und ‚Selbstverständnis‘ vergeben. Im Gegensatz dazu steht bei der KAS das ‚Demokratieverständnis‘ bis auf 2015 immer vor ‚Demokratieförderung‘. Bei der FNF sind ‚Demokratieförderung‘ und ‚Demokratieverständnis‘ relativ gleich auf. Hier fällt auf, dass ‚Partner‘ stärker vertreten ist als bei anderen Stiftungen – diese Kategorie wird bei der FNF sogar wesentlich häufiger vergeben als ‚Selbstverständnis‘. Bei der HSS ist ‚Demokratieförderung‘ stets die stärkste Kategorie und ‚Demokratieverständnis‘ immer an zweiter Stelle. ‚Entwicklungszusammenarbeit‘ tritt häufiger auf als bei den übrigen Stiftungen, v. a. in den Jahresberichten von 2014 und 2015. Dies könnte daran liegen, dass der Vorsitz der Stiftung 2014 von Hans Zehetmair zu Ursula Männle gewechselt hat. Möglicherweise hat die neue Vorsitzende einen anderen Schwerpunkt für die Jahresberichte gewählt als ihr Vorgänger, was sich auch am neuen Layout und Design der Berichte zeigt. ‚Demokratieverständnis‘ und ‚Demokratieförderung‘ wechseln sich bei der HBS an der Spitze ab. Hervorzuheben ist, dass ‚Selbstverständnis‘ 2013 sogar ‚Demokratieverständnis‘ überholt und dass viel zu ‚Partnern‘ codiert wurde. Letzteres gilt ebenfalls für die RLS, bei der ‚Demokratieverständnis‘ und ‚Selbstverständnis‘ tlw. beide vor ‚Demokratieförderung‘ liegen. Dadurch wird deutlich, worüber die Stiftungen berichten – und worauf sie in ihrer Arbeit möglicherweise einen besonderen Wert legen. Dies gilt es, mit den weiteren Werkzeugen der qualitativen Inhaltsanalyse weiter zu verfolgen.

Korrelationen: Um die Verteilung der *Codings* auf die einzelnen Dokumente zu untersuchen und um diese vergleichen zu können, wurden die Kategorien mit den Dokumentengruppen der Stiftungen in einer Tabelle angeordnet. In absoluten Zahlen gibt es bereits einige auffällige Häufungen oder das Fehlen solcher Häufungen bzw. niedrige Ansammlungen¹²². Bei der KAS ist kein *Coding* zum ‚Engagement‘ in Indien vergeben worden, ebenso wie es bei der RLS keins zur ‚Einordnung‘ Indiens gibt. Bei der ‚Entwicklungszusammenarbeit‘ stechen v. a. die vielen Nennungen bei der HSS (21) und KAS (17) hervor – insb. im Vergleich zu FES (4), HBS (6) und RLS (2). Zur ‚Verschränkung mit deutscher Politik‘ gibt es die meisten Nennungen bei der HSS (17) und RLS (15). Zur ‚Organisation‘ nennt die FES (17) am meisten und die HBS (3) am wenigsten. ‚Veranstal-

121 Hierbei sind stets die Unterkategorien inkludiert.

122 S. Tabelle 4 Anhang.

tung' rangiert von drei Codierungen bei der KAS bis zu 30 bei der HSS. Bei ‚Demokratieförderung‘ sticht die RLS mit sehr wenigen Nennungen (4) im Vergleich zu den anderen Stiftungen heraus. ‚Strategien‘ sind bei der HSS (119) stark vertreten, wohingegen dies bei KAS (41) und RLS (51) weniger auftritt. Unter den ‚Instrumenten‘ zeigt sich ein ähnliches Bild: Die HSS hat ebenfalls die meisten Nennungen (99) und die KAS (21) die wenigsten. Die ‚Partner‘ tauchen v. a. bei der FNF (71) auf – am wenigsten hingegen bei der KAS (9). Beim ‚Selbstverständnis‘ stechen erneut die wenigen Codierungen bei der KAS (29) hervor sowie die häufigeren Nennungen bei FES (77), HBS (70) und RLS (78). Beim ‚Demokratieverständnis‘ zeigt sich unter FES (138), FNF (139), HBS (145) und HSS (141) ein beinahe ausgeglichenes Bild, wohingegen die KAS (109) und RLS (106) dies etwas seltener benennen.

Um dieses Bild näher zu beleuchten, wurden die Kategorien und Dokumentengruppen mit Zeilenprozenten untersucht¹²³. Hierbei zeigt sich, dass die FNF mit 31,25 Prozent um einiges vor den anderen Stiftungen liegt, wenn es um ‚Indien‘ geht, was bei den absoluten Zahlen aufgrund der insgesamt eher wenigen Nennungen nicht so stark aufgefallen ist. Beim ‚Engagement‘ sieht dies mit 32 Prozent ebenso aus, wobei die KAS – wie bereits erwähnt – hier keinerlei Nennungen aufweist. Bei der ‚Einordnung‘ liegen wieder die FNF (29,17 Prozent) als auch die KAS (33,33 Prozent) vorne. Die HSS weist vergleichsweise wenige Codierungen auf (4,17 Prozent) und die RLS – wie erwähnt – gar keine. Zur ‚Entwicklungszusammenarbeit‘ schreiben die FNF (18,03 Prozent), HSS (34,43 Prozent) und KAS (27,87 Prozent) am meisten. Die ‚Verschränkung mit deutscher Politik‘ verdeutlicht den obigen Befund, dass bei HSS und RLS am meisten codiert wurde. Zur ‚Organisation‘ gibt es bei der FES am meisten (30,36 Prozent) und bei der HBS am wenigsten (5,36 Prozent). ‚Veranstaltungen‘ wurden bei der HSS am häufigsten codiert (34,88 Prozent) und bei der HBS (5,36 Prozent) und der KAS (3,49 Prozent) am seltensten. ‚Demokratieförderung‘ wurde bei der HBS (13,86 Prozent) und v. a. bei der RLS (3,96 Prozent) wenig codiert. Die KAS und RLS fallen bei den ‚Strategien‘ mit 8,84 bzw. 10,99 Prozent hinter den anderen Stiftungen zurück. Bei den ‚Instrumenten‘ sticht die HSS mit 31,53 Prozent hervor, wohingegen die KAS mit 6,69 Prozent weit hinter den anderen Stiftungen liegt. Zu den ‚Partnern‘ berichtet insb. die FNF (28,74 Prozent), die KAS hingegen sehr wenig (3,64 Prozent). Beim ‚Selbstverständnis‘ liegen die FES, HBS und RLS an der Spitze, und die KAS (8,22 Prozent) ist eher abgeschlagen. Insgesamt wurden die meisten

123 S. Tabelle 5 Anhang.

Codierungen bei der HSS vergeben (22,12 Prozent bzw. 573 Codierungen) und die wenigsten bei der KAS (10,77 Prozent bzw. 279 Codierungen). Die Übrigen liegen dazwischen: FES mit 456, FNF mit 471, HBS mit 441 und RLS mit 371.

Welche Codierungen innerhalb der sechs Dokumentengruppen die größte Rolle spielen, lässt sich aus der Verteilung mit Spaltenprozenten ersehen¹²⁴. Hier ergibt sich ein ähnliches Bild für alle Stiftungen, da die ‚Strategien‘ und das ‚Demokratieverständnis‘ bei allen Dokumentengruppen unter den drei häufigsten Nennungen liegen. Insgesamt ist ‚Demokratieverständnis‘ mit 30,03 Prozent die am häufigsten vergebene Kategorie. Darauf folgen ‚Strategien‘ (17,91 Prozent) und ‚Selbstverständnis‘ mit 13,62 Prozent. Die Reihung der Codierungen und deren jeweilige Stärke unterscheiden sich jedoch von Stiftung zu Stiftung: Für die FES sind die häufigsten Codierungen ‚Demokratieverständnis‘ (30,26 Prozent), ‚Strategien‘ (20,83 Prozent) und ‚Selbstverständnis‘ (16,89 Prozent). Bei der FNF wurden ‚Demokratieverständnis‘ (29,51 Prozent), ‚Strategien‘ (16,77 Prozent) und ‚Partner‘ (15,07 Prozent) am häufigsten codiert. Bei der HBS liegen ‚Demokratieverständnis‘ (32,88 Prozent), ‚Strategien‘ (17,91 Prozent) und ‚Selbstverständnis‘ (15,87 Prozent) vorne. Die HSS weist die meisten Codierungen bei ‚Demokratieverständnis‘ (24,61 Prozent), ‚Strategien‘ (20,77 Prozent) und ‚Instrumente‘ (17,28 Prozent) auf. Bei der KAS sind dies ‚Demokratieverständnis‘ (39,07 Prozent), ‚Strategien‘ (14,70 Prozent) und ‚Selbstverständnis‘ (10,39 Prozent). Bei der RLS zeigen sich die größten Häufungen bei ‚Demokratieverständnis‘ (28,57 Prozent), ‚Selbstverständnis‘ (21,02 Prozent) und ‚Strategien‘ (13,75 Prozent)¹²⁵.

Da bei den vorangegangenen Analysen einige Trends auszumachen waren, sollte – auch in Anlehnung an die dritte Forschungshypothese – untersucht werden, ob sich durch die Gruppierung der Stiftungen in eine eher linke und eine eher rechte Gruppe, Ähnlichkeiten und Unterschiede herausarbeiten lassen, die diese Trends verdeutlichen. Daher wurden die beiden Variablen ‚Politisch eher links‘, die auf FES, HBS und RLS zutrifft, und ‚Politisch eher rechts‘, die KAS, FNF und HSS umfasst, angelegt. Wie in der Kreuztabelle mit

124 S. Tabelle 6 Anhang.

125 Zur Verdeutlichung und Kontrolle einiger dieser Ergebnisse lässt sich die Dokumenten-Kategorien-Matrix für die Dokumentengruppen heranziehen. In Tabelle 7 sowie in den Abbildungen 40 und 41 im Anhang wird bspw. zahlenmäßig und grafisch hervorgehoben, wo der stärkste Fokus bei einer Stiftung bzw. bei einem Jahresbericht liegt. Z. B. wurde beim Jahresbericht der FES aus dem Jahr 2011 besonders viel zu ‚Demokratieverständnis‘ codiert. Bei der HSS wurde im Stiftungsvergleich bspw. am meisten zu ‚Demokratieförderung-Instrumente‘ codiert.

diesen beiden Variablen und den Kategorien¹²⁶ zu sehen ist, gibt es durch diese Anordnung tatsächlich einige Unterschiede zwischen beiden Gruppen. Die eher rechten Stiftungen berichten mehr über die ‚Einordnung‘ Indiens (16 Nennungen im Vergleich zu 8 bei den politisch eher linken Stiftungen), über ‚Veranstaltung‘ (50 zu 36 Codierungen) und ‚Demokratieförderung‘ (61 zu 40 Nennungen). Noch deutlicher sind die Unterschiede bei der ‚Entwicklungszusammenarbeit‘, wo die eher rechten Stiftungen 49 Codierungen aufweisen und die eher linken Stiftungen lediglich 12, und bei ‚Instrumenten‘ (177 zu 137 Codierungen). Das einzige Mal, wo die eher linken Stiftungen die eher rechten signifikant überholen, ist beim ‚Selbstverständnis‘, bei dem Erstere 225 Codierungen auf sich versammeln und Letztere lediglich 128.

Die Dokumenten-Beziehungs-Matrix zeigt auf, wie die einzelnen Kategorien zueinander stehen, d. h., inwiefern sich die Codierungen zweier Kategorien überschneiden. Hier lassen sich ebenfalls Häufungen hervorheben, die in Beziehung zueinander zu stehen scheinen. Wie in Tabelle 9 und Abbildung 42¹²⁷ ersichtlich wird, sind dies für die vorliegende Untersuchung: Strategien und Demokratieverständnis (312), Selbstverständnis und Demokratieverständnis (242), Strategien und Instrumente (232), Instrumente und Demokratieverständnis (171), Strategien und Partner (165), Partner und Demokratieverständnis (155) sowie Instrumente und Partner (111). Dass diese Codierungen jeweils stark miteinander korrelieren, ist naheliegend, da es sich dabei v. a. um die allgemeinen Kategorien zur DF handelt.

Ergebnisse der qualitativen Inhaltsanalyse:

Jede der Stiftungen betont, dass sie ihre Strategien und Instrumente nach den Gegebenheiten und dem Bedarf vor Ort auswählt sowie passend zur Stiftungsidentität. Das bedeutet, dass die FES mit Gewerkschaften zusammenarbeitet, die FNF Freiheit in allen Facetten bearbeitet und die HBS die Themen Gleichberechtigung und Ökologie fokussiert. Alle Stiftungen fördern ihren Jahresberichten zufolge Journalismus, politischen Nachwuchs sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren. Nach eigenen Angaben arbeiten alle Stiftungen sowohl *bottom-up* als auch *top-down*. Es scheint keine saubere Trennung der Strategien zu geben. Die KAS sieht sich bspw. als NGO, die *top-down*-Ansätze

126 S. Tabelle 8 im Anhang.

127 S. Anhang.

um *bottom-up*-Strategien erweitern will (vgl. KAS-JB-2012: 49: 1127-50: 254; KAS-JB-2011: 41:1064-41:1162). Auch die RLS kooperiert sowohl mit Aktivistinnen und Aktivisten als auch mit Eliten (vgl. RLS-JB-2011: 32: 503-32: 1032; RLS-JB-2013: 35: 47-35: 1633). Abzuwarten bleibt, ob es Vorlieben oder Schwerpunkte in der Vorgehensweise gibt. Festgehalten werden kann jedoch, dass alle Stiftungen die Bürgerinnen und Bürger zur Mitwirkung an der Gesellschaft befähigen wollen, damit diese zu einer lebendigen Demokratie beitragen können. Als Partner wählen die Stiftungen generell Personen und Gruppen, die ihre Werte teilen. Reformorientierte Kräfte, NGOs, Parteien, Journalistinnen und Journalisten und Frauen sind bei allen Stiftungen Partner. Natürlich gibt es hierbei Schwerpunkte, wie die FES, die mit Gewerkschaften kooperiert.

Für ihr Selbstverständnis nennen die Stiftungen zum einen die Werte des jeweiligen Namensgebers und zum anderen das Verständnis von sich selbst als Denkfabrik für die nahestehende Partei und in gesellschaftlicher Hinsicht. Die FES versteht sich darüber hinaus als Teil der Sozialen Demokratie und der Gewerkschaftsbewegung. Die KAS sieht sich als Europa-Stiftung mit der Aufgabe, für nachfolgenden Generationen nachhaltige Politik zu gestalten. Die Kernbotschaften der FNF sind Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und soziale Marktwirtschaft. Die HSS will zur Völkerverständigung, zum Frieden und einer vertieften europäischen Integration beitragen. Die HBS sieht sich als Teil der grünen Strömung, die Demokratie, Menschenrechte, Gleichberechtigung und die Rettung des Ökosystems beinhaltet. Die RLS gehört zur demokratisch-sozialistischen Grundströmung, der auch die Mosaiklinke angehört. Diese will die Stiftung fördern und ihrer Fragmentierung entgegenwirken. Aus dem Selbstverständnis ergibt sich das Demokratieverständnis einer Stiftung. Das bedeutet für die FES die Soziale Demokratie, was (soziale) Gerechtigkeit, Solidarität, Freiheit und eine im Alltag gelebte Demokratie miteinschließt. Für die KAS bedarf es bei einer Demokratie politisch gebildeter Bürgerinnen und Bürger, rechtsstaatlicher Institutionen und etablierter Strukturen zur politischen Willensbildung sowie einer politischen Kultur aus Pluralismus und Partizipation. Hinzu kommen auch hier Werte wie Freiheit oder Toleranz. Freiheit spielt im Demokratieverständnis der FNF die zentrale Rolle. Daneben benennt sie, dass eine Demokratie die Beachtung von Menschen- und Bürgerrechten, Transparenz, Pluralismus, Toleranz, Rechtsstaatlichkeit und Gleichheit vor dem Gesetz benötigt. Der demokratische Staat muss nach Auffassung der HSS zunächst gute Regierungsführung, Stabilität, Rechenschaftspflicht gegenüber seinen Bürgerinnen und Bürgern und Möglichkeiten zur Partizipation als Voraussetzungen aufweisen. Konstitutiv für eine funktionierende Gesellschaft

ist hier der Einzelne, der bereit ist, Verantwortung für sich und andere zu übernehmen. Völlige Gleichberechtigung und Inklusion kennzeichnen das Demokratieverständnis der HBS, die eine lebendige, sich stets weiterentwickelnde Demokratie anstrebt, in der Transparenz, Ökologie und Gerechtigkeit herrschen. Die RLS verfolgt eine Demokratie, in der gerechte Umverteilung, sozialökologische Umgestaltung, umfassende Solidarität und demokratisches Umsteuern stattfinden. Zentral ist für die RLS, dass Gleichheit und Demokratie untrennbar verbunden sind. Interessanterweise betonen alle Stiftungen neben einem qualitativ hochwertigen Journalismus die Wichtigkeit der Zivilgesellschaft für eine funktionierende Demokratie.

Die Kategorienverteilungen der Dokumente zeigen, dass in den Jahresberichten der Stiftungen klare Trends auszumachen sind – so ist bei der HSS ‚Demokratieförderung‘ immer an erster, ‚Demokratieverständnis‘ immer an zweiter Stelle und ‚Entwicklungszusammenarbeit‘ tritt häufiger auf als bei anderen Stiftungen. Daraus könnte geschlossen werden, dass die HSS in ihren Berichten oft von konkreten Projekten berichtet oder dass ihr die praktische DF oder EZ wichtiger sind als theoretische Überlegungen dazu. Letzteres lässt sich in gewissem Ausmaß auch auf die KAS und die FNF ausdehnen. Bei den eher linken Stiftungen liegt hingegen ein stärkerer Fokus auf dem ‚Selbstverständnis‘. Diese Vermutung wurde durch die (Kreuz-)Tabellen bestätigt. Durch die Gruppierung der Stiftungen in eher linke und eher rechte Stiftungen wurde deutlich, dass die FES, HBS und RLS die übrigen Stiftungen nur im ‚Selbstverständnis‘ signifikant überholen. Die Dokumenten-Beziehungs-Matrix zeigt schließlich, dass das Demokratie- und Selbstverständnis sowie die Instrumente, Strategien und Partner für die DF der Stiftungen zusammenhängen.

Durch die Inhaltsanalyse konnte ein guter Überblick gewonnen und konnten erste Trends ausgemacht werden. Trotzdem sind die Möglichkeiten dieses Untersuchungsinstrumentes begrenzt. Es erlaubt bspw. nur die Feststellung, dass mehr oder weniger zu einer bestimmten Kategorie codiert wurde. Zum ‚Warum‘ erlaubt es nur Spekulationen, beantwortet die Frage aber nicht tatsächlich. Deshalb sind in der vorliegenden Untersuchung weitere Analyseebenen vorgesehen, bei der die Betroffenen als Experten ihrer alltäglichen Arbeit auftreten und die Fragen zum ‚Warum‘, zu Zusammenhängen und zu Unterschieden zwischen Theorie der Jahresberichte und praktischer DF beantworten können. Nachfolgend widmet sich die Untersuchung deshalb der schriftlichen Befragung der Büroleiter der parteinahen Stiftungen.

7.2 Schriftliche Befragung: Stiftungen können nicht allein die Welt verändern

Wie erläutert, wird explorativ und mittels Methoden-Triangulation geforscht, um die Erkenntnisse gegenseitig zu überprüfen und den Forschungsgegenstand nicht einseitig zu bearbeiten. Um die allgemeineren Informationen aus den Jahresberichten der Stiftungen konkreter zu machen und die Arbeit der Stiftungen in Indien zu fokussieren, bietet sich eine schriftliche Befragung der Büroleiter an. Die Informationen dienen außerdem der Vorbereitung der Experteninterviews.

Auswahl der zu Befragenden:

Da die Inhalte der Jahresberichte der Stiftungen und die Ergebnisse der Inhaltsanalyse mittels schriftlicher Befragung überprüft werden sollen, ist es naheliegend, die Leiter der Auslandsbüros der Stiftungen in Indien zu befragen. Diese sind alle aus Deutschland entsandte Fachkräfte, die in Neu-Delhi für ihre jeweilige Stiftung wirken. Dadurch ergibt sich eine Grundgesamtheit von sechs Personen. Mit allen Büroleitern wurde im November 2016 Kontakt aufgenommen. Um die zu Befragenden nicht gleich mit zwei Vorhaben – der schriftlichen Befragung und dem Experteninterview (s. Kapitel 7.3) – abzuschrecken, wurde zunächst wegen eines Experteninterviews angefragt. Nach erhaltener Zusage wurde der Fragebogen als Vorbereitung für dieses Interview verschickt. Dadurch sollte sichergestellt werden, dass tatsächlich die Büroleiter die Fragebogen ausfüllen. Der zu Befragende von der RLS füllte den Fragebogen aus Zeitmangel nicht aus und wollte über die Inhalte nur im Interview sprechen. Da sich der Büroleiter der HSS in Indien zur Zeit der Befragung und auf unbestimmte Zeit im Krankenstand befand, hat sich ein Mitarbeiter der Zentrale in München, der für Südasien zuständig ist, bereit erklärt, das angefragte Experteninterview zu übernehmen. Auch für ihn war der Zeitaufwand für die schriftliche Befragung zu groß. Es haben also vier von sechs Büroleitern an der Befragung teilgenommen. Eine Anonymisierung der Befragten ist im Hinblick auf die Ziele der Untersuchung, zu denen es gehört, die Unterschiede der einzelnen Stiftungen herauszuarbeiten, nicht sinnvoll. Es muss also immer noch erkennbar sein, welcher Stiftung der jeweilige Befragte angehört. Da es aber nicht um die Büroleiter als Privatpersonen, sondern als Stiftungsvertreter geht, bietet sich eine Pseudonymisierung an. Um das Verständnis zu erleichtern, werden für die Befragten jeweils der Stiftungsnamen oder die Initialen des Namensgebers der Stiftung gewählt. Der Vertreter der FES wird daher bspw. als Friedrich Ebert bzw. F. E. oder FES bezeichnet.

Erstellen des Fragebogens:

Im vorliegenden Projekt wurde eine elektronische Befragung gewählt, da die zu Befragenden in Neu-Delhi leben. Die Fragebogen sollten v. a. Einstellungen sowie einige statistische Daten erheben. Die Nachteile einer (elektronischen) Befragung mittels Bogen, wie höhere Ausfallquoten, asymmetrische Beantwortungsstrukturen, die unsichere Identität des Befragten und die Tatsache, dass sich der Befragte einen Überblick über den gesamten Fragebogen machen kann, bevor er antwortet, wurden bedacht. Eine asymmetrische Beantwortung spielt im vorliegenden Fall keine Rolle, da es sich bei den Befragten um eine homogene Gruppe handelt. Damit tatsächlich der zu Befragende den Fragebogen ausfüllt, wurde dieser als Vorbereitung auf das folgende Experteninterview deklariert, weshalb auch die Hoffnung bestand, dass die Rücklaufquote entsprechend hoch ausfällt. Der Überblick, den sich der Befragte über den Fragebogen machen kann, bevor er diesen beantwortet, wurde in Kauf genommen, um an die Informationen zu gelangen, die nur die Büroleiter liefern können.

Das Fragenprogramm des Bogens setzt sich aus zwei großen Teilen zusammen. Der erste Teil befasst sich mit den W-Fragen zur Arbeit in Indien, der zweite mit Demokratie(förderung) in der Praxis. Zum Schluss werden statistische Daten erhoben. Die Bearbeitungszeit beträgt 20 bis 30 Minuten. Nun wird das Fragenprogramm näher erläutert und begründet. Die Auswertung erfolgte mit Excel (vgl. u.a. Schnell / Hill / Esser 2005). Der *Pretest* wurde von drei Testpersonen durchgeführt, wobei der Fragebogen genau auf eventuelle Verständnisprobleme und andere Schwierigkeiten hin untersucht wurde¹²⁸.

Teil 1) Die W-Fragen zu Ihrer Arbeit in Indien: Im ersten Teil, der sich mit dem formalen Rahmen der Arbeit der Stiftungen in Indien beschäftigt, wird der Beginn des Engagements (Frage 1) erfragt. Daran anschließend wird abgefragt, wer die wichtigsten Kooperationspartner vor Ort sind (2). Hier sollen die Befragten die Partner-Arten (z. B. NGOs, Parteien, Journalistinnen und Journalisten) nach ihrer Bedeutung für ihre Arbeit *ranken*. Danach können sie weitere Gruppen benennen (3). Diese Fragen sind Teil des Fragebogens, da von der Bedeutung der Partner-Gruppen auf den demokratiefördernden Ansatz geschlossen werden kann. Im Anschluss an diese Frage beschäftigt sich der Bogen damit, wie Kontakte zu den Partnern zustande kommen und ob sowie welche Kriterien bei der Auswahl angewendet werden (4 und 5). Die nächste Frage beschäftigt sich mit den

¹²⁸ Der Fragebogen ist im Anhang ab Seite 294 einzusehen.

Instrumenten, die die Stiftungen verwenden (6). Aus den hier angekreuzten Antworten sollten die Befragten die drei wichtigsten Tätigkeitsformen *ranken* (7). Danach wurde der *top-down*- bzw. *bottom-up*-Ansatz mittels der Zielgruppe – eher zivilgesellschaftliche Akteure oder eher wirtschaftliche und politische Eliten – abgefragt (8 und 9). Darauf folgten Einstellungsfragen, die das Verständnis von DF (10), den Ansatz zur DF in Indien (11), die Wirkung der eigenen Arbeit in Indien (13) und die Grenzen dieser Arbeit (14) abfragen. Dazwischen wurde den Befragten die Auswahl im Ansatz zur DF zwischen *bottom-up*, *top-down* und ‚sowohl als auch‘ gegeben (12).

Teil 2) Demokratie(förderung) in der Praxis: Der zweite Teil begann mit zwei Analogskalen, die sich von Autokratie über formale Demokratie bis hin zur liberalen Demokratie erstrecken. Darauf sollte das politische System Indiens eingeordnet werden (15) und wohin sich das Land künftig entwickeln wird (16). Die größten Herausforderungen der DF in Indien (17), die Einschätzung der aktuellen politischen Situation des Landes (18) und die größten Probleme der indischen Demokratie (19) wurden danach abgefragt. In Frage 20 sollten die Büroleiter in Bezug auf die Fragen 10 und 11 erläutern, wo Anspruch und Wirklichkeit bei der DF in Indien an ihre Grenzen stoßen.

Angaben zum Büro: Frage 21 zielte auf die Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Büros. Darauf aufbauend sollten in Frage 22 die Personen, die davon aus Indien kommen, aufgeführt werden. Frage 23 wurde nur in den Bogen für FNF und RLS aufgenommen, da diese Frage nur auf diese Stiftungen zutrifft. Die Büros dieser Stiftungen sind Regionalbüros, die für mehr Länder als nur Indien zuständig sind – im Gegensatz zu den anderen Auslandsbüros. Hier wird gefragt, ob die Referenten der einzelnen Büros jeweils für ein Land oder für ein Thema in mehreren Ländern zuständig sind.

Analyse der Fragebogen:

Im ersten Teil geht es in der Einstiegsfrage um die Dauer des Engagements in Indien (1). Die KAS ist unter den Befragten am längsten in Indien vertreten (seit 1968). Die übrigen Stiftungen kamen in den 1980er und 90er Jahren nach und nach dazu.

Die Frage nach den wichtigsten Partnern (2) haben FNF und HBS anders verstanden als FES und KAS. F. N. und H. B. haben, wie von der Autorin beabsichtigt, allgemeine Gruppierungen genannt und diese *gerankt*. F. E. und K. A. listeten hingegen die spezifischen Partner auf – wobei K. A. betont, dass alle Partner gleich wichtig für die Stiftung seien.

F. N. nennt: NGOs, *Think Tanks*, Handelskammer und Akademikerinnen und Akademiker bzw. Universitäten. H. B. *rankt*: NGOs und soziale Bewegungen (schwer zu unterscheiden), thematische Spezialisten je nach Feld, *media persons*, Jugend, Schülerinnen und Schüler und Studierende sowie – eher selten – Politikerinnen und Politiker. Für F. E. sind die wichtigsten, spezifischen Partner *Consumer Unity and Trust Society* (CUTS International), SCRIA, *National Centre for Labour* (NCL), *Social Security Association of India*, ICRIER, *New Trade Union Initiative* (NTUI) und Organisationen der Hausangestellten (*domestic workers*). Dabei handelt es sich um NGOs, Gewerkschaften und Handelskammern. K. A. nennt: BJP, die Parteijugend der BJP (BJYM), *Chamber for Commerce and Industry Delhi*, *Madras Management Association*, *Statesman Print Journalism School*, *Confederation of Indian Industry* (Industrieverband), *Federation of Indian Chambers of Commerce and Industry* (Wirtschaftsverband) und *Centre of Study of Developing Societies* (*Think Tank*). Nur K. A. hat weitere (3) genannt. Die KAS ist die einzige Stiftung, die Partei(gliederungen) als wichtigste Partner angibt – und diese nehmen interessanterweise auch die ersten beiden Plätze ein.

Bei der Kontaktaufnahme (4) sprechen alle Stiftungen potenzielle Partner entweder selbst an, die ihnen tlw. von bestehenden Partnern oder Vertrauten empfohlen worden sind, oder die künftigen Partner kommen auf die Stiftungen zu. Hierbei zeigen sich keine Unterschiede zwischen den Stiftungen. Auch bei der Frage nach den Kriterien zur Partnerwahl (5) besteht große Einigkeit: Die FCRA-Lizenz wird von F. E. und F. N. genannt, die thematische Kompatibilität nennen alle Stiftungen; H. B. und K. A. weisen auf den jeweiligen Kontext hin; alle achten bei der Auswahl darauf, ob Partner die Vorhaben umsetzen können. Diese Frage war als Filterfrage angelegt, um ein Suggestiv zu vermeiden. Dies hat bei H. B. eine negative Reaktion hervorgerufen, da es zu einem umgekehrten Suggestiv geworden ist. H. B. hat die Frage so aufgefasst, dass die Stiftungen eventuell gar keine Kriterien bei der Partnerwahl anwenden könnten.

Die Ausgestaltung des Engagements in Indien mit den Alternativen – politische Beratung, Seminare / Schulungen / *Workshops*, Konferenzen / Fachtagungen / Foren, Stipendien, Bildungsreisen / Austauschprogramme, Vernetzung relevanter Akteure, Planspiele / Simulationen, Erstellen von Informationsmaterialien, Hintergrundgespräche, Finanzielles Fördern von Partnern, Verleihung von Preisen oder Sonstige, und zwar – zum Ankreuzen (6) hat unterschiedliche Antworten hervorgebracht. Politische Beratung praktizieren alle Stiftungen in Indien außer die FNF, die dies aber in anderen Ländern verfolgt. Konferen-

zen, Fachtagungen und Foren veranstalten alle und alle nutzen Bildungsreisen und Austauschprogramme. Nur die FES bedient sich Planspielen oder Simulationen. Die FNF tut dies in anderen Ländern auch. Hintergrundgespräche nutzt nur F. N. nicht, Preise verleiht hingegen nur die FNF. Seminare, Schulungen und *Workshops* nutzen alle Stiftungen. Stipendien vergeben die FES und KAS in Indien, die FNF betont, dass sie diese in Deutschland und an Ausländer vergibt. Relevante Akteure vernetzen alle Stiftungen. Informationsmaterialien erstellen alle bis auf die FNF und alle außer der FES fördern Partner in finanzieller Hinsicht. Lediglich die FES und die HBS haben weitere Kategorien genannt. Dies sind *seed communities* (FES) sowie Unterstützung für Forschungen in neuen Gebieten und *advocacy material* (HBS). Die drei wichtigsten unter diesen Tätigkeitsformen (7) haben die Büroleiter nach ihrer Bedeutsamkeit für ihre Arbeit gereiht. Konferenzen, Fachtagungen und Foren nehmen bei drei der vier Befragten (nämlich FNF, HBS und KAS) die wichtigste Position ein. Danach folgen für FNF und HBS Seminare und *Workshops*. Bei der KAS ist die Vernetzung relevanter Akteure das zweitwichtigste Instrument. An dritter Stelle stehen für die FNF Bildungsreisen und Austauschprogramme (wobei sie die Vernetzung relevanter Akteure noch als viertwichtigstes Instrument genannt hat). Die KAS nennt ebenfalls Bildungsreisen und Austauschprogramme und die HBS wählt Studien. Die FES hat sich bei der Einteilung nicht an die vorgegebenen Kategorien gehalten und nennt: *Transformative Change Making – Seed Communities*, *multistakeholder roundtables* und *capacity building* als wichtigste Instrumente.

Als nächstes wandte sich der Bogen den Zielgruppen (8) zu. F. E. und K. A. nennen eher politische und wirtschaftliche Eliten als wichtigere Zielgruppen, F. N. und H. B. konzentrieren sich eher auf zivilgesellschaftliche Akteure. Starke Schwankungen sind bei der Schätzung, wie viele (nicht)öffentliche Veranstaltungen die Stiftungsbüros mit wirtschaftlichen und politischen Eliten bzw. zivilgesellschaftlichen Akteuren pro Jahr durchführen (9), zu verzeichnen: Dies reicht bei den zivilgesellschaftlichen Akteuren von fünf Veranstaltungen bei der KAS über 20 bis 25 bei der HBS bis zu 60 bei der FES. Mit wirtschaftlichen und politischen Eliten unternimmt die KAS 10, die FES 40 Veranstaltungen. Offenbar gibt es in der Vorgehensweise also erhebliche Unterschiede. Bei FES und HBS ist eher ein zivilgesellschaftlicher, bei der KAS eher ein elitärer Ansatz erkennbar.

Auf die Frage, was die Büroleiter persönlich unter DF verstehen (10), sind sehr unterschiedliche Antworten eingegangen. F. E. meint: „Stärkung der Fähigkeiten gesellschaftlicher Akteure, sich gegen strukturelle Gewalt zur Wehr zu setzen, Fähigkeit, gesell-

schaftspolitische Prozesse inklusiv zu gestalten, politische Bildung, Diskurskompetenz.“ F. N. findet: „Institutionen (Douglas North, Daron Acemoglu): politische, gesellschaftliche, sozioökonomische Strukturen; diese sollten inklusive Institutionen sein, was transparent, responsiv, accountable, Partizipation, Pluralismus, Eigenverantwortlichkeit meint.“ H.B. definiert DF wie folgt: „I understand our role as a networking and dialogue agency around green issues that also happens to do project support. While all our activities take place having democratic processes and practices in mind, I do not view ourselves in the role of ‘democracy support’ in India as an explicit or primary goal; rather, I view democracy in India (with all its strengths and weaknesses) as the backdrop on which we pursue our work.“ K.A. betont: „Demokratieförderung ist eines unserer zentralen Anliegen, die anhand von politischer Bildung und der Vermittlung von Werten erfolgt. Das christliche Menschenbild sowie die Werte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität bilden dafür die Orientierungspunkte. Diese ist dabei dem Grundsatz ‚Keine Demokratie ohne Demokraten‘ verpflichtet. Ziel ist es, demokratische Eliten und stabile staatliche Strukturen nachhaltig zu etablieren. Die Arbeit erfolgt auf der Basis einer werteorientierten Partnerschaft gemeinsam mit Parteien, Parlamentariern, Organisationen der Zivilgesellschaft und den Medien.“ Insb. die Definitionen von H. B. und K. A. zeigen die Unterschiede des eigenen Wirkens: Wo DF für H. B. eine untergeordnete, hintergründige Rolle spielt, ist es für K. A. zentrales Ziel. Auch zwischen F. E. und F. N. sind sehr unterschiedliche, tlw. überraschende Antworten zu verzeichnen. F. N. hat ein institutionelles Verständnis von Demokratie und DF, wohingegen F. E. eher individuell und auf die Befähigung des Einzelnen bezogen denkt. Dennoch setzt F. E. in der DF auf der Meso-Ebene an (11): „zwischen den staatlichen Institutionen und den Grassroots“. F. N. befasst sich v. a. mit NGOs. H. B. legt einen Schwerpunkt auf Nordostindien, wo die Grenzen der indischen Demokratie in Bezug auf die Integration von Diversität deutlich werden. K. A. fördert den Austausch deutscher und indischer Politikerinnen und Politiker oder zwischen Akteuren der Judikative beider Länder, organisiert Weiterbildungsmöglichkeiten, Beratungen und Studien, fördert die Jugend, Medien und NGOs, indem Organisationen – wie Nachwuchsjournalistinnen und -journalisten oder Parteijugend – unterstützt werden. Auf die Frage, ob die Stiftungsbüros eher *bottom-up*, eher *top-down* oder sowohl als auch arbeiten (12), geben alle Büroleiter an, sowohl *bottom-up* als auch *top-down* vorzugehen – außer K. A., der erklärt, eher *top-down* zu arbeiten.

Auf die Frage, welche Wirkung die Arbeit der Stiftungen in Indien hat (13), ist F. E. der Ansicht, dass die FES mit ihrer Arbeit Diskurse beeinflussen und Kapazitäten stärken

kann – wobei ihre Wirkung kontextabhängig sei. Ähnlich sieht dies K. A.: Die KAS stärke die Demokratie durch „die Vermittlung demokratischer Werte, die Ermöglichung des Erfahrungsaustauschs, Förderung der Parteilugend, Stärkung der Medien durch Weiterbildung von Nachwuchsjournalistinnen und -journalisten. Wir leisten dementsprechend einen Beitrag, sowohl in personeller als auch institutioneller Form, zur Stärkung der Demokratie. Vor allem durch den Austausch zwischen Entscheidungsträgern können neue Sichtweisen zur Lösung von Problemen aufgezeigt werden.“ F. N. sieht die Wirkung der FNF u. a. bei der regionalen Integration und *Good Governance*. H. B. sagt: „We reach a good network of civil society actors (I include media, academics etc. in this, i.e. with a ‚wider‘ definition of civil society) and support their activities, and also their net working. We have been able to drive a number of themes and thematic areas forward (i.e. civil society engagement on India's role in the new ‚club‘ institutions of global governance such as BRICS or G20; or specific themes with relevance to women's rights). We are a well-recognized actor with regard to NE India.“ Als Grenzen der Stiftungsarbeit (14) nennt F. E. (wie bei 20) „Kaschmir, Nordosten und allgemein die tagespolitische Auseinandersetzung, sprich Parteiförderung, und zivilgesellschaftlicher Aktivismus“. F. N. nennt lediglich rote Linien und Parteien. H. B. ist neben FCRA-Grenzen der Ansicht: „We can't (and shouldn't) work on the grassroots level (we are too small, and it is not our job. We can't work with political parties (legally, and also for lack of green political party structures).“ Und K. A. nennt den Mangel an Mitteln und Kapazitäten sowie die Tatsache, dass eine Stiftung nur Angebote machen könne. „Inwieweit Angebote angenommen werden und auch ein Effekt erzielt wird, ist auch von den Rezipienten abhängig.“ Außerdem nennt er geografische Grenzen: „Darüber hinaus kann nur ein Teil sowohl der politischen Führungskräfte als auch der Gesellschaft bzw. zivilgesellschaftlicher Organisationen erreicht werden. Besonders in einem so großen und föderal aufgebauten Land wie Indien beschränken sich Maßnahmen daher nur auf ausgewählte Orte.“ Die Stiftungen scheinen zu wissen, dass sie thematisch, personell oder geografisch begrenzt wirken. Alle sehen ihre Aufgabe darin, einen Beitrag zur Stärkung der indischen Demokratie zu leisten.

Der zweite Teil zur Demokratie(förderung) in der Praxis beginnt mit den beiden Skalen – von Autokratie über formale hin zu liberaler Demokratie –, auf der die Büroleiter zunächst das politische System Indiens (15) und dann die prognostizierte Entwicklung des Landes (16) einordnen sollen. F. E. hat die aktuelle Lage nicht ausgefüllt. Alle anderen schätzen Indien als zwischen formaler und liberaler Demokratie ein (jeweils bei 6 oder 7, bei gezeihntem Kontinuum). K. A. erwartet eine liberalere Entwicklung, F. N. und H. B. erwart

ten hingegen autokratische Tendenzen. Die größten Herausforderungen für die DF in Indien (17) liegen laut F. E. im „Misstrauen gegen ausländische Förderer, NGO-Gesetze, Hindu-Nationalismus“. H. B. schlägt in eine ähnliche Kerbe. Für ihn sind zunehmende illiberale Tendenzen und die Gefahren der Identitätspolitik zentral. K. A. sieht DF v. a. durch staatliche Stellen und bürokratische Hindernisse beschränkt. Außerdem schreibt er: „Ein weiteres Problem bleibt, dass demokratiefördernde Maßnahmen meist nur im Zentrum, kaum in der Peripherie stattfinden. Die Erreichbarkeit von politischen Entscheidungsträgern und Strukturen aber auch der Zivilgesellschaft in der Fläche des Landes stellt wohl eine der größten Herausforderungen der Demokratieförderung derzeit und auch in Zukunft dar.“ F. N. benennt offenbar direkt Ansatzpunkte für die eigene Arbeit: „Rechtsstaatlichkeit und Justiz sowie digitale Bürgerrechte“.

Die aktuelle politische Situation Indiens in Bezug auf die Demokratie (18) schätzt F. N. als „okay“ ein. Indien sei ein Hort der Stabilität in der Region. H. B. nennt Ram Guhas „50:50 democracy“ und will dies im Experteninterview näher besprechen. Für F. E. ist Indien auf dem Wege einer tieferen Demokratisierung (z. B. Ende der Kastenpolitik). Gleichzeitig sieht er geschwächte Institutionen durch die „Machtmassierung der Regierung“ sowie „Legitimitätsdefizite in Folge systemischer Korruption“. K. A. betont, dass Indien als „eines der wenigen asiatischen Länder[] [...] sein demokratisches System seit seiner Gründung bewahren konnte“. Der *Slogan* ‚Einheit in Vielfalt‘ funktioniere weitgehend – ebenso wie das politische System. Die größten Probleme der indischen Demokratie (19) sind für F. E.: „Implementierung von Entscheidungen; schwache kommunale und regionale Governance; transaktionaler Politikstil“. K. A. nennt: „Korruption, Vetternwirtschaft, dadurch Vertrauensverlust in Teile der Eliten durch die Bevölkerung, Armut, auseinanderklaffende Schere zwischen Arm und Reich, Terrorismus, Separatismus, Entfremdung zwischen Stadt und Land“. Auf die Frage, wo Anspruch und Wirklichkeit in ihrer DF an Grenzen stoßen (20), hat F. N. gar nicht geantwortet. H. B. fand es zu kompliziert, um in einem Fragebogen kurz darauf zu antworten. K. A. stößt an keine Grenzen, „da wir uns aufgrund unserer jahrelangen Erfahrung im Bereich der internationalen Zusammenarbeit realistische Ziele setzen und diese in gemeinsamer Zusammenarbeit mit unseren Partnern umsetzen“. Allerdings nennt er dennoch Grenzen: „begrenzte Mittel und Kapazitäten, die Frage der Reichweite von Maßnahmen und die Annahme (sind Herausforderungen aller Länderprojekte der KAS)“. F. E. nennt thematische rote Linien: „Kaschmir, Nordosten und allgemein die tagespolitische Auseinandersetzung, sprich Parteiförderung, und zivilgesellschaftlicher Aktivismus“.

Bei den Angaben zum Büro schwanken die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (21) zwischen 9,5 Stellen (HBS) und 18 Personen (FES). Davon sind eine (HBS) bis drei (FES) Personen keine Inderinnen und Inder (22). Die Arbeitsverteilung im Regionalbüro (23) ist laut F. N. so, dass Referenten ein Thema in einem Land bearbeiten, im Gegensatz zu den vorgegebenen Kategorien.

Ergebnisse der schriftlichen Befragung:

Die schriftliche Befragung sollte dazu dienen, die vor der Untersuchung aufgestellten Hypothesen und die Erkenntnisse aus der Inhaltsanalyse der Jahresberichte der Stiftungen zu überprüfen. Dazu wurde versucht herauszuarbeiten, wie die Stiftungen in Indien vorgehen und mit welchen Partnern sie zusammenarbeiten. Dabei wurde insb. auf die Strategie – *bottom-up* oder *top-down* – abgezielt. Außerdem dient die Befragung der Vorbereitung für die Experteninterviews, weshalb die Büroleiter ihre Vorstellungen von Demokratie und DF verbalisieren und Probleme der indischen Demokratie und Grenzen ihrer eigenen Arbeit reflektieren sollten. Da vier von sechs Büroleitern – nämlich FES, FNF, HBS und KAS – teilgenommen haben, ist ein ausgewogener, aber kein vollständiger Blick möglich. Die geringe Zahl der zu Befragenden lässt keine verallgemeinernden Schlüsse zu, sondern erlaubt lediglich die Weiterentwicklung der bisher gewonnenen Ideen.

Es kann festgehalten werden, dass alle Stiftungen bei der Partnerwahl auf ideelle Gemeinsamkeiten achten. Sie bezeichnen dies aber unterschiedlich. Alle Stiftungen bedienen sich in Indien Seminaren, Schulungen und *Workshops* sowie dem Vernetzen relevanter Akteure und alle – bis auf die FNF – nutzen politische Beratung, Hintergrundgespräche und das Erstellen von Informationsmaterialien.

Tabelle 10): Maßnahmen-Matrix der Stiftungen in Indien

Maßnahmen	FES	FNF	HBS	KAS
Politische Beratung	X		X	X
Konferenzen / Fachtagungen / Foren	X	X	X	X
Bildungsreisen / Austauschprogramme	X	X	X	X
Planspiele / Simulationen	X			
Hintergrundgespräche	X		X	X
Verleihung von Preisen		X		
Seminare / Schulungen / Workshops	X	X	X	X
Stipendien	X			X
Vernetzung relevanter Akteure	X	X	X	X
Erstellen von Informationsmaterialien	X		X	X
Finanzielles Fördern von Partnern		X	X	X
Sonstige, und zwar	X		X	

(Eigene Darstellung)

Alle Stiftungen außer der KAS haben angegeben, sowohl *bottom-up* als auch *top-down* vorzugehen. K. A. hingegen hat für sich eher den *top-down*-Ansatz reklamiert. Und das wird bei der KAS für Indien im Antwortverhalten auch relativ deutlich. Es zeigt sich bereits bei der Partnerwahl, bei der K. A. als Einziger unter den Befragten eine Partei bzw. deren Gliederungen genannt hat. Des Weiteren sind mit Wirtschafts- und Industrieverbänden, *Think Tanks* und einer Journalistenschule auch hier vornehmlich *top-down*-Partner zu konstatieren. Bei der Frage nach den Zielgruppen erklärt K. A., dass sich sein Büro eher auf politische und wirtschaftliche Eliten konzentriert. Dies spiegelt sich in den Veranstaltungen der KAS wider. Darunter sind fünf mit eher zivilgesellschaftlichen Akteuren und zehn mit politischen und wirtschaftlichen Eliten. Für K. A. sind die wichtigsten Tätigkeitsformen Konferenzen, Fachtagungen und Foren, danach die Vernetzung relevanter Akteure und schließlich Bildungsreisen und Austauschprogramme. Dies passt ebenfalls in die *top-down*-Strategie.

Auch die HBS bestätigt mit ihrer Partnerwahl das vorher entworfene Bild: NGOs, soziale Bewegungen, Medienvertreterinnen und Medienvertreter, Schülerinnen und Schüler und Studierende. Eher selten hat H. B. Kontakt zu Politikerinnen und Politikern, was auch einem *bottom-up*-Ansatz entspricht. Passenderweise sind zivilgesellschaftliche Akteure für H. B. eher die Zielgruppe seiner Stiftung und die HBS scheint in Indien nur Veranstaltungen mit zivilgesellschaftlichen Akteuren durchzuführen. Für H. B. sind Konferenzen, Fachtagungen und Foren, dann Seminare, Schulungen und *Workshops* und schließlich das Erstellen bzw. Fördern von Studien die wichtigsten Instrumente.

Nicht so eindeutig war das Bild bei FES und FNF. Die FES hat in Indien solche Partnerorganisationen wie zu erwarten war: Gewerkschaften und NGOs. Hinzu kommt eine Handelskammer. Überraschenderweise benennt F. E. eher politische und wirtschaftliche Eliten als Zielgruppen. Bei den Veranstaltungen unternimmt die FES in Indien aber 60 mit zivilgesellschaftlichen Akteuren und 40 mit politischen und wirtschaftlichen Eliten, was F. E.s Aussage zur größeren Importanz der politischen und wirtschaftlichen Eliten zumindest in quantitativer Hinsicht widerspricht. Unter den wichtigsten Maßnahmen, die die Stiftung verwendet, hat F. E. nicht mit den vorgegebenen Kategorien gearbeitet, sondern *transformative change making* und *seed communities*, *multistakeholder roundtables* und *capacity building* genannt. Bei diesen Instrumenten ist kein Hang zu *bottom-up* oder *top-down* erkennbar. Die FNF benennt NGOs, *Think Tanks*, eine Handelskammer sowie Akademikerinnen und Akademiker bzw. Universitäten und bewegt sich mit ihrer Partnerwahl

zwischen den beiden großen DF-Strategien, wobei ein leichter Trend zu *top-down* erkennbar ist. Auf die Frage nach der Zielgruppe benennt F. N. hingegen eher zivilgesellschaftliche Akteure. Die durchgeführten Veranstaltungen musste F. N. nachreichen. Doch auch hier ist eine Präferenz für zivilgesellschaftliche Akteure erkennbar: F. N. verzeichnete für das Jahr 2017 insgesamt 87 Veranstaltungen, davon zehn mit Wirtschaftsverbänden und 77 mit zivilgesellschaftlichen Organisationen. Politische Beratung und Hintergrundgespräche nutzt die FNF als Einzige unter den Stiftungen in Indien nicht. Als wichtigste Instrumente benennt F. N. Konferenzen, Fachtagungen und Foren, dann Seminare, Schulungen und *Workshops*, anschließend Bildungsreisen und Austauschprogramme und er fügt viertens die Vernetzung relevanter Akteure hinzu. Es zeigt sich bei den Büroleitern, dass tlw. recht differente Vorstellungen davon vorherrschen, welche Akteure zu zivilgesellschaftlichen bzw. zu politischen und wirtschaftlichen Eliten oder Partnern zählen und was als *top-down* oder *bottom-up* anzusehen ist.

Was die Vorstellungen zu DF und zur eigenen Rolle anbelangt, sind sehr unterschiedliche Vorstellungen zu verzeichnen. Für H. B. spielt DF eine hintergründige Rolle, wohingegen es für K. A. ein zentrales Anliegen ist. F. N. demonstriert ein sehr institutionelles Verständnis von Demokratie und DF und F. E. eine sehr individualistische Auffassung. Trotzdem setzt F. E. in der DF auf der Mesoebene an. Alle gehen davon aus, dass ihre Arbeit nur beeinflussen kann und gewissen in- und exhärenten Grenzen unterliegt. Als Grenzen werden organisatorische, wie die FCRA-Lizenz und Kapital-Mängel, ebenso wie thematische, bspw. Kaschmir, und geografische, z. B. die Begrenzung auf Städte, angeführt. H. B. erklärt sehr deutlich, dass die Stiftungen – bzw. die HBS – nicht am *Grassroots*-Level arbeiten können und dies auch gar nicht sollten, da sie zu klein seien und dies auch nicht ihre Aufgabe sei. K. A. betont, dass die Stiftungen nur Angebote machen können. Inwiefern diese tatsächlich angenommen werden, hänge auch von den Rezipienten ab. Insgesamt sehen die Büroleiter ihre Rolle darin, zur Stärkung der indischen Demokratie beizutragen. Eine der größten Herausforderungen bleibe die Größe des Landes und damit einhergehend auseinanderklaffende Scheren bei Arm und Reich sowie bei Stadt und Land. Auch die Korruption und der daraus folgende Legimitätsverlust der staatlichen Institutionen werden von den Büroleitern angeführt.

7.3 Experteninterviews: Selbstreflektion? Fehlanzeige.

Die Ergebnisse der bisherigen Analyseebenen werden nun mithilfe von mündlichen, telefonisch durchgeführten Experteninterviews vertieft und kontextualisiert. Experteninterviews werden eingesetzt, um verbale Daten von Expertinnen und Experten zu gewinnen. Die vorliegende Studie verwendet einen wissenssoziologischen Expertenbegriff, d. h., der Experte oder die Expertin zeichnet sich durch spezifisches Wissen aus.

Auswahl der zu befragenden Experten:

Ein Experte oder eine Expertin ist jemand, der oder die Verantwortung trägt oder über einen bestimmten Zugang zu Informationen verfügt. Die zu befragenden Expertinnen und Experten können in zwei Gruppen aufgeteilt werden: diejenigen mit Betriebs- und diejenigen mit Kontextwissen (vgl. Meuser / Nagel 2011: 58). Die Büroleiter der parteinahen Stiftungen sind aus der zweiten oder dritten Ebene dieser Organisationen, da sie nicht zur Führungsebene gehören, aber direkt darunter rangieren (vgl. Mayer 2006: 40f). Sie sind näher an der indischen DF dran als ihre Kollegen in Deutschland und verfügen über Betriebswissen. Die Politikwissenschaftler betten dieses in ihr breiteres Kontextwissen ein. Die Büroleiter werden wie bei der schriftlichen Befragung in Kapitel 7.2 pseudonymisiert (vgl. Knoblauch 2011: 160). Bei den Politikwissenschaftlern ist das nicht notwendig. Unter den Wissenschaftlern wurden verschiedene Inderinnen und Inder angefragt, von denen zwei zugesagt haben. Dies waren Professor Ashok Acharya¹²⁹ von der *University of Delhi* und Associate Professor Sarbeswar Sahoo¹³⁰ vom *Indian Institute of Technology Delhi*. Eigentlich war vorgesehen, die Interviews vor Ort in Indien durchzuführen¹³¹. Nachdem allerdings der erste Kontakt zu den Büroleitern der Stiftungen hergestellt war, stellte sich heraus, dass dies terminlich nicht möglich sein würde. Die Büroleiter legten die Interviews spontan fest, wenn sie gerade Zeit hatten. Das erste Interview wurde im November 2016 und das letzte Gespräch im Oktober 2017 geführt.

129 Forschungsgebiete laut Universitätshomepage: Political Theory – Contemporary & Comparative; Political Thought – Western & Indian; Ethics and Politics.

130 Forschungsgebiete laut Universitätshomepage: Postcolonial State, Civil Society and Democratization, Sociology of Religion and Violence und Neo-liberal Globalization.

131 Um einen Einblick vor Ort zu erhalten, war die Autorin dennoch in Indien. Es ist klar, dass ein so komplexes Land wie Indien nicht durch einen kurzen Aufenthalt vollkommen begriffen und erfasst werden kann. Aber ein Einblick erschien für das eigene Verständnis notwendig.

Erstellen des Leitfadens:

Leitfaden für Büroleiter:

Einstiegsfragen: Im ersten Teil werden einige generelle Fragen zum Aufwärmen gestellt (Fragen 1 bis 4). Es wird bspw. gefragt, warum die parteinahen Stiftungen überhaupt Demokratie in anderen Ländern fördern (1), was sie sich davon erwarten (2), ob die offizielle deutsche Außenpolitik etwas von ihnen erwartet (3) und ob diese Erwartung kompatibel mit dem ist, was die Stiftungen tatsächlich tun (4).

Hypothese 1: Bei den parteinahen Stiftungen herrscht ein Demokratieverständnis vor, das nicht automatisch und ohne Weiteres in jedem Land auf die gleiche Weise nutz- und anwendbar ist.

Danach wendet sich der Leitfaden dem Demokratieverständnis innerhalb der Stiftungen zu (5 bis 14). Zunächst wird danach gefragt, was der Büroleiter unter Demokratie versteht (5), dann ob reflektiert wird, dass sich das Demokratieverständnis unter den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unterscheiden kann (6). Es wird gefragt, ob es zu Reibungen zwischen dem Demokratieverständnis der Angestellten und demjenigen der Bevölkerung vor Ort kommt (7) und ob mit Partnern darüber diskutiert wird, was Demokratie bedeutet (8). Anschließend wird thematisiert, ob es passieren kann, dass das Demokratieverständnis einer Stiftung nicht zu einem Zielland passt (9) und ob dies z. B. vor einer Büroeröffnung reflektiert wird (10). Ob sich daraus unterschiedliche Ansätze zur DF je nach Zielland ergeben (11) folgt darauf. Inwiefern das Demokratieverständnis des Büroleiters die Maßnahmen vor Ort beeinflusst (12) und was er persönlich unter DF versteht (13), wird anschließend gefragt, bevor dieser Teil mit der Frage endet, wo das jeweilige Büro genau ansetzt, um die Demokratie in Indien zu befördern (14).

Hypothese 2: Die EDF von parteinahen Stiftungen läuft nach einem Muster ab, das zu wenig auf kulturelle und soziale Besonderheiten – wie das Kastensystem in Indien – ausgerichtet ist.

Tlw. wurden einige Aspekte, die zu dieser Hypothese gehören, bereits im vorangehenden Teil abgefragt. Hier wurde aber noch einmal konkretisiert, ob die DF der Stiftung in allen Ländern nach einem Muster abläuft oder ob es Unterschiede gibt und wenn dem so ist, worin die Unterschiede liegen (15). Danach wird noch auf kulturelle oder soziale Besonderheiten, wie das Kastensystem in Indien, abgezielt (16).

Hypothese 3: Es gibt zwei Grundstrategien zur EDF unter den parteinahen Stiftungen: zum einen die *top-down*-Strategie, die an der Förderung von Eliten ansetzt; zum anderen die *bottom-up*-Strategie, die sich auf die Förderung der Bevölkerung fokussiert. Die KAS, HSS und FNF legen einen größeren Wert auf *top-down*-Strategien und die FES, HBS und RLS favorisieren *bottom-up*-Ansätze.

In Frage 17 wird den Experten die Unterscheidung in *top-down* und *bottom-up* zur Auswahl vorgelegt – oder die dritte Alternative, dass beide Strategien angewendet werden. Anschließend wird nach dem Grund für die jeweilige Strategie gefragt (18). Danach sollen die wichtigsten Kooperationspartner (19) und die wichtigsten Tätigkeitsformen im Engagement vor Ort (20) benannt werden. In Frage 21 wird ein Ergebnis aus der Inhaltsanalyse aufgegriffen, wenn gefragt wird, ob es unterschiedliche Herangehensweisen zwischen eher linken und eher rechten Stiftungen gibt. Dies wird anschließend konkretisiert, indem vermutet wird, dass FES, HBS und RLS eine Präferenz für *bottom-up*-Ansätze und KAS, FNF und HSS eine Vorliebe für *top-down*-Ansätze haben (22). Eine weitere Vermutung aus der Inhaltsanalyse, dass sich linke Stiftungen eher mit sich selbst beschäftigen als die eher rechten Stiftungen, beendet diesen Abschnitt (23).

Hypothese 4: Es herrschen unterschiedliche Demokratievorstellungen innerhalb der indischen Gesellschaft und bei den Demokratieförderern vor, was zu Konflikten führen kann.

Die differenten Demokratievorstellungen werden im letzten Block thematisiert. Dazu wird zunächst gefragt, welche Vorstellungen von Demokratie der Büroleiter in Indien ausmachen kann (24) und danach, ob es zu Differenzen zwischen der Demokratievorstellung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und derjenigen der Partner oder Zielpersonen kommt (25). Nach den größten Herausforderungen in der DF in Indien (26), der Einschätzung der aktuellen politischen Situation Indiens (27) und der größten Probleme der indischen Demokratie (28) wird anschließend gefragt. Abschließend werden die Grenzen von Anspruch und Wirklichkeit der DF (29), die Wirkung (30) und die Grenzen der Arbeit in Indien (31) thematisiert. Zum Ende der Interviews wurde den Experten die Möglichkeit gegeben, etwas anzusprechen, was nicht thematisiert wurde¹³².

132 Die Leitfäden sind im Anhang ab Seite 303 einzusehen.

Leitfaden für Politikwissenschaftler:

Die Einstiegsfragen sind in diesem Leitfaden wie im Leitfaden für Büroleiter (1 bis 4). Unter der ersten Hypothese wird auch hier danach gefragt, was Demokratie für den Experten bedeutet (5). Welche verschiedenen Demokratievorstellungen es in Indien gibt, schließt sich dem an (6), wobei nachgehakt wird, ob und wie diese von Demokratievorstellungen in anderen Ländern abweichen. Über die Möglichkeit, dass das Demokratieverständnis einer Stiftung nicht zu einem Zielland passt, sollen die Befragten anschließend reflektieren (7), bevor ihre Definition von DF abgefragt wird (8). Falls die Experten Kontakt zu Stiftungen hatten, werden sie gefragt, ob es je eine Situation gab, in der sie dachten, dass die Stiftungsideen in Indien nicht funktionieren können oder dass die Stiftung die Umstände des Landes nicht vollkommen erfasst hat (9). In eine ähnliche Kerbe schlägt Frage 10, die die zweite Hypothese aufgreift und nach den kulturellen oder sozialen Besonderheiten Indiens – wie das Kastensystem – in der DF der Stiftungen fragt. Danach wendet sich das Interview mit den Fragen nach den observierten Strategien bei den Stiftungen – *bottom-up*, *top-down* oder beides (11) – und welche dieser Ansätze in Indien nach Ansicht des Experten am passendsten ist der dritten Hypothese zu. Auch hier werden die Ergebnisse der qualitativen Inhaltsanalyse mit den Fragen aufgegriffen, ob es bei den eher linken Stiftungen eine Präferenz zu *bottom-up*-Ansätzen und bei eher rechten Stiftungen einen Trend zu *top-down*-Strategien gibt (13) und ob sich eine der beiden Gruppen verstärkt mit ihrem Selbstbild befasst und wenn dem so ist, welche Gruppe und aus welchem Grund (14). Die vierte Hypothese wird mit den letzten vier Fragen thematisiert. Es geht um die größten Herausforderungen für die DF in Indien (15), die Situation Indiens in Bezug auf die Demokratie (16), die größten Probleme der indischen Demokratie (17) und die Grenzen von Anspruch und Wirklichkeit der DF in Indien (18). Auch hier können die Befragten zum Ende des Interviews wichtige Aspekte anführen, auf die das Interview ihrer Ansicht nach nicht oder zu wenig eingegangen ist.

Vorgehen vor, während und nach der Feldphase: Nachdem der Leitfaden erstellt und eine Auswahl für die zu befragenden Experten getroffen war, wurde Kontakt zu den Experten aufgenommen. Allen in Frage kommenden Experten wurden schriftliche Anfragen per E-Mail geschickt. Nach erhaltener Zusage wurde ein Telefontermin vereinbart und die schriftliche Befragung (s. Kapitel 7.2) als Vorbereitung für das Interview vorgenommen. Durchgeführt wurden die Interviews mittels Skype und aufgezeichnet mit dem MP3 Skype Recorder. Nach Abschluss der Interviews erfolgte deren Transkription und die Bearbeitung der Ergebnisse mit der Software MAXQDA.

Analyse der Interviews:

Die Phase der Experteninterviews hat sich über beinahe 14 Monate erstreckt, was verdeutlicht, wie schwierig es war, einige der Experten dazu zu bewegen, an der Befragung teilzunehmen. Mit den Büroleitern waren die Gespräche alle interessant, aber sie waren bei Weitem nicht gleich. K. A. war zum Zeitpunkt der Befragung als neuer Büroleiter noch nicht lange in Indien, was die inhaltliche Befragung etwas erschwert hat. Allerdings haben durch seine mangelnde Erfahrung Statusunterschiede keine spürbare Rolle gespielt. H. S. ist in Deutschland zuständig für Südasien und ist eingesprungen, da sich der Büroleiter in Indien auf unbestimmte Zeit im Krankenstand befand. Er hat beim Gespräch einen sehr gestressten Eindruck gemacht, hatte eine Kollegin dabei, die mitgehört hat, und hat darum gebeten, den Text anschließend noch einmal zu sehen. Trotzdem war das Gespräch mit ihm interessant. H. B. hat zwei oder drei Mal nachgefragt, ob gewisse Fachbegriffe bekannt sind, sonst war die Situation des Interviews unauffällig. Er wollte wörtliche Zitate auch noch einmal vorgelegt bekommen¹³³. Für F. E. hingegen war alles veraltet, was die anderen Büroleiter in ihren Interviews als gängige Praxis bezeichnet haben. Bei ihm scheinen die Statusunterschiede am ehesten eine Rolle gespielt zu haben. R. L. war nicht ganz so gesprächig wie die übrigen Büroleiter. Das Gespräch mit F. N. war sehr konstruktiv. Die politische Ausrichtung der Büroleiter ist durch die Stiftungen als Tendenzbetriebe jeweils nahe der der Stiftung nahestehenden Partei zu erwarten. Die Interviews mit den beiden indischen Politikwissenschaftlern waren beide sehr fruchtbar für die Untersuchung. Acharya betonte im Gespräch, dass er bzgl. Stiftungen nur über ein begrenztes Wissen verfüge, doch zur indischen Demokratie konnte er viel sagen. Das Gespräch mit Sahoo war sehr spannend. Alle Befragte waren Männer.

Auswertung:

Indien (inkl. Engagement und Einordnung): Dass Indien aus Sicht der Befragten ihr Land als Demokratie (vgl. Interview FNF 2017: 59) und als größte Demokratie der Welt sehen (vgl. Interview HBS 2016: 32; Interview HSS 2017: 54; Interview KAS 2017: 27), wurde in den Interviews schnell deutlich. Darüber hinaus schätzen die Experten Indien und seine Demokratie unterschiedlich ein. H. B. ist der Ansicht, dass die demokratischen Institutionen in Indien funktionieren, aber er sieht durchaus Funktions-

¹³³ Beiden wurden ihre direkten Zitate am 6. April 2018 zugesandt.

probleme und Defizite (vgl. Interview HBS 2016: 14). Die Grundprinzipien der Demokratie, v. a. Wahlen, sind laut K. A. verinnerlicht (vgl. Interview KAS 2017: 27). Für F. N. ist Indien trotz aller Defizite ein „Hort der Stabilität“ (Interview FNF 2017: 105), aber das gesamte Justiz- und Polizeisystem sei kaputt (vgl. ebd.: 65). Im Gegensatz dazu formuliert H. S., Indien habe eine „größtenteils funktionierende Justiz“ (Interview HSS 2017: 58) und „die Demokratie in Indien ist stabil“ (ebd.). R. L. erklärt, dass die indische Demokratie *de facto* alle Mindeststandards, wie Wahlen, Meinungsfreiheit, politische Teilhabe oder eine unabhängige Justiz, erfülle (vgl. Interview RLS 2016: 55). Aber er ist auch der Ansicht, dass schon viel gewonnen wäre, wenn Indien als formale Demokratie bezeichnet werden könnte. Lediglich bestimmte Bereiche, wie urbane, gebildete Schichten, seien liberal (vgl. ebd.: 57). Um von einer richtigen liberalen Demokratie zu sprechen, bedarf es laut R. L. aber einer Bevölkerung, die die Demokratie auch aktiv mitbetreibe. Das sei noch nicht der Fall (vgl. ebd.: 61). F. E. fasst diese differenten Einschätzungen zusammen: „Wir sprechen über Indien, das heißt, es gibt immer alles. Es ist wahrscheinlich die heterogenste Gesellschaft der Welt. Das heißt, es gibt wahrscheinlich kein pluralistischeres Gemeinwesen als Indien“ (Interview FES 2017: 52).

In Bezug auf Herausforderungen und Probleme der indischen Demokratie benennen die Experten einige gleiche Aspekte, haben aber offensichtlich andere Schwerpunkte in ihrer Betrachtungsweise. H. B. sieht Minoritäten und die Offenheit der indischen Gesellschaft durch eine zunehmende Illiberalität gefährdet (vgl. Interview HBS 2016: 60). Kleiner werdende Handlungsspielräume für die Stiftungen ist für R. L. ein Hauptproblem (vgl. Interview RLS 2016: 73). Das größte Problem der Demokratie sei, dass indischen Politikerinnen und Politikern „jeglicher Sinn für Gemeinwohl“ (ebd.: 77) fehle. F. N. ist der Ansicht, dass es vielen armen Menschen in ländlichen Regionen egal sei, ob die Regierung in Neu-Delhi demokratisch oder autoritär ist, da es ihr Leben schlicht nicht tangiere (vgl. Interview FNF 2017: 61). Das kommunalistische Denken ist F. N. zufolge stark ausgeprägt und derartige Ausschreitungen dienen als Mobilisierungsinstrument (vgl. ebd.: 63). Wird ein *Dalit* verprügelt, gehe es darum, „ihm mal zu zeigen, wo er hingehört“ (ebd.), also ein „in-die-Schranken-weisen“ (ebd.). F. N. gibt allerdings zu bedenken, dass die Büroleiter der Stiftungen sich in einer Filterblase bewegen: Als Expertinnen und Experten, die in Neu-Delhi wohnen und mit Akademikerinnen und Akademikern und gebildeten Leuten zu tun haben, falle es schwer, das Leben im Dorf nachzuvollziehen (vgl. ebd.: 105). Die alltägliche Korruption benennt er außerdem (vgl. ebd.: 107). Für K. A. sind die Größe des Landes bzw. die große Bevölkerungszahl und die verbreitete Korruption und

Vetternwirtschaft die größten Herausforderungen (vgl. Interview KAS 2017: 55). H. S. macht am Beispiel der Situation der Frauen oder des Kastensystems deutlich, dass das „was auf dem Papier oft steht, manchmal mit der Realität nicht immer so kompatibel ist“ (Interview HSS 2017: 54). Die Unterscheidung in elektorale und liberale Demokratien schätzt er als europäisches Konstrukt ein und sinniert darüber, ob das auf asiatische Länder überhaupt zutreffen kann. Aber schließlich ordnet er Indien als elektoral und „nicht ganz so liberal“ (ebd.: 60) ein.

Laut Acharya herrschen unterschiedliche Vorstellungen von Demokratie in Indien vor (vgl. Interview Acharya 2016: 33), aber er betont, dass es auch ein spezifisch indisches Verständnis von Demokratie gebe, das zu den Erfahrungen der Inderinnen und Inder passe und von ihrem Ethos und ihren Traditionen geprägt sei (vgl. ebd.: 37). Die indische Säkularität meine bspw. nicht die rigide Trennung von Staat und Religion, vielmehr war und ist der indische Staat Acharya zufolge ständig im Kontakt mit der Religion (vgl. ebd.: 39). Er ist der Ansicht, dass DF bzgl. der Institutionen in Indien nicht länger notwendig sei, da sich Indien seit geraumer Zeit als Demokratie etabliert habe und mittlerweile als liberale Demokratie gelten könne. Er sieht einen möglichen Fokus für die Stiftungen in der stärkeren Konsolidierung der indischen Demokratie (vgl. Interview Acharya 2016: 70, 75, 79). Acharya hält Ungleichheit für das größte Problem Indiens – sowohl in Bezug auf Einkommen als auch auf Kasten und Status (vgl. ebd.: 73).

Wenn Demokratie in prozeduraler Sicht gesehen wird – als freie und faire Wahlen, ein Funktionieren der Regierung und friedliche Machttransfers von einer zur anderen Partei – dann ist Indien für Sahoo einer der erfolgreichsten Fälle von Demokratisierung. Er fügt an, dass der indische Staat seine Versprechen in anderen Bereichen nicht halten konnte – bspw. bei Armut und Analphabetismus (vgl. Interview Sahoo 2017: 30-31). Dennoch könne Indien Erfolge vorweisen: Die Armen und Analphabeten seien diejenigen, die von ihrem Wahlrecht am häufigsten Gebrauch machen, weshalb die Inderinnen und Inder für Sahoo Demokratie internalisiert haben (vgl. ebd.: 35, 37). Neben dem Analphabetismus und der Armut seien Intoleranz und Konflikte zwischen religiösen und ethnischen Gruppen sowie die Diskriminierung durch staatliche Institutionen aufgrund von Religion, Kaste oder Ethnie die größten Herausforderungen für die indische Demokratie (vgl. ebd.: 47-48). Größte Herausforderung für die Stiftungen ist laut Sahoo, Indien zu verstehen, da das Land so divers sei, und kontextsensitiv zu agieren (vgl. ebd.: 50).

Entwicklungszusammenarbeit: Dass DF und EZ ineinanderfließen und typische Entwicklungsarbeit, „vielleicht auch ein Stück weit Demokratieförderung“ (Interview RLS 2016: 21) ist, klang bei allen Interviews an. Wer Armut bekämpft, fördert laut R. L. Teilhabe; wer Seminare zu gewissen Themen unterstütze, fördere Meinungsvielfalt (vgl. ebd.).

Verschränkung mit deutscher Politik: Die Verschränkungen mit Deutschland lassen sich auf vielfältige Weise betrachten. Ein zentraler Aspekt sind die Finanzen. Auf die Frage, warum die Stiftungen überhaupt Demokratie im Ausland fördern, erklärte R. L.: „Ich habe mich jetzt nicht mit der Geschichte politischer Stiftungen und ihrer Auslandsarbeit beschäftigt, aber es ist ja wohl ein bisschen systemimmanent, dass man die BMZ-Mittel einfach nur im Ausland ausgeben muss und halt versuche, Vernünftiges damit zu tun, nicht?“ (ebd.: 19) H. S. sieht in der Auslandstätigkeit der Stiftungen die Erweiterung des Inlandsauftrages durch den Bundestag, nämlich politische Bildung zu betreiben (vgl. Interview HSS 2017: 18). Hinzu komme der Aufbau von Rechtsstaatlichkeit, die Förderung bilateraler Beziehungen zwischen einzelnen Ländern und Deutschland und die DF (vgl. ebd.: 28) bzw. die Stärkung demokratischer Partner für die Bundesrepublik (vgl. ebd.: 62). K. A. sieht die Stiftungen als „Teil des Außenpolitik-Systems der Bundesrepublik [...], sonst würden wir ja auch nicht gefördert werden. Das ist ja logisch. Das ist ja kein Geheimnis und auch nichts Fehlerhaftes“ (Interview KAS 2017: 33). In Richtung Deutschland leisten die Stiftungen laut R. L. Übersetzungsarbeit, da sie einen anderen Einblick in das Land und aktuelle Debatten haben (vgl. Interview RLS 2016: 53).

In organisatorischer Hinsicht müssen die Stiftungen potenzielle Partner bei den deutschen Behörden melden, die diese als unbedenklich einstufen müssen. Erst dann ist laut R. L. eine Kooperation zwischen Stiftung und Partner möglich (vgl. ebd.: 83). F. N. moniert, dass die deutsche Bürokratie dafür zu lange benötige (vgl. Interview FNF 2017: 21). Eine Beschneidung der Stiftungsarbeit durch deutsche Behörden bestreiten alle Büroleiter vehement. Die maßgebende Richtlinie der Projekt- und Partnerprüfung sei, dass das Kerninteresse der Bundesrepublik gewahrt bleibe (vgl. Interview FES 2017: 58; Interview KAS 2017: 17, 19). Die Kontakte, die die Stiftungen langfristig und vertrauensvoll auf einer eher inoffiziellen Ebene aufbauen, nutzen die Botschaften auch gerne (vgl. Interview RLS 2016: 83). Unter den Stiftungen und der jeweiligen Botschaft gibt es laut F. E. alle zwei oder drei Monate Abstimmungstreffen sowie gesellschaftliche Begegnungen (vgl. Interview FES 2017: 60).

Organisation: R. L. berichtet, dass es derzeit noch kein Leitbild für die Büros gebe, aber dass der neue Auslandsleiter seiner Stiftung einen Strategiebildungsprozess vorantreibe, wie sich die RLS international entwickeln solle. Die Büros an sich seien frei, das Leitbild soll Themenlinien vorgeben, an denen sich die Büros orientieren sollten (vgl. ebd.: 51). Auch die FNF befasst sich als Stiftung gerade mit ihrer Auslandsstrategie. Laut F. N. werde diese derzeit überarbeitet (vgl. Interview FNF 2017: 31). Allerdings könne es ihm zufolge kein Schema F geben, da Stiftungen unter unterschiedlichen Bedingungen – Entwicklungs- oder Industrieland, Demokratie oder Autokratie, etc. – völlig anders arbeiten müssten (vgl. ebd.: 41, 43). Das Verständnis, wie politische Transformationsprozesse funktionieren und welche Akteure relevant sind, unterscheidet sich laut F. E. tatsächlich von Stiftung zu Stiftung. Nach diesem Verständnis bzw. danach, wohin ein Akteur aufgrund seines Weltbildes seinen Blick richtet, suchen sich die Stiftungen ihre Partner aus. Die konservativen Stiftungen sind F. E. zufolge im Bereich Rechtsstaat stark vertreten, die HBS präferiert *Grassroots*-Aktivitäten und die RLS Gewerkschaftsarbeit. Dadurch herrsche in gewisser Weise eine nicht-abgesprochene Arbeitsteilung, bei der hin und wieder trotzdem Überschneidungen möglich seien (vgl. Interview FES 2017: 62). Außerdem gibt es eine organisatorische Unterscheidung zwischen den einzelnen Büros: Die RLS und die FNF sind *Liaison Offices*, alle anderen sind *Branche Offices*. Erstere dürfen im Gegensatz zu Letzteren nur Aktivitäten mit Partnern gemeinsam und nichts allein durchführen (vgl. Interview FNF 2017: 45). Für die Arbeit der Stiftungen ist die FCRA-Registrierung notwendig. Dadurch kontrolliert die indische Regierung die internationale Finanzierung (vgl. Interview HBS 2016: 58) und trifft eine Vorauswahl, welche Partner für die Stiftungen überhaupt in Frage kommen (vgl. Interview HSS 2017: 56).

Demokratieförderung: Für H. B. zählt vieles der Arbeit der Stiftungen zur DF, allerdings „im allerweitesten Sinne“ (Interview HBS 2016: 12). Im Vergleich dazu spiele ein engeres Verständnis von DF in der Arbeit der HBS eine geringere Rolle (vgl. ebd.), was u. a. daran liege, dass die demokratischen Institutionen in Indien trotz Defiziten funktionieren (vgl. ebd.: 14). Auch R. L. und F. E. reklamieren für ihre jeweiligen Stiftungen ein eher weites Verständnis von DF (vgl. Interview RLS 2016: 21, 23; Interview FES 2017: 30). Für F. E. ist Demokratie kein Endzweck, sondern sie sei die beste Verfassungsform, um Transformationsprozesse hin zu mehr sozialen Rechten und Teilhabe-Rechten zu steuern (vgl. Interview FES 2017: 30). Klassische DF ist laut F. E. in Indien nur eine Unterform der Arbeit seiner Stiftung (vgl. ebd.: 66). Über Demokratie *per se* werde laut H. B. in der alltäglichen Praxis kaum diskutiert. Vielmehr sei dies die Basis, auf der alles statfinde

(vgl. Interview HBS 2016: 30). Darüber wie gesellschaftspolitische Transformationsprozesse funktionieren und wer die Akteure dazu sind, gibt es laut F. E. Unterschiede zwischen den einzelnen Stiftungen (vgl. Interview FES 2017: 62). Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der RLS unterstützen bspw. „explizit Leute, die die Regierung doof finden“ (Interview RLS 2016: 67).

Die Stiftungen engagieren sich K. A. zufolge in anderen Ländern nicht nur zur DF, sondern auch zur Stärkung des Friedens (vgl. Interview KAS 2017: 13). Die DF der Stiftungen ist laut K. A. ein langfristiges Arbeiten im Gegensatz zu Drei-Jahres-Plänen anderer Förderer. In dieser kurzen Zeit „erreicht man möglicherweise noch gar nichts“ (ebd.: 31). Das plurale Stiftungssystem diene dazu, Demokraten überall zu fördern, „aber like-minded vielleicht ein bisschen besser“ (ebd.: 47). Für F. N. zeigt sich an der Weimarer Republik, warum die Förderung von Demokratie und Demokraten so wichtig ist. Auf dem Papier habe diese Demokratie ganz gut ausgesehen, konnte aber nie mit Leben gefüllt werden. Die politische Bildung der Bürgerinnen und Bürger sei deshalb eine zentrale Aufgabe jeder Demokratie (vgl. Interview FNF 2017: 25). Die Kombination aus Demokratie, Rechtsstaat und Marktwirtschaft in Deutschland ist für F. N. ein Erfolgsmodell, das – „mit leichten Abwandlungen natürlich“ (ebd.: 27) – weltweit einsetzbar sei, unabhängig von Kultur oder Religion des Ziellandes (vgl. ebd.). H. S. plädiert dafür, sich von der Vorstellung zu lösen, Demokratie in Eigenregie aufbauen zu wollen. Es sollte auch darum gehen, die bilateralen Beziehungen zwischen den jeweiligen Ländern und Deutschland zu fördern (vgl. Interview HSS 2017: 28). Insgesamt betonen einige Stiftungsvertreter, dass es sich bei den Stiftungen um eher kleine Akteure handelt, die dennoch eine „nachhaltige und positive Wirkung“ (Interview FNF 2017: 99) haben. Häufig handele es sich um viele kleine Erfolge (vgl. Interview FNF 2017: 99; Interview HSS 2017: 64).

Acharya ist der Ansicht, dass die Stiftungen differente Vorstellungen von Demokratie haben und diese auch zu verbreiten suchen (vgl. Interview Acharya 2016: 26). Für Sahoo ist eine Motivation zur DF westlicher Staaten, dass diese sich moralisch verantwortlich fühlen, bspw. aufgrund des Kolonialismus (vgl. Interview Sahoo 2017: 26). Sahoo plädiert dafür, dass sich DF in Indien nicht auf die Elemente der demokratischen Transition fokussieren sollte, sondern vielmehr auf das Vertiefen der Demokratie durch mehr Transparenz und weniger Korruption (vgl. ebd.: 22). Als größte Herausforderung für die indische Demokratie sieht Acharya die Schnittstelle zwischen den Institutionen und der ungleichen Gesellschaft (vgl. Interview Acharya 2016: 79). Die größte Schwierigkeit für

westliche Förderer in Indien ist laut Sahoo, das Land zu verstehen. Je nach Kontext sei ein unterschiedliches Vorgehen nötig (vgl. Interview Sahoo 2017: 50).

Unterkategorie Strategien: Die Stiftungen treten laut H. B. selten explizit an, „um Indiens Demokratie zu retten“ (Interview HBS 2016: 66). Vielmehr gehe es darum, Dialogprozesse und Prozesse demokratischer Meinungsbildung zu fördern und Verhärtungen – z. B. in der Identitätspolitik – aufzubrechen. Deshalb ordne sich die HBS bei den politischen, demokratischen Prozessen im weiteren Sinne ein (vgl. ebd.: 66, 68). Auf die Frage, ob eher linke oder ökologische Stiftungen *bottom-up*- und konservative und marktliberale Stiftungen *top-down*-Strategien präferieren, erklärte R. L., dass dies auf die HBS sicher zutrefte, bei der FES mit Abstrichen auch¹³⁴, aber bei der FNF gebe es auch durchaus einen *bottom-up*-Fokus. Die KAS arbeite viel mit der regierenden Partei zusammen (vgl. Interview RLS 2016: 37). F. N. würde für sich sowohl *bottom-up* als auch *top-down* beanspruchen, allerdings mit einem *bottom-up*-Schwerpunkt, was u. a. daran liege, dass es in Indien keine passende Partner-Partei für die FNF gebe (vgl. Interview FNF 2017: 49, 51, 53). Für die KAS und HSS sieht F. N. durchaus eher einen *top-down*-Ansatz und für die RLS einen *bottom-up*-Ansatz (vgl. ebd.: 53). H. B. arbeitet in Indien, ebenso wie in vielen anderen Ländern, primär mit der Zivilgesellschaft (vgl. Interview HBS 2016: 58). Die Stiftungen scheinen Präferenzen für eine Strategie zu haben, aber trotzdem von ihren Themen ausgehend zu arbeiten. Die RLS hat bspw. drei Schwerpunkte – Landwirtschaft und Ernährungsfragen, Arbeitnehmerrechte und gewerkschaftliche Arbeit sowie Konzepte sozialer Transformation. Je nach Themenbereich fördert die RLS ganz klassisch, organisiert Seminare oder Konferenzen oder fördert Studien (vgl. Interview RLS 2016: 29). Generell konzentriere sich die RLS aber in Indien auf die Zivilgesellschaft (vgl. ebd.: 31) und verfolge eher einen *bottom-up*-Ansatz (vgl. ebd.: 33). Laut H. S. hängt die Strategiewahl, *top-down* oder *bottom-up*, nicht zwangsläufig von der Gesinnung der Stiftung, sondern vom jeweiligen Partner ab (vgl. Interview HSS 2017: 42). Die Ziele seiner Stiftung werden laut H. S. mit Indikatoren gemessen. Die Ziele, die sich die Stiftung steckt, wolle sie schließlich auch erreichen und von Evaluierern positiv beurteilt werden. Um dies zu schaffen, müsse der Büroleiter stets schauen, ob *top-down* oder *bottom-up* besser funktioniere. Für die Arbeit mit Sicherheitsbehörden biete sich z. B. *top-down*, für Dezentralisierung *bottom-up* an (vgl. ebd.: 46, 50). F. E. betont, dass diese Unterscheidung für

¹³⁴ Da die FES durch ihren starken Gewerkschaftsfokus auch viel mit gewerkschaftlichem Establishment arbeite, das selbst „nicht mehr ganz so verwurzelt“ (Interview RLS 2016: 37) sei.

seine Stiftung nicht mehr aktuell sei und er auf der Mesoebene beides durchmischen wolle (vgl. Interview FES 2017: 46). K. A. sieht eine Korrelation aus stiftungsnaher Partei und der Arbeit der Stiftung bzw. deren Partnerauswahl (vgl. Interview KAS 2017: 47). Er gibt aber zu bedenken, dass *bottom-up*-Projekte, die später hochskaliert werden, auf höheren Ebenen nie gelaufen seien. Im Kleinen seien solche Projekte sinnvoll, aber einen systemischen Wandel erzeuge dies nicht (vgl. ebd.: 39). „Die Welt verändern Entscheidungsträger“ (ebd.). Oder:

„Insofern bin ich mehr davon überzeugt, dass die strukturellen Änderungen, wenn ich also sozusagen die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen durch Gesetzgebung, durch Politiken, wie ich sonst etwas verändern kann, letztlich mehr bewirken, als dass ich, ich will jetzt nicht sagen, ein paar Dorfbewohnern geholfen habe. Das hilft sicher auch. Ist sicher auch nötig. Aber um einen größeren Effekt zu erzielen, glaube ich, dass der *top-down*-Ansatz oft der bessere ist. Aber es kommt darauf an, was ich mache“ (ebd.).

Für Acharya sind weder *top-down* noch *bottom-up* die eigentlichen Strategien der Stiftungen. Der Fokus sollte ihm zufolge auf der Verbreitung von Ideen liegen (vgl. Interview Acharya 2016: 64). Außerdem könne ein groß angelegter *bottom-up*-Ansatz mit den begrenzten Ressourcen der Stiftungen nicht gestemmt werden (vgl. ebd.: 60). Auch Sahoo sträubt sich gegen die Einteilung in *top-down* und *bottom-up*. Er plädiert für eine Mischung je nach Kontext (vgl. Interview Sahoo 2017: 53).

Unterkategorie Instrumente: Beim Vorgehen aus der Praxis hat nur die FES eine unvorhergesehene Antwort gegeben. Die übrigen Stiftungen arbeiten mit den bereits erläuterten Instrumenten. Die RLS betreibt langfristige Projektförderung von *Grassroots*-Organisationen, Studien, Seminare, Tagungen, Konferenzen – also die ganze Bandbreite außer politische Beratung (vgl. Interview RLS 2016: 29). Die FNF arbeitet bspw. seit mehr als 20 Jahren an Polizeireformen (vgl. Interview FNF 2017: 67). Die KAS hat vor ein paar Jahren mit Parteiförderung angefangen – gemeint ist damit v. a. innerparteiliche DF. K. A. erklärt, er sage den Zielpersonen nicht, wie sie etwas machen sollen, sondern er berichte vielmehr darüber, wie etwas in Deutschland gemacht werde und die Partner sollen sich anschauen, ob etwas für sie dabei ist (vgl. Interview KAS 2017: 35). Für F. E. waren die Kategorien, die die übrigen Stiftungen anwenden, überholt. Seit einigen Jahren arbeite die FES mit *Round Tables*, bei denen Dialoge zwischen Partnern das Ziel seien und die Partner zu Spielmachern werden. An einem *Round Table* sind bspw. *Policy-Maker*, Gewerkschaften, NGOs, Akademikerinnen und Akademiker und Medien beteiligt

(vgl. Interview FES 2017: 18). Dieses Instrument diene dazu, *top-down* und *bottom-up* miteinander zu verbinden und zu durchmischen (vgl. ebd.: 46).

Partner: Die Partner benennen die Stiftungen in ihren Programmen, die sie dem BMZ vorlegen, das es an das AA weiterreicht und das wiederum an die deutsche Botschaft in Indien, die sich anschließend bei der jeweiligen Stiftung meldet und nachfragt. Umgekehrt fragt die Botschaft bei den Stiftungen nach, wenn sie Kontakte – v. a. im zivilgesellschaftlichen Bereich – benötigt (vgl. Interview RLS 2016: 83). Als grüne Stiftung arbeite die HBS primär mit zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammen, da für sie Demokratie eine starke Zivilgesellschaft benötigt (vgl. Interview HBS 2016: 58). Dazu zählen für H. B. NGOs, Medien, zum Teil Akademikerinnen und Akademiker und Aktivistinnen und Aktivisten. Parlamentarierinnen und Parlamentarier oder Frauen aus Dorfräten sind keine Zielgruppen für die HBS in Indien (vgl. ebd.: 54), was auch daran liege, dass es keine parteipolitischen, also grünen, Partner gibt (vgl. ebd.: 66). Der starke zivilgesellschaftliche Ansatz ist bei der RLS laut ihrem Büroleiter „Teil der Philosophie“ (Interview RLS 2016: 31). Dazu zählen auch Forschungsinstitute, *Think Tanks* und Institute von Universitäten als Partner (vgl. ebd.: 45). Aber die RLS hat darüber hinaus auch Kontakte ins politische Spektrum – v. a. zu Mitgliedern kommunistischer Parteien (vgl. ebd.). Das Regionalbüro kann laut R. L. seine Arbeit inhaltlich gestalten, wie es will (vgl. ebd.: 51), aber er als Büroleiter „kann jetzt nicht mit Mittelstandsförderung anfangen“ (ebd.). Die FNF hat in Indien laut F. N. keine staatlichen, sondern nur zivilgesellschaftliche Partner. Zu diesen zählen NGOs, *Think Tanks*, Akademikerinnen und Akademiker, Universitäten und Handelskammern. Die Stiftung arbeite größtenteils *bottom-up*, aber die Partner versuchen laut F. N. die Ideen und Meinungen in die politische Sphäre einzubringen, weshalb F. N. von einem Mix der Strategien spricht (vgl. Interview FNF 2017: 45). Parteipolitische Partner gibt es auch für die FNF nicht (vgl. ebd.: 53). Ihre Partner wählt die FNF aus anhand der Vereinbarkeit mit liberalen Werten, ob der Partner nachhaltig arbeiten kann, ob ein Partner zu den thematischen Schwerpunkten der Stiftung passt und ob er die formalen Kriterien der FCRA-Registrierung erfüllt (vgl. ebd.: 83). Zielgruppe für die FES sind *Round Tables*, an denen verschiedene Partner, wie *Policy-Maker*, Gewerkschaften, NGOs, Akademikerinnen und Akademiker und Medien, beteiligt sind und die die Bedeutung der Partner als *primus inter pares* stärken und sie zu Spielmachern werden zu lassen (vgl. Interview FES 2017: 18). Deshalb ist für F. E. eine Mischung aus *top-down* und *bottom-up* notwendig, die dazu beitrage, die in Indien sehr starke soziale Stratifizierung der Gesellschaft zu durchbrechen, damit die Akteure miteinander reden und

zusammenarbeiten (vgl. ebd.: 46). Für H. S. bestimmt der jeweilige Partner, welche Strategie eingesetzt wird und am besten passt (vgl. Interview HSS 2017: 42). Für die HSS reklamiert er deshalb auch einen Mix der Ansätze (vgl. ebd.: 50). K. A. berichtet, dass seine Stiftung auch *bottom-up* vorgehe, dass aber das *Upscaling* solcher Projekte nie funktioniert habe. Die Gesellschaft zu verändern, funktioniere nur über Entscheidungsträger (vgl. Interview KAS 2017: 39). Für die Partner der einzelnen Stiftungen trifft ihm zufolge allgemein zu, dass Demokraten überall gefördert werden sollen – „aber like-minded vielleicht ein bisschen besser“ (ebd.: 47). Acharya, der bereits mit der KAS zusammengearbeitet hat, bestätigt das. Er betont, dass es zwar ideologische Differenzen zwischen der Stiftung und ihm gegeben habe, aber dass sie trotzdem durch etwas zusammengehalten wurden (vgl. Interview Acharya 2016: 43). Für ihn be- oder verurteilen die Stiftungen die indische Politik nicht, sondern arbeiten mit dem kleinsten gemeinsamen Nenner auf der Grundlage eines demokratischen Pluralismus (vgl. ebd.: 45).

Selbstverständnis: H. B. versucht Dialog- und Meinungsbildungsprozesse herzustellen und voranzubringen, um so auf Situationen und Prozesse in der indischen Gesellschaft zu reagieren (vgl. Interview HBS 2016: 44, 66). Veranstaltungen, die eine politische Botschaft senden, könne die HBS nicht organisieren. „Das könnte uns Kopf und Kragen und unsere Registrierung kosten“ (ebd.: 66). Die RLS unterstützt ihrem Büroleiter zufolge „explizit Leute, die die Regierung doof finden“ (Interview RLS 2016: 67) und fördert Meinungsvielfalt und den Erhalt von Freiräumen (vgl. ebd.). R. L. sieht sich aber auch als Übersetzer Richtung Berlin. Bei dortigen Vorhaben berichten die Stiftungen aus ihrem Alltag und ihrer Erfahrung (vgl. Interview RLS 2016: 53). F. N. sieht die Aufgabe der Stiftungen darin, politische Bildung zu betreiben und die Demokratie mit Leben zu füllen – sowohl im In- als auch im Ausland (vgl. Interview FNF 2017: 25). Dafür bedarf es eines verinnerlichten Grundkonsenses (vgl. ebd.: 37). Das Vorgehen einer Stiftung könne sich dennoch unterscheiden – je nach Kontext des Ziellandes (vgl. ebd.: 41), weshalb es kein Schema F geben könne. Soweit möglich sollten F. N. zufolge die besten Erfahrungen aus der Praxis besser geteilt und weitergegeben werden (vgl. ebd.: 43). Im täglichen Geschäft könne die Stiftung jedoch nicht zu einem Partner wie der Polizei gehen und sagen „Ihr macht das alles schlecht und falsch“ (ebd.: 67). Dies sei ein Grund dafür, weshalb Stiftungsarbeit langfristig angelegt sei (vgl. ebd.). F. N. ist sich bewusst darüber, dass die FNF ein kleiner Akteur ist, der aber viele kleine Erfolge erringen könne (vgl. ebd.: 99). Der traditionelle Schwerpunkt der FES in der Gewerkschaftsarbeit hat sich laut ihrem Büroleiter in den vergangenen Jahren durch Modernisierung verschoben. Nun

liege der Fokus eher auf gesellschaftlichen Transformationsprozessen (vgl. Interview FES 2017: 42). Für F. E. ist der Gründungszweck der FES – „Ohne Demokraten gibt es keine Demokratie“ (ebd.: 56) – bis heute Auftrag. Auch für die HSS ist die politische Bildung ihr Selbstzweck (vgl. Interview HSS 2017: 18). DF ist laut H. S. zwar weiterhin ein Schwerpunkt der Stiftungsarbeit, aber der Aufbau von Rechtsstaatlichkeit und der bilaterale Austausch zwischen Deutschland und den Zielländern nehmen an Bedeutung zu (vgl. ebd.: 28). Ein Schema F kann es auch laut H. S. nicht geben, da die Umstände in den Ländern zu unterschiedlich seien. Ein Grundverständnis, was Stiftungsarbeit sein soll, gebe es, aber kein Leitbild, was zu erreichen sei (vgl. ebd.: 30, 32). H. S. betont, dass die Stiftungen im Kleinen große Erfolge vorweisen können (vgl. ebd.: 64):

„Deutsche Stiftungen können und sollen Pilotprojekte entwickeln. Deutsche Stiftungen sollen zur Demokratieförderung beitragen, aber gleichzeitig sollen sie eben auch Seismograph sein, was in den Ländern sich tut. Sie sollen die deutschen Bürger auch da drüber informieren, was sich dort tut“ (ebd.).

Auch K. A. nennt das Stichwort „Demokratie braucht Demokraten“ (Interview KAS 2017: 13). Neben der DF ist für ihn die Stärkung des Friedens Motivation sowie Stabilität und wirtschaftliche Entwicklung zu erreichen (vgl. ebd.: 13, 15). Für K. A. sind die Stiftungen wie Kirchen Tendenzbetriebe, die erwarten, dass ihre Angestellten gewisse Standpunkte teilen (vgl. ebd.: 23). In der langfristig angelegten Arbeit sollen Partnerschaften mit Institutionen und Individuen entwickelt und Vertrauen geschaffen werden. Über diese Partner sollen die Stiftungen Einfluss auf die Gesellschaft haben (vgl. ebd.: 31). K. A. sieht die Stiftungen als „Teil des Außenpolitik-Systems der Bundesrepublik“ (ebd.: 31). R. L. bestätigt die Hypothese, die sich im Zuge der Inhaltsanalyse ergeben hat, dass sich linke Stiftungen eher mit sich selbst beschäftigen. Er führt das u. a. darauf zurück, dass die RLS als jüngste Stiftung ihren Strategiebildungsprozess noch nicht abgeschlossen habe. Er beobachte aber auch bei anderen Stiftungen eine Umstrukturierung (vgl. Interview RLS 2016: 43). F. E. findet hingegen nicht, dass sich linke und ökologische Stiftungen mehr mit sich selbst beschäftigen als konservative und marktliberale (vgl. Interview FES 2017: 50).

Demokratieverständnis: H. B. ist der Ansicht, dass die demokratischen Institutionen in Indien trotz Problemen grundsätzlich funktionieren und deshalb nicht in einem engen Verständnis von DF gefördert werden müssen (vgl. Interview HBS 2016: 14). H. B. räumt ein, dass Beobachter Indien aufgrund der Ungerechtigkeit und Ungleichheit auch als defizitäre Demokratie sehen könnten (vgl. ebd.: 36). Für die HBS zählt zur Demokratie

Gender-Demokratie als weltweites Schwerpunktthema (vgl. ebd.: 18) und die Stiftung ist der Ansicht, dass eine Demokratie eine starke Zivilgesellschaft benötigt (vgl. ebd.: 58). Die indische Demokratie erfüllt R. L. zufolge alle Mindeststandards, auch wenn nicht alles ideal laufe (vgl. Interview RLS 2016: 55). Dennoch ist er der Ansicht, dass schon viel gewonnen wäre, wenn Indien als formale Demokratie bezeichnet werden könnte. In einigen Bereichen, wie gebildeten, urbanen Schichten, sieht er durchaus liberal-demokratische Züge (vgl. ebd.: 57). Für ihn befindet sich die rund 70 Jahre alte indische Demokratie im historischen Vergleich aber noch im Teenageralter (vgl. ebd.: 61) und bis von einer richtigen liberalen Demokratie mit einer offenen Gesellschaft gesprochen werden könne, dauert es R. L. zufolge noch „ewig oder wird nie kommen“ (ebd.). Es ist laut R. L. schwierig, Teilhabe für die Breite der Inderinnen und Inder zu fordern, wenn diese so abgekoppelt vom Bildungssystem sind (vgl. ebd.: 65). Ein generelles Problem ist R. L. zufolge, dass eine Demokratie eines gewissen Sinns für Gemeinwohl bei Politikerinnen und Politikern bedarf, was in Indien nicht der Fall sei (vgl. ebd.: 77). Die RLS findet, dass die deutsche pluralistische Demokratie der richtige Weg ist. Das, was die Stiftung vertritt, kann laut R. L. auch irgendwann in einem Land nicht mehr passen (vgl. ebd.: 71). Für F. N. „besteht eine Demokratie aus Institutionen“ (Interview FNF 2017: 29). Diese müssen transparent, responsiv und *accountable* sein und sollen Eigenverantwortlichkeit, Partizipation und Pluralismus ermöglichen (vgl. ebd.). F. N. ist der Ansicht, dass das, was die Stiftungen anbieten, überall Anklang finden kann, denn „mir muss immer noch irgendjemand die Person zeigen, die das absolut okay findet, dass mir Bürgerrechte, Grundrechte vorenthalten werden“ (ebd.: 39). Er ist der Überzeugung, dass der Grundkonsens aller Menschen ist, „so frei wie möglich“ (ebd.), also so selbstbestimmt wie möglich, leben zu können. Das ist für ihn universal gültig (vgl. ebd.). Ein zentrales Problem für die indische Demokratie ist laut F. N. die schlechte Rechtsstaatlichkeit, da diejenigen, die finanziell bessergestellt sind, auch im Justizapparat bessere Chancen haben (vgl. ebd.: 65). F. E. bezeichnet sein Demokratieverständnis als breiter als das funktionalistisch-liberale und schließt darin bspw. auch soziale und partizipative Rechte ein. Für ihn muss der Gesellschaftsvertrag auf einem inklusiven sozialen Kompromiss beruhen, der Transformationen der Gesellschaft angepasst wird (vgl. Interview FES 2017: 30). Für ihn ist Demokratie „kein Endzweck, sondern sie ist aus meiner Sicht die beste Verfassungsform, um diese Transformationsprozesse zu steuern“ (ebd.). Dass Demokratie Demokraten benötigt, ist nicht nur für die FES Gründungszweck und Auftrag (vgl. Interview FES 2017: 56; Interview HSS 2017: 18). H. S. Betont aber, dass es insb. in Asien auch ganz unterschiedliche

Formen der Demokratie gebe (vgl. Interview HSS 2017: 34). Er erklärt Demokratie mit Messindikatoren wie beim *Freedom House Index* und sieht Indien aus einem formalen, institutionellen Verständnis heraus als stabile Demokratie (vgl. ebd.: 24, 54, 58). Aber das Kastensystem oder die Situation von Frauen sind für ihn Beispiele, wo die Divergenz zum deutschen Demokratieverständnis deutlich zu Tage trete (vgl. ebd.: 54). Dass Demokratie auch meistens Frieden und eine bessere wirtschaftliche Entwicklung bedeute, ist eine Motivation für K. A., DF zu betreiben (vgl. Interview KAS 2017: 13, 15). Für ihn definieren sich Demokratien über Institutionen und rechtliche Freiheiten (vgl. ebd.: 21). Auch K. A. hebt hervor, dass die Vorstellungen, was Demokratie ist, überall unterschiedlich seien (vgl. ebd.: 31).

Acharya betont, dass die Stiftungen mit differenten Vorstellungen davon, was Demokratie ist, arbeiten und diese auch zu verbreiten suchen (vgl. Interview Acharya 2016: 26). Für ihn gibt es aber auch innerhalb der indischen Bevölkerung unterschiedliche Demokratievorstellungen (vgl. ebd.: 33). Dennoch gebe es einen „distinctively Indian way of defining and underlining what democracy means today, which in many ways would be unique to the experiences of the people here“ (ebd.: 37). Als Beispiel hierfür führt er das indische Verständnis von Säkularität an, das nicht, wie im Westen, eine strikte Trennung von Staat und Religion meine. In Indien sei der Staat dauerhaft im Kontakt mit der Religion und trotzdem betonen die Inderinnen und Inder stets ihre Säkularität (vgl. ebd.: 39). Acharya zufolge ist Ungleichheit – beim Einkommen und beim Status aufgrund der Kasten – das größte Problem der indischen Gesellschaft und Demokratie (vgl. ebd.: 73). Er ist der Ansicht, dass DF im klassischen Sinne für Indien nicht mehr zutrefte, da die Institutionen existieren und funktionieren und da Indien bereits eine liberale Demokratie sei (vgl. ebd.: 75). Ein Vertiefen und Konsolidieren der indischen Demokratie sollte seiner Meinung nach der Fokus für die Stiftungen sein (vgl. ebd.: 70-71). Auch Sahoo plädiert für die Demokratisierung oder Vertiefung der indischen Demokratie, v. a. in Bezug auf Korruption, Transparenz, Ungleichheit (vgl. Interview Sahoo 2017: 22-23), religiös oder kommunalistisch motivierte Gewalt und Armut, insb. da die prozeduralen Aspekte wie Wahlen oder Machtwechsel bereits funktionieren (vgl. ebd.: 30-31). Etwas, das laut Sahoo für die indische Demokratie spricht, ist die Tatsache, dass es gerade die Armen, die Analphabeten, die religiösen Minderheiten und die ruralen Inderinnen und Inder sind, die von ihrem Wahlrecht am meisten Gebrauch machen und das Gefühl haben, dass es für sie um etwas geht (vgl. ebd.: 37). Deshalb ist der institutionelle Part der Demokratie in Indien

aus seiner Sicht bereits seit Jahren internalisiert und wird als eine Art zu leben begriffen (vgl. ebd.: 38).

Ergebnisse der Experteninterviews:

Die Experteninterviews sollten, wie erläutert, dazu dienen, die vorher gewonnenen Erkenntnisse zu kontextualisieren. Dazu wurden zwei Befragungsgruppen ausgewählt: die Büroleiter der parteinahen Stiftungen mit Betriebswissen und indische Politikwissenschaftler mit Kontextwissen. Es stellte sich als schwierig heraus, Politikwissenschaftlerinnen und Politikwissenschaftler für die Befragung zu gewinnen. Dass alle Büroleiter, bzw. ein Ersatzmann bei der HSS, interviewt werden konnten, ist hingegen ein großer Erfolg. Dennoch war auch diese Gruppe mit Herausforderungen verbunden. Die ersten Interviews wurden im November 2016 geführt und das letzte im Oktober 2017, was verdeutlicht, wie schwierig es war, mit allen zu sprechen. In den Gesprächen haben einige Büroleiter auf sensible Informationen hingewiesen und wollten sich zu manchen Themen nicht äußern. Dennoch konnten viele Informationen gewonnen werden.

Die Mehrheit der Büroleiter betont, dass demokratische Mindeststandards wie Wahlen in Indien erfüllt seien. Dennoch kommen sie zu differierenden Einschätzungen des Landes und seiner Demokratie. H. S. hält das Justizsystem für größtenteils funktionierend, wohingegen es F. N. zufolge kaputt sei. Auch bei den Herausforderungen benennen die Büroleiter einige gleiche Aspekte, setzen aber in ihrer Betrachtungsweise unterschiedliche Schwerpunkte, wie bei H. B. und seiner Sorge um Minoritäten. Diese Fokusse passen jeweils ins ideologische Spektrum der der Stiftung nahestehenden Partei. Politische Bildung als Auftrag der Stiftungen im In- und Ausland benennen alle Büroleiter. Dazu kommen für H. S. im Ausland der Aufbau von Rechtsstaatlichkeit, die Förderung bilateraler Beziehung und das Stärken demokratischer Partner der Bundesrepublik. K. A. benennt dies noch deutlicher. Für ihn sind die Stiftungen Teil des Außenpolitik-Systems der Bundesrepublik. R. L. führt noch die Übersetzungsarbeit an, die die Stiftungen in Richtung Deutschland leisten.

Ein Leitbild für die Arbeit der Stiftungen gibt es nur bedingt. Die Mehrheit der Büroleiter betont, dass es kein Schema F geben könne und die Büros frei seien. Allerdings gibt es eindeutig ein Handlungsfeld, das für die jeweilige Stiftung akzeptabel ist. R. L. „kann jetzt nicht mit Mittelstandsförderung anfangen“ (Interview RLS 2016: 31). Alle Stiftungen haben auf ihre Weise erläutert, dass ihre Arbeit über ein enges Verständnis von DF

hinausgehe. H. B. erklärt, dass dies daran liege, dass die indischen Institutionen trotz Defiziten funktionieren.

Die Förderung unter gleichgesinnten Demokraten ist laut K. A. eine große Stärke der Stiftungen. Dennoch haben sie es mit organisationsinhärenten Schwierigkeiten zu tun. F. N. gibt zu bedenken, dass sich die Büroleiter als Experten, die in Neu-Delhi wohnen und v. a. mit Akademikerinnen und Akademikern zu tun haben, in einer Blase bewegen und das Leben in einem indischen Dorf nur schwer nachvollziehen können. Die Büroleiter wissen, dass sie Demokratie nirgends im Alleingang aufbauen können, da sie vergleichsweise kleine Akteure sind. Aber sie betonen beinahe alle, dass sie im Kleinen Erfolge erzielen und eine positive Wirkung haben. Laut H. B. geht es auch gar nicht darum, Indiens Demokratie zu retten. Vielmehr sollen Dialogprozesse und Prozesse demokratischer Meinungsbildung gefördert und Verhärtungen aufgebrochen werden. Laut R. L. ist es schwierig, Teilhabe für das *Gros* der Inderinnen und Inder zu fordern, wenn diese abgekoppelt vom Bildungssystem sind. Außerdem sei problematisch, dass indischen Politikerinnen und Politikern häufig der Sinn für das Gemeinwohl fehle. Das Angebot einer Stiftung könne irgendwann auch nicht mehr zu einem Zielland passen. Das sieht F. N. vollkommen anders. Er ist der Überzeugung, dass der Grundkonsens aller Menschen ist, so frei und selbstbestimmt wie möglich leben zu können (vgl. Interview FNF 2017: 39). F. N. betont sogar, dass die Kombination aus Demokratie, Rechtsstaat und Marktwirtschaft in Deutschland ein Erfolgsmodell sei, das mit leichten Abwandlungen weltweit einsetzbar sei – unabhängig von Kultur oder Religion des Ziellandes.

Das Verständnis, wie politische Transformationsprozesse funktionieren und welche Akteure relevant sind, unterscheidet sich laut F. E. tatsächlich von Stiftung zu Stiftung. Nach diesem Verständnis bzw. danach, wohin ein Akteur aufgrund seines Weltbildes seinen Blick richtet, suchen sich die Stiftungen ihre Partner aus. Die konservativen und marktliberalen Stiftungen sind ihm zufolge im Bereich Rechtsstaat stark vertreten, die HBS präferiert *Grassroots*-Aktivitäten und die RLS Gewerkschaftsarbeit. Er betont jedoch auch, dass die Unterscheidung zwischen *top-down* und *bottom-up* für seine Stiftung nicht mehr aktuell sei und dass er auf der Mesoebene beides vermischen wolle. K. A. reklamiert für sich einen *top-down*-Ansatz. R. L. zufolge trifft diese dritte Untersuchungshypothese auf KAS, HBS und FES mit Abstrichen zu. Die FNF arbeite in Indien eher *bottom-up*, was aber auch daran liege, dass es bspw. keine Partei als potenziellen Partner für sie gebe. F. N. ist der Ansicht, dass die Hypothese auf KAS, HSS und RLS durchaus zutreffe. Die

Strategiewahl hängt H. S. zufolge nicht zwangsläufig von der Gesinnung der Stiftung, sondern vom jeweiligen Partner ab. Obwohl beinahe alle Stiftungen angeführt haben, dass sie ihre jeweilige Strategie dem Partner anpassen, muss allerdings konstatiert werden, dass die davor statt-findende Auswahl der Partner aus der Gesinnung heraus erklärt werden kann. Die HSS hat bspw. häufig Partner aus dem Bereich Rechtsstaatlichkeit. Generell scheinen die Stiftungen eine Präferenz für eine Strategie zu haben, arbeiten aber trotzdem von den Themen und Partnern aus.

Die Instrumente haben bis auf die FES mit ihren *Round Tables*, die verschiedene Partner zusammenbringen sollen, keine Überraschungen ergeben. Die HBS arbeitet primär mit zivilgesellschaftlichen Organisationen wie NGOs, Medien oder Aktivistinnen und Aktivisten zusammen. Bei der RLS ist der starke zivilgesellschaftliche Ansatz laut R. L. Teil der Philosophie, was die dritte Hypothese stützt. Dass die FNF nur zivilgesellschaftliche Partner in Indien hat, wurde bereits thematisiert. Laut F. N. versucht die Stiftung aber, ihre Ideen über Partner in die politische Sphäre zu bringen, weshalb er für sich einen Strategiemix reklamiert. Von einem kombinierten Ansatz sprechen H. S. und F. E. mit seinen *Round Tables* auch. Nur K. A. nimmt den *top-down*-Ansatz ein, passend zur Hypothese.

Die Stiftungen sehen sich als Übersetzer Richtung Berlin (RLS) und ihre Aufgaben in der Stärkung von Dialog- und Meinungsbildungsprozessen (HBS), im Begleiten gesellschaftlicher Transformationsprozesse (FES), in der politischen Bildung und darin, Demokratien mit Leben zu füllen (FNF). Sie wollen zu Frieden, Stabilität und wirtschaftlicher Entwicklung beizutragen (KAS), stärken Rechtsstaatlichkeit und bilaterale Beziehungen (HSS). R. L. bestätigt die Vermutung aus der Inhaltsanalyse, dass sich linke Stiftungen eher mit ihrem Selbstverständnis beschäftigen. F. E. sieht das nicht so.

Summa summarum zeigt sich in den Interviews mit den Büroleitern, dass in den Stiftungen die eigene Vorgehensweise nicht wirklich hinterfragt und dass die Grundlage häufig recht schwammig mit den Werten der jeweiligen Gründungsfigur erklärt wird. Was unter diesen Werten genau zu verstehen ist, was Demokratie als Grundlage für DF überhaupt bedeutet, ob es differente Vorstellungen von Demokratie zwischen den Stiftungen als Förderern und den Partnern in den verschiedenen Zielländern gibt und wie damit umgegangen werden soll, werden offenbar überhaupt nicht thematisiert. H. B. sagt, dass über Demokratie allgemein höchstens mal beim Tee diskutiert wird, aber es spiele selten eine Rolle (Interview HBS 2016: 30). Die Grundsatzdebatte, was Demokratie ist, hat auch die RLS in Indien ihrem Büroleiter zufolge noch nicht geführt (Interview RLS 2016: 68-69).

Unter den Politikwissenschaftlern betont Acharya, dass es in Indien unterschiedliche Vorstellungen von Demokratie gebe, aber auch ein ganz spezifisch indisches Demokratieverständnis, das von Ethos und Traditionen geprägt ist – bspw. was die Rolle der Religion anbelangt. Die Institutionen funktionieren seiner Ansicht nach. Er geht sogar so weit, Indien als liberale Demokratie einzuordnen. Er empfiehlt den Stiftungen, an der Konsolidierung mitzuarbeiten und sieht in der Ungleichheit das größte Problem der indischen Demokratie. Für Acharya, der bereits mit der KAS zusammengearbeitet hat, arbeiten die Stiftungen auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner mit ihren Partnern zusammen, auch wenn es ideologische oder andere Unterschiede gibt. Stiftungen und Partner werden durch etwas Verbindendes zusammengehalten.

Sahoo ist in seiner Beurteilung Indiens zurückhaltender. Er ist der Meinung, dass Indien in prozeduraler Hinsicht einer der erfolgreichsten Demokratisierungsfälle ist. In vielen Bereichen – wie bei Armut, Analphabetismus, Intoleranz, kommunalistischen Konflikten, Intransparenz und Korruption – sei die indische Demokratie jedoch defizitär. Deshalb sollten die Stiftungen an der Demokratisierung der Demokratie mitwirken. Die größte Herausforderung für die Stiftungen sei, Indien wirklich zu verstehen und kontextsensitiv zu agieren. Beide Politikwissenschaftler plädieren für eine Mischung der Strategien.

7.4 Ergebnisse: Förderung ohne klares eigenes Demokratieverständnis

Mit der Inhaltsanalyse sollte ein explorativer Überblick zum Thema ermöglicht und sollten die Merckelschen Fragen formal beantwortet werden. Die schriftliche Befragung sollte weiterführende Informationen liefern – insb. zur alltäglichen Arbeit der Stiftungen in Indien – und die Ergebnisse aus der ersten Analyseebene überprüfen. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse sollten in der dritten Ebene durch Experteninterviews mit den Büroleitern und mit indischen Politikwissenschaftlern überprüft und kontextualisiert werden. Dies alles dient dazu, das Feld zu explorieren und einen Beitrag zur Theoriebildung zu leisten.

Aus der Inhaltsanalyse ging bereits hervor, dass gewisse Bereiche in der Arbeit aller Stiftungen abgedeckt werden. Dazu gehören das Fördern von Qualitätsjournalismus, politischem Nachwuchs und Multiplikatorinnen und Multiplikatoren. Darüber hinaus wurde nach diesem Werkzeug davon ausgegangen, dass jede Stiftung passend zu ihrer Identität Strategien, Instrumente, Themen und Partner auswählt. Im Fragebogen und in den Experteninterviews stellte sich jedoch heraus, dass sich die Instrumente nicht strategie-

oder stiftungsspezifisch unterscheiden lassen. Im Fragebogen zeigte sich, dass alle Stiftungen in Indien Seminare, Schulungen und *Workshops* sowie das Vernetzen relevanter Akteure nutzen. Alle bis auf die FNF bedienen sich der politischen Beratung, Hintergrundgesprächen und dem Erstellen von Informationsmaterialien.

Es wurde in der Inhaltsanalyse bereits deutlich, dass eine scharfe, wissenschaftliche Trennung in *bottom-up*- und *top-down*-Ansätze in der Praxis nur bedingt zur Anwendung kommt und dass die Stiftungen häufig mit beiden Strategien arbeiten – mal *bottom-up*, mal *top-down* oder kombiniert. In der schriftlichen Befragung gaben alle beteiligten Stiftungen bis auf die KAS an, sowohl *bottom-up* als auch *top-down* zu arbeiten. Die KAS nahm für sich den *top-down*-Ansatz in Anspruch. Dass aber durchaus Präferenzen für die eine oder andere Strategie vorherrschen, wurde im Fragebogen und in den Experteninterviews herausgearbeitet.

Die Stiftungen beschreiben sich in ihren Berichten als Denkfabriken für ‚ihre‘ Partei und die Gesellschaft. Darüber hinaus sieht sich die FES als Teil der Sozialen Demokratie und der Gewerkschaftsbewegung. Die KAS sieht sich als Europa-Stiftung mit der Aufgabe, für nachfolgende Generationen nachhaltige Politik zu gestalten. Die Kernbotschaften der FNF sind Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und soziale Marktwirtschaft. Die HSS will zu Völkerverständigung, Frieden und einer vertieften europäischen Integration beitragen. Die HBS sieht sich als Teil der grünen Strömung, die Demokratie, Menschenrechte, Gleichberechtigung und die Rettung des Ökosystems beinhaltet. Die RLS gehört zur demokratisch-sozialistischen Grundströmung, der auch die Mosaiklinke angehört. Diese will die Stiftung fördern und ihrer Fragmentierung entgegenwirken.

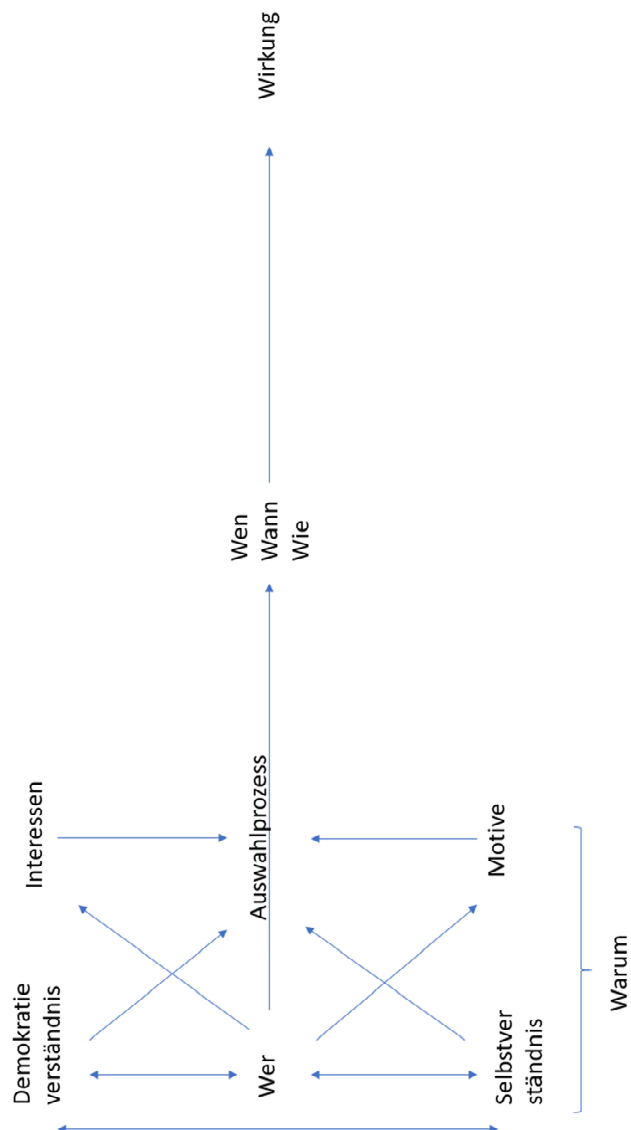
Mithilfe der Dokumenten-Beziehungs-Matrix wurde in der Inhaltsanalyse gezeigt, dass das Demokratie- und Selbstverständnis einerseits sowie die Instrumente, Strategien und Partner andererseits für die DF der Stiftungen korrelieren. Das bedeutet für die FES die Soziale Demokratie, was (soziale) Gerechtigkeit, Solidarität, Freiheit und eine im Alltag gelebte Demokratie miteinschließt. Für die KAS bedarf es bei einer Demokratie politisch gebildeter Bürgerinnen und Bürger, rechtsstaatlicher Institutionen und etablierter Strukturen zur politischen Willensbildung sowie einer politischen Kultur aus Pluralismus und Partizipation. Hinzu kommen auch hier Werte wie Freiheit oder Toleranz. Freiheit spielt im Demokratieverständnis der FNF die zentrale Rolle. Daneben benennt sie, dass eine Demokratie die Beachtung von Menschen- und Bürgerrechten, Transparenz, Pluralismus, Toleranz, Rechtsstaatlichkeit und Gleichheit vor dem Gesetz benötigt. Der demo-

kratische Staat muss nach Auffassung der HSS zunächst gute Regierungsführung, Stabilität, Rechenschaftspflicht gegenüber seinen Bürgerinnen und Bürgern und Möglichkeiten zur Partizipation als Voraussetzungen aufweisen. Konstitutiv für eine funktionierende Gesellschaft ist hier der Einzelne, der bereit ist, Verantwortung für sich und andere zu übernehmen. Völlige Gleichberechtigung und Inklusion kennzeichnen das Demokratieverständnis der HBS, die ebenfalls eine lebendige, sich stets weiterentwickelnde Demokratie anstrebt, in der Transparenz, Ökologie und Gerechtigkeit herrschen. Die RLS verfolgt eine Demokratie, in der eine gerechte Umverteilung, sozialökologische Umgestaltung, umfassende Solidarität und ein demokratisches Umsteuern stattfinden. Zentral ist für die RLS, dass Gleichheit und Demokratie untrennbar verbunden sind. Interessanterweise betonen alle Stiftungen die Wichtigkeit der Zivilgesellschaft für eine funktionierende Demokratie. Was die Vorstellungen zu zivilgesellschaftlichen und elitären Partnern, *top-down* und *bottom-up*, DF und zur eigenen Rolle anbelangt, sind sehr unterschiedliche Ansichten zu verzeichnen. Für H. B. spielt DF eine hintergründige Rolle, wohingegen es für K. A. zentrales Anliegen ist. F. N. demonstriert ein sehr institutionelles Verständnis von Demokratie und DF und F. E. eine sehr individualistische Auffassung. Trotzdem setzt F. E. bspw. auf der Mesebene an.

Aus den Werkzeugen zur Inhaltsanalyse hat sich das Bild ergeben, dass die konservativen und marktliberalen Stiftungen eher aus der praktischen Arbeit, die linken Stiftungen hingegen mehr über das eigene Selbstverständnis berichten. R. L. bestätigte diese Einschätzung im Interview, F. E. teilte sie nicht. Alle Stiftungen scheinen zu wissen, dass ihre Arbeit nur beeinflussen kann und gewissen in- und exhärenten Grenzen unterliegt. Als Grenzen der Arbeit in Indien werden organisatorische, wie die FCRA-Lizenz und Kapital-Mängel, ebenso wie thematische, bspw. Kaschmir, und geografische, z. B. die Begrenzung auf Städte wie Neu-Delhi und das Leben in einer Filterblase, angeführt. Insgesamt sehen die Büroleiter ihre Rolle darin, zur Stärkung der indischen Demokratie beizutragen. Mindeststandards wie Wahlen erfüllt Indien ihnen zufolge, alles Weitere wird von den Büroleitern und den Politikwissenschaftlern unterschiedlich eingeschätzt, je nachdem wohin sich der Blick des Befragten richtet. Eine der größten Herausforderungen bleibt die Größe des Landes und damit einhergehend auch auseinanderklaffende Schere bei Arm und Reich oder bei Stadt und Land. Auch die Korruption und der daraus folgende Legitimitätsverlust der staatlichen Institutionen werden von den Büroleitern angeführt.

Nachdem herausgearbeitet werden konnte, dass das Demokratie- und das Selbstverständnis eines Akteurs korrelieren und den Auswahlprozess bei Partnern und Strategien gemeinsam mit den Interessen und Motiven eines Akteurs lenken und zusammen das ‚Warum‘ Sandschneiders bilden, müssen all diese Faktoren in das Modell zur DF aufgenommen werden. Außerdem ist die Sequenzialität der Partner, Strategien, Instrumente und des Zeitpunkts der Förderung zu überdenken, da lediglich gezeigt werden konnte, dass das ‚Wen‘, ‚Wann‘ und ‚Wie‘ korrelieren und aufgrund des vom ‚Wer‘ ausgehenden Auswahlprozesses gewählt werden. All das zeigt Abbildung 43.

Abbildung 43): Modell zur Demokratieförderung



(Eigene Darstellung)

Resümierend wird für jede Stiftung eine Zusammenfassung der DF in Indien dargelegt:

- Die **FES** passt mit ihren Partnern, u. a. Gewerkschaften und NGOs, zwar zu den Hypothesen dieser Untersuchung, aber F. E. benennt als Zielgruppen eher politische und wirtschaftliche Eliten. Trotzdem macht er mit zivilgesellschaftlichen Akteuren 60 Veranstaltungen pro Jahr und mit politischen und wirtschaftlichen Eliten 40. Die FES arbeitet in Indien nicht mit den vorgegebenen Instrumenten, sondern nennt *transformative change making* und *seed communities, multistakeholder roundtables* und *capacity building*. Sie will gesellschaftliche Transformationsprozesse begleiten. Die Soziale Demokratie ist das Thema ihrer DF.
- Die **KAS** passt mit ihrer *top-down*-Strategie in das vorher entworfene Bild. Sie konzentriert sich mit ihren Veranstaltungen auf politische und wirtschaftliche Eliten, hat als einzige Stiftung eine Partei bzw. deren Gliederungen als Partner angegeben und arbeitet bspw. mit Wirtschafts- und Industrieverbänden. Auch die wichtigsten Instrumente – Konferenzen, Fachtagungen und Foren, danach die Vernetzung relevanter Akteure und schließlich Bildungsreisen und Austauschprogramme – passen zur *top-down*-Strategie.
- Die **FNF** passt nur tlw. in das in den Untersuchungshypothesen entworfene Bild der Stiftungen. Sie bewegt sich mit ihrer Partnerwahl in Indien – NGOs, *Think Tanks*, Handelskammer und Akademikerinnen und Akademiker bzw. Universitäten, über die die Stiftung ihre Ideen in die politische Sphäre bringen will – zwischen beiden DF-Strategien. F. N. betont, dass er mit zivilgesellschaftlichen Akteuren arbeitet. Von 87 laut F. N. zivilgesellschaftlichen Veranstaltungen waren zehn mit Wirtschaftsverbänden und 77 mit zivilgesellschaftlichen Organisationen. Als wichtigste Instrumente benennt F. N. Konferenzen, Fachtagungen und Foren, dann Seminare, Schulungen und *Workshops*, anschließend Bildungsreisen und Austauschprogramme und er fügt die Vernetzung relevanter Akteure hinzu. Wie sich im Interview herausstellte, hat die FNF keinen parteipolitischen Partner, weil es keine entsprechende Partei in Indien gibt. Das könnte ein Grund für den starken zivilgesellschaftlichen Fokus der Stiftung sein. Freiheit ist zentrales Thema der FNF. Trotzdem zeigte F. N. ein eher institutionelles Demokratieverständnis.
- Die **HSS** arbeitet v. a. mit Verwaltungen und im Bereich Rechtsstaat und erfüllt insoweit das entworfene Bild von eher *top-down*. Trotzdem spricht H. S. von einem gemischten Strategieansatz. Eine Demokratie muss nach H. S. zunächst gute Regierungsführung, Stabilität, Rechenschaftspflicht gegenüber seinen Bür-

gerinnen und Bürgern und Möglichkeiten zur Partizipation als Voraussetzungen aufweisen. Konstitutiv für eine funktionierende Gesellschaft ist der Einzelne, der bereit ist, Verantwortung für sich und andere zu übernehmen. H. S. sieht im Stärken bilateraler Beziehungen eine wichtige Aufgabe der Stiftungen.

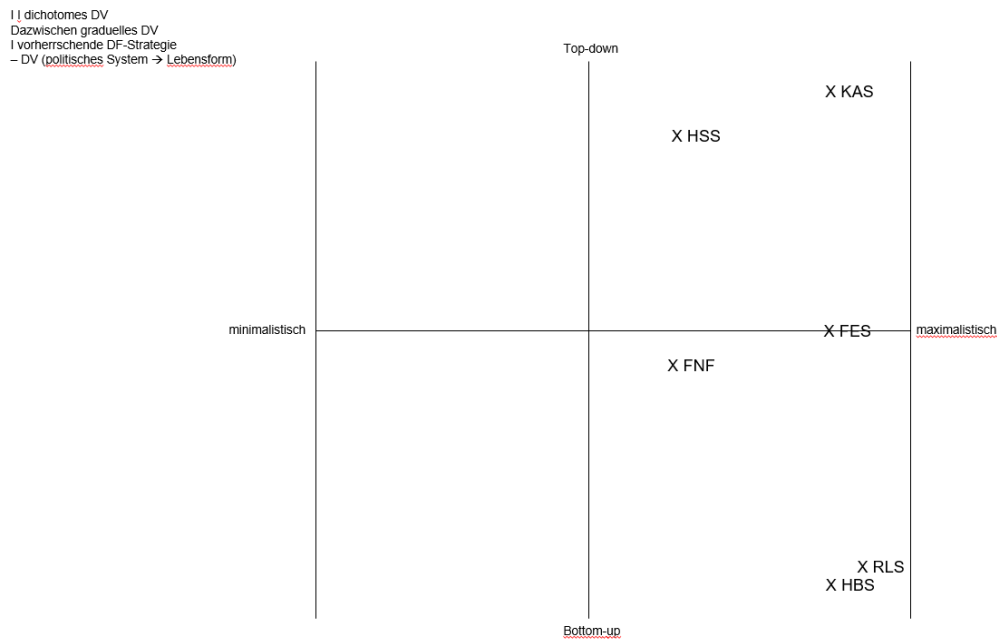
- Die **HBS** bestätigt das entworfene Bild von einer *bottom-up*-Strategie bei eher linken Stiftungen. Sie arbeitet mit NGOs, sozialen Bewegungen, Medienvertreterinnen und Medienvertretern, Schülerinnen und Schülern und Studierenden zusammen. H. B. hat eher selten Kontakt zu Politikerinnen und Politikern. In Indien scheint die HBS nur Veranstaltungen mit zivilgesellschaftlichen Akteuren durchzuführen. Dazu arbeitet sie mit Konferenzen, Fachtagungen und Foren, dann mit Seminaren, Schulungen und *Workshops* und schließlich mit dem Erstellen bzw. Fördern von Studien. DF im engen Sinne spielt für H. B. keine große Rolle. Das Demokratieverständnis der HBS konzentriert sich auf Gleichberechtigung der Geschlechter und von Minoritäten sowie Ökologie.
- Bei der **RLS** ist ein starker zivilgesellschaftlicher, also *bottom-up*-, Ansatz laut ihres Büroleiters Teil der Philosophie – und insofern passt die Stiftung in das in den Hypothesen entworfene Bild. Ziel der Stiftung ist eine Demokratie mit gerechter Umverteilung, sozialökologischer Umgestaltung, umfassender Solidarität und demokratischem Umsteuern. Zentral ist, dass Gleichheit und Demokratie untrennbar miteinander verbunden sind. Die RLS sieht die Stiftungen auch als Übersetzer Richtung Berlin.

Bei den Stiftungen zeigen sich unterschiedliche oder ungenaue Vorstellungen davon, was Eliten, was politische, wirtschaftliche oder zivilgesellschaftliche Akteure sind – bspw. bei Journalistinnen und Journalisten, *Think Tanks* oder wissenschaftlichen Partnern. Außerdem hat sich in der Analyse gezeigt, dass die Stiftungen ihre Arbeit nicht wirklich hinterfragen und dass sie auf einer schwammigen Grundlage basiert, die mit den Werten des jeweiligen Namensgebers umschrieben werden, ohne dass klar wäre, was diese Werte eigentlich sind. Dennoch lassen sich die Demokratieverstellungen vergleichen. Abbildung 44¹³⁵ ist eine subjektive Einordnung der Autorin und zeigt, dass alle Stiftungen ein graduelles Demokratieverständnis aufweisen – kein Büroleiter hat ein dichotomes Verständnis gezeigt. Außerdem verdeutlicht die Abbildung, dass FES und FNF eher kombinatorisch vorgehen, HSS und KAS eher *top-down* und RLS und HBS eher *bottom-up*.

135 S. Anhang.

Bei H. S. und F. N. stellten sich in den Interviews institutionellere Demokratievorstellungen heraus als bei den anderen Büroleitern. Die Abbildung soll keine Messung darlegen oder festgelegte Abstände beschreiben, sondern lediglich zur visuellen Verortung und Vergleichbarkeit der Stiftungen beitragen.

Abbildung 44): Ideeller Raum zum Demokratieverständnis



(Eigene Darstellung)

Nun sollen die Untersuchungshypothesen noch einmal getrennt herangezogen werden: Die **erste Hypothese** besagt, dass bei den Stiftungen ein Demokratieverständnis vorherrscht, das nicht automatisch und ohne Weiteres in jedem Land auf die gleiche Weise nutz- und anwendbar ist. Wie F. N. betonte, ist das Erfolgsmodell Deutschland, bestehend aus Demokratie, Rechtsstaat und Marktwirtschaft, mit leichten Abwandlungen weltweit einsetzbar. R. L. erläutert, dass das Angebot der Stiftungen irgendwann nicht mehr zu einem Zielland passen könnte. F. N. sah dies anders, da seiner Meinung nach jeder Mensch nach Freiheit und Selbstbestimmung strebt. In der vorliegenden Untersuchung hat sich gezeigt, dass die Stiftungen einen demokratischen Grundkonsens haben, der sich in der Schwerpunktsetzung je nach der Gesinnung unterscheidet. Ihr Demokratieverständnis beschreiben die Stiftungen in den Jahresberichten sehr ungenau – oft lediglich zwischen den Zeilen. Die Analyse hat gezeigt, dass die Stiftungen auch in der Praxis

nach einem gewissen – wenn auch schwammigen – Leitbild arbeiten, das sie den jeweiligen Kontexten anpassen soweit dies nötig ist. Ob es unterschiedliche Demokratievorstellungen zwischen ihnen und ihren Partnern gibt und ob ihr Demokratieverständnis zu einem Zielland passt, scheinen die Stiftungen nicht zu thematisieren – weder innerhalb ihrer jeweiligen Stiftung noch mit ihren Partnern. Wenn sich die Stiftungen also keine oder nur wenige Gedanken zu ihrem eigenen Demokratieverständnis machen, ist die Anpassung dieses Verständnisses nur schwer vorstellbar. Vielmehr passen sie offenbar ihre konkreten Maßnahmen an das an, was im jeweiligen Zielland politisch möglich ist.

Die **zweite Hypothese** beschreibt, dass die DF der Stiftungen nach einem Muster abläuft, das zu wenig auf kulturelle und soziale Besonderheiten, wie das Kastensystem in Indien, ausgerichtet ist. Hier kann konstatiert werden, dass die DF der Stiftungen nicht nach einem Muster abläuft, wie vor der Untersuchung angenommen, sondern dass sich die DF in einem ideologischen Spektrum abspielt. Dieses Spektrum hängt mit der politischen Ausrichtung der jeweils nahestehenden Partei zusammen. Deshalb kann R. L. bspw. keine Mittelstandsförderung betreiben – denn das würde sich außerhalb des akzeptablen Spektrums abspielen. Kulturelle und soziale Besonderheiten spielen für das Demokratieverständnis aber tatsächlich, wenn überhaupt, untergeordnete Rollen. Religiöse oder Kasten-Themen scheinen die Stiftungen zu meiden.

Die **dritte Hypothese** besagt, dass es zwei Grundstrategien zur DF unter den Stiftungen gibt und dass KAS, HSS und FNF die *top-down*- und FES, HBS und RLS die *bottom-up*-Strategie bevorzugen. Die Untersuchung hat gezeigt, dass diese Hypothese z. T. richtig ist. Die HBS, KAS und RLS verfolgen recht eindeutig ihre jeweiligen Ansätze. Die HSS reklamiert zwar einen gemischten Ansatz für sich, aber hier ist eine Präferenz für die *top-down*-Strategie erkennbar – passend zur Hypothese. Bei der FES lässt sich durch den Versuch, beide Strategien bspw. mit *Round Tables* zu vermischen, eher ein kombinierter Ansatz konstatieren. Für die FNF kann diese Hypothese aufgrund des Mangels an *top-down*-Partnern und aufgrund der zivilgesellschaftlichen Partner, die sich u. a. mit Freiheit oder Menschen- und Bürgerrechten beschäftigen, für Indien nicht bestätigt werden.

Der **vierten Hypothese** zufolge gibt es unterschiedliche Demokratievorstellungen innerhalb der indischen Gesellschaft und bei den Demokratieförderern, was zu Konflikten führen kann. Das konnten die Büroleiter nicht bestätigen. Der Grund hierfür scheint darin zu liegen, dass sie dies selbst nie thematisieren. Die befragten Politikwissenschaftler hingegen bestätigten beides. Insb. dieser vierten Hypothese widmet sich das letzte Kapitel.

V Conclusio: Demokratieförderung – Ein falscher Begriff?

„Die Demokratie gilt zwar heute bei uns als selbstverständlich, tatsächlich ist sie aber eines der seltensten und delikatesten Gewächse im Dickicht menschlicher Erfahrung“ (Kagan 1991: 14). Auch wenn Optimisten in der Demokratie die Gesellschaftsform sehen, die schlussendlich unvermeidlich ist, hat die Geschichte Kagan zufolge gezeigt, dass die Demokratie „bislang die seltene Ausnahme geblieben“ (ebd.) ist. Wie Trumps demokratisch legitimierte Wahl – die einige als „großen Schritt zur Selbstzerstörung der Demokratie“ (Berbner / Stelzner / Uchatius 2017) sehen –, aber auch Putin, Erdogan, die rechtsnationalen Regierungen in Polen und Ungarn sowie der Aufstieg von Rechtspopulisten in zahlreichen europäischen Ländern zeigen (vgl. ebd.), ist Demokratie niemals sicher (Greven 2003: 91). Sie muss immer wieder verteidigt werden. Jede Generation muss die demokratischen Werte neu erlernen und diese auch tatsächlich praktizieren, so dass Demokratie mehr ist als eine Herrschaftsform, nämlich eine Lebensweise. Sie darf nicht nur Struktur sein, sondern muss sich über demokratisches Handeln definieren.

Deshalb werden die EDF im Allgemeinen, die Arbeit der parteinahen Stiftungen im In- und Ausland im Speziellen und die Demokratisierungsforschung auch in den kommenden Jahren nicht an Bedeutsamkeit verlieren – im Gegenteil. Gerade zu den Zeiten, wenn Demokratie unter Beschuss gerät, muss die Forschung und müssen Demokratieförderer in ihrem Handeln sicher sein. Die seit Jahrzehnten bestehenden Unsicherheiten, wie die Unklarheit über die Effektivität einzelner Maßnahmen und gesamter Strategien, wird die praktische DF nicht auf Dauer ignorieren können. Deshalb wird sie Anregungen aus der Wissenschaft aufgreifen müssen. Die Demokratisierungsforschung wiederum muss sich verstärkt mit ihren Grundsatzfragen auseinandersetzen, um passende Antworten liefern zu können. Der Anspruch der vorliegenden Untersuchung war, sich an diesen Anregungen zu beteiligen. Die wissenschaftliche Betrachtung der Stiftungen als auch der DF sollten aktualisiert und erweitert werden – insb. da die Stiftungen als Förderer vergleichsweise wenig behandelt worden waren, das Demokratieverständnis in Kombination mit der Strategie- und der Partnerwahl bislang nicht untersucht und Indien in der Forschung sträflich vernachlässigt worden war. Dabei sollte der erkenntnisleitenden Fragestellung gefolgt werden, ob eine solche EDF selbst als demokratisch bezeichnet werden kann. Nun wird diese Frage abschließend beantwortet. Nachfolgend werden die Ergebnisse der vorliegenden Untersuchung für die Demokratisierungsforschung, die Programmatik der Stiftungen und deren Praxis resümiert, generalisiert und eingeordnet.

Bei den drei großen Forschungssträngen, die laut Leininger DF bearbeiten, zählt die vorliegende Untersuchung sicherlich zu den normativen Studien, die die Legitimität von EDF hinterfragt. Dennoch dienen auch wichtige Teile der Studie dem zweiten Strang, der das Handlungsfeld systematisiert, denn zu den Stiftungen und zur DF in Indien gab es bislang nur sehr wenige Informationen. An dieser Stelle sei dafür plädiert, den Dichotomien und Kategorisierungen in der Politikwissenschaft weniger Gewicht beizumessen. Diese können, wie bereits Fritz W. Scharpf (vgl. Massing 2012: 310) und Manfred G. Schmidt (vgl. Schmidt 2010: 494f) betonen, nie alles erklären. Dichotomien und Kategorisierungen haben ohne Zweifel ihren Nutzen. Sie können z. B. als Orientierungshilfe dienen. Aber sie sollten nicht so überhöht angewendet werden, wie dies derzeit in der Politikwissenschaft oft der Fall ist – v. a., „weil alle Polarisierungen zwischen ‚uns‘ und ‚denen‘ politisch höchst problematisch“ (Müller 2008: 43) sind.

Forschung:

Kann EDF demokratisch sein? Kann eine Einmischung von außen jemals demokratisch sein? Wenn ja, wie? Um diese Fragen aus politikwissenschaftlicher und demokratiefördernder Sicht zu beantworten, muss sich ein Forscher bzw. eine Forscherin oder ein Förderer darüber klar werden, was er oder sie unter Demokratie versteht und welche Demokratie gefördert werden soll. Ist das Ziel, eine liberale Demokratie nach westlichem Vorbild aufzubauen? Oder sollen liberaldemokratische Werte vermittelt werden? Soll die Bevölkerung vor Ort – in vorliegenden Fall die Inderinnen und Inder – ihre eigene Version von Demokratie entwickeln?

Die Frage, ob EDF jemals demokratisch sein kann, könnte v. a. im Hinblick auf die staatliche Souveränität des Ziellandes mit ‚Nein‘ beantwortet werden, denn die Stiftungen bzw. alle Förderer, die in ein Land kommen und dort die Demokratie fördern wollen, streben danach, diese Zielländer zu beeinflussen und zu verändern und womöglich das bestehende System zu stürzen (vgl. Bartsch 1998: 193). Der EDF deshalb aber generell abzusprechen, dass sie demokratisch ist, geht zu weit. Ernst-Otto Czempel zufolge führt sinkender Druck von außen auf eine Autokratie am ehesten zu freiheitlichen Bestrebungen im betreffenden Land. D. h., „nicht Pressure oder gar Gewalt, sondern Entspannung und Kooperation, gutes Beispiel [...] und die sanfte Unterstützung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten bieten die günstigsten Möglichkeiten für einen autonomen Demokratisierungsprozess“ (Müller 2008: 48). Förderer zielen zwar auf die Beeinflussung und den Wandel

in ihren Zielländern ab. Dies kann und soll in autokratischen Systemen auch durchaus zum Umsturz führen. Doch die Stiftungen sind zum einen nicht ohne das Wissen der betreffenden Regierungen in deren Ländern und zum anderen gehört zu ihrer DF, dass sie die Bürgerinnen und Bürger des betreffenden Landes befähigen wollen, sich ihrer Rolle als Souverän bewusst zu werden und entsprechend zu handeln – und das ist ohne jeden Zweifel ein demokratisches Anliegen.

Das grundlegende Spannungsfeld der Demokratisierungsforschung ist – und wird es bis auf Weiteres auch bleiben – die Frage, was Demokratie überhaupt ist. Ohne Klarheit beim Demokratiebegriff herrschen in der Praxis Vagheit, Uneinheitlichkeit und Missverständnisse vor. Diese Frage muss sich aber auch die Forschung immer wieder stellen und regelmäßig neue Antworten darauf finden (vgl. Möllers 2013: 279; Pickel / Pickel 2006a: 8), da Demokratie nichts Statisches ist, sondern – *panta rhei* (Heraklit) – immer im Fluss ist, sich ständig verändert. Dabei sollte stets mit angemessenen Definitionen gearbeitet werden, und der Demokratiebegriff darf nicht normativ überladen werden (vgl. Pickel / Pickel 2006a: 8; Möllers 2013: 279). Dies gilt auch für die überhöhte politische Beschwörung des Demokratiebegriffs, die zu einer floskelierten, entleerten Hülle führt, die meist auch noch als normativ höherwertig gegenüber allem anderen angesehen wird. Das ruft in anderen Ländern nicht gerade Glaubwürdigkeit hervor (vgl. Engels 2016: 26). Insb. weil – wie in der vorliegenden Untersuchung dargestellt wurde – sich das Demokratieverständnis von einem zum anderen Menschen, von einem zum anderen Land, Kulturkreis, Kontinent usw. erheblich unterscheiden kann.

Für die Politikwissenschaft und die Demokratieförderer bedeutet das, dass die *Comparative Political Theory* vorangetrieben werden muss. Denn: „Die Bearbeitung der Frage, wie Demokratie weltweit *begriffen* wird, steht [...] noch am Anfang“ (Schubert / Weiß 2016b: 16; Hervorhebung im Original, V.S.; vgl. Eisentraut 2016: 150). Hidalgo macht bspw. deutlich, dass sich eine bestimmte Demokratieform aus verschiedenen Spannungsverhältnissen herausformt. Dazu gehören z. B. Freiheit vs. Gleichheit, Gemeinschaft vs. Individuum, Repräsentation vs. Volkssouveränität (vgl. Hidalgo 2016: 35, 41). Je nachdem wie diese Spannungsverhältnisse gelöst werden, entstehen unterschiedliche Formen im demokratischen Spektrum, die allesamt gleichberechtigt nebeneinander stehen. Dadurch können nicht-westliche Demokratien die Konflikte für sich passend ausartieren und trotzdem gibt es Grenzen, die Demokratien von anderen Staatsformen absetzen (vgl. ebd. 45). Dies bedeutet, dass unterschiedliche Demokratisierungswege be-

schritten werden können (vgl. Pickel, G. 2016: 283) und dass es weltweit sehr unterschiedliche Demokratieverständnisse gibt und geben darf. Dies bezeichnen Schubert und Weiß als ‚multiple meanings of democracy‘ (vgl. Schubert / Weiß 2016c: 597). Dies ermöglicht wiederum herauszuarbeiten, was das Universale der demokratischen Idee ist (vgl. Hidalgo 2016: 50; Osterberg-Kaufmann 2016: 343).

Programmatik:

Der nächste Schritt in der Frage ‚Kann DF selbst als demokratisch bezeichnet werden‘ bezieht sich nicht mehr auf das ‚Ob‘, sondern auf das ‚Wie‘. Die Stiftungen haben mit ihrem Vorgehen also selbst in der Hand, ob ihre Arbeit als demokratisch bezeichnet werden kann. Der EZ und der DF wird seit Jahrzehnten vorgeworfen, dass die Industrieländer durch sie ihre wirtschaftliche und kulturelle Dominanz festigen wollen und damit neokolonial wirken. Ein Grund dafür liegt darin, dass solche Projekte häufig mit Investitions- und Marktchancen einhergehen. Außen- und sicherheitspolitische sowie wirtschaftliche Aspekte haben stets eine Rolle gespielt (vgl. Speich Chassé 2016). Die westlich-liberale Demokratie wird deshalb sogar z. T. als Imperialismus abgelehnt (vgl. Eisentraut 2016: 150). Wie bereits erläutert, gibt es in der DF zahlreiche Motivationen und Interessen, die häufig in einer Mischung auftreten. Die Stiftungen haben im Vergleich zu Nationalstaaten in dieser Hinsicht einen einfacheren Stand, da sie z. B. nicht automatisch im Verdacht stehen, neue Märkte für die Wirtschaft ihres Landes zu erschließen. Hier können bspw. militärische Interventionen oder die negative Konditionalität angeführt werden. Wenn ein Staat militärisch eingreift, um eine Demokratie zu erzwingen oder wenn Konten eingefroren oder Gelder nicht gezahlt werden, um Verhalten zu bestrafen (vgl. Grimm 2010: 288f; Leininger 2015a: 512), kann dies kaum als demokratisch angesehen werden. Dies wird in der Forschung inzwischen auch als kontraproduktiv eingeschätzt. Denn es wirkt wie ein Oxymoron, wenn Bürgerinnen und Bürger durch Zwang und Oktroyierung zu mehr Freiheit und Selbstbestimmung kommen sollen, insb. da zu großer Druck von außen auch in elektoralen oder sich entwickelnden Demokratien gegenteilige Reaktionen hervorrufen und dadurch die Situation vor Ort verschlimmern kann, sodass sich die Bevölkerung abschottet (vgl. Richter 2014: 159) – dies könnte im Übrigen auch nur auf einen Teil der Bevölkerung zutreffen. Deshalb sei stets für ein partnerschaftliches Miteinander plädiert, bei dem DF nicht als Exportmaßnahme gesehen wird (vgl. Faust 2011: 2).

Doch nicht nur Förderer, die Nationalstaaten sind, auch die Stiftungen erleben in ihrer täglichen Arbeit Dilemmasituationen und können ihre Glaubwürdigkeit und das in sie gesetzte Vertrauen erschüttern. Bei den Stiftungen lässt sich in Bezug auf die Interessen und Motivationen zunächst eine Mischung konstatieren, wie dies bei jedem Förderer zu vermuten ist. Sowohl die normative Motivation, die DF als moralische Verpflichtung sieht, als auch das idealistische Motiv, das Demokratie aufgrund ihrer funktionalen Überlegenheit gegenüber anderen Systemen präferiert, sind bei den Stiftungen erkennbar. Das Motiv des Selbstschutzes ist bei Nationalstaaten vermutlich am stärksten ausgeprägt, kann aber z. T. auch bei Akteuren aus einem Land wie Deutschland zutreffen. Da sich die Theorie des demokratischen Friedens relativ hartnäckig in ihrer ursprünglichen Form – Demokratien sind friedfertiger als andere Systeme – auch bei Förderern hält, ist der Beitrag zum Frieden und zur Völkerverständigung auch eine Motivation, die die Stiftungen in ihren Jahresberichten und in den Interviews nennen. Die Motivationen des Homogenitätsstrebens von Demokratien, das Ausweiten von Marktwirtschaften zur Etablierung neuer Märkte, geostrategische Ziele und bilaterale Beziehungen, wie eine koloniale Vergangenheit, sind eher bei Nationalstaaten zu vermuten als bei Akteuren wie den Stiftungen. Dennoch können diese Motive mitschwingen – wie beim Fokus der FNF auf Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft deutlich wird. Für Akteure wie die Stiftungen kommt allerdings noch ein weiteres Motiv hinzu, das Vertrauensverluste hervorrufen kann. R. L. erklärte im Interview: „Ich habe mich jetzt nicht mit der Geschichte politischer Stiftungen und ihrer Auslandsarbeit beschäftigt, aber es ist ja wohl ein bisschen systemimmanent, dass man die BMZ-Mittel einfach nur im Ausland ausgeben muss und halt versuche, Vernünftiges damit zu tun, nicht?“ (Interview RLS 2016: 19) Diese Einstellung kann in keiner Weise die Grundlage für die Stiftungsarbeit im Ausland sein. Das impliziert, dass die Stiftungen die ihnen zur Verfügung gestellten Mittel ausgeben, um im nächsten Jahr zeigen zu können, dass sie dieses Geld tatsächlich benötigen und dass sie dieser Zuwendungen erneut bedürfen. Diese Handlungsmaxime, die nichts anderes ist als eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme und eine Legitimierung der eigenen Präsenz im Ausland, wurde durch mehrere Hintergrundgespräche mit Stiftungsmitarbeitern aus anderen Bereichen oder Ländern bestätigt. Hier gilt es dringend, ein neues System zu entwickeln.

Auch wenn dieser Punkt bereits häufig in der Literatur und auch bei den Stiftungen zu hören war, muss auf ihn erneut hingewiesen werden: das Demokratieverständnis. Hier wird unreflektiert von der eigenen Demokratievorstellung ausgegangen und die eigene Denke wird nicht hinterfragt – insb. nicht, ob das eigene Demokratieverständnis zu einem

Zielland und dessen Bevölkerung passt. Förderer müssen sich wie Forscherinnen und Forscher die Frage stellen, wie Bevölkerungen jenseits des Westens Demokratie konzeptualisieren. Dafür ist relevant, wie der jeweilige Kontext von kulturellen, zivilisatorischen, religiösen, regionalen und vielen anderen Aspekten geprägt worden ist und wird (vgl. Schubert / Weiß 2016b: 9, 12). Zu Beginn jeder DF sollte deshalb geklärt werden, was der Referenzrahmen ist (vgl. Campbell / Schaller 2002: 161; Burnell 2011: 132; Gawrich 2014: 19) – und zwar zunächst innerhalb eines Förderers und dann zwischen Förderern und Partnern. Dies scheint trivial, ist aber nach der vorliegenden Untersuchung bei den Stiftungen nicht gängige Praxis. Sich mit dem eigenen Demokratieverständnis zu befassen und dieses mit den Partnern zu diskutieren, ist des Weiteren zu empfehlen, da es die eigene Glaubwürdigkeit in den Zielländern stärken würde (vgl. Faust 2011: 2). Denn wenn Förderer etwas anbieten oder verfolgen, „ungeachtet der Tatsache, wie dies zum Zielland passen mag“ (Gawrich 2014: 45; vgl. Leininger 2015a: 514; Holtz 1996: 224), erscheint dies nicht gerade demokratisch oder glaubwürdig. Und dies führt auch nicht zu konsolidierten Demokratien, sondern zu entkontextualisierten Demokratieelementen und schließlich zu demokratischen Fassaden (vgl. Erdmann / Kneuer 2014b: 336)¹³⁶. Weiterhin müssen Förderer bedenken, dass der Demokratiebegriff bei der ‚Reise‘ zwischen verschiedenen Kontexten und Konstellationen seinen Bedeutungsgehalt verändern kann – insb. beim Übersetzen, Neuinterpretieren und Anpassen (vgl. Schubert / Weiß 2016b: 13). Schubert und Weiß unterscheiden beim Demokratieverständnis zwischen drei *Modi* – Theorien, Diskurse und Einstellungen zu Demokratie – und zwischen drei Akteursgruppen – Gelehrte und Theoretiker, Eliten und Bewegungen sowie ganze Bevölkerungen (vgl. ebd. 17). Dass es beim Demokratieverständnis solch unterschiedliche Ebenen oder Akteure mit differierenden Vorstellungen vom Demokratiebegriff gibt, greifen die Stiftungen aber nicht in ihrer Arbeit auf.

Dazu gehört auch, dass sich ‚Förderer‘ wie die Stiftungen auf Partner im westlichen Stil ausrichten und darüber die authentischeren lokalen Akteure übersehen, was ihnen u. a. Youngs vorwirft (vgl. Youngs 2003: 127). Deswegen ist ein kontextsensibleres Engagement zu empfehlen (vgl. Grävingholt / Leininger / Schlumberger 2009b; Grävingholt / Leininger / Schlumberger 2009a: 2f). Die bereits aufgeworfene Selbstbegrenzung der Stifungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter auf die Hauptstadt oder andere große Städte und

136 S. dazu auch Burnell 2010: 3; Sandschneider 2003: 41; Grimm / Leininger 2012: 392; Grävingholt / Leininger / Schlumberger 2009b; Reiber 2014: 227; Schmitz 2014: 134.

den Kontakt zu gewissen Akteuren, müssen die Förderer zumindest reflektieren, da es hierdurch zu Realitätsverzerrungen kommt (vgl. von Heusinger 2015: 1ff). In den Interviews der vorliegenden Untersuchung hat dies nur F. N. getan: Er berichtet, dass sich die Büroleiter der Stiftungen in Neu-Delhi in einer Filterblase bewegen, da sie v. a. mit gebildeten Städtern zu tun haben (vgl. Interview FNF 2017: 63). Fraglich ist, ob die DF der Stiftungen als demokratisch bezeichnet werden kann, wenn sie v. a. mit eher den Eliten zuzurechnenden Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus Städten wie Neu-Delhi zusammenarbeiten. Dies sind nicht *per se* elitäre Partner, aber sie repräsentieren auch nicht die Bevölkerung. Auch die Multiplikatorinnen und Multiplikatoren erreichen die Menschen nur bedingt, was bereits häufiger in der vorliegenden Studie kritisiert wurde.

Dass beim Demokratieverständnis je nach Gesinnung des betreffenden ‚Förderers‘ Unterschiedliches forciert wird, unterstellte Merkel bereits im Jahr 2010 (vgl. Merkel 2010: 443, 451). Dies wurde jedoch bislang nicht untersucht. Im Rahmen ihrer DF, kann bei den Stiftungen generell ein eher weites Demokratieverständnis konstatiert werden. Sie sehen Konsolidierung als Daueraufgabe (vgl. Sandschneider 2003: 83). In Bezug auf die Strategien lässt sich bei KAS und HSS eher eine *top-down*-Vorliebe und bei HBS und RLS eine *bottom-up*-Präferenz konstatieren. Die FES versucht, beide Ansätze zu kombinieren. Die FNF handelt in Indien zwischen diesen beiden Strategien, mit leichtem *bottom-up*-Fokus. Dies liegt allerdings auch daran, dass es für die FNF bspw. keine parteipolitischen Partner in Indien gibt. Auch diese Ergebnisse scheinen weitestgehend generalisierbar zu sein, wobei die FNF in anderen Ländern genauer betrachtet werden sollte.

Auch die darauf aufbauende Frage, ob es durch differierende Vorstellungen von Demokratie bei ‚Förderern‘ und innerhalb des Ziellandes zu Konflikten kommen kann (vgl. Rovira Kaltwasser 2015: 721), wurde bislang nicht untersucht. Dabei wird in der politikwissenschaftlichen Literatur immer wieder betont, dass für die dauerhafte Konsolidierung einer Demokratie zentral ist, dass das *Gros* der Bevölkerung das neue System akzeptiert, es *de facto* respektiert und auch stützt (vgl. Merkel / Heyne 2015: 736)¹³⁷. Dazu gehört eine unterstützende politische Kultur (vgl. Berg-Schlosser 2012: 21f)¹³⁸, was Pickel und Pickel als Kongruenz von Struktur und Kultur bezeichnen (vgl. Pickel / Pickel 2006c: 49f). Diese Kultur wird von Mythen, lokalen Traditionen, dem Wesen und der Voraussicht von

137 S. dazu auch Merkel 2010: 94, 105, 109; Richter 2014: 161; Sandschneider 2003: 21; Buchstein 2012: 202f; Massing / Breit / Buchstein 2012b: 12; Breit 2012: 188.

138 S. dazu auch Merkel / Gerschewski 2015: 342, 348f; Kirchner / Ehmke 2015: 455; Almond / Verba 1963: 498 in Pickel 2006: 269.; Pickel / Pickel 2006c: 51; Malik *et al.* 2009: 32; Lauth / Pickel 2014: 58.

Anführern, den Künsten, den Stimmen der Intellektuellen, internen *Cleavages* und Vorurteilen, politischen Institutionen, sozialen Bewegungen, vergangenen Siegen und Demütigungen, dem Verlust der Unabhängigkeit, Ausbeutung, Kolonialismus, Besetzungen und vielen weiteren Faktoren geformt (vgl. van Beek 2010: 31; Fish / Wittenberg 2009: 264). Deshalb können auch nicht alle Demokratien gleich sein. „Die Erwartung, eine demokratische Ordnung müsse säkular, marktwirtschaftlich oder sozialstaatlich sein, ist keineswegs zwingend“ (Möllers 2013: 285; vgl. Wolff 2009: 250ff). Denn es gibt zahllose demokratische Formen oder Varianten (vgl. Pesch 2012: 163). Deshalb kann etwas, das in einer Region als produktiv angesehen wird, in einer anderen unpassend sein. Was in einer Gesellschaft ohne Reibungen funktioniert, kann in einer anderen Widerstände hervorrufen (vgl. Wagener 2015: 569). Die Vorstellung, dass dasselbe Demokratiemodell wie in Deutschland in jedem Land der Erde genauso umsetzbar ist, zeugt nicht nur von einem Mangel an Wissen von fachwissenschaftlichen Empfehlungen, sondern auch von extremer Arroganz.

Abschließend sei bei der Programmatik der Förderer auf einen Kritikpunkt Burnells verwiesen, nämlich dass vermehrt strategisches Denken in der DF notwendig ist, da auf individueller und institutioneller Ebene ein Lern- und Erinnerungsdefizit besteht (vgl. Burnell 2011: 136). Dazu gehört für die DF aus Deutschland auch, dass der häufig gepriesene Pluralismus gegenüber einem koordinierenden Prinzipal vorgezogen wird (vgl. Karakas 2013: 78). Hier wären etwas mehr Koordinierung und ein stärker erkennbarer roter Faden wünschenswert – Felske spricht ein gemeinsames DF-Konzept (vgl. Felske 2011: 102) an –, insb. da eine Systematisierung dieses hochkomplexen Feldes immer noch nötig ist (vgl. Uhlmann 2009: 251), um verstärkt voneinander lernen zu können. Dies soll nicht bedeuten, dass die Stiftungen ihre bisherige Herangehensweise von einer pluralen, parallelen Förderung über Bord werfen sollen, denn darin liegt eine ihrer Stärken. Doch verstärkte ressortübergreifende Kooperation (vgl. Felske 2011: 41; Gawrich 2014: 22f) würde sicherlich Synergieeffekte erzeugen. Dort, wo DF bislang unbefriedigende Ergebnisse hervorgebracht hat, kann es kein ‚Weiter so‘ geben. Dann wäre die Aufgabe dieser DF immer noch besser. Soll EDF weiterhin betrieben werden, wäre, in Anlehnung an Holtz, der Einstieg in eine bessere DF der logische Schritt (vgl. Holtz 1996: 224). Für die DF des Europarates gab es in den 1990er Jahren z. B. keine wissenschaftliche Expertise und bis 2006 wurde sogar entgegen politikwissenschaftlicher Empfehlungen agiert (vgl. Melzer 2012: 460). Dies darf bei Demokratieförderern nicht länger Handlungsmaxime sein. Zielkonflikte müssen beachtet werden. Wo DF das wichtigste Ziel ist,

müssen andere Ziele auch tatsächlich untergeordnet werden. Die eigene Glaubwürdigkeit gilt es zu erhalten (vgl. Gravingholt / Leininger / Schlumberger 2009a: 2f).

Praxis:

Wenn sich in einem Land wie Indien die Indikatoren zur Qualität der Demokratie verschlechtern, müssen sich Förderer wie die Stiftungen, die seit Jahrzehnten vor Ort u. a. an der Demokratie arbeiten, kritisch selbst hinterfragen. Da dies offenbar nicht oder nur bedingt geschieht, leistet die vorliegende Untersuchung einen Beitrag hierzu.

Einzelfallstudien enden häufig mit dem Hinweis, dass das Fallbeispiel, wie alle anderen Regionen der Erde, so einzigartig ist, dass kein theoretisches Paradigma diese erfassen könne (vgl. Merkel 2010: 438). Die beschriebenen Probleme sind bei der DF der Stiftungen in Indien aber durchaus stark ausgeprägt. Dies kann auch in anderen Ländern oder bei anderen Demokratieförderern der Fall sein. Dies müsste näher untersucht werden. Dass Förderer mehr mit dem *Gros* der Bevölkerung in ihren Zielländern zusammenarbeiten sollten, um es nicht zu den beschriebenen Klüften in einer Gesellschaft kommen zu lassen, dürfte allgemeine Gültigkeit beanspruchen. Gleiches gilt dafür, dass die Demokratievorstellungen von den Eliten und der breiten Bevölkerung besser miteinander verknüpft werden müssen – was auch für westliche Demokratien ein prinzipiell guter Ratsschlag ist – und dass Förderer nicht zu stark an ihren eigenen Vorstellungen von Demokratie hängen dürfen. Kontextsensibles Agieren sollte die oberste Richtschnur für jeden Förderer sein. Aufgrund der explorativen Vorgehensweise mit beschränkter Datenlage und der Anlage der Untersuchung als Einzelfallstudie bleibt die Arbeit trotz allen generalisierbaren Ergebnissen selbstverständlich ein Ausschnitt der Wirklichkeit – insb. da die übrigen Tätigkeitsfelder der Stiftungen und ihre Arbeit in anderen Ländern ausgeblendet wurden. Es ist anzunehmen, dass sich die DF der Stiftungen in Autokratien, *failed states* oder westlichen Demokratien erheblich von ihrem Engagement in Indien unterscheidet. Dennoch gibt es zahlreiche bereits beschriebene Ergebnisse, die über Indien oder die Stiftungen hinaus relevant sind. Zum Abschluss wird nun die Praxis der Stiftungen als Demokratieförderer in Indien resümiert und eingeordnet.

In Bezug auf die Vermittlung (liberal-)demokratischer Werte gehen einige Stiftungen, wie die FNF, davon aus, dass Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft – alle offenbar nach der dem Förderer bekannten Form – überall einsetzbar sind. R. L. hingegen meint, dass das Angebot einer Stiftung irgendwann auch nicht mehr zu einem Zielland

passen kann. Tatsächlich scheinen die Stiftungen jedoch nicht hinterfragt oder durchdacht zu haben, ob jede Demokratie säkular, marktwirtschaftlich oder sozialstaatlich sein muss. Gerade vor der Religion, einem der umstrittensten Aspekte der politischen Kultur, scheinen die Stiftungen in Indien sogar regelrecht zurückzuschrecken. Förderer sollten Religionen aber nicht als schwieriges Gebiet, als gewaltbereit oder friedfertig ansehen, sondern sie sollten die Wechselwirkungen zwischen Politik und Religion in den Blick nehmen (vgl. Künkler / Leininger 2013a: 15ff). Gerade in Indien, wo das Kastensystem und die Religion enormen Einfluss ausüben, dürfen sich Demokratieförderer nicht einfach vor diesen Themen verstecken – insb., wenn mit der Religion ein ganzes Gesellschaftssystem einhergeht. Wenn die Stiftungen bspw. die Demokratiedefinition des Demokratiebarometers anwenden – wie in dieser Studie –, das unter Demokratie das Spannungsfeld aus Freiheit, Gleichheit und Kontrolle subsumiert, könnte eine demokratische DF sein, dass mit demokratischen Akteuren vor Ort zusammengearbeitet wird. Es könnte bedeuten, dass mit den Partnern im Zielland grundlegende Konzepte im Dialog erarbeitet werden, um die für das Land passende Demokratie zu entwickeln. Demokratische Werte können vermittelt und gefördert werden und die DF kann auf das Gemeinwohl abzielen. Dazu gehören in Indien u. a. die Chancengerechtigkeit zur Partizipation und der kritische Intellekt. Die Stiftungen betonen zwar stets, dass sie mit ihren Partnern auf Augenhöhe zusammenarbeiten, aber dies muss auch zu den zentralen Fragen der DF in Indien geschehen und nicht nur zu Teilaspekten oder einzelnen Projekten. Bleiben die Stiftungen bei ihrem derzeitigen Vorgehen, stellen sich die Fragen, ob diese ‚Demokratieförderung‘ überhaupt den Namen verdient und ob es wirklich um Demokratie geht. Vielleicht treffen es Begriffe wie Liberalisierungsförderung oder Selbstermächtigungsbetter.

Das eigene Handeln sollten Förderer generell stärker hinterfragen (vgl. von Heusinger 2015: 6). Es ist möglich, dass die Stiftungen selbst zwar ein liberales Demokratieverständnis aufweisen, aber bei ihrer DF Demokratie auf Mindeststandards reduzieren. Dies müsste mit einer größer angelegten Studie untersucht werden. In einem Land wie Indien, in dem die notwendigen formalen Mindeststandards existieren, sollte die Demokratisierung der Demokratie Maßstab des Engagements sein. Denn Demokratisierung ist ein niemals endender Prozess und bleibt eine dauerhafte Aufgabe (vgl. Bühlmann 2011b: 32)¹³⁹. Dies kann laut Birsl aber nicht *top-down* erfolgen, da Demokratisierungsprozesse als soziale Bewegungen, als Emanzipationsbewegungen funktionieren und da Demokra-

139 S. auch Munck 2012: 37; Rose / Mishler / Haerper 1998: 28; Möllers 2008: 9; Salomon 2012: 127.

tie als Herrschafts- und Lebensform jeden einzelnen Bürger und jede Bürgerin betrifft und deshalb alle einbeziehen muss (vgl. Barber 2003: 237; Brennan 2016: 6). Demokratische Werte „werden nur dann Wurzeln schlagen, wenn sie im Innern eines Gemeinwesens selbst erkämpft worden sind“ (Euchner 2005: 13; vgl. Saage 2005: 42; Pickel, G. 2016: 283). Dies kann eine geschriebene Verfassung nie ganz einfangen, weshalb Förderer bei den ungeschriebenen Regeln einer Gesellschaft ansetzen müssen, da sich hier entscheidet, wie der demokratische Alltag aussieht (vgl. Birsl 2011: 24). Wie bereits erläutert, besteht bei der DF stets die Gefahr des Fehlschlusses, da die Förderung mit dem Demokratiebegriff arbeitet und da jeder Mensch etwas anderes darunter verstehen kann – insb., wenn klare Definitionen zwischen Förderern und Partnern fehlen. Dies passt auch zu der angeführten Unterscheidung in demokratische Ideale und Praxis (vgl. Munck 2012: 36f; Rueschemeyer 2004: 76). Förderer können natürlich in einem Land wie Indien mit einer Bevölkerung von über 1,3 Milliarden Menschen niemals alle Inderinnen und Inder erreichen. Darauf bezieht sich schließlich auch Merkels Selektionsproblem: Wen sollen Förderer in einer Welt begrenzter Ressourcen als Partner auswählen? Aber die Stiftungen – und alle anderen Förderer – müssen verstärkt die breite Bevölkerung einbinden und nicht mit den immer selben Spitzen von Parteien, NGOs oder ähnlichen Partnern aus Neu-Delhi zusammenarbeiten, da sie dadurch die gegensätzlichen Lebenswelten zwischen Stadt und Land nur noch verstärken.

In Indien sind viele solche Dichotomien und Klüfte erkennbar. Es gibt geografische, regionale und linguistische Gruppen, Alphabeten und Analphabeten, Dorfbewohner und Städter, kommunalistische und Kastengruppen (Chaturvedi / Kumar 2014: 13). Das Land „klemmt zwischen Tradition und Moderne“ (Kunz 2015). Es ist v. a. agrarisch und von Armut geprägt und zählt gleichzeitig in der Informationstechnologie zu den weltweiten Spitzenreitern (vgl. Ganguly / DeVotta 2003a: 1). „Distances, geographical and social, are great in India“ (Chaturvedi / Kumar 2014: 3). Neben Zwangsarbeit blüht die digitale Revolution. Ehemänner bringen ihre Frauen nach der Hochzeit um, um die Mitgift zu kassieren und erneut heiraten zu können, und bestaunen trotzdem die indischen Kandidatinnen für den ‚Miss World‘-Wettbewerb (vgl. Roy 2002: 207f). „Indien lebt in mehreren Jahrhunderten gleichzeitig. Irgendwie schaffen wir es, dass wir gleichzeitig Schritte nach vorn und zurück machen“ (ebd.: 207). Wie bereits angerissen, verstärken sich diese Klüfte zunehmend, was auch anhand der Indikatoren des Demokratiebarometers deutlich wird und was v. a. an kommunalistischen Ausbrüchen oder der Gewalt gegen *Dalits* und Frauen spürbar ist. Dass eine kleine, gut ausgebildete, englischsprachige Elite in Indien

die Entscheidungen trifft (vgl. Chaturvedi / Kumar 2014: 12), hat eine lange Tradition. Wie dargelegt, war sogar die Entscheidung für die Demokratie nach der Unabhängigkeit eine Entscheidung der englischsprachigen, städtischen Eliten (vgl. Malik et al 2009: 40). Bereits davor war die Bewegung der indischen Nationalisten – später die Kongresspartei – eine elitäre Gruppierung, die von der Realität in Indiens Dörfern weit entfernt war (vgl. Fenske *et al.* 2008: 574; Mehta 2003: 46). Wie erläutert, hat erst Gandhi erkannt, dass die Unabhängigkeit von Großbritannien nur als Sammelbewegung zu erreichen war (vgl. Ackerl 2011: 115)¹⁴⁰. Der Erfolg gab ihm Recht. Doch kurz darauf sammelten sich die politischen Eliten wieder hinter Nehru und gestalteten den indischen Staat ohne die breite Bevölkerung nach ihren Vorstellungen – die stark durch die Briten geprägt waren und z. T. immer noch sind (vgl. Malik *et al.* 2009: 29f, 89)¹⁴¹.

Seit der Unabhängigkeit hat sich die Situation für das arme Gros der Menschen nur geringfügig verändert. Denn obwohl Indien international als Aufsteiger gesehen wird und wirtschaftlich insgesamt wächst, hat sich der pro-Kopf-Wohlstand nicht maßgeblich verbessert. Ungefähr 300 Millionen Inderinnen und Inder leben immer noch unter der Armutsgrenze von 1,25 US-Dollar am Tag, was einem Drittel der Armen weltweit entspricht, und 730 Millionen Inderinnen und Inder – 59 Prozent der indischen Bevölkerung – müssen mit weniger als 2 US-Dollar auskommen (vgl. Betz / Neff / Plagemann 2015: 3). Vom Wachstum profitieren derzeit v. a. die reichen Eliten, was zu einer wachsenden Ungleichheit führt. Besonders die jungen Inderinnen und Inder – rund 30 Prozent der Bevölkerung sind jünger als 14 Jahre –, die oft schlecht ausgebildet sind, sehen einer unsicheren Zukunft entgegen (vgl. Neff / Schöttli 2011: 5). Das darf einem demokratischen Staat nicht gleichgültig sein – insb. da sich ein solcher Staat irgendwann mit einer instabilisierenden Legitimitätskrise konfrontiert sieht, wenn es ihm dauerhaft nicht gelingt, das Existenzminimum seiner Bevölkerung zu sichern (vgl. Rauch 2015: 20; Ehm 2015: 11).

Diese ökonomische Ungleichheit spiegelt sich in gesellschaftlicher Hinsicht. Die Mittel- und Oberklassen schicken ihre Kinder nicht auf öffentliche, sondern auf Privatschulen, wodurch es zu sozialer Segregation kommt, da sich die Armen solche Schulen nicht leisten können. Gekoppelt ist dies stets mit dem Kastensystem, da die Armen meist zu den niederen Kasten, Kastenlosen und Stammesangehörigen zählen (vgl. Engineer 2010: 173).

140 S. dazu auch McMillan 2008: 737; Malik *et al.* 2009: 23, 26f; Mehta 2003: 46ff; Meisig 2003: 187f; Fenske *et al.* 2008: 574.

141 S. auch Fenske *et al.* 2008: 575; Chaturvedi / Kumar 2014: 22; Mehta 2003: 58f; Verney 2000: 414.

Politisiert wird all dies durch die Mobilisierung über Kasten und Religionen, was laut Sharma die Klüfte nur noch verstärkt (vgl. Sharma 2003: 82). Diese Korrelation von sozioökonomischen, religiösen und politischen Spaltungen ist es auch, was die Situation in Indien so gefährlich macht (vgl. Petersmann 2012; Meisig 2003: 171; Ihlau 2006: 46). Dass dies bislang nicht zu einem Flächenbrand geführt hat, lässt sich zumindest tlw. mit *dharma* und *karma* erklären. *Dharma* ist, wie erwähnt, die Lebensaufgabe für Hindus, die durch die Geburt in die jeweilige Kaste zugewiesen wurde. *Karma* ist die Vorstellung, nach der alle mentalen, emotionalen und physischen Handlungen das folgende Leben bestimmen. Viele Hindu-Frauen und -Männer sehen ihre Geburt in eine niedrige Stellung als Resultat ihrer schlechten Handlungen aus vergangenen Leben. Bei einer Auflehnung gegen die vom *dharma* vorgegebenen Pflichten, müssen Hindu-Männer und Frauen also fürchten, es im nächsten Leben noch schlechter zu treffen als in diesem (vgl. Roy 2014: 24; Hörig 2014b: 49). „So it's best to behave“ (Roy 2014: 24).

Die Macht dieser Ansichten zeigt sich auch an folgendem Aspekt: Die Unberührbarkeit wurde offiziell mit der Ratifizierung der Verfassung abgeschafft – dennoch existiert sie weiter und hat immer noch enormen Einfluss auf das Leben in Indien (vgl. Adeney / Wyatt 2010: 108). Obwohl es unter den Inderinnen und Indern eine große Zustimmung zum Staat und zur Verfassung gibt, hat die Mehrheit von ihnen einigen Autorinnen und Autoren zufolge bis heute enorme Schwierigkeiten damit, mit den grundlegenden Werten in der Verfassung übereinzukommen (vgl. Malik *et al.* 2009: 40; Rösel 2009: 146; Wagner 2007a: 6; Wagner 2007b: 573; Wagner 2014). Dies lässt sich an zahlreichen Beispielen verdeutlichen. Obwohl es sich bei der Geschlechtsbestimmung und Abtreibung von weiblichen Föten seit 1994 um eine bundesweite Straftat handelt, wird dies immer noch weit hin praktiziert. Schätzungen zufolge wurden seit den 1980er Jahren 10 Millionen weibliche Föten in Indien abgetrieben (vgl. Riecker 2014; Adeney / Wyatt 2010: 121). Mädchen werden illegaler Weise als Kleinkinder verheiratet. „Weder die Eltern noch die Behörden kümmern sich um die entsprechenden Gesetze“ (Kunz 2015). Die Gleichstellung der Frau wurde zwar in der indischen Verfassung festgehalten, nach der Unabhängigkeit setzten sich die althergebrachten sozialen Strukturen aber durch. Sie sind weiterhin Menschen zweiter Klasse (vgl. Khanal 2014: 45; Hörig 2013c: 43). Das gleiche gilt für *Dalits* und *Adivasis*, die regelmäßig ihrer Menschenrechte beraubt werden – z. T. von staatlichen Behörden und der Polizei (Adeney / Wyatt 2010: 111)¹⁴². Eigene Institutionen, wie

142 S. auch Jaising in Dominguez 2014; Krishnan 2014; Hörig 2013a: 46; Lobe 2013; D'Monte 2014a: 36.

die angeführten Kastenräte, die v. a. bei Ehestreitigkeiten angerufen werden, haben hingegen einen hervorragenden Ruf, da sie die bei ihnen getroffenen Vereinbarungen auch tatsächlich kontrollieren und durchsetzen (vgl. Randeria 2004: 168). „Still people believe that their social practices are above the Constitution of India” (Ihlau 2006: 48). Der Staat stellt also Regeln auf, kann sie aber nicht durchsetzen, weil die Bevölkerung nach ihren eigenen Vorstellungen lebt, und die selbst eingerichteten Institutionen werden akzeptiert und genutzt. Chaturvedi und Kumar fassen dieses Paradoxon zusammen: „Democracy is there. But the democratic temper is missing” (Chaturvedi / Kumar 2014: 25).

Dabei spielen die tatsächlich gelebten politischen Regeln eine zentrale Rolle, die sich, in Anlehnung an das Konzept der ungeschriebenen Verfassungen von Birsl und Salzborn, von den bspw. in der Verfassung festgelegten Regeln durchaus unterscheiden können. Denn die geschriebene Verfassung eines Staates und seine formalen Mechanismen sagen oft nicht viel darüber aus, was in der alltäglichen Praxis des politischen Systems geschieht, wie die Macht ausgeübt und die Eliten rekrutiert werden, welche Rolle Unterdrückung und Ungleichheit spielen, wie effektiv die Institutionen (inter)agieren, die *politics* und welche politischen Regeln es in formeller und informeller Hinsicht gibt. Diese haben sich, wie in der Debatte um die politische Kultur verdeutlicht, aus historischen oder kulturellen, sozialen Interaktionen und Beziehungen entwickelt. Dazu gehören in Indien u. a. die Geschlechterverhältnisse und das Kastensystem (vgl. Birsl / Salzborn 2014: 12, 19). Politische Macht und Herrschaft konstituieren sich nicht allein im Staat, sondern auch in lokalen politischen Räumen und auf transnationaler Ebene (vgl. Birsl / Salzborn 2016: 130). Die ungeschriebene(n) Verfassung(en) können Birsl und Salzborn zufolge sogar dem Staat das Gewaltmonopol in Abrede stellen. Dies gilt insb. für Staaten, die als schwach wahrgenommen werden. Hier sei auf Randerias Konzept von Indien als listigem Staat verwiesen (vgl. Birsl / Salzborn 2014: 17f).

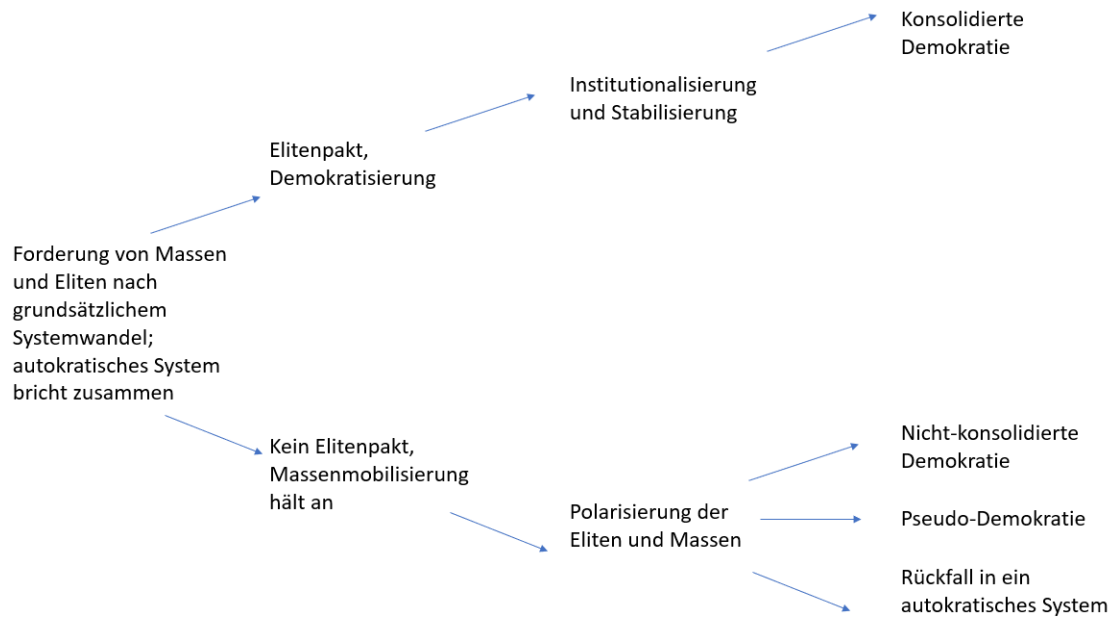
Die Beziehung zwischen geschriebener und ungeschriebener politischer Sphäre kann drei mögliche Formen annehmen: (1) Die ungeschriebenen Regeln des politischen Prozesses sind (weitgehend) identisch mit den formalen Regeln und Institutionen bzw. sie geraten nicht in Konflikt miteinander, wodurch es zu einer stabilen konstitutionellen Ordnung kommt. (2) Die ungeschriebene(n) Verfassung(en) und die geschriebene konfliktieren miteinander, was zu Spannungen zwischen konstitutioneller Realität und Norm führt. Dieses Spannungsverhältnis kann sowohl konstruktiven als auch destruktiven Wandel hervorrufen. (3) Die ungeschriebenen Regeln des politischen Prozesses stärken die poli-

tische Apathie, was auch zu Stabilität führen kann, da ein apathischer Bürger oder eine Bürgerin keinen sozialen oder politischen Aktivismus verfolgt (vgl. Birsl / Salzborn 2014: 19f; Birsl / Salzborn 2016: 136). Die Einstellung der Bürgerinnen und Bürger gegenüber ihrem Staat setzt sich Birsl und Salzborn zufolge aus „(1) längerfristigen, historisch formierten Elementen, (2) stabilen Vorstellungen in Form von weltanschaulichen Konzepten und (3) kurzfristig entwickelten, in deutlich höherem Maße wandelbaren Einstellungen“ (Birsl *et al.* 2014: 17) zusammen. Relevant für einen politischen Raum ist, dass die Bevölkerung darin einen Deutungs- und Handlungsrahmen – also einen Sinnhorizont – teilt (vgl. Birsl / Salzborn 2016: 141). „Denn, was nützt es, wenn Organe und Institutionen einer Demokratie zwar formal existieren und Gleichheits- und Freiheitsrechte über eine Verfassung garantiert sind, aber in Herrschaftsbeziehungen kaum wirkmächtig werden?“ (ebd.: 131) Deshalb unterscheidet Pelinka die *de-iure*- und die *de-facto*-Verfassung in Indien. Auch andere Autorinnen und Autoren betonen immer wieder Unterschiede zwischen Recht und Wirklichkeit¹⁴³. Im Hinblick auf die Beziehungen zwischen geschriebener und ungeschriebener Verfassung kann für Indien die zweite Variante reklamiert werden. Konflikte aus der rechtlichen und der alltäglichen Realität erzeugen Spannungen. In institutioneller Hinsicht haben die zahlreichen Lebensrealitäten, die bei der Gründung des indischen Staates und seither miteinander konfligiert sind, zu einem formal stabilen politischen System geführt – d. h., hier kam es zu einem konstruktiven Wandel. In gesellschaftlicher Hinsicht ist dieses Spannungsverhältnis aber eher destruktiv – insb. im Verhältnis zur politischen Sphäre, was zu einer Kluft führt. Dies geht v. a. mit dem Gegensatz zwischen den Eliten und der breiten Bevölkerung einher.

Wie bereits herausgearbeitet wurde, sind in den einzelnen Phasen der Transition unterschiedliche Gruppen von Bedeutung. Zahlreiche Autorinnen und Autoren, wie Merkel und Puhle, verdeutlichen, dass Eliten für jede Konsolidierung benötigt werden und dass es ohne sie zu nicht-konsolidierten oder Pseudo-Demokratien oder zum Rückfall in ein autokratisches System kommt (vgl. Merkel / Puhle 1999: 56; Merkel 2010: 89). Doch Merkel führt auch an, dass eine Demokratie ohne die breite Bevölkerung nicht als wirklich konsolidiert angesehen werden kann (vgl. Merkel 2010: 124). Zentral ist, dass die Bürgerinnen und Bürger das theoretische Demokratieverständnis teilen (vgl. Pickel, S. 2016: 320).

143 S. auch Pelinka 2003: 110; Bronger 1996: 36; D'Monte 2014a: 36; Chaturvedi / Kumar 2014: 1.

Abbildung 45): Transformation mit und ohne Elitenübereinkünften



(Eigene Darstellung; Quelle: Merkel / Puhle 1999: 56)

Was bislang nirgends in der Literatur Berücksichtigung findet, ist die Rolle von differierenden Demokratieverständnissen. Das Demokratieverständnis wird im Sinne der politischen Kulturforschung von zahlreichen Faktoren beeinflusst, die sich von Land zu Land, Region zu Region, Gruppierung zu Gruppierung und sogar von Individuum zu Individuum unterscheiden können. Diese unterschiedlichen Demokratievorstellungen führen zu mehreren Komplikationen: Zum einen ergeben sich daraus auf der Seite der Demokratieförderer Konflikte innerhalb eines Akteurs (hier die parteinahen Stiftungen) und in der Kooperation von Akteuren untereinander sowie in der Arbeit mit Personen und Organisationen im zu fördernden Land (hier in Indien); zum anderen kann eine Gesellschaft mit sich selbst konfliktieren, was die Demokratievorstellungen betrifft. So können bspw. die Eliten weitaus demokratischer – aus westlich-liberaler Sicht – sein als die breite Bevölkerung. Es kann davon ausgegangen werden, dass dies in Indien der Fall ist. Die indischen Eliten, die häufig anglophone Schulen besuchen und in Großbritannien oder den USA studieren bzw. besucht und studiert haben, wurden bzw. werden anders sozialisiert als die übrigen Inderinnen und Inder. Innerhalb der indischen Gesellschaft ist außerdem von einer graduellen Abstufung auszugehen. In urbanen Bereichen ist eine – aus westlich-liberaler Sicht – demokratischere Einstellung zu vermuten als in ruralen Gebieten. In

extremen Fällen – wie in Indien – klafft die Schere zwischen den beiden Extremen so weit auseinander, dass es zu intrasozialen Klippen kommt. Dies äußert sich z. B. in gewaltsamen Ausbrüchen, bei denen bewusst gegen die Spielregeln des demokratischen Gefüges angekämpft wird. Hier können die immer häufiger auftretenden bzw. bekannt gewordenen Angriffe auf *Dalits* und auf Frauen angeführt werden, die mit den Regeln des Rechtsstaats nicht vereinbar sind – v. a. da es sich nicht um Einzelfälle handelt¹⁴⁴.

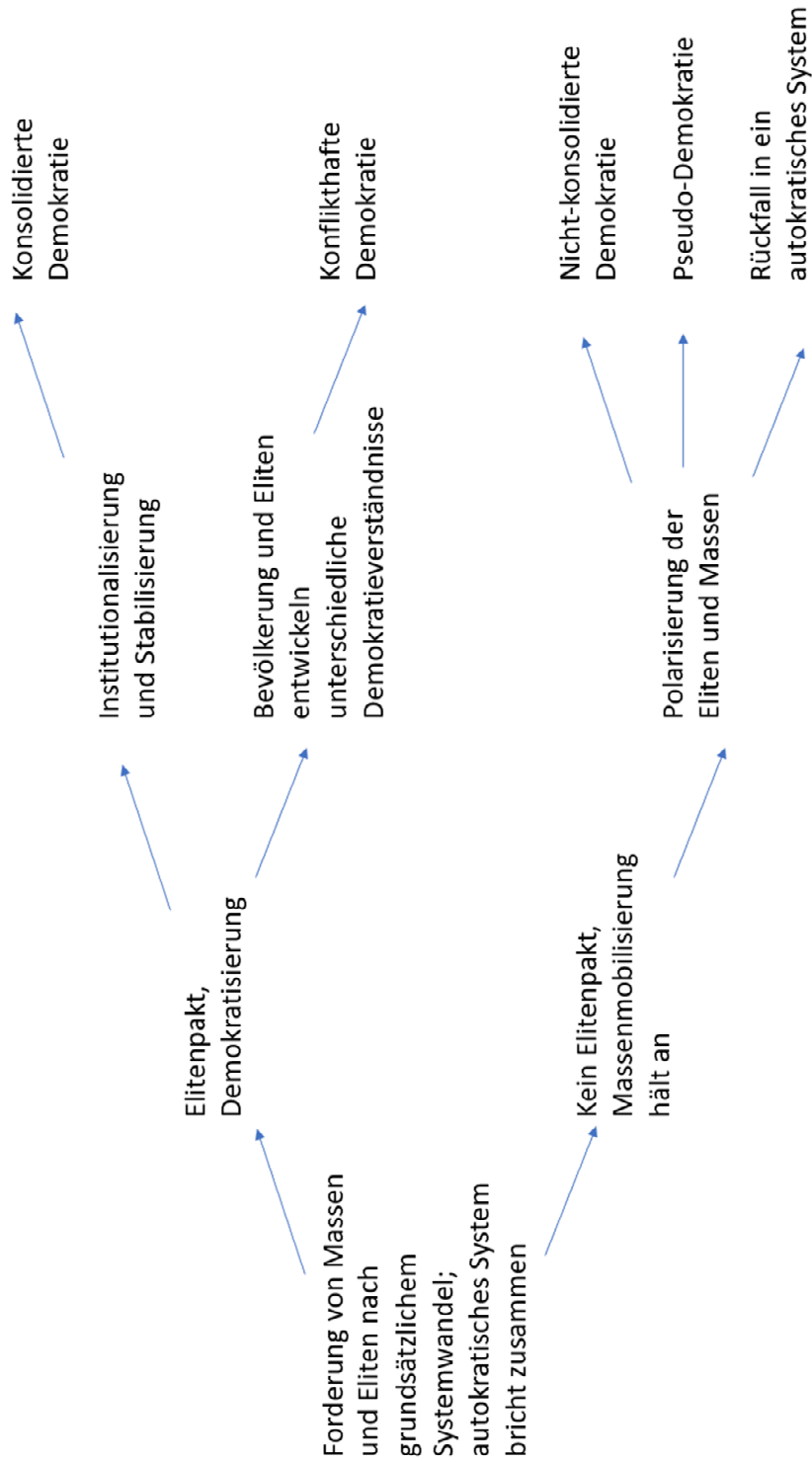
In dieses Muster passt auch das Unvermögen des indischen Staates, die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger zu garantieren. Die Gleichheit aller Inderinnen und Inder und deren Sicherheit sind eigentlich von den Eliten per Verfassung und Gesetzen vorgegeben. Die Ausführung dieser Regeln – Stichwort: ungeschriebene Verfassung von Birs und Salzborn – wird der breiten Bevölkerung übertragen, nämlich Polizei und Verwaltung. Daran scheitert die Umsetzung jedoch häufig, da viele Polizistinnen und Polizisten bspw. nicht auf Notrufe von *Dalits* reagieren, weil sie sie als minderwertige Menschen betrachten – im Gegensatz zu den von den indischen Eliten aufgestellten demokratischen Spielregeln¹⁴⁵. Deutlich wurde dies auch im Interview mit F. N., dem zufolge kommunalistische Ausschreitungen als Mobilisierungsinstrument dienen (vgl. Interview FNF 2017: 63). Wird ein *Dalit* verprügelt, geht es darum, „ihm mal zu zeigen, wo er hingehört“ (ebd.), also ein „in-die-Schranken-weisen“ (ebd.). Es kann bei Demokratisierungsprozessen also passieren, dass die neuen Regeln nicht durchgesetzt oder akzeptiert (vgl. Merkel / Wagener 2015: 63) oder dass die Regeln noch nicht akzeptiert werden, da makropolitische Veränderungen deutlich schneller möglich sind als meso- oder mikropolitische, worauf bereits Geoffrey Pridham im Jahr 1995 hingewiesen hat (vgl. Kollmorgen / Merkel / Wagener 2015b: 23; Merkel / Heyne 2015: 736; Meisburger 2012: 155). Mit Bezug auf Hobbes betont Nida-Rümelin, dass das staatliche Gewaltmonopol die „Bedingung des Friedens“ (Nida-Rümelin 2016: 102) in einer Gesellschaft ist. Deshalb gehören Demokratie und Rechtsstaatlichkeit unauflösbar zusammen (vgl. Karakas 2013: 322; Ehm 2015: 11; Knobloch 2016: 225ff). Ähnliches gilt für die Gleichheit aller Menschen. „Wird ein Volk nicht regiert, sondern regiert es sich selbst in Freiheit, so kann dies nur gelingen, wenn

144 Auch in westlich-liberalen Demokratien gibt es Übergriffe auf Frauen oder auf gesellschaftliche Minderheiten. Dabei handelt es sich meist jedoch um Einzeltäterinnen und -täter und nicht um Phänomene, die in einem derart breiten Ausmaß, beinahe gesamtgesellschaftlich, auftreten.

145 Anzumerken ist hierbei, dass bei Polizistinnen und Polizisten und Verwaltungsangestellten – als Teil der Exekutive – eigentlich davon ausgegangen werden könnte, dass demokratischere Vorstellungen zu finden sind als in der breiten Bevölkerung. Da dies durch die zahlreichen Berichte über folternde Polizistinnen und Polizisten oder über das Ignorieren von hilfessuchenden *Dalits* aber eindeutig nicht der Fall ist, müssten konkretere Forschungen angeschlossen werden.

die Bürgerinnen und Bürger dem Grundsatz zustimmen, dass alle Menschen gleich geschaffen sind und ihre Würde unantastbar ist“ (Breit 2012: 189). Dort, wo Menschen- und Bürgerrechte nicht praktiziert werden, weil es nicht zum Wertesystem passt, bleibt Demokratie ein Oberflächenphänomen, da es zwar institutionelle Regeln befolgt, nicht aber in den Alltag wirkt (vgl. Welzel 2007: 81; Merkel / Puhle 1999: 42; Burnell 2011: 300). Beide Aspekte korrelieren: „Ohne ein staatliches Gewaltmonopol eskalieren die kulturellen, regionalen und religiösen Konflikte zum anhaltenden Bürgerkrieg“ (Nida-Rümelin 2016: 103). Deshalb muss das Schema, das Merkel und Puhle verwenden, um einen Ast erweitert werden, der beschreibt, was passiert, wenn Eliten und die breite Bevölkerung unterschiedliche Demokratieverständnisse entwickeln. Dies ist eine konflikthafte Demokratie, die zwar die institutionellen Kriterien einer Demokratie erfüllt, die aber nicht die notwendige politische Kultur hat. Dies kann durchaus als nicht-konsolidierte Demokratie gesehen werden. Dies sollte intensiver untersucht werden. Insb. da es für Förderer wie die Stiftungen bedeuten könnte, dass sie die intrasozialen Klippen in der indischen Gesellschaft noch verstärken, indem sie mit englischsprachigen Eliten bzw. vornehmlich in Neu-Delhi arbeiten und darüber das *Gros* der Inderinnen und Inder vernachlässigen und mit realitätsverzerrten Bildern der indischen Realität arbeiten. Dies zeigt Abbildung 46.

Abbildung 46): Transformation mit und ohne Übereinkünfte von Eliten und der breiten Bevölkerung



(Eigene Darstellung)

Als Lösungsansatz für dieses Dilemma wäre im Fallbeispiel zum einen in der demokratiefördernden Praxis von außen anzusetzen: Die parteinahen Stiftungen – wie alle externen Förderer – müssen dies in ihre Arbeit miteinbeziehen. Bei *top-down*-Ansätzen muss daran gearbeitet werden, das Demokratieverständnis der Eliten besser in die breite Bevölkerung hinein zu kommunizieren bzw. die verschiedenen Demokratievorstellungen besser miteinander zu verknüpfen. Außerdem müssen Förderer ihre westlichen Eliten-Vorstellungen und ihren Fokus auf diese überwinden, insb. da in neueren Demokratisierungsprozessen außerhalb Europas und Nordamerikas kollektive Akteure von enormer Wichtigkeit sind (vgl. Bos 1996: 105). Bei *bottom-up*-Strategien muss darauf geachtet werden, dass die Vorstellung von Demokratie, die bei indischen Eliten bereits fruchtet, breiter greift als sie es bisher tut, wenn die Förderer ihr eigenes Demokratieverständnis vermitteln wollen. Generell sollten Förderer jedoch weg von institutionellen und prozessualen Komponenten von Demokratie – insb. Wahlen – (vgl. Youngs 2003: 127; Youngs 2004: 35) und stärker auf demokratische Werte setzen. Witsoe plädiert für eine radikale Umstrukturierung von unten – und zwar durch demokratische Praxis (vgl. Witsoe 2012: 328). So wie ein Schüler oder eine Schülerin das Klavierspielen nicht durch bloßes Zuhören, sondern durch eigenes Üben erlernt (vgl. Höffe 2009: 290), werde eine Gesellschaft nur durch demokratisches Handeln und Üben demokratisch. In Anlehnung an Benjamin Barber und seine starke Demokratie sollten Förderer das andauernde Gespräch im öffentlichen, (vor)politischen Raum anstreben und fördern. Dadurch werde die gegenseitige Anerkennung, das Verständnis für ‚den Anderen‘ gestärkt. Die FES versucht genau das mit ihren *Round Tables*.

Gleichzeitig dürfen Demokratieförderer nicht zu starr an westlichen Vorstellungen von Demokratie hängen und sollten versuchen, dass sich eine konsolidierte Demokratie herausbildet, die zur politischen Kultur in Indien passt, denn nur dann kann EDF überhaupt als demokratisch eingeordnet werden. Intern müsste den Eliten in normativer Hinsicht daran gelegen sein, die Demokratisierung ihrer Gesellschaft in ihrem Sinne voranzutreiben, um immer mehr Inderinnen und Inder zu erreichen und gemeinsam die indische Demokratie mit Leben zu füllen. Die Konflikte beim Demokratieverständnis innerhalb einer Stiftung bzw. zwischen verschiedenen Förderern oder zwischen Demokratieförderern und Inderinnen und Indern können nur durch das Reflektieren des jeweils eigenen Demokratieverständnisses und durch das Thematisieren des Demokratieverständnisses innerhalb und zwischen Förderern und Partnern behoben werden.

Es wurde herausgearbeitet, dass die Stiftungen ihre Partner und Strategien je nach Gesinnung auswählen und im Hinblick auf die Partner nach ihrer Ansicht passende Instrumente verwenden – was sich v. a. auf das ‚Was‘, ‚Wie‘ und ‚Warum‘ der von Sandschneider und Merkel abgeleiteten Fragen bezieht. Dies dürfte für die Stiftungen überall zutreffen. Auch das partnerschaftliche Vorgehen auf Augenhöhe, das die Stiftungen immer wieder betonen, dürfte als generelles Maß gelten, das sie an ihre internationale Arbeit anlegen. Allerdings ist zu hoffen, dass ein grundlegendes Diskutieren über das Verständnis von Demokratie innerhalb der Stiftungen und zwischen Stiftungen und ihren Partnern dieses partnerschaftliche Vorgehen erweitert, da die DF der Stiftungen sonst auf einem sehr wackeligen Fundament steht.

Schnelle Erfolge erzielen zu wollen, liegt in der Natur des Menschen und der Demokratieförderer. Aber gerade in der DF wäre es fatal, zu viel Wert auf Formalien, auf schnell durchgeführte Wahlen oder zügig erreichte Ergebnisse zu legen. Demokratie und DF sollten als langfristige Strategien angesehen werden. Dafür ist es aber auch notwendig, dass ‚Förderer‘ ihr eigenes Ego zurückschrauben und nicht versuchen, ihrer eigenen Bevölkerung oder Regierung als Geldgebern kurzlebige Erfolge auf Kosten des Ziellandes vorzulegen. Denn Demokratie benötigt Zeit (vgl. Holtz 1996: 223; Dauderstädt / Lerch 2005: 180; Sandschneider 2003: 38). Außerdem gibt es keine Hinweise darauf, dass die Förderung von Minimaldemokratien erfolgreicher ist als die von ‚absoluten‘ Demokratien. Um widerstandsfähige Demokratien in den Zielländern zu erreichen, sollte deshalb auch die Demokratisierung der Demokratie zu den Zielen der Förderer gehören (vgl. Burnell 2010: 10), wie dies die Stiftungen stets betonen. „Die Welt wird insgesamt demokratischer, wenn nicht nur die Demokratisierung eingeleitet wird, sondern auch die weitere Konsolidierung der Demokratie erfolgreich verläuft“ (Merkel 2014: 85).

Die Ergebnisse selbst beauftragter Expertinnen und Experten, die den Stiftungen kaum Fehler in der DF attestieren, erscheinen mehr als unrealistisch und als fragwürdige Praxis (vgl. Betz 1996: 221ff; Hanisch 1996b: 63). Hier spielt das subjektive Eigeninteresse der Stiftungen eine zentrale Rolle, die durch ihre Evaluierungen die eigene Arbeit zu legitimieren und neue Mittel zu gewinnen suchen (vgl. Felske 2011: 22), weshalb Sandschneider vermutet, dass Projekte bereits so geplant werden, dass positive Ergebnisse entstehen (vgl. Sandschneider 2003: 43). Dies bestätigt H. S. im Interview. Für die Evaluierung der Stiftungsarbeit wird deshalb dringend empfohlen, die Gutachtenvergabe von den Stiftungen zu entkoppeln (vgl. Hanisch 1996b: 64), da die Abhängigkeit der Gutachterinnen

und Gutachter von den Stiftungen zu Interessenskonflikten bei den Evaluierungen führen kann. Dies sollte im Übrigen auch im Sinne der Stiftungen selbst sein, da sie nur so ihre Arbeit tatsächlich qualitativ verbessern können. Sinnvoller wäre es, wenn die Evaluierer bspw. beim BMZ angegliedert wären.

Resümee:

Wie aus den obigen Ausführungen deutlich wird, müssen die Forschungshypothesen der vorliegenden Untersuchung modifiziert werden. Unter Berücksichtigung der Analyseergebnisse lauten die veränderten Hypothesen wie folgt:

- 1) Bei den parteinahen Stiftungen herrscht kein klarer Demokratiebegriff vor. Innerhalb der Stiftungen wird über das eigene Demokratieverständnis und was dies für die jeweilige strategische Ausrichtung in der internationalen Arbeit bedeutet, nicht bis kaum gesprochen.
- 2) Da kein klares Demokratieverständnis existiert, kann dieses auch Partnern gegenüber nicht kommuniziert und nicht mit diesen diskutiert werden. Vielmehr gehen die Stiftungen davon aus, dass es ein demokratisches Grundverständnis gibt, das überall gleich ist. Deshalb spielen kulturelle und soziale Besonderheiten – wie das Kastensystem in Indien – oder genereller die Möglichkeit, dass es auch andere Arten und Weisen gibt, wie demokratische Ideen umgesetzt werden können, keine Rolle für die parteinahen Stiftungen.
- 3) Es gibt zwei grobe Grundstrategien zur EDF, die sich auch bei der internationalen Arbeit der Stiftungen zeigen: die *top-down*- und die *bottom-up*-Strategie. Es sind bei den Stiftungen Präferenzen erkennbar – wie bei der KAS, die die *top-down*-Strategie bevorzugt, oder bei der HBS, die die *bottom-up*-Strategie vorzieht. Allerdings lassen sich die Stiftungen nicht generell einer der Strategien zuordnen. Die FNF hat bspw. keine parteilichen Partner in Indien, weshalb ein *top-down*-Ansatz schwierig zu verfolgen ist. Die Umstände im Zielland beeinflussen also die Strategiewahl.
- 4) Dass es unterschiedliche Demokratievorstellungen zwischen der indischen Gesellschaft und Demokratieförderern geben könnte, ziehen die Stiftungen nicht einmal in Betracht, weshalb sie blind gegenüber möglichen Konflikten sind, die sich daraus ergeben könnten.

Die vorliegende Untersuchung hat gezeigt, dass in den Stiftungen die eigene Vorgehensweise nicht wirklich hinterfragt wird und die Grundlage häufig recht schwammig mit den Werten der jeweiligen Gründungsfigur erklärt wird. Was unter diesen Werten genau zu verstehen ist, was Demokratie als Grundlage für DF überhaupt bedeutet, ob es differierende Vorstellungen von Demokratie zwischen den Stiftungen als Förderern und den Partnern in den verschiedenen Zielländern gibt und wie damit umgegangen werden soll, werden offenbar überhaupt nicht thematisiert. Das ist keine akzeptable Grundlage zur DF. Die Stiftungen sollten dringend damit beginnen, ihre eigenen Grundsätze zu klären und diese dann mit ihren Partnern zu diskutieren. Das ist längst überfällig. Andernfalls müssen sie sich die Frage gefallen lassen, ob das, was sie praktizieren, überhaupt als Demokratieförderung einzuordnen ist. Diese Frage reißt Youngs bereits 2003 an und fragt bei einigen Maßnahmen, die als DF deklariert werden, sogar, ob es sich dabei nicht vielmehr um „a disingenuous re-labelling of initiatives in no tangible sense distinct from traditional development work“ (Youngs 2003: 127) handelt. Ändern die Stiftungen nichts an ihrer internationalen Arbeit, sollten sie sich vom Begriff der Demokratieförderung verabschieden. Denn so wie sie derzeit (in Indien) vorgehen, geht es nicht wirklich darum, Demokratie zu fördern. Derzeit sind sie eher eine Kontakt- und Informationsbörse für die deutsche Politik, beschaffen sich selbst Arbeit, legitimieren ihre Existenz im Ausland und ihre Finanzierung durch deutsche Steuermittel. Das soll nicht bedeuten, dass die Arbeit der Stiftungen für Individuen oder sogar Gruppierungen Vorteile birgt und auch dauerhafte Effekte hat. Aber in einem Land mit mehr als 1,3 Milliarden Menschen sind Seminare für einzelne Dorfräte oder das Bemühen um Polizeireform, wenn sich 20 Jahre lang nichts an der Gesetzgebung ändert, vergebene Mühe.

Zuletzt ein Gedanke: Steter Tropfen höhlt den Stein – was aber, wenn es sich bei dem Stein, auf den die Stiftungen stetig tropfen, nur um einen Mosaikstein in der indischen Gesellschaft handelt?

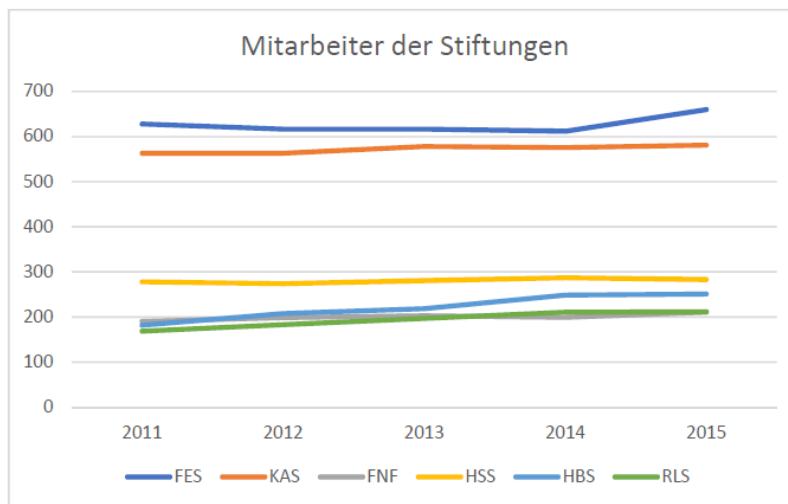
Anhang:

Tabelle 1): Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stiftungen

Stiftung	2011	2012	2013	2014	2015
FES	628	617	617	612	660
KAS	563	563	578	576	581
FNF	190,25	199	203,25	199,5	211
HSS	278	274	281	287	283
HBS	182	208	219	249	251
RLS	169	183	197	211	212

(eigene Darstellung; Quelle: Jahresberichte der Stiftungen)

Abbildung 5): Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stiftungen



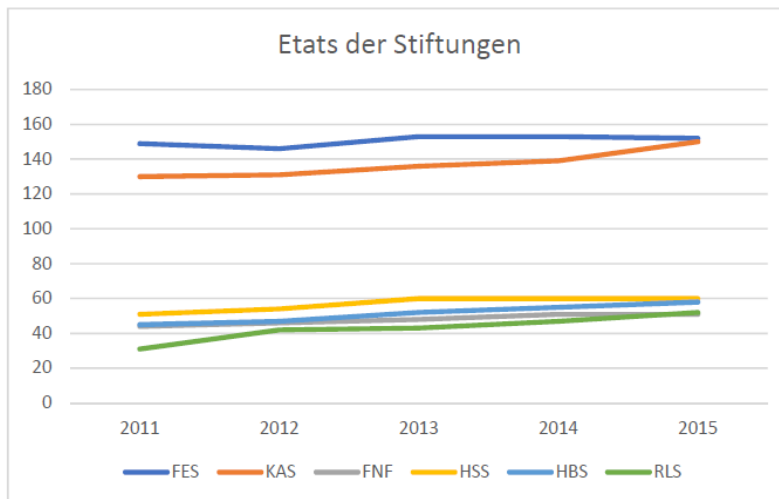
(eigene Darstellung; Quelle: Jahresberichte der Stiftungen)

Tabelle 2): Etats der Stiftungen (jeweils in Millionen Euro)

Stiftung	2011	2012	2013	2014	2015
FES	149	146	153	153	152
KAS	130	131	136	139	150
FNF	44	46	48	51	51
HSS	51	54	60	60	60
HBS	45	47	52	55	58
RLS	31	42	43	47	52

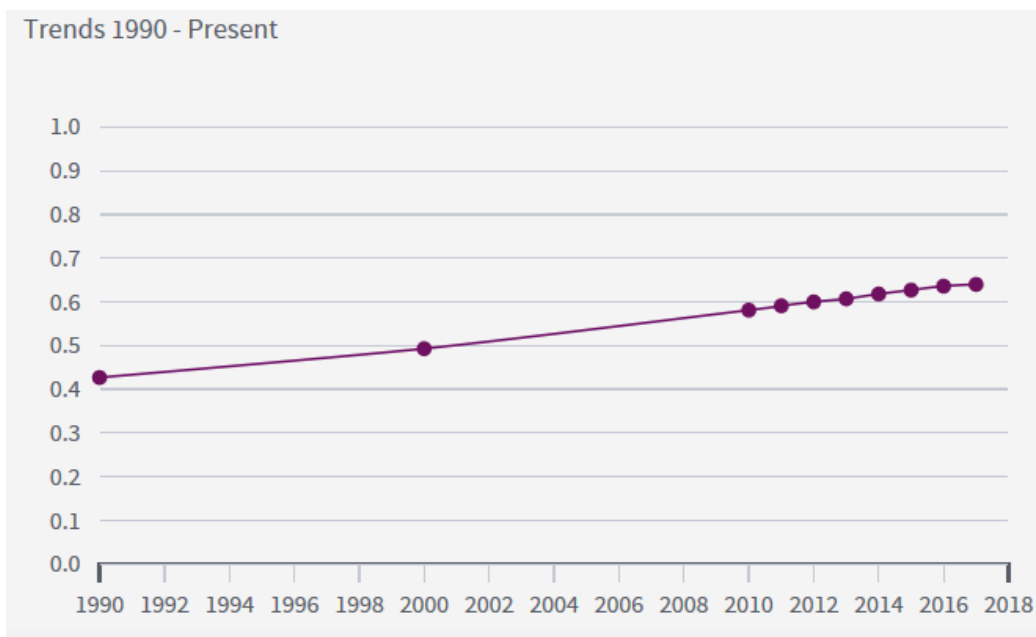
(eigene Darstellung; Quelle: Jahresberichte der Stiftungen)

Abbildung 6): Etats der Stiftungen (jeweils in Millionen Euro)



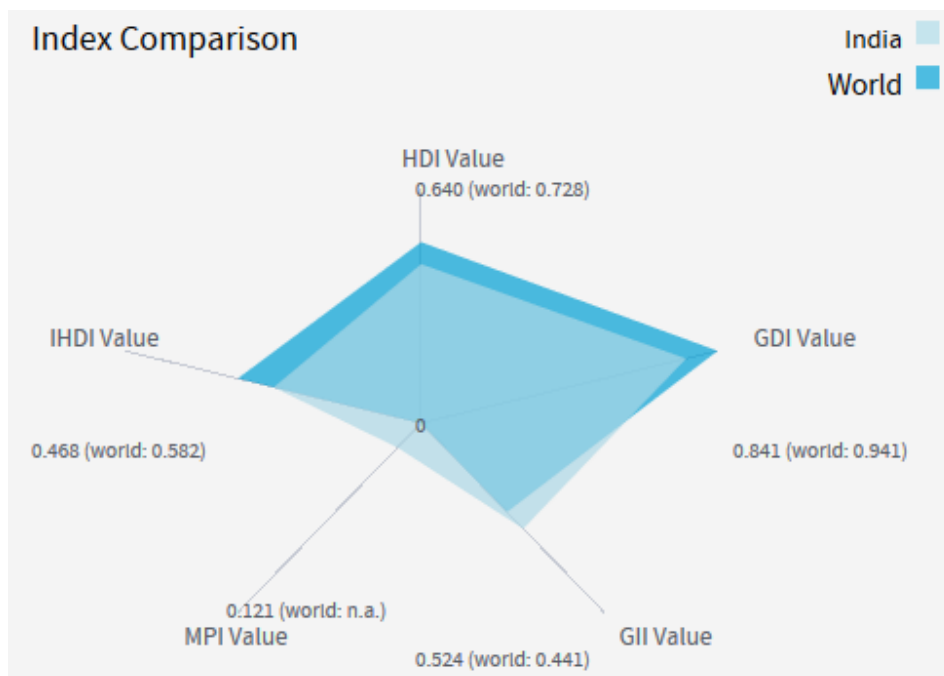
(eigene Darstellung; Quelle: Jahresberichte der Stiftungen)

Abbildung 7): Human Development Index – Entwicklung seit 1990



(Quelle: Human Development Index 2018)

Abbildung 8): Human Development Index – Vergleich Indien und die Welt



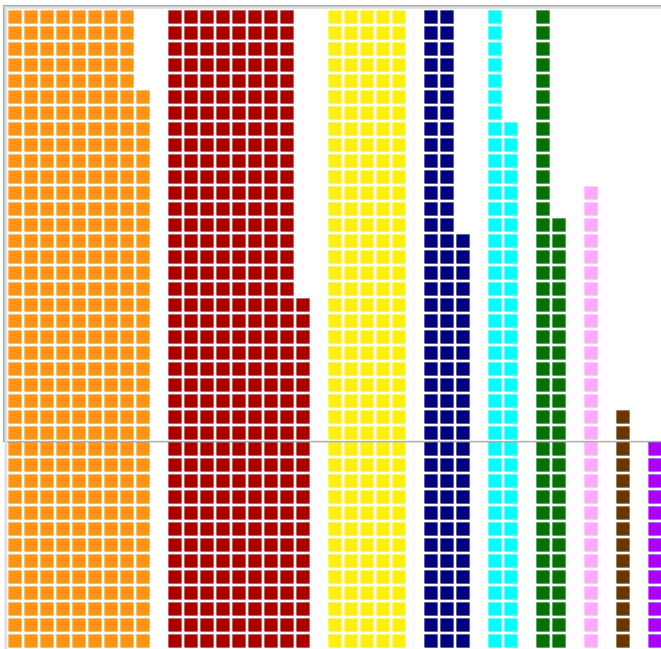
(Quelle: Human Development Index 2018)

Tabelle 3): Human Development Index – Zahlen zu Indien

Life expectancy at birth (years)	68.8
Expected years of schooling (years)	12.3
Gross national income per capita	6,353
Inequality-adjusted HDI	0.468
Gender Development Index	0.841
Working poor at PPP\$3.10 a day (% of total employment)	42.9
Employment to population ratio (% ages 15 and older)	51.9
Exports and imports (% of GDP)	40.6
Internet users, total (% of population)	29.5
Carbon dioxide emissions, per capita (tonnes)	1.7
Total population (millions)	1,339.2
Skilled labour force (% of labour force)	18.5

(Eigene Darstellung; Quelle: Human Development Index 2018)

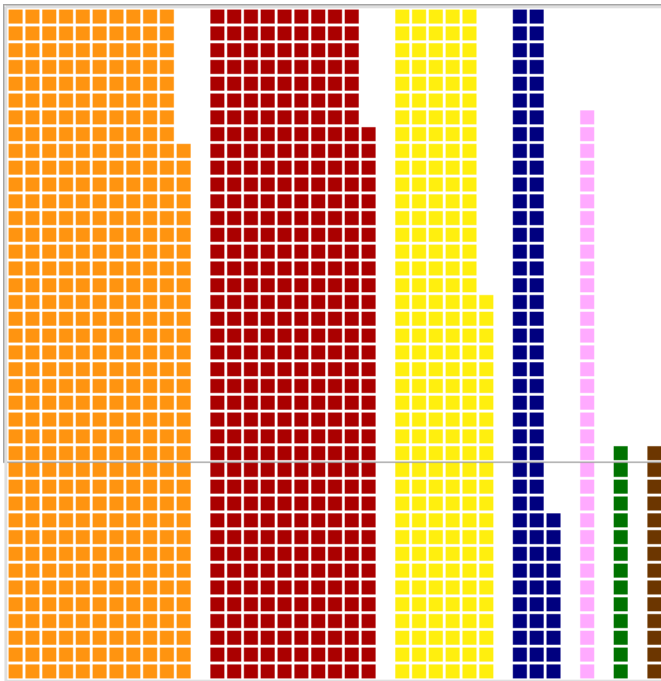
Abbildung 10): FES-JB-2011¹:



(eigene Darstellung)

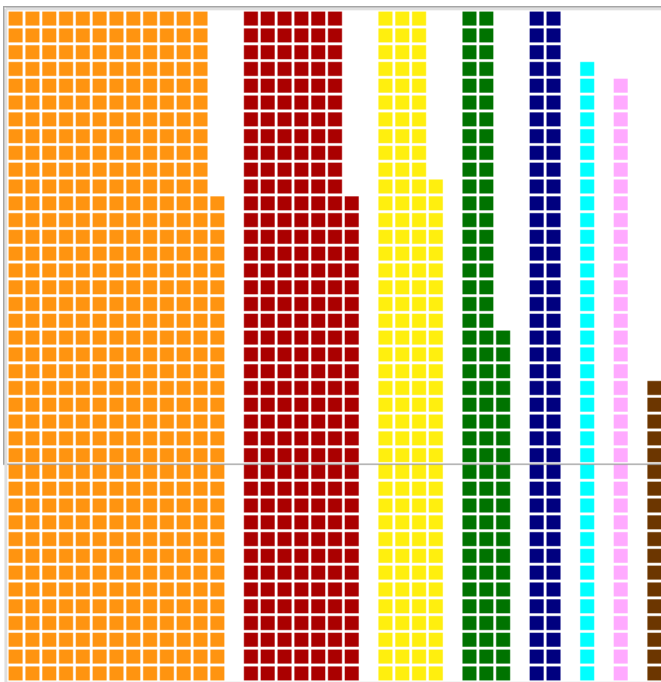
¹ Die Farben, die für die einzelnen Kategorien stehen, sind in Abbildung 9 dargestellt.

Abbildung 11): FES-JB-2012:



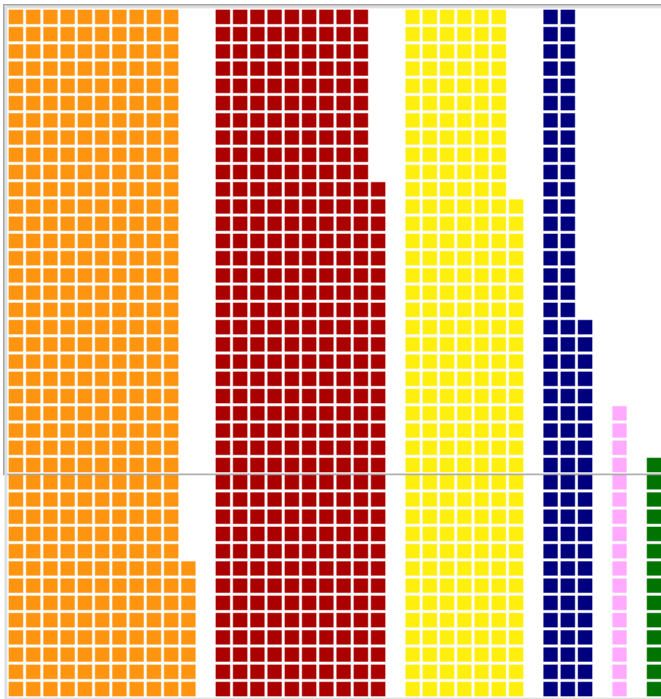
(eigene Darstellung)

Abbildung 12): FES-JB-2013:



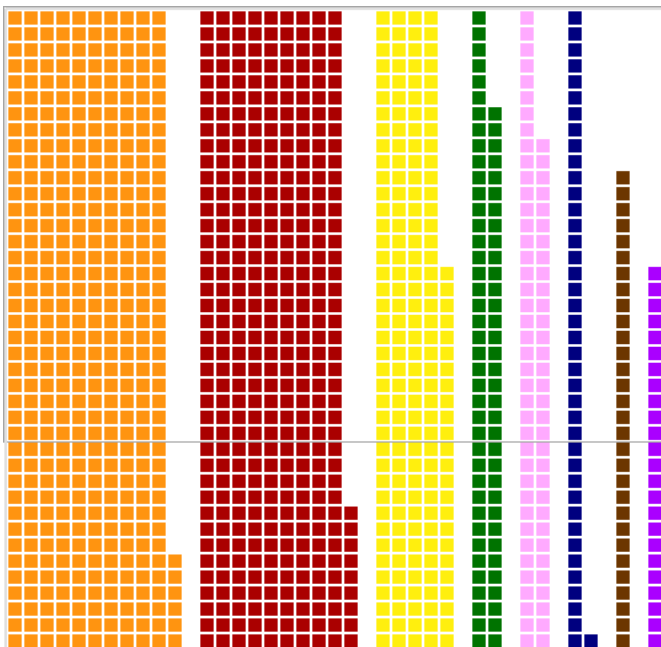
(eigene Darstellung)

Abbildung 13): FES-JB-2014:



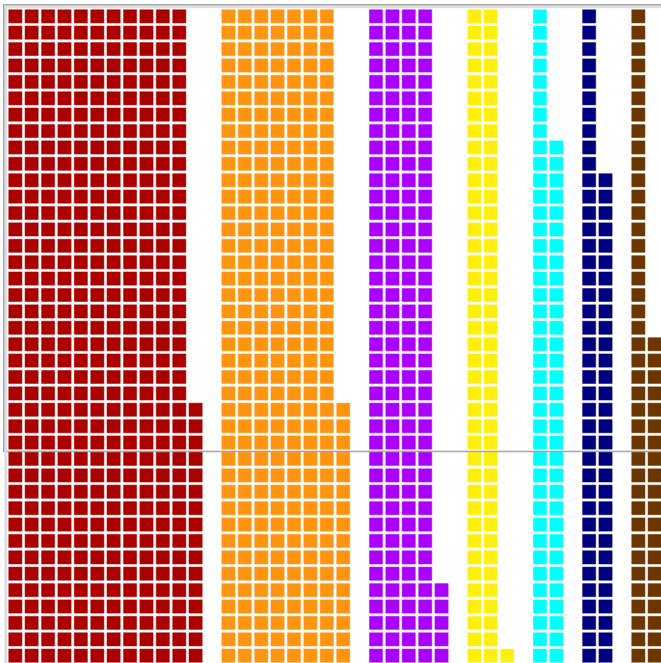
(eigene Darstellung)

Abbildung 14): FES-JB-2015:



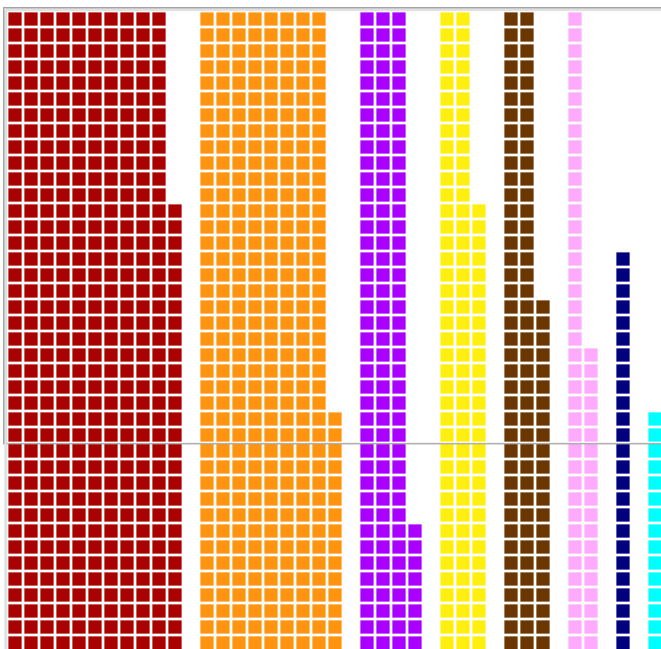
(eigene Darstellung)

Abbildung 15): KAS-JB-2011:



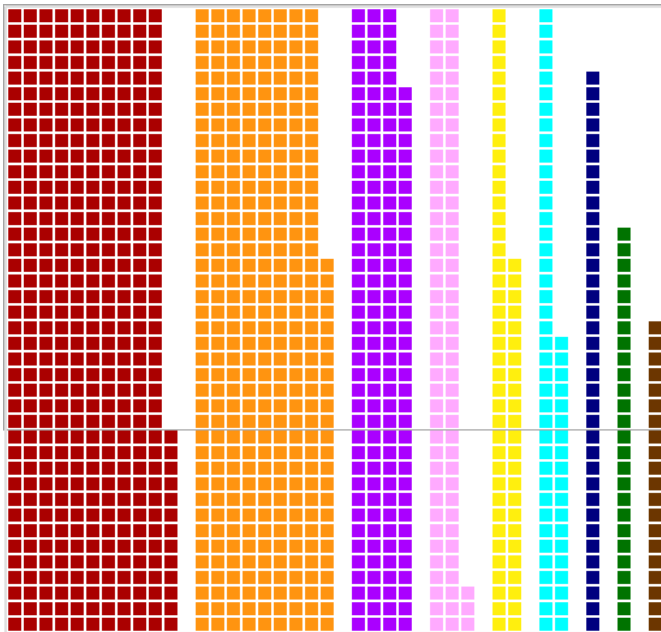
(eigene Darstellung)

Abbildung 16): KAS-JB-2012:



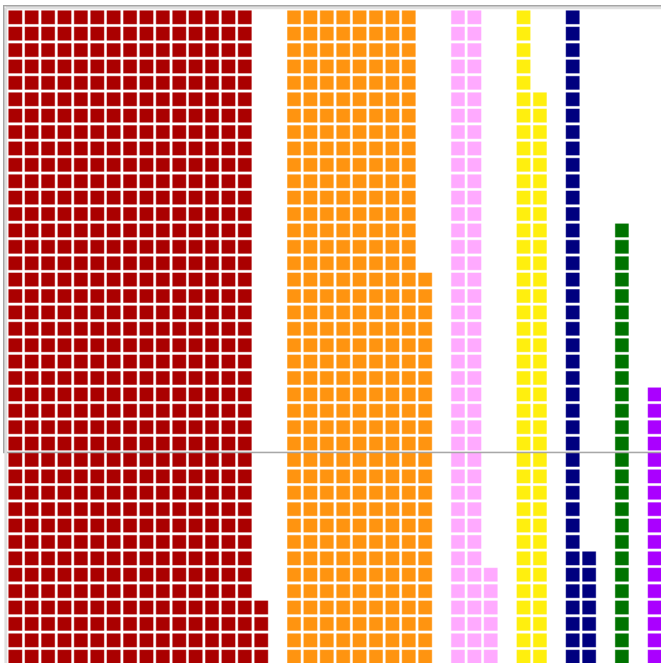
(eigene Darstellung)

Abbildung 17): KAS-JB-2013:



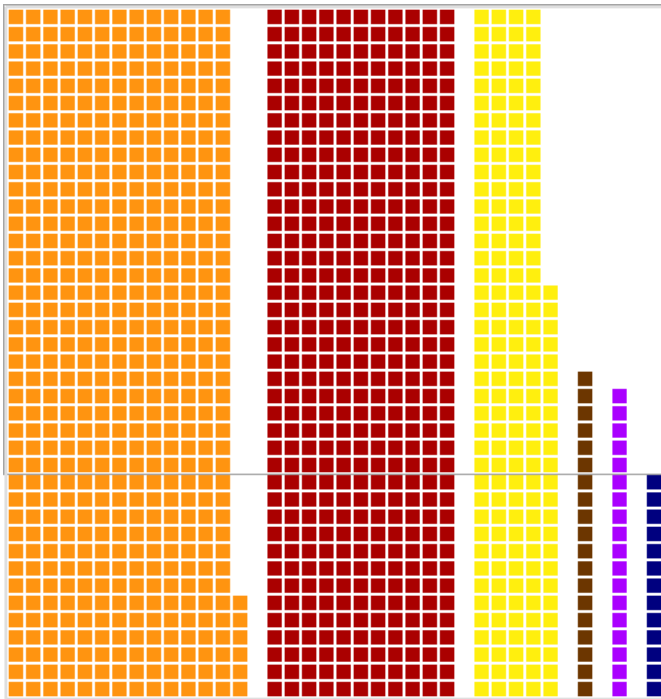
(eigene Darstellung)

Abbildung 18): KAS-JB-2014:



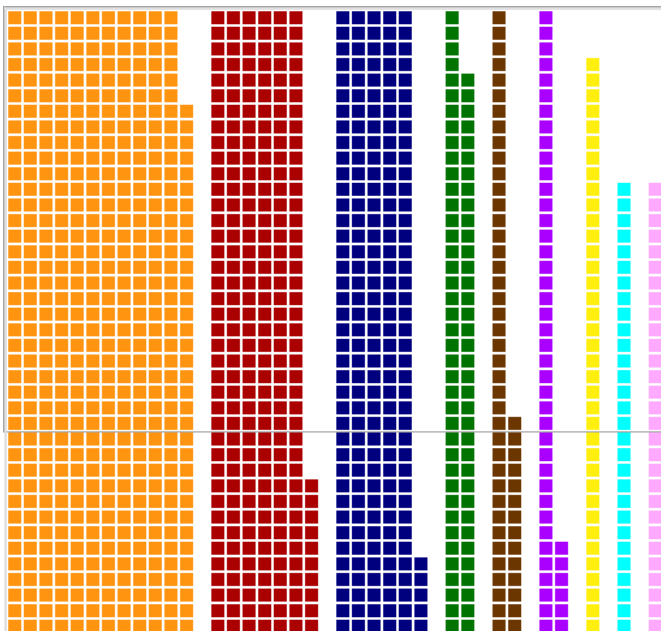
(eigene Darstellung)

Abbildung 19): KAS-JB-2015:



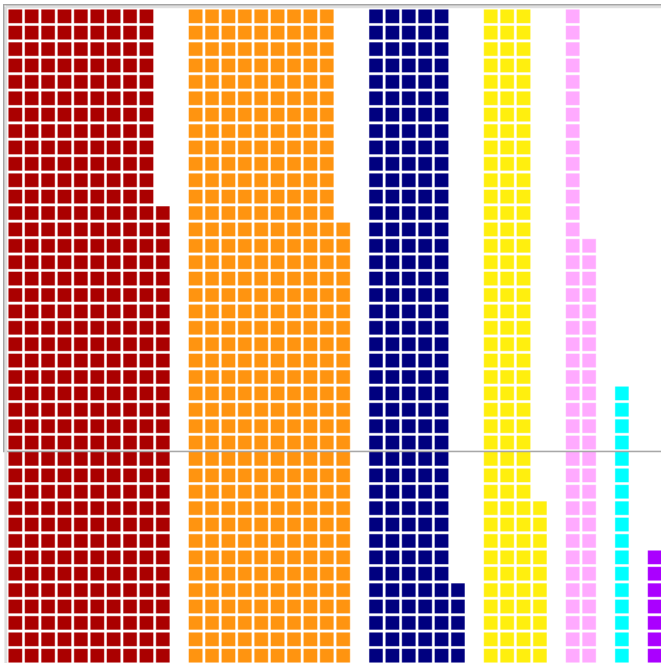
(eigene Darstellung)

Abbildung 20): FNF-JB-2011:



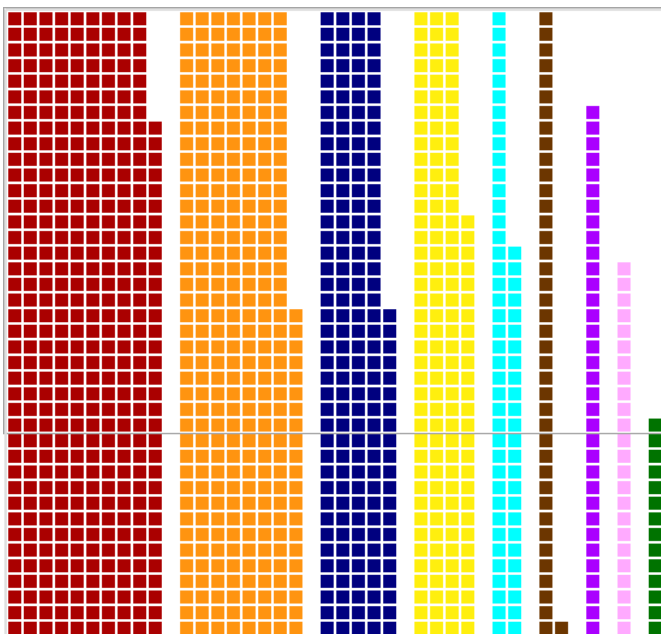
(eigene Darstellung)

Abbildung 21): FNF-JB-2012:



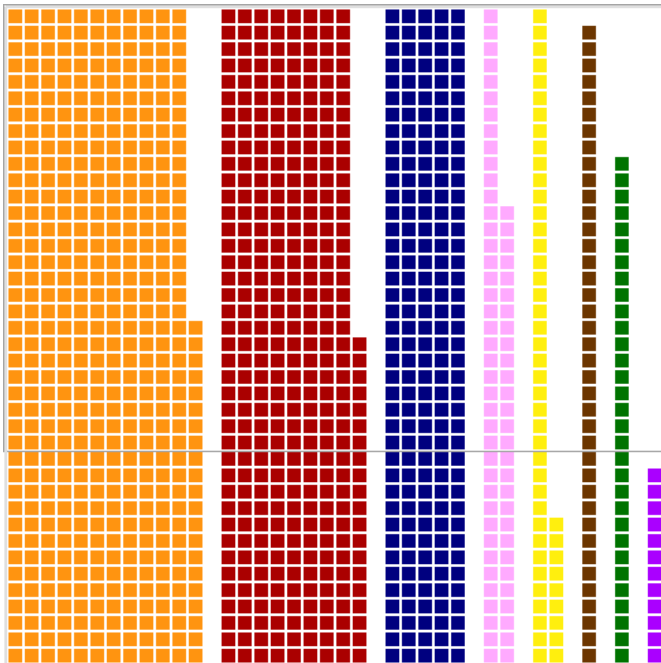
(eigene Darstellung)

Abbildung 22): FNF-JB-2013:



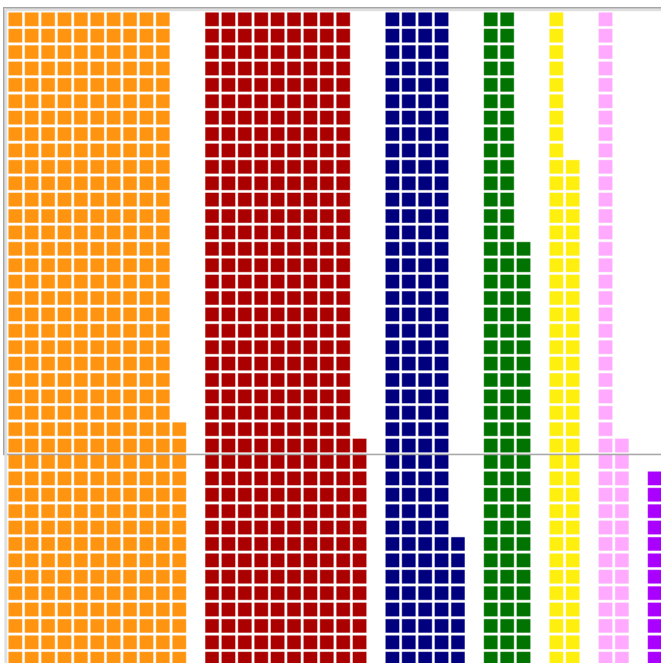
(eigene Darstellung)

Abbildung 23): FNF-JB-2014:



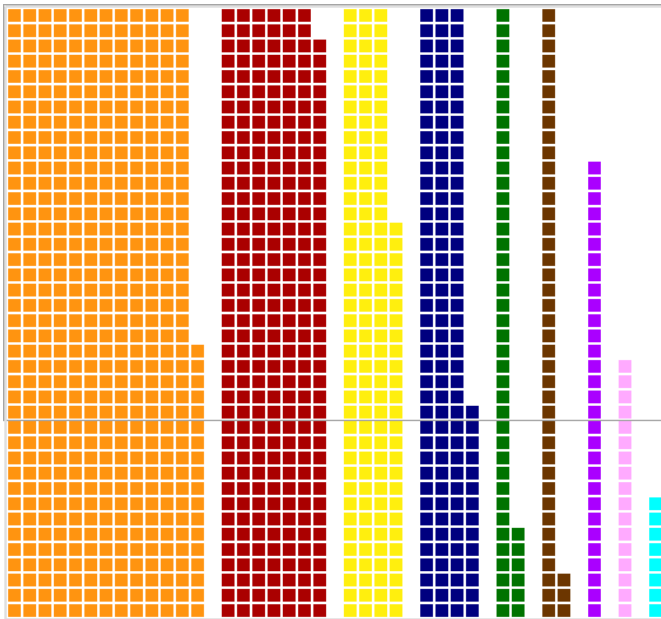
(eigene Darstellung)

Abbildung 24): FNF-JB-2015:



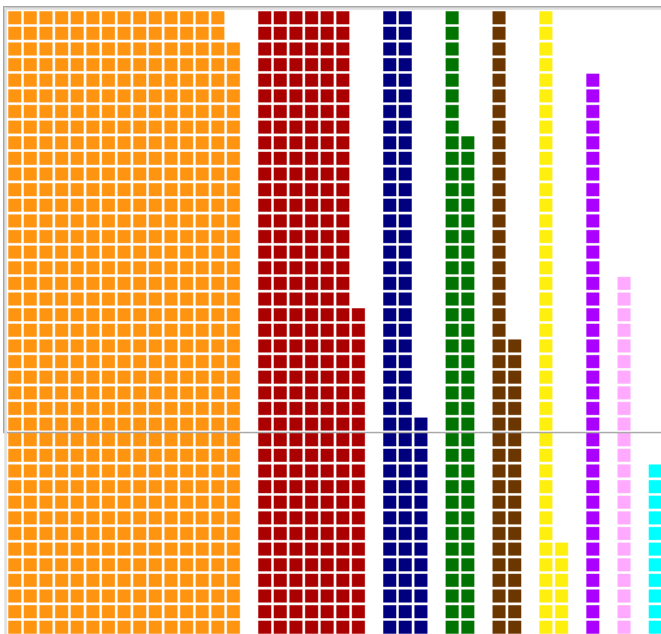
(eigene Darstellung)

Abbildung 25): HSS-JB-2011:



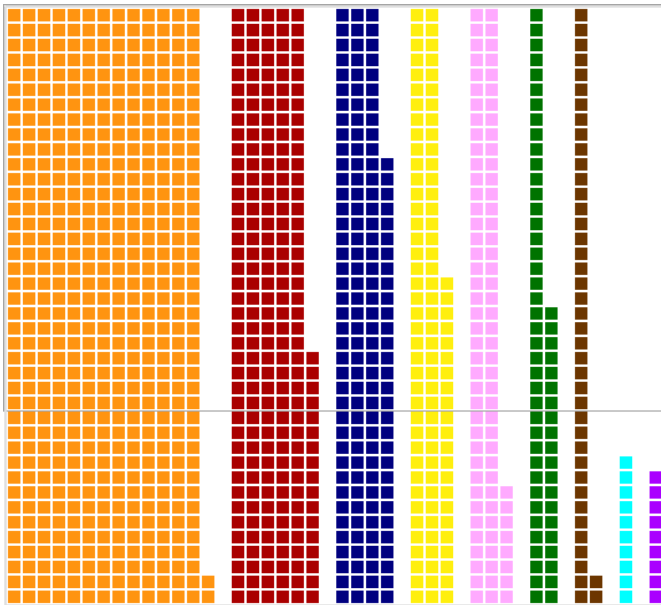
(eigene Darstellung)

Abbildung 26): HSS-JB-2012:



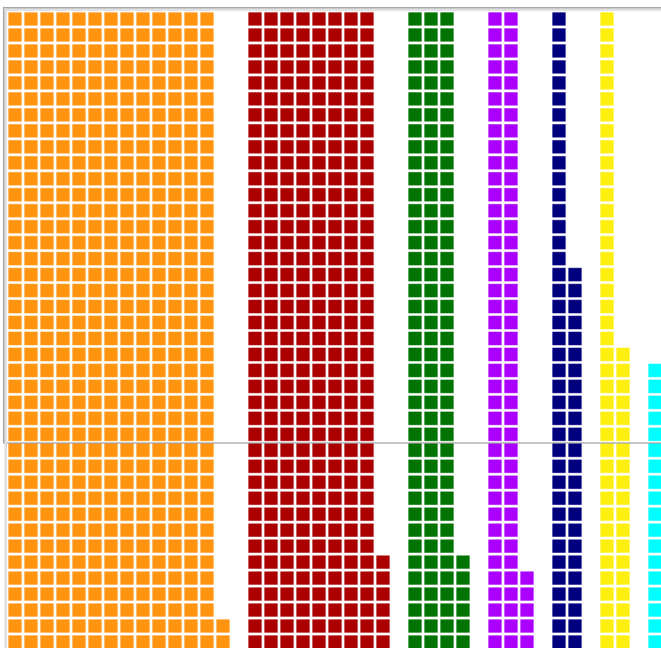
(eigene Darstellung)

Abbildung 27): HSS-JB-2013:



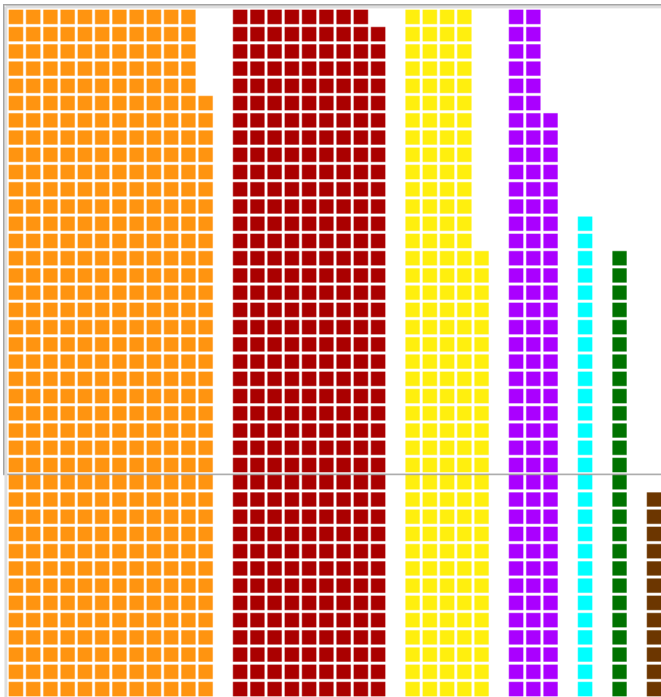
(eigene Darstellung)

Abbildung 28): HSS-JB-2014:



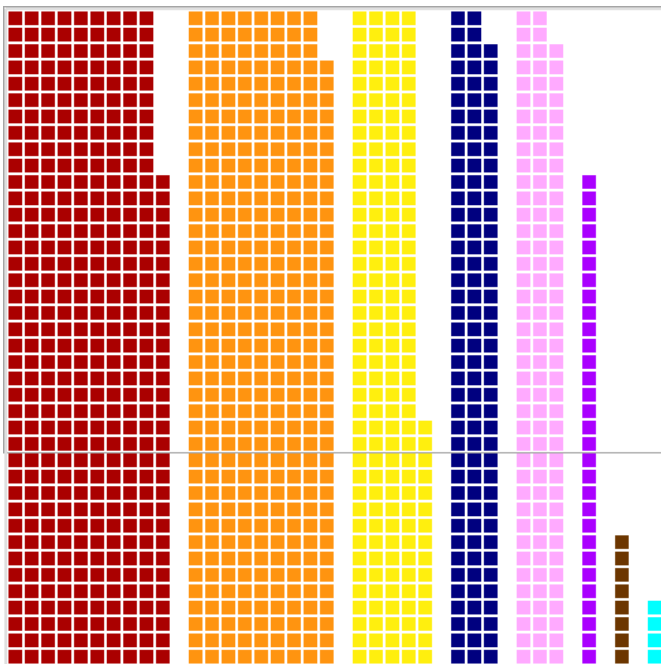
(eigene Darstellung)

Abbildung 29): HSS-JB-2015:



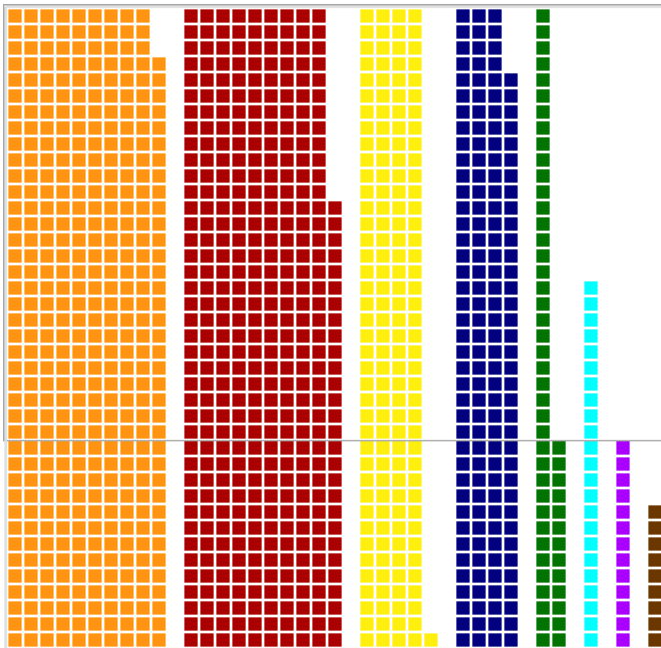
(eigene Darstellung)

Abbildung 30): HBS-JB-2011:



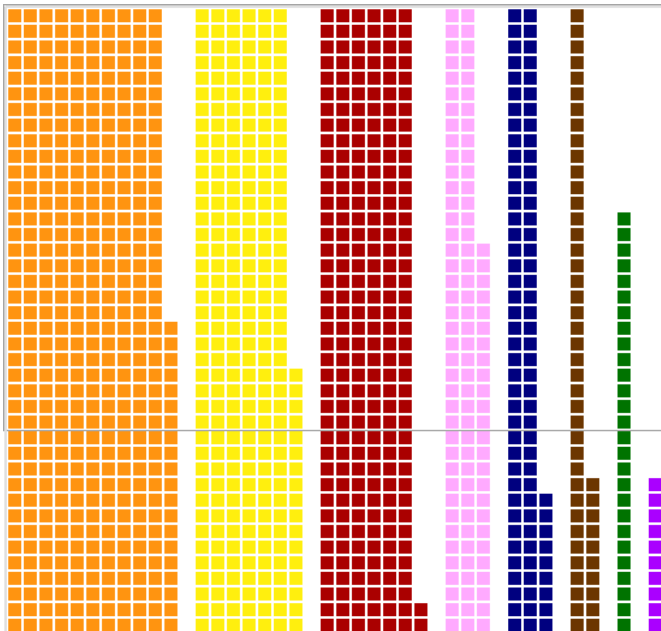
(eigene Darstellung)

Abbildung 31): HBS-JB-2012:



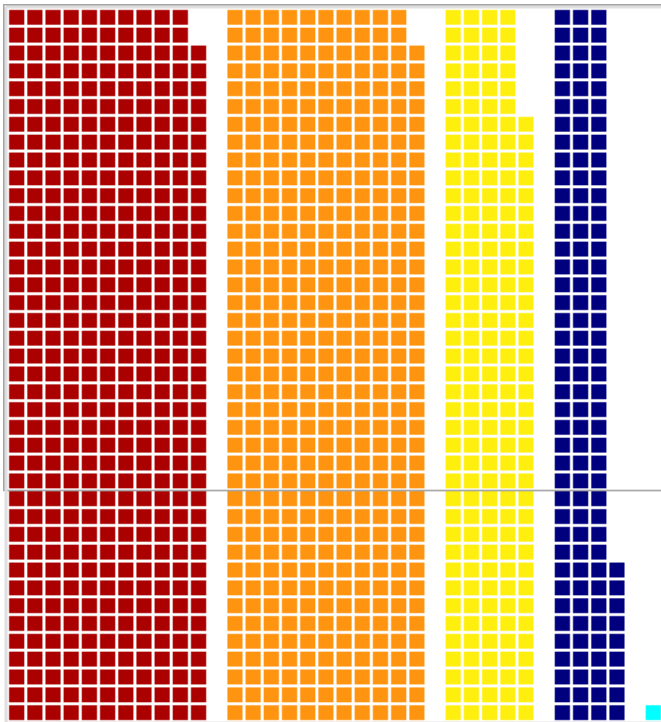
(eigene Darstellung)

Abbildung 32): HBS-JB-2013:



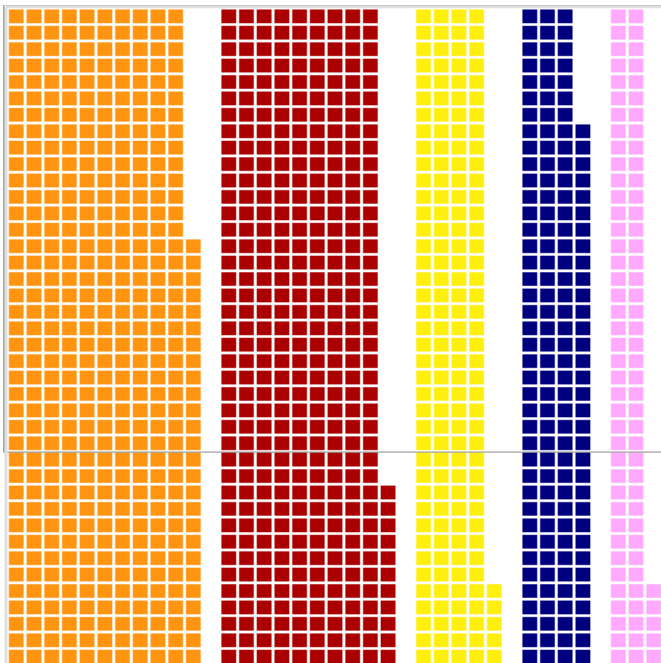
(eigene Darstellung)

Abbildung 33): HBS-JB-2014:



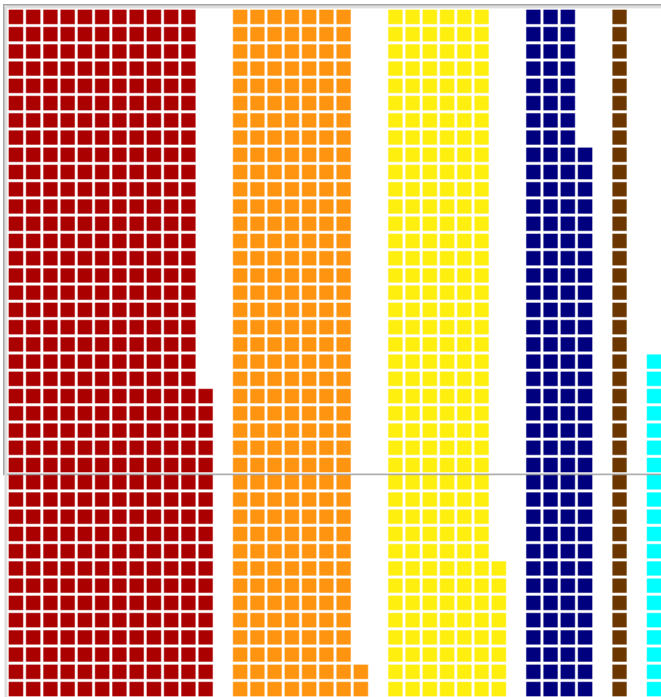
(eigene Darstellung)

Abbildung 34): HBS-JB-2015:



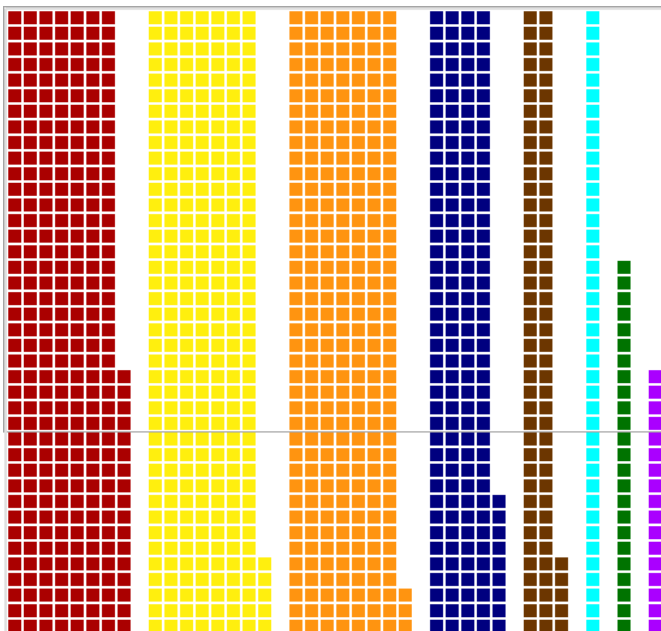
(eigene Darstellung)

Abbildung 35): RLS-JB-2011:



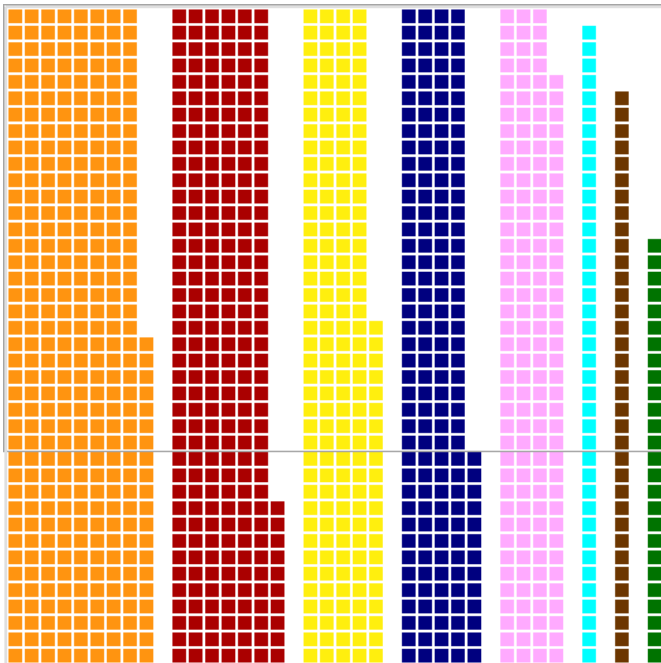
(eigene Darstellung)

Abbildung 36): RLS-JB-2012:



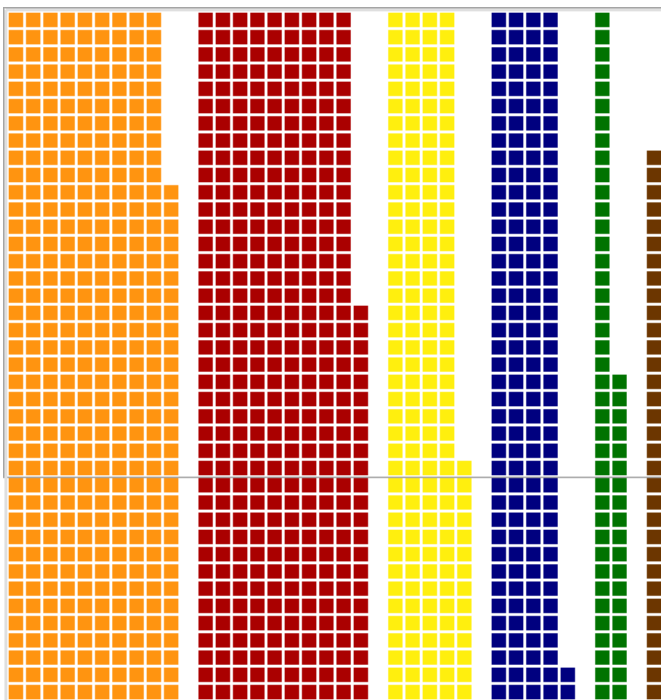
(eigene Darstellung)

Abbildung 37): RLS-JB-2013:



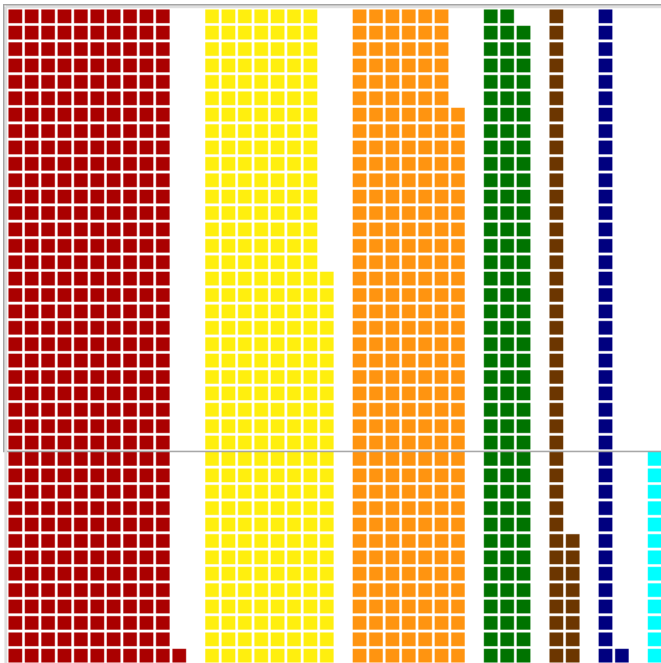
(eigene Darstellung)

Abbildung 38): RLS-JB-2014:



(eigene Darstellung)

Abbildung 39): RLS-JB-2015:



(eigene Darstellung)

Tabelle 4): Verteilung der Codings auf die Dokumentengruppen in absoluten Zahlen

	FES	FNF	HBS	HSS	KAS	RLS	Total
Indien	1	5	3	2	2	3	16
Engagement	6	8	3	4	0	4	25
Einordnung	4	7	4	1	8	0	24
Entwicklungszusammenarbeit	4	11	6	21	17	2	61
Verschränkung mit deutscher Politik	6	10	7	17	11	15	66
Organisation	17	8	3	9	10	9	56
Veranstaltung	18	17	5	30	3	13	86
Demokratieförderung	22	18	14	24	19	4	101
Strategien	95	79	79	119	41	51	464
Instrumente	36	57	58	99	21	43	314
Partner	32	71	44	48	9	43	247
Selbstverständnis	77	41	70	58	29	78	353
Demokratieverständnis	138	139	145	141	109	106	778
SUMME	456	471	441	573	279	371	2591
N (Dokumente)	5	5	5	5	5	5	30

(eigene Darstellung)

Tabelle 5): Verteilung der Codings auf die Dokumentengruppen mit Zeilenprozenten

	FES	FNF	HBS	HSS	KAS	RLS	Total
Indien	6,25	31,25	18,75	12,50	12,50	18,75	100,00
Engagement	24,00	32,00	12,00	16,00	0,00	16,00	100,00
Einordnung	16,67	29,17	16,67	4,17	33,33	0,00	100,00
Entwicklungszusammenarbeit	6,56	18,03	9,84	34,43	27,87	3,28	100,00
Verschränkung mit deutscher Politik	9,09	15,15	10,61	25,76	16,67	22,73	100,00
Organisation	30,36	14,29	5,36	16,07	17,86	16,07	100,00
Veranstaltung	20,93	19,77	5,81	34,88	3,49	15,12	100,00
Demokratieförderung	21,78	17,82	13,86	23,76	18,81	3,96	100,00
Strategien	20,47	17,03	17,03	25,65	8,84	10,99	100,00
Instrumente	11,46	18,15	18,47	31,53	6,69	13,69	100,00
Partner	12,96	28,74	17,81	19,43	3,64	17,41	100,00
Selbstverständnis	21,81	11,61	19,83	16,43	8,22	22,10	100,00
Demokratieverständnis	17,74	17,87	18,64	18,12	14,01	13,62	100,00
SUMME	17,60	18,18	17,02	22,12	10,77	14,32	100,00
N (Dokumente)	16,67	16,67	16,67	16,67	16,67	16,67	100,00

(eigene Darstellung)

Tabelle 6): Verteilung der Codings auf die Dokumentengruppen mit Spaltenprozenten

	FES	FNF	HBS	HSS	KAS	RLS	Total
Indien	0,22	1,06	0,68	0,35	0,72	0,81	0,62
Engagement	1,32	1,70	0,68	0,70	0,00	1,08	0,96
Einordnung	0,88	1,49	0,91	0,17	2,87	0,00	0,93
Entwicklungszusammenarbeit	0,88	2,34	1,36	3,66	6,09	0,54	2,35
Verschrankung mit deutscher Politik	1,32	2,12	1,59	2,97	3,94	4,04	2,55
Organisation	3,73	1,70	0,68	1,57	3,58	2,43	2,16
Veranstaltung	3,95	3,61	1,13	5,24	1,08	3,50	3,32
Demokratieförderung	4,82	3,82	3,17	4,19	6,81	1,08	3,90
Strategien	20,83	16,77	17,91	20,77	14,70	13,75	17,91
Instrumente	7,89	12,10	13,15	17,28	7,53	11,59	12,12
Partner	7,02	15,07	9,98	8,38	3,23	11,59	9,53
Selbstverständnis	16,89	8,70	15,87	10,12	10,39	21,02	13,62
Demokratieverständnis	30,26	29,51	32,88	24,61	39,07	28,57	30,03
SUMME	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00
N (Dokumente)	5	5	5	5	5	5	30

(eigene Darstellung)

Abbildung 40): Dokumenten-Kategorien-Matrix für alle Dokumente

(eigene Darstellung)

Tabelle 7): Dokumenten-Kategorien-Matrix für Dokumentengruppen

	Indien	Ind.\Eng.	Ind.\Eino.	EZ	Versch. m. D.	Orga.	Veranst.	DF	DF\Strategien	DF\Instrumente	Partner	Selbstverst.	Dem.-Verst.
FES	1	6	4	4	6	17	18	22	95	36	32	77	138
KAS	2	0	8	17	11	10	3	19	41	21	9	29	109
FNF	5	8	7	11	10	8	17	18	79	57	71	41	139
HSS	2	4	1	21	17	9	30	24	119	99	48	58	141
HBS	3	3	4	6	7	3	5	14	79	58	44	70	145
RLS	3	4	0	2	15	9	13	4	51	43	43	78	106

(eigene Darstellung)

Abbildung 41): Dokumenten-Kategorien-Matrix für Dokumentengruppen

Codesystem	FES	KAS	FNF	HSS	HBS	RLS	SUMME
Indien							16
Engagement							25
Einordnung							24
Entwicklungszusammenarbeit							61
Verschränkung mit deutscher Politik							66
Organisation							56
Veranstaltung							86
Demokratieförderung							101
Strategien							464
Instrumente							314
Partner							247
Selbstverständnis							353
Demokratieverständnis							778
SUMME	456	279	471	573	441	371	2591

(eigene Darstellung)

Tabelle 8): Kreuztabelle aller Kategorien mit den zwei Variablen „politisch eher linke Stiftungen“ und „politisch eher rechte Stiftungen“

	Politisch eher links = 1	Politisch eher rechts = 1	Total
Indien	7	9	16
Engagement	13	12	25
Einordnung	8	16	24
Entwicklungszusammenarbeit	12	49	61
Verschränkung mit deutscher Politik	28	38	66
Organisation	29	27	56
Veranstaltung	36	50	86
Demokratieförderung	40	61	101
Strategien	225	239	464
Instrumente	137	177	314
Partner	119	128	247
Selbstverständnis	225	128	353
Demokratieverständnis	389	389	778
SUMME	1268	1323	2591
N (Dokumente)	15	15	30

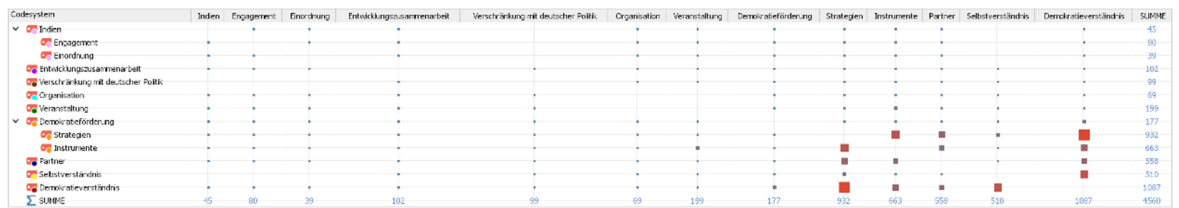
(eigene Darstellung)

Tabelle 9): Dokumenten-Beziehungs-Matrix

Codesystem	Indien	Engag.	Eino.	EZ	Versch. m. D.	Orga.	Veranst.	DF	Strategien	Instrumente	Partner	Selbstverst.	Dem.-Verst.	SUMME
Indien	0	7	4	1	0	2	1	1	8	6	7	0	8	45
Indien\Engagement	7	0	2	3	0	2	3	1	18	17	14	0	13	80
Indien\Einordnung	4	2	0	1	0	1	2	1	7	5	4	0	12	39
EZ	1	3	1	0	8	3	2	14	14	5	10	13	28	102
Verschrankung mit dt. Politik	0	0	0	8	0	7	4	5	18	11	5	21	20	99
Organisation	2	2	1	3	7	0	0	7	11	4	8	10	14	69
Veranstaltung	1	3	2	2	4	0	0	5	43	66	23	6	44	199
Demokratiieförderung	1	1	1	14	5	7	5	0	4	2	20	49	68	177
DF\Strategien	8	18	7	14	18	11	43	4	0	232	165	100	312	932
DF\Instrumente	6	17	5	5	11	4	66	2	232	0	111	33	171	663
Partner	7	14	4	10	5	8	23	20	165	111	0	36	155	558
Selbstverständnis	0	0	0	13	21	10	6	49	100	33	36	0	242	510
Demokratieverständnis	8	13	12	28	20	14	44	68	312	171	155	242	0	1087
SUMME	45	80	39	102	99	69	199	177	932	663	558	510	1087	4560

(eigene Darstellung)

Abbildung 42): Dokumenten-Beziehungs-Matrix



(eigene Darstellung)

Fragebogen für Leiter des Auslandsbüros einer parteinahen Stiftung:



Dissertationsvorhaben

**Externe Demokratieförderung der parteinahen Stiftungen Deutschlands
am Beispiel Indiens**

Fragebogen für Leiter des Auslandsbüros einer parteinahen Stiftung

Vielen Dank für Ihre Teilnahme!

Wenn Sie Fragen oder Schwierigkeiten beim Ausfüllen haben, wenden Sie sich an uns:

Philipps-Universität Marburg
Institut für Politikwissenschaft
Fachgebiet für Demokratieforschung

Veronika Schreck, M.A.
Hauptstraße 31
63872 Heimbuchenthal
Telefon: 0049 6092 5188
Mobil: 0049 176 5545 1222
E-Mail: schreck.vroni@gmail.com

Zimmer 00 055
35032 Marburg
Tel.: 0049 6421 28 244 26
E-Mail: ursula.birsl@staff.uni-marburg.de

Prof. Dr. Ursula Birsl (Betreuerin)
Wilhelm-Röpke-Straße 6

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit ihrem internationalen Engagement tragen die parteinahen Stiftungen neben vielfältigen anderen Aufgaben dazu bei, die Demokratie weltweit zu befördern. Da es bislang keinen systematischen Vergleich der unterschiedlichen Ansätze zur externen Demokratieförderung gibt, ist der Anspruch des Dissertationsvorhabens, am Beispiel Indiens, die Vorgehensweisen von parteinahen Stiftungen zu vergleichen, um Gemeinsamkeiten und Unterschiede herauszuarbeiten. Damit sollen bestehende Lücken im Bild der externen Demokratieförderung vervollständigt werden. Da es in dem Projekt v. a. um eine möglichst realitätsnahe Abbildung der Demokratieförderung der parteinahen Stiftungen geht, sind wir auf das Expertenwissen der Akteure vor Ort zwingend angewiesen. Nur Sie können uns Informationen über Möglichkeiten und Grenzen der externen Demokratieförderung liefern, weshalb jeder einzelne Befragte von großer Bedeutsamkeit für uns ist. Wir würden uns freuen, wenn Sie dies unterstützen könnten.

Dazu können Sie beitragen, indem Sie im folgenden Bogen möglichst vollständig antworten. Bei einigen Fragen sind Antwortkategorien vorgegeben, aber es werden auch offene Fragen gestellt. Der vorliegende Fragebogen ist die Vorbereitung für das persönliche Gespräch mit Ihnen als Experte. Für die Beantwortung der Fragen benötigen Sie ungefähr 20 bis 30 Minuten. Das Ausfüllen des Fragebogens können Sie an beliebiger Stelle unterbrechen und zu einem späteren Zeitpunkt fortsetzen. Bitte senden Sie den bearbeiteten Fragebogen binnen 14 Tagen nach Erhalt an schreck.vroni@gmail.com zurück. Die Ergebnisse der Studie werden voraussichtlich Ende 2017 vorliegen. Ihre Angaben werden selbstverständlich vertraulich behandelt. Die Befragung erfolgt freiwillig und unterliegt strengen datenschutzrechtlichen Bestimmungen. Bitte beachten Sie jedoch, dass jeder ausgefüllte Bogen unsere Zielsetzung unterstützt, ein umfassendes Bild der Demokratieförderung der parteinahen Stiftungen in Indien zu erhalten. Bei Abschluss der Studie werden die Fragebogen selbstverständlich vernichtet. Vielen Dank für Ihre Mithilfe!

Beste Grüße,

Veronika Schreck

Der Fragebogen besteht aus zwei Teilen: Zunächst geht es um die W-Fragen zu Ihrer Arbeit in Indien. Der zweite Teil behandelt die Demokratie(förderung) in der Praxis und abschließend statistische Daten zu Ihrem Büro.

Teil 1: Die W-Fragen zu Ihrer Arbeit in Indien

In diesem Abschnitt des Fragebogens geht es darum, den formalen Rahmen Ihres Engagements in Indien abzufragen, um einen Eindruck davon zu erhalten, wie Sie vorgehen.

1 Wann hat Ihr Büro mit dem Engagement in Indien begonnen? _____

2 Wer sind Ihre wichtigsten Kooperationspartner in Indien (Parteien und ihre Gliederungen, Nichtregierungsorganisationen, Journalisten, Politiker, soziale Bewegungen etc.)? Bitte listen Sie diese nach ihrer Bedeutung für Ihre Arbeit auf.

a) _____

b) _____

c) _____

d) _____

e) _____

f) _____

g) _____

Weitere:

4 Wie kommen Kontakte zu Ihren Partnern in der Regel zustande?

5 Werden von Ihnen Kriterien bei der Auswahl angewendet? Wenn ja, welche?

Nein

Ja

Wenn ja, welche: _____

6 Wie gestaltet sich Ihr Engagement in Indien? Kreuzen Sie bitte nachfolgend alle zutreffenden Antworten an:

- | | |
|--|--|
| <input type="checkbox"/> Politische Beratung | <input type="checkbox"/> Seminare / Schulungen / Workshops |
| <input type="checkbox"/> Konferenzen / Fachtagungen / Foren | <input type="checkbox"/> Stipendien |
| <input type="checkbox"/> Bildungsreisen / Austauschprogramme | <input type="checkbox"/> Vernetzung relevanter Akteure |
| <input type="checkbox"/> Planspiele / Simulationen | <input type="checkbox"/> Erstellen von Informationsmaterialien |
| <input type="checkbox"/> Hintergrundgespräche | <input type="checkbox"/> Finanzielles Fördern von Partnern |
| <input type="checkbox"/> Verleihung von Preisen | <input type="checkbox"/> Sonstige, und zwar: _____ |

7 Welche drei unter den Tätigkeitsformen, die Sie eben angekreuzt haben, sind die wichtigsten in Ihrem Engagement in Indien? Bitte führen Sie diese nach Ihrer Bedeutsamkeit gereiht auf und beginnen Sie mit der wichtigsten Form.

a) _____

b) _____

c) _____

8 Auf welche Gruppen zielen Ihre Veranstaltungen in Indien eher ab? Bitte kreuzen Sie die zutreffende Antwort an.

Eher auf zivilgesellschaftliche Akteure (Nichtregierungsorganisationen, soziale Bewegungen, politische Aktivisten etc.)

Eher auf wirtschaftliche und politische Eliten (z.B. Führungskräfte)

9 Bitte schätzen Sie, wie viele öffentliche bzw. nichtöffentliche Veranstaltungen Sie insgesamt jeweils mit wirtschaftlichen und politischen Eliten und zivilgesellschaftlichen Akteuren pro Jahr durchführen:

_____ Veranstaltungen mit zivilgesellschaftlichen Akteuren

_____ Veranstaltungen mit wirtschaftlichen und politischen Eliten

10 Was verstehen Sie persönlich unter Demokratieförderung?

11 Wo setzen Sie in der Demokratieförderung in Indien an?

12 Es werden im Kontext der Demokratieförderung immer zwei Grundstrategien genannt: bottom-up und top-down. Ersteres meint, dass Demokratie von „unten“ aufgebaut wird, also auf gesellschaftlicher Ebene anzusetzen. Letzteres bezeichnet die Förderung der Demokratie von „oben“, das heißt, bei Eliten / Führungskräften anzuknüpfen. Welche Strategie verfolgen Sie nach Ihrer eigenen Einschätzung mit Ihrem Stiftungsbüro eher? Bitte kreuzen Sie die zutreffende Antwort an.

- Eher bottom-up
- Eher top-down
- Sowohl als auch

13 Ganz allgemein nach Ihrer Meinung, welche Wirkung hat Ihre Arbeit in Indien?

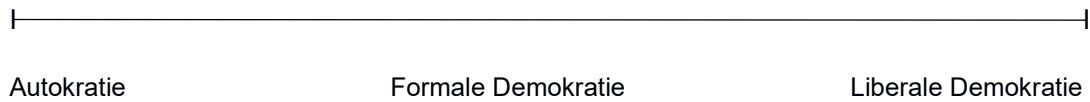
14 Wo sehen Sie nach Ihrer eigenen Einschätzung die Grenzen Ihrer Arbeit?

Teil 2: Demokratie(förderung) in der Praxis

15 Wie ordnen Sie das politische System Indiens auf dem folgenden Spektrum ein? Bitte setzen Sie ein Kreuz auf diesem Kontinuum.



16 Wohin entwickelt sich das Land Ihrer Auffassung nach in Zukunft? Bitte setzen Sie ein Kreuz auf diesem Kontinuum.



17 Wo sehen Sie persönlich im Moment die größten Herausforderungen in der Demokratieförderung in Indien?

18 Ganz allgemein, wie schätzen Sie die aktuelle politische Situation Indiens ein bezogen auf die Demokratie?

19 Wo liegen Ihres Erachtens die größten Probleme in der indischen Demokratie?

20 In den Fragen 10 und 11 haben Sie den Anspruch zur Demokratieförderung in Indien selbst formuliert. Wo stoßen Ihrer Meinung nach Anspruch und Wirklichkeit an ihre Grenzen?

Abschließend bitten wir Sie noch um einige Angaben zu Ihrem Büro:

21 Wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten insgesamt in Ihrem Büro (als Referenten, wissenschaftliche Mitarbeiter, Verwaltungsmitarbeiter etc.)? _____

22 Wie viele Personen kommen davon aus Indien? _____

Hier können Sie abschließend noch Bemerkungen anbringen, falls etwas Wichtiges im Fragebogen nicht angesprochen wurde.

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Schicken Sie den ausgefüllten Fragebogen nun bitte per E-Mail an schreck.vroni@gmail.com zurück. Falls Sie eine Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse erhalten möchten, können Sie dies in derselben E-Mail anmerken. Vielen Dank!

**Leitfaden für Experteninterviews mit Leitern des Auslandsbüros einer parteinahen
Stiftung:**



Dissertationsvorhaben

**Externe Demokratieförderung der parteinahen Stiftungen Deutschlands
am Beispiel Indiens**

Leitfaden für Experteninterviews mit Leitern des Auslandsbüros einer parteinahen Stiftung

Kontakt:

Philipps-Universität Marburg
Institut für Politikwissenschaft
Fachgebiet für Demokratieforschung

Veronika Schreck, M.A.
Hauptstraße 31
63872 Heimbuchenthal
Telefon: 0049 6092 5188
Mobil: 0049 176 5545 1222
E-Mail: schreck.vroni@gmail.com

Prof. Dr. Ursula Birsl (Betreuerin)
Wilhelm-Röpke-Straße 6
Zimmer 00 055
35032 Marburg
Telefon: 0049 6421 28 244 26
E-Mail: ursula.birsl@staff.uni-marburg.de

Mit ihrem internationalen Engagement tragen die parteinahen Stiftungen neben vielfältigen anderen Aufgaben dazu bei, die Demokratie weltweit zu befördern. Da es bislang keinen systematischen Vergleich der unterschiedlichen Ansätze zur externen Demokratieförderung gibt, ist der Anspruch des Dissertationsvorhabens, am Beispiel Indiens, die Vorgehensweisen von parteinahen Stiftungen zu vergleichen, um Gemeinsamkeiten und Unterschiede herauszuarbeiten. Damit sollen bestehende Lücken im Bild der externen Demokratieförderung vervollständigt werden. Da es in dem Projekt vor allem um eine möglichst realitätsnahe Abbildung der Demokratieförderung der parteinahen Stiftungen geht, sind wir auf das Expertenwissen der Akteure vor Ort zwingend angewiesen. Nur Sie können uns Informationen über Möglichkeiten und Grenzen der externen Demokratieförderung liefern, weshalb jeder einzelne Befragte von großer Bedeutsamkeit für uns ist. Deshalb freuen wir uns, dass Sie dies unterstützen.

Das Experteninterview wird ungefähr 45 Minuten dauern und baut auf dem Fragebogen auf, den Sie bereits beantwortet haben. Auch dieses Mal gilt, dass nach Abschluss der Arbeit die Interviews vernichtet werden.

Bevor wir beginnen: Darf ich das Gespräch aufzeichnen? – Vielen Dank.

1. Beginnen wir ganz allgemein: Warum fördern die parteinahen Stiftungen Ihrer Ansicht nach überhaupt die Demokratie in anderen Ländern?

2. Was erhoffen oder erwarten sich die Stiftungen Ihrer Meinung nach von der externen Demokratieförderung?

3. Gibt es etwas, was die offizielle deutsche Außenpolitik von der Demokratieförderung und von den Stiftungen erwartet? Wenn ja, was?

4. Ist diese Erwartung Ihrer Einschätzung nach kompatibel mit dem, was die Stiftungen tatsächlich tun?

5. Was verstehen Sie ganz persönlich unter Demokratie? Gibt es Ihrer Meinung nach Mindeststandards, die ein politisches System erfüllen muss, um als Demokratie zu gelten? Wenn ja, welche sind das?

6. Jetzt könnte es ja sein, dass sich das Demokratieverständnis der Mitarbeiter innerhalb Ihrer Stiftung unterscheidet. Wird darüber gesprochen? Oder gibt es ein Leitbild dafür, was Sie in Ihrer Arbeit erreichen sollen?

7. Wenn ich mir vorstelle, dass Sie als Stiftungsmitarbeiter in ein Land kommen und dort unter anderem die Demokratie befördern wollen, dann vermute ich, dass es zu Reibungen kommen kann zwischen dem, was Sie und Ihre Mitarbeiter unter Demokratie verstehen, und dem, was die Bevölkerung vor Ort darunter versteht. Ist das so?

8. Diskutieren Sie mit Ihren Partnern darüber, was Demokratie bedeutet?

9. Kann es Ihrer Meinung nach passieren, dass das Demokratieverständnis Ihrer Stiftung vielleicht gar nicht zu einem Zielland passt?

10. Wird denn reflektiert, ob dies der Fall ist [s. 9] – beispielsweise bevor ein Büro eröffnet wird oder wenn das Jahresprogramm eines Auslandsbüros erstellt wird?

11. Und ergeben sich aus solchen Überlegungen [s. 9 und 10] unterschiedliche Ansätze zur Demokratieförderung je nach Zielland?

12. Inwiefern beeinflusst Ihr Verständnis von Demokratie, welche Maßnahmen Sie vor Ort ergreifen?

13. Was verstehen Sie persönlich unter Demokratieförderung?

14. Und wo setzen Sie in der Demokratieförderung in Indien genau an, um die Demokratie zu befördern?

15. Läuft die externe Demokratieförderung Ihrer Stiftung in allen Zielländern nach einem Muster, also ähnlich, ab oder gibt es Unterschiede?

→ Wenn ja, worin liegen die Unterschiede und woraus ergeben sie sich?

16. Inwiefern spielen kulturelle oder soziale Besonderheiten – wie das Kastensystem in Indien – eine Rolle in der Strategie zur Demokratieförderung?

17. Es werden im Kontext der Demokratieförderung immer zwei Grundstrategien genannt: bottom-up und top-down. Ersteres meint, dass Demokratie von „unten“ aufgebaut wird, also auf gesellschaftlicher Ebene anzusetzen. Letzteres bezeichnet die Förderung der Demokratie von „oben“, das heißt, bei Eliten anzuknüpfen. Welche Strategie verfolgen Sie nach Ihrer eigenen Einschätzung mit Ihrem Stiftungsbüro eher? Oder wenden Sie beide Strategien an?

18. Wieso verfolgen Sie diese Strategie (top-down / bottom-up / beides)?

19. Wer sind Ihre wichtigsten Kooperationspartner in Indien (Parteien und ihre Gliederungen, Nichtregierungsorganisationen, Journalisten, Politiker, soziale Bewegungen etc.)? Wer sind darunter die wichtigsten Gruppen?

20. Wie gestaltet sich Ihr Engagement in Indien? Zum Beispiel politische Beratung, Seminare, Konferenzen etc. Welche sind darunter die wichtigsten Tätigkeitsformen in Ihrem Engagement in Indien?

21. Gibt es Ihrer Meinung nach einen Unterschied in der Herangehensweise zur Demokratieförderung zwischen eher linken und eher rechten Stiftungen?

22. Man könnte ja vermuten, dass bei FES, HBS und RLS eine Präferenz für bottom-up-Ansätze vorherrscht und bei KAS, FNF und HSS eher eine Vorliebe für top-down-Ansätze. Ist dem so?

23. Würden Sie aus Ihrer persönlichen Meinung heraus sagen, dass sich FES, HBS und RLS eher mit sich selbst beschäftigen als KAS, FNF und HSS? Also beispielsweise damit, was ihre Ziele oder Überzeugungen sind.

24. Welche Vorstellung oder Vorstellungen von Demokratie erkennen Sie in Indien?

25. Kommt es auch zu Differenzen / Konflikten in der Vorstellung von Demokratie, die Sie und Ihre Mitarbeiter haben, und derjenigen, die Ihre Partner oder Zielgruppen und -personen aufweisen?

26. Wo sehen Sie persönlich im Moment die größten Herausforderungen in der Demokratieförderung in Indien?

27. Ganz allgemein, wie schätzen Sie die aktuelle politische Situation Indiens ein bezogen auf die Demokratie?

28. Wo liegen Ihres Erachtens die größten Probleme in der indischen Demokratie?

29. Vorhin haben Sie den Anspruch zur Demokratieförderung in Indien selbst formuliert. Wo stoßen Ihrer Meinung nach Anspruch und Wirklichkeit an ihre Grenzen?

30. Ganz allgemein nach Ihrer Einschätzung, welche Wirkung hat Ihre Arbeit in Indien?

31. Wo sehen Sie persönlich die Grenzen Ihrer Arbeit?

Hier können Sie abschließend noch Bemerkungen anbringen, falls etwas Wichtiges im Interview nicht angesprochen wurde.

Guideline for expert interviews with Indian political scientists:



Dissertation project

Democracy promotion of the German 'Stiftungen' in India

Guideline for expert interviews with Indian political scientists

Contact:

Philipps-University Marburg
Institute for Political Science
Specialty for Democracy Studies

Veronika Schreck, M.A.
Hauptstraße 31
63872 Heimbuchenthal
Phone: 0049 6092 5188
Mobile Phone: 0049 176 5545 1222
E-Mail: schreck.vroni@gmail.com

Prof. Dr. Ursula Birsl (Advisor)
Wilhelm-Röpke-Straße 6
Zimmer 00 055
35032 Marburg
Phone: 0049 6421 28 244 26
E-mail: ursula.birsl@staff.uni-marburg.de

The German 'Stiftungen', which are six foundations that are ideologically and financially linked to the main political parties in Germany, try to promote democracy in many countries. So far there is no systematic comparison of their different approaches to do so. This dissertation project means to compare these approaches to carve out similarities and differences and to complete the picture of democracy promotion. Since there is little academic information on this subject, we are entirely dependent on the expert knowledge of local players. Therefore, every interviewee is of paramount importance to us. So, thank you for your participation.

The interview will last for about 45 minutes. After the project is finished, the interviews will be destroyed.

Before we begin: May I record this interview? – Thank you.

1. Let's start with some general information: Why do you think do the foundations promote democracy in other countries?

2. What do you think they hope to achieve with democracy promotion?

3. Do you personally have experience with German foundations? If so, in what way and with which foundation?

4. Do you think the comprehension of what democracy is differs between the foundation and the Indian people? If so, in what way?

5. What does democracy mean to you personally? Are there minimum requirements a political system has to fulfil to be a democracy? If so, which requirements?

6. How would you describe the understanding(s) of democracy in India?

→ Does this comprehension of democracy differ in your opinion from that in other countries? If so, in what way?

7. Do you think it possible that the understanding of the foundations of what democracy means does not match a country?

8. What do you personally think democracy promotion means?

9. Was there ever a situation in which you thought the ideas of a foundation cannot work in India? Or where a foundation did not fully understand the circumstances in India?

10. Do cultural or social peculiarities of India – for instance the caste system – play in your opinion a role in the promotion of democracy of the foundations?

11. Which strategies do you observe with the foundations? And why did each of them choose this strategy in your opinion? (top-down / bottom-up / both)

12. Which strategy (top-down / bottom-up / both) do you think works or would work best in India? And why?

13. Is there in your opinion a trend that the FES, HBS and RLS (ideologically left foundations) prefer bottom-up-approaches and the KAS, FNF and HSS (ideologically right foundations) top-down-approaches? Or the other way around?

14. Would you say that one group (ideologically left / right) occupies itself more with their self-conception than the other? If so, which group and why do you think that is the case?

15. Where do you personally see the biggest challenges for democracy promotion in India now?

16. In general, how do you evaluate the political situation in India concerning democracy?

17. Where are in your opinion the biggest problems of the Indian democracy?

18. Before you expressed what democracy promotion in India should be like. Where do this claim and reality collide in your opinion?

To conclude you can remark on important aspects the interview has not touched upon.

Empirisches Material:

FES-JB-2011 (2012): Einfinden – Einstimmen – Einsetzen; Jahresbericht 2011 – Perspektiven 2012; Friedrich-Ebert-Stiftung; Bonn.

FES-JB-2012 (2013): Standhalten – Zusammenhalten - Gegenhalten; Jahresbericht 2012 – Perspektiven 2013; Friedrich-Ebert-Stiftung; Bonn.

FES-JB-2013 (2014): Jahresbericht 2013 – Perspektiven 2014; Friedrich-Ebert-Stiftung; Bonn.

FES-JB-2014 (2015): Jahresbericht 2014 – Perspektiven 2015; Friedrich-Ebert-Stiftung; Bonn.

FES-JB-2015 (2016): Jahresbericht 2015 – Perspektiven 2016; Friedrich-Ebert-Stiftung; Bonn.

FNF-JB-2011 (2012): Jahresbericht 2011; Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit; Potsdam.

FNF-JB-2012 (2013): Jahresbericht 2012; Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit; Potsdam.

FNF-JB-2013 (2014): Jahresbericht 2013; Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit; Potsdam.

FNF-JB-2014 (2015): Jahresbericht 2014; Wir arbeiten für die Freiheit; Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit; Potsdam.

FNF-JB-2015 (2016): Jahresbericht 2015; Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit; Potsdam.

HBS-JB-2011 (2012): Jahresbericht 2011; Heinrich-Böll-Stiftung; Berlin.

HBS-JB-2012 (2013): Jahresbericht 2012; Heinrich-Böll-Stiftung; Berlin.

HBS-JB-2013 (2014): Jahresbericht 2013; Heinrich-Böll-Stiftung; Berlin.

HBS-JB-2014 (2015): Jahresbericht 2014; Heinrich-Böll-Stiftung; Berlin.

HBS-JB-2015 (2016): Jahresbericht 2015; Heinrich-Böll-Stiftung; Berlin.

HSS-JB-2011 (2012): Jahresbericht 2011 – Eine Leistungsbilanz; Hanns-Seidel-Stiftung; München.

HSS-JB-2012 (2013): Jahresbericht 2012 – Eine Leistungsbilanz; Hanns-Seidel-Stiftung; München.

HSS-JB-2013 (2014): Jahresbericht 2013 – Eine Leistungsbilanz; Hanns-Seidel-Stiftung; München.

HSS-JB-2014 (2015): Jahresbericht 2014 – Eine Leistungsbilanz; Hanns-Seidel-Stiftung; München.

HSS-JB-2015 (2016): Jahresbericht 2015 – Eine Leistungsbilanz; Hanns-Seidel-Stiftung; München.

Interview Acharya: Transkribierter Text des Interviews vom 19. November 2016.

Interview FES: Transkribierter Text des Interviews vom 18. März 2017.

Interview FNF: Transkribierter Text des Interviews vom 21. Februar 2017.

Interview HBS: Transkribierter Text des Interviews vom 18. November 2016.

Interview HSS: Transkribierter Text des Interviews vom 20. April 2017.

Interview KAS: Transkribierter Text des Interviews vom 6. Oktober 2017.

Interview RLS: Transkribierter Text des Interviews vom 24. November 2016.

Interview Sahoo: Transkribierter Text des Interviews vom 26. April 2017.

KAS-JB-2011 (2012): Jahresbericht 2011 – Einblicke 2012; Konrad-Adenauer-Stiftung; Sankt Augustin.

KAS-JB-2012 (2013): Jahresbericht 2012 – Einblicke 2013; Perspektiven der Jugend; Konrad-Adenauer-Stiftung; Sankt Augustin.

KAS-JB-2013 (2014): Jahresbericht 2013 – Einblicke 2014; Zeiten-Wenden – Die Tagesordnung der Zukunft Konrad-Adenauer-Stiftung; Sankt Augustin.

KAS-JB-2014 (2015): Jahresbericht 2014 – Einblicke 2015; Konrad-Adenauer-Stiftung; Sankt Augustin.

KAS-JB-2015 (2016): Jahresbericht 2015 – Einblicke 2016; Konrad-Adenauer-Stiftung; Sankt Augustin.

RLS-JB-2011 (2011): Jahresbericht 2011; Rosa-Luxemburg-Stiftung; Berlin.

RLS-JB-2012 (2012): Jahresbericht 2012; Rosa-Luxemburg-Stiftung; Berlin.

RLS-JB-2013 (2013): Jahresbericht 2013; Rosa-Luxemburg-Stiftung; Berlin.

RLS-JB-2014 (2014): Jahresbericht 2014; Rosa-Luxemburg-Stiftung; Berlin.

RLS-JB-2015 (2015): Jahresbericht 2015; Rosa-Luxemburg-Stiftung; Berlin.

Bibliografie:

Abromeit, Heidrun (2004): Die Messbarkeit von Demokratie – Zur Relevanz des Kontextes; in: Politische Vierteljahresschrift 45 (1); S. 73-93.

Ackerl, Isabella (2011): Die bedeutendsten Staatsmänner; marixverl.; Wiesbaden; 3. Aufl..

Adeney, Katharine / Wyatt, Andrew (2010): Contemporary India; Palgrave Macmillan; Houndmills, Basingstoke.

Ambedkar, Bhimrao Ramji (2014a): Annihilation of Caste; Verso; Navayana.

Ambedkar, Bhimrao Ramji (2014b): Annihilation of Caste; in: Ambedkar, Bhimrao Ramji (2014a): Annihilation of Caste; Verso; Navayana; S. 181-356.

Andersen, Uwe / Woyke, Wichard (Hrsg.) (2013): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland; Springer VS; Heidelberg; 7. Aktualisierte Aufl.; online abrufbar unter:

<http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/202095/politische-stiftungen?p=all> [letzter Zugriff: 24. Mai 2016].

Andreae, Lisette / Kaiser, Karl (1998): Die ‚Aussenpolitik‘ der Fachministerien; in: Eberwein, Wolf-Dieter / Kaiser, Karl (Hrsg.) (1998): Deutschlands neue Außenpolitik, Band 4: Institutionen und Ressourcen; Schriften des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik; Reihe Internationale Politik und Wirtschaft, Band 63; R. Oldenbourg Verl.; München; S. 29-46.

von Arnim, Hans Herbert (1994): Parteifinzen – Die gesetzlosen Fünf; in: Der Spiegel 52/1994; online abrufbar unter:

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13687306.html> [letzter Zugriff: 24. Mai 2016].

Babajew, Aser (2011): Demokratieförderung zwischen Annäherung und Sanktionen – Der US-amerikanische und deutsche Umgang mit dem Lukaschenko-Regime in Belarus; Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung; Report Nr. 3/2011; Frankfurt am Main.

Bade, Johanna et al. (2013): Externe Demokratieförderung der Europäischen Union in der Ukraine und Belarus; Forum Demokratieforschung; Working Paper No. 2; Marburg; online abrufbar unter:

<http://www.uni-marburg.de/fb03/politikwissenschaft/institut/lehrende/birsl/forumdemokratie/workingpapersl/workingpaper/paperno2.pdf> [letzter Zugriff: 5. Juni 2015].

Banik, Dan (2011): Poverty, Inequality, and Democracy: Growth and Hunger in India; in: Journal of Democracy; Vol. 22; Issue 3; S. 90-104.

Barber, Benjamin R. (2003): Strong Democracy – Participatory Politics for a new age; Univ. of California Press; Los Angeles; 2. Aufl..

Barner, Matthias (2016): Über uns; online abrufbar unter:

<http://www.kas.de/wf/de/71.3628/> [letzter Zugriff: 15. Januar 2016].

Bartsch, Sebastian (1998): Politische Stiftungen – Grenzgänger zwischen Gesellschafts- und Staatenwelt; in: Eberwein, Wolf-Dieter / Kaiser, Karl (Hrsg.) (1998): Deutschlands neue Außenpolitik, Band 4: Institutionen und Ressourcen; Schriften des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik; Reihe Internationale Politik und Wirtschaft, Band 63; R. Oldenbourg Verl.; München; S. 185-198.

Bartsch, Sebastian (2007): Politische Stiftungen; in: Schmidt, Siegmund / Hellmann, Gunther / Wolf, Reinhard (2007): Handbuch zur deutschen Außenpolitik; VS Verl. für Sozialwissenschaften; S. 280-289.

Bauer, Volker / Shiraishi, Julie-Ann (2015): Entwicklungszusammenarbeit Indien – Vom Nehmer zum Geber?; in: AMEZ – Argumente und Materialien der Entwicklungszusammenarbeit; Band 15; Institut für Internationale Zusammenarbeit; Hanns-Seidel-Stiftung; München.

Beck, Barbara (2015): Die berühmtesten Frauen der Weltgeschichte – Vom 18. Jahrhundert bis heute; marixverl.; Wiesbaden; 2. Nachaufl. 2015 der 6. Aufl..

van Beek, Ursula (2010): Cultural values and democracy: A historical perspective; in: van Beek, Ursula (Hrsg.) (2010): Democracy under Scrutiny: Elites, Citizens, Cultures; Barbara Budrich; Opladen; S. 31-72.

Beer, Doris (2014): Institutionentransfer in der Politikberatung – konzeptionelle Überlegungen und empirische Befunde aus Mittel- und Osteuropa; in: Erdmann, Gero / Kneuer, Marianne (Hrsg.) (2014a): Externe Faktoren der Demokratisierung; Schriftenreihe Demokratiestudien – Demokratie und Demokratisierung in Theorie und Empirie. Band 5; Nomos; Baden-Baden; 2. Aufl.; S.301-318.

Berg-Schlosser, Dirk (1999): Empirische Demokratieforschung – exemplarische Analysen; Studien zur Demokratieforschung, Band 3; Campus-Verl.; Frankfurt am Main [u.a.].

Berg-Schlosser, Dirk (2005): Conclusions: Successful democratization across cultures?; in: van Beek, Ursula (Hrsg.) (2005): Democracy under construction: Patterns from four continents; Barbara Budrich Publ.; Bloomfield Hills & Opladen; S. 411-430.

Berg-Schlosser, Dirk (Hrsg.) (2007): Democratization – The State of the Art; The World of Political Science, Band 1; Budrich; Opladen [u. a.]; 2. Aufl..

Berg-Schlosser, Dirk (2012): Mixed Methods in Comparative Politics – Principles and Applications; Palgrave Macmillan; Basingstoke.

Bernhagen, Patrick (2009): Measuring Democracy and Democratization; in: Haerpfer, Christian *et al.* (2009b): Democratization; Oxford University Press; Oxford; S. 24-40.

Béteille, André (2004): Kaste im heutigen Indien; in: Randeria, Shalini / Fuchs, Martin / Linkenbach, Antje (Hrsg.) (2004): Konfigurationen der Moderne – Diskurse zu Indien; Nomos-Verlagsgesellschaft; Baden-Baden; S. 331-347.

Betzuege, Reinhard (2007): Auswärtiger Dienst; in: Schmidt, Siegmund / Hellmann, Gunther / Wolf, Reinhard (2007): Handbuch zur deutschen Außenpolitik; VS Verl. für Sozialwissenschaften; Wiesbaden; S. 225-245.

Betz, Joachim (1996): Die Demokratieexportpolitik der Bundesrepublik Deutschland; in: Hanisch, Rolf (1996a): Demokratieexport in die Länder des Südens; Schriften des Deutschen Übersee-Instituts; Hamburg; S. 231-271.

Betz, Joachim (2007): Epochen der indischen Geschichte bis 1947 – Von den Hindu-Königreichen über Mogul-Herrschaft und Kolonialzeit zur Republik; Bundeszentrale für politische Bildung vom 18. Januar 2007; online abrufbar unter:

<https://www.bpb.de/internationales/asien/indien/44384/geschichte-bis-1947?p=all> [letzter Zugriff: 5. Oktober 2019].

Betz, Joachim / Destradi, Sandra / Neff, Daniel (2014): Wahlen in Indien 2014: Mandat für den Wandel; GIGA Focus; German Institute of Globale and Area Studies; Institut für Asien-Studien; Nummer 6; Hamburg; online abrufbar unter:

https://www.giga-hamburg.de/de/system/files/publications/gf_asien_1406_0.pdf [letzter Zugriff: 22. Mai 2016].

Betz, Joachim / Neff, Daniel / Plagemann, Johannes (2015): Indien unter Premierminister Modi: Wandel mit Hindernissen; GIGA Focus; German Institute of Globale and Area Studies; Institut für Asien-Studien; Nummer 3; Hamburg; online abrufbar unter:

https://www.giga-hamburg.de/de/system/files/publications/gf_asien_1503.pdf [letzter Zugriff: 22. Mai 2016].

Beyer, Jürgen (2015): Steuerungstheoretischer Ansatz; in: Kollmorgen, Raj / Merkel, Wolfgang / Wagener, Hans-Jürgen (Hrsg.) (2015a): Handbuch Transformationsforschung; Mitarbeit von Gudrun Mouna; Springer Fachmedien; Wiesbaden; S. 173-182.

von Beyme, Klaus (1997): Parteien im Prozeß der demokratischen Konsolidierung; in: Merkel, Wolfgang / Sandschneider, Eberhard (Hrsg.) (1997): Systemwechsel 3 – Parteien im Transformationsprozeß; unter Mitarbeit von Marianne Rinza; Leske + Budrich; Opladen; S. 23-56.

Bhagavan, Manu (2003): The Historical Context; in: Ganguly, Sumit / DeVotta, Neil (2003b): Understanding Contemporary India; Lynne Rienner Publ.; Covent Garden; S. 17-40.

Bidner, Chris / Eswaran, Mukesh (2015): A Gender-based Theory of the Origin of the Caste System of India; in: Journal of Development Economics; Volume 114; S. 142-158.

Birsl, Ursula (2011): Einführung: Zukunft der Demokratie – Demokratie der Zukunft; in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.) (2011b): Zukunft der Demokratie – Demokratie der Zukunft; Dokumentation der Tagung am 22. Januar 2011 in Hannover; Friedrich-Ebert-Stiftung; Landesbüro Niedersachsen; Hannover; S. 11-28.

<http://library.fes.de/pdf-files/bueros/hannover/08536.pdf> [letzter Zugriff: 8. Juli 2016].

Birsl, Ursula / Salzborn, Samuel (2014): Unwritten Constitutions of Political Rule: Conceptual Approaches to Comparative Area Studies of Asia, the Middle East & North Africa, and Europe; in: ASIEN – The German Journal on Contemporary Asia; Nr. 132; Deutsche Gesellschaft für Asienkunde e. V.; Hamburg; S. 12-25; online abrufbar unter:

http://ursula-birsl.de/uploads/media/132_ASIEN_Birsl-Salzborn__2014__Unwritten_Constitutions.pdf [letzter Zugriff: 24. September 2015].

Birsl, Ursula / Salzborn, Samuel (2016): Ungeschriebene Regeln der ‚Demokratie‘ – Zur Relationalität von ‚ungeschriebenen Verfassungen‘ politischer Herrschaft jenseits und diesseits des Westens; in: Schubert, Sophia / Weiß, Alexander (Hrsg.) (2016): „Demokratie“ jenseits des Westens – Theorien, Diskurse, Einstellungen; Politische Vierteljahresschrift; Sonderheft 51; Nomos Verlagsgesellschaft; Baden-Baden; S. 127-146.

Birsl, Ursula et al. (2014): Demokratie in der ‚ungeschriebenen Verfassung‘ – Konzeptionelle Überlegungen für einen europäisch-asiatischen Vergleich; Working Paper No. 2; Reihe im Fachgebiet Demokratieforschung; Forum Demokratieforschung; online abrufbar unter:

<http://www.uni-marburg.de/fb03/politikwissenschaft/institut/lehrende/birsl/forumdemokratie/workingpaperf/paperforschung/workingpaper.pdf> [letzter Zugriff: 24. September 2015].

Bohnsack, Ralf / Marotzki, Winfried / Meuser, Michael (Hrsg.) (2011): Hauptbegriffe qualitativer Sozialforschung; Budrich; Opladen

Bos, Ellen (1996): Die Rolle von Eliten und kollektiven Akteuren in Transitionsprozessen; Merkel, Wolfgang (1996): Systemwechsel 1 – Theorien, Ansätze und Konzepte der Transitionsforschung; Leske + Budrich; Opladen; S. 81-110.

Brake, Anna (2009): Schriftliche Befragung; in: Kühl, Stefan / Strodtholz, Petra / Tafersshofer, Andreas (Hrsg.) (2009): Handbuch Methoden der Organisationsforschung – Quantitative und Qualitative Methoden; VS Verl. für Sozialwissenschaften; Wiesbaden; S. 392-412.

Breit, Gotthard (2012): Abraham Lincoln; in: Massing, Peter / Breit, Gotthard / Buchstein, Hubertus (Hrsg.) (2012a): Demokratietheorien – Von der Antike bis zur Gegenwart; Wochenschau Verl.; Schwalbach/Ts.; 8. Völlig überarbeitete Aufl.; S. 185-189.

Brenke, Gabriele (1995): Entwicklung und Unterentwicklung – Trends und Herausforderungen; in: Kaiser, Karl / Maull, Hanns W. (Hrsg.) (1995): Deutschlands neue Außenpolitik, Band 2: Herausforderungen; Schriften des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik; Reihe Internationale Politik und Wirtschaft, Band 61; R. Oldenbourg Verl.; München; S. 43-60.

Bronger, Dirk (1996): Indien: größte Demokratie der Welt zwischen Kastenwesen und Armut; Perthes; Gotha.

Buchstein, Hubertus (2011): Demokratie; in: Göhler, Gerhard / Iser, Mattias / Kerner, Ina (Hrsg.) (2011): Politische Theorie – 25 umkämpfte Begriffe zur Einführung; VS Verl. für Sozialwissenschaften; Wiesbaden; 2. Aufl.; S. 46-62.

Buchstein, Hubert (2012): Einleitung; in: Massing, Peter / Breit, Gotthard / Buchstein, Hubertus (Hrsg.) (2012a): Demokratietheorien – Von der Antike bis zur Gegenwart; Wochenschau Verl.; Schwalbach/Ts.; 8. Völlig überarbeitete Aufl.; S. 199-207.

Bühlmann, Marc (2011a): The Beauty and the Beast? A Tale of Democratic Crises and Globalization; Zentrum für Demokratie; Aarau; online abrufbar unter:

http://www.democracybarometer.org/Papers/Buehlmann2011_beautyand-beast.pdf [letzter Zugriff: 12. Januar 2016].

Bühlmann, Marc (2011b): The Quality of Democracy – Crises and Success Stories; Institute of Political Science, University of Berne; Center for Democracy Studies, Aarau; NCCR-Democracy, University of Zurich; online abrufbar unter:

http://www.democracybarometer.org/Papers/Buehlmann2011_crises_and_success.pdf [letzter Zugriff: 12. Januar 2016].

Bühlmann, Marc et al. (2008): Wie lässt sich Demokratie am besten messen? Zum Forumsbeitrag von Thomas Müller und Susanne Pickel; in: Politische Vierteljahrszeitschrift 49 (1); S. 114-122.

Bulmer, Simon / Padgett, Stephen (2005): Policy Transfer in the European Union: An Institutional Perspective; in: British Journal of Political Science, 1, S. 103-126.

Bundeszentrale für politische Bildung (2013): Indien – Das Land in Daten; online abrufbar unter:

<http://www.bpb.de/internationales/asien/indien/44588/zahlen-und-daten?p=all> [letzter Zugriff: 12. Januar 2016].

Burnell, Peter (2004): Democracy Promotion – The Elusive Quest for Grand Strategies; in: Internationale Politik und Gesellschaft 3/2004; Friedrich-Ebert-Stiftung; S. 100-116; online abrufbar unter:

http://www.fes.de/ipg/IPG3_2004/ARTBURNELL.PDF [letzter Zugriff: 8. Juli 2016].

Burnell, Peter (2006): Unterstützung für politische Parteien in neuen Demokratien: Parteiensystem- und Globalisierungsdenken; in: Auslandsinformationen; 9/2006; Konrad-Adenauer-Stiftung; S. 75-98; online abrufbar unter:

http://www.kas.de/wf/doc/kas_9286-544-1-30.pdf?061005140210 [letzter Zugriff: 8. Juli 2016].

Burnell, Peter (2010): New Challenges to Democratization; in: Burnell, Peter (Hrsg.) / Youngs, Richard (2010): New Challenges to Democratization; Routledge; London [u. a.]; S. 1-22.

Burnell, Peter (2011): Promoting Democracy Abroad: Policy and Performance; Transaction Publ.; New Brunswick, NJ [u. a.].

Burnell, Peter (Hrsg.) / Youngs, Richard (2010): New Challenges to Democratization; Routledge; London [u. a.].

Busch, Hans-Joachim (2007): Demokratische Persönlichkeit; in: Aus Politik und Zeitgeschichte; Bundeszentrale für politische Bildung; Bonn; 11 / 2007; S. 6-12.

Campbell, David F. J. / Schaller, Christian (2002): Wie lässt sich die Qualität von Demokratie messen?; Demokratiezentrum Wien; online abrufbar unter:

http://www.demokratiezentrum.org/fileadmin/media/pdf/campbell_schaller.pdf [letzter Zugriff: 8. Juli 2016].

Carazo, Rodrigo (2007): Gandhi – A Man who Changed the Course of History; in: Mathur, J.S. (Hrsg.) (2007): Gandhi: In the Mirror of Foreign Scholars; Rajghat; Neu-Delhi.

Carothers, Thomas (2006): The Backlash against Democracy Promotion; in: Foreign Affairs, 85, Heft 2; S. 55-68.

Carothers, Thomas (2009): Democracy Assistance: Political vs. Developmental?; in: Journal of Democracy; Vol. 20; Issue 1; S. 5-19.

Carothers, Thomas (2010a): Democracy Support and Development Aid: The Elusive Synthesis; in: Journal of Democracy; Vol. 21; Issue 4; S. 12-26.

Carothers, Thomas (2010b): The continuing backlash against democracy promotion; in: Burnell, Peter (Hrsg.) / Youngs, Richard (2010): *New Challenges to Democratization*; Routledge; London [u. a.]; S. 59-72.

Chaturvedi, Archana / Kumar, Raj (2014): *Democracy in Indian Politics*; Arpan Publications; New Delhi.

Chu, Yun-han / Huang, Min-hua (2010): The Meanings of Democracy: Solving an Asian Puzzle; in: *Journal of Democracy*; Vol. 21; Issue 3; S. 114-122.

Corbridge, Stuart / Harriss, John (2006): *Reinventing India – Liberalization, Hindu Nationalism and Popular Democracy*; Polity Press; Cambridge.

Croissant, Aurel / Kneip, Sascha Kneip / Petring, Alexander (Hrsg.) (2017): *Demokratie, Diktatur, Gerechtigkeit – Festschrift für Wolfgang Merkel*; Springer Fachmedien; Wiesbaden.

Dasgupta, Aditya (2014): *Quiet Revolution: The Political Logic of India's Anti-Poverty Programs*; in: *India in Transition*; Center for the Advanced Study of India; University of Pennsylvania; online abrufbar unter:

<http://casi.sas.upenn.edu/iit/dasgupta> [letzter Zugriff: 22. Mai 2016].

Dauner, Matthias / Voigt, Stefan (2015): *Institutionen*; in: Kollmorgen, Raj / Merkel, Wolfgang / Wagener, Hans-Jürgen (Hrsg.) (2015a): *Handbuch Transformationsforschung*; unter Mitarbeit von Gudrun Mouna; Springer Fachmedien; Wiesbaden; S. 47-62.

Demirović, Alex (2011): *Demokratie – die Selbstregierung des Volkes*; in: Promotionskolleg "Demokratie und Kapitalismus" (Hrsg.) (2011): *Perspektiven der Demokratie – „Gesellschaftspolitische Interventionsmöglichkeiten im Spannungsverhältnis zwischen Demokratisierung und kapitalistischen Strukturen“*; Tagungsband; Siegen; S. 15-43.

Destradi, Sandra (2009): *Demokratischer Wandel in Südasien und die Rolle der Regionalmacht Indien*; GIGA Focus; German Institute of Globale and Area Studies; Institut für Asien-Studien; Nummer 2; Hamburg; online abrufbar unter:

https://www.giga-hamburg.de/de/system/files/publications/gf_asien_0902.pdf [letzter Zugriff: 22. Mai 2016].

Destradi, Sandra (2013): Tiger oder Kätzchen? Indiens außenpolitische Debatten zeugen von andauernder Selbstfindung; Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.; Internationale Politik – Die Zeitschrift, 5; September/Oktober; S. 93-99; online abrufbar unter:

<https://zeitschrift-ip.dgap.org/de/article/getFullPDF/24276> [letzter Zugriff: 22. Mai 2016].

Diamond, Larry (2010): The Meanings of Democracy: Introduction; in: Journal of Democracy; Vol. 21; Issue 4; S. 102-105.

Dominguez, Gabriel (2014): Anwältin: Gewalt gegen Dalit-Frauen „nicht ernst genommen“; in: Deutsche Welle; online abrufbar unter:

<http://www.dw.com/de/anw%C3%A4ltin-gewalt-gegen-dalit-frauen-nicht-ernst-genommen/a-17674169> [letzter Zugriff: 12. Januar 2016].

Doorenspleet, Renske / Mudde, Cas (2008): Upping the Odds: Deviant Democracies and Theories of Democratization; in: Democratization 15; Nr. 4; S. 815-832.

Drèze, Jean / Sen, Amartya (2002): India – Development and Participation; Oxford Univ. Press; Oxford; 2. Aufl..

Eberlei, Walter (2002): Entwicklungspolitische Nicht-Regierungsorganisationen in Deutschland – Euphorie, Ernüchterung, Erneuerung; Aus Politik und Zeitgeschichte; 6-7 / 2002; Bundeszentrale für politische Bildung; Artikel auf bpb Online vom 22. Mai 2002; online abrufbar unter:

<http://www.bpb.de/apuz/27118/entwicklungspolitische-nicht-regierungs-organisationen-in-deutschland?p=all> [letzter Zugriff: 24. Mai 2016].

Eberwein, Wolf-Dieter / Kaiser, Karl (Hrsg.) (1998): Deutschlands neue Außenpolitik, Band 4: Institutionen und Ressourcen; Schriften des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik; Reihe Internationale Politik und Wirtschaft, Band 63; R. Oldenbourg Verl.; München.

Eckert, Julia (2002): Der Hindu-Nationalismus und die Politik der Unverhandelbarkeit – Vom politischen Nutzen eines (vermeintlichen) Religionskonfliktes; in: Aus Politik und Zeitgeschichte; Beilage zur Wochenzeitung ‚Das Parlament‘ vom 21. Oktober 2002; S. 23-30.

Ehm, Dietmar (2015): Politische Stiftungen – Ein Markenzeichen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit; in: AMEZ – Argumente und Materialien der Entwicklungszusammenarbeit; Band 15; Institut für Internationale Zusammenarbeit; Hanns-Seidel-Stiftung; München.

Eicher, Claudia / Beichelt, Timm (2006): Osteuropa; in: Merkel, Wolfgang *et al.* (2006): Defekte Demokratie – Band 2: Regionalanalysen; VS Verl. für Sozialwissenschaften; Wiesbaden; S. 295-444.

Eisentraut, Sophie (2016): Demokratisches Regieren jenseits des Nationalstaats – Demokratiekonzeptionen aus sechs Weltregionen; in: Schubert, Sophia / Weiß, Alexander (Hrsg.) (2016): „Demokratie“ jenseits des Westens – Theorien, Diskurse, Einstellungen; Politische Vierteljahresschrift; Sonderheft 51; Nomos Verlagsgesellschaft; Baden-Baden; S. 147-166.

Ekiert, Grzegorz (2015): Zivilgesellschaft als politische Strategie und theoretischer Ansatz; in: Kollmorgen, Raj / Merkel, Wolfgang / Wagener, Hans-Jürgen (Hrsg.) (2015a): Handbuch Transformationsforschung; unter Mitarbeit von Gudrun Mouna; Springer Fachmedien; Wiesbaden; S. 195-206.

Embree, Ainslie T. (2003): Religion; in: Ganguly, Sumit / DeVotta, Neil (2003b): Understanding Contemporary India; Lynne Rienner Publ.; Covent Garden; S. 191-230.

Emmerson, Donald K. (2012): Southeast Asia: Minding the Gap between Democracy and Governance; in: Journal of Democracy; Vol. 23; Issue 2; S. 62-73.

Engels, David (2016): Das Ende des Westens, wie wir ihn kannten; in: Cicero – Magazin für politische Kultur; Ausgabe 11/2016; Ringier Publishing GmbH; Berlin; S. 20-30.

Engineer, Asghar Ali (2010): Secularism in India – A Minority Perspective; in: Heng Siam-Heng, Michael / Chin Liew, Ten (Hrsg.) (2010): State and Secularism – Perspectives from Asia; World Scientific Publishing Co.; Singapur; S. 169-184.

Erdmann, Gero (2014): Parteienförderung im Kontext von Transitions- und Parteienforschung; in: Erdmann, Gero / Kneuer, Marianne (Hrsg.) (2014a): Externe Faktoren der Demokratisierung; Schriftenreihe Demokratiestudien – Demokratie und Demokratisierung in Theorie und Empirie. Band 5; Nomos; Baden-Baden; 2. Aufl.; S. 235-260.

Erdmann, Gero / Kneuer, Marianne (Hrsg.) (2014a): Externe Faktoren der Demokratisierung; Schriftenreihe ‚Demokratiestudien – Demokratie und Demokratisierung in Theorie und Empirie‘, Band 5; Nomos Verlagsgesellschaft; Baden-Baden; 2. unver. Aufl.; S. 319-338.

Erdmann, Gero / Kneuer, Marianne (2014b): Externe Faktoren der Demokratisierung – Forschungsperspektiven und Entwicklungspotenzial; in: Erdmann, Gero / Kneuer, Marianne (Hrsg.) (2014a): Externe Faktoren der Demokratisierung; Schriftenreihe Demokratiestudien – Demokratie und Demokratisierung in Theorie und Empirie. Band 5; Nomos; Baden-Baden; 2. Aufl..

Ethier, Diane (2003): Is Democracy Promotion Effective? Comparing Conditionality and Incentives; in: Democratization, 10, Heft 1; S. 99-120.

Euchner, Walter (2005): Zur Notwendigkeit einer Ideengeschichte der Demokratie; in: Saage, Richard (2005): Demokratietheorien – Eine Einführung; VS Verl. für Sozialwissenschaften; Wiesbaden; S. 13-21.

Faath, Sigrid (2005a): Chancen externer Demokratieförderung – Externe Demokratieförderung in Nordafrika/Nahost: Eine zum Scheitern verurteilte Strategie?; in: Faath, Sigrid (Hrsg.) (2005b): Demokratisierung durch externen Druck? Perspektiven politischen Wandels in Nordafrika/Nahost; Deutsches Orient-Institut; Mitteilungen 73; Hamburg.

Faath, Sigrid (Hrsg.) (2005b): Demokratisierung durch externen Druck? Perspektiven politischen Wandels in Nordafrika / Nahost; Mitteilungen 73; Deutsches Orient-Institut; Hamburg.

Faath, Sigrid (2005c): Thematische Einführung – Internationale Demokratieförderung seit dem 11. September 2001: Zum Forschungsstand und Aufbau der Studie; in: Faath, Sigrid (Hrsg.) (2005b): Demokratisierung durch externen Druck? Perspektiven politischen Wandels in Nordafrika/Nahost; Deutsches Orient-Institut; Mitteilungen 73; Hamburg.

Faust, Jörg (2011): Quo Vadis Demokratieförderung?; Die aktuelle Kolumne; Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE); Bonn; online abrufbar unter:

https://www.die-gdi.de/uploads/media/Kolumne_Faust.07.11.2011.pdf [letzter Zugriff: 22. Mai 2016].

Faust, Jörg (2013): Die liberale Demokratie als universeller Wertekanon – Zurück in die Zukunft?; Die aktuelle Kolumne; Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE); Bonn; online abrufbar unter:

https://www.die-gdi.de/uploads/media/Deutsches-Institut-fuer-Entwicklungs-politik_Faust_14.01.2013.pdf [letzter Zugriff: 22. Mai 2016].

Felske, Julia (2011): Möglichkeiten und Grenzen externer Demokratieförderung – Die Europäische Union und die Bundesrepublik Deutschland in Georgien; Jean Monnet Centre of Excellence in European Studies; JMCE Award Series Nr. 01; Osnabrück; online abrufbar unter:

https://repositorium.uni-osnabrueck.de/bitstream/urn:nbn:de:gbv:700-201110188428/4/Osnabrueck_JMCE_AwardSeries_01_2011_Felske.pdf [letzter Zugriff: 5. Juni 2015].

Fish, Steven / Wittenberg, Jason (2009): Failed Democratization; in: Haerpfer, Christian *et al.* (2009b): Democratization; Oxford University Press; Oxford; S. 248-267.

Frankel, Francine R. (2000): Introduction – Contextual Democracy: intersections of society, culture and politics in India; in: Frankel, Francine R. *et al.* (Hrsg.) (2000): Transforming India: Social and Political Dynamics of Democracy; OUP India; Neu-Delhi; S. 1-25.

Frankel, Francine R. *et al.* (Hrsg.) (2000): Transforming India: Social and Political Dynamics of Democracy; OUP India; Neu-Delhi.

von Franqué, Friederike (2014): Die Beeinflussung von Demokratisierungsprozessen durch externes Medienengagement; in: Erdmann, Gero / Kneuer, Marianne (Hrsg.) (2014a): Externe Faktoren der Demokratisierung; Schriftenreihe Demokratiestudien – Demokratie und Demokratisierung in Theorie und Empirie. Band 5; Nomos; Baden-Baden; 2. Aufl.; S. 283-300.

Freise, Matthias (2004): Externe Demokratieförderung in postsozialistischen Transformationsstaaten; Schriftenreihe der Stipendiatinnen und Stipendiaten der Friedrich-Ebert-Stiftung, Band 27; LIT Verl.; Münster.

Freyburg, Tina et al. (2014): Neue Wege der externen Demokratieförderung: Demokratisches Regieren in der Europäischen Nachbarschaftspolitik; in: Erdmann, Gero / Kneuer, Marianne (Hrsg.) (2014a): Externe Faktoren der Demokratisierung; Schriftenreihe Demokratiestudien – Demokratie und Demokratisierung in Theorie und Empirie. Band 5; Nomos; Baden-Baden; 2. Aufl.; S. 169-194.

Friedrich-Ebert-Stiftung (2016a): Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung; online abrufbar unter:

<http://www.fes.de/de/stiftung/geschichte/> [letzter Zugriff: 15. Januar 2016].

Friedrich-Ebert-Stiftung (2016b): Über die FES; online abrufbar unter:

<http://www.fes.de/de/stiftung/ueber-die-fes/> [letzter Zugriff: 15. Januar 2016].

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (2014): Die Satzung der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit; Fassung vom 27. Juni 2014; online abrufbar unter:

<https://www.freiheit.org/sites/default/files/uploads/2015/09/21/2014aktuelle-satzung.pdf> [letzter Zugriff: 16. August 2016].

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (2016a): Chronik der Stiftung; online abrufbar unter:

<https://www.freiheit.org/content/chronik-der-stiftung> [letzter Zugriff: 15. Januar 2016].

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (2016b): Stiftung; online abrufbar unter:

<https://www.freiheit.org/content/stiftung> [letzter Zugriff: 15. Januar 2016].

Fukuyama, Francis (2011): Poverty, Inequality, and Democracy: Dealing with Inequality; in: Journal of Democracy; Vol. 22; Issue 3; S. 79-89.

Gandhi, Mohandas Karamchand (2006): Was ist Hinduismus?; Insel-Verl.; Frankfurt am Main [u.a.].

Ganguly, Sumit (2007a): Bangladesh and India; in: Diamond, Larry / Morlino, Leonardo (2007): Assessing the Quality of Democracy; The Johns Hopkins University Press; Baltimore, Maryland; S. 163-187.

Ganguly, Sumit (2007b): India's Unlikely Democracy: Six Decades of Independence; in: Journal of Democracy; Vol. 18; Issue 2; S. 30-40.

Ganguly, Sumit (2008): Der indisch-pakistanische Konflikt; in: Aus Politik und Zeitgeschichte; Bundeszentrale für politische Bildung; 22; Bonn; S. 32-38.

Ganguly, Sumit (2009): India's 2009 Elections: a Vote to Stay the Course; in: Journal of Democracy; Vol. 20; Issue 4; S. 79-88.

Ganguly, Sumit (2012): Corruption in India: An Enduring Threat; in: Journal of Democracy; Vol. 23; Issue 1; S. 138-148.

Ganguly, Sumit / DeVotta, Neil (2003a): Introduction; in: Ganguly, Sumit / DeVotta, Neil (2003b): Understanding Contemporary India; Lynne Rienner Publ.; Covent Garden; S. 1-6.

Ganguly, Sumit / DeVotta, Neil (2003b): Understanding Contemporary India; Lynne Rienner Publ.; Covent Garden.

Garcia, Maria Melody (2011): Good Governance wirksamer fördern: Argumente zur Ausweitung rigoroser Wirkungsevaluierung; Analysen und Stellungnahmen, 17; Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE); Bonn; online abrufbar unter:

https://www.die-gdi.de/uploads/media/AuS_17.2011.pdf [letzter Zugriff: 22. Mai 2016].

Gawrich, Andrea (2014): Demokratieförderung von Europarat und OSZE – Ein Beitrag zur europäischen Integration; Springer Fachmedien; Wiesbaden.

Glazer, Nathan (2010): Democracy and Deep Divides; in: Journal of Democracy; Vol. 21; Issue 2; S. 5-19.

Gottschlich, Pierre (2018): Hindu-Nationalismus – Indien auf dem Weg in einen Hindu-Staat?; Bundeszentrale für politische Bildung vom 23. November 2018; online abrufbar unter:

<https://www.bpb.de/apuz/280574/hindu-nationalismus-indien-auf-dem-weg-in-einen-hindu-staat?p=all> [letzter Zugriff: 4. Oktober 2019].

Graber, Doris (2003): The Media and Democracy – Beyond Myths and Stereotypes; Annual Review of Political Science 6; S. 139-160.

Grävingholt, Jörn / Leininger, Julia / Schlumberger, Oliver (2009a): Demokratieförderung: Kein Ende der Geschichte; Analysen und Stellungnahmen, 1; Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE); Bonn; online abrufbar unter:

https://www.die-gdi.de/uploads/media/AuS_1.2009.pdf [letzter Zugriff: 22. Mai 2016].

Grävingholt, Jörn / Leininger, Julia / Schlumberger, Oliver (2009b): Demokratieförderung: Quo vadis?; in: Aus Politik und Zeitgeschichte; Nr. 8/2008; S. 28-33; online eingestellt am 5. Februar 2009; online abrufbar unter:

<http://www.bpb.de/apuz/32184/demokratieforderung-quo-vadis?p=all> [letzter Zugriff: 5. Juni 2015].

Greven, Michael Th. (2003): Sind Demokratien reformierbar? Bedarf, Bedingungen und normative Orientierungen für eine Demokratiereform; in: Offe, Claus (Hrsg.) (2003): Demokratisierung der Demokratie – Diagnosen und Reformvorschläge; Campus Verl.; Frankfurt am Main; S. 72-92.

Greven, Michael Th. (2009): Die politische Gesellschaft – Kontingenz und Decision als Probleme des Regierens und der Demokratie; VS Verl. für Sozialwissenschaften; Wiesbaden.

Grimm, Sonja (2010): Erzwungene Demokratie – Politische Neuordnung nach militärischer Intervention unter externer Aufsicht; Studien der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Band 6; Nomos Verlagsgesellschaft; Baden-Baden.

Grimm, Sonja (2014): Demokratisierung von außen – Der Beitrag externer Akteure zur politischen Transformation nach Kriegen und Intervention; in: Erdmann, Gero / Kneuer, Marianne (Hrsg.) (2014a): Externe Faktoren der Demokratisierung; Schriftenreihe Demokratiestudien – Demokratie und Demokratisierung in Theorie und Empirie. Band 5; Nomos; Baden-Baden; 2. Aufl.; S. 103-126.

Grimm, Sonja / Leininger, Julia (2012): Not all good things go together: conflicting objectives in democracy promotion; in: Democratization, 19, Heft 3; S. 391-414.

Gsänger, Matthias (2016): ‚We are not going just to copy‘ – Der indische Demokratiediskurs von den 1920er Jahren bis zur Verfassungsgebenden Versammlung; in: Schubert, Sophia / Weiß, Alexander (Hrsg.) (2016): „Demokratie“ jenseits des Westens – Theorien, Diskurse, Einstellungen; Politische Vierteljahresschrift; Sonderheft 51; Nomos Verlagsgesellschaft; Baden-Baden; S. 511-534.

Hacke, Christian (1996): Nationales Interesse als Handlungsmaxime für die Außenpolitik Deutschlands; in: Kaiser, Karl / Krause, Joachim (Hrsg.) (1996): Deutschlands neue Außenpolitik, Band 3: Interessen und Strategien; Schriften des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik; Reihe Internationale Politik und Wirtschaft, Band 62; R. Oldenbourg Verl.; München; S. 3-13.

Hadenius, Axel / Berg-Schlosser, Dirk (2007): Successes and Failures of the New Democracies; in: Berg-Schlosser, Dirk (Hrsg.) (2007): Democratization – The State of the Art; The World of Political Science, Band 1; Budrich; Opladen [u. a.]; 2. Aufl.; S. 97-110.

Haerpfer, Christian *et al.* (2009a): Conclusions and Outlook – The Future of Democratization; in: Haerpfer, Christian *et al.* (2009b): Democratization; Oxford University Press; Oxford; S. 377-385.

Haerpfer, Christian *et al.* (2009b): Democratization; Oxford University Press; Oxford.

Hagedorn, Sandra / Bischoff, Antje (2015): Stiftungsfokus – Stiftungs Kooperationen; Bundesverband deutscher Stiftungen; Nr. 5; Stand 08/2015; online abrufbar unter:

https://shop.stiftungen.org/media/mconnect_uploadfiles/s/t/stiftungsfokus_5_kooperationen_final.pdf [letzter Zugriff: 12. Januar 2016].

Haggard, Stephan / Kaufman, Robert R. (1995): The Political Economy of Democratic Transitions; Princeton Univ. Press; Princeton, NJ.

Hanisch, Rolf (1996a): Demokratieexport in die Länder des Südens; Schriften des Deutschen Übersee-Instituts; Hamburg.

Hanisch, Rolf (1996b): Internationale Demokratieförderung: Gründe, Motive, Instrumente, Möglichkeiten und Grenzen; in: Hanisch, Rolf (1996a): Demokratieexport in die Länder des Südens; Schriften des Deutschen Übersee-Instituts; Hamburg; S. 3-91.

Hanns-Seidel-Stiftung (2016): Wir über uns – Der Auftrag der Hanns-Seidel-Stiftung; online abrufbar unter:

<http://www.hss.de/stiftung.html> [letzter Zugriff: 15. Januar 2016].

Hansen, Sven (2014): Volksvertreter; in: Hörig, Rainer (2014a): Indien verstehen; Sympathie-Magazine; Studienkreis für Tourismus und Entwicklung e.V.; Seefeld-Hechendorf; S. 29.

Hartmann, Jürgen (2015): Demokratie und Autokratie in der vergleichenden Demokratieforschung – Eine Kritik; Springer Fachmedien; Wiesbaden.

Hasan, Zoya (2010): Gender, Religion and Democratic Politics in India; Third World Quarterly; Volume 31; Issue 6; S. 939-954.

Heinrich-Böll-Stiftung (2015): Satzung der Heinrich-Böll-Stiftung; online abrufbar unter:

<https://www.boell.de/de/1989/index-309.html> [letzter Zugriff: 16. August 2016].

Heinrich-Böll-Stiftung (2016a): Geschichte; online abrufbar unter:

<https://www.boell.de/de/stiftung/geschichte> [letzter Zugriff: 15. Januar 2016].

Heinrich-Böll-Stiftung (2016b): Wer wir sind; online abrufbar unter:

<https://www.boell.de/de/navigation/struktur-16450.html> [letzter Zugriff: 15. Januar 2016].

Heinz, Wolfgang S. (2007): Menschenrechtspolitik; in: Schmidt, Siegmund / Hellmann, Gunther / Wolf, Reinhard (2007): Handbuch zur deutschen Außenpolitik; VS Verl. für Sozialwissenschaften; Wiesbaden; S. 692-702.

Hellmann, Gunther / Wolf, Reinhard / Schmidt, Siegmund (2007): Deutsche Außenpolitik in historischer und systematischer Perspektive; in: Schmidt, Siegmund / Hellmann, Gunther / Wolf, Reinhard (2007): Handbuch zur deutschen Außenpolitik; VS Verl. für Sozialwissenschaften; Wiesbaden; S. 15-46.

von Heusinger, Judith (2015): Zum Umgang mit kulturellen Konflikten in der Entwicklungszusammenarbeit – Eine Zusammenfassung für Praktiker_innen und Interessierte; CCS Policy Paper; Zentrum für Konfliktforschung; Philipps-Universität Marburg; online abrufbar unter:

http://www.uni-marburg.de/konfliktforschung/publikationen/ccs_policy_papers/pp2.pdf [letzter Zugriff: 24. September 2015].

Hidalgo, Oliver (2016): Die Idee der ‚Non-Western-Democracy‘ – Zur genealogischen Rekonstruktion konzeptioneller Spielräume des antinomischen Demokratiebegriffs; in: Schubert, Sophia / Weiß, Alexander (Hrsg.) (2016): „Demokratie“ jenseits des Westens – Theorien, Diskurse, Einstellungen; Politische Vierteljahresschrift; Sonderheft 51; Nomos Verlagsgesellschaft; Baden-Baden; S. 35-55.

Hillenbrand, Olaf (2003): Sieben Thesen zur Außenunterstützung; Centrum für angewandte Politikforschung; München; online abrufbar unter:

http://www.cap.uni-muenchen.de/download/2003/2003_thesen_hillenbrand.pdf [letzter Zugriff: 23. Juni 2015].

Höffe, Otfried (2009): Ist die Demokratie zukunftsfähig? Über moderne Politik; Schriftenreihe, Band 779; Bundeszentrale für politische Bildung; Verl. C. H. Beck; München.

Hörig, Rainer (2013a): Die Gebrochenen; in: Hörig, Rainer (2013b): Hinduismus verstehen; Sympathie-Magazine; Studienkreis für Tourismus und Entwicklung e.V.; Seefeld-Hechendorf; S. 46.

Hörig, Rainer (2013b): Hinduismus verstehen; Sympathie-Magazine; Studienkreis für Tourismus und Entwicklung e.V.; Seefeld-Hechendorf.

Hörig, Rainer (2013c): Indische Frauenpower; in: Hörig, Rainer (2013b): Hinduismus verstehen; Sympathie-Magazine; Studienkreis für Tourismus und Entwicklung e.V.; Seefeld-Hechendorf; S. 43.

Hörig, Rainer (2014a): Indien verstehen; Sympathie-Magazine; Studienkreis für Tourismus und Entwicklung e.V.; Seefeld-Hechendorf.

Hörig, Rainer (2014b): Schöne neue Welt; Hörig, Rainer (2014a): Indien verstehen; Sympathie-Magazine; Studienkreis für Tourismus und Entwicklung e.V.; Seefeld-Hechendorf; S. 49.

Holtz, Uwe (1996): Entwicklungspolitik – Deutsche Interessen und Strategien; in: Kaiser, Karl / Krause, Joachim (Hrsg.) (1996): Deutschlands neue Außenpolitik, Band 3: Interessen und Strategien; Schriften des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik; Reihe Internationale Politik und Wirtschaft, Band 62; R. Oldenbourg Verl.; München; S. 221-230.

Hsiao, Michael Hsin-Huang / Hsiao, L. C. Russell (2014): After the strongmen – The beginning of democracy in Asia?; in: Hsiao, Michael Hsin-Huang (Hrsg.) (2014): Democracy or Alternative Political Systems in Asia; Routledge; Oxon; S. 3-17.

Hüller, Thorsten / Deters, Henning (2011): Probleme evaluierender Demokratieforschung; in: Zeitschrift für Politikwissenschaft; Heft 2; S. 201-234; online abrufbar unter:

http://www.zpol.nomos.de/fileadmin/zpol/doc/Aufsatz_ZPol_11_02.pdf [letzter Zugriff: 25. Mai 2016].

Human Development Index (2018): Human Development Report – India; online abrufbar unter:

<http://hdr.undp.org/en/countries/profiles/IND#> [letzter Zugriff: 13. Juni 2019].

Huntington, Samuel P. (2002): Kampf der Kulturen – Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert; Wilhelm Goldmann Verl.; München; 9. Aufl..

Ihlaue, Olaf (2006): Weltmacht Indien – Die neue Herausforderung des Westens; Schriftenreihe, Band 558; Bundeszentrale für politische Bildung; Bonn.

Ihlaue, Olaf (2008): Indien auf dem Sprung zur Weltmacht; in: Aus Politik und Zeitgeschichte; Bundeszentrale für politische Bildung; 22; Bonn; S. 3-6.

Imhasly, Bernard (2008): Ein reiches Land mit armen Menschen; in: Aus Politik und Zeitgeschichte; Bundeszentrale für politische Bildung; 22; Bonn; S. 13-19.

Imhasly-Gandhy, Rashna (2013): Gefangen in der Tradition; in: Horig, Rainer (2013b): Hinduismus verstehen; Sympathie-Magazine; Studienkreis für Tourismus und Entwicklung e.V.; Seefeld-Hechendorf; S. 42-43.

Inglehart, Ronald / Welzel, Christian (2005): Modernization, Cultural Change and Democracy – The Human Development Sequence; Cambridge University Press; New York.

Jenkins, Rob (2007): India's Unlikely Democracy: Civil Society versus Corruption; in: Journal of Democracy; Vol. 18; Issue 2; S. 55-69.

Jünemann, Annette / Knodt, Michèle (2007a): Explaining EU-Instruments and Strategies of EU Democracy Promotion. Concluding Remarks; in: Jünemann, Annette / Knodt, Michèle (Hrsg.) (2007b): Externe Demokratieförderung durch die Europäische Union / European External Democracy Promotion; Schriftenreihe des Arbeitskreises Europäische Integration e.V., Band 58; Nomos Verlagsgesellschaft; Baden-Baden; S. 353-370.

Jünemann, Annette / Knodt, Michèle (Hrsg.) (2007b): Externe Demokratieförderung durch die Europäische Union; Schriftenreihe des Arbeitskreises Europäische Integration e.V., Band 58; Nomos Verlagsgesellschaft; Baden-Baden.

Jungheim, Gregor (2015): AfD-Stiftung steht auf wackligen Füßen; Artikel auf Die Stiftung; online abrufbar unter:

<http://www.die-stiftung.de/allgemein/afd-stiftung-steht-auf-wackligen-fuessen-43351> [letzter Zugriff: 10. August 2016].

Kärcher, Friederika (2009): From Transition to European Integration – Two Decades of Building Democratic and Participatory Structures in South Eastern Europe; Opening Statement; in: Projekt Südosteuropa (2009): Demokratieförderung durch Journalistenausbildung in Südosteuropa; Beiträge zur Hochschulpolitik 6/2009; Bonn; S. 14-22.

Kagan, Donald (1991): Perikles – Die Geburt der Demokratie; Verl. Klett-Cotta; New York.

Kaiser, Karl / Krause, Joachim (Hrsg.) (1996): Deutschlands neue Außenpolitik, Band 3: Interessen und Strategien; Schriften des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik; Reihe Internationale Politik und Wirtschaft, Band 62; R. Oldenbourg Verl.; München.

Kaiser, Karl / Maull, Hanns W. (Hrsg.) (1994): Deutschlands neue Außenpolitik, Band 1: Grundlagen; Schriften des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik; Reihe Internationale Politik und Wirtschaft, Band 61; R. Oldenbourg Verl.; München.

Kantowsky, Detlef (1986): Indien – Gesellschaft und Entwicklung; Suhrkamp Verl.; Frankfurt am Main.

Karakas, Cemal (2010): Demokratieförderung zwischen Interessen und Werten – US-amerikanische und deutsche Reaktionen auf den politischen Islam in der Türkei; Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung; Report Nr. 12/2010; Frankfurt am Main.

Karakas, Cemal (2013): Externe Demokratieförderung in muslimisch geprägten Ländern – Die USA, Deutschland und das Erstarken des politischen Islam in der Türkei; Studien der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Band 21; Nomos Verlagsgesellschaft; Baden-Baden.

Kaviraj, Sudipta (2000): Democracy and Social Inequality; in: Frankel, Francine R. *et al.* (Hrsg.) (2000): *Transforming India: Social and Political Dynamics of Democracy*; OUP India; Neu-Delhi; S. 89-119.

Khanal, Alka (2014): Die Gulabi-Gang; in: Hörig, Rainer (2014a): *Indien verstehen*; Sympathie-Magazine; Studienkreis für Tourismus und Entwicklung e.V.; Seefeld-Hechendorf; S. 44-45.

Khosla, Madhav (2013): The Law of Indian Democracy; in: *India in Transition*; Center for the Advanced Study of India; University of Pennsylvania; online abrufbar unter:

<http://casi.sas.upenn.edu/iit/makhosla> [letzter Zugriff: 22. Mai 2016].

Kipping, Martin (2011): State-Building – Erfolg und Scheitern in Afghanistan; Schriften zur Governance-Forschung; Nomos Verlagsgesellschaft; Baden-Baden.

Kirchner, Christian / Ehmke, David (2015): Recht und Staat; in: Kollmorgen, Raj / Merkel, Wolfgang / Wagener, Hans-Jürgen (Hrsg.) (2015a): *Handbuch Transformationsforschung*; unter Mitarbeit von Gudrun Mouna; Springer Fachmedien; Wiesbaden; S. 455-470.

Klasen, Marisa (2012): Für das Gemeinwohl? Politische Interessenvermittlung durch Stiftungen: eine organisationstheoretische Analyse der Legitimität; Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft; Opusculum Nr. 60; Berlin.

Klein, Ansgar (2002): Überschätzte Akteure? – Die NGOs als Hoffnungsträger transnationaler Demokratisierung; *Aus Politik und Zeitgeschichte*; 6-7 / 2002; Bundeszentrale für politische Bildung; Artikel auf bpb Online vom 22. Mai 2002; online abrufbar unter:

<http://www.bpb.de/apuz/27107/ueberschaetzte-akteure?p=all> [letzter Zugriff: 24. Mai 2016].

Klingsbögl, Hubertus (2016a): Geschichte der Hanns-Seidel-Stiftung; online abrufbar unter:

<http://www.hss.de/stiftung/geschichte.html> [letzter Zugriff: 15. Januar 2016].

Klingsbögl, Hubertus (2016b): Zahlen – Daten – Fakten; online abrufbar unter:

<http://www.hss.de/stiftung/zahlen-daten-fakten.html> [letzter Zugriff: 15. Januar 2016].

Kloten, Norbert (1994): Die Bundesrepublik als Weltwirtschaftsmacht; in: Kaiser, Karl / Maull, Hanns W. (Hrsg.) (1994): Deutschlands neue Außenpolitik, Band 1: Grundlagen; Schriften des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik; Reihe Internationale Politik und Wirtschaft, Band 61; R. Oldenbourg Verl.; München; S. 63-80.

Knack, Stephen (2004): Does Foreign Aid Promote Democracy?; in: International Studies Quarterly, Vol. 48; S. 251-266.

Kneuer, Marianne (2006): Demokratisierung durch die EU – Süd- und Ostmitteleuropa im Vergleich; VS Verl. für Sozialwissenschaften; Wiesbaden.

Kneuer, Marianne (2014): Externe Faktoren der Demokratisierung – zum Stand der Forschung; in: Erdmann, Gero / Kneuer, Marianne (Hrsg.) (2014a): Externe Faktoren der Demokratisierung; Schriftenreihe Demokratiestudien – Demokratie und Demokratisierung in Theorie und Empirie. Band 5; Nomos; Baden-Baden; 2. Aufl.; S. 9-36.

Knoblauch, Hubert (2011): Transkription; in: Bohnsack, Ralf / Marotzki, Winfried / Meuser, Michael (Hrsg.) (2011): Hauptbegriffe qualitativer Sozialforschung; Budrich; Opladen; S. 159-160.

Knobloch, Jörn (2016): Demokratie und summative politische Ordnung – Die praktische Möglichkeit demokratischer Herrschaft in nicht-westlichen Gesellschaften; in: Schubert, Sophia / Weiß, Alexander (Hrsg.) (2016): „Demokratie“ jenseits des Westens – Theorien, Diskurse, Einstellungen; Politische Vierteljahresschrift; Sonderheft 51; Nomos Verlagsgesellschaft; Baden-Baden; S. 225-244.

Knodt, Michèle / Jünemann, Annette (2007): Introduction: Theorizing EU external democracy promotion; in: Jünemann, Annette / Knodt, Michèle (Hrsg.) (2007b): Externe Demokratieförderung durch die Europäische Union / European External Democracy Promotion; Schriftenreihe des Arbeitskreises Europäische Integration e.V., Band 58; Nomos Verlagsgesellschaft; Baden-Baden; S. 9-32.

Knodt, Michèle / Urdze, Sigita (2008): Demokratisierungspolitik; in: Heinelt, Hubert / Knodt, Michèle (Hrsg.) (2008): Politikfelder im EU-Mehrebenensystem – Instrumente und Strategien europäischen Regierens; Forschungsstand Politikwissenschaft; Nomos Verlagsgesellschaft; Baden-Baden; S. 21-42.

Kolb, Andrea (2007): Demokratieförderung ist dringlicher denn je – Zur Neuausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit; Konrad-Adenauer-Stiftung; online abrufbar unter:

http://www.kas.de/wf/doc/kas_12454-544-1-30.pdf?080103153431 [letzter Zugriff: 5. Juni 2015].

Kollmorgen, Raj (2015): Sozialstrukturen und soziale Ungleichheiten; in: Kollmorgen, Raj / Merkel, Wolfgang / Wagener, Hans-Jürgen (Hrsg.) (2015a): Handbuch Transformationsforschung; unter Mitarbeit von Gudrun Mouna; Springer Fachmedien; Wiesbaden; S. 697-708.

Kollmorgen, Raj / Merkel, Wolfgang / Wagener, Hans-Jürgen (Hrsg.) (2015a): Handbuch Transformationsforschung; unter Mitarbeit von Gudrun Mouna; Springer Fachmedien; Wiesbaden.

Kollmorgen, Raj / Merkel, Wolfgang / Wagener, Hans-Jürgen (Hrsg.) (2015b): Transformation und Transformationsforschung – Zur Einführung; in: Kollmorgen, Raj / Merkel, Wolfgang / Wagener, Hans-Jürgen (Hrsg.) (2015a): Handbuch Transformationsforschung; unter Mitarbeit von Gudrun Mouna; Springer Fachmedien; Wiesbaden; S. 11-30.

Konrad-Adenauer-Stiftung (2016a): Geschichte; online abrufbar unter:

<http://www.kas.de/wf/de/71.3716/> [letzter Zugriff: 15. Januar 2016].

Konrad-Adenauer-Stiftung (2016b): Über uns; online abrufbar unter:

<http://www.kas.de/wf/de/71.3628/> [letzter Zugriff: 16. August 2016].

Kraus, Peter A. (1999): Assoziationen und Interessenrepräsentation in neuen Demokratien; in: Merkel, Wolfgang / Sandschneider, Eberhard (Hrsg.) (1999): Systemwechsel 4 – Die Rolle von Verbänden im Transformationsprozeß; Leske + Budrich; Opladen.

Krause, Joachim (1996): Kooperative Sicherheitspolitik: Strategische Ziele und Interessen; in: Kaiser, Karl / Krause, Joachim (Hrsg.) (1996): Deutschlands neue Außenpolitik, Band 3: Interessen und Strategien; Schriften des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik; Reihe Internationale Politik und Wirtschaft, Band 62; R. Oldenbourg Verl.; München; S. 77-96.

Kreft, Heinrich (2006): Die Neuordnung der Machtverhältnisse in Asien und ihre Folgen; in: Auslandsinformationen; 10/2006; Konrad-Adenauer-Stiftung; S. 13-21; online abrufbar unter:

http://www.kas.de/wf/doc/kas_9509-544-1-30.pdf?061122122608 [letzter Zugriff: 8. Juli 2016].

Krishnan, Murali (2014): Gruppenvergewaltigung entlarvt Kastensystem; in: Deutsche Welle: online abrufbar unter:

<http://www.dw.com/de/gruppenvergewaltigung-entlarvt-kastensystem/a-17677847> [letzter Zugriff: 12. Januar 2016].

Krumm, Thomas / Westle, Bettina (2009): Der Forschungsprozess im Überblick; in: Westle, Bettina (2009): Methoden der Politikwissenschaft; Studienkurs Politikwissenschaft; Nomos; Baden-Baden; S. 115-124.

Kubik, Jan (2015): Kulturtheoretische Ansätze; in: Kollmorgen, Raj / Merkel, Wolfgang / Wagener, Hans-Jürgen (Hrsg.) (2015a): Handbuch Transformationsforschung; unter Mitarbeit von Gudrun Mouna; Springer Fachmedien; Wiesbaden; S. 111-124.

Kuckartz, Udo (2009): Inhaltsanalyse; in: Westle, Bettina (2009): Methoden der Politikwissenschaft; Studienkurs Politikwissenschaft; Nomos; Baden-Baden; S. 334-344.

Kühne, Winrich (1996): Multinationale Friedensmissionen und nationale Interessen; in: Kaiser, Karl / Krause, Joachim (Hrsg.) (1996): Deutschlands neue Außenpolitik, Band 3: Interessen und Strategien; Schriften des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik; Reihe Internationale Politik und Wirtschaft, Band 62; R. Oldenbourg Verl.; München; S. 15-28.

Kühnhardt, Ludger (1994): Wertgrundlagen der deutschen Außenpolitik; in: Kaiser, Karl / Maull, Hanns W. (Hrsg.) (1994): Deutschlands neue Außenpolitik, Band 1: Grundlagen; Schriften des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik; Reihe Internationale Politik und Wirtschaft, Band 61; R. Oldenbourg Verl.; München; S. 99-128.

Künkler, Mirjam / Leininger, Julia (2013a): Einleitung – Zur Rolle von Religion in Demokratisierungsprozessen; in: Leininger, Julia (Hrsg.) (2013): Religiöse Akteure in Demokratisierungsprozessen – Konstruktiv, destruktiv und obstruktiv; Springer VS; Wiesbaden; S. 11-43.

Künkler, Mirjam / Leininger, Julia (2013b): Schlussbetrachtung: Demokratie und Religion – Befunde aus vier jungen Demokratien; in: Leininger, Julia (Hrsg.) (2013): Religiöse Akteure in Demokratisierungsprozessen – Konstruktiv, destruktiv und obstruktiv; Springer VS; Wiesbaden; S. 243-283.

Kumari, Ranjana (2014): Patriarchalische Politik: Das Ringen um wahre Demokratie im zeitgenössischen Indien; Heinrich-Böll-Stiftung; online abrufbar unter:

<http://www.boell.de/de/2014/02/26/patriarchalische-politik-das-ringen-um-wahre-demokratie-im-zeitgenoessischen-indien> [letzter Zugriff: 10. September 2018].

Kunz, Peter (2015): Indien – Licht und Schatten; 3sat; online abrufbar unter:

<http://www.3sat.de/mediathek/?mode=play&obj=45329> [letzter Zugriff: 12. Januar 2016].

Lauth, Hans-Joachim (2004): Demokratie und Demokratiemessung – eine konzeptionelle Grundlegung für den interkulturellen Vergleich; VS Verl. für Sozialwissenschaften; Wiesbaden.

Lauth, Hans-Joachim / Pickel, Gert (2014): Diffusion der Demokratie – Transfer eines erfolgreichen Modells?; in: Erdmann, Gero / Kneuer, Marianne (Hrsg.) (2014a): Externe Faktoren der Demokratisierung; Schriftenreihe Demokratiestudien – Demokratie und Demokratisierung in Theorie und Empirie. Band 5; Nomos; Baden-Baden; 2. Aufl.; S. 37-74.

Lauth, Hans-Joachim / Pickel, Gert / Welzel, Christian (Hrsg.) (2000): Grundfragen, Probleme und Perspektiven der Demokratiemessung; in: Lauth, Hans-Joachim / Pickel, Gert / Welzel, Christian (Hrsg.) (2000): Demokratiemessung – Konzepte und Befunde im internationalen Vergleich; Westdeutscher Verl.; Opladen; S. 7-26.

Leininger, Julia (Hrsg.) (2013): Religiöse Akteure in Demokratisierungsprozessen – Konstruktiv, destruktiv und obstruktiv; Springer Fachmedien; Wiesbaden.

Leininger, Julia (2015a): Demokratieförderung; in: Kollmorgen, Raj / Merkel, Wolfgang / Wagener, Hans-Jürgen (Hrsg.) (2015a): Handbuch Transformationsforschung; unter Mitarbeit von Gudrun Mouna; Springer Fachmedien; Wiesbaden; S. 509-516.

Leininger, Julia (2015b): Gradualismus und Sequenzierung als Strategien der Demokratieförderung; Governance und Menschenrechte; Deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH; Bonn / Eschborn; online abrufbar unter:

<https://www.die-gdi.de/uploads/media/giz2015-0538de-gradualismus-sequenzierung-demokratie.pdf> [letzter Zugriff: 22. Mai 2016].

Leininger, Julia / Ziaja, Sebastian (2014): Zielkonflikte in der Demokratieförderung – Pauschallösungen und unvollständige Demokratisierung vermeiden; Analysen und Stellungnahmen, 16; Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE); Bonn; online abrufbar unter:

https://www.die-gdi.de/uploads/media/AuS_16_2014.pdf [letzter Zugriff: 22. Mai 2016].

Linz, Juan J. (2007): Some Thoughts on the Victory and Future of Democracy; in: Berg-Schlosser, Dirk (Hrsg.) (2007): Democratization – The State of the Art; The World of Political Science, Band 1; Budrich; Opladen [u. a.]; 2. Aufl.; S. 133-154.

Lobe, Adrian (2013): Aufstand der Mittelschicht; in: The European – Das Debatten-Magazin; online abrufbar unter:

<http://www.theeuropean.de/adrian-lobe/5737-kontroverse-um-vergewaltigung-in-indien> [letzter Zugriff: 12. Januar 2016].

Lutz, Martin / Müller, Uwe (2014a): Das Kartell der Staatsplünderer; Artikel auf Die Welt Online vom 10. Oktober 2014; online abrufbar unter:

<http://www.welt.de/politik/deutschland/article133107766/Das-Kartell-der-Staatspluenderer.html> [letzter Zugriff: 24. Mai 2016].

Lutz, Martin / Müller, Uwe (2014b): Der Staat pumpt unablässig Geld in Parteistiftungen; Artikel auf Die Welt Online vom 6. Oktober 2014; online abrufbar unter:

<http://www.welt.de/politik/deutschland/article132945556/Der-Staat-pumpt-unablaessig-Geld-in-Parteistiftungen.html> [letzter Zugriff: 24. Mai 2016].

Malik, Yogendra K. et al. (2009): Government and Politics in South Asia; Westview Press; Boulder.

Marotzki, Winfried (2011): Leitfadeninterview; in: Bohnsack, Ralf / Marotzki, Winfried / Meuser, Michael (Hrsg.) (2011): Hauptbegriffe qualitativer Sozialforschung; Budrich; Opladen; S. 114.

Masani, Zareer (2012): English or Hinglish – which will India choose? Artikel auf BBC Online; online abrufbar unter:

<http://www.bbc.com/news/magazine-20500312> [letzter Zugriff; 22. April 2018].

Massey, James (1997): Minorities in a Democracy with Special Reference to India; Johann-Wolfgang-Goethe-Universität; Frankfurt am Main.

Massing, Peter (2012): Fritz W. Scharpf; in: Massing, Peter / Breit, Gotthard / Buchstein, Hubertus (Hrsg.) (2012a): Demokratietheorien – Von der Antike bis zur Gegenwart; Wochenschau Verl.; Schwalbach/Ts.; 8. Völlig überarbeitete Aufl.; S. 305-315.

Massing, Peter (2015): Politische Stiftungen; Artikel auf bpb Online vom 19. März 2015; Bundeszentrale für politische Bildung; online abrufbar unter:

<http://www.bpb.de/gesellschaft/kultur/politische-bildung/193401/politische-stiftungen?p=all> [letzter Zugriff: 24. Mai 2016].

Massing, Peter / Breit, Gotthard / Buchstein, Hubertus (Hrsg.) (2012a): Demokratietheorien – Von der Antike bis zur Gegenwart; Wochenschau Verl.; Schwalbach/Ts.; 8. Völlig überarbeitete Aufl..

Massing, Peter / Breit, Gotthard / Buchstein, Hubertus (2012b): Vorwort; in: Massing, Peter / Breit, Gotthard / Buchstein, Hubertus (Hrsg.) (2012a): Demokratietheorien – Von der Antike bis zur Gegenwart; Wochenschau Verl.; Schwalbach/Ts.; 8. Völlig überarbeitete Aufl.; S. 9-14.

Mathur, J. S. (Hrsg.) (2007): Gandhi: In the Mirror of Foreign Scholars; Rajghat; Neu-Delhi.

Mayer, Horst O. (2006): Interview und schriftliche Befragung – Entwicklung, Durchführung und Auswertung; R. Oldenbourg Verl.; München / Wien; 3. Aufl..

Mayring, Philipp (2010): Qualitative Inhaltsanalyse – Grundlagen und Techniken; Beltz Verl.; Weinheim und Basel; 11. Aufl..

McFaul, Michael (2004): Democracy Promotion as a World Value; in: The Washington Quarterly; The Center for Strategic and International Studies and the Massachusetts Institute of Technology; Winter 2004-05; S. 147-163.

McMillan, Alistair (2008): Deviant Democratization in India; in: Democratization; Vol. 15; Issue 4; S. 733-749.

Mehta, Pratap Bahnu (2003): The Nationalist Movement; in: Ganguly, Sumit / DeVotta, Neil (2003b): Understanding Contemporary India; Lynne Rienner Publ.; Covent Garden; S. 41-62.

Mehta, Pratap Bhanu (2011): Do New Democracies Support Democracy? Reluctant India; in: Journal of Democracy; Vol. 22; Issue 4; S. 97-109.

Mehta, Pratap Bhanu et al. (2010): Democracy's Past and Future; in: Journal of Democracy; Vol. 21; Issue 1; S. 5-8.

Mehta, Pratap Bhanu et al. (2011): Do New Democracies Support Democracy?; Editorial; in: Journal of Democracy; Vol. 22; Issue 4; S. 95-96.

Meisburger, Timothy M. (2012): Debating Electoral Systems: Getting Majoritarianism Right; in: Journal of Democracy; Vol. 23; Issue 1; S. 155-163.

Meisig, Konrad (2003): Shivas Tanz – Der Hinduismus; Kleine Bibliothek der Religionen, Band 4; Verl. Herder; Freiburg im Breisgau.

Melzer, Olaf (2012): Der Europarat und Russland 1992-2006 – Demokratieförderung in Russland; Springer Fachmedien; Wiesbaden.

Merkel, Wolfgang (1999): Defekte Demokratien; in: Merkel, Wolfgang / Busch, Andreas (Hrsg.) (1999): Demokratie in Ost und West: für Klaus von Beyme; Suhrkamp; Frankfurt am Main.

Merkel, Wolfgang (2010): Systemtransformation – Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung; VS Verl. für Sozialwissenschaften; Wiesbaden; 2. Aufl..

Merkel, Wolfgang (2014): Demokratie ‚durch‘ Krieg?; in: Erdmann, Gero / Kneuer, Marianne (Hrsg.) (2014a): Externe Faktoren der Demokratisierung; Schriftenreihe Demokratiestudien – Demokratie und Demokratisierung in Theorie und Empirie. Band 5; Nomos; Baden-Baden; 2. Aufl.; S. 75-102.

Merkel, Wolfgang / Busch, Andreas (Hrsg.) (1999): Demokratie in Ost und West: für Klaus von Beyme; Suhrkamp; Frankfurt am Main.

Merkel, Wolfgang / Gerschewski, Johannes (2015): Demokratische Transformationen nach dem Zweiten Weltkrieg; in: Kollmorgen, Raj / Merkel, Wolfgang / Wagener, Hans-Jürgen (Hrsg.) (2015a): Handbuch Transformationsforschung; unter Mitarbeit von Gudrun Mouna; Springer Fachmedien; Wiesbaden; S. 339-354.

Merkel, Wolfgang / Heyne, Lea (2015): Transformationsphasen; in: Kollmorgen, Raj / Merkel, Wolfgang / Wagener, Hans-Jürgen (Hrsg.) (2015a): Handbuch Transformationsforschung; unter Mitarbeit von Gudrun Mouna; Springer Fachmedien; Wiesbaden; S. 733-740.

Merkel, Wolfgang / Puhle, Hans-Jürgen (1999): Von der Diktatur zur Demokratie: Transformation, Erfolgsbedingungen, Entwicklungspfade; Westdeutscher Verl.; Opladen.

Merkel, Wolfgang / Wagener, Hans-Jürgen (2015): Akteure; in: Kollmorgen, Raj / Merkel, Wolfgang / Wagener, Hans-Jürgen (Hrsg.) (2015a): Handbuch Transformationsforschung; unter Mitarbeit von Gudrun Mouna; Springer Fachmedien; Wiesbaden; S. 63-76.

Merkle, Susanne (2012): Indien auf dem Weg zur Großmacht? Gespräch mit Christian Wagner; BR2; online abrufbar unter:

<http://www.ardmediathek.de/radio/radioWissen-Bayern-2/Indien-auf-dem-Weg-zur-Gro%C3%9Fmacht-Gespr%C3%A4/Bayern-2/Audio-Podcast?documentId=21000698&bcastId=5945518> [letzter Zugriff: 12. Januar 2016].

Meuser, Michael (2011): Inhaltsanalyse; in: Bohnsack, Ralf / Marotzki, Winfried / Meuser, Michael (Hrsg.) (2011): Hauptbegriffe qualitativer Sozialforschung; Budrich; Opladen; S. 89-91.

Meuser, Michael / Nagel, Ulrike (2009): Das Experteninterview – konzeptionelle Grundlagen und methodische Anlage; in: Pickel, Susanne *et al.* (2009): Methoden der vergleichenden Politik- und Sozialwissenschaft – Neue Entwicklungen und Anwendungen; VS Verl. für Sozialwissenschaften; Wiesbaden; S. 465-480.

Meuser, Michael / Nagel, Ulrike (2011): Experteninterview; in: Bohnsack, Ralf / Marotzki, Winfried / Meuser, Michael (Hrsg.) (2011): Hauptbegriffe qualitativer Sozialforschung; Budrich; Opladen; S. 57-58.

Meyer, Thomas (2009): Was ist Demokratie? Eine diskursive Einführung; VS Verl. für Sozialwissenschaften; Wiesbaden.

Meyer-Resende, Michael / Toornstra, Dick (2009): Defining Democracy – an EU Imperative; online abrufbar unter:

<https://euobserver.com/opinion/28775> [letzter Zugriff: 19.Juni 2015].

Möllers, Christoph (2008): Demokratie – Zumutungen und Versprechen; Schriftenreihe, Band 725; Bundeszentrale für politische Bildung; Verl. Klaus Wagenbach; Berlin.

Möllers, Christoph (2013): Legitimationschancen unserer Demokratie; in: Zeitschrift für Politikwissenschaft; Jahrgang 23; Heft 2; S. 279-287.

Mohanty, Amarnath (2011): Justice, Democracy and State in India: Reflections on Structure, Dynamics and Ambivalence; Routledge; London [u. a.].

Müller, Harald (2008): Der ‚demokratische Frieden‘ und seine außenpolitischen Konsequenzen; in: Aus Politik und Zeitgeschichte, APuZ 43/2008; S. 41-46.

Müller, Harald / Rauch, Carsten (2008): Indiens Weg zur Wirtschaftsmacht; in: Aus Politik und Zeitgeschichte; Bundeszentrale für politische Bildung; 22; Bonn; S. 7-13.

Müller, Thomas / Pickel, Susanne (2007): Wie lässt sich Demokratie am besten messen? Zur Konzeptqualität von Demokratie-Indizes; in: Politische Vierteljahresschrift 48 (3); S. 511-539.

Münkler, Herfried (2012): Stiftungen als aktiver Teil der Bürgergesellschaft – Von Nutzen und Nachteil der Stiftungen für das politische und gesellschaftliche Leben in Deutschland; Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft; Opusculum Nr. 61; Berlin.

Munck, Gerardo L. (2012): Conceptualizing the Quality of Democracy: The Framing of a New Agenda for Comparative Politics; Center for the Study of Imperfections in Democracies; DISC Working Paper Series WP/2012/23; Budapest; online abrufbar unter:

https://disc.ceu.hu/sites/default/files/field_attachment/page/node-3320/discwp23.pdf [letzter Zugriff: 12. Januar 2016].

Mxw / Vek / Dpa (2015): Rechtspopulisten: Lucke-Kritiker wird Chef der neuen AfD-Stiftung; Artikel auf Spiegel Online vom 23. März 2015; online abrufbar unter:

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-gruendet-erasmus-stiftung-mit-konrad-adam-an-der-spitze-a-1025085.html> [letzter Zugriff 10. August 2016].

Myrdal, Gunnar (2007): Poverty, Inequality and Gandhi; in: Mathur, J.S. (Hrsg.) (2007): Gandhi: In the Mirror of Foreign Scholars; Rajghat; Neu-Delhi.

Narlikar, Amrita / Destradi, Sandra / Plagemann, Johannes (2015): Am Wendepunkt?; German Institute of Globale and Area Studies; IP Länderporträt, 3; Hamburg; online abrufbar unter:

https://www.giga-hamburg.de/sites/default/files/publications/lp_03-2015_am_wendepunkt.pdf [letzter Zugriff: 22. Mai 2016].

Neff, Daniel / Schöttli, Jivanta (2011): Korruption in Indien – Anzeichen für einen Wandel zum Besseren?; GIGA Focus; German Institute of Globale and Area Studies; Institut für Asien-Studien; Nummer 4; Hamburg; online abrufbar unter:

https://www.giga-hamburg.de/de/system/files/publications/gf_asien_1104.pdf [letzter Zugriff: 22. Mai 2016].

Nida-Rümelin, Julian (2016): Hobbes hat das alles gewusst; in: Cicero – Magazin für politische Kultur; Ausgabe 2/2016; Ringier Publishing GmbH; Berlin; S. 102-103.

Noetzel, Thomas / Krumm, Thomas / Westle, Bettina (2009): Dokumentenanalyse; in: Westle, Bettina (2009): Methoden der Politikwissenschaft; Studienkurs Politikwissenschaft; Nomos; Baden-Baden; S. 325-334.

Norris, Pippa / Inglehart, Ronald (2005): Sacred and Secular – Religion and Politics Worldwide; Cambridge Studies in Social Theory, Religion, and Politics; Cambridge Univ. Press; Cambridge [u.a.].

Nuscheler, Franz (2007): Entwicklungspolitik; in: Schmidt, Siegmund / Hellmann, Gunther / Wolf, Reinhard (2007): Handbuch zur deutschen Außenpolitik; VS Verl. für Sozialwissenschaften; Wiesbaden; S. 672-683.

Opp, Karl-Dieter (2015): Mobilisierungsansätze in der Transformationsforschung; in: Kollmorgen, Raj / Merkel, Wolfgang / Wagener, Hans-Jürgen (Hrsg.) (2015a): Handbuch Transformationsforschung; unter Mitarbeit von Gudrun Mouna; Springer Fachmedien; Wiesbaden; S. 183-194.

Osterberg-Kaufmann, Norma (2016): ‚How People View Democracy‘ – Messprobleme und mögliche Alternativen; in: Schubert, Sophia / Weiß, Alexander (Hrsg.) (2016): „Demokratie“ jenseits des Westens – Theorien, Diskurse, Einstellungen; Politische Vierteljahresschrift; Sonderheft 51; Nomos Verlagsgesellschaft; Baden-Baden; S. 343-365.

Ottaway, Marina (2005): Democracy Challenged – The Rise of Semi-Authoritarianism; Carnegie Endowment for International Peace; Washington, D.C..

Ottaway, Marina (keine Angabe): Is Democracy the Answer?; Heinrich-Böll-Stiftung; online abrufbar unter:

https://www.boell.de/sites/default/files/assets/boell.de/images/download_de/demokratie/Is_democracy_the_answer_Ottaway_en.pdf [letzter Zugriff: 8. Juli 2016].

Palanithurai, Ganapathy (2013): Dalits and Dalit Representatives in Rural Local Governance – Voices from the Field; Concept Publ. Company; Neu-Delhi.

Patzelt, Katharina (2015): Europäische Entwicklungspolitik und Globale Partnerschaft; in: AMEZ – Argumente und Materialien der Entwicklungszusammenarbeit; Band 15; Institut für Internationale Zusammenarbeit; Hanns-Seidel-Stiftung; München.

Pehle, Heinrich (2015): Die Finanzierung der Parteien in Deutschland; Artikel auf bpb Online vom 20. Mai 2015; Bundeszentrale für politische Bildung; online abrufbar unter:

<http://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/42042/finanzierung> [letzter Zugriff: 24. Mai 2016].

Pelinka, Anton (2003): Democracy Indian Style – Subhas Chandra Bose and the Creation of India's Political Culture; Transaction Publ.; New Brunswick, New Jersey.

Perras, Arne (2016): Indiens Mega-Wachstum schwindet beim Nachrechnen; Artikel auf Süddeutsche Online vom 08. Februar 2016; online abrufbar unter:

<http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/wachstumswahlen-indiens-mega-wachstum-schwindet-beim-nachrechnen-1.2854166> [letzter Zugriff: 09. Februar 2016].

Pesch, Volker (2012): Immanuel Kant; in: Massing, Peter / Breit, Gotthard / Buchstein, Hubertus (Hrsg.) (2012a): Demokratietheorien – Von der Antike bis zur Gegenwart; Wochenschau Verl.; Schwalbach/Ts.; 8. Völlig überarbeitete Aufl.; S. 154-163.

Petersmann, Sandra (2012): Die größte Demokratie der Welt – Was Indien zusammenhält; BR2 vom 24.02.2012; online abrufbar unter:

<http://www.ardmediathek.de/radio/radioWissen-Bayern-2/Die-gr%C3%B6%C3%9Fte-Demokratie-der-Welt-Was-Ind/Bayern-2/Audio-Podcast?documentId=21000706&bcastId=5945518> [letzter Zugriff: 12. Januar 2016].

Piccone, Ted (2011): Do New Democracies Support Democracy?: The Multilateral Dimension; in: *Journal of Democracy*; Vol. 22; Issue 4; S. 139-152.

Pickel, Gert (2006): Die Einschätzung der Demokratie im internationalen Vergleich; in: Pickel, Gert / Pickel, Susanne (Hrsg.) (2006b): *Demokratisierung im internationalen Vergleich – Neue Erkenntnisse und Perspektiven*; VS Verl. für Sozialwissenschaften; Wiesbaden; S. 267-300.

Pickel, Gert (2016): Weltweite Demokratisierung als pfadabhängige Modernisierungsfolge? Über den bleibenden Nutzen differenziert angewandter Modernisierungstheorie(n); in: Schubert, Sophia / Weiß, Alexander (Hrsg.) (2016): „Demokratie“ jenseits des Westens – Theorien, Diskurse, Einstellungen; *Politische Vierteljahresschrift*; Sonderheft 51; Nomos Verlagsgesellschaft; Baden-Baden; S. 268-295.

Pickel, Susanne (2016): Konzepte und Verständnisse von Demokratie in Ost- und Westeuropa; in: Schubert, Sophia / Weiß, Alexander (Hrsg.) (2016): „Demokratie“ jenseits des Westens – Theorien, Diskurse, Einstellungen; *Politische Vierteljahresschrift*; Sonderheft 51; Nomos Verlagsgesellschaft; Baden-Baden; S. 318-342.

Pickel, Gert / Pickel, Susanne (2003): Einige Notizen zu qualitativen Interviews als Verfahren der vergleichenden Methode der Politikwissenschaft; in: Pickel, Susanne *et al.* (2003): *Vergleichende politikwissenschaftliche Methoden – Neue Entwicklungen und Diskussionen*; Wiesbaden; S. 289-316.

Pickel, Gert / Pickel, Susanne (2006a): Demokratisierung im internationalen Vergleich – Einführung; in: Pickel, Gert / Pickel, Susanne (Hrsg.) (2006b): *Demokratisierung im internationalen Vergleich – Neue Erkenntnisse und Perspektiven*; VS Verl. für Sozialwissenschaften; Wiesbaden; S. 7-20.

Pickel, Gert / Pickel, Susanne (Hrsg.) (2006b): *Demokratisierung im internationalen Vergleich – Neue Erkenntnisse und Perspektiven*; VS Verl. für Sozialwissenschaften; Wiesbaden.

Pickel, Gert / Pickel, Susanne (2006c): *Politische Kultur- und Demokratieforschung – Grundbegriffe, Theorien, Methoden: Eine Einführung*; VS Verl. für Sozialwissenschaften; Wiesbaden.

Pickel, Susanne *et al.* (2009): *Methoden der vergleichenden Politik- und Sozialwissenschaft – Neue Entwicklungen und Anwendungen*; VS Verl. für Sozialwissenschaften; Wiesbaden.

Piepenbrink, Johannes (2008): Editorial; in: Aus Politik und Zeitgeschichte; Bundeszentrale für politische Bildung; 22; Bonn; S. 2.

van der Pijl, Kees (2014): The Discipline of Western Supremacy; Pluto; London [u. a.].

Pinglé, Vibha (2003): Caste; in: Ganguly, Sumit / DeVotta, Neil (2003b): Understanding Contemporary India; Lynne Rienner Publ.; Covent Garden; S. 231-254.

Pinto-Duschinsky, Michael (1997): The Rise of 'Political Aid' in: Diamond, Larry *et al.* (1997): Consolidating the Third Wave Democracies – Regional Challenges; The Johns Hopkins University Press; Baltimore and London.

Plattner, Marc F. / Diamond, Larry Jay (2007): India's Unlikely Democracy; in: Journal of Democracy; Vol. 18; Issue 2; S. 29.

Pogorelskaja, Swetlana W. (2002): Die parteinahen Stiftungen als Akteure und Instrumente der deutschen Außenpolitik; Aus Politik und Zeitgeschichte; 6-7 / 2002; Bundeszentrale für politische Bildung; Artikel auf bpb Online vom 22. Mai 2002; online abrufbar unter:

<http://www.bpb.de/apuz/27121/die-parteinahen-stiftungen-als-akteure-und-instrumente-der-deutschen-aussenpolitik?p=all> [letzter Zugriff: 24. Mai 2016].

Pogorelskaja, Swetlana (2009): Frei von den Zwängen der Tagespolitik – Die deutschen politischen Stiftungen im Ausland; Peter Lang; Frankfurt am Main.

Pridham, Geoffrey / Lewis, Paul (1996): Introduction – Stabilising fragile democracies and party system development; in: Pridham, Geoffrey / Lewis, Paul G. (1996): Stabilising fragile democracies – Comparing new party systems in southern and eastern Europe; Routledge; London; S. 1-22.

Puddington, Arch (2015): The Freedom House Survey for 2014: A Return to the Iron Fist; in: Journal of Democracy; Vol. 26; Issue 2; S. 122-138.

Raab-Steiner, Elisabeth / Benesch, Michael (2008): Der Fragebogen – von der Forschungsidee zur SPSS-Auswertung; Facultas Verlags- und Buchhandels AG; Wien; 2. Aufl..

Rajamani, Lavanya (2008): Indiens internationale Klimapolitik; in: Aus Politik und Zeitgeschichte; Bundeszentrale für politische Bildung; 22; Bonn; S. 19-25.

Randeria, Shalini (2004): Verwobene Moderne: Zivilgesellschaft, Kastenbindungen und nicht-staatliches Familienrecht im (post)kolonialen Indien; in: Randeria, Shalini / Fuchs, Martin / Linkenbach, Antje (Hrsg.) (2004): Konfigurationen der Moderne – Diskurse zu Indien; Nomos-Verlagsgesellschaft; Baden-Baden; S. 155-178.

Randeria, Shalini (2006): Rechtspluralismus und überlappende Souveränitäten: Globalisierung und der ‚listige Staat‘ in Indien; in: Soziale Welt; Jahrgang 57; Heft 3; S. 229-258.

Randeria, Shalini / Fuchs, Martin / Linkenbach, Antje (Hrsg.) (2004): Konfigurationen der Moderne – Diskurse zu Indien; Nomos-Verlagsgesellschaft; Baden-Baden.

Rauch, Carsten (2015): Realität oder Chimäre: Indiens Aufstieg in der Weltpolitik; HSFK-Report Nr. 4; Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung; Frankfurt am Main; online abrufbar unter:

http://www.hsfk.de/fileadmin/HSFK/hsfk_downloads/report0415.pdf [letzter Zugriff: 22. Mai 2016].

Reiber, Tatjana (2009): Demokratieförderung und Friedenskonsolidierung – Die Nachkriegsgesellschaften von Guatemala, El Salvador und Nicaragua; VS Verl. für Sozialwissenschaften; Wiesbaden.

Reiber, Tatjana (2014): Instrumente der Demokratieförderung – Wer, wann, wie? Eine Strukturierung von Erfolgsbedingungen; in: Erdmann, Gero / Kneuer, Marianne (Hrsg.) (2014a): Externe Faktoren der Demokratisierung; Schriftenreihe Demokratiestudien – Demokratie und Demokratisierung in Theorie und Empirie. Band 5; Nomos; Baden-Baden; 2. Aufl.; S. 213-234.

Reilly, Benjamin (2013): Southeast Asia: In the Shadow of China; in: Journal of Democracy; Vol. 24; Issue 1; S. 156-164.

Sarah Repucci (2020): Freedom in the World 2020 – A Leaderless Struggle for Democracy; Freedom House; online abrufbar unter;

<https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2020/leaderless-struggle-democracy> [letzter Zugriff: 18. August 2020]

Richter, Solveig (2009): Zur Effektivität externer Demokratisierung: Die OSZE in Südosteuropa als Partner, Mahner, Besserwisser?; Demokratie, Sicherheit, Frieden, Band 192; Nomos Verlagsgesellschaft; Baden-Baden.

Richter, Solveig (2014): Wirkungsmechanismen politischer Konditionalität in den Demokratisierungsprozessen Osteuropas; in: Erdmann, Gero / Kneuer, Marianne (Hrsg.) (2014a): Externe Faktoren der Demokratisierung; Schriftenreihe Demokratiestudien – Demokratie und Demokratisierung in Theorie und Empirie. Band 5; Nomos; Baden-Baden; 2. Aufl.; S. 147-168.

Riecker, Dorothea (2014): Emanzipation in Indien – Frauen kämpfen für Selbstbestimmung und Chancengleichheit; Bundeszentrale für politische Bildung; online abrufbar unter:

<http://www.bpb.de/internationales/asien/indien/182059/frauen-in-indien> [letzter Zugriff: 12. Januar 2016].

Risse, Thomas (2007): Deutsche Identität und Außenpolitik; in: Schmidt, Siegmund / Hellmann, Gunter / Wolf, Reinhard (2007): Handbuch zur deutschen Außenpolitik; VS Verl. für Sozialwissenschaften; Wiesbaden; S. 49-61.

Rösel, Jakob (2009): Indiens Demokratie und Indiens Säkularismus; in: Werkner, Ines Jacqueline / Liedhegener, Antonius / Hildebrandt, Mathias (Hrsg.) (2009): Religionen und Demokratie – Beiträge zu Genese, Geltung und Wirkung eines aktuellen politischen Spannungsfeldes; VS Verl. für Sozialwissenschaften; Wiesbaden; S. 145-165.

Rössler, Patrick (2005): Inhaltsanalyse; UVK Verlagsgesellschaft mbH; Konstanz.

Rosa-Luxemburg-Stiftung (2012): Satzung; online abrufbar unter:

http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/stiftung/Satzung_01_12_12.pdf [letzter Zugriff: 16. August 2016].

Rosa-Luxemburg-Stiftung (2016): Stiftung; online abrufbar unter:

<http://www.rosalux.de/nc/stiftung.html> [letzter Zugriff: 15. Januar 2016].

Rosato, Sebastian (2003): The Flawed Logic of Democratic Peace; in: American Political Science Review, 97 (4), S. 585-602.

Rose, Richard / Mishler, William / Haerpfer, Christian (1998): Democracy and its Alternatives – Understanding Post-Communist Societies; The Johns Hopkins University Press; Baltimore, Maryland.

Ross, Alexandra (2010): Die Demokratieförderung durch die Europäische Union – Costa Rica und Nicaragua im Vergleich; Diplomarbeit; Philipps-Universität Marburg.

- Roth, Anja (2016):** Auslandsjournal extra vom 29. April 2016; online abrufbar unter:
<http://www.3sat.de/mediathek/?mode=play&obj=58777> [letzter Zugriff: 3. Mai 2016].
- Rothermund, Dietmar (2010):** Gandhi und Nehru: zwei Gesichter Indiens; Kohlhammer; Stuttgart.
- Rovira Kaltwasser, Cristóbal (2015):** Transformationseliten; in: Kollmorgen, Raj / Merkel, Wolfgang / Wagener, Hans-Jürgen (Hrsg.) (2015a): Handbuch Transformationsforschung; unter Mitarbeit von Gudrun Mouna; Springer Fachmedien; Wiesbaden; S. 721-726.
- Roy Arundhati (2002):** Die Politik der Macht; Randhom House; München; 5. Aufl..
- Roy, Arundhati (2014):** The Doctor and the Saint; in: Ambedkar, Bhimrao Ramji (2014a): Annihilation of Caste; Verso; Navayana; S. 15-180.
- Rude, Matthias (2014):** Instrumente deutscher Machtpolitik – Politische Stiftungen in der Außenpolitik der BRD; Artikel auf Hintergrund Online vom 19. Dezember 2014; online abrufbar unter:
<http://www.hintergrund.de/201412193367/politik/welt/instrumente-deutscher-machtpolitik.html> [letzter Zugriff: 24. Mai 2016].
- Rudolph, Susanne Hoerber / Lloyd, I. Rudolph (2002):** South Asia Faces the Future: New Dimensions in India; in: Journal of Democracy; Vol. 13; Issue 1; S. 52-66.
- Rüland, Jürgen (1996):** Theoretische, methodische und thematische Schwerpunkte der Systemwechselforschung zu Asien; Merkel, Wolfgang (1996): Systemwechsel 1 – Theorien, Ansätze und Konzepte der Transitionsforschung; Leske + Budrich; Opladen; S. 271-302.
- Rueschemeyer, Dietrich (2004):** The Quality of Democracy: Addressing inequality; in: Journal of Democracy; Vol. 15; Issue 4; S. 76-90.
- Sahoo, Sarbeswar (2014):** Civil Society and Democratization: a Counter-case from India; Democratization; Vol. 21; Issue 3; S. 480-500.
- Salomon, David (2012):** Demokratie; PapyRossa Verl.; Köln.
- Sandschneider, Eberhard (1995):** Stabilität und Transformation politischer Systeme – Stand und Perspektiven politikwissenschaftlicher Transformationsforschung; Leske + Budrich; Opladen.

Sandschneider, Eberhard (2003): Externe Demokratieförderung – Theoretische und praktische Aspekte der Außenunterstützung von Transformationsprozessen; Gutachten für das Centrum für angewandte Politikforschung; online abrufbar unter:

http://www.cap.lmu.de/download/2003/2003_sandschneider.pdf [letzter Zugriff: 5. Juni 2015].

Schaal, Gary S. (2012): Oligarchie als bessere Demokratie – Theorien der Elitendemokratie; in: Lembcke, Oliver W. / Ritzi, Claudia / Schaal, Gary S. (Hrsg.) (2012): Zeitgenössische Demokratietheorie – Band 1: Normative Demokratietheorien; Springer VS; Wiesbaden.

Schimmelfennig, Frank (2015): Internationale Politik; Schöningh; UTB Grundkurs Politikwissenschaft; Paderborn; 4. Aufl..

Schmädeke, Philipp Christoph (2012): Politische Regimewechsel – Grundlagen der Transitionsforschung; Narr Francke Attempto Verl.; Tübingen.

Schmid, Josef (2015): Demographie und Entwicklung – Hintergründe der Weltbevölkerung; in: Hanns-Seidel-Stiftung: Politische Studien; 463; Bevölkerung und Entwicklung; 66. Jahrgang; September-Oktober 2015; München; S. 16-28.

Schmidt, Manfred G. (2010): Demokratietheorien – Eine Einführung; Leske + Budrich; Opladen; 3. Aufl..

Schmidt, Siegmund / Hellmann, Gunther / Wolf, Reinhard (2007): Handbuch zur deutschen Außenpolitik; VS Verl. für Sozialwissenschaften; Wiesbaden.

Schmierer, Joscha (2008): Werte und Interessen in den internationalen Beziehungen – eine Dimension deutscher und europäischer Außenpolitik; Reihe Demokratie, Band 8; Heinrich-Böll-Stiftung; Berlin.

Schmitz, Andrea (2014): Entwicklungspolitische Konditionalität und Demokratisierung; in: Erdmann, Gero / Kneuer, Marianne (Hrsg.) (2014a): Externe Faktoren der Demokratisierung; Schriftenreihe Demokratiestudien – Demokratie und Demokratisierung in Theorie und Empirie. Band 5; Nomos; Baden-Baden; 2. Aufl.; S. 127-146.

Schneckener, Ulrich (2006): States at Risk – Zur Analyse fragiler Staatlichkeit; in: Schneckener, Ulrich (Hrsg.) (2006): Fragile Staatlichkeit – ‘States at Risk’ zwischen Stabilität und Scheitern; Internationale Politik und Sicherheit, Band 59; Nomos; Baden-Baden; S. 9-42.

Schnell, Rainer / Hill, Paul B. / Esser, Elke (2013): Methoden der empirischen Sozialforschung; Oldenbourg Verl.; München; 10. vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage.

Schoch, Bruno (2010): Demokratisierung im ungeklärten Staat? Das UN-Protectorat im Kosovo – eine Bilanz; Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung; Report Nr. 13/2010; Frankfurt am Main.

Schubert, Klaus / Klein, Martina (2016): Das Politiklexikon; Bundeszentrale für politische Bildung; Bonn; 6. aktualisierte und erweiterte Aufl.; online abrufbar unter:

<http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/politiklexikon/18042/politische-stiftungen> [letzter Zugriff: 24. Mai 2016]

Schubert, Sophia / Weiß, Alexander (Hrsg.) (2016a): „Demokratie“ jenseits des Westens – Theorien, Diskurse, Einstellungen; Politische Vierteljahresschrift; Sonderheft 51; Nomos Verlagsgesellschaft; Baden-Baden.

Schubert, Sophia / Weiß, Alexander (2016b): Demokratiekonzeptionen jenseits des Westens – Ein theoretischer Rahmen für ein neues Forschungsfeld; in: Schubert, Sophia / Weiß, Alexander (Hrsg.) (2016a): „Demokratie“ jenseits des Westens – Theorien, Diskurse, Einstellungen; Politische Vierteljahresschrift; Sonderheft 51; Nomos Verlagsgesellschaft; Baden-Baden; S. 6-34.

Schubert, Sophia / Weiß, Alexander (2016c): Für eine global-transkulturelle Demokratieforschung; in: Schubert, Sophia / Weiß, Alexander (Hrsg.) (2016a): „Demokratie“ jenseits des Westens – Theorien, Diskurse, Einstellungen; Politische Vierteljahresschrift; Sonderheft 51; Nomos Verlagsgesellschaft; Baden-Baden; S. 589-607.

Schubert, Sophia / Weiß, Alexander (2016d): Vorwort; in: Schubert, Sophia / Weiß, Alexander (Hrsg.) (2016a): „Demokratie“ jenseits des Westens – Theorien, Diskurse, Einstellungen; Politische Vierteljahresschrift; Sonderheft 51; Nomos Verlagsgesellschaft; Baden-Baden; S. 3-5.

Sen, Amartya (2015): Die Identitätsfalle – Warum es keinen Krieg der Kulturen gibt; Deutscher Taschenbuchverlag; München; 3. Aufl..

Sen, Ronojoy (2009): India's 2009 Elections: the Problem of Corruption; in: Journal of Democracy; Vol. 20; Issue 4; S. 89-92.

Sharma, Shalendra D. (2003): Indian Politics; in: Ganguly, Sumit / DeVotta, Neil (2003b): Understanding Contemporary India; Lynne Rienner Publ.; Covent Garden; S. 63-92.

Simonis, Georg / Elbers, Helmut (Hrsg.) (2011): Externe EU-Governance; Governance, Band 8; VS Verl. für Sozialwissenschaft; Wiesbaden.

Skoda, Uwe (2014): Kaste und Kastensystem in Indien – Eine Einführung; Bundeszentrale für politische Bildung; online abrufbar unter:

<https://www.bpb.de/internationales/asien/indien/44414/kastenwesen> [letzter Zugriff: 12. Januar 2016].

Smith, Karen (2004): The role of democracy assistance in future EU external relations; in: European Conference 'Enhancing the European Profile in Democracy Assistance'; S. 35-42.

Speich Chassé, Daniel (2016): (Post)koloniale Entwicklungshilfe; Bundeszentrale für politische Bildung; Artikel vom 20. Mai 2016 online abrufbar unter:

<http://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/postkolonialismus-und-globalgeschichte/219135/postkoloniale-entwicklungshilfe> [letzter Zugriff: 3 November 2018]

Statista (2018): Bevölkerungszahl Indiens; online abrufbar unter:

<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/19326/umfrage/gesamtbevoelkerung-in-indien/> [letzter Zugriff: 29. Juli 2018]

Stewart, Susan (2014): Zivilgesellschaftliche Demokratieförderung der Europäischen Union – Estland, Makedonien und die Ukraine im Vergleich; in: Erdmann, Gero / Kneuer, Marianne (Hrsg.) (2014a): Externe Faktoren der Demokratisierung; Schriftenreihe Demokratiestudien – Demokratie und Demokratisierung in Theorie und Empirie. Band 5; Nomos; Baden-Baden; 2. Aufl.; S. 261-282.

Stuchtey, Benedikt (2010): Kolonialismus und Imperialismus von 1450 bis 1950; in: Europäische Geschichte Online; herausgegeben vom Institut für Europäische Geschichte am 3. Dezember 2010; online abrufbar unter:

<http://ieg-ego.eu/de/threads/hintergruende/kolonialismus-und-imperialismus/benedikt-stuchtey-kolonialismus-und-imperialismus-von-1450-bis-1950> [letzter Zugriff: 5. Oktober 2019].

Suri, K. C. et al. (2008): Support for Democracy in South Asia; Konferenzpapier zu: An Asian Barometer Conference on the State of Democratic Governance in Asia – Session VI. South Asia; University of Hyderabad; online abrufbar unter:

<http://140.112.176.225/publications//80bd38e75dce9adb1e3bf429fb1b0ecf.pdf> [letzter Zugriff: 18. August 2020].

Thiery, Peter (2015): Demokratische Transitionen im späten 20. Jahrhundert; in: Kollmorgen, Raj / Merkel, Wolfgang / Wagener, Hans-Jürgen (Hrsg.) (2015a): Handbuch Transformationsforschung; unter Mitarbeit von Gudrun Mouna; Springer Fachmedien; Wiesbaden; S. 405-420.

Thimmel, Stefan (2013): Rosa-Luxemburg-Stiftung; online abrufbar unter:

http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/stiftung/RLS_Brosch_2013_de.pdf [letzter Zugriff: 15. Januar 2016].

Uhlmann, Janette (2009): Warum sind demokratische Geber in Dilemmasituationen schlechte Demokratieförderer: Risiken und extrinsische Konflikte der Geber Frankreich und Bundesrepublik Deutschland in der Demokratieförderung gegenüber Algerien (1989-2004); Inauguraldissertation; Frankfurt am Main.

Urdze, Sigita (2010): Die externe Demokratieförderung der EU in den zentralasiatischen Staaten; Schriftenreihe ‚Demokratiestudien. Demokratie und Demokratisierung in Theorie und Empirie‘, Band 1; Nomos Verlagsgesellschaft; Baden-Baden.

Venzky, Gabriele (1997): Der Unberührbare; in: Zeit Online; 29 / 1997; online abrufbar unter:

http://www.zeit.de/1997/29/Der_Unberuehrbare [letzter Zugriff: 12. Januar 2016].

von Vieregge, Henning (1977): Parteistiftungen: Zur Rolle der Konrad-Adenauer-, Friedrich-Ebert-, Friedrich-Naumann- und Hanns-Seidel-Stiftung im politischen System der Bundesrepublik Deutschland; Schriftenreihe zum Stiftungswesen, Band 11; Nomos; Baden-Baden.

Voll, Klaus Julian (2014): Kongresspartei, Hindunationalistische Volkspartei und regionale Schwergewichte – Indiens Parteienlandschaft; online abrufbar unter:

<http://www.bpb.de/internationales/asien/indien/44450/parteien> [letzter Zugriff: 12. Januar 2016].

Wagener, Hans-Jürgen (2015): Institutionentransfer; in: Kollmorgen, Raj / Merkel, Wolfgang / Wagener, Hans-Jürgen (Hrsg.) (2015a): Handbuch Transformationsforschung; unter Mitarbeit von Gudrun Mouna; Springer Fachmedien; Wiesbaden; S. 569-574.

Wagner, Christian (2007a): Demokratie mit sozialer Achillesferse: Indien nach 60 Jahren Unabhängigkeit; GIGA Focus; German Institute of Globale and Area Studies; Institut für Asien-Studien; Nummer 9; Hamburg; online abrufbar unter:

https://www.giga-hamburg.de/de/system/files/publications/gf_asien_0709.pdf
[letzter Zugriff: 22. Mai 2016].

Wagner, Christian (2007b): Indien; in: Schmidt, Siegmund / Hellmann, Gunther / Wolf, Reinhard (2007): Handbuch zur deutschen Außenpolitik; VS Verl. für Sozialwissenschaften; Wiesbaden; S. 572-579.

Wagner, Christian (2014): Indiens politisches System – Bevölkerungsreichste Demokratie der Welt mit gefestigten Strukturen; Bundeszentrale für politische Bildung; online abrufbar unter:

<http://www.bpb.de/internationales/asien/indien/44443/politisches-system>
[letzter Zugriff: 12. Januar 2016].

Weidenfeld, Werner / Huterer, Manfred (1992): Osteuropa: Herausforderungen – Probleme – Strategien; Reihe „Strategien und Optionen für die Zukunft Europas“; unter Mitarbeit von Janning, Josef / Wolf, Anita; Verl. Bertelsmann Stiftung; Gütersloh.

Weiffen, Brigitte (2009): Entstehungsbedingungen von Demokratien – Interne und externe Einflüsse im Vergleich; Nomos; Baden-Baden.

Weiz, Bettina (2016): Indien – Kasten als Nährboden für Rassismus; Artikel des Deutschlandfunks vom 16. Juli 2016; online abrufbar unter:

http://www.deutschlandfunk.de/indien-kasten-als-naehrboden-fuer-rassismus.799.de.html?dram:article_id=360335 [letzter Zugriff: 17. Juli 2016].

Weller, Christoph (2007): Bundesministerien; in: Schmidt, Siegmund / Hellmann, Gunther / Wolf, Reinhard (2007): Handbuch zur deutschen Außenpolitik; VS Verl. für Sozialwissenschaften; Wiesbaden; S. 210-224.

Welzel, Christian (2007): Ist Demokratie ein universell übertragbares Konzept? Erkenntnisse der empirischen Sozialforschung; in: Wahlers, Gerhard / Grabow, Karsten (Hrsg.) (2007): Parteien und Demokratie; Beiträge der internationalen Fachkonferenz zum KAS-Demokratiereport; Konrad-Adenauer-Stiftung; Sankt Augustin / Berlin; S. 77-92.

Welzel, Christian (2009): Theories of Democratization; in: Haerpfer, Christian *et al.* (2009b): Democratization; Oxford University Press; Oxford; S. 74-91.

Welzel, Christian / Inglehart, Ronald F. (2009): Political Culture, Mass Beliefs, and Value Change; in: Haerpfer, Christian *et al.* (2009b): Democratization; Oxford University Press; Oxford; S. 126-144.

Wertreicher, Eduard (2015): Deutschland als Entwicklungspartner; in: AMEZ – Argumente und Materialien der Entwicklungszusammenarbeit; Band 15; Institut für Internationale Zusammenarbeit; Hanns-Seidel-Stiftung; München.

Wessler, Heinz Werner (2014): Indien – Eine Einführung: Herausforderungen im 21. Jahrhundert; Bundeszentrale für politische Bildung; online abrufbar unter:

<http://www.bpb.de/internationales/asien/indien/44581/indien-eine-einfuehrung> [letzter Zugriff: 12. Januar 2016].

Westle, Bettina (Hrsg.) (2009): Methoden der Politikwissenschaft; Nomos Verlagsgesellschaft; Baden-Baden.

Whitehead, Laurence (2002): Democratization – Theory and Experience; Oxford Univ. Press; Oxford [u. a.].

Whitehead, Laurence (2010): State sovereignty and democracy – An awkward coupling; in: Burnell, Peter (Hrsg.) / Youngs, Richard (2010): New Challenges to Democratization; Routledge; London [u. a.]; S. 23-41.

Wieck, Hans-Georg (1996): Deutschland und Indien; in: Kaiser, Karl / Krause, Joachim (Hrsg.) (1996): Deutschlands neue Außenpolitik, Band 3: Interessen und Strategien; Schriften des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik; Reihe Internationale Politik und Wirtschaft, Band 62; R. Oldenbourg Verl.; München; S. 161-166.

Willke, Helmut (2014): Demokratie in Zeiten der Konfusion; Suhrkamp; Berlin.

Windfuhr, Michael (1999): Der Einfluß von NGOs auf die Demokratie; in: Merkel, Wolfgang / Busch, Andreas (Hrsg.) (1999): Demokratie in Ost und West: für Klaus von Beyme; Suhrkamp; Frankfurt am Main.

Witsoe, Jeffrey (2012): Caste and Democratization in Postcolonial India: an Ethnographic Examination of Lower Caste Politics in Bihar; in: Democratization; Vol. 19; Issue 2; S. 312-333.

Wolf, Siegfried O. (2008): Hindu-Nationalismus – Gefahr für die größte Demokratie?; in: Aus Politik und Zeitgeschichte; Bundeszentrale für politische Bildung; 22; Bonn; S. 26-32; online abrufbar unter:

<https://www.bpb.de/apuz/31206/hindu-nationalismus-gefahr-fuer-die-groesste-demokratie?p=all> [letzter Zugriff: 4. Oktober 2019].

Wolff, Jonas (2004): Demokratisierung als Risiko der Demokratie? Die Krise der Politik in Bolivien und Ecuador und die Rolle der indigenen Bewegungen; Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung; Report 6/2004; Frankfurt am Main.

Wolff, Jonas (2009): Die externe Förderung von Demokratie und Good Governance zwischen Dominanz und Konvergenz; in: Burchhardt, Hans-Jürgen (Hrsg.) (2009): Nord-Süd-Beziehungen im Umbruch – Neue Perspektiven auf Staat und Demokratie in der Weltpolitik; Campus-Verl.; Frankfurt am Main; S. 245-272.

Wolff, Jonas (2010): Demokratieförderung als Suchprozess – Die Bolivien- und Ecuadorpolitik Deutschlands in Zeiten demokratischer Revolutionen; Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung; Report Nr. 2/2010; Frankfurt am Main.

Wollack, Kenneth / Hubli, K. Scott (2010): Democracy Support and Development Aid: Getting Convergence Right; in: Journal of Democracy; Vol. 21; Issue 4; S. 35-42.

Youngs, Richard (2003): European Approaches to Democracy Assistance: Learning the Right Lessons?; in: Third World Quarterly, Vol. 24; No. 1; S. 127-138.

Youngs, Richard (2004): International Democracy and the West – The Role of Governments, Civil Society, and Multinational Business; Oxford Univ. Press; Oxford.

de Zeeuw, Jeroen (2004): How to Make Democracy Assistance More Effective? Recommendations for Doing It Differently; in: European Conference 'Enhancing the European Profile in Democracy Assistance'; S. 122-129.

Zschäpitz, Holger / Eckert, Daniel (2014): Schwellenländer sind eine tickende Zeitbombe; Artikel auf Die Welt Online; online abrufbar unter:

<http://www.welt.de/finanzen/geldanlage/article133518566/Schwellenlaender-sind-eine-tickende-Zeitbombe.html> [letzter Zugriff: 15. Januar 2016].